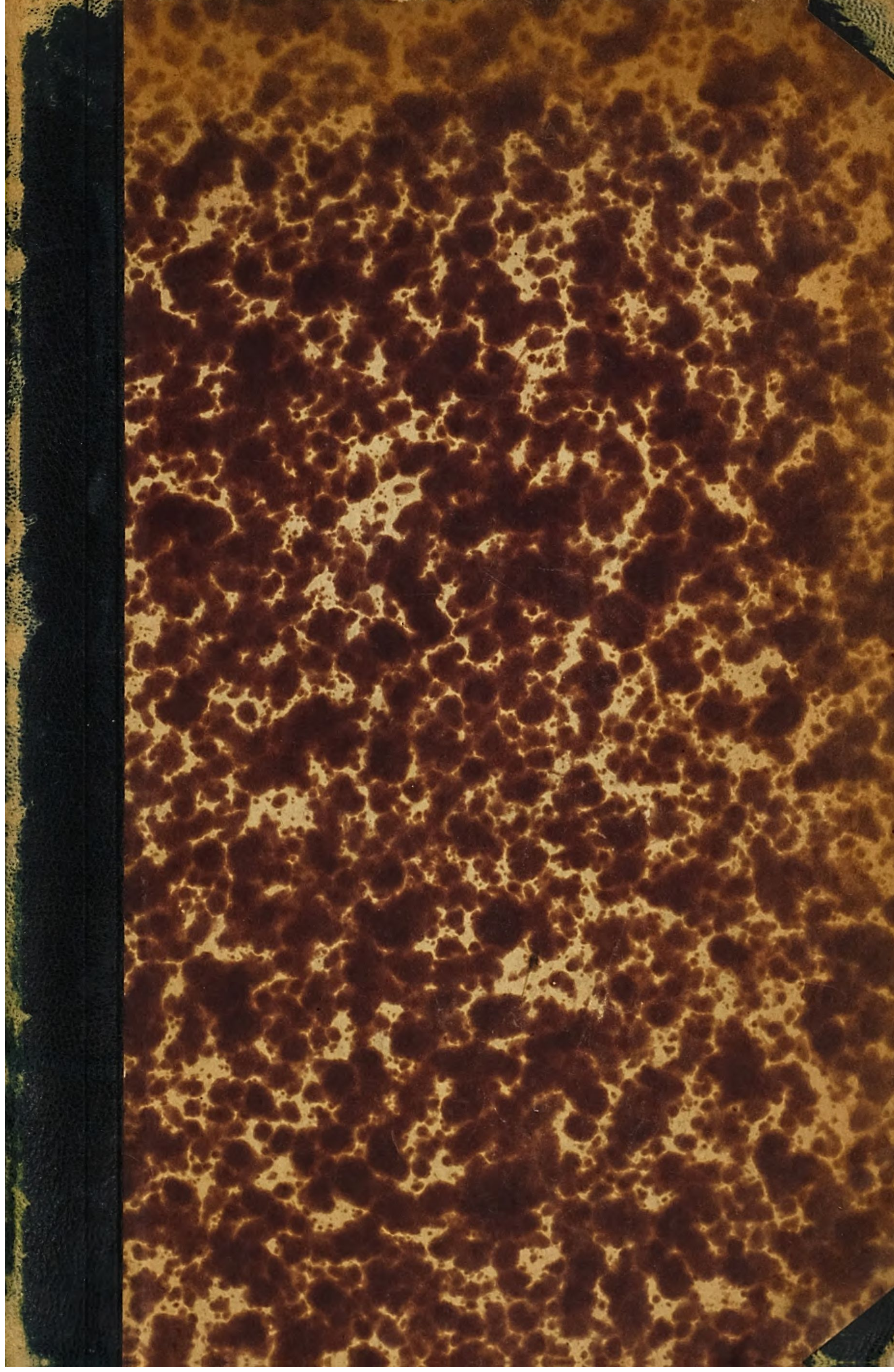




J. publ. E.
80 ep

Zantscher

a

<36614787480014

<36614787480014

Bayer. Staatsbibliothek



DER
MONARCHISCHE BUNDESSTAAT
OESTERREICH-UNGARN
UND DER
BERLINER VERTRAG
NEBST DER
BOSNISCHEN VORLAGE.

VON
THEODOR RITTER DANTSCHER VON KOLLESBERG,
DR. DER RECHTE UND PRIVATDOCENT FÜR STAATSRICHT UND RECHTSPHILOSOPHIE
AN DER UNIVERSITÄT WIEN.

WIEN 1880.
ALFRED HÖLDER,
K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER,
ROTHENTHURMSTRASSE 15.

Verlag von Alfred Hölder, k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler,
Wien, Rothenthurmstrasse 13.

Das Recht des Commissionshandels.

Von **Dr. C. S. GRÜNHUT**,
o. ö. Professor an der Wiener Universität.
Preis 7 fl. = 14 Mark.

Von demselben Verfasser:

Das Enteignungsrecht.

Preis 3 fl. = 6 Mark.

DIE RECHTSMITTEL IM CIVILPROCESSE

nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung.

Von **Dr. Philipp Harras von Harrassowsky**.
Preis fl. 6.50 = 13 Mark.

Die Rechtsvermuthung der ehelichen Vaterschaft

nach Römischem und Neuerem Rechte.

Mit besonderer Berücksichtigung des österreichischen Rechtes.

Von **Dr. Wilhelm Fuchs**,
Privat-Dozent an der Wiener Universität.
Preis 1 fl. 40 kr. = 2 M. 80 Pf.

Von demselben Verfasser:

Das Ehehinderniss des bestehenden Ehebandes

nach österreichischem Rechte, und seine Umgehung.

Preis 80 kr. = 1 M. 60 Pf.

Die Lehre von der Ministerverantwortlichkeit.

Eine vergleichende Studie zum österreichischen Staatsrechte
von

Dr. Franz Hauke.
Preis 1 fl. 80 kr. = 3 M. 60 Pf.

Die rechtliche Natur der Staatenverträge.

Ein Beitrag
zur
juristischen Construction des Völkerrechts.

Von
Dr. Georg Jellinek,
Docent an der k. k. Universität Wien.
Preis 1 fl. = 3 M.

Von demselben Verfasser:

Die socialethische Bedeutung von Recht, Unrecht und Strafe.

Preis fl. 1.40 = 2 M. 80 Pf.

Der Legalisirungszwang bei Tabularurkunden.

Von **Prof. Dr. Horaz Krasnopolski**.
Preis 60 kr. = 1 M. 20 Pf.

Das Moment objectiver Gefährlichkeit im Begriff des Verbrechenversuches

Von **Dr. Heinrich Lammasch**,
Docent der Rechte an der k. k. Universität Wien.
Preis fl. 1. — = 2 Mark.

Verlag von Alfred Hölder, k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler,
Wien, Rothenthurmstrasse 13.

DER
MONARCHISCHE BUNDESSTAAT
OESTERREICH-UNGARN
UND DER
BERLINER VERTRAG
NEBST DER
BOSNISCHEN VORLAGE.

Von

THEODOR RITTER DANTSCHER VON KOLLESBERG,

DR. DER RECHTE UND PRIVATDOCENT FÜR STAATSRECHT UND RECHTSPHILOSOPHIE
AN DER UNIVERSITÄT WIEN.

WIEN 1880.

ALFRED HÖLDER,
K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER,
ROTHENTHURMSTRASSE 15.

Alle Rechte vorbehalten.



INHALT.

	Seite
Einleitung	27
 A. Der Berliner Vertrag.	
Die Frage	28
Die Anschauungen der politischen Parteien und der Regierungen in Cisleithanien und Ungarn in Betreff der Vorlage des Berliner Vertrages an die Volksvertretungskörper. Untrennbarkeit der völkerrechtlichen und der staatsrechtlichen Giltigkeit der Staatsverträge. — Nach welchem positiven Staatsrechte — dem cisleithanischen, ungarischen, gemeinsamen — ist zu entscheiden? — Wer ist völkerrechtlich und staatsrechtlich der Contrahent Oesterreich-Ungarn?	
	34
 <i>I. Oesterreich-Ungarn — der monarchische Bundesstaat — der Contrahent des Berliner Vertrages.</i>	
Das österreichisch-ungarische Reich mit den Reichsprovinzen Cisleithanien und Ungarn. Die souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn; diese Staaten sind nicht die Theile des Reiches. — Das Ausgleichsgesetz — das gemeinsame österreichisch-ungarische Reichstaatsrecht	
	52
 <i>II. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist eine constitutionelle Monarchie.</i>	
Die Organe für die Bildung des österreichisch-ungarischen Volkswillens:	
1) Die Delegation.	
Ist sie ein Parlament? Ihr Verhältniss zum Reichsrathe und Reichstage. — Die Delegation ist weder Ausschuss noch Stellvertreter des cisleithanischen Staatsparlamentes Reichsrath, und des ungarischen Staatsparlamentes Reichstag; Unmöglichkeit der parlamentarischen Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten durch diese Parlamente der Einzelstaaten. Reichsrath und Reichstag die „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ — als Theile der gemeinsamen Volksvertretung	
	58

IV

Seite

Beweis hiefür:

a) aus der Natur des Staates.

Begriff der gemeinsamen Angelegenheiten. Ihre Untheilbarkeit. Competenz der Theile Reichsrath und Reichstag der gemeinsamen Volksvertretung 72

b) aus dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte:

α) das deutsche Ausgleichsgesetz.

§§. 1 und 6: Unmöglichkeit der Trennung des Staatsvertrages und seiner Genehmigung; die Genehmigung eines gemeinsamen Staatsvertrages ist unmöglich eine Angelegenheit der Einzelstaaten. Staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unzulässigkeit des Antrages des Budgetausschusses der Reichsrathsdelegation auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums wegen Bewilligung eines Nachtragscredits zu dem 60-Millionencredite mit Rücksicht auf seine Begründung 87

§. 3: Insbesondere die Quote; ihre Regelung ist kein Vertrag, weder 1) der Staaten Cisleithanien und Ungarn, noch 2) der österreichisch-ungarischen Reichsprovinzen Cisleithanien und Ungarn, oder 3) der Landschaften Cisleithanien und Ungarn. Die Bestimmung der Quote ist ein gemeinsames Reichsgesetz. Die Deputationen — die Theile des Quotenausschusses 105
§§. 11, 13 in Verbindung mit §. 6; §§. 14, 23, 31 117

β) das ungarische Ausgleichsgesetz, Gesetzartikel XII.

§§. 38, 47, §. 23 (die „constitutionelle Berührung“ der beiden Reichstage) 130

Das 1) cisleithanische und 1) ungarische Wahlgesetz sind auch 2) österreichisch-ungarische Reichswahlgesetze. Ihre Abänderung als Reichswahlgesetze ist nur durch die Reichsgesetzgebung möglich. Abänderung des Wahlmodus der Delegirten und der Zahl der aus den erblichen und ernannten, sowie den gewählten gemeinsamen Reichstagsmitgliedern zu wählenden Delegirten durch die Reichsprovinzialgesetzgebung 149

Bedeutung des §. 28 des Gesetzartikels XII. Die rechtliche Existenz der österreichisch-ungarischen Volksvertretung 155

2) Der weitere (gemeinsame) Reichstag.

Seine zwei Hälften; das einheitliche gemeinsame Ministerium im weiteren Reichstage. Die bisherige Behandlung österreichisch-ungarischer Staatsverträge im ungarischen und cisleithanischen Staatsparlamente. Die Publication gemeinsamer Staatsverträge (und Gesetze) als cisleithanischer Staatsverträge (und Gesetze) unter Contrasignatur des kais. cisleithanischen Ministeriums und als ungarischer Staatsverträge (und Gesetze) unter Contrasignatur des königl. ungarischen Staatsministeriums. Organisation, Mitgliederzahl, Competenz des weiteren Reichstages 176

Die österreichisch-ungarische Delegation — der Stellvertreter des weiteren Reichstages.

Die Delegation, ein freier, unverantwortlicher Stellvertreter, in zwei Theilen (Hälften) berathend. Die Delegation übt das Recht des weiteren Reichstages aus. Unmöglichkeit der lit. o) des §. 11 des Reichsrathsstatuts und der lit. b). Cisleithanisches Heeresgesetz und ungarisches Heeresgesetz gegenüber der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Armee 186

Die Delegation ein Körper.

Beweis hiefür: 1) aus ihrem Verhältnisse zu den Theilen des weiteren Reichstages, 2) aus ihrer Function und Organisation. Insbesondere die gemeinschaftliche Plenarsitzung. Der zweifache Modus der Bildung des Volkswillens durch die Delegation: α) mittelst Collectivtheilstimmen, β) mittelst Personalstimmen (Abstimmung nach Köpfen), 3) aus dem Verhältnisse der Delegation zur gemeinsamen Krone und zum gemeinsamen Ministerium. Eventuelle praktische Folgen der gegnerischen Behauptung von der Zweiheit der Delegation in Betreff des österreichisch-ungarischen Budgets, des Ministeriums etc., Competenzfrage zwischen weiterem Reichstage und Delegation für neue gemeinsame Angelegenheiten. Recht des Reiches zur Errichtung neuer Reichsministerien . . .

221

III. Oesterreichisch-ungarische Staatsverträge sind nach der Reichsverfassung der Volksvertretung behufs Mitwirkung oder Genehmigung vorzulegen.

Die Bestimmungen des §. 1 des Ausgleichsgesetzes. Möglicher Inhalt und Bedeutung des §. 8 des Gesetzartikels XII; cisleithanisch-ungarische Staatsverträge; die Erwerbung Spizza's 1) durch die österreichisch-ungarische Monarchie, 2) durch den Staat Cisleithanien. Die Artikel II und III des Zoll- und Handelsbündnisses . . .

230

IV. Der Berliner Vertrag war dem weiteren Reichstage nicht vorzulegen.

1) Die theoretische Frage — unentscheidbar. 2) Die praktische Frage; die mangelnde Geschäftsordnung des weiteren Reichstages . . .

237

V. Staatsrechtliche Beurtheilung des thatsächlichen Vorganges bei der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages.

Die parlamentarische Behandlung und Publication des Berliner Vertrages

a) in Cisleithanien, b) in Ungarn. Ihre staatsrechtliche Bedeutung. Die gemeinschaftliche Plenarsitzung des weiteren Reichstages, logisch aus dem Gesetze und dem Begriffe der Stellvertretung sich ergebend .

279

B) Die bosnische Vorlage.

Die Frage . . . 281

Die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfes über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina in Cisleithanien und in Ungarn. Anschauungen und Behauptungen der politischen Parteien und der öffentlichen Meinung. Die Frage der Staatencompetenz.

I. Die völkerrechtliche Frage. Occupation und Verwaltung — eine gemeinsame Angelegenheit. II. Die staatsrechtliche Frage. Constitutionelle oder absolute Verwaltung der Provinzen? Der gesetzliche Einfluss der Einzelstaats-Ministerien auf die Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten. Competenzfrage der österreichisch-ungarischen Volksvertretungsorgane zur Mitwirkung an der provisorischen Gesetzgebung und Verwaltung für die occupirten Provinzen. a) Die theoretische Frage; b) die praktische Frage. Die Regierungsvorlage. Der Bericht des Verfassungsausschusses . . .

311

VI

Seite

C. Oesterreich-Ungarn, der monarchische Bundesstaat in Europa.

1) Oesterreichisch-ungarische Krone und österreichisch-ungarische Reichsbürgerschaft 326

2) Die Idee des Bundesstaates.

Die Einwände gegen den Begriff des Bundesstaates, er verstosse
1) gegen die Einheit, 2) gegen die Souveränität der Staatsgewalt.

Die Abänderung des Competenzkreises des Gesamtstaates gegenüber
den Einzelstaaten erfolgt nur durch den Vertrag. Unterschied zwischen
Bundesstaat und decentralisirtem Einheitsstaate. Die Bundesstaaten
Deutschland und Oesterreich Ungarn 344

3) Das Wesen des Ausgleiches des Jahres 1867.

Oesterreich unmittelbar vor dem Ausgleiche. Geschichte des Aus-
gleiches. Die rechtliche Folge des eventuellen Nichtzustandekommens
des Ausgleiches. Das Wesen des Ausgleiches 359

Als Oesterreich-Ungarn den Berliner Vertrag mit den übrigen Signatarmächten abgeschlossen hatte, da geschah es, dass dieser Vertrag im Innern des Reiches eine Erscheinung hervorrief, wie sie bei keiner der anderen contrahirenden Mächte zu Tage trat. Es entstand in diesem Reiche Oesterreich-Ungarn ein heftiger theoretischer Kampf der politischen Parteien und zum Theile der Organe des Staates selbst darüber, ob dieser Berliner Vertrag, um rechtsgiltig zu sein, der Genehmigung der Volksvertretung bedürfe oder nicht. Die Frage, welche Theoretiker wie Praktiker, Regierung und Volksvertretung auf das Lebhafteste beschäftigte, in den Organen der öffentlichen Meinung vielfach erörtert und verschieden beantwortet wurde, ist eine rein staatsrechtliche Frage.

Fast hatte der völkerrechtliche Inhalt des Berliner Vertrages — so folgenschwer für Europa und Asien — erzeugt durch das Absterben eines einst mächtigen Reiches und den neuen Lebenstrieb erwachter Völkerschaften nach selbständiger Staatsbildung — die Gemüther in Oesterreich-Ungarn nicht so in Erregung versetzt, als diese rein staatsrechtliche, formale Frage. Sie kann nur nach dem positiven öffentlichen Rechte Oesterreich-Ungarns entschieden werden.

Die Beantwortung dieser staatsrechtlichen Frage nun, ob der Berliner Vertrag zu seiner völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Giltigkeit für Oesterreich-Ungarn der Genehmigung der Volksvertretung bedurfte, nach dem positiven Staatsrechte Oesterreich-Ungarns — also die Beantwortung *de lege lata* — ist die Aufgabe der folgenden Erörterungen. *Sine ira et studio*, nicht gefärbt durch irgend eine politische Tendenz,

muss diese Entscheidung aus dem geltenden Rechte allein gegeben werden.

Der Sache nach schliesst sich daran die staatsrechtliche Beleuchtung der Regierungsvorlage betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina.

So wichtig nun die Entscheidung einer derartigen Frage sein mag, vom Standpunkte des geltenden Rechtes, der Selbstbestimmung eines Volkes, oder des internationalen Einflusses und der Handlungsfähigkeit eines Staates — für Oesterreich-Ungarn erhält diese Frage eine besonders hohe Wichtigkeit durch ein Moment — und dieses ist die grosse Ungewissheit, die weitgehende Meinungsverschiedenheit über die staatsrechtliche Natur dieses Oesterreich-Ungarn. Denn die Entscheidung über die Competenz der Volksvertretung in Oesterreich-Ungarn zur Behandlung des Berliner Vertrages und der bosnischen Verwaltungsvorlage bedingt und setzt nothwendig voraus die Entscheidung einer Vorfrage, das ist die Bestimmung der staatsrechtlichen Natur der „österreichisch-ungarischen Monarchie“ aus dem Staatsrechte dieser Monarchie, *de lege lata*. Zuerst muss feststehen oder festgestellt werden, welche Staatsform — oder vielleicht Staatsformen — Oesterreich-Ungarn darstelle, wie sein Staatswille entstehe, in absoluter oder constitutioneller Weise, und welches die Factoren dieser Willensbildung sind; dann erst kann man an die Untersuchung herantreten, ob der seitens Oesterreich-Ungarns im Berliner Vertrage ausgesprochene souveräne Wille durch die Krone allein verfassungsmässig erzeugt wurde, oder ob er der Volksvertretung als des zweiten nothwendigen Factors seiner Entstehung bedurfte.

Auch hat diese Vorfrage noch dem staatsrechtlichen Charakter der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihre Entscheidung *de lege lata* noch Interesse und Werth für die Gegenwart, während die parlamentarische Behandlung des Berliner Vertrages in Oesterreich-Ungarn — wie der Berliner Vertrag selbst — schon ein Stück in die Vergangenheit zurückgesunken ist.

Wahrhaft, unsere Gegenwart ist eine staatsrechtlich ausserordentlich interessante Zeit!

Sie zeigt der beobachtenden Staatslehre den Untergang eines grossen Staates, dessen Hinsiechen auch durch das Heilmittel der politischen Freiheit — das grosse Erziehungsmittel der Völker — nicht gehindert werden konnte. Wir sehen vor uns das Entstehen neuer, kleinerer und mittlerer Staaten, wir erlebten vor kaum mehr als einem Decennium die Bildung zweier grosser Staaten — Italiens und Deutschlands — auf nationaler Grundlage.

Und nicht genug daran, diese auch in den Staaten so schnell lebende Zeit rollt alle Staatsformen vor der empirischen Forschung auf!

Die absolute Monarchie in Russland, wie zahlreiche constitutionelle Monarchien im übrigen Europa, entstanden durch die Vereinigung und Verwirklichung zweier grosser Ideen, der Idee des Königthums und der Idee der politischen Freiheit des Volkes; die Republik, sowohl die absolute Demokratie in kleinen Bergcantonen der Schweiz, als die repräsentative Demokratie in dem grossen Frankreich. Und nicht zufrieden mit dem Entstehen und Vergehen und den mannigfachen Formen des einfachen Staates, zeigt die staatenbildende Gegenwart auch die sogenannten „zusammengesetzten Staaten“, die Personalunion — Schweden und Norwegen — und namentlich den Bundesstaat. Ja sie zeigt diesen Bundesstaat in allen drei Formen der alten *trias politica Aristotelis*, als Republik, Aristokratie und Monarchie.

Die Schweiz ist der Bundesstaat in der Form der Republik. In Mitteleuropa stehen zwei grosse Staaten, entscheidend für das Schicksal des alten Europa — Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Herrscht bei dem einen Ungewissheit über seine Verfassungsform, bezweifelt man am andern vielfach seine einheitlich-staatliche Existenz.

Dass Deutschland ein Staat, — ein Bundesstaat ist —, wird allseitig anerkannt. Aber in Betreff der Verfassung des deutschen Reiches, namentlich in Betreff des Innehabers der deutschen Staatsgewalt — des deutschen Souveräns — herrscht grosse Ungewissheit. Bald erklärt man die Verfassung des deutschen Reiches als eine republikanische, bald wendet man den Begriff der constitutionellen Monarchie auf sie an.

Ohne Zweifel ist der Souverän in Deutschland eine Gesamtpersönlichkeit, bestehend aus 25 Gliedern. 22 dieser Glieder sind in den anderen deutschen Staaten — in den Sonderstaaten — Monarchen; dazu kommen die Repräsentanten der drei freien Städte Bremen, Lübeck und Hamburg. Jeder der 22 in den deutschen Sonderstaaten regierenden Fürsten ist in einer anderen, zweiten Staatsangehörigkeit, in seiner deutschen Reichsangehörigkeit Theil des deutschen Souveränitätskörpers, wobei demjenigen Mitgliede, das in einer anderen staatsrechtlichen Eigenschaft — als Preusse — die Krone Preussens trägt, besondere Vorrechte zustehen. Sämmtliche Glieder des deutschen Souveränitätskörpers üben dann die ihnen nach der Reichsverfassung zustehenden politischen Rechte durch instruirte und verantwortliche Stellvertreter aus. Dieses Collegium der Vertreter der Souveränitätsglieder ist der Bundesrath. Hält man daher an dem Eintheilungsprincipe für die verschiedenen besonderen Staatsformen fest, welches in der Zahl der Inhaber der höchsten Staatsgewalt das unterscheidende Merkmal erblickt, dann ist Deutschland der Bundesstaat in der Form der Aristokratie. Deutschland ist eine Aristokratie, und zwar eine politisch-freie, eine constitutionelle Aristokratie. Daher der Ausspruch des Fürsten Bismarck: „Die Souveränität ruht nicht beim Kaiser, sie ruht bei der Gesamtheit der verbündeten Regierungen“. (Stenogr. Bericht d. Reichstages, I. Sitzungsp. 1871, S. 299.)

Eine besonders merkwürdige Erscheinung nun dieser staatsrechtlich so formenreichen Zeit ist es, dass bei dem zweiten grossen Bundesstaate — Oesterreich-Ungarn — die völkerrechtliche Existenz allseitig anerkannt ist, die staatsrechtliche Existenz aber eines Staates Oesterreich-Ungarn von Vielen in Frage gestellt wird.

Die Thatsache, dass gegenüber den anderen Staaten eine souveräne Gesamtpersönlichkeit Oesterreich-Ungarn existire, steht ausser Frage. Alle Tage äussert ja Oesterreich-Ungarn seinen einheitlichen Reichswillen durch seine Gesandten gegenüber den anderen Staaten, schliesst mit ihnen Verträge; es hat bei der bisherigen schrittweisen Lösung der Orientalischen Frage als eine der meist interessirten Mächte seinen entschei-

denden Willen auf dem Berliner Congresse verkündet. Das Reich Oesterreich-Ungarn bethätigt sein Dasein und verwirklicht diesen seinen Willen durch seine einheitliche kräftige That. Mit altösterreichischer selbstloser Hingebung und Tapferkeit hat die neue österreichisch-ungarische Armee den Reichswillen in Betreff der Occupation Bosniens und der Herzegowina vollzogen. Die einheitliche Kraft dieser Monarchie zur See ist noch die Flotte von Lissa. Erwartungsvoll blickten die europäischen Mächte auf die neue positive Action des alten Oesterreiches, sie liessen es sich nicht träumen, dass darin zwei Staaten handelnd aufträten!

Und doch — fast scheint es nicht glaublich — wird die Existenz desselben Einen Reiches Oesterreich-Ungarn, die gegenüber anderen Staaten anerkannt ist — nach Innen, gegenüber den eigenen Angehörigen, vielfach bezweifelt, ja es wird sogar die Existenz Eines Staates Oesterreich-Ungarn nach Innen geläugnet von der Theorie und einem Theile der Reichsangehörigen selbst. Oesterreich-Ungarn, Ein Staat nach Aussen, soll nach Innen zwei Staaten sein. Man anerkennt sogar noch die besondere Staatsform dieses Oesterreich-Ungarn, dass es eine Monarchie sei, aber man läugnet, dass diese selbe Eine Monarchie nach Aussen auch Eine Monarchie nach Innen sei, dass der Eine Staat, der für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten nach Aussen existirt, auch für denselben Kompetenzkreis nach Innen existire. Man steht in diesem Widerspruche, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen.

Ist bei Deutschland die einheitliche staatliche Existenz ausser Frage, die Staatsform aber und Verfassung bestritten, so ist bei Oesterreich-Ungarn die Staatsform und Verfassung im Klaren, und man bezweifelt nur, dass diese Eine Monarchie Oesterreich-Ungarn auch nach Innen Ein Staat sei, oder vielmehr, man zweifelt fast nicht, dass Oesterreich-Ungarn nicht Ein Staat sei, man glaubt zu wissen, dass Oesterreich-Ungarn zwei Staaten sind.

Welche Verwirrung, welche Unsicherheit in der Theorie über dieses Oesterreich-Ungarn! Welche staatsbegrifflichen, logischen Unmöglichkeiten verkündet man, welche positiv-staatsrechtlichen Unrichtigkeiten behauptet man!

Als Personalunion wird die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie erklärt, als ein Staatenbund, man nennt sie vielfach ein staatsrechtliches Gebilde *sui generis*, das unter keinen der herkömmlichen Schulbegriffe passe. Am meisten verbreitet ist die Anschauung, dass die Monarchie eine Realunion sei. Aber seltsam genug — die Bekenner der Realunion lösen selbst die Bande, durch welche die Realunion bestehen soll, auf; sie zerfallen die Cisleithanien und Ungarn gemeinsamen Organe, welche nach der bisherigen Auffassung der Realunion eben als Ausdruck einer für ihren Kompetenzkreis bestehenden einheitlichen Staatsgewalt erscheinen müssten, wieder in je zwei Organe der Sonderstaaten ¹⁾, und vernichten somit die Gemeinsamkeit dieser staatlichen Organe.

¹⁾ Juraschek: Personal- und Realunion (Berlin 1878), S. 116, 117: „Wenn man aber den ganzen Charakter des Gesetzes, sowie der gemeinsamen Einrichtungen erwägt; wenn man bedenkt, dass auch die Organisation der Regierungsorgane beruht auf den Sonderrechten des einen und des anderen Staates, die Form der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu bestimmen; wenn man endlich findet, dass die Minister den Delegationen, also indirect dem österreichischen Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage, verantwortlich sind, denn die Delegationen üben nur das Recht dieser Körperschaften aus: so wird man über das Wesen der gemeinsamen Minister nicht in Zweifel sein. Sie sind in der That Minister des einen und des anderen Staates, jeder Minister repräsentirt in seiner einen physischen Person rechtlich einen österreichischen und einen ungarischen Minister, sie haben nicht den Willen eines Staates, sondern zweier Staaten zu vollziehen... Die gemeinsamen Minister sind eben nur der Reflex des gemeinsamen Souveräns, die Uebertragung der Einrichtung von den beiden Regentenpersonen in der einen physischen Person auf den Kreis der vollziehenden Gewalt, den beiden Regentenpersonen in der einen leiblichen Person des Souveräns stehen immer die beiden Minister in dem einen leiblichen Minister gegenüber.“

Darnach aber bestünde kein gemeinsames staatliches Organ, nicht der Minister, nicht das Ministerium ist dann gemeinsam, sondern das physische Substrat (der Mensch) ist für die gleichen Organe zweier Staaten dasselbe. Ein und derselbe Mensch ist zwei Organe zweier Staaten.

Ulbrich: „Die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie“ (Prag 1879), S. 60: „Letztere (die gemeinsamen Minister) und die ihnen untergeordneten Verwaltungsbehörden sind nur ein Reflex des gemeinsamen Souveräns und sind Minister beider Staaten (vgl. Juraschek, Personal- und Realunion, S. 117). Seite 56: „Die Gesandten des Kaisers und Königs sind rechtlich gemeinsame Beamte, d. h. Organe des einen und des anderen Staates, deren Thätigkeit durch den gemeinsamen Minister des Aeussern geleitet wird“.

Das gemeinsame Ministerium — Ein Ministerium — soll zwei Ministerien sein, ein cisleithanisches und ein ungarisches Ministerium, jeder gemeinsame Minister soll rechtlich zwei Minister seines Ressorts — den cisleithanischen und ungarischen Minister des Auswärtigen, des Krieges, der Finanzen — vorstellen.

Das gemeinsame Ministerium, sobald die fremden Staaten und deren Diplomaten dasselbe betrachten und mit ihm amtlich verkehren — das gemeinsame Ministerium von vorne und aussen gesehen — ist Ein Ministerium; wenn die eigenen Staatsangehörigen und Staatsorgane, z. B. die Delegationen, dieses Ministerium betrachten und mit ihm in amtliche, organische Berührung treten — das Ministerium von rückwärts und innen gesehen und nach Innen gewendet — soll zwei Ministerien sein!

Die Delegationen — ein Körper — der Stellvertreter des gemeinsamen Reichstages — werden als nicht gemeinsame Organe erklärt, sie sollen nur Organe sein für die Erzeugung eines cisleithanischen und ungarischen Sonderstaatswillens mit identischem Inhalte; sie werden insbesondere als Ausschüsse

Die Delegationen werden gar nicht als „gemeinsame Organe“ erklärt, obwohl sie die „gemeinsamen Angelegenheiten“ verfassungsmässig behandeln.

So Juraschek, S. 115: „In ihrer Existenz zufolge von Gesetzen, welche die beiderseitigen Volksvertretungen näher organisiren, in ihrer Zusammensetzung aus Mitgliedern des Reichsrathes und Reichstages, endlich in ihrem Wirkungskreis, der eine Ausübung reichsräthlichen, resp. reichstäglichen Rechtes ist, erwiesen sich die Delegationen als Ausschüsse der einen und wiederum der andern Volksvertretung; in ihrem Rechte definitive Beschlüsse zu fassen, erschienen sie als höher organisirte Ausschüsse und in der Art dieser Beschlussfassung als einander entgegengestellte Organe verschiedener Staaten. Ihnen klebt kein einziges Merkmal an, welches sie zu dem Ausdruck eines die zwei Staaten umfassenden und neben denselben existirenden Staates stempeln würde, sie fassen zwei verschiedene Willen, sie beruhen auf zwei gesonderten Staatswillen und sie sind der Ausdruck zweier neben und mit einander wirkender Staatswillen.“

Ulbrich, S. 60: „Damit ist aber der Kreis der gemeinsamen Organe abgeschlossen. Die Delegationen sind kein gemeinsames Organ, sondern nur relativ selbständige, durch Instructionen nicht beschränkte Ausschüsse der beiderseitigen Volksvertretungen, welche nach dem Verfassungsrechte beider Staaten zur Mitwirkung bei Fassung von Societätsbeschlüssen im Kreise der gemeinsamen Angelegenheiten und zur Controlle der gemeinsamen Verwaltung bestellt sind.“

der Parlamente der beiden Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn erklärt! Obwohl die Delegationen verfassungsmässig die gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten behandeln, wozu die Parlamente der Staaten Cisleithanien und Ungarn nicht fähig und competent sind, werden sie dennoch in dieser ihrer staatsrechtlichen Eigenschaft (als Organe für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten) als Ausschüsse der Sonderparlamente staatsrechtlich definirt!

Wohl gibt es Nichts — wie sich aus der Darstellung ergeben wird — das weniger wahr wäre, als diese staatsrechtliche Behauptung von der Ausschussnatur der Delegationen! Die Delegationen sind nicht Ausschüsse der Parlamente der Sonderstaaten, weder nach ihrer Entstehung oder ihrem Ende, noch nach ihren Functionen und ihrem Competenzkreise. Wie eine *mouche volante* schwebt dieser Delegationsausschuss in dem Gesichtsfelde so vieler staatsrechtlicher Theoretiker und Praktiker!

Ausnahmslos verwechselt man den Reichsrath und Reichstag als selbständige Parlamente der Sonderstaaten, mit dem zu einander gehörenden Reichstage und Reichsrathe als den „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“, also mit dem Reichsrathe und Reichstage als identischen Theilen des Reichsvertretungskörpers! Der hochwichtige staatsrechtliche Unterschied zwischen Reichstag und Reichsrath als selbständigen Parlamenten der Sonderstaaten und als untrennbaren Theilen des Parlamentes der gemeinsamen Monarchie ist nicht einmal in das Bewusstsein getreten.

Von anderen gemeinsamen Organen, von einer gemeinsamen österreichisch-ungarischen Krone für diese gemeinsame österreichisch-ungarische Monarchie, oder von gemeinsamen Staatsbürgern, österreichisch-ungarischen Reichsangehörigen, ist nach dieser herrschenden Theorie gar keine Rede.²⁾ Wollte

²⁾ Juraschek, §. 10, so S. 107: „Wenn man dieser Titeländerung“ (durch das Allerh. Handschreiben vom 14. November 1868) „eine Bedeutung beilegt, und das muss doch, insbesondere nach den Eingangsworten, Jeder, der das Handschreiben überhaupt berücksichtigt, so kann sie doch nur darin gefunden werden, dass bei den bezeichneten Acten auch schon durch die Form angedeutet werde, es vertritt die eine physische Person zwei Rechts-

man daher selbst die Realunion als eine normale Verbindung von Staaten anerkennen — was nach dem organischen Staatsbegriffe durchaus unzulässig ist — wodurch sollte in Oesterreich-Ungarn nach der herrschenden Theorie bei dem Fehlen aller gemeinsamen Organe diese Verbindung begründet sein? Worin sollte diese wirkliche Union noch bestehen?

Aber noch mehr, man hat sogar die gemeinsamen Angelegenheiten selbst — gegen den klaren Wortlaut aller Gesetze³⁾ — in Abrede gestellt und geläugnet! Man erklärte — fast scheint es unglaublich — die gemeinsamen Angelegenheiten bestünden in einer gemeinsamen Geschäftsführung.⁴⁾

personen. Wo diese Formel in Anwendung kommt, da ist zwar nur ein physischer Wille erklärt, aber derselbe gilt als Wille der beiden Regentenpersonen, es ist soviel, als wäre gesagt: wir beide, der Kaiser von Oesterreich und der König von Ungarn wollen.... Da nun der österreichische Kaiser überall den angeführten Titel gebraucht wissen will, so setzt er überall an Stelle der früheren, die Gesammtheit der Länder umfassenden Regentenperson die zwei Personen und beseitigt dadurch jene umfassende Regentenperson gänzlich.“

Ulbrich, S. 49—52, so insbesondere S. 51: Der III. ungarische Gesetzartikel 1848 denkt die Staatsgewalt in der Person des Königs vereinigt, und ebenso stellt das österr. Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die Regierungs- und Vollzugsgewalt den Kaiser als Träger der Staatsgewalt hin, in keinem dieser beiden Gesetze ist von einer dritten, vom Kaiser und König verschiedenen Gesammtherrscherpersönlichkeit die Rede. Auch die Ausgleichsgesetze (XII. ung. Ges.-Artikel 1867 und Ges. vom 21. December 1867) kennen eine solche Gesammtherrscherpersönlichkeit nicht, und es ist eine unbewiesene Behauptung, dass von dieser in dem §. 10 des ung. Ges.-Art 1867 und den §. 3 und 5 des österr. Ges. vom 21. December 1867 die Rede sei. Ebenso spricht, wie Bidermann selbst zugeben muss, der Wortlaut der Ausgleichsgesetze in Betreff der gemeinsamen Minister und der Delegationen und auch der Vorgang bei Vereinbarung der Ausgleichsgesetze gegen diese Theorie. Seite 52: „Es gibt kein dieser Centralgewalt unterworfenen Gesamtvolk, da es nur österreichische und ungarische Staatsbürger gibt.“

³⁾ Gesetz vom 21. December 1867, Nr. 146, „betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung, §§. 1, 3, 5, 6, 13, 15, 16 u. s. f. Ungarischer Gesetzartikel XII vom Jahre 1866/67“ über die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen unter der Regierung Seiner Majestät stehenden Ländern obschwebenden gemeinsamen Angelegenheiten und über den Modus ihrer Behandlung“, §§. 8, 9—11, 15, 16, 18, 27, 28, 37, 38 u. s. f.

⁴⁾ Ulbrich, S. 52: „Die gemeinsamen Angelegenheiten beider Staaten sind vielmehr auf eine gemeinsame Geschäftsführung beschränkt, die

Und möchte man es für möglich halten, dass die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Existenz der ganzen Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie von berufenster Seite zur Wahrung der Verfassung, von der Volksvertretung selbst durchaus in Abrede gestellt wird? In dem Berichte des Strafgesetzausschusses vom 5. November 1877 über die Regierungsvorlage betreffend ein neues Strafgesetz über Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, welcher Ausschuss aus 15 hervorragenden Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestand, heisst es in der Begründung der vom Ausschusse beantragten Abänderungen zu §. 93 der Regierungsvorlage: „Die Worte „Oesterreichisch-Ungarische“ vor „Monarchie“ wurden hier und dem entsprechend im ganzen Gesetze gestrichen . . . Zudem hat der Ausdruck „österreichisch - ungarische Monarchie“ keine Basis im Gesetze, sondern ist eine Schöpfung der Praxis.“

Ein Ausspruch, ebenso räthselhaft als unrichtig! Ist denn das Gesetz vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung (R. G. B. 1867, Nr. 146), ist der seinem Inhalte nach identische ungarische Gesetzartikel XII vom Jahre 1865/67 „über die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen unter der Regierung Seiner Majestät stehenden Ländern obschwebenden gemeinsamen Angelegenheiten und über den Modus ihrer Behandlung“ kein Gesetz und nicht die gesetzliche Basis der gemeinsamen Monarchie? Oder wurde der Bestand und das Wesen der gemeinsamen, damals noch „österreichischen“ Monarchie etwa dadurch alterirt, dass 11 Monate später durch das Allerhöchste Handschreiben vom 14. November 1868 die Umtaufe der

aber ihre Grenzen stets durch den materiell übereinstimmenden Gesetzeswillen beider Staaten empfängt und bei Geltendmachung obrigkeitlicher Befugnisse, z. B. der Militärpflicht, Naturalleistungen für das Heer, den Unterthanen gegenüber an die Rechtsnormen und Organe eines jeden dieser beiden Staaten gewiesen ist.“

Freilich zählt Ulbrich selbst dann als „gemeinsame Angelegenheiten“ die auswärtigen Angelegenheiten, Heer und „gemeinsames Finanzwesen“ auf. (S. 56—59.)

„österreichischen“ Monarchie in die „österreichisch-ungarische“ Monarchie erfolgte?

Und weiters heisst es in dem Berichte zu §. 90 der Ausschussanträge (§. 89 der Regierungsvorlage) wörtlich: „Es wurden aber auch die Worte: „Die Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie“ gestrichen, der Ausschuss konnte in seiner Mehrheit nicht finden, dass es eine Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie gibt (!). Die Monarchie besteht aus zwei Reichshälften, deren jede ihre eigene Verfassung hat.“ Man verwechselt fortwährend die zwei österreichisch-ungarischen Reichsprovinzen Cisleithanien und Ungarn mit den beiden souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn!

So will man auch die gemeinsamen Angelegenheiten auflösen in cisleithanische Staatsangelegenheiten und in ungarische Staatsangelegenheiten, welche nur nach dem Ausgleichsgesetze in identischer Weise zu regeln seien! Auch auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten soll keine gemeinsame österreichisch-ungarische Monarchie existiren, sondern ebenfalls nur die beiden souveränen Sonderstaaten. Die selbständigen Staaten Cisleithanien und Ungarn sollen die Theile des Reiches, die Hälften der Monarchie sein, die Reichsverfassung soll gleich sein den beiden Verfassungen der souveränen Sonderstaaten. Die eine österreichisch-ungarische Monarchie soll gleich sein zwei Monarchien, Cisleithanien und Ungarn; sie ist die Summe dieser Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn, entstanden durch deren Addition!

Manches Jahr nach dem ersten Ausgleich lebten diese Anschauungen und Behauptungen stillschweigend und unausgesprochen in den Geistern, man hatte eine gewisse Scheu, sie zu präcisiren und schlummerte fort in einer Art dogmatischen Schlummers! Allgemach wurzelten sie ein, diese staatsrechtlichen Ueberzeugungen, verbreiteten sich, seit der Wiederholung des Ausgleiches aber werden sie auch von der Theorie offen bekannt und wissenschaftlich zu begründen versucht.⁵⁾

⁵⁾ Insbesondere Juraschek, Personal- und Realunion, mit einem Anhang: Das rechtliche Verhältniss zwischen Oesterreich und Ungarn (Berlin, 1878). — Ulbrich, Die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie (Prag, 1879).

Mit der Erneuerung des Ausgleiches erhob diese Theorie ihr Haupt, sie ward gross und geht jetzt auch bei Tage bloss!

Aber diese Theorie, indem sie die gemeinsamen Angelegenheiten als 1. ungarische Staatsangelegenheiten und 2. cisleithanische Staatsangelegenheiten aufrecht erhalten und für die Sonderkronen die Regelung dieser „gemeinsamen Sonderstaatsangelegenheiten“ gewinnen will, greift dadurch gerade die Souveränität der Einzelstaatskronen an; sie nimmt z. B. der Krone des heiligen Stephan das Recht, eine ungarische Staatsangelegenheit — in diesem Falle die gemeinsame Angelegenheit — allein und unabhängig zu ordnen. Sie gestattet 1. einem anderen Staate — Cisleithanien — auch diese in den Kompetenzkreis der Krone des heiligen Stephan fallende Angelegenheit zu regeln; sie macht 2. die Bestimmung der ungarischen Krone über die gemeinsame Angelegenheit von der Zustimmung Cisleithaniens abhängig. Dasselbe ist der Fall rücksichtlich der Krone Cisleithaniens.

Diese Theorie, die als ihre klare Quelle und ihren sicheren Boden das positive Staatsrecht nennt, verstosst ferner gegen den Wortlaut und Sinn dieses positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechtes; ja sie macht durch ihre Interpretation dieses Staatsrecht zu einem in sich widerspruchsvollen; sie setzt es in Zwiespalt mit dem Staatsrechte der Sonderstaaten, sie zwingt es endlich in einen unvereinbaren und unlöslichen Gegensatz mit der unveränderlichen Natur des Staates selbst und verwandelt so das österreichisch-ungarische Staatsrecht — das Ausgleichsgesetz — in ein unmögliches und daher unerfüllbares Recht. Als ob das Staatsrecht Alles dictiren könnte und das Dictirte dann sofort die Kraft der Wirklichkeit erlangte, als ob nicht auch beim Staatsrechte sein Inhalt gesetzt und vorgezeichnet wäre durch die unveränderliche Natur des Staates und seines Lebens, wird das Ausgleichsgesetz flüchtig betrachtet und rasch interpretirt, ohne Rücksicht auf das staatsbegrifflich und staatsrechtlich Mögliche; es wird interpretirt und soll wirken, als ob das Unmögliche keine Schranke wäre für den österreichisch-ungarischen Gesetzgeber und das österreichisch-ungarische Gesetz.

Nicht davon kann hier die Rede sein, dass diese herr-

schende Auffassung des Ausgleichsrechtes im Widerspruche steht mit der historischen Entwicklung des Reiches und dem traditionellen Geiste Oesterreichs, mit dem Gefühle der Einheit auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten, das noch lebt und grünt in den Herzen der Bürger diesseits und jenseits der Leitha; es soll nicht hingewiesen werden, wie sehr diese Theorie verstösst gegen das ernste Bewusstsein, dass die thatsächliche Machtstellung der Monarchie die Einheit ihrer beiden Theile gebieterisch fordert, und dass die glückliche Lösung der mit unerbittlicher Nothwendigkeit nahenden Ereignisse der ganzen Kraft der Reichseinheit bedürfen wird.

Aber dagegen muss Einsprache erhoben werden, wenn diese Theorie in subjectiver Weise und mit heroischer Ruhe erst das Unmögliche in das Gesetz hineinlegt und dann aus dem Gesetze herausnimmt.

Denn wahrlich, wenn es möglich ist, dass Eine Monarchie = zwei Monarchien, und ein Minister = zwei Ministern ist; wenn das Parlament eines Staates A auch die Angelegenheiten eines Staates B — gemeinsame Staatsangelegenheiten — als seine eigenen öffentlichen Angelegenheiten berathen und beschliessen kann; wenn es eine österreichisch-ungarische Monarchie gibt, ohne einen österreichisch-ungarischen Monarchen und ohne Menschen, welche Angehörige dieser Monarchie sind; wenn es geschehen kann, dass der nach Aussen, gegenüber anderen Staaten einheitliche österreichisch-ungarische Wille nach Innen — gegenüber den Staatsangehörigen — zwei Willen ist, und die auswärtige Politik eines Staates A sich für die Angehörigen dieses Staates in zwei auswärtige Politiken zweier anderer Staaten B und C auflöst; wenn ein von der Monarchie A mit anderen Staaten abgeschlossener Vertrag zerbricht in zwei Verträge zweier anderer Staaten B und C, — dann wahrhaft ist auf dem Gebiete des Staates und seines Lebens Alles möglich, dann gibt es keinen Staat und keine Natur des Staates mehr! Und dann ist keine geistige Arbeit weniger nöthig, und minder fruchtbringend, als die nach der Erkenntniss des Wesens und des Lebens der souveränen menschlichen Gemeinschaft! Dann mag die Staatslehre und jede Staatswissenschaft, empirische wie deductive,

die Feder aus der Hand legen und zur Ruhe gehen; denn sie hat kein irdisches Object mehr für ihre Untersuchung!

Es ist aber nur eine natürliche Erscheinung, dass die grossen Irrthümer der herrschenden staatsrechtlichen Doctrin, welche mit dem ersten Ausgleiche emporschossen und Hand in Hand gingen, auch schwere Fehler der Praxis zur Folge hatten. Jener Intellectualismus der Griechen, wonach die richtige Erkenntniss immer und mit Nothwendigkeit auch das richtige Handeln erzeugt, fand hier seine Bewahrheitung *e contrario*.

Dreizehn Jahre sind verflossen, seit dem ersten Ausgleiche, und 13 Jahre wird die gemeinsame Verfassung, das österreichisch-ungarische Reichsrecht, fortwährend verletzt — wenn auch *bona fide* — durch die Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn! Während sich allseitig eifrige und patriotische Hüter der Sonderstaaten und ihrer Verfassung fanden, erhob sich keine Stimme und kein Wächter für den gemeinsamen Staat und das gemeinsame österreichisch-ungarische Reichsstaatsrecht gegenüber den Sonderstaaten! Es fand sich Niemand, der namentlich die Competenz und Rechte der Reichsvolksvertretung geschirmt hätte gegenüber dem Ansturme der Sonderstaaten und der Prätension ihrer Parlamente, an der Bildung des österreichisch-ungarischen Reichswillens, an der Reichsgesetzgebung, selbst als Sonderstaaten und Sonderparlamente mitzuwirken.

Alle gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatsverträge, wirthschaftlichen und politischen Inhaltes — gewiss gemeinsame Angelegenheiten — wurden seit dem Ausgleiche und werden heute von den Ministerien der Sonderstaaten, den Parlamenten der Sonderstaaten behufs Genehmigung vorgelegt, von diesen berathen und beschlossen und den beiden Kronen der Sonderstaaten unter Haftung der Sonderministerien zur Ratification unterbreitet, als wären die gemeinsamen Staatsverträge cisleithanische und ungarische Staatsverträge. Die Gesetzgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten, z. B. über die Quote, über die gemeinsame Bank etc. wurde dem Reiche entzogen und wird von den Sonderstaaten und deren Parlamenten besorgt! Die

Delegationen — der Stellvertreter des gemeinsamen Reichstages, welcher Stellvertreter einen Theil der gemeinsamen Angelegenheiten verfassungsmässig zu erledigen hat — werden bis heute von den Parlamenten der Sonderstaaten, und zwar angeblich als deren Vertreter gewählt! Ja, immer mehr greift beim Abschlusse gemeinsamer Staatsverträge wirtschaftlichen Inhaltes die Anschauung um sich, als ob die Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn und deren Vertreter den Inhalt des österreichisch-ungarischen Staatsvertrages erst zu vereinbaren und festzustellen hätten, und dann das gemeinsame Ministerium des Auswärtigen diesen Vertrag als Vertreter der beiden Sonderstaaten, in deren Namen und Auftrag abzuschliessen hätte. Immer mehr greift beim Abschlusse von österreichisch-ungarischen Handelsverträgen, Eisenbahnverträgen etc. eine Art des praktischen Vorgehens Platz, als ob nicht eine einheitliche österreichisch-ungarische Politik des Auswärtigen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens Oesterreich-Ungarns gegenüber den anderen Staaten gesetzlich bestände, sondern als ob es eine 1. cisleithanische und 2. ungarische Politik des Auswärtigen gäbe. Alle österreichisch-ungarischen, alle gemeinsamen Angelegenheiten, welche von dem Ausgleichsgesetze „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ unmittelbar zur Behandlung zugewiesen sind, werden heute von den beiden selbständigen Parlamenten der souveränen Sonderstaaten behandelt! Schon verwalten — dem Anscheine nach — und verwalteten — wenn es möglich wäre — die Ministerien der Sonderstaaten gemeinsame Angelegenheiten!

Und die gemeinsamen Gesetze, wie werden sie verkündet! Ist denn diese Art der Verkündigung der gemeinsamen Gesetze überhaupt rechtlich noch eine Gesetzesverkündigung? Die Reichsgesetze, die sanctionirten Beschlüsse des weiteren Reichstages und der Delegation, sie werden von den Sonderstaaten publicirt durch ihre Gesetzblätter und durch ihre Amtsblätter! Die Sonderstaaten verkünden einen ihnen fremden Willen, den Reichswillen Oesterreich-Ungarns — nicht einmal ein gemeinsames Organ für die Publikation seiner Gesetze hat man dem Reiche gegönnt.

Und wie es Leute gibt und rechtsphilosophische Schulen zu allen Zeiten gab, welche den Staat als ein Uebel für die Menschheit erklärten, für die Freiheit und die Individualität des Einzelnen — schon die Encyklopädie des classischen Alterthums, die Sophistenschule Griechenlands huldigte zum grossen Theile dieser Auffassung des Staates — so betrachten Manche auch heute den österreichisch-ungarischen Staat als ein Ueberflüssiges, fast als ein Uebel; man erklärt die Gesamtmonarchie, — die man als eine freie schuf, in der vollen Ueberzeugung ihrer absoluten Nothwendigkeit für die Existenz und Erhaltung der Sonderstaaten — als gefährlich und nachtheilig für die Freiheit, für die Selbständigkeit eben dieser Sonderstaaten!

Und sollte je der Strafgesetzentwurf Cisleithaniens in der vom Strafgesetzausschusse festgesetzten Textirung zum Gesetze werden, es wäre die praktische Folge davon eine neue schwere Schädigung des Reiches und die Schaffung eines höchst gefährlichen staatlichen Zustandes! Das Reich, die österreichisch-ungarische Monarchie, würde dadurch vom Strafrechte schutzlos preisgegeben allen verbrecherischen Versuchen und Angriffen sowohl seitens eines Theiles ihrer Angehörigen, als auch der Ausländer! Alle Verbrechen gegen den österreichisch-ungarischen Staat und dessen Organe, Hochverrath, Staatsverrath, alle Verbrechen gegen die Wirksamkeit und das Ansehen der österreichisch-ungarischen Staatsgewalt u. s. f., sie werden in diesem Strafgesetzentwurfe ausdrücklich — wenn auch *bona fide* — als straflos erklärt. Und so würde dadurch der gegenwärtig bestehende anomale Zustand der Straflosigkeit aller Verbrechen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie — der sich unbewusst und ungewollt herausgebildet durch den Ausgleich — ausdrücklich und mit Bewusstsein anerkannt. Denn in allen Gesetzesstellen der Regierungsvorlage, welche die Staatsverbrechen gegen den Staat Cisleithanien und auch gegen die österreichisch-ungarische Monarchie definiren, und deren Bestrafung festsetzen, wurden vom Ausschusse die Worte: „Die Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie“ gestrichen. „Der Ausschuss konnte in seiner Mehrheit nicht finden, dass es eine Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie gibt.“ In Ungarn hingegen hat man in richtiger

Erkenntniss der Nothwendigkeit des strafrechtlichen Schutzes der österreichisch - ungarischen Monarchie — da diese selbst kein Strafgesetz hat — das österreichisch-ungarische Reichsstrafrecht in das neue Strafgesetz (V. Gesetzartikel vom Jahre 1878) mit aufgenommen. Für diejenigen Oesterreicher-Ungarn, welche zugleich ungarische Staatsbürger sind, bestehen die Staatsverbrechen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie; das ungarische Strafgesetz, respective das im ungarischen Gesetze enthaltene österreichisch-ungarische Strafrecht, setzt die Strafen fest für diese Staatsverbrechen, begangen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie: Hochverrath ⁶⁾, gegen den österreichisch-ungarischen Staat (§. 127), Staatsverrath ⁷⁾, (§. 142, 143, 144, 146), Aufstand ⁸⁾ (§. 152), Gewaltthätig-

⁶⁾ V. Gesetzartikel, das ungarische Strafgesetzbuch über Verbrechen und Vergehen. § 127. Das Verbrechen des Hochverrathes bildet auch eine solche Handlung, welche unmittelbar darauf gerichtet ist, damit: 1. Die gesetzliche Thronfolgeordnung gewaltsam geändert, 2. die Verfassung des ungarischen Staates, die Staatsgemeinschaft zwischen den Ländern des ungarischen Staates oder der Verband zwischen dem ungarischen Staate und dem andern Staate der österreichisch-ungarischen Monarchie gewaltsam geändert, 3. das Gebiet des ungarischen Staates oder des anderen Staates der österreichisch-ungarischen Monarchie, oder irgend ein Theil dieser Gebiete einer fremden Macht gewaltsam einverleibt, oder von jenem Staate, zu welchem derselbe gehört, gewaltsam losgerissen werde.

⁷⁾ §. 142. Derjenige ungarische Staatsangehörige, welcher sich mit der Regierung einer auswärtigen Macht verbindet oder mit derselben unmittelbar oder mittelbar in Berührung tritt, um sie zu einer feindseligen Handlung gegen den ungarischen Staat, oder gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zu veranlassen; desgleichen auch Derjenige, welcher eine auswärtige Macht zu einem Kriege gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zu bewegen sucht, begeht das Verbrechen des Staatsverrathes und ist mit Zuchthaus von zehn bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen. Wenn die Kriegserklärung erfolgt oder der Krieg ausgebrochen ist, so muss der Staatsverrath mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden.

⁸⁾ §. 152. Die Zusammenrottung zu dem Zwecke, um: 1. den Reichstag, eines der beiden Häuser oder einen Ausschuss desselben; die mit der Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten betrauten Delegationen, eine derselben oder einen Delegationsausschuss; 3. die ungarische Regierung gewaltsam oder durch gefährliche Drohung in der freien Ausübung ihrer (seiner) Wirksamkeit zu hindern, oder zu einem Beschlusse, einer Verfügung oder einer Unterlassung zu zwingen, bildet das Verbrechen des Aufstandes und ist mit Staatsgefängniss von zehn bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen.

keit⁹⁾ gegen österreichisch-ungarische Behörden (§. 165), Aufreizung¹⁰⁾ gegen die österreichisch-ungarische Verfassung, Gesetze, Behörden etc. (§. 173), Verläumdung¹¹⁾ der öster-

⁹⁾ §. 165. Des Verbrechens der Gewaltthätigkeit gegen Behörden macht sich schuldig und ist mit Kerker bis zu drei Jahren zu bestrafen, wer eine *Delegation*, einen Ausschuss, eine Commission, einen Beamten oder ein sonstiges Organ einer Behörde, oder ein Mitglied, oder Organ der Delegation, des Ausschusses oder der Commission in dem Vollzuge des gesetzlichen oder behördlichen Auftrages durch Gewalt oder gefährliche Drohung hindert, zu einer Verfügung zwingt oder aber während der Amtsverrichtung thätlich beleidigt. Eben dieselbe Strafe ist zu verhängen, wenn die Handlung gegen die zum Schutze der obgenannten Corporationen oder Personen bestellten oder erschienenen Personen begangen wird.

¹⁰⁾ §. 173. Mit Staatsgefängniss bis fünf Jahren ist zu bestrafen, wer auf die im §. 171 bezeichnete Art die Unverletzlichkeit der Person des Königs, die gesetzliche Thronfolgeordnung, die verfassungsmässige Regierungsform oder die verbindende Kraft des Gesetzes angreift; ebenso auch derjenige, welcher gegen einzelne Institutionen der Verfassung, gegen den Verband mit dem anderen Staate der Monarchie oder gegen die Staatsgemeinschaft zwischen jenen Ländern, welche den ungarischen Staat bilden, oder gegen die gesetzlichen Rechte des Königs, des Reichstages, der Reichstags-Ausschüsse, oder der zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten berufenen *Delegation* aufreizt.

¹¹⁾ §. 269. Wenn die Verläumdung oder Ehrenbeleidigung gegen den Reichstag, eines der beiden Häuser desselben, den kroatisch-slavonisch-dalmatischen Reichstag, einen Ausschuss dieser Körperschaften, gegen die zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendeten *Delegationen*, oder eine dieser *Delegationen*, oder einen Ausschuss derselben gerichtet ist, so wird das Strafverfahren von Amtswegen, allein nur über Ermächtigung jenes Reichstages oder jener *Delegation* eingeleitet, welcher (welche) beleidigt worden ist, oder welcher (welche) den beleidigten Ausschuss, beziehungsweise die beleidigte *Delegation* gewählt hat. §. 270. Das Strafverfahren ist von Amtswegen einzuleiten: 1. wenn in Bezug auf die Amtspflichten einer Behörde oder einer Commission, derselben (§. 271) oder 2. hinsichtlich der Amtspflichten eines öffentlichen Beamten eine solche Thatsache behauptet wurde, welche — falls sie wahr wäre — eine Criminal- oder Disciplinarstrafe nach sich ziehen würde; 3. wenn die Verläumdung oder Ehrenbeleidigung gegen die gemeinsame Armee, die Kriegsmarine, die Landwehr, oder gegen eine selbständige Abtheilung derselben gerichtet ist. Wenn die Verläumdung oder Ehrenbeleidigung gegen einen königlich ungarischen Minister oder gegen einen kais. und königl. gemeinsamen Minister hinsichtlich seiner amtlichen Thätigkeit gerichtet ist, so kann das Strafverfahren nur über Ermächtigung des beleidigten Ministers — wenn aber die Verläumdung oder Ehrenbeleidigung gegen die ganze Regierung gerichtet

reichisch-ungarischen Staatsbehörden (§. 262, 269, 270), Verbrechen und Vergehen gegen die bewaffnete Macht¹²⁾ Oesterreich-Ungarns (Hauptstück XLI., §. 449—460).

Und erst in der jüngsten Zeit wurde neuerdings eine gemeinsame Angelegenheit, eine österreichisch-ungarische Reichsangelegenheit von den Sonderstaaten an sich gerissen — es ist die Gesetzgebung über die Verwaltung in den von der Gesamtmonarchie occupirten Provinzen Bosnien und Herzegowina!

Die Ursache nun dieser grossen theoretischen und praktischen Verwirrungen liegt zum Theile allerdings darin, dass das Ausgleichsgesetz — an manchen Stellen wenig präzise — dem blossen Wortlaute nach eine doppelte Auslegung zu gestatten scheint. Mehr als bei jedem anderen objectiven Rechte wird es bei dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte nothwendig sein, fortwährend die Natur des Staates im Auge zu behalten, um an diesem Leitsterne für die Irrsale der Praxis und der Auslegung das staatsbegrifflich Mögliche zu erkennen, um mittelst dieses Correctivs das staatsbegrifflich Unmögliche zurückzuweisen. Wie bei jedem Rechte, so ist ja auch nothwendig im Staatsrechte die Natur der thatsächlichen Verhältnisse, d. i. die Natur des Staates und seines Lebens, der Inhalt des Rechtes.

Und daraus ergibt sich der hohe Werth einer richtigen Vorstellung und demgemäss einer wahren Definition des Staates, dieser sesshaften, zur Persönlichkeit organisirten, souveränen menschlichen Gemeinschaft.

Man versuche an dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte die Kraft all' der tönenden Namen vom Wesen des Staates, er sei eine Rechtsinstitution, eine Erfindung, ein Ganzes, eine Vereinigung, Verbindung, eine beseelte Gesell-

ist, nur über Ermächtigung des Ministerrathes — in den unter 3 angeführten Fällen dagegen nur über Ermächtigung des gemeinsamen Kriegsministers, beziehungsweise des Ministers für Landesvertheidigung eingeleitet werden.

¹²⁾ §. 450. Wer sich der Wehrpflicht dadurch zu entziehen sucht, dass er das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verlässt oder sich während der Rekrutirung ausserhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie aufhält, ist mit Gefängniss bis zu einem Jahre und an Geld bis zu tausend Gulden zu bestrafen.

schaft, eine Anstalt, ein System von Gesellungen, eine Art Körper, eine organische Gliederung, ein factischer Zustand, ein Gemeinwesen etc.; man prüfe den Werth all dieser Definitionen, welche höchstens immer nur ein Moment des Staatsbegriffes richtig bezeichnen und irrthümlich alle zu erfassen glauben, hier für das wirkliche Leben! Man erprobe an dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte — einem hiezu nicht untauglichen Versuchsobjecte — die Fähigkeit dieser Definitionen, dieses Recht zu erhellen und verstehen zu machen! Man entscheide mittelst dieser Namen, ob Oesterreich-Ungarn Ein Staat ist oder nicht, ob die österreichisch-ungarischen Delegationen Ein Körper sind oder nicht, ob die Regelung der Quote ein Staatsvertrag ist oder ein österreichisch-ungarisches gemeinsames Gesetz!

Die vorliegenden Erörterungen, ruhend auf der festen Grundlage der Natur des Staates, geben in der Beantwortung der Frage, ob der Berliner Vertrag nach dem positiven öffentlichen Staatsrechte Oesterreich-Ungarns der Volksvertretung vorzulegen war oder nicht, die Bestimmung des staatsrechtlichen Charakters der Monarchie. Sie enthalten in der Lösung der Competenzfrage, wem — den Delegationen oder den Parlamenten der Sonderstaaten — die Behandlung der bosnischen Verwaltungsvorlage der Natur der Sache und dem positiven Rechte nach zustand, die Entscheidung der Cardinalfrage, ob Oesterreich-Ungarn Ein Staat ist oder zwei.

Das Resultat dieser Untersuchungen *de lege lata*, im Gesetze enthalten und nicht ausserhalb des Gesetzes gefunden, es lautet: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist ein Staat, sie ist der Bundesstaat in der Form der Monarchie.

Und so ist die Zahl der aristotelischen Staatsformen durch die europäischen Bundesstaaten erfüllt, und die seltenere Form des Bundesstaates — die Monarchie — repräsentirt der monarchische Bundesstaat Oesterreich-Ungarn.

Wohl ist diese Anschauung vereinzelt, sie steht im Gegensatze zur Meinung des Tages und der grossen Mehrheit der Theoretiker. Von den Staatslehrern bekennt nur Bidermann sich im Allgemeinen zur Ansicht, Oesterreich-Ungarn sei ein

Staatenstaat. (Die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien 1877.)

Allein unsere Anschauung, entsprechend der historischen Entwicklung der Monarchie und dem in ihren Angehörigen lebenden Bewusstsein und Gefühle der Einheit, sie ist nicht nur allein in Uebereinstimmung mit dem Wortlaute und dem Sinne des Gesetzes, sie allein ist auch in Harmonie mit der unveränderlichen Natur des Staates.

Und daraus mögen ihre Bekenner den Muth des Bekenntnisses und die Kraft zu ihrer Vertheidigung schöpfen.

Es ist der Begriff des Bundesstaates, der in die Ausgleichsgesetzgebung Oesterreich-Ungarns gefasst ist. Mit dieser aus dem Gesetze folgenden Auffassung des staatsrechtlichen Charakters Oesterreich-Ungarns wird das Gesetz wieder ein logisches, ein staatsbegrifflich mögliches, ein erfüllbares! Die Widersprüche, die ihm die Anschauung der Dogmatiker von der Existenz zweier Staaten auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten eingepflanzt, sie lösen sich auf, das Unmögliche ist daraus verschwunden, das Ausgleichsgesetz ist wieder ein objectives Recht geworden für eine wirkliche Form des Lebens der menschlichen Gemeinschaft.

Vielleicht wird man einwenden, diese hier gegebene Auslegung des Ausgleichsgesetzes sei, wenn auch durch den Wortlaut und den Sinn des Gesetzes nicht ausgeschlossen, doch niemals vom Gesetzgeber beabsichtigt gewesen; er habe niemals daran gedacht, die Verbindung Ungarns mit den übrigen Königreichen und Ländern in der Form des Bundesstaates zu realisiren.

Aber steht dieser Begriff des Bundesstaates überhaupt fest, hat man ihn je übereinstimmend zu Ende gedacht? Ist es nicht Thatsache, dass man noch heute vielfach nicht die Menschen als Glieder und Theile des Bundesstaates — also des Staates — erklärt, sondern die einzelnen Staaten? Und dass man den Begriff des Bundesstaates vorwiegend nur in der Form der Republik verwirklichungsfähig und in die Erscheinung tretend denkt? Der Staat ist die Einheit der Menschen und der Bundesstaat soll die Einheit von Staaten sein? Und wenn er es wäre, müsste dann nicht diese

Einheit der Staaten mit einem anderen Begriffe bezeichnet werden, könnte man sie als Staat definiren, so lange man noch unter Staat die Einheit der Einzelpersönlichkeiten, der lebendigen Menschen begreift? „Mitglieder des Reiches — sagt Laband (Staatsrecht des deutschen Reiches, I. Band, Tübingen 1876, S. 88) — sind nicht die einzelnen Bürger und sie sind auch nicht zusammengenommen Träger der Reichsgewalt; Mitglieder des Reiches sind vielmehr die einzelnen Staaten und sie sämtlich sind an der Reichsgewalt mitbetheiligt, gerade so wie in der Demokratie die vollberechtigten Staatsbürger an der Staatsgewalt. Das deutsche Reich ist nicht eine juristische Person von 40 Millionen Mitgliedern, sondern von 25 Mitgliedern!“

Dann kann man auch die Familie als „Bundesmenschen“ definiren, dessen Glieder und Theile nicht Kopf, Hand, Fuss etc. sind, sondern die einzelnen, der Familie angehörenden und sie bildenden Menschen, wie beim Einzelmenschen Kopf, Hand Fuss etc. diese Glieder sind! Ebenso sehr oder ebensowenig gibt es einen aus Menschen bestehenden Menschen, als es einen aus souveränen Staaten bestehenden Staat gibt!

Und ist diese Einheit der Staaten mit bestimmten selbstgesetzten Zwecken, die Einheit, deren Theile Staaten sind und deren Wille durch die Staatspersönlichkeiten als Factoren dieser Willensbildung erzeugt wird, nicht der Staatenverein, der Staatenbund?

Aber absehend davon, dass der Begriff des Bundesstaates heute keinen klaren und festen Inhalt hat, so dass er als sichere Form des staatlich zu Schaffenden dem Gesetzgeber vorschweben könnte — wird doch dieser Begriff „Bundesstaat“ von Manchen, so z. B. von Max Seydel¹³⁾, gänzlich verworfen und ward diesem Begriffe erst wieder von Laband ein neuer, verwirrender Inhalt gegeben¹⁴⁾ — woraus erschliesst

¹³⁾ In den Annalen des norddeutschen Bundes 1876, p. 641 ff. In der Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, 1872, S. 185 ff.

¹⁴⁾ Laband, Das Staatsrecht des deutschen Reiches p. 70: „Der zusammengesetzte Staat unterscheidet sich hievon (vom einfachen Staate) dadurch, dass eine doppelte oder mehrfache Gliederung stattfindet. Land und Leute sind zunächst einer Unterstaatsgewalt unterworfen und die Staaten einer Oberstaats-

man die Absicht des österreichisch - ungarischen Gesetzgebers, die beiden Staaten auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten nicht Eins sein zu lassen? Woher nimmt man den Beweis, dass der Gesetzgeber für das Gebiet der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten nicht die Eine und einheitliche österreichisch-ungarische Monarchie, den Einen Staat als einen politisch freien forterhalten wollte? Etwa aus der allerhöchsten Aufforderung Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät bei Eröffnung des ungarischen Reichstages an den Reichstag ¹⁵⁾, „dass derselbe, ausgehend von den Principien der als gegenseitige Rechtsbasis anerkannten pragmatischen Sanction für Modalitäten sorgen möge, mittelst welcher sowohl die, auch durch die pragmatische Sanction gewährleistete staatsrechtliche und innere administrative Selbständigkeit Ungarns und seiner Nebenländer, als auch die Lebensbedingungen der Sicherheit und des Fortbestandes der Monarchie unversehrt gewahrt werden, zugleich aber einerseits den Ländern der ungarischen Krone und anderseits den übrigen Ländern und Provinzen Sr. Majestät die constitutionelle Einflussnahme auf die verfassungsmässige Behandlung der oben erwähnten gemeinsamen Angelegenheiten gesichert werde?“ Oder aus der Versicherung des Reichstages, dass er „mit aufrichtiger Freude diese Allerhöchste Entschliessung Seiner Majestät begrüsst, durch welche Allerhöchstdieselben das constitutionelle Regierungssystem in der ganzen Monarchie zu begründen und hierdurch den Glanz Ihres Thrones und die Kraft und Macht der

gewalt, welche wir mit dem Ausdruck Reichsgewalt bezeichnen. Das directe unmittelbare Object der in der Reichsgewalt enthaltenen Herrschaftsrechte sind die Staaten; die Staaten als Einheiten, als juristische Personen des öffentlichen Rechtes sind die Mitglieder, die Unterthanen des Reiches, die Gebiete der Gliedstaaten sind mittelbar Reichsgebiet, die Bürger der Gliedstaaten sind mittelbar Reichsunterthanen. Das Wesen des Reiches besteht in der Mediation der Staaten, nicht in ihrer Unterdrückung oder Auflösung. Der Gliedstaat ist nach unten Herr, nach oben Unterthan. S. 71: „Das wesentliche Merkmal des Begriffes (nämlich des zusammengesetzten Staates) besteht darin, dass zwei (oder mehrere) Staatsgewalten übereinander aufgebaut sind, so dass die Reichsgewalt Staaten zu Unterthanen hat“!!

¹⁵⁾ Einleitung zum ungarischen Gesetzartikel, XII, v. J. 1865/67.

Monarchie auf die Betheiligung aller Ihrer Völker an den öffentlichen Angelegenheiten, als auf die naturgemässe, somit festeste Grundlage zu basiren wünschten?“

Ist die Absicht des Gesetzgebers nicht klar zum Ausdrucke gebracht durch die Schaffung eines gemeinsamen Ministeriums, durch die Zuweisung (gemeinsamer) österreichisch-ungarischer Angelegenheiten an den Reichsrath und Reichstag als „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“, und an deren Stellvertreter die einheitlichen Delegationen? Wurde dadurch, dass dem Reichsrathe und Reichstage zusammen das Recht der Mitwirkung an der gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Gesetzgebung gesetzlich zuerkannt wurde, nicht dieser Reichsrath und Reichstag auch gesetzlich verbunden und zur gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Volksvertretung creirt?

Aber selbst wenn diese Behauptung erhärtet wäre, wenn der Gesetzgeber nicht die Einheit auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten gewollt oder sich über die staatsrechtlichen Consequenzen des ausgesprochenen Gesetzesinhaltes nicht vollkommen klar gewesen wäre — es würde dennoch das durch den klaren Wortlaut und Sinn des Gesetzes staatsrechtlich Geschaffene dadurch nicht alterirt oder beseitigt. Denn dieser klare Sinn und Wortlaut des Gesetzes kommt in erster Linie in Betracht und nicht das, was der Gesetzgeber wollte, aber nicht aussprach. Was der Gesetzgeber sagt mit klaren Worten und zusammenhängendem Sinne, ist das Erste für die Auslegung des Gesetzes.

Und hätte dieser Einwand von der — verborgenen — Absicht des Gesetzgebers auch Kraft, im vorliegenden Falle wäre er dennoch entkräftet; denn man steht vor der Alternative, durch die hier gegebene Auslegung, die allein die Souveränität der Sonderstaaten und ihrer Kronen für den ganzen ihnen zustehenden Competenzkreis unversehrt erhält, die allein dem Wortlaute und dem Sinne des Gesetzes entspricht, und allein in Harmonie ist mit der Natur des Staates, und der inneren und äusseren Geschichte Oesterreichs, dieses österreichisch-ungarische Staatsrecht zu einem vernünftigen, logischen und erfüllbaren zu machen, oder aber durch

eine Auslegung und Auffassung, welche dem Wortlaute und Sinne des Gesetzes widerspricht, der historischen Entwicklung unseres Reiches und der unveränderlichen Natur des Staates entgegen ist, dieses Staatsrecht selbst, welches den constitutionell-monarchischen Bundesstaat aufgerichtet hat, zu einem unlogischen, unhistorischen und unerfüllbaren zu stempeln.

Würden also selbst Sinn und Wortlaut des Gesetzes eine zweifache Auslegung des Gesetzes zulassen, eine Herauslegung des staatsbegrifflich Möglichen und eine Auslegung des staatsrechtlich Unmöglichen, die Wahl wäre leicht und nothwendig. Es wäre diejenige Auslegung zu ergreifen, die das Gesetz überhaupt erhält und das Reich rettet vor Vernichtung durch die Sonderstaaten.

Dieses österreichisch-ungarische Staatsrecht, das Ausgleichsgesetz, es birgt nur ein grosses Geheimniss in sich, und dieses liegt in dem Gegensatze zwischen der Form, in der es spricht und der grossen historischen Thatsache, welche es rechtlich zum Ausdrucke bringen will.

Das Ausgleichsgesetz bedient sich einer staatlich unorganischen, ungewöhnlichen Ausdrucksweise. Es geht immer — wie die Vertragstheorie vom Individuum — von den untrennbaren Theilen des Reiches aus; statt vom Reiche zu handeln, redet das Ausgleichsgesetz von den beiden Reichshälften, Reichstheilen (Provinzen); es spricht von „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“, also von den beiden halben Vertretungskörpern des Reiches und begreift und versteht darunter die einheitliche Reichsvertretung.

Dadurch wird leicht die Vorstellung erweckt, als ob diese Reichshälften Oesterreich-Ungarns, Cisleithanien und Transleithanien, für sich, individuell existent wären gegenüber dem Reiche, als ob die sie bewohnenden Theile des österreichisch-ungarischen Volkes selbstständig wollende und handelnde Gesamtpersönlichkeiten wären gegenüber dem Reiche, welchen zusammen die Regelung der Reichsangelegenheiten obläge. Es entsteht leichter die irrige Idee, als ob die Bruchtheile des Reichsvertretungskörpers, die „Vertretungskörper der Reichshälften“ — also die halben Reichs-

vertretungskörper — selbstständig willensfähige Organe wären für die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten. Und wir glauben nicht zu irren, wenn wir ein diesen Irrthum förderndes Moment noch in der officiellen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Titulatur¹⁶⁾ des gemeinsamen Staates als „österreichische Monarchie“ oder „österreichisch-ungarisches Reich“ erblicken; es ist, als sollte damit den fremden Staaten und den eigenen Staatsangehörigen gegenüber zum Ausdrucke gebracht werden, dass diese „österreichisch-ungarische Monarchie“ aus zwei Monarchien bestehe, aus der cisleithanischen Monarchie und aus der ungarischen Monarchie, dass sie die durch Addition dieser beiden Staaten gewonnene Summe sei.

Aber auch dem Inhalte nach, wer erkennt es nicht, dass dieses Reichsstaatsrecht ein äusserst dürftiges ist, dass Vieles lückenhaft ist in dieser Ausgleichsgesetzgebung, unfertig, nicht zu Ende gedacht? Und wer empfindet es nicht, dass sogar für gewisse äusserste und wichtigste Fälle objective Rechtsnormen gänzlich fehlen, z. B. für den Fall des nicht freiwilligen Einswerdens der Theile der österreichisch-ungarischen Reichsvertretung? Denn es ist kein rechtliches Mittel direct enthalten in der österreichisch-ungarischen Verfassung zur Erlangung irgend einer Willensäusserung der gemeinsamen Volksvertretung, wenn deren Theile, der die gemeinsamen Angelegenheiten berathende und beschliessende Reichsrath und Reichstag absolut einander entgentreten!

Aber wer kann bezweifeln, dass trotzdem die Existenz des Reiches Oesterreich-Ungarn — die Reichseinheit — klar und deutlich in diesem Staatsrechte enthalten liege? Und dass dieses österreichisch-ungarische Staatsrecht wenigstens den Vorzug besitze, die Grundidee des „Bundesstaates“ rein zum Ausdrucke zu bringen, und also Cisleithanien und Ungarn als wirkliche souveräne Staaten zu erhalten? Oesterreich-

¹⁶⁾ So heisst es im Allerh. Handschreiben Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät vom 14. November 1868: „Ferner haben zur Bezeichnung der Gesammtheit aller unter Meinem Scepter verfassungsmässig vereinigten Königreiche und Länder die Ausdrücke: „Oesterreichisch-Ungarische Monarchie“ und „Oesterreichisch-Ungarisches Reich“ alternativ gebraucht zu werden.“

Ungarn allein ist ein monarchischer Bundesstaat in Europa.

Ist nun das Ausgleichsrecht der Gegenwart in Vielem unbestimmt und unvollendet, so ist es die Aufgabe der Zukunft, das heute nicht zu Ende gedachte zu Ende zu denken, und die Consequenzen des logischen Gedankens und die Forderungen des heute staatsrechtlich Bestehenden auch in die Form des objectiven Rechtes zu kleiden. Soll die österreichisch-ungarische Monarchie fortleben und sich entwickeln — und damit indirect die Sonderstaaten — so bedarf auch die Gesamtmonarchie eines selbstständigen, festen und klaren öffentlichen Rechtes und seiner offenen, sicheren und gerechten Anwendung.

Die Zurücksetzung des Reiches und seines Rechtes gegenüber den Sonderstaaten und deren Verfassungen auszugleichen — ist die Aufgabe des kommenden Ausgleiches.

Te semper anteit saeva Necessitas clavos trabales et cuneos manu gestans athena; nec severus uncus abest, liquidumque plumbum.

A. Der Berliner Vertrag.

Die Frage, welche hier zu erörtern ist, lautet:

War der am 13. Juli 1878 zu Berlin zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und der Türkei abgeschlossene Staatsvertrag, der Berliner Vertrag, Seitens Oesterreich-Ungarns nach dessen positivem Staatsrechte der Volksvertretung behufs Genehmigung vorzulegen oder nicht?

Die Ansichten hierüber waren, namentlich was die Factoren betrifft, welchen thatsächlich die Entscheidung zukam, sehr verschieden. In Cisleithanien¹⁷⁾ standen sich im Parla-

¹⁷⁾ Es möge gestattet sein, den Staat, welchen die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder bilden, mit dem Namen „Cisleithanien“ hier zu benennen, namentlich der Kürze wegen. Der officiële Titel dieses Staates lautet: Die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ Dieser Titel findet sich in allen Gesetzen, Staatsgrundgesetzen, in den amtlichen Akten, im Reichsgesetzblatte, welches seit dem Jahre 1870 den Titel hat: „Reichsgesetzblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“; die Bezeichnung „Cisleithanien“ hat auch schon eine gewisse praktische Geltung erlangt. Der Titel „Kaiserthum Oesterreich“ kommt diesem Staate, welcher aus den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern besteht, in keinem Falle staatsrechtlich zu. Das frühere Kaiserthum Oesterreich bezeichnete nach dem kaiserlichen Patente vom 11. August 1804 den Staat, welcher aus sämtlichen Königreichen und Ländern, die zu jener Zeit unter dem österreichischen Scepter vereinigt waren, für das Gebiet der ihnen allen gemeinsamen Angelegenheiten bestand. Da die Gesamtmonarchie damals eine absolute war, stand dem Staatsoberhaupte dieser Monarchie allein die Entscheidung zu.

„Wir sehen Uns demnach — heisst es in diesem Patente über die Annahme des Kaisertitels — zur dauerhaften Befestigung dieser vollkommenen Rangsgleichheit veranlasst und berechtigt, nach den Beispielen, welche in dem vorigen Jahrhundert der russisch kaiserliche Hof und nunmehr auch der neue Beherrscher Frankreichs gegeben hat, dem Hause von Oesterreich in Rücksicht auf dessen

mente die Anschauungen der beiden grossen politischen Parteien gegenüber.

Die sogenannte Verfassungspartei bezweifelte nicht im Mindesten die Competenz des Parlamentes zur Behandlung des Berliner Vertrages. Der Bericht und Antrag der Majorität sowohl, wie der der Minorität des Ausschusses, welchen das Abgeordnetenhaus zur Vorberathung dieses Staatsvertrages einsetzte, ruhen auf dieser Ueberzeugung von der zweifellosen Competenz des Parlamentes zur Behandlung des Berliner Vertrages. „Sonnenklar seien“ in diesem Falle — so behauptete man — „die Bestimmungen der Verfassung“, so sonnenklar, dass man „über den Wortlaut dieser Verfassungsbestimmungen gar nicht hinauskommen könne.“ Und zwar ergebe sich aus diesen Verfassungsbestimmungen mit zweifelloser Sicherheit, dass der Berliner Vertrag zu seiner Giltigkeit der Genehmigung des Reichsrathes bedürfe. Merkwürdiger Weise stützte sich die Verfassungspartei bei diesem ihrem Beweise, dass dieser österreichisch-ungarische Staatsvertrag — um rechtsgiltig zu sein — nach dem inneren Staatsrechte der Genehmigung der Volksvertretung

unabhängige Staaten den erblichen Kaisertitel ebenfalls beizulegen. In Gemässheit dessen haben Wir nach gepflogener reiflicher Ueberlegung beschlossen, für Uns und unsere Nachfolger in dem unzertrennlichen Besitz Unserer unabhängigen Königreiche und Staaten den Titel und die Würde eines erblichen Kaisers von Oesterreich (als den Namen Unseres Erzhauses) dergestalt feierlichst anzunehmen und festzusetzen, dass Unsere sämmtlichen Königreiche, Fürstenthümer und Provinzen ihre bisherigen Titel, Verfassungen, Vorrechte und Verhältnisse fernerhin unverändert beibehalten sollen“.

Die Bezeichnung der Staatsangehörigkeit an „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ als einer „österreichischen“ ist daher eine staatsrechtlich incorrecte. So heisst es z. B. im Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ — also nicht für Oesterreich — im Artikel 1:

Für alle Angehörigen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder besteht ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht. Das Gesetz bestimmt, unter welchen Bedingungen das österreichische Staatsbürgerrecht erworben, ausgeübt und verloren wird“. Desgleichen Artikel 3:

Die öffentlichen Aemter sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich. Für Ausländer wird der Eintritt in dieselben von der Erwerbung des österreichischen Staatsbürgerrechtes abhängig gemacht.

bedürfe, vorwiegend auf Bestimmungen und Paragraphen des cisleithanischen Staatsrechtes; so namentlich auf den §. 11 lit. a des Gesetzes vom 21. December 1867, „wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird“ (R. G. Bl. 1867, Nr. 141), welcher §. 11 den Wirkungskreis des Parlamentes von Cisleithanien (des Reichsrathes) bestimmt, und insbesondere unter lit. a festsetzt, welche vom Staate Cisleithanien abgeschlossenen Staatsverträge — also welche cisleithanischen Staatsverträge — der Prüfung und Genehmigung dieses Parlamentes bedürfen; so auf Artikel 6 des cisleithanischen Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 „über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt“ (R. G. Bl. 1867, Nr. 145); endlich berief man sich wohl auch auf einen Paragraph des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes — auf den §. 1 des Gesetzes vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung“ (R. G. Bl. 1867, Nr. 146) — aus dem aber natürlich eine solche gesetzliche Berechtigung des Staatsparlamentes Cisleithaniens — seines Reichsrathes — zur Genehmigung gemeinsamer, österreichisch-ungarischer Staatsverträge nicht abgeleitet werden kann.

Die sogenannte Rechtspartei hingegen erklärte, dass nach ihrer Anschauung der Berliner Vertrag zu seiner Giltigkeit der Genehmigung des Parlamentes nicht bedürfe. Der Reichsrath sei gar nicht competent zur Behandlung eines Staatsvertrages, den die österreichisch-ungarische Monarchie abgeschlossen habe. Die Rechtspartei erklärte daher, dass sie den Berliner Vertrag bloß zur Kenntniss nehme. Im Herrenhause des Reichsrathes fand keine Debatte statt rücksichtlich des Berliner Vertrages.

Was die Regierung betrifft, schien zunächst die kaiserliche und königliche gemeinsame Regierung ebenfalls den Standpunkt zu vertreten, dass der Berliner Vertrag dem Reichsrathe und dem Reichstage nicht vorzulegen sei.

Die kaiserlich cisleithanische Regierung gab dann ihrer principiellen Anschauung dahin Ausdruck, dass der Ber-

liner Vertrag zu seiner Giltigkeit der Genehmigung des Reichsrathes nicht bedürfe; es sei eine Prärogative der Krone im constitutionell-monarchischen Staate die auswärtige Politik zu leiten und daher internationale politische Verträge ohne vorherige Zustimmung des Parlamentes abzuschliessen. Die Genehmigung des Berliner Vertrages werde überdies indirect erfolgen durch die Annahme des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung Spizzas in Cisleithanien. Schliesslich erklärte es die Regierung geradezu nicht als unzulässig, wenn der Reichsrath dem Berliner Vertrage seine Genehmigung ertheilen wolle.

Conform diesen Ausführungen der cisleithanischen Regierung waren die Erklärungen der königlich ungarischen Regierung im Abgeordnetenhouse des ungarischen Reichstages. Die Regierung erklärte entschieden, dass nach ihrer Anschauung von der Krone abgeschlossene internationale politische Verträge hinsichtlich ihrer Giltigkeit nicht von der Annahme oder Ablehnung derselben seitens der Legislative abhängig seien oder sein könnten. Der Berliner Vertrag bedürfe daher zu seiner Giltigkeit der Zustimmung des Reichstages nicht.

Im ungarischen Parlamente selbst hielt die Regierungspartei diese Anschauung der Regierung aufrecht und enthielt sich der Annahme oder Ablehnung des Inhaltes des Berliner Vertrages. Die Opposition hingegen behauptete, zur Rechtsgiltigkeit internationaler Verträge sei die Zustimmung des Parlamentes nothwendig — und sie berief sich hiebei zum Theile auf antiquirte ungarische Gesetze. Diese Beurtheilung internationaler Verträge sei ein Cardinalrecht der Legislative. Im Oberhause fand keine Debatte über den Berliner Vertrag statt.

Welche von diesen verschiedenen Ansichten ist nun die richtige, wer hatte Recht? War der Berliner Vertrag in Oesterreich-Ungarn nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte der Volksvertretung vorzulegen behufs Genehmigung oder nicht? Bedurfte der von dem Contrahenten „Oesterreich-Ungarn“ im Inhalte des Berliner Vertrages ausgesprochene Willensinhalt, um Staatswille zu sein — also um völkerrechtlich und staatsrechtlich giltig zu sein — der Genehmigung der Volksvertretung oder nicht?

Denn die völkerrechtliche Giltigkeit kann natürlich von der staatsrechtlichen Giltigkeit nicht getrennt werden.

Ist wirklich der Staatswille bei einem Staatsvertrage seitens eines Staates ausgesprochen worden, verpflichtet und berechtigt er eben den Staat gegenüber den anderen Contracten — völkerrechtliche Giltigkeit — und gilt den eigenen Staatsangehörigen gegenüber als souveräner, ihnen übergeordneter und sie zum Gehorsam verpflichtender Wille des Staates — staatsrechtliche Giltigkeit. Ist wirklich der Staatswille geäußert, dann ist er dies nach Aussen und Innen.

Wie nun dieser Staatswille entstehe, welche Factoren zusammenwirken müssen zu seiner Erzeugung, das ist eine Frage des inneren Staatsrechtes, des Verfassungsrechtes. Das Verfassungsrecht bestimmt eben, wann ein vom Staatsoberhaupte ausgesprochener Wille der Wille der Gesamtpersönlichkeit, wann er der Staatswille ist. Nach dem Principe der politischen Freiheit wird der Staatswille in der constitutionellen Monarchie durch zwei Factoren erzeugt, durch den Willen des Volkes und den Willen der Krone. Dies gilt ausnahmslos für alle Acte des Staatswillens gegenüber den Staatsangehörigen, welche z. B. die Staatsangehörigen berechtigen oder verpflichten, für die Acte, welche das Staatsgebiet betreffen, welche eine Handlung des Staates selbst gegenüber seinen Angehörigen zu ihrem Inhalte haben etc. — für alle Acte der Gesetzgebung; dies gilt auch für die Entstehung und Aeussierung mancher mit einem anderen Staatswillen behufs Schaffung eines Rechtsverhältnisses übereinstimmender Willensacte des Staates nach Aussen — es gilt bezüglich bestimmter Staatsverträge, z. B. der Handelsverträge. In Betreff der Handelsverträge ist in allen politisch-freien Monarchien die Entstehung des Staatswillens an das Zusammenwirken zweier Factoren, Krone und Volksvertretung, gebunden. Wird nun durch ein der Krone und dem Volke verantwortliches Staatsorgan — Ministerium — vorläufig der Inhalt des abzuschliessenden Vertrages mit dem Organe des anderen Staates vereinbart, bedarf eben dieser Vertragsentwurf, diese provisorische Willenserklärung, um Staatsvertrag, um übereinstimmender Staats-

wille zu werden, der Zustimmung 1. der Volksvertretung (Genehmigung) und 2. der Krone selbst (Ratification). Schreibt die Verfassung eines Staates rücksichtlich bestimmter Verträge dieses Staates mit anderen Staaten die Bildung des politisch-freien Staatswillens vor, dann ist eben, wenn einer der beiden Factoren für die politisch-freie Willensbildung fehlt — sei es der Wille des Volkes (Genehmigung des Vertrages), sei es der Wille der Krone (Ratification) — gar kein Staatswille entstanden. Es kann dann ebensowenig von einer völkerrechtlichen Giltigkeit des Vertrages die Rede sein, als von einer staatsrechtlichen Giltigkeit.

Wenn daher der seitens Oesterreich-Ungarns geschlossene Berliner Vertrag nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte der Genehmigung der Volksvertretung bedurfte, um staatsrechtliche Giltigkeit zu erhalten, dann bedurfte er dieser Genehmigung auch zur völkerrechtlichen Giltigkeit.

Und ist nach dem Staatsrechte Oesterreich-Ungarns der Abschluss internationaler politischer Verträge ein Recht der Krone allein, bedarf sie dazu nicht der Mitwirkung der Volksvertretung (Genehmigung des Vertrages), dann war dieser von der Krone allein abgeschlossene Berliner Vertrag durch die einfache Publikation in Oesterreich-Ungarn auch staatsrechtlich gültig.

Nicht davon soll hier die Rede sein, ob der Berliner Vertrag etwa vor Auswechslung der Ratificationen der Volksvertretung vorzulegen gewesen sei, ob er hätte unter dem Vorbehalte der verfassungsmässigen Genehmigung geschlossen werden sollen etc.; hier soll die rein staatsrechtliche Frage beantwortet werden, ob er nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte behufs völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Giltigkeit der Genehmigung der Volksvertretung bedurfte oder nicht.

Allein hier mit der ersten Frage beginnen auch schon die ersten und ernstesten Schwierigkeiten. „Nach dem positiven Staatsrechte“ soll die Entscheidung gegeben werden, ob der Berliner Vertrag in Oesterreich-Ungarn der Volksvertretung vorzulegen gewesen sei?

Nach welchem positiven Staatsrechte?

Nach dem cisleithanischen Staatsrechte? Nach dem ungarischen Verfassungsrechte? Oder nach beiden zusammen? Oder aber ist vielleicht nach dem österreichisch-ungarischen, d. h. nach dem gemeinsamen Staatsrechte — nach dem Ausgleichsgesetze — die Entscheidung zu fällen?

Offenbar nun wird die Frage, ob ein vom Staate A bedingt geäußelter Vertragswille behufs völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Giltigkeit der Volksvertretung im Staate A vorzulegen sei, damit diese Volksvertretung dem vorläufig geäußerten Vertragswillen ihre Zustimmung (Genehmigung) ertheile, nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte dieses Staates A, nach dem Verfassungsrechte des Contrahenten A zu entscheiden sein. Es handelt sich ja darum, ob in diesem Falle nach der Verfassung des Staates A dessen Staatswille von der Krone allein erzeugt wird, oder ob der Staatswille von A von zwei Factoren, dem Willen der Krone und dem Willen des A'schen Staatsvolkes, gebildet werde. Die Frage also, ob der Seitens Oesterreich-Ungarns in seiner Eigenschaft als Contrahent des Berliner Vertrages durch seinen Bevollmächtigten geäußerte und erklärte Wille ausser der Genehmigung durch die Krone Oesterreich-Ungarns (Ratification) auch noch der Genehmigung der Volksvertretung Oesterreich-Ungarns bedürfe, wird und muss nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte dieses „Oesterreich-Ungarn“ entschieden werden. Diese Frage kann allein gelöst werden auf Grund derjenigen Normen, welche bestimmen, wie in Oesterreich-Ungarn der Staatswille oder Reichswille gebildet wird, also nach dem Verfassungsrechte Oesterreich-Ungarns. Dieses Verfassungsrecht muss gefragt werden, ob der Staatswille Oesterreich-Ungarns beim Abschlusse von Verträgen politischen Inhaltes mit anderen Staaten durch die Krone Oesterreich-Ungarns allein erzeugt und gebildet wird, oder ob auch der Wille der Volksvertretung mit ein nothwendiger Factor für das Zustandekommen dieses österreichisch-ungarischen Vertragswillens ist.

Die erste Frage geht also dahin: Wer ist staatsrechtlich dieses „Oesterreich-Ungarn“?

I.

Oesterreich-Ungarn — der monarchische Bundesstaat — der Contrahent des Berliner Vertrages.

Welcher Staat — oder vielleicht müssen wir sagen — welche Staaten haben unter diesem Namen „Oesterreich-Ungarn“ den Staatsvertrag — genannt Berliner Vertrag — abgeschlossen? Wer ist diese *haute partie contractante* „*Autriche-Hongrie*“, diese Signatarmacht „Oesterreich-Ungarn“, welche mit Deutschland, Russland, Frankreich, England, Italien und der Türkei den Berliner Vertrag am 13. Juli 1878 abgeschlossen hat, und um deren inneres Staatsrecht es sich handelt?

Diese siebente Signatarmacht des Berliner Vertrages ist die „österreichisch-ungarische Monarchie“ oder das „österreichisch-ungarische Reich“, welche Titel für den Gesamtstaat, für den Cisleithanien und Ungarn auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten umfassenden Staat nach dem Allerhöchsten Handschreiben vom 14. November 1868 an den Freiherrn von Beust „alternativ gebraucht zu werden haben“.¹⁸⁾

¹⁸⁾ Das Allerhöchste Handschreiben Sr. k. und k. Apostol. Majestät lautet (Wiener Zeitung vom 15. November 1868): „Lieber Freiherr von Beust! Nachdem es den neuerlich geordneten Verfassungsverhältnissen entspricht, dass bei Meinen souveränen Acten und insbesondere bei den in Meinem Namen mit auswärtigen Mächten zu schliessenden Staatsverträgen die angemessenen Titulaturen und Bezeichnungen angewendet werden, so ist Mein Wille, dass im Eingang dieser Verträge, wo Meine Person als vertragschliessender Theil und als Vollmachtgeber aufzuführen ist, künftig Mein Titel in folgender Fassung zur Anwendung komme: „Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn“, wonach in weiteren Context des Vertrages eine der diplomatischen Uebung anzupassende, abgekürzte Form gebraucht werden

Denn für dieses Gebiet der gemeinsamen **Angelegenheiten** — für die **Eine** auswärtige Politik, für die **Eine** Armee und die hierfür nöthigen Geldmittel — sind die beiden Staaten nicht vorhanden, sondern bilden dieselben physischen Personen, welche auch die souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn bewohnen — ein wollendes und handelndes Volk — Ein Staatsvolk. Für das Gebiet der gemeinsamen **Angelegenheiten** erscheinen die Ländergebiete, welche andererseits das Staatsterritorium der souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn sind, als Ein einheitliches Staatsgebiet. Das dieses österreichisch-ungarische Land bewohnende, ansässige Volk ist das **Eine** österreichisch-ungarische Staatsvolk, welches durch das **Eine** österreichisch-ungarische Staatsoberhaupt als österreichisch-ungarische souveräne Gesamtpersönlichkeit, als österreichisch-ungarischer Staat erscheint. Das einheitliche Territorium, auf welchem dieses österreichisch-ungarische Staatsvolk ansässig ist, ist das österreichisch-ungarische Reichsland. Es gibt für das Gebiet der auswärtigen Politik, es gibt für die Beziehungen zu den anderen Staaten keinen Staat Cisleithanien und keinen Staat Ungarn. Die auswärtige Politik ist **Eine** auswärtige Politik, **Eine** österreichisch-ungarische Politik des Auswärtigen; sie ist nicht etwa eine 1. cisleithanische Politik des Auswärtigen und eine 2. ungarische Politik des Auswärtigen, welche beide Politiken identisch zu führen und zu leiten wären. Cisleithanien war und ist kein Contrahent des Berliner Ver-

möge, namentlich der Titel: „Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, dann die Bezeichnung: „Se. Majestät der Kaiser und König“ oder „Se. k. und k. Apostolische Majestät“. Ferner haben zur Bezeichnung der Gesamtheit aller unter Meinem Scepter verfassungsmässig vereinigten Königreiche und Länder die Ausdrücke: „Oesterreichisch-Ungarische Monarchie“ und „Oesterreichisch-Ungarisches Reich“ alternativ gebraucht zu werden. Sie haben diese Meine Entschliessung sowohl dem Ministerrath Meiner im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, als Meinem ungarischen Ministerium zu eröffnen und das Weitere zu veranlassen, damit die dem abgeänderten Titel entsprechenden Ausdrücke und Bezeichnungen durch Meine Missionen in den auswärtigen Staaten notificirt und gleichförmig in den staatsrechtlichen und diplomatischen Actenstücken eingeführt werden.

Wien, am 14. November 1868.

Franz Josef m. p.

Beust m. p.

trages, desgleichen Ungarn nicht. Nicht die Krone Cisleithaniens und die Krone des heiligen Stephan sind seitens „Oesterreich-Ungarns“ die zwei Contrahenten des Berliner Vertrages; nicht der Wille des Staates Cisleithanien bezüglich der Ordnung der orientalischen Angelegenheiten wurde gegenüber den sechs anderen Staaten als Contrahenten des Vertrages geäußert, nicht der souveräne Wille des Staates Ungarn in Betreff der theilweisen Lösung der orientalischen Frage für die Gegenwart.

Auf dem Berliner Congresse wurde vielmehr von diesem Contrahenten Oesterreich-Ungarn ein einziger Wille, der österreichisch-ungarische Reichswille, ausgesprochen und mit dem Willensinhalte der sechs anderen Signatarmächte in Uebereinstimmung gebracht. Oesterreich-Ungarn ist Ein Contrahent gewesen, es hat Einen Berliner Vertrag abgeschlossen; es wurden nicht etwa unter diesem Titel „Oesterreich-Ungarn“ zwei Berliner Verträge von den Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn eingegangen. Oesterreich-Ungarn ist nach Aussen und überhaupt für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten nicht die Summe von Oesterreich (Cisleithanien) + Ungarn, sondern das österreichisch-ungarische Reich ist eine von den beiden Sonderstaaten verschiedene, selbständige souveräne Gesamtpersönlichkeit, es ist ein selbständiger Staat — ein Bundesstaat. Cisleithanien und Ungarn sind für dieses Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten — wie dies des Näheren unten sub II noch bewiesen werden soll — die untrennbaren und ununterscheidbaren Theile dieser Einen Gesamtpersönlichkeit, dieses Staates Oesterreich-Ungarn.

Denn zwei Staaten können alle Güter und Objecte dieser Erde gemeinsam haben, soweit als es Güter für die Gesamtpersönlichkeit gibt — mit Ausnahme ihrer eigenen Persönlichkeit, ihres eigenen Körpers (Land und Staatsvolk) und ihrer eigenen psychischen Acte — ihres Willens. Zwei Staaten können alle ausserhalb ihrer Persönlichkeiten liegende Güter gemeinsam haben, sich selbst aber oder Theile ihres eigenen Organismus können sie nicht gemeinsam haben und bezüglich dieses gemeinsamen Theiles, dieser gemeinsamen Sphäre des Organismus

noch als zwei selbständige Staaten fortexistiren. Zwei Staaten können nicht das ganze Staatsgebiet oder ein Stück desselben gemeinsam haben und rücksichtlich dieses gemeinsamen Staatsgebietes noch zwei selbständige Staaten sein. Zwei Staaten können nicht das ganze Staatsvolk oder Theile desselben, oder einzelne Staatsbürger oder Staatsorgane gemeinsam haben, und bezüglich dieses Einen Staatsvolkes und Einen Organes noch zwei selbständige Staaten sein. In dem Augenblicke, als die Gemeinsamkeit den Staatskörper, oder Theile und Organe desselben ergreift, wird dadurch für den gemeinsamen Theil der Bestand der beiden Staaten selbst alterirt, angegriffen, d. i. die beiden Staaten hören für den ihnen gemeinsamen Theil des Organismus und für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten nothwendig zu existiren auf. Es entsteht und besteht dann für dieses Gebiet der gemeinsamen Staatsangelegenheiten und Staatstheile eine einzige Gesamtpersönlichkeit — Ein Staat. Das gemeinsame Organ zweier Staaten A und B, d. h. das Organ C, welches Organ, daher Staatsangehöriger des Staates A und zugleich Organ, daher Staatsangehöriger des Staates B ist — ist daher nothwendig nur der Ausdruck der für seine Function und seinen Competenzkreis bestehenden einzigen und einheitlichen Staatsgewalt gegenüber dem Lande und den Bewohnern der beiden Staaten A und B. Es ist C dann ein Organ des beide Staaten für diesen Kreis der öffentlichen Angelegenheiten umfassenden Staates C, gegenüber welchem A und B als selbständige Staaten fortbestehen für ihre Sonderangelegenheiten; A und B bleiben als selbstständige, von C unabhängige und souveräne Persönlichkeiten existirend, soweit nicht der Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten ihre Existenz verzehrt und sie zu einem neuen lebendigen ethischen Organismus C gemacht hat, zu einer neuen aus wollenden und handelnden Theilen (Menschen) bestehenden Einheit. Zwei Staaten können möglicherweise eben Gesetze mit identischem Inhalte haben, gleichorganisirte Armeen, gleiche auswärtige Politik, sie können dieselben materiellen Mittel für ihr staatliches Leben festsetzen und verbrauchen; sie können also möglicherweise zwei Gesetze mit gleichem Inhalte, zwei gleichorganisirte Armeen, zwei gleiche

auswärtige Politiken, zwei gleiche Staatshaushalte haben, aber nicht Ein gemeinsames Gesetz, Eine Armee u. s. f. Zwei Staaten können nicht eine gemeinsame Krone oder gemeinsame Minister, Parlamente, Staatsbürger und Staatsunterthanen haben, keine gemeinsame Armee oder gemeinsame Flotte. Bestehen solche gemeinsame Organe, dann sind sie die Organe eines dritten gemeinsamen Staates.

Oesterreich-Ungarn also als Contrahent des Berliner Vertrages ist der Bundesstaat Oesterreich-Ungarn, es ist die österreichisch-ungarische Monarchie. Und hier darf daher der Name „Oesterreich-Ungarn“ nicht zum Irrthume verleiten, dass dieser Eine Staat Oesterreich-Ungarn aus zwei Staaten — Oesterreich (Cisleithanien) und Ungarn bestehe. Denn ein Staat — auch der Bundesstaat — kann nicht aus mehreren Staaten bestehen. Die Sonderstaaten als solche sind im Bundesstaate nicht Theile des Bundesstaates. Vielmehr sind es die Bewohner aller dieser Sonderstaaten, welche für das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten, welche allen diesen Bewohnern identisch sind — das einheitliche Staatsvolk bilden. Das Gebiet der Sonderstaaten erscheint in einer anderen staatsrechtlichen Qualität als ein Theil (Verwaltungsgebiet) des Bundesstaates, als Provinz. Die Sonderstaaten sind für das Gebiet und den Kreis der Bundesstaatsangelegenheiten keine selbstständigen Individuen, keine wollenden und handelnden Persönlichkeiten. Und das Staatsterritorium des Bundesstaates besteht nicht staatsrechtlich aus den zwei Staatsgebieten der Sonderstaaten. Vielmehr hat der Bundesstaat ein einheitliches und untrennbares Staatsgebiet, wie jeder Staat, welches allerdings seinem Umfange nach gleich gross ist, wie die beiden Staatsgebiete der Sonderstaaten zusammen.

Daher sind auch im Bundesstaate Oesterreich-Ungarn nicht die Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn etwa die beiden wahrnehmbaren, abgegrenzten gleichen Theile des gemeinsamen Staates. Es bestehen vielmehr die für ihren Competenzkreis souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn. Ausserdem existirt und lebt, will und handelt der Bundesstaat Oesterreich-Ungarn, die österreichisch-ungarische Monarchie mit einer Ein-

wohnerzahl von $37\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, und einem Staatsgebiete von 11.338 Quadratmeilen.

Die Bezeichnung Oesterreich-Ungarn bringt dem Auslande — den übrigen Staaten nur zur Kenntniss und zum Bewusstsein, dass die Theile, die Provinzen Cisleithanien und Ungarn dieser österreichisch-ungarischen Monarchie für einen anderen Competenzkreis zwei souveräne Staaten bilden:

den Staat Cisleithanien bezüglich aller Angelegenheiten, welche den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinsam sind;

den souveränen Staat Ungarn bezüglich aller Angelegenheiten der Krone des heiligen Stephan. Wollte man den zweiten grossen Bundesstaat in Mitteleuropa — das deutsche Reich — analog benennen, müsste dieses deutsche Reich, dessen Competenzkreis eben die allen 25 deutschen Ländern gemeinsamen Angelegenheiten umfasst, Preussisch-Baierisch-Sächsisch-Württemberg-Badensisches etc. Reich genannt werden.

Die österreichisch-ungarische Monarchie, also das österreichisch-ungarische Reich, hat den Berliner Vertrag abgeschlossen. Er ist kein 1. cisleithanischer und kein 2. ungarischer Staatsvertrag, sondern er ist Ein österreichisch-ungarischer, ein gemeinsamer Staatsvertrag.

Ob nun für das Zustandekommen dieses österreichisch-ungarischen Staatswillens, welcher den Berliner Vertrag geschlossen, die Mitwirkung auch des Volkswillens nothwendig ist, oder ob das österreichisch-ungarische Staatsoberhaupt allein diesen staatlichen Vertragswillen erzeugen und äussern konnte, ist einzig und allein nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte dieser Monarchie zu beantworten und zu entscheiden.

Die Frage also, ob dieser österreichisch-ungarische Staatsvertrag zu seiner völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Giltigkeit der Genehmigung der österreichisch-ungarischen Volksvertretung bedarf — der Zustimmung des einheitlichen gemeinsamen Volkswillens als zweiten Factors — ist nach dem in allen untrennbaren Theilen und Orten dieser Monarchie geltenden inneren Staatsrechte, d. h. nach dem in beiden Theilen, Cisleithanien und Ungarn, geltenden, beiden Theilen gemeinsamen Staatsrechte zu entscheiden.

Dieses Staatsrecht Oesterreich-Ungarns aber ist das Ausgleichsgesetz des Jahres 1867.

Sonach ist die Entscheidung, ob der von Oesterreich-Ungarn geschlossene Berliner Vertrag der österreichisch-ungarischen Volksvertretung vorzulegen war oder nicht behufs Genehmigung — nach den Bestimmungen des Ausgleichsgesetzes zu fällen.

Die mit geringen Ausnahmen völlig identischen¹⁹⁾ jedes die Verfassung des ganzen Reiches (beider Theile) enthaltenen Gesetze vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angele-

¹⁹⁾ Nicht identischen Inhaltes sind nur wenige Gesetzesbestimmungen so 1. in Betreff der Regelung der Quote. Es sind die §§. 3 und 36 des deutschen Ausgleichsgesetzes und 19–22 des Gesetzartikels XII. Zunächst ist die Zeit für welche eventuell die Krone das absolute Gesetz über die Quote gibt, im deutschen Gesetze mit einem Jahre anberaunt; im ungarischen Gesetze dagegen ist im §. 21 keine Zeitbestimmung angegeben, oder, wenn man den §. 22 anwendet, eine „bestimmte Zeit“ für die Dauer des absoluten Gesetzes über die Quote festgesetzt. Da nun ein Jahr auch „eine bestimmte Zeit“ ist, und nothwendig das Reichsgesetz über die Quote in allen Theilen der Monarchie dieselbe Giltigkeitsdauer haben muss, so ist wohl 1 Jahr auch als Zeitbestimmung des ungarischen Textes für die Dauer des absoluten Quotengesetzes anzunehmen. Dessgleichen ist die Bestimmung des §. 21 des Gesetzartikels XII, dass eventuell das Gutachten eines jeden Theiles (der Deputationen) beiden Reichstagen vorgelegt wird, im deutschen Texte nicht enthalten.

2. Ferner harmoniren nicht: §. 20 des Ausgleichsgesetzes und §. 33 des Gesetzartikels XII in Betreff der zur Beschlussfähigkeit jeder Delegation nöthigen Mitgliederzahl. Der §. 20 des deutschen Ausgleichsgesetzes sagt: „Zur Beschlussfähigkeit der Delegation des Reichsrathes ist ausser dem Vorsitzenden die Anwesenheit von wenigstens dreissig Mitgliedern und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich“. Nach dieser Gesetzesbestimmung wäre daher ein Beschluss dieses (cisleithanischen) Delegationstheiles zu Stande gekommen, wenn 31 Delegationsmitglieder in der Sitzung anwesend gewesen wären und 16 für einen Antrag gestimmt hätten. Nach dem Artikel XII §. 33 wäre für die Beschlussfähigkeit des cisleithanischen wie des ungarischen Delegationstheiles die Anwesenheit sämmtlicher 60 Delegirter (oder der Ersatzmänner) nothwendig, und zur Erzeugung eines Delegationsbeschlusses die Zustimmung von 31 Delegirten. Der §. 33 schreibt vor: „Jede Delegation hält gesonderte Sitzungen und beschliesst in denselben mit Abstimmung nach Köpfen und der absoluten Stimmenmehrheit sämmtlicher Delegationsmitglieder, und was die Majorität beschloss, ist als Beschluss der ganzen Delegation

genheiten und die Art ihrer Behandlung (R. G. Bl. 1867, Nr. 146) und der ungarische Gesetzartikel XII vom Jahre

anzusehen“. Und wenn nun Ungarn einen in der cisleithanischen Delegation bei Anwesenheit von 31 cisleithanischen Delegirten mit 16 Stimmen gefassten Beschluss, nicht anerkennen würde? Welches dieser beiden, über die Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung der cisleithanischen Delegation bestimmenden Gesetze ist nun anzuwenden? Ohne Zweifel ist vom Standpunkte der Parität und wegen der Unvollständigkeit des §. 20 — handelt er doch nur von der cisleithanischen Delegation — der §. 33 des Gesetzartikel XII als der diese Fragen entscheidende anzusehen und anzuwenden.

3. Die Bestimmung des §. 49 des Gesetzartikels XII, betreffend die Beurtheilung der Wichtigkeit der Gründe zur Abdankung der österreichisch-ungarischen Kaiserkrone seitens der Delegation, eventuell Annahme der Abdankung der Krone durch die Delegation, fehlt im deutschen Texte gänzlich.

4. Endlich stimmen nicht überein §. 1 des deutschen Gesetzes und §. 8 des Gesetzartikels XII in Betreff der Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Volksvertretung beim Zustandekommen gemeinsamer Staatsverträge. Im Gesetzartikel XII findet sich gar keine Bestimmung, ob österreichisch-ungarische Staatsverträge der Volksvertretung vorzulegen seien oder nicht. Denn der Passus des §. 8 „die internationalen Verträge wird jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen“ enthält, wenn unter den „internationalen Verträgen“ Staatsverträge zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und anderen Staaten verstanden werden, dann nur indirect die Bestimmung, dass das Reich diese Staatsverträge den Ministerien der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn mittheilen müsse. Denn die Reichsverfassung — das gemeinsame Ausgleichsgesetz — kann keine Vorschriften für die Organe der souveränen Einzelstaaten enthalten. Würden hier aber — trotz der Stellung dieses §. 8 als eines Paragraphen der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — nicht gemeinsame Staatsverträge, sondern cisleithanisch-ungarische Staatsverträge verstanden werden, internationale Verträge zwischen den beiden Staaten Cisleithanien und Ungarn, dann wäre diese Bestimmung des §. 8 eine Bestimmung des cisleithanischen und ungarischen Staatsrechtes. Dann findet sich im ungarischen Texte der Reichsverfassung eben gar keine gesetzliche Bestimmung betreffs gemeinsamer Staatsverträge und daher auch keine über die Mitwirkung der Volksvertretung bei der Entstehung österreichisch-ungarischer Staatsverträge.

Bezüglich dieser nur in einem Texte der Reichsverfassung, also im deutschen Ausgleichsgesetze allein oder nur im ungarischen Ausgleichsgesetze enthaltenen Gesetzesbestimmungen ergibt sich nun folgende Alternative: Entweder sie werden — ihrem ganzen Inhalte nach — als Reichsgesetze anerkannt, also in beiden Theilen der Monarchie in Kraft stehend, d. h. die nur im deutschen Gesetze enthaltenen, Cisleithanien und Ungarn zum Objecte habenden Gesetzesbestimmungen werden auch als für den untrennbaren Reichstheil Ungarn gültig anerkannt, und die nur im ungarischen

1865/67 sind dieses innere öffentliche österreichisch-ungarische Staatsrecht. Sie sind die in deutscher und ungarischer

Texte enthaltenen Gesetzesbestimmungen auch für Cisleithanien — oder diese sanctionirten Gesetzesbestimmungen sind gänzlich wirkungslos, sie sind unmöglich und unerfüllbar. Denn würden sie nur als für eine Reichshälfte giltig und wirksam erklärt, wären sie in dieser Eigenschaft objective Rechtsnormen für die Bildung eines halben Staatswillens, für die Bildung des Willens eines Staatstheiles, eines Staatsstückes, welches Staatsstück natürlich selbständig, individuell gar nicht existirend ist, daher gar keinen Willen hat. Eine Verfassungsbestimmung aber über die Bildung eines halben Reichswillens oder eines halben Volkswillens — z. B. über die Bildung des Willens des halben Reiches, des österreichisch-ungarischen Staatstheiles Cisleithanien bezüglich eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages — und die Sanction eines halben Volkswillens ist eine Unmöglichkeit. Diese Gesetzesbestimmungen wären — nur für je eine Reichshälfte als giltig anerkannt — Paragraphe und Gesetzesbestimmungen einer halben Reichsverfassung; dann sind sie einfach nichtig, im Ausgleichsgesetze gar nicht vorhanden. Denn der §. 1 z. B. des deutschen Ausgleichsgesetzes würde dann bezüglich des für Ungarn nicht giltigen Passus über die Staatsverträge lauten: „wobei jedoch die Genehmigung der internationalen“ (d. h. der gemeinsamen, von Oesterreich-Ungarn mit andern Staaten abgeschlossenen) „Verträge, in so weit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, dem Vertretungskörper einer Reichshälfte (dem Reichsrathe) vorbehalten bleibt“. Das wäre eine widersinnige und daher unmögliche Bestimmung. Auch die praktische Folge einer solchen — natürlich unstatthaften — Eliminirung dieser angeführten Gesetzesbestimmungen wäre von grosser Bedeutung. Das Ausgleichsgesetz — die Reichsverfassung — würde dadurch noch lückenhafter und ungenügender, das ohnedies grosse in derselben befindliche Gebiet des Unfertigen, des nicht zu Ende Gedachten, würde noch mehr ausgedehnt. Dasselbe gilt von den andern hier aufgeführten nur einseitigen Gesetzesstellen. Werden aber diese nur in einem Texte der Reichsverfassung enthaltenen Gesetzesbestimmungen nicht eliminirt, sondern erhalten und belassen als objective Rechtsnormen, welche Geltung haben und daher erfüllt und verwirklicht werden müssen nach ihrem ganzen Inhalte, dann gelten sie wie erwähnt, weil sie die Bildung und die organische Thätigkeit von gemeinsamen Organen aller — beider — Theile zu ihrem Inhalte haben, weil sie objective Normen sind für die Bildung der Reichsorgane und für das Leben des österreichisch-ungarischen Reiches durch diese Organe — eben für das ganze Reich, d. i. für die Theile Cisleithanien und Ungarn als untrennbare Einheit. Die bezüglichlichen Gesetzesbestimmungen müssen dann auch als österreichisch-ungarische Gesetzesbestimmungen anerkannt werden, in beiden Reichstheilen in Kraft stehend, als Reichsgesetze. Dies wird dadurch noch wesentlich erleichtert, dass die betreffenden Gesetzesbestimmungen, die theils nur im deutschen, theils im ungarischen Gesetze enthalten sind, keinen Widerspruch dieser beiden Texte hervorrufen, vielmehr die in dem einen Texte enthaltene Gesetzesbestimmung

Sprache verfasste österreichisch - ungarische Reichsverfassung. Das deutsche Gesetz wie das unga-

nur die über diesen Punkt im anderen Texte enthaltene Lücke ausfüllt, den anderen Text der Reichsverfassung ergänzt.

Können nun diese nur einseitig enthaltenen Bestimmungen des Ausgleichsgesetzes als Gesetzesbestimmungen und daher als Bestimmungen der Reichsverfassung erhalten werden?

Die Entstehung des Ausgleichsgesetzes erfolgte in der Weise, dass man den Reichsrath und den Reichstag und zwar in ihrer Eigenschaft als Theile der österreichisch - ungarischen Volksvertretung — wie dies im Folgenden nachgewiesen werden wird — die gemeinsamen Gesetze beraten liess. Da man also der einheitlichen Willensbildung der österreichisch - ungarischen Volksvertretung die übereinstimmende Willenserklärung der Theile dieser Volksvertretung — Reichsrath und Reichstag — substituirt, waren nur formell diejenigen Gesetzesbestimmungen des Ausgleiches als ausgesprochener gemeinsamer Volkswille bezüglich gemeinsamer Angelegenheiten der Sanktion durch die — (natürlich gemeinsame, einheitlich österreichisch - ungarische) — Krone fähig, welche von allen — beiden — Theilen der gemeinsamen Volksvertretung, dieser Volksvertretung, welche über die beiden Ländern gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung berieth, angenommen waren. Allein gleichzeitig mit der Wiederherstellung der ungarischen Verfassung sanctionirte Seine Majestät — und zwar natürlich als österreichisch - ungarischer, gemeinsamer Monarch — auch den XII. Artikel, d. i. den ungarischen Original-Text der gemeinsamen Verfassung, in welchem vorbehaltlich der constitutionellen Zustimmung der diesseitigen Länder jene Angelegenheiten, welche künftig zwischen diesen und den Ländern der ungarischen Krone gemeinsam sein sollen, bezeichnet und die Art der Behandlung dieser gemeinsamen Angelegenheiten bestimmt wurde. „Jene Verfügungen dieses Gesetzartikels jedoch“ — sagt die Schlussbestimmung des Gesetzartikels XII — „welche sich auf die Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten beziehen, werden thatsächlich erst dann in Wirksamkeit treten, wenn die übrigen nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder Sr. Majestät dem Inhalte derselben auch ihrerseits auf constitutionellem Wege beigetreten sein werden“.

Die Sachlage stand also so, dass ein Theil der gemeinsamen Volksvertretung seinen Willen über den Competenzkreis des gemeinsamen Staates und dessen Verfassung bereits ausgesprochen hatte — nämlich der ungarische Reichstag in seiner anderen staatsrechtlichen Eigenschaft, als Theil der die gemeinsamen Angelegenheiten beratenden gemeinsamen Volksvertretung. Und merkwürdigerweise — ehvor noch der andere Theil der Volksvertretung Oesterreich - Ungarns — der Reichsrath ebenfalls in seiner zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft, als das die gemeinsamen Angelegenheiten gesetzlich beratende Theilorgan, gefragt worden war, also ehvor noch ein durch die identischen Willenserklärungen aller Theile ent-

rische Originalgesetz enthält die Verfassung beider Theile — des ganzen Reiches.

standener gemeinsame Volkswille rücksichtlich der gemeinsamen Reichsverfassung vorlag — wurde der halbe! Wille dieser Volksvertretung, — der Theilwille des ungarischen Theiles der gemeinsamen Volksvertretung allein — der allerhöchsten Sanction des österreichisch-ungarischen Monarchen unterbreitet — und vorbehaltlich der constitutionellen Zustimmung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, d. h. des anderen Reichstheiles, sanctionirt (Schlussbestimmung des Artikels XII).

Wurde nun diese Zustimmung des Reichsrathes ertheilt und die unter einer Bedingung ertheilte Sanction durch Eintreten dieser Bedingung eine unbedingte Sanction? Wurde dann wirklich der gemeinsame Volkswille sanctionirt? Diese Frage muss bejaht werden.

Der Reichsrath — der zweite halbe Theil der Volksvertretung — erkannte wohl, dass hier jede sachliche Modification des Inhaltes des Gesetzartikels XII überhaupt eine Unmöglichkeit sei (die „Zwangslage“ traf daher nicht das cisleithanische Staatsparlament „Reichsrath“, sondern den Reichsrath als Theil der gemeinsamen Volksvertretung). Der Wille dieses Theiles der Volksvertretung ging aber zweifellos auf sachlich unveränderte Annahme des ganzen Inhaltes des Gesetzartikel XII. (Nur die Dauer der Bestimmung der Quote durch den gemeinsamen Monarchen allein wurde absichtlich auf ein Jahr festgesetzt.) Die übrigen wenigen im deutschen Texte nicht enthaltenen Bestimmungen des Gesetzartikels XII: die genauere Regelung des Vorganges im Falle die beiden Deputationstheile sich über einen Vorschlag bezüglich der Quote nicht einigen können; die Bestimmung des §. 49 über die Beurtheilung der Gründe zur Abdankung seitens der gemeinsamen Krone durch die österreichisch-ungarische Volksvertretung, eventuell deren Stellvertreter — die Delegation — wurden nur höchstens noch im Detail anzuführen übersehen. Der Wille des Reichsrath ging auf unveränderte Annahme des ganzen Inhaltes des Gesetzartikels XII. So heisst es im diesbezüglichen Ausschussberichte (Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes. IV. Session, 1867—69, Band 2, Seite 1320): „Die in diesem Gesetzartikel (XII) enthaltenen Bestimmungen bedürfen selbstverständlich der Zustimmung des Reichsrathes und hat auch die Regierung, insoweit es sich um die die Art der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten betreffenden Bestimmungen, d. i. um das Institut der Delegationen handelt, einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher von Einem hohen Hause dem Verfassungsausschusse zur Berichterstattung zugewiesen wurde. Hingegen hat es die Regierung unterlassen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt würde, welche Angelegenheiten als mit Ungarn gemeinsame zu behandeln sein werden. Da nun aber die gemeinsamen Angelegenheiten vorerst gesetzlich festgestellt sein müssen, ehe das Gesetz über die Art ihrer Behandlung in Wirksamkeit treten kann, so glaubte der Verfassungsausschuss diese beiden Gegenstände nicht von einander trennen, sondern den von der

Bevor man daher in schwerem Kampfe und in langer Debatte darum rang, ob nach §. 11 und Artikel VI des cis-

Regierung vorgelegten Gesetzentwurf dahin ergänzen zu sollen, dass nebst dem Behandlungsmodus auch der Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten darin festgesetzt werde, so dass das Gesetz gleich dem ungarischen Gesetzartikel alle auf die gemeinsamen Angelegenheiten Bezug habenden Bestimmungen enthalte. Hiebei musste sich der Ausschuss vor Allem die Frage vorlegen, ob die Bestimmungen des ungarischen Gesetzartikels über den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten einfach anzunehmen oder ob und welche Modificationen etwa vorzunehmen seien. Der Ausschuss konnte jedoch nicht verkennen, dass bei der gegenwärtigen Sachlage von jeder Modification der einschlägigen Bestimmungen des ungarischen Gesetzartikels abgesehen werden müsse, soll anders der Ausgleich mit Ungarn und mit ihm die so dringend nothwendige Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse nicht gefährdet oder mindestens auf eine lange Zeit hinausgeschoben werden. . . . Der Ausschuss hat sich daher in dem von ihm verfassten Gesetzentwurfe, dessen Annahme er Einem hohen Hause empfiehlt, sachlich genau an die Bestimmungen des ungarischen Gesetzartikel XII, insoweit es sich um die Festsetzung der gemeinsamen Angelegenheiten handelt, gehalten und glaubte nur, was die Form betrifft, von der an vielen Stellen historische Anführungen und Motive enthaltenden Fassung des ungarischen Gesetzes abweichen zu sollen. Was nun die im ungarischen Gesetze vorgeschlagene Art der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten durch Delegationen, welche Behandlungsart auch in dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfe vollständig angenommen wurde, anlangt, so konnte der Ausschuss nicht verkennen, dass dieselbe keineswegs als eine zweckmässige angesehen werden könne, ja dass sich vielmehr gegen dieselbe sehr ernste Bedenken geltend machen. . . . Trotz aller dieser ernsten Bedenken glaubt aber der Ausschuss dennoch aus denselben Gründen, welche ihn bestimmten, Einem hohen Hause die Annahme der Bestimmungen über den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten zu empfehlen, gleichfalls auch auf die Annahme der Bestimmungen über die Delegationen in der Erwartung antragen zu sollen. . . . Der von dem Ausschusse verfasste Gesetzentwurf ist daher durchgehends und in allen wesentlichen Bestimmungen mit dem ungarischen Gesetze übereinstimmend und nur in einem einzigen Punkte, wo das ungarische Gesetz lückenhaft ist, glaubte der Ausschuss eine Ergänzung beantragen zu sollen“.

Es muss daher wohl angenommen und anerkannt werden, dass die Zustimmung des anderen Theiles der die gemeinsamen Angelegenheiten beratenden gemeinsamen Volksvertretung zu dem ganzen Artikel XII erfolgte. Die Bedingung der Schlussbestimmung des Art. XII wurde erfüllt, „die übrigen nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder Seiner Majestät sind dem Inhalte

leithanischen Staatsrechtes der Berliner Vertrag dem kaiserlich cisleithanischen Staatsparlamente zur verfassungs-

der Verfügungen dieses Gesetzartikels auch ihrerseits auf constitutionellem Wege beigetreten“. Daher ist dieser Originaltext der Reichsverfassung — der Gesetzartikel XII vom Jahre 1865/67 — als in allen seinen Bestimmungen im ganzen Reiche in Gesetzeskraft stehend, zweifellos anzuerkennen. Gewiss wird man jetzt nach 13 Jahren die Rechtskraft und Rechtsgiltigkeit irgend einer Bestimmung dieses Gesetzartikels XII, z. B. des §. 49, nicht angreifen können. Erkennt man §. 49 aber überhaupt als bestehend an, dann ist er für beide Theile der Monarchie Gesetz. Er spricht ja auch von der gemeinsamen Krone — denn nur über gemeinsame Angelegenheiten kann die Delegation berathen und entscheiden; er spricht in erster Linie vom „betreffenden Reichstage“, d. h. vom ungarischen, oder vom cisleithanischen Vertretungskörper einer Reichshälfte — vom Reichstage oder Reichsrathe als den über die gemeinsame Krone berathenden Theilkörperschaften. Gewiss erkennt auch die staatliche Praxis die Rechtsgiltigkeit aller Bestimmungen des Artikels XII — und damit ihren Charakter als gemeinsame Gesetzesbestimmungen — an. Sicher würde man sich auch in der cisleithanischen Reichshälfte, wenn z. B. der Fall des §. 21 G. A. XII eingetreten wäre, wenn „beide Deputationen sich bezüglich des Vorschlages (über die Quote) nicht hätten einigen können“, nach dem öffentlichen Rechte für gesetzlich verpflichtet halten, jetzt „das Gutachten eines jeden Theiles“ (der Deputationen) dem Reichsrathe vorzulegen; zweifellos würde man dies von ungarischer Seite gegenüber dem Reichstage selbst thun, d. h. auch „das Gutachten“ des cisleithanischen Deputationstheiles demselben vorlegen; gewiss würde man es auch von Cisleithanien verlangen, dass es seinerseits den §. 21 erfülle, d. h. das „Gutachten“ des ungarischen Deputationstheiles auch seinem Reichsrathe unterbreite. Und man müsste es auch ungarischer Seits verlangen, und würde mit Recht darauf bestehen, aus dem einfachen Grunde, weil durch Nichterfüllung des §. 21 von Seite Cisleithaniens dieser Paragraph auch für Ungarn unerfüllbar wäre — Cisleithanien also für Ungarn das gemeinsame Gesetz in diesem Falle aufgehoben hätte.

Wenn nun aber auch die Gesetzeskraft des Artikels XII für beide untrennbaren Reichshälften theoretisch und praktisch angenommen und anerkannt wird, wie verhält es sich mit der Gesetzeskraft derjenigen Bestimmungen des erst nach dem Gesetzartikel XII entstandenen deutschen Ausgleichsgesetzes, die nur in diesem deutschen Texte enthalten sind und beide Reichshälften zum Inhalte haben? Und zwar ist dies die Bestimmung des §. 1 des deutschen Ausgleichsgesetzes, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt“. Ist diese Bestimmung auch für Ungarn gültig? Ist der ungarische Reichstag berechtigt und verpflichtet, als Theilorgan für die Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten die gemeinsamen, die österreichisch-ungarischen Staatsverträge parlamentarisch zu behandeln? Denn bezüglich

mässigen Genehmigung vorzulegen sei oder nicht, ehe man kraft der Auslegung dieser cisleithanischen Gesetzesbestim-

dieses §. 1 wird man nicht behaupten können, dass nachträglich noch die Zustimmung des Reichstages zu diesem den Inhalt des Artikels XII überschreitenden Passus des deutschen Textes erfolgt sei. Nun ist aber gerade diese Bestimmung des §. 1 bei Beurtheilung der Frage, welcher Volksvertretung eventuell der Berliner Vertrag vorzulegen gewesen wäre, von höchster Wichtigkeit. Besteht er für Cisleithanien und für Ungarn in Kraft dieser Passus des §. 1 — oder besteht er für keine der Reichshälften in Kraft? Bedarf es rücksichtlich dieser Bestimmung des §. 1 — damit sie für beide Theile Rechtskraft habe — heute noch der Zustimmung des Reichstages — als Theiles der gemeinsamen Volksvertretung — zu ihrem Inhalte? Denn aus dem Passus des §. 8, G. A. XII: „die internationalen Verträge wird jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen“, folgt nicht, dass der Reichstag und Reichsrath als Theilorgane der gemeinsamen Volksvertretung, sei's zur Kenntnissnahme, sei's zur Genehmigung gemeinsamer Staatsverträge berufen und berechtigt seien.

Diese rechtliche Thatsache nun, dass der Reichsrath und Reichstag zusammen die gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Staatsverträge parlamentarisch zu behandeln haben, dass sie nach dem Gesetze diejenigen Theilorgane — zusammen dasjenige Organ — sind, wodurch der gemeinsame Volkswille bezüglich der österreichisch-ungarischen Staatsverträge gebildet wird, ergibt sich unzweifelhaft aus anderen Gesetzesbestimmungen. Dieser wesentliche Inhalt des im deutschen Texte allein enthaltenen Passus des §. 1, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt“, wird für beide Reichshälften, also insbesondere auch für Ungarn, indirect als Gesetz ausgesprochen und hingestellt durch den XX. Gesetzartikel vom 27. Juni 1878 und das Gesetz vom 27. Juni 1878, R. G. Bl. Nr. 62. Und zwar ist es der Artikel III dieses ungarischen und cisleithanischen identischen Gesetzes „über das zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen Königreichen und Ländern Seiner Majestät geschlossene Zoll- und Handelsbündniss“, aus welchem sich die rechtliche Thatsache ergibt, dass Reichsrath und Reichstag zusammen diejenige Volksvertretung sind, welche die gemeinsamen Staatsverträge verfassungsmässig zu behandeln hat. Dieser beiden Gesetzen identische Artikel III, welcher österreichisch-ungarische Staatsrechtsnormen enthält und ausspricht, verordnet (mit Rücksicht auf Artikel II: „Die mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge, welche die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken, insbesondere Handels-, Zoll-, Schifffahrts-, Consular-, Post- und Telegraphenverträge, haben sowohl für die Länder der ungarischen Krone als für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder gleich bindende Kraft) folgender Massen: „Die Negociirung und der Abschluss neuer derartiger Verträge geschieht vorbehaltlich

mungen das hohe Gut der Verfassungstreue für sich in Anspruch nahm und die schwere Beschuldigung der Verfassungs-

der verfassungsmässigen Genehmigung beider Legislativen durch den Minister des Aeussern auf Grundlage der Vereinbarungen, welche zwischen den betreffenden Ressortministern beider Theile stattzufinden haben“. Aus dieser Gesetzesbestimmung, welche formell sowohl als ungarisches Gesetz, wie als cisleithanisches Gesetz erscheint — ihr Inhalt ist freilich österreichisch-ungarisches Staatsrecht — ergibt sich unzweifelhaft die gesetzliche Geltung dieser Bestimmung des §. 1 des deutschen Textes, und damit — da ihr Inhalt gemeinsames, österreichisch-ungarisches Recht enthält — ihre Geltung und Anwendung für Ungarn als Theil (Provinz) dieses „Oesterreich-Ungarns“. Es steht somit staatsrechtlich ausser Frage, dass in Oesterreich-Ungarn das Volksvertretungsorgan, welchem nach diesem gemeinsamen Staatsrechte die Mitwirkung bei der Schaffung österreichisch-ungarischer Staatsverträge, eventuell deren Genehmigung zusteht, der Reichsrath und der Reichstag sind. Es kann hier nicht der Einwand gemacht werden, der Artikel III berufe zur Genehmigung der Staatsverträge „die beiden Legislativen“, also die beiden selbständigen Staatsparlamente; er weise die Genehmigung derartiger „mit fremden Staaten abgeschlossener Verträge, welche die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken“, somit nicht — wie §. 1 — „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage)“ zu. Es kann nicht die Behauptung aufrecht erhalten werden, Artikel III berufe den Reichsrath und Reichstag in einer anderen staatsrechtlichen Qualität, als Parlamente und Organe der Staaten Cisleithanien und Ungarn, während §. 1 des deutschen Ausgleichstextes Reichsrath und Reichstag in ihrer staatsrechtlichen Qualität als Theile der österreichisch-ungarischen (gemeinsamen) Volksvertretung, also als „österreichisch-ungarische Organe“ zur Genehmigung „internationaler Verträge bestimme“. Denn diese — staatsrechtlich allerdings ungenaue — Benennung „Legislativen“ kann hier dennoch keinen Zweifel über die Gesetzesbestimmung aufkommen lassen. Denn 1. kann weder Ungarn noch Cisleithanien „Verträge, welche die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken, mit fremden Staaten abschliessen“; es können daher niemals etwa ungarische oder cisleithanische Staatsverträge derartigen Inhaltes der ungarischen „Legislative“, d. h. dem Reichstage als königlich ungarischem Staatsparlamente „zur verfassungsmässigen Genehmigung“ zustehen; desgleichen können solche Staatsverträge wirthschaftlichen Inhaltes auch niemals der „Legislative“ Cisleithaniens, d. h. dem Reichsrathe als selbständigem Staatsparlamente zukommen. Es kann also in diesem Sinne niemals von „der verfassungsmässigen Genehmigung beider Legislativen“ die Rede sein. Es ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, dass Artikel III von der Genehmigung cisleithanischer Staatsverträge oder ungarischer Staatsverträge wirthschaftlichen Inhaltes durch die Parlamente der beiden Staaten handle. 2. Artikel III spricht einzig und allein von den gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Staatsverträgen, „welche die

untreue erhob, war eine kleine, aber desto wichtigere Vorfrage erst zu erledigen und klarzustellen: die Frage, ob §. 11 und Artikel VI im vorliegenden Falle auch zur Anwendung kommen, ob sie dasjenige Staatsrecht seien, nach welchem in Betreff der parlamentarischen Behandlung des gemeinsamen Berliner Vertrages die Entscheidung zu fällen sei. Bevor man also entschied, ob der Berliner Vertrag dem Reichsrathe nach dem Inhalte der angeführten Gesetze vorzulegen sei oder nicht, war zuerst die Kompetenzfrage zu lösen, die Frage, ob der Reichsrath, dessen Rechte diese Gesetze bestimmen, ob der Reichsrath als Staatsparlament das zur Behandlung gemeinsamer, österreichisch-ungarischer Angelegenheiten überhaupt fähige und competente Organ sei.

Und jetzt ergibt sich eine Reihe theoretisch hoch interessanter und praktisch folgenschwerer Fragen auf Grund dieser beiden rechtlichen Thatsachen, dass

Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken“. Er kann nur österreichisch-ungarische Staatsverträge meinen. Diese „gemeinsamen“ österreichisch-ungarischen Staatsverträge aber können der Natur der Sache nach niemals von „beiden Legislativen“ der Staaten Cisleithanien und Ungarn „verfassungsmässig“ genehmigt werden. Denn es ist unmöglich, dass einen Staatsvertrag, welchen ein Staat A abgeschlossen hat, die Parlamente zweier anderer Staaten B und C genehmigen. Es können daher unter den „beiden Legislativen“ des Artikels III nur der Reichsrath und Reichstag als identische Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, d. h. als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ verstanden werden. Ihnen zusammen — als österreichisch-ungarisches Staatsorgane — steht „die verfassungsmässige Genehmigung“ der von Oesterreich-Ungarn „mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge zu, welche die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken“. Reichsrath und Reichstag zusammen — als österreichisch-ungarisches Organ — sind somit gesetzlich berufen zur parlamentarischen Behandlung gemeinsamer Staatsverträge.

Sonach müssen, zweifelsohne alle Bestimmungen der beiden Ausgleichsgesetze soweit sie wirklich die gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung zum Gegenstande haben, als für beide untrennbaren Theile des österreichisch-ungarischen Reiches geltend anerkannt werden. Es sind auch die Gesetzesbestimmungen, welche nur im deutschen Texte, sowie diejenigen, welche nur im ungarischen Texte enthalten sind, gemeinsames Staatsrecht. Die identischen Ausgleichsgesetze — theilweise sich ergänzend — sind das österreichisch-ungarische Reichsstaatsrecht. Sie sind das österreichisch-ungarische Verfassungsrecht in deutscher und ungarischer Sprache.

1. Die österreichisch-ungarische Monarchie den Berliner Vertrag abgeschlossen, dass der Contrahent „Oesterreich-Ungarn“ die gemeinsame Monarchie ist, und dass

2. Die beiden Ausgleichsgesetze des Jahres 1867 das innere öffentliche objective Recht dieser Monarchie — das österreichisch-ungarische Verfassungsrecht — sind. Diese Fragen, die nun in Folgendem des Näheren zu beleuchten und klar zu beantworten sind, lauten im Anschlusse an die Frage

I. Wer hat unter dem völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Titel „Oesterreich-Ungarn“ den Berliner Vertrag abgeschlossen?

(Antwort: Der monarchische Bundesstaat Oesterreich-Ungarn.):

II. Ist die „österreichisch-ungarische Monarchie“ eine absolute Monarchie oder eine constitutionelle?

Antwort: Die „österreichisch-ungarische“ Monarchie ist eine politisch freie Monarchie, d. h. der souveräne österreichisch-ungarische Staatswille — der Reichswille — wird durch zwei Factoren constituirt.

α) durch den gemeinsamen, den österreichisch-ungarischen Volkswillen;

β) durch den Willen der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Krone.

III. Schreibt das positive innere öffentliche Recht dieser „österreichisch-ungarischen Monarchie“ oder dieses „österreichisch-ungarischen Reiches“, schreibt das österreichisch-ungarische Reichsstaatsrecht vor, dass österreichisch-ungarische Staatsverträge der Volksvertretung behufs Mitwirkung oder behufs Genehmigung vorzulegen seien?

Antwort: Ja.

IV. War daher der am 13. Juli 1878 mit den übrigen 6 Signatarmächten zu Berlin abgeschlossene Staatsvertrag — der Berliner Vertrag — den österreichisch-ungarischen Volksvertretungskörpern vorzulegen?

Antwort: Nein.

Und zwar muss diese IV. Frage, damit dieses „Nein“ sich fest und vollständig an sie schliesse, noch genauer formulirt

werden, sie muss in eine theoretische und in eine praktische Unterfrage zerfällt werden; diese theoretische Frage lautet:

α) War der Berliner Vertrag nach dem österreichisch-ungarischen Reichsstaatsrechte der Volksvertretung vorzulegen oder nicht?

Antwort: Diese Frage kann nach dem österreichisch-ungarischen Verfassungsrechte absolut nicht entschieden werden. Diese Frage ist nach dem positiven Rechte unbeantwortbar.

Die praktische Frage lautet:

β) Konnte der Berliner Vertrag — unter der Voraussetzung, dass nach dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte die Genehmigung solcher politischer Staatsverträge durch die Volksvertretungskörpernothwendig ist, unter der Voraussetzung also, dass dieses Recht der Genehmigung der Volksvertretung concedirt würde — den Vertretungskörpern der Reichshälften — dem Reichsparlamente — vorgelegt werden oder nicht?

Diese Frage nach der factischen Möglichkeit der Vorlegung des Berliner Vertrages muss mit einem entschiedenen „Nein“ beantwortet werden.

Endlich bietet sich die Frage dar:

V. Welche staatsrechtliche Bedeutung ist dem factischen Vorgange der Behandlung des Berliner Vertrages im cisleithanischen Reichsrathe und im ungarischen Reichstage beizulegen?

II.

Die österreichisch-ungarische Monarchie ist eine constitutionelle Monarchie.

Der österreichisch-ungarische Reichswille, dessen Object die gemeinsamen, die österreichisch-ungarischen öffentlichen Angelegenheiten sind, wird nicht durch den österreichisch-ungarischen Monarchen allein erzeugt, der Organismus für die Bildung des souveränen gemeinsamen Willens bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten besteht vielmehr aus zwei Factoren,

1. aus der gemeinsamen Krone, und
2. aus dem Organe für die Erzeugung eines gemeinsamen Volkswillens.

Ein solcher Factor für die Erzeugung des gemeinsamen Volkswillens sind nun zunächst unzweifelhaft nach dem Ausgleichsgesetze die Delegationen. Die Delegationen erzeugen den gemeinsamen Volkswillen, welcher dann durch die Sanction des Monarchen zum gemeinsamen Staatswillen erhoben wird. „Zu allen Gesetzen in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Delegationen — sagt §. 15 des deutschen Ausgleichsgesetzes — ist die Uebereinstimmung beider Delegationen oder bei mangelnder Uebereinstimmung der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefasste zustimmende Beschluss und in jedem Falle die Sanction des Kaisers erforderlich.“ Und §. 43 des Gesetzartikels XII bestimmt: „Ein ähnliches Vorgehen gilt auch für

alle anderen Angelegenheiten, welche als gemeinsame Angelegenheiten in den Kreis der erwähnten Delegationen gehören. Auch sie legt das gemeinsame Ministerium jeder Delegation separat vor; die Delegationen behandeln sie separat, theilen sich ihre Ansichten schriftlich mit, und wenn sie sich auf diese Weise nicht einigen könnten, dann beschliessen sie, wie oben bemerkt wurde, in einer Abstimmungs-Gesammtsitzung.

Es versteht sich von selbst, dass ihre Beschlüsse, insofern sie der fürstlichen Sanction unterliegen, Seiner Majestät zu unterbreiten sind; wurden sie von Seiner Majestät sanctionirt, so werden sie bindende Kraft besitzen.“

Die Delegationen sprechen also den gemeinsamen Volkswillen aus, und das Object ihres Willensinhaltes sind die gemeinsamen Angelegenheiten. „Der Wirkungskreis der Delegationen umfasst alle Gegenstände, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen. Andere Gegenstände sind von der Wirksamkeit der Delegationen ausgeschlossen.“ ²⁰⁾

Die Delegationen also sind ein Organ für die Erzeugung des Volkswillens rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten. Sind sie deshalb auch ein Parlament?

Und sind diese Delegationen in Oesterreich-Ungarn das einzige Organ für die Erzeugung des (gemeinsamen) Volkswillens?

Diese — befremdende Frage, sie ringt sich empor aus dem Ausgleichsrechte und drängt sich demjenigen unabweisbar auf, der einen flüchtigen Blick auf dieses objective Recht des Ausgleiches wirft. Denn das Ausgleichsgesetz, es macht

1. viele gemeinsame Angelegenheiten namhaft die in constitutioneller Weise zu erledigen sind, und die es nicht den Delegationen verfassungsmässig zuweist, z. B. die österreichisch-ungarischen Staats-

²⁰⁾ §. 13 des deutschen Ausgleichsgesetzes. Ebenso Gesetzartikel XII, §. 37: „In den Wirkungskreis dieser Delegationen können nur jene Gegenstände gehören, die in diesem Beschlusse ausdrücklich als gemeinsam diesen Delegationen zugewiesen werden. Ueber diese Gegenstände hinaus dürfen diese Delegationen ihre Thätigkeit nicht erstrecken und in die dem ungarischen Reichstage und der ungarischen Regierung vorbehaltenen Angelegenheiten sich nicht mengen“. — Ebenso §. 38, 43, 44

verträge²¹⁾, die Aufnahme eines gemeinsamen Darlehens²²⁾, die Regelung des Beitragsverhältnisses der Länder der Monarchie zum Staatshaushalte der Monarchie²³⁾ etc.; und das Ausgleichsgesetz erklärt

2. ausserdem, dass die Delegationen in ihrer Function der Erzeugung des gemeinsamen Volkswillens und der Controle seiner Verwirklichung nur die Functionen eines andern versehen, dass sie fremde Rechte ausüben.

Wer ist nun — so muss die Staatslehre fragen — dieser Fremde, dieser Unbekannte und Erstberechtigte zur Erzeugung des österreichisch-ungarischen Volkswillens? Wer delegirt die Delegirten?

Und wenn die Delegationen, die nach dem Inhalte der ihnen zustehenden politischen Rechte und nach der Form der Ausübung dieser Rechte als ein Parlament erscheinen, nur fremde Rechte ausüben, wenn die Delegationen nach dem Ausgleichsgesetze nicht das originär berechtigte Organ sind für die Erzeugung des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Volkswillens, sind diese Delegationen dann noch ein Parlament?

²¹⁾ Deutsches Ausgleichsgesetz §. 1: „wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, in so weit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt“.

²²⁾ §. 3: Die Entscheidung über die Frage, ob ein gemeinsames Anlehen aufzunehmen ist, bleibt jedoch der Gesetzgebung jeder der beiden Reichshälften vorbehalten. — G. A. XII, §. 56.

²³⁾ Deutsches Ausgleichsgesetz §. 3: Die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten (§. 1) sind von beiden Reichstheilen nach einem Verhältniss zu tragen, welches durch ein vom Kaiser zu sanctionirendes Uebereinkommen der beiderseitigen Vertretungskörper (Reichsrath und Reichstag) von Zeit zu Zeit festgesetzt werden wird. §. 36. G. A. XII, §. 19—22. So §. 20: Diesen Vorschlag (nämlich der Deputationen) unterbreitet jedes Ministerium dem betreffenden Reichstage, wo derselbe ordnungsgemäss behandelt wird. Ein jeder Reichstag theilt seine Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien dem andern Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Sr. Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden.

Wer ist diese zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten erstberufene und eigenberechtigte Volksvertretung?

In der That, diese Frage ist von der ausserordentlichsten Wichtigkeit, sie ist entscheidend für das österreichisch-ungarische Staatsrecht. Von ihrer richtigen Beantwortung hängt Sein oder Nichtsein eines logischen, organischen und erfüllbaren österreichisch-ungarischen Staatsrechtes ab. Denn wer hier irrt in der Beantwortung dieser Cardinalfrage, er nimmt Irrthum und Widerspruch mit in das ganze Ausgleichsgesetz.

Aber gerade über das Verhältniss der Delegationen zu demjenigen öffentlichen Organe, dessen Rechte sie ausüben — das Ausgleichsgesetz nennt als solches Organ den Reichsrath und ungarischen Reichstag²⁴⁾ — herrscht die grösste Verwirrung der Anschauungen; dieses Verhältniss der Delegationen zu „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage)“ — wie der §. 6 des deutschen Ausgleichsgesetzes sagt — liegt noch ganz in der Nacht der Ungewissheit und Unkenntniss. Es bedarf der grellsten concentrirten Beleuchtung durch die Natur des Staates, es bedarf der staatsbegrifflich vollkommen correcten Auslegung der es regelnden Gesetzesbestimmungen, um in seiner staatsrechtlichen Richtigkeit erkannt zu werden.

Und die heute ausnahmslos herrschende Theorie über dieses Verhältniss der Delegationen zu den Vertretungskörpern der Reichshälften (Reichsrath und Reichstag)? Sie ist sich nicht einmal bewusst der staatsbegrifflichen Unmöglichkeiten, die sie behauptet, der gegen Wortlaut und Sinn des Gesetzes verstossenden Auslegung, die sie dem Ausgleichsgesetze in diesem entscheidenden Punkte zu Theil werden lässt! Diese Theorie ist noch nicht einmal dahin gelangt, das Parlament der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn von „den Vertretungskörpern der Reichshälften“ zu unterscheiden! Da das Ausgleichsgesetz feststellt, dass „die

²⁴⁾ Ausgleichsgesetz §. 6, XII, §. 38.

Vertretungskörper der beiden Reichshälften (Reichsrath und Reichstag)“ durch die Delegationen, welche nur österreichisch-ungarische gemeinsame Angelegenheiten verfassungsmässig behandeln dürfen, diese gemeinsamen Angelegenheiten berathen und beschliessen, zieht die herrschende Theorie daraus den raschen Schluss und stellt ihn ruhig als Behauptung hin, dass es die selbständigen Staatsparlamente Cisleithaniens und Ungarns seien, das kaiserlich cisleithanische Parlament und das königlich-ungarische Parlament, welchen in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft verfassungsmässig die mittelbare Behandlung der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten zustehe. Die beiden Parlamente also — der ehemalige engere Reichsrath und der ungarische Reichstag — sind nach der herrschenden Lehre diejenigen Organe, welche die im constitutionell-monarchischen Staate der Volksvertretung zustehenden politischen Rechte in Oesterreich-Ungarn in Betreff der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten ausüben. Und zwar sollen die beiden Parlamente der Sonderstaaten dieses ihnen zustehende Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten und der Controle der Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten durch Parlamentsausschüsse ausüben — die Delegationen. Als Parlamentsausschüsse werden nämlich diese Delegationen feierlich erklärt. Ja, diese Delegationsausschüsse scheinen das Wesen eines Parlaments-Ausschusses noch prägnanter und deutlicher darzustellen, da sie nach dieser Auffassung als „Ausschüsse höheren Ranges“, also als höher entwickelte Formen des Typus „Parlaments-Ausschüsse“ definirt werden.

Diese fast schon Dogma gewordene Anschauung und Lehre nun, dass die gemeinsamen, die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, von dem cisleithanischen und ungarischen Staatsparlamente theils unmittelbar, theils mittelbar — durch die Delegationen — behandelt werden, ist *a)* eine staatsbegrifflich unmögliche; sie ist der Natur der Sache nach eine absolute Unmöglichkeit. Diese Behauptung ist aber *b)* auch im Widerspruche mit dem Sinne und Wort-

laute des positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechtes, sie ist eine staatsrechtlich vollkommen unrichtige.

a) Die Natur des Staates.

Es ist der Natur der Sache, der Natur des Staates nach eine Unmöglichkeit, dass die gemeinsamen, d. h. die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten von

1. dem cisleithanischen Staatsparlamente und,
2. von dem königlich ungarischen Parlamente behandelt werden.

Das cisleithanische Parlament — die Vertretung des cisleithanischen Staatsvolkes — kann in dieser Eigenschaft, eben nur die öffentlichen Angelegenheiten dieses Volkes und dieses Staates Cisleithanien berathen und beschliessen. Desgleichen kann das ungarische Parlament nur die öffentlichen Angelegenheiten des Staates Ungarn in den Bereich seiner Berathung und Beschlussfassung ziehen, es kann nur rücksichtlich der öffentlichen ungarischen Staatsangelegenheiten den Volkswillen erzeugen. Die gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Angelegenheiten bestehen aber nicht, wie erwähnt, etwa zur Hälfte oder zu einem anderen aliquoten Theile aus cisleithanischen öffentlichen Staatsangelegenheiten, also aus solchen öffentlichen Angelegenheiten, welche ausschliesslich ihrem Begriffe nach nur dem Staate Cisleithanien zukommen, und zur anderen Hälfte oder zum anderen aliquoten Theile aus öffentlichen Angelegenheiten des Staates Ungarn. Die gemeinsamen Angelegenheiten sind vielmehr öffentliche Angelegenheiten Cisleithaniens, welche zugleich öffentliche Angelegenheiten Ungarns sind. Das ist das Wesen der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten. Die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, sagen wir, sind nicht solche öffentliche Angelegenheiten, welche zur Hälfte oder zu einem anderen aliquoten Theile aus cisleithanischen Staatsangelegenheiten, und zur Hälfte oder zu einem anderen aliquoten Theile aus ungarischen Staatsangelegenheiten bestehen, so dass den cisleithanischen Theil der

österreichisch-ungarischen Angelegenheiten das selbständige Parlament eben des Staates Cisleithanien, und den ungarischen Theil der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten das selbständige Parlament des Staates Ungarn behandeln könnte, und etwa bezüglich dieser auch in den Competenzkreis der Sonderstaatsparlamente fallenden aliquoten Theile der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten das öffentliche Staatsrecht beider Staaten nur vorschreiben würde, dass die beiden Parlamente identische Beschlüsse fassen müssten.

Die auswärtige österreichisch-ungarische Politik ist nicht 1. eine auswärtige cisleithanische und 2. eine auswärtige ungarische Politik. Die österreichisch-ungarische Armee ist nicht 1. eine cisleithanische Armee etwa von 400.000 Mann und 2. eine königlich ungarische Armee — die Armee des Staates Ungarn — in der Stärke von 400.000 Mann. Die eine österreichisch-ungarische Armee besteht nicht aus zwei Armeen, deren eine Se. Majestät in seiner Eigenschaft als cisleithanisches Staatsoberhaupt, und deren andere Se. Majestät als Träger der Krone des heiligen Stephan organisiren und commandiren würde.

Ebenso besteht der österreichisch-ungarische Staatshaushalt nicht aus einem cisleithanischen und einem ungarischen Staatshaushalte.

Die österreichisch-ungarische Bank — eine neue gemeinsame Angelegenheit seit 1878 — ist nicht zwei halbe Banken, sie ist auch nicht zwei Banken, eine cisleithanische und eine selbständige ungarische Bank.

Die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten sind vielmehr solche Angelegenheiten, welche zugleich die öffentlichen Angelegenheiten beider Länder sind. Die auswärtige österreichisch-ungarische Politik ist eine solche auswärtige Politik, welche die Eigenschaft hat, die auswärtige Politik Ungarns, und gleichzeitig und nothwendig die auswärtige Politik Cisleithaniens zu sein. Die auswärtige Politik Ungarns kann aber nur dann vernünftiger Weise die auswärtige Politik Cisleithaniens sein, wenn Ungarn und Cisleithanien für diese auswärtige Politik identische Grössen

sind, wenn Cisleithanien für Ungarn und Ungarn für Cisleithanien gesetzt werden kann. Dies ist aber nur dann der Fall — und der Satz, „die auswärtige Politik Ungarns ist die auswärtige Politik Cisleithaniens — die auswärtige Politik ist gemeinsam“, hat nur dann einen Sinn, wenn Ungarn und Cisleithanien als Theile eines Ganzen (eines Körpers) erscheinen; wenn Cisleithanien und Ungarn Theile eines Körpers sind, dessen auswärtige Angelegenheiten die österreichisch-ungarischen auswärtigen Angelegenheiten sind; d. h. also staatsrechtlich, wenn Ungarn und Cisleithanien bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten als Theile eines Staates, d. h. als Provinzen erscheinen, wenn und insofern sie Provinzen Eines Staates sind — Oesterreich-Ungarns.

Nur dann ist die auswärtige Politik — die österreichisch-ungarische auswärtige Politik — die auswärtige Politik Cisleithaniens und zugleich die auswärtige Politik Ungarns. Die Beziehungen des Staates zu den anderen Staaten sind die Beziehungen aller seiner (Theile) Provinzen — als Einheit — zu diesen auswärtigen Staaten.

Dasselbe gilt nun bezüglich aller gemeinsamen, aller österreichisch-ungarischen Angelegenheiten. Sie sind die allen — beiden — Provinzen (Ländern) der österreichisch-ungarischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten, welche, wie das ungarische Ausgleichsgesetz sagt, Art. XII §. 27, „als in der That gemeinsam weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Seiner Majestät gehören“.

Wenn a und b einen gemeinsamen Wagen haben, so besteht dieser a-b'sche Wagen nicht zur Hälfte aus einem Wagen des a und zur anderen Hälfte aus einem Wagen des b, bezüglich welcher beiden Wagen nur bestimmt wäre, dass sie ganz dieselben Wege gefahren werden müssen.

Aus diesem Inhalte des Begriffes „gemeinsame Angelegenheiten“ folgt nun nothwendig, dass der cisleithanische Reichsrath in seiner Eigenschaft als selbständiges Parlament — in welcher Eigenschaft er eben nur die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen

und Ländern gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen hat und beschliessen kann — dass er als Organ für den cisleithanischen Volkswillen — unmöglich auch solche öffentliche Angelegenheiten berathen und beschliessen kann, welche den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und dem Lande Ungarn gemeinsam sind. Dies ist eine offenbare *contradictio in adjecto*, ein baarer Widersinn. Es ist, als ob man behaupten würde, die Körperschaft a als Vertretung des Staates A, in welcher staatsrechtlichen Eigenschaft eben a die öffentlichen Interessen und Angelegenheiten des Staates A zu erledigen hat, ist in dieser Eigenschaft, als Organ für den Willen des A'schen Staatsvolkes — bezüglich seiner öffentlichen Angelegenheiten — Organ für die öffentlichen Angelegenheiten des Staates A und des Staates B! Sonach wäre $A = A + B$.

Dieselbe Argumentation ergibt sich natürlich auch bezüglich des königl. ungarischen Parlamentes. Das ungarische Parlament als solches, als Körperschaft, welche die öffentlichen Interessen und Angelegenheiten eben des Staates Ungarn der Natur des Staates nach zu berathen und zu beschliessen hat, kann unmöglich in dieser Eigenschaft die öffentlichen Interessen und Angelegenheiten von Ungarn und noch einem Staate — Cisleithanien — berathen und beschliessen. Denn die gemeinsamen Angelegenheiten sind solche, welche nicht „unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone“ gehören. (XII, §. 27.)

Ist aber das selbständige Parlament des Staates Cisleithanien der Natur der Sache nach incompetent für die Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten; ist desgleichen das ungarische Parlament als solches hiezu incompetent und unfähig, so folgt nothwendig, dass auch die beiden Parlamente neben einander, so lange sie eben nur in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft erscheinen, — jedes als selbständige, von dem anderen unabhängige Volksvertretung der beiden Sonderstaaten — also dass die beiden je für die gemeinsamen Angelegenheiten incompetenten Parlamente, wenn sie als solche zwei die österreichisch-

ungarischen Staatsangelegenheiten berathen und beschliessen wollten — hiezu natürlich ebenfalls incompetent sind. Sie sind hiezu ebenfalls vollständig incompetent, können der Natur der Sache nach die untheilbaren österreichisch-ungarischen Staatsangelegenheiten nicht behandeln, auch wenn sie gleichzeitig jedes die Berathung und Beschliessung dieser österreichisch-ungarischen Angelegenheiten in Angriff nehmen würden. Ist das staatliche Organ a incompetent für die öffentlichen Angelegenheiten C_1 und ist das öffentliche Organ b incompetent hiefür, so sind auch a und b , so lange sie dieselben selbständigen zwei Grössen (Organe) bleiben, für die Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten C_1 absolut incompetent, und unfähig. Denn a ist eben nur competent für die öffentlichen Angelegenheiten A_1 und b für die öffentlichen Angelegenheiten B_1 . Nur in dem Falle, wenn die Angelegenheiten C_1 (österreichisch-ungarischen) $= A_1 + B_1$ wären, d. h. wenn die gemeinsamen Angelegenheiten sich aus den gleichen und correspondirenden cisleithanischen und ungarischen öffentlichen Staatsangelegenheiten summiren, zusammensetzen würden, könnten diese aus A_1 und B_1 bestehenden Angelegenheiten C_1 durch die Parlamente a und b behandelt und erledigt werden. Dann würde dadurch, dass nicht nur der eine Theil derselben, z. B. A_1 von a behandelt würde, sondern auch der andere Theil von C_1 nämlich B_1 jetzt vom Parlamente b in Angriff genommen und besorgt wird, eine Aenderung herbeigeführt worden sein gegenüber dem früheren Zustande, wo nur ein Staatsparlament a oder b einen Theil der Angelegenheiten von C_1 , nämlich A_1 oder B_1 berieth, dieselben sonach nicht vollständig zur Behandlung und Erledigung gekommen wären.

Die Parlamente a und b können daher bei der Untheilbarkeit der öffentlichen Angelegenheiten C_1 dieselben nur dann berathen und beschliessen, wenn sie sich verwandeln in eine einheitliche Körperschaft c , in das Organ c desjenigen Staates, dessen öffentliche Angelegenheiten eben C_1 sind. Wenn also a und b gegenüber dem Staate C und dessen Angelegenheiten C_1 aufhören, Organe des Staates A für dessen öffentliche Angelegenheiten A_1 und des Staates B für dessen Angelegenheiten B_1

zu sein; wenn sie beide sich in gleichartige Theile eines Organes c von C verwandeln, dann sind sie in dieser ihrer neuen Eigenschaft als Theile von c competent und fähig für die Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten C_1 .

Die cisleithanische und ungarische Volksvertretung sind, wie erwähnt, auch beide neben einander thätig, absolut incompetent für die verfassungsmässige Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten — so lange sie in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft als selbständige Parlamente der beiden Sonderstaaten verharren. Sie sind ebenso incompetent für die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, als die neben einander tagenden selbständigen Parlamente von Preussen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden u. s. f. der Natur der Sache nach incompetent sind für die Behandlung der Preussen, Baiern, Sachsen, Baden, Württemberg u. s. f. gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten, also der preussisch-baierisch-sächsisch-baden-sisch-württembergischen u. s. f. Angelegenheiten, d. h. der deutschen Reichsangelegenheiten. Setzt man — zur Verdeutlichung — statt „österreichisch-ungarisch“ den Ausdruck „österreichisch“ für die Cisleithanien und Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten, so springt es sofort in die Augen, dass sowohl das Parlament Cisleithaniens, als das Parlament Ungarns, als auch beide Parlamente zugleich die österreichischen Angelegenheiten nicht berathen und beschliessen können.

Sollen nun durchaus die öffentlichen Angelegenheiten C_1 von denselben Körperschaften a und b — also von denselben physischen Personen — behandelt werden, welche die Organe a und b bilden; will man durchaus nicht, was das physische Substrat betrifft, besondere, selbständige von a und b verschiedene, nur zur Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten C_1 allein berufene Organe schaffen, erübrigt also nur Eines:

a und b müssen jedes in einer neuen, staatsrechtlichen Eigenschaft als Theile der Volksvertretung c mit der Berathung der öffentlichen Angelegenheiten C_1 betraut werden, d. h. Reichsrath und Reichstag b müssen jeder in einer neuen zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft — als Theile einer

österreichisch-ungarischen Volksvertretung mit der Berathung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten betraut werden. Die Volksvertretung Cisleithaniens und die Volksvertretung Ungarns können in dieser ihrer zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft nicht mehr als selbständige Parlamente der Staaten Cisleithanien und Ungarn erscheinen, sondern als die Vertretungen Cisleithaniens und Ungarns in deren Eigenschaft als Theilen (Provinzen) Oesterreich-Ungarns. Nur in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft, wenn die Volksvertretung Cisleithaniens als Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung erscheint — und demgemäss Cisleithanien als österreichisch-ungarische Provinz — beräth und beschliesst Cisleithanien, indem es die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten behandelt — seine eigenen Angelegenheiten. Die gemeinsamen Angelegenheiten aber sind ja als gemeinsame — die eigenen öffentlichen Angelegenheiten Cisleithaniens und Ungarns. Und soll Ungarn, indem es — respective seine Volksvertretung — die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten behandelt und beschliesst, damit seine eigenen öffentlichen Angelegenheiten berathen und beschliessen und nicht dadurch zugleich die Angelegenheiten eines anderen fremden Staates — Cisleithaniens — so muss es als (Theil) Provinz desjenigen Ganzen (Staates) erscheinen, dessen öffentliche Angelegenheiten eben die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten sind; und seine Vertretung kann nur und muss als Theil der Vertretung dieses Staates Oesterreich-Ungarn erscheinen. Denn die öffentlichen Angelegenheiten eines Staates sind die gemeinsamen Angelegenheiten jeder seiner Provinzen.

Der Reichsrath und der ungarische Reichstag können sonach nur in einer zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft, als Vertreter des Ganzen, die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berathen: in der staatsrechtlichen Eigenschaft als unselbständige Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, welche Theile, von den beiden österreichisch-ungarischen Provinzen Cisleithanien und Ungarn gewählt, eben rücksichtlich der ihnen gesetzlich zur verfassungsmässigen Behandlung zustehenden gemeinsamen

Angelegenheiten den gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Volkswillen erzeugen müssen. Reichsrath und Reichstag in dieser Eigenschaft — als „Vertretungskörper beider Reichshälften“ — haben aufgehört, Organ des Staates Cisleithanien und des Staates Ungarn zu sein, sie sind das Organ eines anderen Staates geworden — Oesterreich-Ungarns, dessen öffentliche Angelegenheiten sie jetzt berathen. Jeder Theil ist der Vertreter der beiden Länder Ungarn und Cisleithanien, da er Eine Angelegenheit als die öffentliche Angelegenheit Cisleithaniens und Ungarns beräth und behandelt. Daraus folgt nun:

Wenn das österreichisch-ungarische öffentliche Recht, wenn das Ausgleichsgesetz wirklich dem Reichsrathe und dem Reichstage eine oder mehrere gemeinsame Angelegenheiten zur verfassungsmässigen Behandlung zuweisen sollte, würde sich dadurch mit Naturnothwendigkeit der gesetzliche Bestand dieses Reichsrathes und Reichstages in dieser anderen staatsrechtlichen Qualität — als Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — und sonach der rechtliche Bestand einer österreichisch-ungarischen Volksvertretung ergeben. Reichsrath und ungarischer Reichstag sind dann — soweit sie gesetzlich die gemeinsamen Angelegenheiten berathen und beschliessen — nicht mehr Organe der Sonderstaaten, nicht mehr cisleithanisches Parlament und ungarische Volksvertretung, sondern gemeinsame Organe, sie sind zusammen das einheitliche Organ Oesterreich-Ungarns, sie sind die österreichisch-ungarische Volksvertretung.

Es sind die Cisleithanier und die Ungarn, welche die von beiden als gemeinsam anerkannten Angelegenheiten parlamentarisch behandeln, welche dieselben öffentlichen Angelegenheiten als ihre eigenen Angelegenheiten parlamentarisch erledigen. Die Angelegenheiten, welche also der Reichsrath und der ungarische Reichstag, oder — wie das ungarische Ausgleichsgesetz sagt — „die beiden Reichstage“ (Gesetz.-Art. XII, §§. 20, 21, 43²⁵), 46, 47, 48, 49) — mit-

²⁵) §. 43 wurde hier auch angeführt, weil die „beiden Reichstage“ hier — mit der Bedeckung des österreichisch-ungarischen Finanzgesetzes betraut, für diese Bedeckung als Organe des Reiches erscheinen. Es sind die im Dienste des Reiches verwendeten Organe der Sonderstaaten. Allerdings nennt das ungarische

einander erledigen, sind der Qualität nach solche Angelegenheiten, „welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen“ — d. h. jetzt zweien — „Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind.“ Diese Angelegenheiten aber, welche den Cisleithaniern und Ungarn gemeinschaftlich sind, gehörten nach dem Wortlaute einer österreichisch-ungarischen — damals noch österreichischen Reichsverfassung — wer erinnert sich nicht an den §. 10 der Februarverfassung? — in den Wirkungskreis des gesammten, des weiteren Reichsrathes.

Und so würden also — unter der Voraussetzung, dass das öffentliche Recht dem Reichsrathe und Reichstage gemeinsame, österreichisch-ungarische Angelegenheiten zur Behandlung zuweist — diese beiden Körperschaften zusammen dasselbe Organ bilden, welches einst der „weitere Reichsrath“ war; „die betreffenden Reichstage“ — um mit dem ungarischen Gesetze zu sprechen — „würden zusammen einen Reichstag bilden, welcher die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten beräth und beschliesst — den gemeinsamen oder weiteren Reichstag.

Sollte also das Gesetz die beiden Reichstage zur Behandlung gemeinsamer, österreichisch-ungarischer Angelegenheiten berechtigt erklären, so erklärt das Gesetz dadurch die beiden Reichstage als österreichisch-ungarische Organe; das Gesetz würde dadurch aussprechen, die beiden Reichstage (Reichsrath und Reichstag) sind auch Organe der österreichisch-ungarischen Monarchie, und in dieser zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft nothwendig zusammen Ein Organ, ein öffentlich-rechtlicher Körper.

Reichsrath und Reichstag hätten sonach jeder eine doppelte staatsrechtliche Angehörigkeit; sie wären jeder Organ zweier Staaten, und ihre öffentliche Thätigkeit und Stellung wäre durch das öffentliche Recht zweier Staaten normirt: Reichsrath und Reichstag erschienen

1. als selbstständiges Staatsparlament der souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn,

Ausgleichsgesetz auch die beiden Parlamente „Reichstage“, so z. B. im §. 65 und 66.

2. als unselbstständige, von einander abhängige Theile des österreichisch-ungarischen Parlamentes; als unselbstständige Theile der Reichsvertretung.

Nun schreibt das öffentliche österreichisch-ungarische Staatsrecht — die übereinstimmenden Ausgleichsgesetze — wirklich dem Reichsrathe und dem Reichstage solche gemeinsame, österreichisch-ungarische Angelegenheiten zu, daher die oben angegebenen staatsrechtlichen Consequenzen eintreten.

Sonach sind in der That der Reichsrath und Reichstag durch das österreichisch-ungarische Staatsrecht als Theile der österreichisch-ungarischen — einer gemeinsamen — Volksvertretung gesetzlich geschaffen und existent. Es existirt rechtlich der österreichisch-ungarische Reichstag, der gemeinsame Reichstag, dem natürlich als verantwortliches Ministerium das gemeinsame, das k. und k. österreichisch-ungarische Ministerium amtlich gegenübersteht.

In Oesterreich-Ungarn sind somit die Delegationen nicht das einzige Organ für die Erzeugung des Volkswillens. Es existirt vielmehr als österreichisch-ungarische Volksvertretung der gemeinsame, weitere Reichstag.

Dieses österreichisch-ungarische Parlament besteht aus denselben physischen Personen, welche (in einer anderen staatsrechtlichen Qualität) das cisleithanische Staatsparlament und das königlich ungarische Parlament bilden.

Dieser österreichisch-ungarische Reichstag ist die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten erstberufene und originär berechtigte Volksvertretung.

Gemeinsame Angelegenheiten, welche das österreichisch-ungarische Gesetz den „betreffenden Reichstagen (Reichsrath und Reichstag)“ zuweist, sind:

1. Bestimmung des Verhältnisses, in welchem die beiden Länder Cisleithanien und Ungarn zum Staatshaushalte der österreichisch-ungarischen Monarchie beizutragen haben, d. h. der österreichisch-ungarischen Quote (§. 1 c) des Gesetzes vom 21. December 1867, „betreffend die allen Ländern der öster-

reichischen Monarchie! gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung (R. G. Bl. 1877, Nr. 146) und §. 3²⁶⁾; ungarisches Ausgleichsgesetz, Art. XII vom Jahre 1866/67, §§. 16, 18, 19, 20, 21, 22).

2. Aufnahme eines österreichisch-ungarischen Darlehens²⁷⁾ (Entscheidung hierüber), Delegationsgesetz §. 3, XII, §. 56.

3. Die Genehmigung der österreichisch-ungarischen Staats- und Handelsverträge²⁸⁾, insoweit eine solche verfassungsmässig, d. h. nach dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte, nothwendig und vorgeschrieben ist (§. 1 des citirten Delegationsgesetzes).

3. Wahl des Vertreters des weiteren Reichstages, der Delegationstheile (Delegationsgesetz §. 6, 7, 8, 9, 10, Art. XII §. 29, 38, 48).

4. Oesterreichisch-ungarische Bank für 10 Jahre.

Eine solche österreichisch-ungarische Bank wurde — nach vorausgehendem stillschweigenden Vertrage²⁹⁾ der beiden

²⁶⁾ Delegationsgesetz §. 3: „Die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten (§. 1) sind von beiden Reichstheilen nach einem Verhältnisse zu tragen, welches durch ein vom Kaiser zu sanctionirendes Uebereinkommen der beiderseitigen Vertretungskörper (Reichsrath und Reichstag) von Zeit zu Zeit festgesetzt werden wird.“ Auch §. 36. XII, §. 19—22.

Die Parlamente zweier Staaten aber können keinen Vertrag, kein „Uebereinkommen“ schliessen.

²⁷⁾ §. 3: „Die Entscheidung über die Frage, ob ein gemeinsames Anlehen aufzunehmen ist, bleibt jedoch jeder der beiden Reichshälften vorbehalten.“ XII, §. 56: „Die vorläufige Bestimmung dessen jedoch, ob irgend ein Anlehen gemeinsam aufgenommen werden soll, gebührt bei allen einzelnen Fällen in Hinsicht Ungarns dem ungarischen Reichstage“.

²⁸⁾ §. 1 definirt als gemeinsame Angelegenheiten in lit. a: „die auswärtigen Angelegenheiten, mit Einschluss der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, sowie die in Betreff der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen, wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt.“

²⁹⁾ Ein solches Uebereinkommen war nothwendig zwischen den Staaten Cisleithaniens und Ungarn. Die beiden Staaten verpflichteten sich gegenseitig für die nächsten 10 Jahre keine selbständigen Zettelbanken zu errichten, sondern die Errichtung einer Bank und die damit verbundene Regelung des Geldwesens an den gemeinsamen Staat — an das Reich — abzutreten. Hierauf bedurfte es eines Vertrages zwischen dem Reiche und Cisleithanien, und eines Vertrages

Staaten Cisleithanien und Ungarn, für 10 Jahre eine gemeinsame Bank zu schaffen — wirklich geschaffen. Das österreichisch-ungarische Bankgesetz — das Gesetz über die gemeinsame Bank — wurde in der österreichisch-ungarischen Provinz Cisleithanien kundgemacht mittelst Reichsgesetzblattes vom

mit identischem Inhalte zwischen dem Reiche und Ungarn, in welchem jeder Einzelstaat das Bankwesen auf 10 Jahre in die Reichscompetenz abtrat und das Reich diese Angelegenheit übernahm. Diese beiden Verträge hätten jedenfalls der Mitwirkung des Reichsrathes und des ungarischen Reichstages bedurft.

Hierauf erst konnte die Reichsgesetzgebung — der weitere Reichstag unter Intervention der gemeinsamen Regierung und in Verbindung mit der gemeinsamen Krone — nunmehr das österreichisch-ungarische Bankgesetz über die Errichtung und Organisation dieser gemeinsamen Reichsbank erlassen. In Folge der Verwechslung der beiden Staatsparlamente „Reichsrath“ und „Reichstag“ mit dem Reichsrathe und Reichstage als Theilen des gemeinsamen Reichstages geschah es, dass — formell — der cisleithanische Reichsrath und der ungarische Reichstag an dem österreichisch-ungarischen Reichsgesetze über die Errichtung einer österreichisch-ungarischen Bank mitwirkten, und die beiden Regierungen der Einzelstaaten als verantwortlich für die Erfüllung dieses gemeinsamen Gesetzes contrasignirt erscheinen.

Der Natur der Sache nach konnten der cisleithanische Reichsrath und der ungarische Reichstag höchstens zwei identische Gesetze über die Errichtung einer cisleithanischen Bank und über die Errichtung einer gleichen ungarischen Bank erzeugen helfen.

Da diese beiden Staatsverträge der Einzelstaaten mit dem Reiche formell nicht abgeschlossen wurden, erscheint der identische Inhalt dieser beiden, nicht formell ausgesprochenen Verträge, in dem ersten Artikel des gemeinsamen Bankgesetzes vor den „Statuten“; er erscheint merkwürdiger Weise im Gesetze betreffend die Errichtung und das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bank; dieses Gesetz konnte doch erst vom Reiche gegeben werden.

Dieser Artikel — natürlich gleichlautend im deutschen und ungarischen Texte des Bankgesetzes — welcher erst der österreichisch-ungarischen Monarchie das Recht zur Errichtung einer Bank schuf — lautet: „Indem für die nächsten 10 Jahre von dem beiden Theilen der Monarchie zustehenden und gegenseitig anerkannten Rechte kein Gebrauch gemacht wird, selbständige Zettelbanken zu errichten, wird bestimmt, dass für die Zeit vom 1. Juli 1878 bis 31. December 1887 eine österreichisch-ungarische Bank errichtet werde“.

Es zeigt sich hier, wie — auch in der unscheinbaren Form — das Wesen der Sache zum Ausdrucke kam.

Diese Verträge der Sonderstaaten mit dem Reiche — Inhalt des Artikels I — haben der Reichsrath und Reichstag noch als Parlamente behandelt und angenommen.

An dem folgenden österreichisch-ungarischen Bankgesetze — den Statuten — haben sie als Theile des weiteren Reichstages mitgewirkt.

28. Juni 1878 (in Ungarn Gesetzartikel XXV vom Jahre 1878). Dieses — in diesem Falle im Dienste der österreichisch-ungarischen Monarchie verwendete Reichsgesetzblatt des Staates Cisleithanien (Nr. 66, J. 1878) — enthält das „Gesetz vom 27. Juni 1878, betreffend die Errichtung und das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bank.“

5. Würdigung der Gründe zur Abdankung der gemeinsamen, der einheitlichen österreichisch-ungarischen Krone und eventuell Annahme dieser Abdankung (Art. XII, §. 49).³⁰⁾

6. Ausübung der der österreichisch-ungarischen Volksvertretung zustehenden Rechte behufs Wahrung der politischen Freiheit Oesterreich-Ungarns — d. h. behufs Wahrung der freien Aeusserung des österreichisch-ungarischen Volkswillens in Rede und Abstimmung. (Wahrung der Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit derjenigen Mitglieder des weiteren Reichstages, welche Delegirte des betreffenden Reichstages sind. Del.-G. §. 23, Art. XII, §. 47.)³¹⁾

³⁰⁾ XII, §. 49: „Für den Fall einer Abdankung wird der betreffende Reichstag, oder, falls er nicht versammelt ist, die betreffende Delegation über die Wichtigkeit der Gründe zur Abdankung und über die Annahme der Abdankung urtheilen“.

Da die Delegation nur gemeinsame Angelegenheiten behandeln darf, kann hier nur die gemeinsame, österreichisch-ungarische Krone verstanden werden.

Und diese „gemeinsame Angelegenheit“: Beurtheilung der Gründe zur Abdankung seitens des gemeinsamen Monarchen, eventuell Annahme der Abdankung ist in erster Linie den „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ vorbehalten.

³¹⁾ §. 23: „Die Delegirten des Reichsrathes geniessen in dieser Eigenschaft die nämliche Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit, welche ihnen als Mitglieder des Reichsrathes kraft des §. 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zusteht.“

Die in diesem Paragraphe dem betreffenden Hause eingeräumten Befugnisse kommen, in soferne nicht der Reichsrath gleichzeitig versammelt ist, rücksichtlich der Delegirten der Delegation zu.“

XII, §. 47. „Die Mitglieder der Delegationen können für Aeusserungen, die sie bei Behandlung der nach dieser Feststellung als gemeinsam bezeichneten Angelegenheiten gethan, niemals zur Verantwortung gezogen werden; ja, sie können bis zum Aufhören ihres Amtes weder einer gerichtlichen Klage, welche eine persönliche Dentention nach sich ziehen kann, noch eines Vergehens oder Verbrechens wegen, ausgenommen den Fall, wo sie auf der That ertappt werden, ohne vorhergehende Zustimmung des betreffenden Reichstages,

7. Abänderung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — der Ausgleichsgesetze. Diesbezüglich kann zwar kein Gesetzesparagraph citirt werden. Allein dies ist eine selbstverständlich in den Wirkungskreis der beiden Theile des weiteren Reichstages fallende Angelegenheit. In dieser Eigenschaft — als weiterer Reichstag — haben Reichsrath und Reichstag einst auch die Ausgleichsgesetze berathen und angenommen; beide Theile haben und zwar jeder bezüglich der Verfassung des ganzen Reiches einen identischen Willensinhalt sich gesetzt, sie haben den übereinstimmenden Willen aller Theile der Volksvertretung, also der Volksvertretung selbst, erzeugt bezüglich der gemeinsamen, d. i. der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung, welcher Volkswille dann vom gemeinsamen Monarchen sanctionirt wurde.

Dies sind die wesentlichsten gemeinsamen Angelegenheiten, welche von dem weiteren Reichstage selbst und unmittelbar behandelt werden.

Bezüglich eines anderen Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, z. B. Controle der österreichisch-ungarischen Verwaltung, österreichisch-ungarisches Finanzgesetz etc., übt der weitere Reichstag die der Volksvertretung im constitutionell monarchischen Staate zustehenden Rechte durch seinen Stellvertreter, durch die — einen Körper bildende — Delegation aus. Denn die Delegationen vertreten natürlich nicht die beiden selbstständigen Parlamente — den engeren Reichsrath und das königlich ungarische Parlament — sondern sie vertreten die Theile des gemeinsamen Reichstages.

Diese so ausserordentlich wichtige Thatsache, dass der Reichsrath und der Reichstag in einer doppelten staatsrechtlichen Stellung, jeder als selbstständiges Parlament, und dann jeder als Theilorgan der österreichisch-ungarischen Volksver-

oder für den Fall, dass dieser nicht versammelt ist, jener Delegation, deren Mitglieder sie sind, weder verhaftet noch unter Anklage gestellt werden. In Bezug auf die Fortdauer oder Aufhebung der Haft eines auf der That ertappten Mitgliedes hat für den Fall, dass der betreffende Reichstag nicht versammelt ist, ebenfalls die betreffende Delegation Bestimmungen zu treffen.“

tretung thätig sind, diese Thatsache, welche mit einem Male das scheinbar so verworrene österreichisch-ungarische öffentliche Staatsrecht erhellt und verstehen lässt, ergibt sich ferner aus dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte — aus dem Ausgleichsgesetze.

b) Das österreichisch-ungarische Staatsrecht.

Es ist ja nur die Natur der Dinge — somit in vorliegendem Falle des Staates — welche in einer vernünftigen und erfüllbaren Gesetzgebung zum Ausdrucke gelangt.

Diese Thatsache, dass nicht das Staatsparlament „Reichsrath“ und das königlich ungarische Parlament „Reichstag“ die gemeinsamen Angelegenheiten berathen und beschliessen, sondern Reichsrath und Reichstag als unselbstständige Theile des weiteren Reichstages, folgt

α) aus dem deutschen Ausgleichsgesetze.

Der §. 1 des Delegationsgesetzes sagt: „Nachfolgende Angelegenheiten werden als den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone gemeinsame erklärt:

a) Die auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluss der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, sowie die in Betreff der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen, wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage), vorbehalten bleibt.“

Das Gesetz erklärt hier ausdrücklich und bestimmt, dass die parlamentarische Behandlung der österreichisch-ungarischen Verträge (nicht den Delegationen zufällt, sondern) den „Vertretungskörpern der Reichshälften“ vorbehalten bleibt. Denn die Genehmigung eines gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Vertrages ist natürlich eben so eine gemeinsame Angelegenheit wie der Vertrag selbst. Es ist absolut unmöglich, undenkbar, den Vertrag als eine gemeinsame Angelegenheit zu betrachten und anzu-

erkennen, als einen österreichisch-ungarischen Staatsvertrag, die Genehmigung desselben aber als keine gemeinsame Angelegenheit zu erklären, sondern als Angelegenheit der beiden souveränen Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn. Diese Anschauung, welche der Natur des Vertrages nach eine Unmöglichkeit ist, wurde von dem Berichterstatter ³²⁾ der Minorität des zur Berathung des Berliner Vertrages

³²⁾ Der Berichterstatter der Minorität des Berliner Ausschusses des Abgeordnetenhauses sagte als Berichterstatter der Majorität des Budgetausschusses der Delegation des Reichsrathes bei Gelegenheit der Verhandlung der Reichsrathsdelegation über den Bericht des Budgetausschusses dieser Delegation betreffend die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums, womit der Voranschlag über das ausserordentliche Heereserforderniss für die Occupation Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1879 zur verfassungsmässigen Behandlung eingebracht wurde (Stenograph. Protokoll der Delegationsverhandlungen Seite 306, 307): „... und da werde ich natürlich zuerst den Antrag und die Anschauungen des Herrn Delegirten aus Galizien zu bekämpfen haben, Anschauungen, die nach meiner Meinung gar nicht möglich wären, wenn er von der entscheidenden Stelle, nämlich §. 1, lit. a des Gesetzes über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht gerade den entscheidenden Passus, der wörtlich das Gegentheil von dem sagt, was er ausgeführt hat, vorzulesen unterlassen hätte. Es heisst nämlich im § 1 — ich will die Verlesung dieses Paragraphen jenes Gesetzes vorausschicken — folgendermassen (liest): „Nachfolgende Angelegenheiten werden als den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone gemeinsame erklärt: a/ Die auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluss der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, sowie die in Betreff der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen“... .

So weit hat der Herr Delegirte den Paragraph vorgelesen: Jetzt kommt aber die entscheidende Stelle, und die hat er nicht vorgelesen, sie lautet (liest); „wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt.“

Wäre letzterer Absatz nicht vorhanden, dann wäre die entwickelte Ansicht noch immer unrichtig, oder zum Mindesten zweifelhaft; aber es steht eben darin und spricht ausdrücklich das Gegentheil von dem aus, was uns der geehrte Delegirte in einer langen Deduction zu beweisen unternommen hat. Es handelt sich einfach darum: Was ist eine gemeinsame Angelegenheit? Was gemeinsam ist, das ist in dem Gesetze über die gemeinsamen Angelegenheiten wortwörtlich umschrieben. Dann fallen alle die Argumente weg, die aus dem Eingang des §. 11 des Gesetzes über die Reichsvertretung gefolgert werden. Dort heisst es nämlich wieder wortwörtlich wie folgt (liest): „Der Wirkungskreis

vom Abgeordnetenhouse eingesetzten Ausschusses ausgesprochen, um den berechtigten Einwand zu widerlegen, dass der Berliner

des Reichsrathes umfasst alle Angelegenheiten, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind, insoferne dieselben nicht in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandeln sein werden“, d. h. insoferne sie nicht gemeinsame Angelegenheiten sind, und der vorgelesene Paragraph sagt eben, was gemeinsam zu behandeln ist und sagt ausdrücklich, die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit sie verfassungsmässig nothwendig ist, ist keine gemeinsame Angelegenheit. Darauf bezieht sich der Eingang des §. 11 nicht, weil er eine Ausnahme macht lediglich in Betreff desjenigen, was gemeinsam zu behandeln ist und weil in Folge der Vereinbarungen mit den Ländern der ungarischen Krone die Genehmigung der internationalen Verträge eben nicht gemeinsam zu behandeln ist. Daher entfällt ebenso vollständig auch die Berufung auf den §. 6 des gedachten Gesetzes, denn §. 6 handelt von dem an die Delegationen übertragenen Mandate und da heisst es (liest): „Das den Vertretungskörpern beider Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) zustehende Gesetzgebungsrecht wird von denselben, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt, mittelst zu entsendender Delegationen ausgeübt“.

Das Recht der Delegationen beschränkt sich also auf die gemeinsamen Angelegenheiten; keine gemeinsame Angelegenheit ist die Genehmigung internationaler Verträge, insoferne sie verfassungsmässig erforderlich ist, daher hat die Delegation kein Recht, internationale Verträge, deren Genehmigung von der Verfassung gefordert wird, zu genehmigen“ Die Delegationen haben Nichts, als was gemeinsame Angelegenheit ist, in den Bereich ihrer Competenz zu ziehen; die Genehmigung internationaler Verträge gehört aber nach dem wörtlichen Wortlaut des §. 1, lit a., welche Stelle allerdings nicht vollständig vorgelesen wurde, nicht zu den gemeinsamen Angelegenheiten, sie ist vielmehr von denselben ausdrücklich ausgenommen, daher kann die verfassungsmässige Genehmigung solcher Verträge nicht von der Delegation ausgesprochen werden“.

Wesentlich dieselbe Argumentation in Betreff der Trennung des Berliner Vertrages selbst als einer gemeinsamen Angelegenheit, von der Genehmigung dieses Vertrages, als einer Angelegenheit der beiden Sonderstaaten, enthält der Bericht des Budgetausschusses der Delegation des Reichsrathes vom 24. November 1878 über die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums wegen Bewilligung eines Nachtragscredits zu dem für das Jahr 1878 bewilligten ausserordentlichen Credite von 60 Millionen Gulden. Der Budgetausschuss stellte den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diese Regierungsvorlage. Unter den zur Begründung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung aufgeführten Gründen erscheint als ein Hauptgrund die noch nicht erfolgte Genehmigung des Berliner

Vertrag als eine gemeinsame Angelegenheit nicht in die Competenz des cisleithanischen Parlamentes fallen könne, da § 11

Vertrages durch das Staatsparlament Cisleithaniens. Der Bericht sagt: „Dagegen verlangt die gegenwärtig zu berathende Vorlage einen Credit „zur Bestreitung der ausserordentlichen Auslagen aus Anlass der Occupation Bosniens und der Herzegowina“. Unter diesem Ausdruck ist aber nicht blos das Heereserforderniss, sondern auch ein etwaiges Erforderniss für die Civilverwaltung jener Länder begriffen. Durch das Eingehen in die Vorlage würde daher ein bedenkliches Präjudiz geschaffen und in die Competenz der beiden Legislativen übergegriffen. Denn die nicht zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehörende administrative Organisation der gedachten Länder kann der Competenz der beiden Legislativen nicht entzogen und es kann von der Delegation der Entscheidung der letzteren nicht vorgegriffen werden. Auch noch in anderer Beziehung würde das Eingehen in die Vorlage die Competenz der Delegation überschreiten und einen Eingriff in die verfassungsmässig dem Reichsrathe zustehenden Rechte enthalten.

Die Credit- rücksichtlich Indemnitätsforderung soll nämlich durch die im Einklange mit den Bestimmungen des Congresses, also des am 13. Juli 1878 zu Berlin geschlossenen Vertrages, unternommene Occupation begründet und gerechtfertigt werden.

Allein dieser Vertrag bedarf erst der Genehmigung des Reichsrathes.

Das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 21. December 1867 (R. G. B. Nr. 141) erklärt nämlich §. 11, lit. a. als zum Wirkungskreis des Reichsrathes gehörig: „Die Prüfung und Genehmigung der Handelsverträge und jener Staatsverträge, die das Reich oder Theile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten oder eine Gebietsänderung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Folge haben“.

Damit im Einklange und noch bestimmter erklärt Art. 6 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 (R. G. B. Nr. 145): „Der Kaiser schliesst die Staatsverträge ab“.

Zur Giltigkeit der Handelsverträge und jener Staatsverträge, die das Reich oder Theile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten, ist die Zustimmung des Reichsrathes erforderlich.

Der Vertrag von Berlin wurde in der That am 4. November dem Abgeordnetenhouse vorgelegt, dasselbe war jedoch wegen der eingetretenen Vertagung nicht in der Lage, denselben der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zu unterziehen. Es hat daher bis jetzt die Prüfung und Genehmigung des gedachten Vertrages durch den Reichsrath nicht stattgefunden.

Nun gehört es selbstverständlich zu den ersten Pflichten jeder Körperschaft, sich die Grenzen ihrer Competenz gegenwärtig zu halten. Umsomehr ist es aber Pflicht der Delegation keinen Beschluss zu fassen, wodurch den Rechten des Reichsrathes präjudicirt werden könnte und mit der Ueberschreitung der eigenen Competenz in die Befugnisse des letzteren überzugreifen. Denn

des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abge-

die Delegation ist lediglich der Mandatar des Reichsrathes, durch welches derselbe das ihm zustehende Gesetzgebungsrecht, insoweit es sich um gemeinsame Angelegenheiten — aber auch nur insoweit es sich um solche handelt, ausübt. (§. 6 des Gesetzes vom 21. December 1867 R. G. B. Nr. 146 betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung.)

Zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehört jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge nicht, dieselbe bleibt vielmehr, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften vorbehalten (a. a. O. §. 1, lit. a.).“

Die ganze Argumentation beruht:

1. Insoweit sie den §. 11, lit. a. des Reichsrathsstatutes betrifft, auf der Verwechslung eines cisleithanischen Staatsvertrages derartigen Inhaltes mit einem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatsvertrage. Einen cisleithanischen Staatsvertrag mit dem in §. 11 angegebenen Inhalte — und ein solcher Vertrag könnte vom Staate Cisleithanien mit dem Staate Ungarn geschlossen werden — wäre vom Reichsrathe als Parlamente dieses Staates Cisleithanien „verfassungsmässig zu genehmigen“.

2. Die weitere Deduction verwechselt die Staatsparlamente Reichsrath und Reichstag mit „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (Reichsrath und Reichstag)“; denn diese letzteren werden von der Delegation vertreten; dieses österreichisch-ungarischen Reichsrathes und Reichstages „Mandatar“ ist die Delegation.

Reichsrath und Reichstag als Theile der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Volksvertretung hatten eventuell den Berliner Vertrag zu genehmigen — dann nämlich, wenn das Ausgleichsgesetz politische Staatsverträge, „welche das Reich oder Theile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten oder eine Gebietsänderung der im weiteren Reichstage vertretenen Königreiche und Länder zur Folge haben“, der Genehmigung „der Vertretungskörper der beiden Reichshälften vorbehalten“ sollte.

Eine staatsbegriffliche und positiv-staatsrechtliche Unmöglichkeit aber war es für den Budgetausschuss eines österreichisch-ungarischen Volksvertretungs-Theilorganes — des deutschen Delegationstheiles — zu beantragen:

Das österreichisch-ungarische, das gemeinsame Staatsorgan: „Delegation“ möge die Gelder für eine in Folge der Durchführung eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages vorgenommenen Action des Staates Oesterreich-Ungarn — Occupation Bosniens und der Herzegowina — nicht bewilligen, weil die Parlamente zweier anderer Staaten Cisleithanien und Ungarn, die der Vertrag und dessen Durchführung rechtlich gar nicht berührt — den österreichisch-ungarischen Staatsvertrag noch nicht „verfassungsmässig genehmigt“ hätten.

Wahrhaft — kein Antrag war mit Rücksicht auf seine Begründung staatsrechtlich weniger möglich, als der Antrag des Budgetausschusses der Delegation des Reichsrathes vom 24. November 1878

ändert wird (R. G. Bl. Nr. 141, J. 1867), die gemeinsamen Angelegenheiten ausdrücklich als nicht in die Competenz des cisleithanischen Reichsrathes gehörig bezeichne. Denn dieser §. 11 sagt: „Der Wirkungskreis des Reichsrathes umfasst alle Angelegenheiten, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind, insoferne dieselben nicht in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandeln sein werden.“

Aber ist es denn möglich, die Genehmigung des Vertrages in dieser Weise vom Vertrage zu trennen? Was ist denn diese Genehmigung eines Staatsvertrages seitens der Volksvertretung? Sie ist nichts Anderes als die Erklärung des Volksvertretungskörpers, dass der von dem Organe, welches zunächst zum Abschlusse von Staatsverträgen verfassungsmässig berufen ist, als Volkswille ausgesprochene Vertragsinhalt wirklich auch der Wille der Volksvertretung sei. Diese Genehmigung seitens der Volksvertretung ist nichts Anderes, als der vom Volke selbst, resp. von seinem Vertretungskörper ausgesprochene Vertrag. Die Genehmigung seitens des Volkes besteht in der Erklärung gegenüber der Krone, dass der von der Krone durch das — der Krone und dem Volke verantwortliche — Ministerium ausgesprochene Vertragsinhalt auch der Wille des Volkes ist.

Die Genehmigung ist der seitens der Volksvertretung wiederholte Vertrag. Sie ist die nachträgliche Guttheissung

„über die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums wegen Bewilligung eines Nachtragscredits zu dem für das Jahr 1878 bewilligten ausserordentlichen Credite von 60 Millionen Gulden“ zur Tagesordnung überzugehen, weil „das Abgeordnetenhaus wegen der erfolgten Vertagung des Reichsrathes noch nicht in der Lage war, den Berliner Vertrag der verfassungsmässigen Behandlung zu unterziehen“.

Niemals war es für eine Regierung leichter, die staatsrechtliche Unhaltbarkeit und Unrichtigkeit eines Antrages nachzuweisen und dessen schleunige Zurückziehung zu erzwingen!

Und wenn die k. und k. gemeinsame Regierung dennoch ihre Vorlage zurückzog (in der 7. Sitzung der XI Session am 28. November 1878) — war es wahrhaft nicht die staatsrechtliche Kraft dieses Antrages, welche sie dazu bewogen hatte.

des Vertrages von derselben Persönlichkeit, als deren Willensinhalt auch der Vertragsinhalt durch das Organ des Staates vorläufig ausgesprochen wurde gegenüber dem anderen Staate. Es ist unmöglich, dass der vom Staate A vorbehaltlich der Genehmigung des Staatsvolkes a abgeschlossene Vertrag jetzt behufs dieser Genehmigung durch das Volk a vom Volke b und c genehmigt werde. Es ist daher unmöglich, dass der von der österreichisch-ungarischen Krone in Vertretung des österreichisch-ungarischen Staatsvolkes vorbehaltlich der Genehmigung des Vertrages durch eben das österreichisch-ungarische Staatsvolk bedingt abgeschlossene Staatsvertrag — hier der Berliner Vertrag — durch das cisleithanische Staatsvolk und durch noch ein Staatsvolk, durch das ungarische Staatsvolk genehmigt werde. Setzt man für den Ausdruck „österreichisch-ungarisch“ die Bezeichnung „österreichisch“, ist es sofort klar, dass ein österreichischer Staatsvertrag nicht behufs Genehmigung desselben seitens der österreichischen Volksvertretung den Parlamenten zweier Staaten Cisleithanien und Ungarn vorgelegt werden könne.

Wenn der Vertrag eine gemeinsame Angelegenheit ist, ist zweifelsohne die Genehmigung des „gemeinsamen Vertrages auch eine „gemeinsame Angelegenheit“. Ein österreichisch-ungarischer Staatsvertrag kann also behufs Erwirkung der Genehmigung dieses Vertrages seitens des Volkes immer nur von dem österreichisch-ungarischen Volke, resp. von der österreichisch-ungarischen Volksvertretung genehmigt werden. Es liegt auf der Hand, dass eine Sache, ein Object, nicht nach einer Seite Eins, nach einer anderen Seite Zwei — zwei Sachen, zwei Objecte sein könne. Der Eine österreichisch-ungarische Berliner Vertrag kann nicht wenn der Minister des Aeussern oder eine auswärtige Macht ihn betrachtet, Ein Vertrag sein, für die Staatsbürger aber und für den Staat nach Innen zwei. Der Eine Vertrag kann, von den Reichsangehörigen betrachtet und für sie nicht in zwei Verträge auseinander gehen, deren einen dann Cisleithanien, den anderen Ungarn verfassungsmässig genehmigen würde; er kann nicht in einen Staatsvertrag des Staates Cisleithanien und in einen ungarischen Staatsvertrag sich spalten.

Die nothwendige Folge der Behauptung des Berichterstatters der Minorität wäre, dass ein gemeinsamer Staatsvertrag, so lange ihn die Volksvertretung nicht genehmigt hätte, eben Ein Vertrag wäre; sobald ihn aber die Volksvertretung „verfassungsmässig“ genehmigt, zwei Verträge wäre. Es bestünde die Gleichung:

Ein verfassungsmässig nicht genehmigter gemeinsamer, österreichisch-ungarischer Staatsvertrag = zwei verfassungsmässig genehmigten Staatsverträgen (einem cisleithanischen und einem ungarischen). Wenn das Gesetz wirklich Derartiges vorschreiben würde, müsste dieses Gesetz, da es etwas Unmögliches enthielte, unerfüllbar, daher wirkungslos sein.

Das Ausgleichsgesetz verordnet nun aber im §. 1 natürlich nicht im Entferntesten etwa, dass gemeinsame internationale Verträge wirklich durch die beiden Parlamente der souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn zu genehmigen seien.

§. 1 erklärt die „Genehmigung“ der österreichisch-ungarischen Staatsverträge nicht etwa als eine Einzelstaatsangelegenheit. Der §. 1 zählt vielmehr die „gemeinsamen Angelegenheiten“ auf und nennt in lit. a als solche zunächst „die auswärtigen Angelegenheiten“. Bezüglich einer dieser in Folge der Gemeinsamkeit der auswärtigen Angelegenheiten eben auch gemeinsamen Angelegenheit — der Genehmigung der internationalen österreichisch-ungarischen Verträge, insoweit eine solche durch die Volksvertretung verfassungsmässig nothwendig ist — bestimmt dann §. 1 lit a, dass diese „Genehmigung der internationalen Verträge, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt“. „Wobei jedoch“ ... sagt das Gesetz, d. h. bei welchen (unter welchen) hier aufgezählten gemeinsamen Angelegenheiten jedoch die (gemeinsame) Angelegenheit: „Genehmigung der internationalen Verträge“ den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften — oder dem Reichsvertretungskörper — vorbehalten bleibt. (Denn gewiss wird es gestattet sein, „beide Reichshälften“ = Reich zu setzen; desgleichen wird man für

„Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ „Vertretungskörper des Reiches“ substituieren dürfen.)

„Wobei jedoch“ . . . heisst nicht so viel als „jedoch mit Ausschluss“ der Genehmigung der internationalen Verträge, welche den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften vorbehalten bleibt. „Wobei jedoch etc.“ drückt also im §. 1 lit. a nicht aus, dass die Genehmigung internationaler Verträge keine gemeinsame, sondern eine Einzelstaatsangelegenheit sei.

Aber selbst wenn das Gesetz das Unmögliche verordnen würde, dass nämlich die Genehmigung eines österreichisch-ungarischen (gemeinsamen) Staatsvertrages kein Recht und keine Pflicht der österreichisch-ungarischen Volksvertretung sei, sondern den selbstständigen Parlamenten zweier anderer Staaten — Cisleithanien und Ungarn — „verfassungsmässig“ zukomme; selbst wenn das Gesetz den Ausdruck gebrauchen würde „mit Ausschluss“ der Genehmigung der internationalen Verträge etc. — wie gleich in der lit. b des §. 1 rücksichtlich der Recrutenbewilligung und der Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht — würde dadurch noch immer nicht diese — dann — Einzelstaatsangelegenheit: „Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist“ vom Gesetze (§. 1) den Staatsparlamenten Cisleithaniens und Ungarns, dem Reichsrathe und königlich ungarischen Reichstage zugewiesen sein. Die beiden selbstständigen Parlamente der Sonderstaaten wären auch dann nach dem Wortlaute des §. 1 lit. a nicht competent zur Genehmigung internationaler gemeinsamer Staatsverträge. Denn das Gesetz würde dann die Einzelstaatsangelegenheit: „Genehmigung der gemeinsamen Staatsverträge“ noch immer „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage)“ zugewiesen haben. Das Gesetz (§. 1) beruft ja den Reichsrath und Reichstag in ihrer Eigenschaft als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ zur Genehmigung internationaler Verträge. Der Reichsrath aber als Parlament des Staates Cisleithanien ist nicht ein „Vertretungskörper einer Reichshälfte“; er ist dies ebenso wenig, als etwa der souveräne Staat Cisleithanien die Hälfte

der österreichisch-ungarischen Monarchie ist oder sein kann. Und da der souveräne Staat Ungarn nicht die andere Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und sein kann, kann das ungarische Parlament, dem nach dieser Anschauung der Ausschussminorität auch die Genehmigung der gemeinsamen Staatsverträge zustünde — nicht und niemals der „Vertretungskörper der anderen Reichshälfte“, d. i. der halbe Reichsvertretungskörper, sein.

Denn wäre dies der Fall, wäre der Staat Ungarn die Hälfte des Staates Oesterreich-Ungarn, dann wäre die österreichisch-ungarische Monarchie gleich dem doppelten Staate Ungarn; zugleich wäre sie der doppelte Staat Cisleithanien — Consequenzen, die hier nicht mehr verfolgt zu werden brauchen.

Die Volksvertretung eines Staates und der Vertretungskörper eines andern halben Staates (hier des halben Reiches), sind eben absolut verschiedene Factoren (Grössen), und kein Gesetz der Welt kann dieselben als identisch erklären.

Durch die Annahme, dass §. 1 die Genehmigung der Staatsverträge als eine Angelegenheit der Einzelstaaten erkläre, würde die Bestimmung dieses §. 1, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und Reichstage) vorbehalten bleibt“, ausserdem eine widersinnige und unerfüllbare.

Denn es wäre in diesem Falle „die Genehmigung eines Staatsvertrages — eine Einzelstaatsangelegenheit — den beiden halben Reichsvertretungskörpern zusammen, also dem Vertretungskörper des Reiches, d. i. der gemeinsamen Volksvertretung, zugewiesen; eine Sonderstaatsangelegenheit und Agende wäre somit von einem gemeinsamen Organe zu behandeln und zu erledigen.

Die Auffassung sonach, dass im §. 1

1. die Genehmigung gemeinsamer Staatsverträge als eine Einzelstaatsangelegenheit erklärt, und daher

2. den beiden selbstständigen Parlamenten der Einzelstaaten vorbehalten sei, würde zunächst die Unmöglichkeit zur Voraussetzung nehmen,

1. dass Ein gemeinsamer Staatsvertrag nach Innen und gegenüber der Volksvertretung in zwei Staatsverträge zweier anderer Staaten zerfalle und sich verwandle;

2. sie würde ferner aus dem Ausdrücke: „wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften vorbehalten bleibt“ interpretiren, dass diese Genehmigung der Staatsverträge im §. 1 als keine gemeinsame Angelegenheit bezeichnet, von den gemeinsamen Angelegenheiten vielmehr durch diesen Passus als ausgeschlossen erklärt werde; der Ausdruck „wobei jedoch“ etc. müsste identisch genommen werden mit dem Ausdrücke: „jedoch mit Ausschluss der Genehmigung der internationalen Verträge“ etc.

Und wollte man dies Alles concediren, würde sich diese Interpretation des §. 1 erst noch

3. der Verwechslung der absolut verschiedenen Begriffe: Reichsrath und Reichstag als selbstständiger und ganzer Sonderstaatsparlamente, und Reichsrath und Reichstag als unselbstständiger und halber Volksvertretungskörper des Reiches — als Theilkörper eines halben Staates — schuldig machen.

Oder es würde — bei richtiger Auffassung des Begriffes „Vertretungskörper der Reichshälften“ — 4. dem §. 1 ein unmöglicher Inhalt aufoktroirt, nämlich die Bestimmung der Besorgung einer Einzelstaatsangelegenheit durch ein halbes Reichsorgan. Aber der §. 1 des deutschen Ausgleichstextes bestimmt nichts derartig Unlogisches und Unmögliches.

§. 1 setzt einfach fest und verordnet:

1. dass die Genehmigung internationaler österreichisch-ungarischer Verträge „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ selbst vorbehalten bleibe, d. h. den beiden Vertretungskörpern der beiden Hälften des österreichisch-ungarischen Reiches, oder dem Einen Vertretungskörper dieses Reiches. Und das Ausgleichsgesetz erklärt ferner — wie an vielen anderen Stellen — dass

2. diese „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ — diese halben österreichisch-ungarischen Vertretungskörper — der Reichsrath und der ungarische Reichstag seien.

Das Gesetz schafft dadurch aus denselben physischen Körperschaften, welche in einer anderen staatsrechtlichen

Qualität und Staatsangehörigkeit die Staatsparlamente Cisleithaniens und Ungarns bilden, — ein neues einheitliches Organ für einen anderen Staat — Oesterreich-Ungarn; das Gesetz bildet aus ihnen den gemeinsamen, d. i. den österreichisch-ungarischen Vertretungskörper, welcher aus zwei halben Vertretungskörpern besteht. Dieser §. 1 spricht die rechtliche Creirung des gemeinsamen, des weiteren Reichstages aus.

Damit übereinstimmend ist §. 6 des deutschen Ausgleichsgesetzes, welcher ebenfalls erklärt, dass „die Vertretungskörper beider Reichshälften“ — oder der Vertretungskörper des ganzen Reiches — der „Reichsrath und der ungarische Reichstag“ seien. Dem Reichsrathe und dem Reichstage werden durch §. 6 die der Volksvertretung zustehenden politischen Rechte bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten ausdrücklich eingeräumt und zuerkannt.

Reichsrath und Reichstag werden dadurch nothwendig zu österreichisch-ungarischen Volksvertretungstheilorganen staatsrechtlich erklärt. Nur wird im §. 6 bestimmt, dass der weitere Reichstag diese der Volksvertretung zustehenden politischen Rechte im Allgemeinen nicht unmittelbar selbst ausübt, sondern nur mittelbar durch einen Stellvertreter, durch die von ihm zu entsendende Delegation. Der weitere Reichstag ist der originäre Inhaber der im constitutionell-monarchischen Staate der Volksvertretung zustehenden öffentlichen Rechte; die Delegation, sein Stellvertreter übt für einen bestimmten Theil der gemeinsamen Angelegenheiten diese Rechte aus. „Das den Vertretungskörpern beider Reichshälften (nämlich dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) zustehende Gesetzgebungsrecht wird von denselben, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt, mittelst zu entsendender Delegationen ausgeübt“, sagt dieser so berühmte §. 6, welchen die staatsrechtlichen Gegner der Reichseinheit als ihre unerschütterliche, unangreifbare und unübersteigbare Schutzwehr hinstellen.

Aus dem Zusammenhange der §§. 1 und 6 erklärt sich auch der Ausdruck „vorbehalten“ des §. 1. Die gemeinsamen Angelegenheiten werden nämlich principiell vom weiteren Reichstage nur mittelbar, durch die Delegationen berathen, und

beschlossen; die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Staatsverträge aber (die Genehmigung) wird vom weiteren Reichstage nicht mittelbar durch seinen Stellvertreter — die Delegationen — vorgenommen, sondern diese parlamentarische Behandlung der internationalen Verträge ist den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften, den beiden Theilen des weiteren Reichstages selbst „vorbehalten“. Die Genehmigung oder Zurückweisung der internationalen österreichisch-ungarischen Verträge hat der weitere Reichstag nicht auch zur Erledigung seinem Stellvertreter überlassen, sondern diese Genehmigung hat er sich selbst vorbehalten.

Nach der Anschauung des Herrn Berichterstatters der Minorität würde sich die Angelegenheit A_1 eines Staates A in die Angelegenheit B_1 eines anderen Staates B verwandeln, wenn es dem Staate B belieben würde, diese Angelegenheit des Staates A zu behandeln. Weil die Genehmigung der österreichisch-ungarischen internationalen Verträge — eine Angelegenheit des Staates Oesterreich-Ungarn — nach seiner Anschauung von den Parlamenten der Staaten Cisleithanien und Ungarn zu ertheilen und ihnen vorbehalten ist, (er nimmt irriger Weise „die Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ für die beiden selbstständigen Parlamente der souveränen Sonderstaaten) soll diese österreichisch-ungarische Angelegenheit nun eine öffentliche Angelegenheit des Staates Cisleithanien und des Staates Ungarn sein! Als ob das Gesetz einfach gegen die Natur der Dinge (hier des Staates) verordnen könnte: Weiss ist schwarz! und in Folge dessen dann thatsächlich weiss schwarz wäre! Ebenso wenig kann das Gesetz gegen die Natur des Staates vorschreiben: Eine österreichisch-ungarische Angelegenheit ist eine ungarische Staatsangelegenheit, ist eine cisleithanische Staatsangelegenheit!

Aber der entgegengesetzte Schluss ist vielmehr der richtige. Wenn ein Organ a eines Staates A durch das öffentliche Recht eines anderen Staates C zur Besorgung staatlicher Angelegenheiten C_1 des Staates C competent erklärt und hiezu berufen wird (was nur im Bundesstaate möglich ist), so erscheint das Organ a für diesen neuen zweiten Competenzkreis als Organ des Staates C . Denn die

Natur der öffentlichen Angelegenheiten lässt sich nicht ändern — die französischen Staatsangelegenheiten bleiben immer die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs; aber es ist im Bundesstaate möglich und auch häufig der Fall, dass dieselbe physische Person oder Körperschaft dieselben Functionen, z. B. Mitwirkung an der Gesetzgebung im monarchischen Staate — in zwei Staaten, nämlich im Einzelstaate und Gesamtstaate versieht.

Das „vorbehalten“ im §. 1 kann der Natur der Sache nach nicht bedeuten: Die Genehmigung der internationalen österreichisch-ungarischen Verträge wird, indem sie den Parlamenten der Sonderstaaten zugewiesen wird, einfach als keine gemeinsame Angelegenheit erklärt. Auch würde das Gesetz wohl — die Möglichkeit der Trennung von Vertrag und Genehmigung desselben in diesem Sinne — Ein Vertrag und zwei Genehmigungen — vorausgesetzt, wenn es die Genehmigung von den gemeinsamen Angelegenheiten hätte ausgeschieden erklären wollen, einfach gesagt haben — wie gleich in der litera b: „Nachfolgende Angelegenheiten“ etc. werden als gemeinsame erklärt:

a) die auswärtigen Angelegenheiten, mit Einschluss der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, sowie die in Betreff der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen, jedoch mit Ausschluss der Genehmigung der internationalen Verträge, welche, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Einzelstaaten (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt.

Aus der richtigen Auffassung des §. 1 des Delegationsgesetzes ergibt sich sonach unzweifelhaft, dass die Genehmigung der internationalen österreichisch-ungarischen Staatsverträge — wie dies schon durch die Natur des Staates nothwendig gefordert ist — ebenfalls eine österreichisch-ungarische, eine gemeinsame Angelegenheit ist.

Allein ausser dieser selbstverständlichen Thatsache enthält der §. 1 des Delegationsgesetzes noch eine ausserordent-

lich wichtige staatsrechtliche Thatsache: Er enthält die Creirung des Reichsrathes und des ungarischen Reichstages zu „Vertretungskörpern der beiden — österreichisch-ungarischen — Reichshälften“. Der §. 1 hat dadurch nothwendig den weiteren Reichstag geschaffen. Der §. 1 bestimmt ausdrücklich, dass der Reichsrath und Reichstag zusammen zur parlamentarischen Behandlung gemeinsamer österreichisch-ungarischer Angelegenheiten, nämlich der österreichisch-ungarischen Staatsverträge, staatsrechtlich berufen sind.

§. 1 schon erklärt den Reichsrath und Reichstag als „Vertretungskörper der beiden österreichisch-ungarischen Reichshälften“.

Es besteht aber staatsrechtlich ein himmelhoher Unterschied zwischen dem ungarischen Reichstage als Parlament und dem ungarischen Reichstage als „Vertretungskörper der österreichisch-ungarischen Reichshälfte Ungarn“, wenn dieser Unterschied bisher auch noch niemals wahrgenommen wurde. Desgleichen scheidet dieser staatsrechtliche Unterschied den Reichsrath als Parlament von dem Reichsrathe als „Vertretungskörper einer österreichisch-ungarischen Reichshälfte Cisleithanien“. Denn das Parlament „Reichsrath“ und der halbe Vertretungskörper der beiden Reichshälften „Reichsrath“ sind einfach Volksvertretungsorgane ganz verschiedener Staaten und verschiedener Staatsvölker.

Sie sind ebenso verschiedene Organe — wenn sie auch aus denselben physischen Personen bestehen — als die Krone von Cisleithanien oder die Krone von Ungarn verschieden ist von der gemeinsamen, von der österreichisch-ungarischen Kaiserkrone, wenn auch dieselbe physische Person diese Kronen auf dem Haupte trägt, und die politischen Rechte der Kronen ausübt.

Hat nun schon der §. 1 den weiteren Reichstag indirect dadurch geschaffen, dass er österreichisch-ungarische Angelegenheiten — die Staatsverträge behufs Genehmigung seitens der Volksvertretung — dem Reichsrathe und ungarischen Reichstage in der Eigenschaft als „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ zuweist, so bestimmt §. 6 des Dele-

gationsgesetzes dann principiell und ganz allgemein, dass das der Volksvertretung im constitutionell-monarchischen Staate zustehende Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung, an der Controle der Verwaltung u.s.f. rücksichtlich der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten dem Reichsrathe und ungarischen Reichstage, als den „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ zustehe. Das Gesetz verordnet nur noch, dass der weitere Reichstag diese Rechte durch einen Stellvertreter — die Delegationen — ausüben werde. Es ist ein neuer — zur Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten verfassungsmässig durch das österreichisch-ungarische Staatsrecht berufener und berechtigter — Reichsrath und Reichstag; es ist der rücksichtlich ein und derselben, der gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Angelegenheiten das „Gesetzgebungsrecht“ ausübende Reichsrath und Reichstag.

Daher sagt der §. 3 des Delegationsgesetzes, dass die Quote durch „ein vom Kaiser zu sanctionirendes Uebereinkommen der beiderseitigen Vertretungskörper (Reichsrath und Reichstag) von Zeit zu Zeit festgesetzt wird“. Das Gesetz bestimmt hier, dass der einheitliche Willensbeschluss der beiden Theile des weiteren Reichstages betreffs einer gemeinsamen, einer österreichisch-ungarischen, Angelegenheit, nämlich betreffs der Beitragsleistung der beiden österreichisch-ungarischen Provinzen zum österreichisch-ungarischen Staatshaushalte — durch den Kaiser sanctionirt werde. Sanctionirt aber werden nur Beschlüsse von Volksvertretungen, ratificirt werden die durch den Bevollmächtigten des Staates abgeschlossenen Verträge seitens des Souveräns. Hier erscheint dem ungarischen Reichstage gegenüber der Kaiser ^{32 a)} nach dem Gesetze als der sanctionirende Factor;

^{32 a)} Die §§. 20 und 21 des Gesetzartikels XII vermeiden die staatsrechtliche Bezeichnung des den Quotengesetzentwurf sanctionirenden Staatsoberhauptes. „Ein jeder Reichstag — sagt §. 20 — theilt seine Beschlüsse in Wege der betreffenden Ministerien dem andern Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Sr. Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden“. Aber gewiss ist diese „Majestät“ hier nicht der König

einen Beschluss aber des selbstständigen königlich-ungarischen Parlamentes kann kein Kaiser, sondern kann nur der König von Ungarn sanctioniren. Wie soll überhaupt ein Vertrag sanctionirt werden? Der Reichsrath und der Reichstag üben daher die ihnen gesetzlich bezüglich der Bestimmung der Quote zustehende Ingerenz nicht aus in ihrer Eigenschaft als selbstständige Parlamente der Staaten Cisleithanien und Ungarn.

Reichstag und Reichsrath sind vielmehr gesetzlich thätig bei Bestimmung der Quote in ihrer anderen, zweiten staatsrechtlichen Eigenschaft, als unselbstständige, von einander abhängige Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, sie sind thätig als Theile des weiteren Reichstages. Als solche erzeugen sie einen gemeinsamen Volkswillen rücksichtlich dieses Beitragsverhältnisses, welchen der gemeinsame Kaiser sanctionirt. Die Bestimmung über die Quote ist daher ein österreichisch-ungarisches Reichsgesetz, sie ist der souveräne österreichisch-ungarische Reichswille gegenüber den Oesterreicher-Ungarn in Betreff deren Verpflichtung zur Leistung der materiellen Mittel für das österreichisch-ungarische Reich. Die Bestimmung über die Quote ist kein Vertrag, sie ist ein Gesetz. Diese vom Ausgleichsgesetze geregelte Bestimmung der Quote ist weder

von Ungarn, so dass „die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile Seiner Majestät dem Könige von Ungarn zur Sanctionirung unterbreitet werden“. Gewiss ist diese „Majestät“ auch nicht das Staatsoberhaupt Cisleithaniens; gewiss ist unter „Seiner Majestät“ auch nicht zu verstehen: Die zwei Majestäten, der König von Ungarn und der Kaiser „der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“, so dass „die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile Seiner Majestät dem Könige von Ungarn und Seiner Majestät dem Kaiser der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Sanctionirung unterbreitet werden“.

Ebenso könnte im §. 21 unmöglich dem Begriffe „Seine Majestät“ der „König von Ungarn“ substituirt werden. Unmöglich kann der zweite Satz des §. 21 lauten: „Sollten jedoch beide Reichstage sich nicht einigen können, dann wird der König von Ungarn auf Grund der unterbreiteten Daten die Frage lösen“; desgleichen auch nicht der Kaiser von Cisleithanien, oder beide Majestäten zusammen. Unter „Seiner Majestät“ muss hier das österreichisch-ungarische Staatsoberhaupt, der Träger der einheitlichen österreichisch-ungarischen Kaiserkrone verstanden werden.

I. ein cisleithanisch-ungarischer Staatsvertrag, noch ist sie

II. ein Vertrag zwischen den Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie.

I. Die Bestimmung über die Quote ist kein cisleithanisch-ungarischer Staatsvertrag.

Dass Cisleithanien und Ungarn die Geldmittel für das Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie bestreiten müssen, ist durch das Ausgleichsgesetz unzweifelhaft bestimmt. (Ausgleichsgesetz §. 1, lit. c, §. 3; G. A. XII, §. 16.) Darüber also, ob Cisleithanien und Ungarn diese Kosten für den österreichisch-ungarischen Staatshaushalt zahlen wollen oder nicht, schliessen sie keinesfalls einen Vertrag.

Allein man könnte argumentiren: Cisleithanien und Ungarn schliessen einen Vertrag darüber, wie viel jedes für diesen gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Staatshaushalt zu zahlen habe. Man könnte glauben — und man glaubt es wohl allgemein — es werde ein Vertrag zwischen den beiden Staaten auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, worin sich diese beiden Staaten verpflichten, dass jeder einen bestimmten Percentsatz der Kosten der österreichisch-ungarischen Staatsangelegenheiten trage. Und erst dann, wenn dieser Vertrag nicht zu Stande käme, erst dann bestimme der Kaiser dieses Beitragsverhältniss der beiden Staaten und zwar in absoluter Weise, als absolutes Staatsoberhaupt. Der Vertragsinhalt beträfe also die Höhe der Leistungen der beiden Staaten.

Indessen ist schon die eventuelle Ersetzung des Staatsvertrages durch ein Staatsgesetz, die staatsrechtliche Regelung einer und derselben Angelegenheit und für dieselben Staatsangehörigen durch das (absolute) Gesetz Eines Staatsoberhauptes — falls diese Regelung nicht durch den übereinstimmenden Willen zweier Staaten erfolgen sollte — geeignet, bei einigermaßen genauer Betrachtung Zweifel an diesem Staatsvertrage bezüglich der Quote wachzurufen. Denn gewiss ist die eventuelle Regelung dieses Beitragsverhältnisses durch den Kaiser, „durch Seine Majestät auf Grund der unterbreiteten Daten“ ein Gesetz. Gewiss schliesst nicht der cisleithanische Kaiser mit dem Könige von Ungarn einen Vertrag

des Inhaltes, dass Cisleithanien 70%, Ungarn 30% zu zahlen habe. Und aus diesen berechtigten Zweifeln ergibt sich die Berechtigung der Frage: Ist die im Ausgleichsgesetze vorgezeichnete Art der Bestimmung der Quote, des Verhältnisses der Leistungen der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie für ihren Staat wirklich ein Staatsvertrag? Ist die Regelung der Quote wahrhaft ein cisleithanisch-ungarischer Staatsvertrag?

Die Antwort lautet: Nein. Die gesetzliche Regelung der Quote ist weder ein Staatsvertrag

1. mit Rücksicht auf diejenigen, welche dieses Beitragsverhältniss bestimmen; noch besteht

2. der Inhalt dieser Regelung der Quote in einer Geldleistung des Staates Cisleithanien und des Staates Ungarn.

1. Die Staaten Cisleithanien und Ungarn sind nicht die das Beitragsverhältniss zu den gemeinsamen Angelegenheiten im Wege der Willensübereinstimmung bestimmenden Factoren, sie sind nicht Contrahenten.

Diejenigen, welche nach dem Gesetze diesen angeblichen Vertrag schliessen, sind nicht die Staaten Cisleithanien und Ungarn, sondern die Vertragscontrahenten wären die Parlamente der beiden Staaten. Das Gesetz erklärt ausdrücklich, dass „die beiderseitigen Vertretungskörper“ ein Uebereinkommen zu treffen haben, bezüglich dieses Verhältnisses der Tragung der Kosten der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten.³³⁾ Dieses Uebereinkommen habe dann der Kaiser zu sanctioniren, oder, wie der ungarische Gesetzestext lautet, „die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider

³³⁾ Ausgleichsgesetz §. 3, G. A. XII, §. 18. Diese sind die Gegenstände, deren oberwähnte Gemeinsamkeit, als aus der pragmatischen Sanction fliegend — angesehen wird. Wird in Bezug auf diese mit Zustimmung beider Theile ein Uebereinkommen erzielt, so muss durch einen wechselseitigen Pact in vorhinein die Proportion bestimmt werden, nach welcher die Länder der ungarischen Krone die Lasten und Kosten der, gemäss der pragmatischen Sanction als gemeinsam anerkannten Angelegenheiten tragen werden. § 19. Dieser Pact und diese Feststellung wird dergestalt erfolgen, dass einerseits die Vertretung der Länder der ungarischen Krone, anderseits die Vertretung der übrigen Länder Sr. Majestät jede von ihrer Seite eine gleich grosse Deputation wählen, §. 20, 22.

Theile“ — nämlich des Reichsrathes und des Reichstages, welche sich geeinigt haben — „werden Seiner Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden“. Also nicht die Staaten Ungarn und Cisleithanien schliessen diesen angeblichen Vertrag, welcher dann vom Kaiser zu sanctioniren ist, sondern die Parlamente der Staaten; somit wären die beiden Volksvertretungen die Contrahenten.

Was aber kann die Volksvertretung erzeugen? Nur eben den Volkswillen. Es wird somit ein übereinstimmender Volkswille erzeugt des Volkes von Cisleithanien mit dem Volke von Ungarn bezüglich einer und derselben Angelegenheit, welche die eigene öffentliche Angelegenheit beider ist. Jedes Volk erklärt durch seine Vertretung, wie viel beide, Cisleithanien und Ungarn, zu zahlen haben.

Es ist jedoch unmöglich, dass die Parlamente zweier Staaten überhaupt Verträge schliessen. Parlamente zweier Staaten können überhaupt in gar keiner Berührung sein; sie sind ein inneres Organ des Staates, das Organ für die Bildung des Volkswillens. Die Parlamente sind keine Organe für die Erklärung und Aeusserung eines Willens nach Aussen. Nach Aussen kann nur der Staatswille geäussert werden. Es gibt wohl übereinstimmende Willenserklärungen der Staaten — Staatsverträge — aber es gibt keine Parlamentsverträge. Die Parlamente also erzeugen zusammen den übereinstimmenden Volkswillen bezüglich der Höhe der Leistung der Völkerschaften der österreichisch-ungarischen Monarchie für die ihnen gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten, d. h. für die österreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten.

Dieser gemeinsame Volkswille wird aber erst ein souveräner, ein die Staatsangehörigen unbedingt verpflichtender, höchster Wille — er wird gemeinsames Gesetz — durch die Sanction eines gemeinsamen Staatsoberhauptes, d. h. des österreichisch-ungarischen Kaisers. Zu diesem österreichisch-ungarischen Kaiser aber als dem einen Factor für die Bildung des Staatswillens gehört nothwendig als der andere Factor eine österreichisch-ungarische Volksvertretung — der weitere Reichstag, der Reichsrath und Reichstag als dessen Theile. Das Gesetz sagt, der Kaiser sanctionirt dieses

Parlamentsübereinkommen (nicht: er ratificirt es) der Kaiser sanctionirt also den Willen des Reichsrathes ebenso, wie den Willen des Reichstages. Wie könnte aber eine und dieselbe Krone als Factor erscheinen für die Bildung zweier, (übereinstimmender) Staatswillen, des Staatswillens Cisleithaniens und des Staatswillens Ungarns?

Contrahenten des Vertrages über die Quote wären also die Theile³⁴⁾ (§. 20) einer Volksvertretung — der Reichstag und Reichsrath als zusammenhängende Theile — eine absolute Unmöglichkeit.

Die Regelung der Quote ist aber auch

2. mit Rücksicht auf ihren Inhalt kein cisleithanisch-ungarischer Staatsvertrag.

Die gemeinsamen Reichsangelegenheiten sind nicht öffentliche Angelegenheiten des Staates Cisleithanien und des Staates Ungarn; daher können auch diese beiden Staaten in Betreff der Kosten dieser gemeinsamen Angelegenheiten, als über Kosten für eigene Staatsangelegenheiten keine Verträge schliessen. Oder schliessen etwa Ungarn und Cisleithanien einen Vertrag des Inhaltes, dass jeder Staat einen bestimmten Percentsatz für die Kosten seiner auswärtigen Politik und seiner Armee zahlen werde? Oder dass jeder Staat dem andern Staate zur Erhaltung seiner Armee und auswärtigen Politik einen bestimmten Beitrag zu leisten habe? Weder das eine noch das andere ist der Fall, schon aus dem einfachen Grunde, weil es weder eine cisleithanische auswärtige Politik und cisleithanische Armee, noch eine ungarische auswärtige Politik und ungarische Armee gibt.

Aber vielleicht versprechen und verpflichten sich die Staaten Cisleithanien und Ungarn, dass sie zusammen, und zwar in dem von ihnen vertragsweise bestimmten Verhältnisse die Kosten für die auswärtige Politik und die Armee eines — fremden — Staates, Oesterreich-Ungarns bezahlen werden? Dass z. B. Cisleithanien hiefür 70 Percent und der Staat Ungarn 30 Percent beitragen wolle?

³⁴⁾ G. A. XII, §. 20. „Ein jeder Reichstag theilt seine Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien dem andern Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Seiner Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden“ §. 21.

Auch dies ist nicht der Fall. Einmal sind Cisleithanien und Ungarn nicht tributpflichtige Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, was bei dieser Annahme nach dem Ausgleichsrechte die nothwendige Folge wäre; es bestehen aber auch keine völkerrechtlichen Verträge etwa seitens der beiden souveränen Einzelstaaten mit Oesterreich-Ungarn, in welchen sich die beiden Staaten zu solchen Leistungen verpflichtet hätten gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie. Und ausserdem ist ja gesagt im Gesetze, dass Cisleithanien und Ungarn jedes die Kosten für seine auswärtige Politik und für seine Armee — weil eben für eine und dieselbe gemeinsame Politik und Armee — und nicht für eine fremde auswärtige Politik und eine nicht cisleithanische oder nicht ungarische Armee zu bezahlen haben. Die Staaten Cisleithanien und Ungarn aber können niemals Eine Armee als eine gemeinsame Armee — als die Armee jedes Staates — haben. Desgleichen kann eine und dieselbe auswärtige Politik unmöglich die auswärtige Politik zweier Staaten sein, der Staaten Ungarn und Cisleithanien. Eine Armee kann nur dann die Armee Cisleithaniens und die Armee Ungarns sein, wenn Ungarn und Cisleithanien identisch sind, wenn sie beide untrennbare Theile eines Ganzen sind, dessen Armee diese Eine österreichisch-ungarische Armee ist.

Nicht zwei Staaten können eine aus ihren Angehörigen bestehende gemeinsame Armee haben — also bezüglich dieser Armee noch zwei Staaten sein und bleiben — sondern es kann nur das physische Substrat dieser beiden Staaten — das Volk beider, in einer anderen Staatsangehörigkeit, als eine untrennbare Einheit, als ein Individuum — diese Eine Armee haben; dann verwandelt sich das Land dieser beiden Staaten für das Gebiet ihrer Gemeinsamkeit in Ein Staatsgebiet. Zwei Staaten können alles ausserhalb ihrer selbst Liegende gemeinsam haben, aber ihren eigenen Körper — Land und Volk — können sie nicht gemeinsam haben. Es gibt keine Armeegemeinschaft zweier Staaten, wie etwa eine Gemeinschaft des Eigenthums.

Da Cisleithanien — der Staat — und der Staat Ungarn bezüglich der auswärtigen Politik und der gemeinsamen Armee nicht existiren, können sie als Staaten auch nicht bezüglich

der Kosten der Erhaltung der gemeinsamen Politik und gemeinsamen Armee als der Kosten für eigene Staatsangelegenheiten einen Vertrag schliessen; die Staaten Cisleithanien und Ungarn sind auch nicht die „Reichstheile“ (§. 3 deutsches Gesetz). Cisleithanien und Ungarn könnten also höchstens in ihrer Eigenschaft als Theile des österreichisch-ungarischen Reiches, als Provinzen, in welcher Eigenschaft sie wirklich eine gemeinsame äussere Politik und Armee haben, bezüglich der Kosten der Erhaltung dieser gemeinsamen Politik und Armee einen Vertrag schliessen. Denn die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten sind nicht die Summe der identischen cisleithanischen und ungarischen Staatsangelegenheiten, sondern sie sind die öffentlichen Angelegenheiten einer von beiden Staaten verschiedenen souveränen Gesamtpersönlichkeit, sie sind die Staatsangelegenheiten des Staates Oesterreich-Ungarn, als dessen Theile Cisleithanien und Ungarn erscheinen.

Allein die Bestimmung der Quote ist auch .

II. kein Vertrag zwischen den Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Quote ist auch kein Vertrag der beiden österreichisch-ungarischen Provinzen Cisleithanien und Ungarn.

Es könnte der Gedanke entstehen: Wenn Cisleithanien und Ungarn auch nicht als souveräne Staaten den Vertrag abschliessen bezüglich der Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten, sie doch in ihrer Eigenschaft als Provinzen — Theile Oesterreich-Ungarns — ein solches Uebereinkommen treffen. Es seien also die Provinzen Cisleithanien und Ungarn die Contrahenten dieses Vertrages bezüglich der Quote, sie einigen sich in diesem Vertrage über die Quote dahin, wie viel jede der Provinzen für das Reich in den Reichsangelegenheiten zu leisten habe. Allein auch dies ist keineswegs der Fall und kann der Natur des Staates nach niemals der Fall sein.

Der Staat ist die Einheit aller seiner Bürger, erzeugt durch die allen gemeinsamen identischen Interessen; das Staatsgebiet ist das einheitliche Territorium. Ebenso wenig als das Staatsvolk bezüglich der Staatsangelegenheiten — den allen Staatsgliedern identischen öffentlichen Angelegenheiten und

Interessen — in mehrere wollende und handelnde Volkstheile, Volkspersönlichkeiten zerfällt, ebenso wenig ist dies bezüglich des Staatsgebietes der Fall. Die Provinz ist ebensowenig ein selbstständiges Territorium gegenüber dem Staatsgebiete, als die Staatsbewohner der Provinz eine selbstständige Persönlichkeit, eine willensfähige Gemeinschaft bezüglich der Reichsangelegenheiten gegenüber dem Staate sind. Die Provinz ist nur ein Verwaltungsbezirk, sie ist nur ein behufs der Verwaltung bezeichnetes Stück des einheitlichen Staatsgebietes, ein Staatsbezirk. Die Provinz als Stück des Staatsgebietes mit den auf ihm wohnenden Staatsgliedern ist kein individuell, selbstständig Existirendes. Daher hat der Theil des Staatsvolkes, welcher auf diesem nur bezüglich der Verwaltung markirten Theile des Staatsgebietes ansässig ist, keinen individuellen Willen in Reichsangelegenheiten gegenüber dem Staate, gegenüber dem zur Persönlichkeit organisirten d. h. willens- und handlungsfähigen Staatsvolke. Die Provinz ist kein persönlicher Factor etwa für die Bildung des einheitlichen Staatswillens. Die Bestimmung bezüglich der Quote ist ebensowenig ein Vertrag der Provinzen, als ein vom Parlamente angenommenes Gesetz ein Vertrag der einzelnen für dasselbe stimmenden Staatsglieder ist.

Aber vielleicht ist die Regelung der Quote ein Vertrag der Selbstverwaltungskörper Cisleithanien und Ungarn, nämlich der Landschaften der österreichisch-ungarischen Monarchie?

Denn gewiss ist die Landschaft, als Selbstverwaltungskörper, eine vom Staate anerkannte Gesamtpersönlichkeit bezüglich der Landesangelegenheiten, eine wollende und handelnde Gemeinschaft. Die Landschaft ist eine öffentlich rechtliche Persönlichkeit eben bezüglich solcher Interessen und Angelegenheiten, welche für alle dieses Land bewohnenden Menschen allein als eigene Interessen vorhanden sind, d. h. bezüglich der Landesbesonderheiten. Die nur für diese Landesbewohner allein existirenden öffentlichen Interessen sind es ja eben, welche die Bewohner dieses Landes zur Einheit machen und erheben, zur willens- und handlungsfähigen Persönlichkeit,

welche am besten selbst diese ihre Sonderangelegenheiten regelt und verwaltet.

Allein auch als Landschaften können Cisleithanien und Ungarn niemals die Kosten für die österreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten im Vertragswege bestimmen; denn hier handelt es sich eben um Reichsangelegenheiten — bezüglich welcher die Landschaften keine Persönlichkeiten sind — es handelt sich um die allen Oesterreicher-Ungarn gemeinsamen Interessen und Leistungen, nämlich um die Aufbringung der materiellen Mittel für die Erhaltung und das Leben des gemeinsamen Staates Oesterreich-Ungarn.

Die Bestimmung der Quote geschieht also nicht 1. durch einen Staatsvertrag zwischen Cisleithanien und Ungarn; sie erfolgt auch nicht 2. durch einen Vertrag der beiden Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie, Cisleithanien und Ungarn. Die Quote, die Bestimmung über das Verhältniss der Leistung der Reichstheile für die Reichsangelegenheit und Reichsorgane ist aber auch 3. kein Vertrag zwischen Cisleithanien und Ungarn als Landschaften des Reiches Oesterreich-Ungarn.

Bei der Behandlung der Quote durch den Reichsrath und Reichstag wird vielmehr der Volkswille — im Wege der Uebereinstimmung der als untrennbare Theile berathenden Volksvertretungs-Theilkörper — erzeugt. Daher beräth jeder Theil die Angelegenheiten aller — beider — Theile, des Ganzen. Und diesen gemeinsamen Volkswillen in Betreff der Beitragsleistung aller Theile für die Reichsangelegenheiten — den übereinstimmenden Willen der Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — sanctionirt das gemeinsame Staatsoberhaupt, der österreichisch-ungarische Monarch; er erhebt dadurch den Volkswillen über das Verhältniss der Beitragsleistung aller untrennbaren Staatstheile zu den Reichsangelegenheiten — zu dem alle Oesterreicher-Ungarn verpflichtenden souveränen Reichswillen, zum österreichisch-ungarischen Reichsgesetze in Betreff der Quote.

Die im Bundesstaate häufig stattfindende Thatsache, dass seine Provinzen, die für die Nicht-Reichsangelegenheiten

Staaten sind, Matricularbeiträge leisten — eine allerdings dem Begriffe der Einheit des Staates nicht entsprechende Einrichtung — darf nicht zum Gedanken verleiten, dass die souveränen Sonderstaaten diese Matricularbeiträge entrichten. Die Bestimmung über die Quote ist ein österreichisch-ungarisches Reichsgesetz über die Verpflichtung der Oesterreicher-Ungarn zur Leistung der Reichsabgaben.

Daher wird nicht den selbstständigen Parlamenten der Sonderstaaten etwa ein Staatsvertrag zwischen Cisleithanien und Ungarn vorgelegt und von diesen genehmigt in Betreff der Beitragsleistung der Staaten Cisleithanien und Ungarn zur Erhaltung der österreichisch-ungarischen Politik des Auswärtigen und der österreichisch-ungarischen Reichsarmee. Die Quote gehört vielmehr als eine gemeinsame Angelegenheit in die Competenz des weiteren Reichstages, resp. seiner beiden Theile. Von diesem Standpunkte aus fällt dann auch ein ganz anderes und erhellendes Licht auf die Gesetzesbestimmungen bezüglich dieser Quote.³⁵⁾

Die Deputationen sind nämlich nicht völkerrechtliche Organe, Vertreter der Staaten Cisleithanien und Ungarn nach Aussen, sondern einfach Bevollmächtigte des Reichsrathes und Reichstages in ihrer Eigenschaft als Theilen der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, welche die österreichisch-ungarischen Angelegen-

³⁵⁾ Ges. Art. XII: §. 19: „Dieser Pact und diese Feststellung wird dergestalt erfolgen, dass einerseits die Vertretung der Länder der ungarischen Krone, anderseits die Vertretung der übrigen Länder Sr. Majestät jede von ihrer Seite eine gleich grosse Deputation wählen. Diese zwei Deputationen werden unter Einflussnahme der betreffenden verantwortlichen Ministerien einen mit Details unterstützten Vorschlag bezüglich der erwähnten Proportion ansarbeiten.

§. 20. Diesen Vorschlag unterbreitet jedes Ministerium dem betreffenden Reichstage, wo derselbe ordnungsgemäss behandelt wird. Ein jeder Reichstag theilt seine Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien dem andern Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Sr. Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden. §. 21. Sollten beide Deputationen bezüglich des Vorschlages sich nicht einigen können, so wird das Gutachten eines jeden Theiles beiden Reichstagen vorgelegt. Sollten jedoch beide Reichstage sich nicht einigen können, dann wird Se. Majestät auf Grund der unterbreiteten Daten die Frage lösen.“ Deutsches Gesetz §. 3, 36.

heiten beräth. Diese beiden Deputationen werden von den beiden Theilen des weiteren Reichstages gewählt, und zwar wählt jeder Theil dieses weiteren Reichstages aus seinen Mitgliedern eine gleich grosse Zahl zur Vorberathung über die Quote. Diese Deputationen, diese Mitglieder der beiden Theile des Reichstages „arbeiten unter Einflussnahme der betreffenden verantwortlichen Ministerien“, welche in dieser Eigenschaft als Reichsorgane Oesterreich - Ungarns erscheinen — Einen Gesetzentwurf, Einen Gesetzesvorschlag aus. Die beiden Theile dieser Deputationen arbeiten Einen rücksichtlich seines Inhaltes identischen Bericht, Einen und denselben Vorschlag in Betreff einer und derselben öffentlichen Angelegenheit nur in zwei Sprachen (ungarisch und deutsch) aus, nämlich in Betreff des Beitragsverhältnisses beider Theile. Dies geschieht aus dem Grunde, damit dann beide Theile des weiteren Reichstages (damit also der Reichstag) auf Grund des Berichtes und Antrages seines Quotenausschusses — denn das sind die Deputationen ³⁶⁾ — über die thatsächlichen Verhältnisse informirt, in der Lage sei, einen richtigen und namentlich einen übereinstimmenden Beschluss zu fassen. Der identische, in deutscher und ungarischer Sprache ausgearbeitete Antrag der beiden Theile des Quotenausschusses wird dann im „Plenum“ der beiden Theile des Reichstages behandelt, und zwar sind es die beiden Sonderministerien, deren jedes im Dienste des Reiches den Bericht und Antrag des Ausschusses im Theilvertretungskörper in dessen Sprache einbringt. Daraus darf aber nicht etwa der Schluss gezogen werden, dass jetzt dieser vom Ministerium eingebrachte Bericht und Antrag des Quotenausschusses eine cisleithanische oder königlich ungarische Regierungsvorlage sei. Nicht die Regierung stellt einen Antrag bezüglich der Bestimmung des Beitragsverhältnisses der Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, nicht die Regierung — auch nicht die gemeinsame mittelst der Sonderministerien — äussert hier ihren Willen als Spitze des Orga-

³⁶⁾ Daher erklärt §. 21 des G. A. XII die cisleithanische und ungarische Deputation als Theile: „Sollten beide Deputationen bezüglich des Vorschlages sich nicht einigen können, so wird das Gutachten eines jeden Theiles beiden Reichstagen vorgelegt.“

nismus der vollziehenden Gewalt; die Regierung unterbreitet vielmehr — und zwar in dieser Function als Reichsorgan, — nur Anschauung und Antrag eines anderen — nämlich des Collegiums der Mitglieder für die Vorberathung dieses Beitragsverhältnisses — des Quotenausschusses. Kommt kein identischer Vorschlag der Deputationen, d. h. kein Ausschussbericht und Antrag in zwei Sprachen zu Stande, so kommen die differirenden Anträge der beiden Theile des Quotenausschusses — die Separatvoten — vor das Plenum des weiteren Reichstages — seiner beiden Theile — welcher darüber einen einheitlichen Beschluss zu fassen hat. Daher erklärt es sich, dass der Reichsrath in diesem Falle sowohl über das cisleithanische Gutachten, als über das ungarische Gutachten (d. h. über den Antrag des ungarischen Theiles des Quotenausschusses) abstimmt; daher ist es staatsrechtlich zu begreifen, dass der andere Theil des weiteren Reichstages — der ungarische Reichstag — über den von den Cisleithaniern im Quotenausschusse gestellten Separatantrag abstimmt. Diese Berathung und Beschlussfassung jedes Theiles des Reichstages auch über den Antrag der andern Deputation kann nicht dadurch erklärt werden, dass auch der Antrag der nicht vom betreffenden Parlamente gewählten Deputation als eine Regierungsvorlage des zu dem Parlamente gehörenden Ministeriums in diesem Parlamente nun eingebracht werde. Diese Thatsache findet vielmehr ihre staatsrechtliche Erklärung darin, dass sowohl die cisleithanischen als ungarischen Deputationsmitglieder eben Mitglieder eines Parlamentes sind, des weiteren Reichstages. Daher werden die Anträge beider Theile dieses Ausschusses dem Plenum des Parlamentes — resp. der beiden untrennbaren Theile des Parlamentes — vorgelegt. Der vom Ministerium dem Parlamente unterbreitete Antrag der Deputation ist, wie erwähnt, keine Regierungsvorlage; ausserdem könnte die Regierung wohl nicht gleichzeitig zwei ihrem Inhalte nach verschiedene Vorlagen bezüglich ein und derselben Angelegenheit einbringen.

Diesen, vom Quotenausschusse beantragten, vom weiteren Reichstage — und zwar durch jeden Theil desselben — ange-

nommenen Gesetzentwurf bezüglich der Höhe der Beitragsleistung der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie für die Reichsangelegenheiten sanctionirt dann der österreichisch-ungarische Kaiser; eventuell gibt der Kaiser bezüglich dieses Beitragsverhältnisses ein absolutes Gesetz.

Mit einer wahrhaft zu bewundernden Sicherheit wird hier allseitig „vom Vertrage“ über die Quote gesprochen, von einem Vertrage, dessen Contrahenten Seine Majestät der Kaiser von Cisleithanien und Seine Majestät der König von Ungarn sein müssten.

Staatsrechtlich aber ist vielmehr der Vorgang bei Bestimmung der Quote, also bei Erlassung des österreichisch-ungarischen Gesetzes für beide Provinzen der Monarchie über das Verhältniss, in welchem sie zur Bestreitung des Staatshaushaltes beizutragen haben, nach dem gemeinsamen Staatsrechte folgender:

Der weitere Reichstag hat — da das Gesetz über die Quote immer nur auf zehn Jahre gegeben wird — alle zehn Jahre einen Ausschuss einzusetzen zur Vorberathung bezüglich des Beitragsverhältnisses der beiden grossen Reichsprovinzen, zu den Kosten des Staatslebens, und Antragstellung hierüber. Das Gesetz bestimmt noch bezüglich dieses Quotenausschusses des weiteren Reichstages, dass er zur Hälfte aus Abgeordneten der Provinz Cisleithanien, zur anderen Hälfte aus Abgeordneten der Provinz Ungarn zu bestehen habe. Dieser Ausschuss — respective jeder der beiden Theile desselben — hat bezüglich derselben Angelegenheit, eben bezüglich dieses Beitragsverhältnisses beider Länder — Einen Antrag zu stellen; eventuell kommen die differirenden Anträge beider Theile dieses Ausschusses vor die Theile des Hauses. Wird über die Anträge des Quotenausschusses vom weiteren Reichstage — respective von dessen beiden Theilen — kein übereinstimmender Majoritätsbeschluss erzielt, dann bestimmt „auf Grund der unterbreiteten Daten“ Seine Majestät der österreichisch-ungarische Kaiser allein, in absoluter Weise, dieses Verhältniss.

Daher wird auch nur ein Gesetz über die Quote in ganz Oesterreich-Ungarn publicirt. Es ist der Eine souveräne gemeinsame Staatswille gegenüber den Unterthanen, welcher

nur jeder Provinz speciell kundgemacht wird — allerdings in der Form, in welcher die cisleithanischen und ungarischen Staatsgesetze kundgemacht werden. Es ist die Bestimmung der Quote ein für alle (beide) Provinzen geltendes österreichisch-ungarisches Reichsgesetz, welches jeder Provinz — daher doppelt — kundgemacht wird.

In der That, wie wäre es sonst zu erklären, dass das cisleithanische Reichsgesetzblatt ein Gesetz enthält, welches ebenso für Ungarn wie für Cisleithanien eine Verpflichtung, eine Leistung vorschreibt? Der in diesem Gesetzblatte ausgesprochene Staatswille ist ein solcher souveräner und übergeordneter Wille auch gegenüber und für Ungarn. So sagt das deutsche Gesetz vom 27. Juni 1878 „über die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu dem Aufwande für die allen Ländern der österreichischen Monarchie! gemeinsamen Angelegenheiten“ R. G. Bl. Nr. 61 im §. 1: „Zur Bestreitung des Aufwandes für die im §. 1 des Gesetzes, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung, als gemeinsam anerkannten Angelegenheiten werden auf Grund des Gesetzes vom 8. Juni 1878 R. G. Bl. Nr. 49 vorerst zwei Percent zu Lasten des ungarischen Staates in Rechnung genommen, und zu der nach Abzug dessen zu verbleibenden Summe haben die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 70 Percent, die Länder der ungarischen Krone 30 Percent beizutragen“.

Der Inhalt dieser Bestimmung ist als Inhalt eines cisleithanischen Gesetzes eine Unmöglichkeit. Als Inhalt eines Vertrages zwischen den Staaten Cisleithanien und Ungarn wäre diese Bestimmung an und für sich möglich. Die beiden Staaten könnten sich verpflichten, für die Armee z. B. eines fremden Staates in einem bestimmten Verhältnisse die Erhaltungskosten zu bestreiten. Allein im R. G. Bl. für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder Nr. 61 des Jahrganges 1878 erscheinen diese Bestimmungen über das Beitragsverhältniss Cisleithaniens und Ungarns zur Bestreitung der österreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten als Gesetz. Ein cisleithanisches Gesetz darüber aber könnte —

in Ausführung eines solchen cisleithanisch-ungarischen Staatsvertrages — eben nur für die Staatsunterthanen und Angehörigen Cisleithaniens festsetzen, wie viel in Ausführung dieses mit Ungarn geschlossenen, in Rechtskraft stehenden Staatsvertrages, das cisleithanische Staatsvolk zur Bestreitung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten beizusteuern habe.

Der Inhalt eines wirklichen Gesetzes des Staates Cisleithanien über die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Bestreitung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten könnte nur lauten:

„In Ausführung des Artikels X des zwischen den Staaten Cisleithanien und Ungarn abgeschlossenen Staatsvertrages vom 27. Juni 1878 finde Ich mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder haben zur Bestreitung des Aufwandes, betreffend die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten (als fremder Staatsangelegenheiten) 70 Percent beizutragen.“

Nun würden die näheren Durchführungsbestimmungen folgen.

Gewiss würde Niemand aus dem Inhalte des gegenwärtigen „Gesetzes“ zu dem Schlusse gerathen, dass er hier ein Staatsgesetz nur bezüglich der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder allein — also Cisleithaniens — vor sich habe! Jeder wird aus der Betrachtung des Inhaltes allein dieses Gesetzes vielmehr den Schluss ziehen, es sei ein für Ungarn und Cisleithanien in ihrer Eigenschaft als „alle Länder der österreichischen Monarchie“ geltendes Gesetz vorhanden.

Der Reichsrath ist daher bei der Mitwirkung zu diesem Gesetze nicht Parlament des Staates Cisleithanien, sondern eine die Angelegenheiten beider Länder bestimmende Theilvolksvertretung, er ist der halbe Vertretungskörper aller Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie; da der Reichsrath gesetzlich ebenso den von Ungarn zu zahlenden Betrag ausspricht, ist er nothwendig auch Volksvertretungsorgan für Ungarn, wenn er die Quote bestimmt; er erscheint bei der Mitwirkung des Gesetzes über die Quote als Theil

des weiteren Reichstages. Wie könnte der Reichsrath — da er nicht einen Staatsvertrag genehmigt — erschiene er nicht als Theil des österreichisch-ungarischen Reichstages — als Inhalt seines Willens die Bestimmung setzen, dass Ungarn 30 Percent zu zahlen habe? Ist denn Ungarn auch eines der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder? Denn das cisleithanische Parlament ist ja doch nur competent für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Der Wirkungskreis des Reichsrathes als selbstständigen Parlamentes „umfasst“ — nach §. 11 — „alle Angelegenheiten, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind, insoferne dieselben nicht in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandeln sein werden“. Denn insoferne sie gemeinsam zu behandeln sein werden, sagt das Gesetz damit, gehören sie nicht in den Wirkungskreis des Reichsrathes. Wie könnte der Kaiser — erschiene er hier nicht als gemeinsames Staatsoberhaupt — mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes — wäre dieser Reichsrath hier nicht der Theil des weiteren Reichstages — „zu verordnen finden, wie folgt: zu der nach Abzug dessen (nämlich der zwei Percent) verbleibenden Summe haben die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 70 Percent, die Länder der ungarischen Krone 30 Percent beizutragen“? Ueberdies bestimmt das Gesetz vom 19. Mai 1868 ³⁷⁾ ausdrücklich noch, für welches Ländergebiet und für

³⁷⁾ „Gesetz vom 19. Mai 1868 betreffend das Geltungsgebiet der unter Mitwirkung des Reichsrathes erlassenen Gesetze. (R. G. Bl. 1868, Nr. 45).

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen wie folgt:

§. 1. Gesetze, welche mit Zustimmung des Reichsrathes erlassen werden, haben, wenn nicht anders bestimmt wird, für sämtliche nach §. 1 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867, Nr. 141 Reichsgesetzblatt, im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, nämlich die Königreiche Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit dem Grossherzogthum Krakau, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, das Herzogthum Ober- und Niederschlesien, die gefürstete

welches Staatsvolk die unter Mitwirkung des Reichsrathes zu Stande kommenden Gesetze Geltung haben. Im Falle der grösstmöglichen Ausdehnung des Geltungsgebietes dieser Gesetze umfassen dieselben sämtliche im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und die dieselben bewohnenden Völkerschaften.

Nun bezieht sich aber das vorliegende Gesetz gewiss „auf Pflichten und Interessen, die in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandeln sind“. Und doch soll es der cisleithanische Reichsrath, das selbstständige Parlament des Staates Cisleithanien sein, welches — offenbar gegen das Gesetz und gegen die Natur der Sache — auch für Ungarn den Volkswillen erzeugt? Wahrhaft, man möchte Klage erheben, dass darüber nicht einmal ein Zweifel aufgetaucht ist!

Und dasselbe gilt vom Inhalte aller gemeinsamen (formell nur cisleithanischen) Gesetze; sie alle handeln von beiden Provinzen der Monarchie, sprechen als Gesetze auch von Ungarn — und sie alle werden ausnahmslos als Gesetze des Staates Cisleithanien betrachtet, obwohl sie materiell, ihrem Inhalte nach, gemeinsame österreichisch-ungarische Gesetze sind!

Dasselbe ist der Fall in Betreff der österreichisch-ungarischen Gesetze in ungarischer Sprache.

So sagt der §. 1 des „XIX. Gesetzartikels über jenes Verhältniss, in welchem die Länder der ungarischen Krone

Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg, die Markgrafschaft Istrien, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete zu gelten.

In diesem Falle ist das Gebiet, für welches das Gesetz zu gelten hat, nicht besonders anzuzeigen.

§. 2. Wenn ein unter Mitwirkung des Reichsrathes zu Stande gekommenes Gesetz nicht für sämtliche im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erlassen wird, so ist der Gebietsumfang, für welchen es erlassen wird, im Texte des Gesetzes anzugeben.

§. 3. Das gegenwärtige Gesetz hat mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit zu treten.

§. 4. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes ist der Minister des Innern beauftragt.“

zu den Kosten der im Ges.-Art. XIII v. J. 1867 als gemeinsam anerkannten Staatsangelegenheiten beitragen“ (sanctionirt am 27. Juni 1878, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 28. Juni 1878):

„Jenes Verhältniss, nach welchem die Kosten für die im Ges.-Art. XII v. J. 1867 als gemeinsam anerkannten Staatsangelegenheiten durch die Länder der ungarischen Krone, sowie durch die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu tragen sind, wird auf die in den §§. 19 und 20 des berufenen Gesetzartikels erwähnte Art und im gegenseitigen Einvernehmen für die Länder der ungarischen Krone auf 30, für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder hingegen auf 70 Percent festgesetzt.“

Wäre dieses Gesetz seinem Inhalte nach wirklich ein ungarisches Staatsgesetz, wie könnte es die Staatsbürger eines anderen Staates — „Cisleithaniens“ verpflichten, 70 Percent zu bezahlen? Ist Cisleithanien ein Theil des ungarischen Staatsgebietes? Sind die königlich-ungarischen Minister vielleicht verantwortlich, dass §. 1 dieses Gesetzes — nicht Vertrages — soweit er von Cisleithanien handelt, erfüllt werde? Dieselben Widersprüche ergeben sich z. B. rücksichtlich des österreichisch-ungarischen, in der Form eines cisleithanischen und ungarischen Gesetzes erschienenen Bankgesetzes.³⁸⁾

³⁸⁾ So heisst es im „XXV. Gesetzartikel über die Errichtung und das Privilegium der „österreichisch-ungarischen Bank“ (sanctionirt am 27. Juni 1878, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 28. Juni 1878) in der Einleitung im §. 1:

„Indem für die nächsten 10 Jahre von dem, beiden Theilen der Monarchie zustehenden und gegenseitig anerkannten Rechte kein Gebrauch gemacht wird selbstständige Zettelbanken zu errichten, wird bestimmt, dass für die Zeit vom 1. Juli 1878 bis 31. December 1887 eine österreichisch-ungarische Bank errichtet werde“.

Wie kommt der Staat Ungarn dazu, eine österreichisch-ungarische Bank gesetzlich zu schaffen?

Und im I. Titel „Firma und Sitz der Bank“, heisst es im Artikel 1: „Die österreichisch-ungarische Bank, in welche sich die privilegirte österreichische Nationalbank umstaltet, ist eine Actiengesellschaft, welche ihre statutenmässige Thätigkeit in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und in den Ländern der ungarischen Krone ausübt. Ihre Firma lautet in deutscher Sprache: „Oesterreichisch-Ungarische Bank“, in ungarischer Sprache: „Osztrák-magyar

Es folgt ferner diese zweite staatsrechtliche Eigenschaft des Reichsrathes aus §. 11 des Delegationsgesetzes:

bank“. Sie führt in ihrem Siegel das Wappen der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Firma in beiden Sprachen als Umschrift.“

Wie kann der Staat Ungarn in seinem ungarischen Gesetze bezüglich einer seiner Staatsgewalt unterstehenden, weil in Ungarn und für Ungarn bestehenden Bank, also bezüglich einer ungarischen Bank gesetzlich vorschreiben, dass sie ihre statutenmässige Thätigkeit im Staate Cisleithanien ausübt? Das kann nur der Staat Cisleithanien gegenüber seinen Staatsgliedern gesetzlich aussprechen — in Folge eines Vertrages, welchen er mit dem Staate Ungarn bezüglich Gestattung der Wirksamkeit der ungarischen Bank im Staate Cisleithanien geschlossen hätte. Niemals aber kann die eine Bank 1. eine cisleithanische und 2. eine ungarische sein.

Und im Artikel II verordnet der ungarische Staatswille, welcher als Gesetz, d. h. als den eigenen Staatsbürgern übergeordneter, sie zum Gehorsam verpflichtender Wille doch eben nur für die ungarischen Staatsangehörigen und bezüglich des ungarischen Staatsgebietes erscheinen kann, in Gesetzesform, dass diese seine Bank ihren Sitz in Wien habe.

Artikel 2: „Die österreichisch-ungarische Bank hat ihren Sitz in Wien“. „Für alle von der Bank betriebenen Geschäftszweige (mit Ausnahme des Hypothekarcredit- und Pfandbriefgeschäftes, Art. 56) werden in Wien und Budapest Hauptanstalten errichtet“ u. s. f.

Wahrlich, wäre dieses Bankgesetz ein königlich ungarisches Staatsgesetz ein souveräner, die Staatsangehörigen Ungarns verpflichtender, ihnen allein gegenüber autoritativer Wille — dann wäre nothwendig diese Stadt Wien eine königlich ungarische Stadt, ein Theil des ungarischen Staatsterritoriums.

Wie bringt man eine solche Gesetzesbestimmung in Einklang mit dem Territorial-Principe, dass der Staat Gesetze nur für sein Staatsvolk und für den Umfang seines Staatsgebietes geben könne?

Weiters bestimmt dieses „ungarische Staatsgesetz“ im Titel III, Artikel 13, dass „die Sitzungen der Generalversammlung vom Generalrathe einberufen und in Wien abgehalten werden“.

Dann gibt Ungarn die souveränen gesetzlichen Bestimmungen, wie in Wien bei der Generalversammlung vorgegangen werden müsse. Und der Staat Ungarn gibt auch den cisleithanischen Staatsangehörigen selbst die Gesetze über die Bank, da das Bankgesetz natürlich für alle Mitglieder der Bank und überhaupt für alle Staatsangehörigen gilt, und Ungarn in Artikel 14 vorschreibt: „An den Generalversammlungen der österreichisch-ungarischen Bank können nur österreichische und ungarische Staatsangehörige theilnehmen“.

Dieselben Widersprüche treffen das cisleithanische Bankgesetz, wenn dasselbe nicht als gemeinsames Reichsgesetz betrachtet wird, sondern — nach der äusseren Form, in der es sich präsentirt — als ein cisleithanisches Staatsgesetz. Es ist das Gesetz vom 27. Juni 1878 betreffend die Errichtung und

„Die Delegationen werden alljährlich vom Kaiser einberufen; der Versammlungsort wird vom Kaiser bestimmt.

Nun vertritt die ungarische Delegation nach dem Ausgleichsgesetze den ungarischen Reichstag, die deutsche Delegation den „Reichsrath“; da aber der Kaiser die ungarische Delegation einberuft, um unter Mitwirkung der ungarischen Delegation — respective des von dieser Delegation vertretenen ungarischen Reichstages — die politischen Rechte der kaiserlichen Krone auszuüben; da der Kaiser den durch die Delegation — respective den ungarischen Reichstag — bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten erzeugten Volkswillen sanctionirt; da somit hier der „Kaiser“ und der durch die ungarische Delegation vertretene „ungarische Reichstag“ als die untrennbaren beiden Factoren der Willensbildung eines Staates erscheinen, kann diese Delegation nicht der Stellvertreter des königlich ungarischen Parlamentes „Reichstag“, und dieser vertretene ungarische „Reichstag“ nicht die ungarische Volksvertretung, das ungarische Staatsparlament sein. Denn unter Mitwirkung des königlich ungarischen Parlamentes übt nur die Krone von Ungarn, der Träger der Krone des heiligen Stephan, das politische Kronrecht der Sanction des Volkswillens aus. Zu diesem „Kaiser“ muss ein anderer „ungarischer Reichstag“ gehören. Mögen auch dieselben physischen Personen in diesem anderen von der Delegation vertretenen „ungarischen Reichstage“ sitzen, wie im ungarischen Staatsparlamente — er ist staatsrechtlich und daher nach seiner Wirksamkeit und Stellung doch ein ganz anderes Organ; er ist das Volksvertretungstheilorgan eines anderen Staates; dieser vertretene „Reichstag“ ist der zu dem Kaiser gehörige, mit seinem Kaiser zusammenwirkende österreichisch-ungarische Reichstag.

Der „Kaiser“ aber, welcher diese ungarische Delegation als Stellvertreter dieses „österreichisch-ungarischen Reichstages“ einberuft, welcher also indirect den „Reichstag“ zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten beruft, ist natür-

das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bank“ J. 1878, Nr. 66. (Sämmtliche Titel dieses Bankgesetzes sind in allen Artikeln natürlich wörtlich gleichlautend mit dem ungarischen Texte dieses — gemeinsamen Gesetzes.)

lich nicht der „cisleithanische Kaiser“. Es ist nicht das Staatsoberhaupt derjenigen Länder und Provinzen, welche für die ihnen allein objectiv identischen Interessen und öffentlichen Angelegenheiten eine Gesamtpersönlichkeit — den Staat Cisleithanien — bilden.

Dieser „Kaiser“ ist vielmehr derjenige Kaiser, welcher das Staatsoberhaupt sowohl Cisleithaniens als Ungarns ist — es ist der gemeinsame Kaiser.

Zu diesem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Kaiser aber kann nicht als zweiter untrennbarer Factor einer staatlichen Willensbildung das cisleithanische Staatsparlament „Reichsrath“ gehören. Der gemeinsame Kaiser kann nicht zusammen mit dem (engeren) „Reichsrathe“ den Organismus einer staatlichen Willensbildung ausmachen.

Wenn daher der Kaiser nach §. 11 des Delegationsgesetzes — und dies ist der österreichisch-ungarische Kaiser — den Stellvertreter des „Reichsrathes“, die deutsche Delegation auch einberuft — also indirect den Reichsrath selbst — zur Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, so folgt nothwendig: Die vom gemeinsamen Kaiser zur Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten einberufene deutsche Delegation kann nicht der Stellvertreter des (engeren) Reichsrathes, des cisleithanischen Staatsparlamentes sein.

Und da der gemeinsame Kaiser die deutsche Delegation verfassungsmässig zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten einberuft und den von ihr ausgesprochenen (Theil.) Willen sanctionirt, andererseits diese Delegation gesetzlich den „Reichsrath“ vertritt (§. 6), so ist nothwendig dieser von der Delegation vertretene „Reichsrath“ ein anderer Reichsrath als das cisleithanische Staatsparlament „Reichsrath“.

Es ist derjenige Reichsrath, dessen Stellvertreter die gemeinsamen Angelegenheiten berathet und beschliesst; es kann daher nur derjenige Reichsrath sein, der die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten durch seinen Stellvertreter — deutsche Delegation — mit dem Stellvertreter des „österreichisch-ungarischen Reichstages“ — ungarische

Delegation — respective mit diesem selbst, berathet und beschliesst.

Es ist derjenige „Reichsrath“, welcher gesetzlich competent ist für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten; es kann nur derjenige Reichsrath sein, welcher mittelbar mit dem gemeinsamen Kaiser den souveränen Willen rücksichtlich der österreichisch-ungarischen Staatsangelegenheiten schaffen hilft.

Es ist der „Reichsrath“ als Theil des österreichisch-ungarischen Parlamentes.

Desgleichen folgt diese zweite staatsrechtliche Eigenschaft des Reichsrathes aus §. 13 im Zusammenhange mit §. 6 des Delegationsgesetzes.

Denn wenn nach §. 6 „das Gesetzgebungsrecht des Reichsrathes mittelst zu entsendender Delegationen ausgeübt wird“, und wenn nach §. 13 „der Wirkungskreis der Delegationen alle Gegenstände umfasst, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen“ und „andere Gegenstände von der Wirksamkeit der Delegationen ausgeschlossen sind“, so kann der Reichsrath, soweit er sein „Gesetzgebungsrecht“ durch die Delegationen ausübt, nur ein Gesetzgebungsrecht in Betreff der gemeinsamen (der österreichisch-ungarischen) Angelegenheiten durch die Delegationen ausüben. Es ist derjenige Reichsrath, dessen „Wirkungskreis alle Gegenstände umfasst, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen“, und „von dessen Wirksamkeit andere Gegenstände“, also auch natürlich die cisleithanischen Staatsangelegenheiten, ausgeschlossen sind. Es ist sonach der zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten competente Reichsrath. Es ist wieder der österreichisch-ungarische Reichsrath, der Reichsrath, welcher durch seinen Stellvertreter, die Delegation, ein Gesetzgebungsrecht rücksichtlich solcher Angelegenheiten ausübt, welche sich „auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich“ sind mit den Ländern der ungarischen Krone, und „in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu

behandeln sind“, und daher nicht in den Wirkungskreis des Parlamentes des Staates Cisleithanien gehören.

Dasselbe Resultat ergibt sich aus §. 14³⁹⁾ des Delegationsgesetzes. Das gemeinsame österreichisch-ungarische Ministerium steht in amtlichem Verkehre mit den Delegationen; es bringt österreichisch-ungarische Regierungsvorlagen z. B. in der cisleithanischen Delegation — welche doch nur der Stellvertreter des „Reichsrathes“ ist und das Recht des Reichsrathes ausübt — ein. Nun kann der Stellvertreter eines (willensfähigen) öffentlichen Organes — so lange er innerhalb der Grenzen seiner Vollmacht (hier des Gesetzes) eben für den von ihm Vertretenen thätig ist — nicht mehr Rechte haben und keine anderen Rechte ausüben, als der von ihm Vertretene. Hat nun die den Reichsrath vertretende cisleithanische Delegation das Recht, mit der gemeinsamen Regierung zu verkehren, österreichisch-ungarische Regierungsvorlagen entgegenzunehmen, an das Ministerium oder an ein einzelnes Mitglied desselben Fragen zu richten etc., und ist diese Delegation der Stellvertreter des Reichsrathes, so muss dieses Recht des Verkehres mit dem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ministerium natürlich auch diesem von der Delegation vertretenen Reichsrathe zukommen. Der „Reichsrath“ aber, dem als Executivorgan und Regierung das k. und k. österreichisch-ungarische Ministerium gegenübersteht, kann unmöglich das cisleithanische Parlament sein. Ja, wäre die Delegation der Vertreter des cisleithanischen Staatsparlamentes, würde sie im Namen des cisleithanischen Parlamentes staatsrechtlich thätig sein, sonach Angelegenheiten des Einzelstaates Cisleithanien erledigen, dann dürfte und könnte das gemeinsame Ministerium in der Delegation nicht amtlich erscheinen; denn es ist dem gemeinsamen Ministerium nach §. 5 „nicht gestattet, nebst den gemeinsamen Angelegenheiten auch die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile zu

³⁹⁾ §. 14: „Regierungsvorlagen gelangen durch das gemeinsame Ministerium an jede der beiden Delegationen abgesondert. Auch steht jeder Delegation das Recht zu, in Gegenständen ihres Wirkungskreises Vorschläge zu machen.“

führen“. Die Delegation, vor welcher gesetzlich das gemeinsame Ministerium erscheint, kann daher nur solche Angelegenheiten berathen und beschliessen, welche nicht die Staatsangelegenheiten Cisleithaniens und „nicht die Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile“ sind; daher kann auch die den Reichsrath vertretende Delegation nicht den cisleithanischen Reichsrath, welcher die öffentlichen Angelegenheiten des Sonderstaates Cisleithanien behandelt, vertreten, sondern nur den die gemeinsamen Angelegenheiten berathenden und beschliessenden Reichsrath als Theil des weiteren Reichstages.

Dieselbestaatsrechtliche Qualität des Reichsrathes folgt dann auch aus §. 23 des Delegationsgesetzes.

„Die Delegirten des Reichsrathes geniessen in dieser Eigenschaft“ — sagt §. 23 — „die nämliche Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit, welche ihnen als Mitglieder des Reichsrathes kraft des §. 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zusteht. Die in diesem Paragraphe dem betreffenden Hause eingeräumten Befugnisse kommen, insofern nicht der Reichsrath gleichzeitig versammelt ist, rücksichtlich der Delegirten der Delegation zu.“

Wären nun die Delegirten des Reichsrathes als Delegirte ebenfalls einfach Mitglieder des cisleithanischen Parlamentes, wären sie Stellvertreter des cisleithanischen Parlamentes, oder, wie die beliebte Theorie sagt, „Ausschüsse des Parlamentes“, dann würde es zum mindesten höchst überflüssig sein, in Betreff dieser Mitglieder des cisleithanischen Parlamentes noch einmal gesetzlich auszusprechen, dass ihnen die durch die politische Freiheit geforderten Attribute eines Volksvertreters, die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit, zukommen. Es wäre höchst überflüssig, da §. 16 des „Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird“, ohnedies diese Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit aller Mitglieder des Reichsrathes ausspricht. „Die Mitglieder des Reichsrathes“ — sagt Alinea 2 — „können wegen der in Ausübung ihres Berufes geschehenen Abstimmungen niemals, wegen der

in diesem Berufe gemachten Aeusserungen aber nur von dem Hause, dem sie angehören, zur Verantwortung gezogen werden.“

Nun gehören die Delegirten ja nach dieser Theorie „als Ausschüsse“ gewiss dem Herrenhause und Abgeordnetenhouse an. Rede und Abstimmung in der Delegation geschieht sonach sicherlich von diesen „Mitgliedern des Reichsrathes“ in „Ausübung ihres Berufes“.

Und weiter sagt §. 16: „Kein Mitglied des Reichsrathes darf während der Dauer der Session wegen einer strafbaren Handlung — den Fall der Ergreifung auf frischer That ausgenommen — ohne Zustimmung des Hauses verhaftet oder gerichtlich verfolgt werden.“

Wenn daher die Delegirten als solche Mitglieder des Reichsrathes sind und nicht Mitglieder eines anderen, nicht cisleithanischen Volksvertretungskörpers, für welchen natürlich §. 16 keine Anwendung finden würde — dann sind sie ja durch §. 16 rücksichtlich der Rede und Abstimmung in der Delegation hinlänglich geschützt, und sie können eventuell nur vom Herrenhause und Abgeordnetenhouse zur Verantwortung gezogen werden. Auch können sie während der Dauer der Session ohne Zustimmung des Hauses nicht gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden.

Warum also wegen dieses Ausschusses — der Delegation — noch einmal die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit aussprechen? Warum erklärt das Gesetz nicht auch des Besonderen, dass die Mitglieder des Finanzausschusses, Verfassungsausschusses, Budgetausschusses, Steuerausschusses u. s. f., überhaupt „die Mitglieder der Parlamentsausschüsse“ in dieser Eigenschaft die nämliche Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit, wie solche §. 16 garantirt, geniessen? Daraus eben, dass das österreichisch-ungarische Staatsrecht diese Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Delegirten vorschreibt, ergibt sich, dass die Delegirten als solche — ohne die specielle gesetzliche Zuerkennung der Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit — nicht unverletzliche und unverantwortliche Volksvertreter wären. Es folgt daraus, dass sie als Delegirte nicht Mitglieder des Reichsrathes sein können, denn sonst wären sie ja nach §. 16 ohnedies unverletzlich und unverantwortlich. Sie müssen als Delegirte,

als Mitglieder der Delegation Theile einer Körperschaft sein, für welche der §. 16 keine Anwendung hat. Sie müssen daher als Delegirte eine andere, eine neue staatsrechtliche Eigenschaft haben. Die Delegirten verlieren zwar durch ihre Wahl zu Delegirten die schon innegehabte Eigenschaft der Mitgliedschaft des cisleithanischen Parlamentes nicht, allein sie bekommen als Delegirte noch eine andere öffentlich-rechtliche Qualität. Daher sagt §. 23: „In dieser Eigenschaft“ — also auch in dieser zweiten, neuen staatsrechtlichen Eigenschaft — „geniessen die Delegirten Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit“; und zwar „geniessen sie die nämliche Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit“, welche sie ohnedies schon „geniessen“ in einer anderen staatsrechtlichen Eigenschaft, als Mitglieder einer anderen Körperschaft — das Gesetz sagt welcher —, dieselbe Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit nämlich, „welche ihnen als Mitglieder des Reichsrathes kraft des §. 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zusteht.“ Das Gesetz erklärt es somit ausdrücklich, dass sie als Mitglieder der Delegation nicht Mitglieder des Reichsrathes als cisleithanisches Parlament sind. Sie sind daher zweimal unverletzlich und unverantwortlich 1. als „Delegirte des Reichsrathes“ und 2. als Mitglieder des Reichsrathes.

Daraus folgt nothwendig, dass der Reichsrath, dessen „Delegirte“ sie sind, ein anderer Reichsrath sein muss, als derjenige Reichsrath, als dessen Mitglieder sie kraft des §. 16 unverletzlich und unverantwortlich sind, also als dessen Mitglieder sie Mitglieder des cisleithanischen Staatsparlamentes sind.

Der Reichsrath, dessen Delegirte sie sind, den sie vertreten, ist eben der Reichsrath als Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — der Theil des weiteren Reichstages.

Desgleichen ergibt sich dieses so ausserordentlich wichtige Resultat der zweifachen staatsrechtlichen Qualität des Reichsrathes auch noch aus §. 31 des Delegationsgesetzes.

„Jede Delegation ist berechtigt, zu beantragen, dass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde,

und kann dieser Antrag, sobald ein dreimaliger Schriftenwechsel erfolglos geblieben ist, von der anderen Delegation nicht abgelehnt werden“.

Da der gesetzliche Stellvertreter eines (willensfähigen) öffentlichen Organes, wie erwähnt, so lange er in Befolgung des Gesetzes die Rechte des von ihm Vertretenen ausübt, natürlich nicht mehr Rechte haben kann, als der Vertretene, so müssen derjenige Reichsrath, den die deutsche Delegation vertritt, und derjenige Reichstag, den die ungarische Delegation vertritt, offenbar rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten das Recht haben, sobald ein dreimaliger Schriftenwechsel zwischen ihnen — Reichstag und Reichsrath — erfolglos geblieben ist, zu beantragen, dass „die Frage“ — welche die beiden Reichstage verhandeln — „durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde“; ja ein solcher Antrag eines Reichstages kann dann von dem anderen Reichstage „nicht abgelehnt werden“. Denn wenn der Reichsrath und Reichstag nicht das Recht hätten, bezüglich der Regelung einer gemeinsamen Angelegenheit eine gemeinschaftliche Abstimmung zu beantragen und vorzunehmen, könnten sie dieses Recht nicht durch ihre Stellvertreter ausüben. Nun können aber das königlich ungarische Parlament und der kaiserlich cisleithanische Reichsrath der Natur der Sache nach niemals über dieselbe „Frage“ Einen Willensbeschluss erzeugen, d. h. Einen Volkswillen bilden. Die Parlamente zweier Staaten können überhaupt — als innere Organe — in gar keine Berührung treten. Die Parlamente zweier Staaten können als solche höchstens zwei Volkswillen mit identischem Inhalte erzeugen, und somit zur Bildung zweier Staatswillen mit gleichem Inhalte mitwirken; dies wäre z. B. der Fall, wenn zwei constitutionelle Staaten ganz gleiche Wehrgesetze erlassen würden; es ist der Fall bei den verfassungsmässig genehmigten Staatsverträgen.

Da sonach das cisleithanische Parlament und der ungarische Reichstag niemals über dieselbe Frage Einen Volkswillen erzeugen können; da sie niemals zufolge der Natur des Staates und nach dem positiven cisleithanischen und dem ungarischen Staatsrechte eine Plenarsitzung halten

können und dürfen, so ergibt sich nothwendig, dass die von den Delegationen vertretenen Volksvertretungs-Theilkörper, „Reichsrath“ und „Reichstag“, welche eine solche Plenarsitzung durch diese ihre Stellvertreter abhalten, nicht das cisleithanische Parlament und das ungarische Parlament sein können. Diese von den Delegationen vertretenen Volksvertretungs-Körperschaften sind daher ein anderer Reichsrath und ein anderer Reichstag, es sind die beiden unselbstständigen und untrennbaren Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung.

Endlich definirt das deutsche Ausgleichsgesetz durchgängig Cisleithanien und Ungarn als Reichshälften (§. 1, 2, 3, 4, 6); es erklärt Ungarn als ein Land⁴⁰⁾, sowie die „übrigen Provinzen und Länder Seiner Majestät“ (§. 1; §. 17 sagt ausdrücklich, dass jede Delegation ein Land vertritt); niemals spricht das Ausgleichsgesetz etwa vom Staate Cisleithanien oder Ungarn; das Ausgleichsgesetz erklärt Cisleithanien und Ungarn als Reichstheile (§. 3, 5).

Daraus folgt nothwendig, dass Cisleithanien und Ungarn eben zusammen ein Reichsland sind, Ein Reichsgebiet. Denn nur wenn ein Reichsterritorium (ein ganzes Staatsgebiet) existirt, dessen Staatsbezirke (Provinzen) *c* und *u* sind, gibt es Reichstheile *c* und *u*. Sind *c* und *u* gleich gross, z. B. rücksichtlich ihres Flächenraumes, oder ihrer Bevölkerung, dann werden sie als Reichshälften rücksichtlich des Flächenraumes des Staatsgebietes, oder mit Rücksicht auf die Bevölkerung des Staates, erklärt werden können. Sind die zwei grossen Provinzen (Theile) eines Staates z. B. nicht gleich an Flächenraum und Bevölkerung, aber politisch gleich (gleichbe-

⁴⁰⁾ Ebenso das Gesetz ddo. 24. März 1867 (R. G. Bl. 1868, Nr. 2) „über die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu dem Aufwande für die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten“.

Desgleichen das Gesetz vom 27. Juni 1878 „über die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu dem Aufwande für die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten“ (R. G. Bl. 1878, Nr. 61). Die Bezeichnung „österreichisch“ ist in diesem Gesetze absolut unrichtig; diese Monarchie ist die „österreichisch-ungarische“ Monarchie.

rechtigt), d. h. sind sie die zwei gleich grossen Factoren für die Bildung des Staatswillens dieses Reiches, dann werden sie mit Rücksicht auf ihren gleichen Einfluss und ihre gleiche Grösse und Kraft in der Bildung dieses Reichswillens, d. h. sie werden politisch als „Reichshälften“ erscheinen.

Diese „politische Parität“ der beiden Provinzen — welche an Flächenraum und Bevölkerung differiren können — wird vorhanden sein, wenn z. B. jede Provinz eine gleichwerthige Collectiv-Stimme für die Bildung des Staatswillens bei der Berathung der ihnen gemeinsamen Reichsangelegenheiten abgibt (wenn schon die Provinzen — gegen die organische Natur des Staates — zu Factoren seiner Willensbildung gemacht werden), oder wenn — bei dem Principe der modernen Volksvertretung: Abstimmung nach Köpfen — jede Provinz gleich viele Vertreter in die gemeinsame Volksvertretung entsendet.

Nun erklärt das Gesetz „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ und „Ungarn“ als „Länder“, als „Reichstheile“ in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten; mag das Ausgleichsrecht nun darunter wirklich das Landgebiet Cisleithaniens und Ungarns begreifen — und dann erklärt es die beiden Länder als ein einheitliches Reichs-(Staats-) Territorium, und damit nothwendig die sie bewohnenden Menschen als Ein einheitliches Reichsvolk für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten; will das Gesetz unter den „Ländern“ und „Reichstheilen“ die in Cisleithanien und Ungarn ansässige Bevölkerung verstehen — und dann erklärt es die beiden Bevölkerungen als ein einheitliches Reichsvolk für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten und damit nothwendig die von ihnen bewohnten beiden Landgebiete als gemeinsames Reichsterritorium, — immer resultirt als nothwendige Folge, dass die beiden „Länder“ und „Reichstheile“ Cisleithanien und Ungarn ein einheitliches Staatsterritorium bilden, und die sie bewohnenden Menschen Ein Staatsvolk — für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten. Ob diese „Länder“ und „Reichstheile“ gleich gross — daher „Reichshälften“ — sind oder nicht, ob sie in einem anderen Grössenverhältnisse zu einander stehen, ist hierbei irrelevant. Immer sind sämtliche Theile das Ganze. Bilden aber Cisleithanien

und Ungarn für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten Ein Staatsterritorium und ihre Bewohner für denselben Competenzkreis Ein Reichsvolk, dann tritt als weitere Folge die Thatsache ein, dass die Volksvertreter dieser Staatsbezirke, respective dieser Volkstheile, zusammen für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten Eine Volksvertretung, die Eine Reichsvertretung sind.

Nun sind gesetzlich Reichsrath und Reichstag „die Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten, daher sind dieser „Reichsrath“ und „Reichstag“ zusammen die einheitliche österreichisch-ungarische Volksvertretung.

Sonach ergibt sich zweifellos aus den Bestimmungen des deutschen Ausgleichsgesetzes — hier wurden nur einige derselben hervorgehoben — dass der Reichsrath und Reichstag, insoferne sie gesetzlich berufen und competent sind zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten — die untrennbaren Hälften des österreichisch-ungarischen Parlamentes bilden.

Sie sind — als Vertretungskörper der beiden Reichshälften — der Volksvertretungskörper des österreichisch-ungarischen Reiches.

Diese doppelte staatsrechtliche Natur des Reichsrathes und Reichstag ergibt sich ebenso

β) aus dem ungarischen Ausgleichsgesetze.

Der gemeinsame Reichstag wird rechtlich geschaffen auch durch den ungarischen Text des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes.

Es erscheint überflüssig, alle Argumentationen, welche rücksichtlich der verschiedenen Paragraphe der deutschen Ausgleichsgesetzgebung gegeben wurden, in Betreff der entsprechenden ungarischen Paragraphe mit identischem Inhalte noch einmal durchzuführen. Nur aus denjenigen Gesetzesstellen des ungarischen Textes der Reichsverfassung, welche scheinbar am meisten gegen die hier vertretene Anschauung sprechen, soll dieser Beweis noch einmal geführt werden.

Und hier im ungarischen Ausgleichstexte ist es nun vor-

züglich ein Paragraph, hinter welchem die Anhänger der Theorie, die Delegationen verträten in ihrer Function der Erzeugung des Volkswillens in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten die beiden selbstständigen Staatsparlamente „Reichsrath“ und „Reichstag“ (und seien demnach selbst zwei Körper), als hinter ihrer unbezwingbaren Schutzwehr zu stehen glauben. Dieser Paragraph ist der §. 38 des Gesetzartikel XII vom Jahre 1865/67.

Er lautet: „Die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation — vom Reichstage freigewählt — wird in den in dieser Feststellung bezeichneten und abgegrenzten Angelegenheiten und unter den daselbst bestimmten Modalitäten den Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Sr. Majestät vertreten. Diese Delegation kann durch vorhergehende Instructionen nicht gebunden werden.“

Daraus geht ohne Zweifel hervor, dass die Delegation den Reichstag vertritt, für den Reichstag und statt des Reichstages thätig ist. Die Delegation als Stellvertreter des Reichstages übt das Recht des Reichstages aus. Nun ist der Wirkungskreis dieses gesetzlichen Stellvertreters des Reichstages — der Delegation — streng auf die gemeinsamen Angelegenheiten beschränkt. „In den Wirkungskreis dieser Delegationen“ — sagt §. 37 des G. A. XII — „können nur jene Gegenstände gehören, die in diesem Beschlusse ausdrücklich als gemeinsam diesen Delegationen zugewiesen werden. Ueber diese Gegenstände hinaus dürfen diese Delegationen ihre Thätigkeit nicht erstrecken und in die dem ungarischen Reichstage und der ungarischen Regierung vorbehaltenen Angelegenheiten sich nicht mengen.“ (Ebenso §. 39, 40, 43.) Desgleichen §. 44: „Ausser dem, was das gemeinsame verantwortliche Ministerium den Delegationen für die gemeinsamen Angelegenheiten unterbreitet, besitzt jede dieser Delegationen auch ein Recht der Initiative; aber nur bezüglich solcher Gegenstände, welche als gemeinsame Angelegenheiten nach diesem Beschlusse streng in den Kreis dieser Delegationen gehören.“

Daraus folgt nun: Wenn die Delegation den ungarischen Reichstag vertritt, wenn sie das Recht des

Reichstages ausübt, und wenn diese Delegation gesetzlich als Stellvertreter nur gemeinsame, nur österreichisch-ungarische Angelegenheiten berathen und beschliessen darf, so kann sie offenbar nur denjenigen Reichstag vertreten, welcher ein Recht zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten hat, denjenigen Reichstag, welcher verfassungsmässig zur Berathung und Beschliessung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berufen ist. Sie vertritt nothwendig denjenigen Reichstag, „in dessen Wirkungskreis nur jene Gegenstände gehören können, die in diesem Beschlusse ausdrücklich als gemeinsam diesem Reichstage zugewiesen werden“. Die Delegation vertritt denjenigen Reichstag, welcher „über diese gemeinsamen österreichisch-ungarischen Gegenstände hinaus seine Thätigkeit nicht erstrecken und in die dem ungarischen Reichstage und der ungarischen Regierung vorbehaltenen Angelegenheiten sich nicht mengen darf“. Daher ist der von der Delegation vertretene Reichstag nicht das königlich ungarische Parlament, welches nur die öffentlichen Interessen und Angelegenheiten Ungarns berathen und beschliessen kann. Er ist vielmehr der die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten unter Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Regierung behandelnde Reichstag — der Reichstag als Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, der Reichstag in seiner Eigenschaft als „Vertretungskörper der einen Reichshälfte“. Ungarischer Reichstag als Parlament und österreichisch-ungarischer Reichstag als Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — der Reichsvertretung — sind zwei ganz verschiedene Organe: Der Eine ist das Organ des souveränen Staates Ungarn, der Andere das Organ des souveränen Staates Oesterreich-Ungarn. Sie sind ebenso verschieden, als der preussische Landtag verschieden ist von den 235 aus Preussen gewählten Abgeordneten, welche Mitglieder des deutschen Reichstages sind, „Preussen gegenüber den übrigen Ländern des deutschen Reiches vertreten“.

Dieselbe Eigenschaft des Reichstages, dass er Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung ist, ergibt sich indirect auch aus §. 47.⁴¹⁾ Er sichert den Delegirten „bis zum

⁴¹⁾ XII, §. 47: „Die Mitglieder der Delegationen können für Aeusserungen,

Aufhören ihres Amtes“ die durch die politische Freiheit geforderte Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit zu. Wären die Delegirten in dieser Eigenschaft Mitglieder des ungarischen Parlamentes, erschiene diese Zusicherung ihrer Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit als überflüssig und unerklärlich, insoferne ja diese Immunität der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Oberhauses des Reichstages in Ungarn — allerdings nur kraft althergebrachten Usus⁴²⁾ — ausser Zweifel steht. Als Mitglieder

die sie bei Behandlung der nach dieser Feststellung als gemeinsam bezeichneten Angelegenheiten gethan, niemals zur Verantwortung gezogen werden; ja sie können bis zum Aufhören ihres Amtes weder einer gerichtlichen Klage, welche eine persönliche Detention nach sich ziehen kann, noch eines Vergehens oder Verbrechens wegen, ausgenommen den Fall, wo sie auf der That ertappt werden, ohne vorübergehende Zustimmung des betreffenden Reichstages, oder für den Fall, dass dieser nicht versammelt ist, jener Delegation, deren Mitglieder sie sind, weder verhaftet, noch unter Anklage gestellt werden. In Bezug auf die Fortdauer oder Aufhebung der Haft eines auf der That ertappten Mitgliedes hat für den Fall, dass der betreffende Reichstag nicht versammelt ist, ebenfalls die betreffende Delegation Bestimmungen zu treffen. Uebrigens werden zur Verhütung von Unordnungen, welche bei den Berathungen vielleicht vorkommen könnten, durch die Geschäftsordnung Massregeln getroffen werden.“

⁴²⁾ Was die Immunität der Mitglieder des Reichstages (Abgeordnetenhaus und Magnatentafel) anlangt, bestehen keine neueren Gesetze, welche die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Abgeordneten direct aussprechen würden. Man beruft sich in Ungarn wohl diesbezüglich auf den §. 47 des G. A. XII, aber mit Unrecht, da die Delegirten in dieser Eigenschaft nicht Mitglieder des ungarischen Reichstages sind.

Gesetzlich kann diese Immunität der Mitglieder des Reichstages indirect wohl aus §. 19 des ungarischen Strafgesetzes (Artikel V vom Jahre 1878) abgeleitet werden, welcher sagt:

„Das Immunitätsrecht der Mitglieder des Reichstages und der Delegation zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten wird durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.“

Allein diese Immunität der Reichstagsmitglieder ist durch den Usus, durch das Gewohnheitsrecht, welches in Ungarn weit mehr von Bedeutung ist, anerkannt. Diese Immunität ging von den ständischen Reichstagsmitgliedern stillschweigend auf die Mitglieder der modernen Volksvertretung über. Die Mitglieder des ständischen Reichstages in Ungarn — bis zum Jahre 1848 — bedurften keiner besonderen Immunität, da die Adeligen ohnedies immun waren. Den Reichstag selbst bildeten die Prälaten, Magnaten (Magnatentafel), die Abgeordneten der Comitate (Kleinadel) der freien Städte und derjenigen privile-

des ungarischen Staatsparlamentes, als Delegirte des königlich ungarischen Reichstages, wären diese Delegirten ebenso als

girten Districte, denen das Recht der Reichsstandschaft zustand (Ständetafel). So z. B. nahmen die Districte der sechs Haiducken-Städtchen (*oppida hajdonicalia*) seit 1791 durch zwei Deputirte an der Ständetafel Theil.

Den Adeligen gleich und daher im Besitze der Immunitäten des Adels erschienen die Prälaten, die königlichen Städte, welche jede für eine adelige Person galten, desgleichen jene Classe der privilegierten Districte, deren Einwohner zusammen einen Edelmann ausmachen und auf dem Reichstage Sitz und Stimme hatten. Jeder königlichen Freistadt als Gesamtpersönlichkeit kommt die Eigenschaft des ungarischen Reichsadels mit allen Vorrechten desselben zu (Gesetz-Art. 60 v. J. 1618, Art. 18 v. J. 1649).

Ein Hauptvorrecht der Adeligen (Stände) bestand nun (*Tripartitum Pars I tit. 9 „de quatuor privilegiatis et praecipuis Nobilium Libertatibus*) darin, dass sie unter der Hoheit ihres gesetzmässig gekrönten Königs und Landesfürsten stehen; sie können auf keine Anklage weder gefangen genommen, noch an ihren Gütern beeinträchtigt werden, ehe sie vorher citirt und rechtlich verurtheilt sind, dergestalt, dass man einen Verbrecher aus dieser Classe, selbst wenn er auf der That ertappt, aber nicht zugleich gefangen wird, nicht weiter nachsetzen darf, sondern erst eine Citation und ein förmliches Urtheil des adeligen Richters gegen ihn erlassen werden muss. Ausgenommen sind nur einige Verbrechen, so das Verbrechen der beleidigten Majestät, des Aufruhrs, Meuterei und Fahnenflucht. Ausserdem konnten die vagabunden Edelleute, wenn sie ein Verbrechen begingen, ohne vorhergehende Citation in Verhaft genommen werden. Die Freiheit und Unverantwortlichkeit in der Berathung auf dem ständischen Reichstage findet sich wohl auch im Gesetze ausgesprochen. So z. B. im Gesetzartikel 12 von 1790—91, *de legislativae et executivae Potestatis Exercitio*:

Leges ferendi, abrogandi, interpretandi Potestatem in Regno hoc Hungariae Partibusque annexis: salva art. 8, 1741 Dispositione: legitime coronato Principi et Statibus ac OO. Regni, ad Comitum legitime confluentibus communem esse, nec extra illa exerceri posse, Sua Majestas Sacratissima ultro ac sponte agnoscit, ac se Jus hoc Statuum illibatum conservaturam atque procul illud a Divis suis Majoribus acceperat, ita etiam ad Augustos suos Successores inviolatum transmissuram benigne declaravit, Status et OO. Regni securos reddens nunquam per Edicta, seu sic dictas Patentales, quae alioquin in nullis unquam Regni judiciis acceptari possunt, Regnum et Partes adnexas gubernandas fore

und *articulus 13* vom Jahre 1790—91: *de Periodica Diaetarum Celebratione. Singulo triennio aut publica Regni utilitate et necessitate exigente etiam citius, ad exigentiam sancitarum superinde Regni Legum, signanter 1655 art. 49, 1715 art. 14 et 1723 art. 7 hic loci renovatorum, per Majestatem Regiam Generalis Regni Diaeta indicetur: Ad quam Status et Ordines citra omne ponendum impedimentum comparituri, diaetaliaque negotia legali cum libertate pertractaturi sunt. Ut autem pertractatis debite Propositionibus regis, cuncta*

Organe für die Bildung des Volkswillens geschützt, als es überhaupt die Mitglieder des Reichstages durch den Usus sind. Und da der §. 47 nur den 60 Delegirten rechtlich die Immunität sichert, kann als Ursache dieser Gesetzesbestimmung wohl nicht das Streben und der Wunsch Ungarns angegeben werden, die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit seiner Volksvertreter nicht bloß auf das Herkommen, sondern auf eine sichere Gesetzesbestimmung gebaut zu sehen. Denn in diesem Falle hätte man diese Immunität allen Mitgliedern des Reichstages zugesichert. Weil die Delegirten aber Mitglieder des in Ungarn gewählten Theiles des weiteren Reichstages sind, bedürfen sie erst des gesetzlichen Schutzes ihrer Rede und Abstimmung. Denn für die Mitglieder dieser erst durch den Ausgleich des Jahres 1867 geschaffenen österreichisch-ungarischen Volksvertretung gewährt der hergebrachte Usus keinen Schutz.

Dieser von der Delegation vertretene, zur Behandlung der österreichisch - ungarischen Angelegenheiten verfassungsmässig berufene und berechtigte Reichstag ist eine jener „Modalitäten, mittelst welcher die Lebensbedingungen der Sicherheit und des Fortbestandes der Monarchie unversehrt gewahrt werden, zugleich aber einerseits den Ländern der ungarischen Krone und andererseits den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät die constitutionelle Einflussnahme auf die verfassungsmässige Behandlung der oberwähnten gemeinsamen Angelegenheiten gesichert wird“ (Einleitung zum Ges.-Art. XII).

Dieser weitere Reichstag wurde dadurch geschaffen, „dass es nothwendig wurde, dass die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen unter der Regierung Seiner Majestät stehenden Ländern obschwebenden gemeinsamen Verhältnisse klar und bestimmt bezeichnet werden, und dass der Berührungsmodus zwischen den zwei von einander (nämlich als Parlamenten) unabhängigen constitutionellen Vertretungen bezüglich der Behandlung dieser gemeinsamen Verhältnisse genau festgesetzt werde“.

justa gravamina universorum Statuum et Ordinum Regni, in qualibet diaeta effective et in omnes tollantur, Legesque in singula diaeta condendae exacte effectuentur, et effectuari procurentur, Majestas Regia futuris etiam quibusvis Temporibus vi Muneris sui Regii curatura est.

Ja das Gesetz erklärt den Reichsrath und Reichstag geradezu als Theile, es erklärt die in Cisleithanien gewählte Volksvertretung als einen Theil, und die in Ungarn gewählte Volksvertretung als den anderen Theil — wessen? so muss gefragt werden. Und die Antwort kann nur sein: „Einer Volksvertretung“. So sagt §. 20 des Gesetzartikels XII bezüglich der Behandlung der österreichisch-ungarischen Quote: „Diesen Vorschlag (der Deputation) unterbreitet jedes Ministerium dem betreffenden Reichstage, wo derselbe ordnungsgemäss behandelt wird. Ein jeder Reichstag theilt seine Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien dem anderen Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Seiner Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden“.

Dieser weitere Reichstag ist es, welcher geschaffen wurde durch die Erklärung des ungarischen Reichstages (§. 23), dass er, der Reichstag, „unter Wahrung der Unabhängigkeit beider Theile (nämlich als Staaten) mit den übrigen Ländern Seiner Majestät als constitutionellen Völkern in Berührung treten wolle“.⁴³⁾

Es ist also derjenige Reichstag, welcher mit den übrigen Ländern — d. h. mit der Volksvertretung der übrigen Länder — in Berührung ist. Diese „Berührung der beiden Volksvertretungen“ besteht eben darin, dass die beiden — als Parlamente von einander unabhängigen — Volksvertretungen rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten von einander abhängig sind; diese Abhängigkeit der beiden Volksvertretungen besteht darin, dass sie rücksichtlich derselben,

⁴³⁾ D. h. der Reichstag erklärt, „unter Wahrung der Unabhängigkeit beider Theile mit der Vertretung der übrigen Länder Seiner Majestät in Berührung treten zu wollen“. Denn der gegenwärtige Wortlaut des Gesetzes „der Reichstag erklärt . . . mit den übrigen Ländern als constitutionellen Völkern in Berührung treten zu wollen“ ist wohl nicht entsprechend, da eine Volksvertretung nicht mit Ländern als Völkern in Berührung treten kann.

Dies spricht auch §. 25 dann genau aus, indem er ausspricht, dass „Ungarn nur mit den constitutionellen Vertretungen dieser Länder bezüglich welcher immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann“.

nämlich der gemeinsamen Angelegenheiten, welche sie beide verfassungsmässig nach ihrem ganzen Inhalte behandeln, nicht eine allein einen staatsrechtlich relevanten Willen erzeugen können; die Volksvertretungen müssen vielmehr rücksichtlich dieser österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, die sie beide gleich angehen, welche die Angelegenheiten des Volkes sind, das sie vertreten, auch Einen übereinstimmenden Willensbeschluss erzeugen. Sie müssen z. B. rücksichtlich Eines Staatsvertrages, den die österreichisch-ungarische Monarchie geschlossen hat, einen Willensbeschluss fassen, nicht etwa zwei übereinstimmende Willensbeschlüsse. Die beiden Volksvertretungen müssen erklären z. B., dass der durch die Krone mittelst des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeussern — als Bevollmächtigten — ausgesprochene österreichisch-ungarische Staatswille auch ihr Wille ist. Ein Willensbeschluss kann aber nur dann der Wille Zweier sein, wenn diese Zwei eine Einheit bilden, eine Gesamtpersönlichkeit, welche eben durch ihr verfassungsmässiges Organ diesen Einen Willen (der Gesamtpersönlichkeit) ausspricht. Die Berührung der beiden Volksvertretungen rücksichtlich der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten besteht also darin, dass sie zusammen dieselben untheilbaren Angelegenheiten in ihrem ganzen Umfange als ihre eigenen öffentlichen Angelegenheiten berathen und beschliessen, dass sie einfach in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten und für ihre Erledigung Eine Volksvertretung bilden.

Worin sollte sonst „die Berührung der beiden constitutionellen Vertretungen“ bestehen? Etwa darin, dass die Parlamente der zwei Staaten Cisleithanien und Ungarn sich ihre Anschauungen bezüglich der Angelegenheit, die sie berathen, mittheilen, dass sie in Verkehr miteinander stehen? Ein solcher Verkehr der Parlamente zweier Staaten ist staatsbegrifflich und staatsrechtlich eine absolute Unmöglichkeit. Nach Aussen kann nur von einem Staatswillen, vom Willen des Staates gegenüber anderen Staaten und deren Angehörigen die Rede sein, von einem Verkehr der Staaten, aber niemals von einem Volkswillen und einem Verkehre der Parlamente.

Die Mittheilung des Volkswillens in einem Staate an das Parlament eines anderen Staates — ist eine Unmöglichkeit.

Es gibt nach Aussen — d. h. zwischen zwei Staaten — keinen Volkswillen, sondern nur einen Staatswillen. Die Staaten sind die wollenden und handelnden Persönlichkeiten des Völkerrechtes, ihre Willen sind souveräne Willen.

Die Volksvertretung ist nur ein inneres Organ für die Bildung des Staatswillens, welches Organ für die Aussenwelt der Staatspersönlichkeit nicht sichtbar und wahrnehmbar ist. Dieses Organ kann von Aussen, von Personen und Organen ausserhalb des Staatsorganismus, nicht „berührt“ werden.

Oder soll diese „Berührung des Reichstages mit der Vertretung der übrigen Länder Sr. Majestät“ vielleicht darin bestehen, dass beide Volksvertretungen in manchen Fällen, z. B. in Betreff cisleithanisch-ungarischer Staatsverträge, Staatswillen mit materiell gleichem Inhalte schaffen helfen? Also darin, dass z. B. die Volksvertretungen provisorisch (mit Vorbehalt der Genehmigung der Volksvertretung) durch die Ministerien als Bevollmächtigte abgeschlossene Staatsverträge zwischen Ungarn und Cisleithanien genehmigen? Wahrhaft, da wären die Parlamente aller Staaten — die solche haben — in dieser constitutionellen „Berührung“.

Gewiss, in „Berührung“ können nicht die Parlamente zweier Staaten stehen, sondern nur die Theile der Volksvertretung eines und desselben Staates; daher können nur im Bundesstaate die Parlamente der Sonderstaaten, wenn ihnen zugleich die constitutionelle Mitwirkung an den Reichsangelegenheiten, den Angelegenheiten des Gesamtstaates, eingeräumt ist, in dieser „Berührung“ sein; d. h. also nur die (Menschen der) Parlamente der Sonderstaaten können in einer anderen staatsrechtlichen Eigenschaft und als Organe eines anderen Staates — des Gesamtstaates, sie können als zur Behandlung der Reichsangelegenheiten berechnigte Volksvertretungstheilkörper, welche zusammen die Volksvertretung des Bundesstaates ausmachen, in dieser „Berührung“ stehen.

Wenn daher §. 23 sagt: „Der Reichstag erklärt unter Wahrung der Unabhängigkeit beider Theile mit den übrigen

Ländern Sr. Majestät als constitutionellen Völkern in Berührung treten zu wollen“, so erklärt derselbe:

Die Volksvertretungen der beiden Theile — welche als Staaten gegeneinander und gegenüber dem Reiche souverän und unabhängig bleiben — bilden zusammen eine Volksvertretung — in diesem Falle für die Behandlung der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten.

Auch der §. 23 schafft daher — wenn auch in staatsrechtlich ungenauen Ausdrücken — eine gemeinsame parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten, er creirt die gemeinsame Volksvertretung.

Die rechtliche Thatsache, dass der Reichstag mit dem Reichsrathe als dem Theilvertretungskörper der „übrigen Länder und Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie“ die gemeinsame Volksvertretung bildet, folgt endlich aus dem Passus des §. 38⁴⁴⁾: „die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation wird den Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Seiner Majestät vertreten“.

Daraus folgt zunächst, dass Ungarn mit Cisleithanien (dies ist ja „die übrigen Länder Seiner Majestät“) eine Landeinheit, d. i. ein Staatsgebiet, unter der Herrschaft Einer Majestät (Einer Krone) stehend, ausmacht. Hier ist unter „Seiner Majestät“, wie z. B. in den §§. 8, 19, 23, 25, 27, 28, 29, 32, die gemeinsame, österreichisch-ungarische Majestät zu verstehen.

Denn nur die gemeinsame Krone, die gemeinsame Majestät, oder nach §. 4⁴⁵⁾ „der gemeinsame Fürst“ besitzt neben Ungarn noch „übrige Länder und Provinzen“. Der König von

⁴⁴⁾ XII, §. 38. „Die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation — vom Reichstage freigewählt — wird in den in dieser Feststellung bezeichneten und abgegrenzten Angelegenheiten, und unter den daselbst bestimmten Modalitäten den Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Seiner Majestät vertreten. Diese Delegation kann durch vorgehende Instructionen nicht gebunden werden.“

⁴⁵⁾ VII, §. 4. „Diese zwei Grundideen hat der ungarische Reichstag bei Bestimmung jener Verhältnisse vor Augen gehalten, welche Ungarn mit den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Fürsten stehenden Ländern gemeinsam betreffen.“

Ungarn kann darunter nicht verstanden werden, da dieser ausser dem Königreiche Ungarn keine „übrigen Länder und Provinzen“ mehr besitzt. Würde Ungarn nicht mit den „übrigen Ländern und Provinzen“ d. i. mit Cisleithanien — eine Einheit bilden, ein Staatsgebiet, könnte das Gesetz nicht von den — nach Abzug der Provinz Ungarn — noch „übrigen Ländern und Provinzen“ derselben Einen Majestät sprechen. Für Schweden und Norwegen besteht keine gemeinsame Krone und sie bilden kein einheitliches Staatsgebiet für bestimmte gemeinsame Angelegenheiten. Das schwedische Gesetz kann daher nicht von Norwegen als den — Schweden ausgenommen — noch „übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät“, d. i. des Königs von Schweden, sprechen.

Ausserdem, dass der ungarische Ausgleichstext in den citirten Paragraphen mit Rücksicht auf die gemeinsamen Angelegenheiten von den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät spricht, erklärt dieses Verfassungsgesetz der Gesamtmonarchie an vielen Stellen und in den verschiedensten Wendungen, dass Cisleithanien und Ungarn für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten Ein Ganzes, d. h. Einen Staat und ein Staatsgebiet bilden.

Das Gesetz definirt Cisleithanien und Ungarn als Theile §. 8, 18, 28, 29, 35,

ja sogar jedes als „einzelnes Land“ (§. 41); es erklärt, dass jede Delegation Länder repräsentirt (§. 51), es anerkennt dass die gemeinsamen Angelegenheiten „die unter der Herrschaft Seiner Majestät stehenden gesammten Länder simultan betreffen“ (§. 8);

es spricht (Einleitung, §. 1) vom „einheitlichen und untheilbaren Besitz der zum Verbande der Monarchie gehörigen Länder und Provinzen“; ferner

von „jenen Verhältnissen (§. 4), welche Ungarn mit den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Fürsten stehenden Ländern gemeinsam betreffen“ u. s. f.

Das Land, die Provinz Ungarn, hat nach dem Gesetze mit den „übrigen Ländern und Provinzen“, d. i. mit dem Lande Cisleithanien — die gemeinsamen Angelegenheiten.

Nicht der Staat Ungarn und der Staat Cisleithanien haben diese gemeinsamen Angelegenheiten.

Nicht ein einziges Mal spricht das ungarische Ausgleichsgesetz von dem Staate Ungarn als Theil der Monarchie oder von den „Staaten der Monarchie“; erst die spätere Theorie und Praxis hat diese staatsbegrifflich unmögliche und gegen das österreichisch-ungarische Staatsrecht verstossende Terminologie erfunden.

Ergibt sich nun aus den citirten Gesetzesstellen (§§. 19, 23, 25, 27—29, 32 u. s. f.) und aus §. 38, dass „Ungarn“ und die „übrigen Länder Seiner Majestät“ für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten eine Landeinheit — ein Staatsgebiet — ausmachen, so folgt natürlich, dass die von den beiden grossen Staatsbezirken — Ungarn und Cisleithanien — zur Behandlung dieser gemeinsamen Angelegenheiten gewählten Volksvertretungstheile eben zusammen die Eine gemeinsame Volksvertretung bilden. Daher kann eben der von Ungarn gewählte Theil dieser einheitlichen Volksvertretung — der Reichstag — den österreichisch-ungarischen Staatstheil (Provinz) Ungarn „gegenüber den übrigen Ländern Seiner Majestät vertreten“, d. h. den (Theil-) Willen der Provinz Ungarn bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten in der Volksvertretung „aller Länder und Provinzen Seiner Majestät“ zum Ausdruck und zur Geltung bringen. Nur in diesem Falle — wenn Ungarn mit den „übrigen Ländern Seiner Majestät“ eine einheitliche gemeinsame Volksvertretung hat bezüglich der dem Lande (Provinz) Ungarn mit den „übrigen Ländern Seiner Majestät“ gemeinsamen Angelegenheiten, nur dann kann der Stellvertreter des von der Provinz Ungarn gewählten Theiles dieser gemeinsamen Volksvertretung — also der Stellvertreter (ungarische Delegation) des Reichstages als „Vertretungskörpers der Reichshälfte Ungarn“ — diesen „Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Seiner Majestät“ vertreten, d. i. gegenüber „den constitutionellen Vertretungen dieser Länder“, gegenüber dem Reichsrathe, respective dessen Stellvertreter — dem deutschen Delegations-theile. Denn der Reichstag „kann nur mit den constitutionellen Vertretungen dieser Länder bezüglich welch' immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung“ stehen (§. 25).

Der schwedische Reichstag kann nicht Schweden gegenüber den „übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät“ des Königs von Schweden — das wäre analog gegenüber: Norwegen, respective dessen Reichsversammlung (dem *Storthing*) vertreten. Desgleichen könnte auch der Stellvertreter des schwedischen Reichstages — wenn ein solcher existiren würde — nicht den schwedischen Reichstag gegenüber: den „übrigen Ländern Seiner Majestät des Königs von Schweden — das wäre analog gegenüber: Norwegen oder dessen *Storthing*, oder gegenüber dem Stellvertreter des *Storthing* vertreten; auch dann nicht, wenn durch Staatsvertrag zwischen den Staaten Norwegen und Schweden festgesetzt wäre, dass bestimmte, gleiche schwedische und norwegische Staatsangelegenheiten, z. B. die Organisation der königlich schwedischen Armee und der königlich norwegischen Armee — materiell ganz gleich zu normiren seien, also in diesem Falle, dass Schweden und Norwegen zwei gleiche Heeresgesetze für ihre beiden Armeen schaffen müssen.

Es könnte diese Vertretung einer Volksvertretung gegenüber der anderen nicht stattfinden; abgesehen davon, dass die Parlamente zweier Staaten in keinen Verhältnissen und Beziehungen zu einander stehen können, wäre dies deshalb unmöglich, weil Schweden und Norwegen keine gemeinsamen Angelegenheiten haben, sondern dann nur materiell gleich zu ordnende selbstständige Staatsangelegenheiten hätten. Daher könnten sie auch in diesem Falle nicht zur Behandlung dieser schwedischen und norwegischen correspondirenden und gleichartig zu regelnden Staatsangelegenheiten eine gemeinsame Volksvertretung haben, welche Einen gemeinsamen Willen bezüglich ein und derselben gemeinsamen, daher eigenen Staatsangelegenheit erzeugte. Sie hätten und könnten nur haben zwei selbstständige Volksvertretungen, ein schwedisches und ein norwegisches Parlament, welche zwei Staatswillen mit gleichem Inhalte bezüglich der correspondirenden öffentlichen Angelegenheiten der beiden Staaten schaffen helfen würden.

Wären daher Ungarn und Cisleithanien auch in Betreff der „gemeinsamen Angelegenheiten“ Staaten, und ihre diese gemeinsamen Angelegenheiten materiell gleich ordnenden Volksvertretungen selbstständige Staatsparlamente, dann könnten

keine irgend wie zu entscheidenden Beziehungen und Verhältnisse zwischen den beiden Parlamenten dieser Staaten, Reichstag und Reichsrath, bestehen. Es könnte daher von irgend einer gegenseitigen Vertretung dieser beiden inneren Organe der Staaten behufs Entscheidung derselben E i n e n, gemeinsamen Beziehungen und Verhältnisse zwischen ihnen nicht die Rede sein.

Eben weil Ungarn und Cisleithanien nicht als Staaten, sondern als Theile (Provinzen) Eines Staates gemeinsame Angelegenheiten haben, konnte die Provinz Ungarn, als sie — vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Provinz Cisleithanien — die gemeinsame, österreichisch-ungarische Verfassung, das Ausgleichsgesetz schuf, festsetzen, dass der gemeinsame, österreichisch-ungarische Staatswille in politisch-freier Weise durch die von beiden Provinzen zu entsendenden gemeinsamen Volksvertreter erzeugt werde. Es konnte die Normen für die Bildung des Reichswillens aufstellen. Ungarn konnte, vorbehaltlich der Zustimmung der Provinz Cisleithanien — man liess ja das Ausgleichsgesetz merkwürdiger Weise durch die Zustimmung der beiden Provinzen annehmen — eben festsetzen und fordern, dass beide Provinzen (daher auch die andere Provinz — „die übrigen Länder Seiner Majestät“) ihre Vertreter zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsenden⁴⁶⁾, da „bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten der constitutionelle Einfluss der übrigen Länder nicht umgangen werden kann.“ (§. 25.)

Da Ungarn eben die Verfassung aufstellte, durch welche die österreichische Monarchie in die politisch-freie, „österreichisch-ungarische Monarchie“ umgewandelt werden sollte, musste es in dieser neuen Reichsverfassung natürlich auch für den ganzen Staat Oesterreich-Ungarn — also auch für den

⁴⁶⁾ §. 25: „Die zweite Grundbedingung ist die, dass die volle Verfassungsmässigkeit auch in den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät factisch in's Leben trete, weil Ungarn nur mit den constitutionellen Vertretungen dieser Länder bezüglich welch' immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann, und auch Seine Majestät selbst aus dem Grunde den bisherigen Modus der Behandlung dieser Angelegenheiten abzuändern wünschte, weil er auch seinen übrigen Ländern constitutionelle Rechte verlieh und auch bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten den constitutionellen Einfluss derselben nicht umgehen kann.“

Staatstheil Cisleithanien — festsetzen, dass „die volle Verfassungsmässigkeit auch in den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät factisch in's Leben trete“, d. h. dass die Reichsvertreter auch von der Provinz Cisleithanien gesandt werden.

Musste ja doch der weitere Reichstag zusammentreten, um diese neue, österreichisch-ungarische Verfassung, das Ausgleichsgesetz — anzunehmen; er musste zusammentreten in seinen beiden untrennbaren Theilkörpern, Reichsrath und Reichstag, um — in der Form der Abgabe der übereinstimmenden zwei Collectivstimmen der Provinzen Ungarn und Cisleithanien — der neuen Reichsverfassung die Zustimmung des österreichisch-ungarischen Volkswillens zu ertheilen.

Die Provinz Ungarn wollte ja durch diese neue Reichsverfassung „das constitutionelle Regierungssystem in der ganzen Monarchie begründen und hiedurch den Glanz ihres Thrones und die Kraft und Macht der Monarchie auf die Betheiligung aller ihrer Völker an den öffentlichen (gemeinsamen) Angelegenheiten als auf die naturgemässe, somit festeste Grundlage basiren.“ (Einleitung zum Artikel XII.) Die im §. 25 von Ungarn für Cisleithanien aufgestellte Bedingung, „die zweite Grundbedingung, dass die volle Verfassungsmässigkeit auch in den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät“ — also nicht im Staate Cisleithanien — „factisch in's Leben trete, weil Ungarn nur mit den constitutionellen Vertretungen dieser Länder bezüglich welch' immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann“ ist daher eine Bedingung für die österreichisch-ungarische Provinz Cisleithanien.

Diese Bedingung trifft nicht etwa den Staat Cisleithanien. Ungarn hat damit nicht dem Staate Cisleithanien die Bedingung gestellt, dass er sich eine politisch-freie (cisleithanische) Staatsverfassung geben und dieselbe aufrecht erhalten müsse. Wie käme auch die Provinz Ungarn — ja auch der Staat Ungarn — dazu, dem Einzelstaate Cisleithanien vorzuschreiben, dass er zur Besorgung seiner cisleithanischen Sonderinteressen — welche Ungarn gar nicht berühren, weder als Provinz noch als Staat — eine politisch-freie Verfassung schaffen und erhalten müsse? Welches Interesse hätte Ungarn daran, und insbesondere, welches Recht hätte es zu einer

solchen Anordnung? Der Sinn dieser „zweiten Grundbedingung“ des §. 25, „dass die volle Verfassungsmässigkeit auch in den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät factisch in's Leben trete“ war daher der, dass auch dieser von Cisleithanien zu bildende Theil des weiteren Reichstages, der „Vertretungskörper der Reichshälfte Cisleithanien“ sofort einberufen werden und künftig vorhanden sein müsse, damit der weitere Reichstag in seinen beiden Theilen die neue Constitution für Oesterreich - Ungarn annehmen, und die gemeinsamen Angelegenheiten in Hinkunft auf constitutionelle Weise behandeln könne.

Dieser „Reichsrath“, dieser von Ungarn im Ausgleichsgesetze vorgeschlagene Theil des gemeinsamen Reichstages, den die Provinz Cisleithanien entsenden sollte, war in derselben Weise zu erzeugen, wie der (engere) Reichsrath der Februar-Verfassung, resp. der December-Verfassung; er sollte aus ebenso vielen (und aus denselben physischen) Personen bestehen wie der Reichsrath des Jahres 1867; desgleichen sollte der von der Provinz Ungarn zu entsendende Theilkörper „Reichstag“ aus ebensovielen Mitgliedern (denselben physischen Personen) bestehen, und in derselben Weise gebildet (gewählt) werden, wie der ungarische Reichstag des Jahres 1867.

Sonach hatte Ungarn die cisleithanische Staatsverfassung — soweit sie die Bildung des Reichsrathes betrifft — als die auch in der österreichisch-ungarischen Provinz Cisleithanien geltende Form für die Bildung des österreichisch-ungarischen Theilvertretungskörpers „Reichsrath“ vorgeschlagen; Ungarn hatte den Inhalt der cisleithanischen Staatsverfassung für die Bildung des engeren Reichsrathes als vom Reiche zu adoptirendes Verfassungsrecht für die Bildung des Theiles „Reichsrath“ der gemeinsamen Reichsvertretung seitens der Provinz Cisleithanien beantragt. Damit war — die Annahme durch die Provinz Cisleithanien vorausgesetzt — die 1. cisleithanische Verfassung, die (Februar-Verfassung, resp.) December-Verfassung, soweit sie die Bildung des engeren Reichsrathes betraf, auch 2. als Theil der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung acceptirt und erklärt. Sie ward

indirect ein wesentlicher Bestandtheil des Ausgleichsgesetzes.

Desgleichen ward das 1. ungarische Wahlgesetz des Jahres 1848 sammt den abändernden Gesetzen (bis zum Jahre 1867) auch 2. als Reichsgesetz bestimmt für die Wahl der Reichsabgeordneten, welche von der Provinz Ungarn zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu entsenden sind. Und Cisleithanien hatte — durch Annahme des ungarischen Textes der Reichsverfassung — auch diese Gesetze über die Bildung des ungarischen Reichstages als Normen für die Schaffung des von der Provinz Ungarn zu entsendenden Theiles „Reichstag“ der gemeinsamen Volksvertretung, d. i. als Reichsgesetze angenommen.

Daher dürfen diese für die beiden Reichsprovinzen allerdings verschiedenen Reichsgesetze über die Bildung der von ihnen zu wählenden Theile der Reichsvertretung auch nicht von einer Provinz allein abgeändert werden, sondern nur vom weiteren Reichstage selbst.

Daraus erklärt sich die oft geäußerte Anschauung, dass Ungarn auch ein Garant sei für die cisleithanische Verfassung.⁴⁷⁾

Allein dies ist nur indirect der Fall, insoferne, dass Ungarn seine Zustimmung als Provinz geben müsste — im weiteren Reichstage —, dass diejenigen Verfassungsbestimmungen über die Bildung des Reichsrathes, welche durch den Ausgleich eben auch Reichsrecht wurden, jetzt abgeändert werden.

Das Reichsgesetz über die Bildung des „österreichisch-ungarischen Reichsrathes“ seitens Cisleithaniens — welches Reichsgesetz seinem Inhalte nach identisch ist mit dem cisleithanischen Verfassungsgesetze über die Bildung des cisleithanischen „Staatsparlamentes Reichsrath“ — dürfte nur durch den weiteren Reichstag selbst unter Sanction der gemeinsamen Krone abgeändert werden. Desgleichen dürften die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Bildung des von der Reichsprovinz Ungarn zu schaffenden Theiles des weiteren

⁴⁷⁾ Diese Anschauung beruht auf der Verwechslung der cisleithanischen Staatsverfassung mit den — ihrem Inhalte nach identischen — österreichisch-ungarischen Verfassungsbestimmungen über die Bildung des von der Reichsprovinz Cisleithanien zu schaffenden Theiles „Reichsrath“ des weiteren Reichstages.

Reichstages — die identischen Inhalte sind mit den Bestimmungen der ungarischen Verfassung über die Bildung des königlich ungarischen Parlamentes — nur mit Zustimmung der Provinz Cisleithanien unter Sanction der gemeinsamen Krone abgeändert werden. Insoferne ist daher ebenso Cisleithanien (indirect) ein Garant für die ungarische Verfassung.

Das cisleithanische Verfassungsrecht hingegen wird einzig und allein durch die berechtigten Factoren der cisleithanischen Staatsgesetzgebung — Reichsrath und Kaiser — natürlich unabhängig von Ungarn abgeändert werden können.

Und wenn heute die cisleithanische Staatsverfassung aufgehoben würde — durch Reichsrath und Kaiser — so würde dies den Staat Ungarn nicht berühren und er hätte nicht im Entferntesten ein Recht der Einsprache, denn Cisleithanien und Ungarn sind zwei von einander unabhängige souveräne Staaten.

Die österreichisch-ungarische Provinz Cisleithanien müsste natürlich immer den „Reichsrath“ als Vertretungskörper der „Reichshälfte“, (den halben Reichsvertretungskörper), wählen. Allerdings wäre es kaum möglich, Cisleithanien den Einzelstaat als absolute Monarchie und Cisleithanien als österreichisch-ungarische Provinz des politisch freien Staates Oesterreich-Ungarn für die Dauer zu erhalten. Es ist kaum denkbar, dass ein politisch freier, monarchischer Bundesstaat existire und neben ihm absolut monarchische Einzelstaaten. Und so bedingt eben die politisch freie Verfassung des Bundesstaates Oesterreich-Ungarn — welche durch das Ausgleichsgesetz gegeben wurde — auch indirect politisch freie Verfassungen der Einzelstaaten und daher auch Cisleithaniens.

Leichter hätte sich bei Gelegenheit der Ausgleichsaction des Jahres 1867 eine andere Form des Bundesstaates herausbilden können, nämlich das absolute Kaiserthum Oesterreich mit dem Competenzgebiete der in der pragmatischen Sanction festgesetzten gemeinsamen Reichsangelegenheiten, der in der pragmatischen Sanction befohlenen und demgemäss verwirklichten „*Politico-um, Militarium et Oeconomicorum accomodatio*“; denn „die Gemeinsamkeit jener auswärtigen Angelegenheiten, welche die unter der Herrschaft Seiner Majestät stehenden gesammten Länder

simultan betreffen (§. 8), das Kriegswesen (§. 9), das Finanzwesen, insoweit die Kosten gemeinsam sein werden, welche auf die als gemeinsam anerkannten Gegenstände zu verwenden sind“ (§. 16) — „dies sind die Gegenstände, deren oberwähnte Gemeinsamkeit, als aus der pragmatischen Sanction fließend, angesehen wird.“ Die „gemeinsamen Angelegenheiten“ wurden natürlich nicht etwa erst im Jahre 1867 durch einen Vertrag der Staaten Ungarn und Cisleithanien geschaffen. Wäre nun in Betreff der Form, in welcher in Zukunft diese durch die pragmatische Sanction geschaffenen gemeinsamen österreichischen Reichsangelegenheiten behandelt werden sollen, zwischen den Provinzen Cisleithanien und Ungarn im Jahre 1867 keine Einigung erzielt worden, d. h. wäre die von Ungarn vorgeschlagene politisch freie gemeinsame Behandlungsform dieser gemeinsamen Reichsangelegenheiten — die gemeinsame constitutionelle Reichsverfassung — durch die Ungarn und Cisleithanien nicht angenommen worden, dann würde eben die bisherige Form der absoluten Behandlungsweise dieser gemeinsamen Angelegenheiten — die absolute österreichische Reichsverfassung — für das Gebiet der aus der pragmatischen Sanction fließenden gemeinsamen Angelegenheiten rechtlich fortbestanden haben. Der Gesamtstaat wäre eine absolute Monarchie geblieben.

Ungarn hingegen war durch die Wiederherstellung seiner Verfassung (Reskript vom 17. Februar, Krönung des Königs Juni 1867) für die Angelegenheiten der Krone des heiligen Stephan ein souveräner politisch freier Staat geworden.

Cisleithanien war durch die Februar-Verfassung, welche, soweit sie die im engeren Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder betraf, natürlich rechtlich und factisch in Kraft war, ebenfalls in eine constitutionelle Monarchie verwandelt.

Durch die Nichtannahme der Ausgleichsverfassung wäre somit das absolute Kaiserthum Oesterreich rechtlich existent geblieben; für die Sonderstaatsangelegenheiten Cisleithaniens und Ungarns bestanden die souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn.

Die rechtliche Folge der Nichtannahme der ersten rechtlich und factisch in Kraft stehenden gemeinsamen constitutionellen Reichsverfassung wäre gewesen:

Der absolut monarchische Bundesstaat Oesterreich mit den politisch freien monarchischen Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien.

Vielleicht erkennt man aber nicht an, dass die zwei in Oesterreich-Ungarn verschiedenen Reichswahlgesetze für die Bildung der beiden Theile der Reichsvertretung seitens der beiden Reichsbezirke Ungarn und Cisleithanien nur durch die Reichsgesetzgebung allein — den gemeinsamen Reichstag und gemeinsamen Kaiser — abgeändert werden können. Vielleicht behauptet man — gestützt auf die Unbestimmtheit und Dürftigkeit⁴⁸⁾ des Ausgleichsgesetzes in diesem Punkte, dass die für die beiden Reichsprovinzen verschiedenen Wahlgesetze sowohl für die Wahl der Theile des weiteren Reichstages selbst, als für die Wahl der Stellvertreter dieser Theile, der Delegationen — durch die betreffende Provinz Ungarn, Cisleithanien selbst, innerhalb gewisser Schranken abgeändert werden können.

Diese Schranken, welche als Reichsrecht von den Provinzen bei selbstständiger Abänderung ihres besonderen Wahlgesetzes für die Wahl der Reichsvertreter keinesfalls überschritten werden könnten, wären dann folgende:

⁴⁸⁾ Insbesondere §. 29: „Diesem Principe der Parität zufolge soll seitens Ungarns der ungarische Reichstag eine Delegation von bestimmter Mitgliederzahl wählen und zwar aus beiden Häusern des Reichstages.

Gleichermassen mögen auch die übrigen Länder und Provinzen Seiner Majestät auf verfassungsmässigem Wege eine Delegation aus ebenso vielen Mitgliedern von ihrer Seite wählen. Die Zahl der Mitglieder dieser Delegationen wird im Einverständnisse beider Theile festgestellt werden. Diese Zahl darf auf jeder Seite 60 nicht überschreiten.“

Ebenso §. 19: „Dieser Pact und diese Feststellung wird dergestalt erfolgen, dass einerseits die Vertretung der Länder der ungarischen Krone, andererseits die Vertretung der übrigen Länder Seiner Majestät....“

§. 23 „... Der Reichstag erklärt unter Wahrung der Unabhängigkeit beider Theile mit den übrigen Ländern Seiner Majestät als constitutionellen Völkern in Berührung treten zu wollen.“

§. 25 „... weil Ungarn nur mit den constitutionellen Vertretungen dieser Länder bezüglich welch' immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann....“ Ebenso §. 46—49.

Auch das deutsche Ausgleichsgesetz ergänzt diese grosse Unbestimmtheit des ungarischen Textes wenig (§§. 1, 6, 8).

1. Jede Provinz müsste einen Reichstag ⁴⁹⁾ (als Theilkörper) wählen, der theils aus erblichen und ernannten, theils aus gewählten Abgeordneten zu bestehen hätte.

2. Die Mitgliederzahl beider Reichsvertretungs-Theilkörper muss die Möglichkeit bieten, je 60 Delegirte ⁵⁰⁾ zu wählen.

3. Die Theile des Stellvertreters der beiden Reichstags-theile müssen aus gleich vielen — höchstens 60 — Mitgliedern bestehen.

4. Diese von den Theilen des weiteren Reichstages zu wählenden Stellvertreter — die Delegirten — sind theils der Gruppe der erblichen und ernannten Mitglieder „der betreffenden Reichstage“, theils deren gewählten Mitgliedern zu entnehmen.

Würde man nun im Uebrigen Zahl und Art der Wahl der Mitglieder der Theile des weiteren Reichstages, als in die Competenz der Reichsprovinzen Ungarn und Cisleithanien gehörend erklären;

desgleichen die Art und Weise der Wahl der Delegirten (ob aus dem ganzen Hause und vom ganzen Hause zu wählen, oder aus Gruppen, von Gruppen etc.), dann wäre dadurch die rechtliche Thatsache constatirt, dass den beiden österreichisch-ungarischen Provinzen — nicht Landschaften — als Selbstverwaltungskörpern im übertragenen Wirkungskreise die Gesetzgebung über die Wahl der Reichsvertreter und ihres Stellvertreters innerhalb der bezeichneten Grenzen zustehe.

In diesem Falle würde also dem „Reichsrathe“ und „Reichstage“ eine dritte staatsrechtliche Qualität zukommen, sie wären nämlich 3. noch Landesvertretungen der österreichisch-ungarischen Reichsprovinzen Cisleithanien und Ungarn — allerdings nur mit einem übertragenen und keinem autonomen Wirkungskreise.

⁴⁹⁾ Cisleithanien respective — auch nach §. 6 — einen Theilvertretungskörper „Reichsrath“.

Das ungarische Gesetz vermeidet — wohl nicht unabsichtlich — die genaue Bezeichnung des von der Provinz Cisleithanien zu wählenden Theiles des weiteren Reichstages; es nennt diesen Theilkörper Reichsrath auch „Reichstag“, „betreffenden Reichstag“ (z. B. in den §§. 20, 46, 47—49).

⁵⁰⁾ XII, §. 29 „... Die Zahl der Mitglieder dieser Delegationen wird im Einverständnisse beider Theile festgestellt werden. Diese Zahl darf auf jeder Seite 60 nicht überschreiten.“

Denn sie würden eine Reichsangelegenheit — Art und Weise der Schaffung der Reichsvertretung und ihres freien Stellvertreters, respective der auf die einzelnen grossen Staatsbezirke entfallenden Theile dieser Reichsvertretung — selbstständig, unabhängig von der gegenseitigen Zustimmung, in Verbindung mit dem gemeinsamen Kaiser innerhalb der angegebenen Schranken gesetzlich regeln können.

Ist diese Anschauung nun eine gesetzlich berechnigte?

Hier muss unterschieden werden zwischen der Anwendung dieser Auffassung auf die Wahl „der Vertretungskörper der beiden Reichshälften (Reichsrath und Reichstag)“ selbst, und deren Anwendung auf die Wahl der Delegationstheile durch die beiden Theile Reichsrath und Reichstag des gemeinsamen Parlamentes.

Insofern diese Auffassung die Wahl der „Vertretungskörper beider Reichshälften“ betrifft, ist sie gesetzlich absolut zurückzuweisen. Es steht keiner der beiden Reichsprovinzen, weder Cisleithanien noch Ungarn, das Recht zu, eine Aenderung ihres halben Reichsvertretungskörpers, sei es in dessen Mitgliederzahl, Art der Wahl, der Zusammensetzung etc. allein, — also im Wege der Landesgesetzgebung — vorzunehmen. Keine der beiden Reichsprovinzen hat das Recht, etwa innerhalb der von der Reichsverfassung gesetzten Grenzen, wonach nur einerseits eine Vertretung der Länder der ungarischen Krone, „anderseits die Vertretung der übrigen Länder Sr. Majestät“ (XII, §. 19) zu wählen wäre, die Detailgesetzgebung in Betreff der Bildung des von ihr zu schaffenden halben Reichsvertretungskörpers auszuüben. Diese Detailgesetzgebung ist den Provinzen nicht vom Reiche übertragen worden. Denn die Reichsverfassung vom Jahre 1867 erklärt anderseits an vielen Stellen wieder ganz bestimmt (Ausgleichsgesetz §§. 1, 3, 6, XII, §. 20—23, 29, 46—49), dass „der Reichsrath“ und „der ungarische Reichstag“ — somit diese in ihrer damaligen Constitution — als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ vom Reiche herübergenommen werden; die Verfassung erklärt damit, dass die beiden halben österreichisch-ungarischen Volksvertretungskörper

in Hinkunft auch zufolge Reichsrechtes ganz in derselben Weise zu bilden seien, wie in den Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn gegenwärtig, d. i. am 22. December 1867, die Staatsparlamente gebildet werden. Nachdem eine bestimmte Constitution der Theile der Reichsvertretung (Reichsrath und Reichstag) einmal durch die Reichsverfassung vom Jahre 1867 festgesetzt worden, kann diese Art und Weise der Bildung, die Mitgliederzahl, Zusammensetzung etc. der beiden Theile der Reichsvertretung — wenn sie auch in den beiden Reichsprovinzen zum Theile verschieden ist — natürlich nur mehr vom Reiche allein im Wege der Gesetzgebung abgeändert werden.

Eine Abänderung in der Bildung eines der beiden halben Reichsvertretungskörper „Reichsrath“ oder „Reichstag“ müsste daher vom weiteren Reichstage selbst unter Sanction des österreichisch-ungarischen Kaisers erfolgen. Denn da die Reichsverfassung die Art und Weise der Bildung des halben Reichsvertretungskörpers in jeder Provinz genau bestimmt hat — durch Adoption der zwei Wahlgesetze und Wahlsysteme für die Parlamente der Sonderstaaten zu (für die beiden Reichsprovinzen verschiedenen) Reichswahlgesetzen und Reichswahlsystemen — ; da die Reichsverfassung eines Rechtes der Provinzen, diese Wahlgesetze unter Einhaltung bestimmter Schranken allein abändern zu dürfen, keine Erwähnung thut, so tritt dasjenige ein, was ohnedies allein der organischen Natur des Staates entspricht: das Reich hat die Gesetzgebung über die Art und Weise der Bildung der Volksvertretung aus allen Staatsbezirken.

Daher hätten die Aenderungen, welche seit dem Erlasse der Reichsverfassung in der Bildung des Reichsrathes und Reichstages vorgenommen worden sind — vorausgesetzt, dass dadurch auch die Bildung der österreichisch-ungarischen Volksvertretungstheile Reichsrath und Reichstag als abgeändert betrachtet wird — immer der Zustimmung auch des Vertretungskörpers der anderen Reichshälfte — also der Mitwirkung des weiteren Reichstages — und der Sanction der gemeinsamen Krone bedurft. (Die Aenderung der Bildung der Staatsparlamente Reichsrath und Reichstag unterliegt selbstverständlich einzig und allein der

Sonderstaatsgesetzgebung). Solche Gesetze sind z. B. in Cisleithanien die Gesetze vom 2. April 1873 in Betreff der Einführung der directen Reichsrathswahlen, das Gesetz „wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 21. December 1867 (R. G. Bl. Nr. 141) abgeändert wird“ (R. G. Bl. Nr. 40), und das Gesetz „betreffend die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes“ (R. G. Bl. Nr. 41). Man kann hier — aus praktischen Gründen — sich nicht auf den strengen Rechtsstandpunkt stellen, nach welchem heute die Theile des gemeinsamen Reichstages, Reichsrath und Reichstag, noch so zu bilden wären, wie im Jahre 1867, da durch die österreichisch-ungarische Reichsgesetzgebung diesbezüglich keine Abänderung vorgenommen wurde. Es kann die vom Rechtsstandpunkte correcte Behauptung, dass durch die cisleithanischen Gesetze über die directen Reichsrathswahlen eben nur die Bildung des Staatsparlamentes Cisleithaniens rechtlich betroffen wurde, nicht für die Wirklichkeit vertreten werden, weil dadurch allen seit 1867 geschaffenen (gemeinsamen) Reichsgesetzen die rechtliche Wirkung und rechtsverbindliche Kraft entzogen würde, desgleichen allen vom Reichsrathe und Reichstage „genehmigten“ österreichisch-ungarischen Staatsverträgen.

Denn für alle diese Acte des wirklichen Lebens kann ein Rechtsboden und daher ihre rechtsverbindliche Kraft nur durch die Annahme gewonnen werden, dass sie vom Reichsrathe und Reichstage in deren Eigenschaft als Theile des gemeinsamen Reichstages vorgenommen wurden, wobei die Sonderministerien in Stellvertretung des gemeinsamen Ministeriums, daher ihm verantwortlich, — somit als Reichsorgane — functionirten. Diese Supposition erhält dadurch einigermaßen einen gesetzlichen Halt, dass in einem Falle die Sonderministerien nach der Reichsverfassung (also in einer anderen Staatsangehörigkeit) als Reichsorgane im weiteren Reichstage erscheinen und functioniren, nämlich bei der Mitwirkung des weiteren Reichstages an der Gesetzgebung über die Quote. Denn es muss nach dem Texte der Reichsverfassung (Ausgleichsgesetz §. 3 und namentlich §. 36, Gesetz-

artikel XII, 19—21) wohl angenommen werden, dass die beiden Sonderministerien den Antrag des Quotenausschusses nicht blos „dem betreffenden Reichstage unterbreiten“ — dann während der Verhandlung selbst über die Quote dem gemeinsamen Ministerium den Platz räumen, — und nur schliesslich wieder „die Beschlüsse jedes Reichstages dem anderen Reichstage mittheilen“. Es muss wohl angenommen werden, dass nach dem Gesetze die Sonderministerien als Reichsorgane bei der Verhandlung über die Quote in dem entsprechenden Volksvertretungstheilkörper mitzuwirken haben.

Würde man die Reichstagstheile, Reichsrath und Reichstag, selbst als ungesetzlich gebildet annehmen, dann entfielen dieses letzte, fast ideale Mittel der rechtlichen Erhaltung der seit dem Jahre 1867 geschaffenen Reichsgesetze und Reichshandelsverträge.

Wenn daher die Concession gemacht wird, dass durch die Gesetze vom 2. April 1873 (nicht allein 1. die Art der Wahl des cisleithanischen Parlamentes „Reichsrath“, sondern) auch 2. die Bildung eines Theiles „Reichsrath“ des Reichsparlamentes Oesterreich-Ungarns abgeändert wurde, dann bedurften diese Gesetze der Zustimmung des anderen Reichstagstheiles „Reichstag“ und der Sanction der gemeinsamen Krone. Dasselbe gilt in Betreff der ungarischen Gesetzartikel, welche die Bildung des Reichstagstheiles „Reichstag“ alterirten, so z. B. in Betreff der Gesetzartikel XXX vom Jahre 1868; XXVII 1873; insbesondere XXXIII 1874; ferner I, II, VI, XXXIX 1875; XVIII, XXXIX 1876; X, XI 1877.

Anders verhält es sich mit der gesetzlichen Berechtigung dieser Anschauung in Betreff der Wahl der Delegirten durch die halben Reichsvertretungskörper Reichsrath und Reichstag.

Wohl dürfte diese Auffassung in praktischer Durchführung auch hier auf Widerspruch stossen, und demnach auch theoretisch vielleicht zurückgewiesen werden. Denn schwerlich möchten Cisleithanien oder Ungarn radicale Aenderungen in der Art der Wahl der Mitglieder der Delegationstheile widerspruchslos hinnehmen; desgleichen einschneidende Modificationen des bestehenden Zahlenverhältnisses der aus erblichen und

ernannten Mitgliedern der Reichstagstheile gewählten Delegirten zu den aus gewählten Reichsabgeordneten entnommenen Delegirten. Allein die Reichsverfassung (Gesetzartikel XII, §. 29) schreibt nicht vor und bestimmt nicht die Art und Weise, wie die von jedem Reichstagstheile zu wählenden 60 Delegirten zu wählen seien; die Reichsverfassung lässt die Frage offen, wie viele Delegirte der Vertretungskörper einer Reichshälfte aus seinen erblichen und ernannten, wie viele er aus seinen gewählten Mitgliedern in die Delegation zu entsenden habe. (Die §§. 7 und 8 des deutschen Ausgleichsgesetzes berühren nur die Provinz Cisleithanien und wurden nur von ihr geschaffen ohne Beistimmung Ungarns.) Es muss daher angenommen werden — insbesondere nach dem Geiste der Reichsverfassung — dass das Reich die Detailgesetzgebung hierüber jeder Reichsprovinz überlassen wollte und überlassen habe. Diese Annahme findet noch ihre Bestätigung durch §. 69 des ungarischen Textes der Reichsverfassung, wonach „jene Modalität, und jenes Verhältniss, nach welchem in der durch die Länder der ungarischen Krone im Sinne dieses Beschlusses zu entsendenden Delegation die Nebenländer theilnehmen werden, später festgesetzt werden wird“. Damit hat die Reichsverfassung der Reichsprovinz Ungarn allein das Recht der Gesetzgebung „über jene Modalität und jenes Verhältniss“ eingeräumt, und somit diese Frage principiell entschieden. Denn in Folge „der vollkommenen Parität beider Theile, bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten“, steht auch der Reichsprovinz Cisleithanien natürlich das Recht zu, im Wege der Landesgesetzgebung (im übertragenen Wirkungskreise) innerhalb der bezeichneten Grenzen „jene Modalität und jenes Verhältniss, nach welchen in der, von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern im Sinne dieses Beschlusses zu entsendenden, Delegation die Königreiche und Länder Theilnehmen werden, später festzusetzen“, und daher auch abzuändern.

Ausserdem findet diese Auffassung, dass Cisleithanien und Ungarn im Wege der Reichsprovincial-Gesetzgebung den Wahlmodus der Delegirten, desgleichen die Zahl

der aus den erblichen und ernannten, sowie aus den gewählten Mitgliedern der Reichstagstheile zu entnehmenden Delegirten abändern können, ihre Bestätigung und Anerkennung durch die Praxis. Cisleithanien allein schuf — ohne Mitwirkung und ohne Zustimmung Ungarns, respective des Vertretungskörpers „Reichstag“ — die §§. 7 und 8 des deutschen Ausgleichsgesetzes; Ungarn allein gab im Wege der Landesgesetzgebung die §§. 40—42 des XXX. Gesetzartikels vom Jahre 1868 „über die Inarticulirung der, wegen Schlichtung der zwischen Ungarn und Croatien, Slavonien und Dalmatien bestandenen staatsrechtlichen Fragen, zu Stande gekommenen Convention“, insoferne dadurch gesetzliche Bestimmungen über die Wahl von Delegationsmitgliedern getroffen wurden.

„Nachdem der gemeinschaftliche Reichstag der Länder der ungarischen Krone“ — sagt §. 40 des Gesetzartikels — „einen Theil seiner Agenden, nämlich die Feststellung des Budgets der aus der pragmatischen Sanction herrührend anerkannten gemeinsamen Angelegenheiten, durch eine aus seiner Mitte entsendete Delegation ausübt, werden von den Repräsentanten Croatiens, Slavoniens und Dalmatiens, durch den gemeinschaftlichen Reichstag so viele Mitglieder in die Delegation gewählt, als nach dem Schlüssel, nach welchem die erwähnten Länder im gemeinschaftlichen Reichstage vertreten werden, auf sie entfallen.“ Ferner §. 41: „Demzufolge wird festgestellt, dass von den Repräsentanten Croatiens und Slavoniens von Seite des Repräsentantenhauses Vier und von Seite des Oberhauses Ein Mitglied in die Delegation gewählt werde.“ Und §. 42 enthält ausdrücklich dieses Recht der selbstständigen Abänderung der Zusammensetzung des ungarischen Delegationstheiles durch die Provinz Ungarn: „Wenn sich die Anzahl der croatisch-slavonisch-dalmatinischen Repräsentanten in Folge des im §. 33 erwähnten Gebiets-Zuwachses vermehren sollte, wird die Anzahl jener Mitglieder im entsprechenden Verhältnisse vermehrt werden, die von den Repräsentanten Croatiens, Slavoniens und Dalmatiens in die Delegation gewählt werden. (Die Provincialisirung der Militärgrenze erfolgte im Jahre 1873; Gesetzesartikel XXVII.)

Und diese — allerdings der Natur des Staates nicht

entsprechende Auffassung — erhält dadurch noch eine Berechtigung für Oesterreich-Ungarn, dass der Wahlmodus der Delegirten wirklich von jeder der beiden Provinzen selbst bestimmt und noch dazu in verschiedener Weise geregelt wurde.⁵¹⁾ Gesetzlich kann somit die Behauptung, dass z. B. die Detailbestimmung — wie viele Delegirte aus den ernannten und erblichen Mitgliedern der Reichstagstheile zu wählen seien, wie viele aus den gewählten Reichstagsmitgliedern, wie die Delegirten von den österreichisch-ungarischen Theilvertretungskörpern zu wählen seien, ob direct, ob von den Gruppen, aus den Gruppen etc. — im übertragenen Wirkungskreise den Reichsprovinzen überlassen worden sei, vollkommen aufrecht erhalten werden.

Widersinnig hingegen wäre nur die Anschauung, dass etwa der souveräne Staat Cisleithanien oder Ungarn die Zahl oder Wahlart der „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“, oder den Wahlmodus der Theile ihres Stellvertreters normiren oder abändern könnte, d. h. also die Anschauung, dass der Reichsrath als Staatsparlament unter Zustimmung des cisleithanischen Staatsoberhauptes, oder der ungarische Reichstag als Parlament in Verbindung mit dem gekrönten Könige von Ungarn dies thun könnte.

Ferner erklärt der ungarische Ausgleichstext in der motivirenden Einleitung zu seinen Gesetzesbestimmungen ausdrücklich, dass es „nothwendig wurde, dass der Berührungsmodus zwischen den zwei von einander (als Staatsparlamenten nämlich) unabhängigen constitutionellen Vertretungen bezüglich der Behandlung dieser gemeinsamen Verhältnisse genau festgesetzt werde“.

⁵¹⁾ So wählt in beiden gemeinsamen Reichstagstheilen die ganze Gruppe der erblichen und ernannten Mitglieder aus ihren Mitgliedern je 20 Delegirte.

Die gewählten Mitglieder des Theiles „Reichsrath“ wählen 40 Delegirte durch 17 Wahlgruppen (gebildet aus den von den 17 Königreichen und Ländern in den weiteren Reichstag gewählten Mitgliedern).

Diese 17 Wahlgruppen können aus ihren Mitgliedern oder aus sämtlichen gewählten Mitgliedern die auf jede Gruppe entfallende Zahl der Delegirten wählen.

Im anderen Theile „Reichstag“ des weiteren Reichstages wählt die ganze Gruppe seiner gewählten Mitglieder aus ihrer Mitte 40 Delegirte.

Das heisst, es wurde nothwendig, an Stelle der bisherigen absoluten Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten, — d. i. der Angelegenheiten des Competenzkreises der österreichischen Monarchie, wie derselbe durch die pragmatische Sanction festgesetzt worden war —, die politisch freie, die constitutionelle Behandlungsweise dieser österreichischen Angelegenheiten treten zu lassen.

Die gemeinsamen Angelegenheiten standen natürlich ausserhalb des Ausgleiches. Sie wurden nicht etwa erst im Jahre 1867 durch Vertrag des Staates Ungarn mit den „übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät“ geschaffen, d. h. die österreichische Monarchie mit dem Competenzkreise, der in der pragmatischen Sanction, — diesem „Fundamentalvertrage“, diesem „feierlichen Grundvertrage“ — bestimmten Reichsangelegenheiten wurde nicht etwa im Jahre 1867 durch den Ausgleich geschaffen.

Es handelte sich beim Ausgleich — soweit er die gemeinsame, damals „österreichische Monarchie“ betraf, nur um Schaffung einer politisch freien Verfassung; dies aber konnte natürlich nur im Wege der Reichsgesetzgebung selbst erfolgen.

Und es wurde nur der ungewöhnliche Modus gewählt, die neue Reichsverfassung durch die Theilvertretungskörper der „beiden Reichshälften“ (der Provinzen) Reichsrath und Reichstag — welche zusammen den Reichsvertretungskörper bilden wie die beiden Reichshälften das Reich — berathen und annehmen zu lassen.

Der österreichisch-ungarische Monarch sanctionirte diese von dem halben Reichsvertretungskörper „Reichstag“ ausgearbeitete und vorgeschlagene, vom andern halben Reichsvertretungskörper „Reichsrath“ angenommene constitutionelle Reichsverfassung.

Die — heute — kaiserliche und königliche österreichisch-ungarische Krone, die — damals absolute österreichische — gemeinsame Krone, hatte den „Reichstag“ schon als Theil des weiteren Reichstages

in der Allerhöchsten Thronrede aufgefordert: „für Modalitäten zu sorgen, wodurch die Lebensbedingungen der Sicherheit und des Fortbestandes der Monarchie unversehr gewahrt werden, zugleich aber einerseits den Ländern der ungarischen Krone und andererseits den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät die constitutionelle Einflussnahme auf die verfassungsmässige Behandlung der oberwähnten gemeinsamen Angelegenheiten gesichert werde.“ (Einleitung zum Gesetzartikel XII.)

Und der Reichstag, an den diese Allerhöchste Aufforderung erging und der somit dadurch schon competent erklärt war zur Schaffung der gemeinsamen constitutionellen Reichsverfassung; der Reichstag, der dadurch schon als gemeinsames Theilorgan der Gesamtmonarchie creirt war wie auch der mittelst kais. Patentes vom 20. April 1867 hiezu berufene Reichsrath, konnte nur in dieser staatsrechtlichen Qualität — als Theil des mit der constitutionellen Vertretung der übrigen Länder gebildeten ersten rechtlich und factisch bestehenden gemeinsamen Reichstages (somit als Theil des weiteren Reichstages) — an die Ausarbeitung dieser „Modalitäten“, der Reichsverfassung gehen; und dieser Theil Reichstag hatte der Allerhöchsten Aufforderung mit „aufrichtiger Freude“ Folge geleistet; er hatte die Ausarbeitung der gemeinsamen Reichsverfassung in Angriff genommen.

„Mit aufrichtiger Freude begrüßte der Reichstag diese Allerhöchste Entschliessung Seiner Majestät, durch welche Allerhöchstdieselben das constitutionelle Regierungssystem in der ganzen Monarchie zu begründen und hiedurch den Glanz Ihres Thrones und die Kraft und Macht der Monarchie auf die Betheiligung aller Ihrer Völker an den öffentlichen Angelegenheiten, als auf die naturgemässe, somit festeste Grundlage zu basiren wünschten.“

Die rechtliche Schaffung einer gemeinsamen Volksvertretung — der Reichstag und Reichsrath waren zunächst nur von der Krone als Reichsorgane d. i. als Theile des weiteren Reichstages erwählt und zur Ausarbeitung der Reichsverfassung berufen — war somit absolut nothwendig.

Die Schaffung dieser österreichisch-ungarischen Volksvertretung ward dadurch nothwendig, dass einerseits gemäss der

pragmatischen Sanction festgehalten wurde an den gemeinsamen Angelegenheiten, als solchen Angelegenheiten, „welche die unter der Herrschaft Sr. Majestät stehenden gesammten Länder simultan betreffen“ (§. 8); andererseits dadurch, dass Se. Majestät durch A. h. Entschliessung, „durch welche Allerhöchstdieselben das constitutionelle Regierungssystem in der ganzen Monarchie zu begründen und hiedurch den Glanz Ihres Thrones und die Kraft und Macht der Monarchie auf die Betheiligung aller Ihrer Völker an den öffentlichen Angelegenheiten, als auf die naturgemässe, somit festeste Grundlage zu basiren wünschten“, „auch seinen übrigen Ländern constitutionelle Rechte verliehen hat“ (§. 5) „und auch bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten den constitutionellen Einfluss derselben nicht umgehen kann“ (§. 25). „Was (daher) die Behandlung der obbeschriebenen (gemeinsamen) Gegenstände betrifft, so ist die Abänderung des diesbezüglich bisher gesetzlich bestanden Modus strenge genommen nicht in den in der pragmatischen Sanction bestimmten Verpflichtungen begründet, allein es erscheint dieselbe in Folge jener Veränderung der Lage zweckmässig, die in dem Punkte 5 angeführt ist“ (§. 23), nämlich, „dass Se. Majestät auch seinen übrigen Ländern constitutionelle Rechte verliehen hat“ (§. 5), daher „auch Se. Majestät selbst aus dem Grunde den bisherigen Modus der Behandlung dieser Angelegenheiten abzuändern wünschte, und Ungarn nur mit den constitutionellen Vertretungen der übrigen Länder und Provinzen Sr. Majestät bezüglich welcher immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann“ (§. 25).

Diese Abänderung des bisherigen Modus der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten bestand eben in der Schaffung einer Form für diese Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten, kraft welcher beide Länder ihren übereinstimmenden einheitlichen Willen bezüglich dieser gemeinsamen Angelegenheiten aussprechen können, d. h. in der Schaffung eines Volksvertretungskörpers für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten.

Und der Grund dieser Abänderung „des bisherigen Modus der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten“ — d. h. der absoluten Reichsverfassung, wie dieselbe bisher bestand

für den Competenzkreis der durch die pragmatische Sanction geschaffenen gemeinsamen Angelegenheiten — lag darin, dass nunmehr nicht nur der Einzelstaat Ungarn, sondern auch Cisleithanien eine constitutionelle Verfassung hatte; daher ergab sich die Nothwendigkeit, nachdem beide Sonderstaaten des alten Bundesstaates „Oesterreich“ jetzt constitutionelle Monarchien waren, auch den bisher absoluten monarchischen Gesamtstaat in die constitutionelle Staatsform eintreten zu lassen.

Es ist daher unrichtig, wenn §. 5 des Gesetzartikels XII sagt, dass „ehedem in Betreff Ungarns bezüglich dessen, was sich auf die erwähnten Verhältnisse“ (d. h. auf die gemeinsamen Angelegenheiten) bezieht, der ungarische Reichstag und der ungarische König im gemeinsamen Einverständnisse verfügten und bei Feststellung dieser Verfügungen kein anderes Land Einfluss hatte; denn der ungarische König, als absoluter Fürst der übrigen unter seiner Herrschaft stehenden Länder, verfügte über die Interessen und Angelegenheiten jener Länder mit absoluter Macht“. Denn einmal „verfügte der ungarische König“ überhaupt nicht „als absoluter Fürst“ — d. h. als absoluter Träger der Krone des heiligen Stephan — über die heute cisleithanischen Länder. Die Krone des Staates, den die deutsch-slavischen Länder bildeten, war nicht die Krone des heiligen Stephan. Ausserdem verfügte von dem Augenblicke an, als durch die pragmatische Sanction das Reich mit dem Competenzkreise der gemeinsamen Angelegenheiten gegründet war, über die Reichsangelegenheiten gar kein König von Ungarn, weder ein absoluter, noch ein constitutioneller, weder allein noch in Uebereinstimmung mit der Krone für die deutsch-slavischen Länder, mochte auch diese eine absolute oder constitutionelle sein. Vielmehr konnte über diese gemeinsame Reichsangelegenheit nur mehr die gemeinsame Krone staatsbegrifflich und staatsrechtlich verfügen.

„Diese zwei Grundideen“ — nämlich die Selbstständigkeit und Souveränität des Staates Ungarn und die Reichseinheit auf Grund der pragmatischen Sanction bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten — „hat der ungarische Reichstag bei Bestimmung jener Verhältnisse vor Augen gehalten, welche

Ungarn mit den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Fürsten stehenden Ländern gemeinsam betreffen“ (§. 4).

So enthält auch der ungarische Gesetzestext die rechtliche Creirung einer gemeinsamen, einer österreichisch-ungarischen Volksvertretung; es enthält auch das ungarische Gesetz diese Scheidung zwischen Reichstag als Parlament und Reichstag als Theil der österreichisch-ungarischen Volksvertretung.

Doch auf eine Gesetzesstelle ist hier noch aufmerksam zu machen, auf eine Gesetzesstelle, welche vielleicht geeignet ist, alle hier angeführten gesetzlichen Argumente für die rechtliche Existenz einer österreichisch-ungarischen Volksvertretung zu entkräften. Diese Gesetzesstelle, welche ausdrücklich und feierlich erklärt, dass Ungarn kein „wie immer zu benennendes gemeinsames oder Centralparlament für zweckmässig hält und keines derselben annimmt“, ist der §. 28 des Gesetzartikels XII:

„In Betreff jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher nicht reine Sache der Regierung ist, hält Ungarn weder einen vollen Reichsrath, noch ein wie immer zu benennendes gemeinsames oder Centralparlament für zweckmässig und nimmt keines derselben an, sondern hält daran fest, dass, nachdem auch nach der Allerhöchsten Thronrede Sr. Majestät die pragmatische Sanction der gemeinsame Ausgangspunkt ist, einerseits die Länder der ungarischen Krone zusammen, andererseits die übrigen Länder und Provinzen Sr. Majestät zusammen als zwei gesonderte und ganz gleichberechtigte Theile angesehen werden mögen. Folglich ist die vollkommene Parität der beiden Theile bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten eine unerlässliche Bedingung.“

Welches Gewicht ist nun der Erklärung des §. 28 beizulegen, dieser den Grundgedanken der Gesetzesbestimmungen betreffs der Behandlung „jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher nicht rein Sache der Regierung ist“, enthaltenden einleitenden Bemerkung?

Denn wie der athenische Gastfreund im platonischen Dialoge von den Gesetzen (περί νόμοθιτικής) das Princip aufstellt, der Gesetzgeber solle den Gesetzen behufs besseren Verständ-

nisses und Befolgung seitens der Bürger eine zweckmässige Einleitung voransenden, welche den leitenden Gedanken des Gesetzes und die praktischen Motive enthält, so befolgt Ungarn hier dieses classische Princip des antiken Gesetzgebers. Es werden in diesem §. 28 als leitende Grundsätze der folgenden Gesetzgebung über die Behandlung jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher „nicht reine Sache der Regierung ist“ d. h. also, welcher Sache der Gesetzgebung ist — zwei aufgestellt: 1. kein gemeinsames Parlament und 2. vollkommene Parität Ungarns und Cisleithaniens rücksichtlich dieser Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Dabei widerspricht nur der erste Theil des §. 28 und der erste der hier angegebenen Grundsätze der Behauptung von der rechtlichen Existenz eines österreichisch-ungarischen, eines gemeinsamen Parlamentes. Denn das Princip der vollkommenen politischen Parität Cisleithaniens und Ungarns, d. h. ihres vollkommen gleichen Einflusses auf die Bildung des die gemeinsamen Angelegenheiten normirenden Staatswillens, kann auch in einem einheitlichen Parlamente für Cisleithanien und Ungarn sehr leicht gewahrt und verwirklicht werden. Dieser zweite Absatz des §. 28 hat mit der Frage eines österreichisch-ungarischen Parlamentes nichts zu thun, er verhindert dasselbe jedenfalls gesetzlich durchaus nicht. Ja er erklärt sogar Cisleithanien und Ungarn „als zwei gesonderte und ganz gleichberechtigte Theile“. Das „gesondert“ bezieht sich jedenfalls nicht auf die Theile Cisleithanien und Ungarn, da die Theile einer Einheit nicht „gesondert“ zu sein pflegen. Dadurch soll jedenfalls 1. die Erhaltung Cisleithaniens und Ungarns als zwei selbstständiger souveräner Staaten ausgedrückt werden. Allein es wird Cisleithanien und Ungarn noch neben dieser Eigenschaft eine zweite beigelegt, sie sollen nämlich 2. „zwei ganz gleichberechtigte Theile“ sein. Wessen? so wird man fragen. Und die Antwort wird lauten müssen: der einheitlichen österreichisch-ungarischen Monarchie, des Staates Oesterreich-Ungarn.

Wenn daher in einem österreichisch-ungarischen Parlamente die vollkommene Parität Ungarns und Cisleithaniens „in Betreff jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher nicht rein Sache der Regierung ist“ — also bei der

Gesetzgebung — gewahrt wäre, d. h. wenn die Länder Ungarn und Cisleithanien gleich viele Stimmen in diesem Parlamente besäßen, so würde der Existenz eines solchen gemeinsamen Parlamentes der zweite Theil des §. 28 nicht im Geringsten entgegenstehen.

Was aber den ersten Absatz des §. 28 betrifft, „dass Ungarn weder einen vollen Reichsrath, noch ein wie immer zu benennendes gemeinsames oder Centralparlament für zweckmässig hält und keines derselben annimmt“, so ist darin ohne Zweifel die Willenserklärung des Landes Ungarn enthalten, dass es kein gemeinsames Parlament mit den Cisleithaniern wolle — aber auch Nichts mehr. Das Land Ungarn erklärt: Ich will kein gemeinsames Parlament. Hier aber ist nicht entscheidend, was Ungarn will, sondern was Ungarn gesetzlich für Organe zur Behandlung „jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher nicht rein Sache der Regierung ist“, — daher Sache der Gesetzgebung — mit geschaffen hat, ja schaffen konnte; denn nachdem einmal die gemeinsamen Angelegenheiten feierlich neuerdings anerkannt waren, und dieselben politisch frei behandelt und erledigt werden sollten — so konnte der Theil Ungarn, welcher ja in Folge der gemeinsamen Angelegenheiten mit Cisleithanien eine Einheit, eine souveräne Gesamtpersönlichkeit, einen Staat bildet, in Betreff dieser gemeinsamen Angelegenheiten nichts Anderes schaffen, als eine gemeinsame Verfassung, eventuell ein gemeinsames Parlament. Das entscheidende Moment ist daher, ob kraft des auch in Ungarn für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten geltenden öffentlichen Rechtes — des Ausgleichsgesetzes — ein solches gemeinsames Parlament existirt oder nicht, ob Ungarn durch den Ausgleich ein solches gemeinsames Parlament geschaffen hat oder nicht. Was Ungarn rechtlich miterzeugt hat, was es durch auch sein öffentliches Recht — weil Reichsrecht — geschaffen hat, das entscheidet über den staatsrechtlichen Charakter des weiteren Reichstages und der Delegationen — nämlich das Ausgleichsgesetz.

Ausserdem steht diese Erklärung des §. 28, dass Ungarn kein gemeinsames Parlament wolle, auch in directem Wider-

spruche zu den vorangehenden Erklärungen der Einleitung zum Gesetzartikel XII.

Aus dem Vorhergehenden aber erhellt klar und zweifellos, dass der Reichsrath und Reichstag zusammen die einkammerige (Länderkammer) österreichisch-ungarische Volksvertretung bilden.

Und wahrlich, die Differenz zwischen dem, was Ungarn Eingangs des §. 28 erklärt, dass es wolle — kein gemeinsames Parlament — und dem, was es durch sein Ausgleichsgesetz geschaffen hat — diesem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Parlamente — ist keine allzu grosse! Kaum kann Ungarn der Vorwurf der Inconsequenz treffen zwischen demjenigen, was es gesetzlich schuf, und demjenigen, was es gewollt! Namentlich wenn man bedenkt, dass es wohl der Wille Ungarns im §. 28 gewesen sein dürfte, nur den Staat Ungarn selbstständig zu erhalten, nur ihn in keine Gemeinschaft mit den übrigen Königreichen und Ländern zu bringen, wenn man erwägt, dass Ungarn die Competenz und Souveränität der Krone des heiligen Stephan unversehrt und intact erhalten wollte — seinen mit dem Volke verwachsenen historisch gewordenen Staat.

Denn diese Souveränität des Staates Ungarn hat Ungarn — trotz gemeinsamer Angelegenheiten und Ausgleich — vollkommen gewahrt! Es hat diese Souveränität seines Staates nicht nur für die Gegenwart unversehrt gewahrt und erhalten, sondern auch für die Zukunft, und hat damit das wahre Wesen des Bundesstaates rein zum Ausdrucke gebracht. Denn eine Erweiterung der Reichscompetenz, eine Erweiterung der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten ist nie und nimmer rechtlich möglich, ausser durch freiwillige Ausscheidung gewisser Angelegenheiten aus der Competenz der Sonderstaaten — Ungarns und Cisleithaniens — und Zuweisung derselben in die Competenz des Reiches unter Zustimmung des Reiches Oesterreich - Ungarn. Eine Erweiterung des Kompetenzkreises der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber den beiden Sonderstaaten ist daher nur möglich durch den Vertrag der beiden Sonderstaaten mit dem Reiche. Da im Bundesstaate der Wille des Gesamt-

staates dem Willen der Sonderstaaten nicht übergeordnet ist und nicht übergeordnet sein kann — denn die der Selbstbestimmung der Sonderstaaten und der Selbstbestimmung des Bundesstaates unterliegenden öffentlichen Angelegenheiten sind ja ganz verschiedene — so folgt, dass eine Erweiterung der Reichsgewalt gegenüber den Sonderstaaten durch blossen Willensentschluss der Reichsgewalt, Gesetzgebung, eine rechtliche Unmöglichkeit ist. Daher hat Oesterreich-Ungarn durch das Ausgleichsrecht das Wesen des Bundesstaates rein zum Ausdrucke gebracht, namentlich in diesem entscheidenden Punkte der Erweiterung der Reichscompetenz gegenüber den Einzelstaaten, die nur im Wege des Vertrages mit den Sonderstaaten staatsbegrifflich und staatsrechtlich vor sich gehen kann.

So hat Ungarn seine staatliche Selbstständigkeit auch für die Zukunft rechtlich gewahrt.

Aber selbst auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten lässt nur noch das Zurückgreifen auf die klare und unveränderliche Natur des Staates und das unverrückte im Auge Behalten dieser Natur das österreichisch-ungarische Parlament durch alle die Zurücksetzungen und Verschleierungen, die es erfuhr — durch Zweitheilung und Stellvertretung — allerdings unzweifelhaft erkennen.

Denn diese Natur des Staates kann Niemand abändern. Und man kann nicht die Kraft und Wirkung des einheitlichen Staates erhalten — die Frucht dieses Organismus, und ihm hierfür die (einheitlichen) Organe entziehen.

Sonach ergibt sich unzweifelhaft sowohl *a)* aus der Natur des Staates, als auch *b)* aus dem deutschen wie ungarischen Ausgleichsgesetze — aus dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte — die rechtliche Existenz einer österreichisch-ungarischen Volksvertretung.

Dem entsprechend lauten auch die Benennungen desjenigen Reichsrathes und Reichstages, welche zusammen die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berathen, in den Gesetzen und in den Staatsverträgen.

Das Gesetz bezeichnet den Reichsrath und Reichstag als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“.

(Deutsches Ausgleichsgesetz §. 1, §. 6), als Gesetzgebungen der beiden Reichshälften (§. 3).

Das Gesetz erklärt den die gemeinsamen Angelegenheiten behandelnden Reichsrath und Reichstag als Theile der Volksvertretung⁵²⁾ (Theile des Reichstages), als „einerseits die Vertretung der Länder der ungarischen Krone, anderseits die Vertretung der übrigen Länder Seiner Majestät (XII, §. 10).

In den Staatsverträgen⁵³⁾ z. B. werden Reichsrath und Reichstag die „beiden Gesetzgebungen der österreichisch-ungarischen Monarchie“ genannt; sonach ist jeder eine „Gesetzgebung der österreichisch-ungarischen Monarchie“, d. h. ein an der Gesetzgebung der österreichisch-ungarischen Monarchie mitwirkender Theilkörper.

Ja das Gesetz definirt geradezu den Reichsrath und Reichstag als „den legislatorischen Körper (beider Staatsgebiete) der Monarchie“.⁵⁴⁾

⁵²⁾ XII, z. B. §. 20. „Diesen Vorschlag unterbreitet jedes Ministerium dem betreffenden Reichstage, wo derselbe ordnungsgemäss behandelt wird. Ein jeder Reichstag theilt seine Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien dem andern Reichstage mit und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile werden Sr. Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden.

⁵³⁾ „Staatsvertrag vom 20. September 1870 mit den vereinigten Staaten von Amerika wegen Regelung der Staatsbürgerschaft der aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den vereinigten Staaten von Amerika und aus diesen nach Oesterreich-Ungarn auswandernden gegenseitigen Staatsangehörigen“ (R. G. Bl. 1871, Nr. 74), Artikel VI:

„Die gegenwärtige Convention soll von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn nach eingeholter verfassungsmässiger Zustimmung der beiden Gesetzgebungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und von dem Präsidenten der vereinigten Staaten mit und unter Zustimmung des Senates der vereinigten Staaten ratificirt und die Ratificationen zu Wien innerhalb zwölf Monate vom Datum desselben ausgewechselt werden“. . . G. A. XVIII v. J. 1871, „über den mit den vereinigten Staaten von Amerika behufs Regelung der Staatsbürgerschaft der auswandernden Individuen unterm 20. September 1870 abgeschlossenen Staatsvertrag. (Sanctionirt am 10. Juni 1871, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 11. Juni 1871.) Artikel VI wörtlich gleichlautend.

⁵⁴⁾ LI. G. A. v. J. 1879 „über den Kriegsstand des stehenden Heeres und der Kriegsmarine, sowie über die Bestimmung der Recrutencontingente für beide Staatsgebiete der Monarchie bis zum Schlusse des Jahres 1889. (Sanc-

Der weitere (gemeinsame) Reichstag.

Die österreichisch-ungarische Volksvertretung besteht aus zwei Theilen, welche zunächst als Theile berathen und beschliessen über die der unmittelbaren Erledigung durch die Volksvertretung gesetzlich vorbehaltenen österreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten. Diesen beiden untrennbaren Theilen gegenüber, welche der deutsche Text des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ nennt, der ungarische Text „Reichstage“ tauft, steht als persönliche und verantwortliche Spitze des Organismus der österreichisch-ungarischen vollziehenden Gewalt das gemeinsame k. und k. österreichisch-ungarische Ministerium.

Denn dieses gemeinsame österreichisch-ungarische Ministerium hat nach der Natur des Staates — der Gesamtpersönlichkeit —, und nach dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte vor den „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“, vor dem österreichisch-ungarischen Reichsvertretungskörper zu erscheinen. Das gemeinsame Ministerium ist berechtigt und ist verpflichtet, vor dem Reichstage und Reichsrathe in ihrer Eigenschaft als Theilen des weiteren Reichstages zu functioniren. Nie und nimmer kann und darf das Ministerium eines

tionirt am 20. December 1879, kund gemacht in beiden Häusern des Reichstages am 24. December 1879.)“

§. 1. „Die Anordnung des §. 11 des G. A. XL v. J. 1868 über die Wehrkraft, womit der Kriegsstand der zur gemeinsamen Vertheidigung der Monarchie erforderlichen Armee und Kriegsmarine auf 800.000 Mann bestimmt wurde, sowie die Höhe des auf Grund des §. 13 desselben Gesetzes im G. A. XXXVII v. J. 1873 für Ungarn mit 342.988 Mann bestimmten Recrutencontingentes wird auch für die folgenden 10 Jahre, und zwar bis zum Schlusse des Jahres 1889 aufrecht erhalten; im Uebrigen bleiben die Verfügungen des §. 13 des G. A. XL v. J. 1868 unberührt.“

§. 2. „Die Anträge auf die durch die Verhältnisse bedingte weitere Aufrechterhaltung oder Abänderung dieses Armee- und Kriegsmarinestandes sind behufs dessen neuerlicher Festsetzung im constitutionellen Wege dem legislatorischen Körper beider Staatsgebiete der Monarchie vor Ablauf des Jahres 1888 vorzulegen“. (R. G. Bl. v. J. 1879, Nr. 145: Gesetz vom 20. December 1879.)

Sonderstaates — Cisleithanien oder Ungarn — in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft, als Organ für die Verwirklichung des cisleithanischen Sonderstaatswillens oder des ungarischen Sonderstaatswillens, vor demjenigen Organe erscheinen, welches den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Volkswillen erzeugt — vor dem weiteren Reichstage, um diesen Willen gegenüber den anderen Staaten und gegenüber den eigenen Staatsangehörigen zu verwirklichen. Und wenn diese Sonderministerien dennoch gegenüber der Reichsvertretung functioniren würden und in ihr erschienen, so sind sie staatsrechtlich als Reichsorgane aufzufassen, als Stellvertreter des gemeinsamen Ministeriums, diesem verantwortlich, wie dies ja im Bundesstaate auch rechtlich oft der Fall ist.

Das gemeinsame Ministerium ist natürlich Ein⁵⁵⁾ Ministerium, es ist das Ministerium der untrennbaren Provinzen Cisleithanien und Ungarn, es ist das Ministerium desjenigen Staates, dessen Theile (Provinzen) Cisleithanien und Ungarn sind — es ist das Ministerium Oesterreich-Ungarns, das Ministerium des „österreichisch-ungarischen Reiches“. Denn diese staatsbegrifflich unmögliche Behauptung, dass das gemeinsame Ministerium 1. ein cisleithanisches Ministerium sei und 2. ein ungarisches Ministerium, so dass also im österreichisch-ungarischen Ministerrathe drei physische und sechs rechtliche Minister

⁵⁵⁾ Ausgleichsgesetz §. 5: „Die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten wird durch ein gemeinsames verantwortliches Ministerium besorgt, welchem jedoch nicht gestattet ist, nebst den gemeinsamen Angelegenheiten auch die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile zu führen. Die Anordnungen in Betreff der Leitung, Führung und inneren Organisation der gesammten Armee stehen ausschliesslich dem Kaiser zu.“ §. 16, 18, 28.

XII. §. 27: „Ein gemeinsames Ministerium muss für die Gegenstände errichtet werden, welche, als in der That gemeinsam, weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Sr. Majestät gehören. Dieses Ministerium darf neben den gemeinsamen Angelegenheiten die besonderen Regierungsgeschäfte weder des einen noch des anderen Theiles führen, noch auf dieselben Einfluss üben. Verantwortlich wird ein jedes Mitglied dieses Ministeriums bezüglich alles dessen sein, was in sein Bereich gehört; verantwortlich wird aber auch das ganze Ministerium gemeinschaftlich bezüglich jener amtlichen Verfügungen sein, welche es gemeinschaftlich festgestellt hat.“ §§. 39, 43, 44, 50 etc.

sitzen und stimmen würden, bedarf wohl keiner Widerlegung. Wohl ist es möglich, dass ein öffentliches Organ a eines Staates A für einen anderen fremden Staat auch functionirt; unmöglich aber kann Ein staatliches Organ das Organ zweier Staaten sein. Es ist möglich, dass z. B. der Minister des Auswärtigen eines Staates A rechtlich betraut und beauftragt ist mit der Führung der Geschäfte eines anderen Staates B, etwa mit der Leitung der auswärtigen Politik des Staates B, wie dies bei Schweden der Fall ist. Der schwedische Minister des Aeussern ist kraft des öffentlichen Rechtes mit der Führung der auswärtigen Politik Norwegens beauftragt; er vertritt seinen eigenen Staat und führt die auswärtige Politik eines anderen fremden Staates, Norwegens. Es gibt eine königlich norwegische Politik des Auswärtigen, aber gegenwärtig kein Departement der auswärtigen Angelegenheiten im königlich norwegischen Staatsministerium, sondern die auswärtige norwegische Politik führt der königlich schwedische Minister des Auswärtigen. Aber dieser 1. schwedische Minister des Auswärtigen ist natürlich nicht auch 2. norwegischer Minister des Auswärtigen, er ist kein Norwegen und Schweden gemeinsamer Minister. Ebenso vertritt z. B. ein Botschafter oder Gesandter den Botschafter oder Gesandten einer anderen Macht, führt dessen Geschäfte, namentlich im Kriegsfall, wo die Gesandten der kriegführenden Mächte abberufen werden. So vertrat der kaiserlich deutsche Botschafter bei der hohen Pforte im letzten Kriege zwischen Russland und der Türkei den kaiserlich russischen Botschafter in der Türkei. Deswegen war der deutsche Botschafter natürlich kein etwa Deutschland und Russland gemeinsamer Botschafter. Das Oberlandesgericht in Innsbruck ist die zweite gerichtliche Instanz für das Fürstenthum Liechtenstein, deshalb aber kein gemeinsames Organ der beiden Staaten Cisleithanien und Liechtenstein.

Allein alle diese Fälle greifen hier nicht Platz. Das österreichisch-ungarische Ministerium ist ein Cisleithanien und Ungarn gemeinsames, einheitliches, staatliches Organ, es ist daher nothwendig das Organ, der Ausdruck der für seinen Competenzkreis bestehenden einheitlichen, österreichisch-ungarischen vollziehenden Gewalt. Das Organ eines Staates kann

unmöglich zugleich auch das Organ eines anderen Staates sein. Nur im Bundesstaate ist es denkbar, dass ein und derselbe Mensch Organ in beiden Staaten, Gesamtstaat und Einzelstaat, ist, dass also die beiden staatlichen Organe dasselbe physische Substrat hätten. Der Minister des Staates A kann nicht zugleich auch Minister des Staates B sein; abgesehen von allen praktischen Gründen kann er es schon deshalb nicht sein, weil er dadurch nothwendig gleichzeitig Staatsangehöriger zweier Staaten würde, was der Natur des Staates nach eine Unmöglichkeit ist, ausgenommen im Gesamtstaate und Einzelstaate. Es ergibt sich nun von selbst, dass die selbstständigen Ministerien der beiden Sonderstaaten — bei der Untheilbarkeit der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten — nicht die gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Angelegenheiten verwalten können und dürfen. Der König von Ungarn kann nur rücksichtlich der ungarischen Staatsangelegenheiten die ihm originär zustehende vollziehende Gewalt mittelst des ungarischen Ministeriums ausüben.⁵⁶⁾ (Gesetz-Art. III vom Jahre 1848, §. 2 und §. 3, Gesetz-Art. VII vom Jahre 1865/67 §. 1, und Gesetz-Art. VIII). Das-

⁵⁶⁾ „Gesetz-Art. III, 1848. §. 2: „In Abwesenheit Sr. Majestät vom Lande übt der Palatin und königliche Statthalter im Lande und den einverleibten Theilen mit Aufrechterhaltung der Einheit der Krone und des Monarchieverbandes die vollziehende Gewalt im gesetzlichen, konstitutionellen Wege mit voller Macht aus, und in diesem Falle ist die Person des jetzigen Palatins, Seiner k. k. Hoheit des Erzherzogs Stephan gleichfalls unverletzlich.“

§. 3: „Die vollziehende Gewalt übt Se. Majestät der König und in dessen Abwesenheit der Palatin und königliche Statthalter im Sinne der Gesetze durch das ungarische unabhängige Ministerium aus, und alle ihre Verordnungen, Befehle, Entscheidungen und Ernennungen sind nur dann gültig, wenn sie auch durch einen der in Ofen-Pest residirenden Minister unterzeichnet werden.“

Gesetz-Art. VII, von 1865/67, §. 1: „Indem Se. kaiserliche und apostolisch-königliche Majestät die Executivgewalt auf Grund der Gesetze und der Constitution mittelst des ungarischen Ministeriums persönlich ausübt; der III. Gesetzartikel vom Jahre 1848 aber die Executivgewalt in Abwesenheit Sr. kais. kön. apostolischen Majestät auf den Palatin als königlichen Statthalter übertrug, so werden die auf den Wirkungskreis des Palatins als königl. Statthalters bezüglichen Bestimmungen der §§. 2, 3, 9, 11, 17, 19, 24 und 38 des III. Gesetz-Art. vom Jahre 1848 ausser Geltung gesetzt.“

VIII. Gesetz-Art.: „Der §. 12 des III. Gesetz-Art. vom Jahre 1848, welcher

selbe gilt für das Staatsoberhaupt Cisleithaniens; daher sagt das Staatsgrundgesetz des Staates Cisleithanien über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt im §. 2: „Der Kaiser übt die Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister und die denselben untergeordneten Beamten aus.“⁵⁷⁾

Die beiden Ministerien der Sonderstaaten können niemals und dürfen daher gesetzlich niemals als Organe für die Ausübung der gemeinsamen Staatsgewalt seitens der österreichisch-ungarischen Krone erscheinen. Die Sonderministerien als solche dürfen nicht die gemeinsamen Angelegenheiten verwalten, sie können und dürfen daher auch gesetzlich niemals in denjenigen Volksvertretungskörpern erscheinen, welche die gemeinsamen Angelegenheiten berathen und beschliessen d. i. im weiteren Reichstage, und in seinem Stellvertreter, den Delegationen. Sie dürfen keine Regierungsvorlage des gemeinsamen Ministeriums, keine Regierungsvorlage über eine österreichisch-ungarische Angelegenheit einbringen oder vertreten, sie dürfen keine gemeinsame Angelegenheit verwalten.

Dies ist so klar und selbstverständlich, dass es keinem Gesetzgeber der Welt einfällt, dies besonders auszusprechen; das bairische Staatsrecht braucht nicht erst zu erklären, dass das königlich bairische Ministerium in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft nicht die deutschen Reichsangelegenheiten verwalten dürfe.

Daraus folgt der für das österreichisch-ungarische Staatsrecht hochwichtige Schluss, dass die Sonderministerien vor den beiden Theilen des weiteren Reichstages

die Modalitäten der Bildung des ungarischen verantwortlichen Ministeriums bestimmt, wird folgendermassen abgeändert:

§. 1. Ueber Vorschlag des Minister-Präsidenten werden dessen Ministerkollegen von Sr. Majestät ernannt.“

⁵⁷⁾ Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt (R. G. Bl. 1867, Nr. 145). Wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, Görz und Gradiska, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Art. 2: „Der Kaiser übt die Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister und die denselben untergeordneten Beamten und Bestellten aus.“

der Natur des Staates nach nicht erscheinen können, somit dürfen sie auch nach dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte (Ausgleichsgesetz §. 5, Gesetzartikels XII, §. 27) in den Theilen des weiteren Reichstages nicht erscheinen.

Das gemeinsame Ministerium muss erscheinen in diesem Reichsrathe und Reichstage, wann und so oft dieselben gemeinsame Angelegenheiten behandeln, da diese Angelegenheiten nach §. 27 des Gesetzartikels XII „weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Seiner Majestät gehören“. Denn für diese Angelegenheiten musste eben „Ein gemeinsames Ministerium errichtet werden... Verantwortlich wird ein jedes Mitglied dieses Ministeriums bezüglich alles dessen sein, was in sein Bereich gehört“ — also auch der Minister des Aeussern für die von ihm abgeschlossenen Staats- und Handelsverträge, welche nach §. 1 „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleiben“; „verantwortlich wird aber auch das ganze Ministerium gemeinschaftlich bezüglich jener amtlichen Verfügungen sein, welche es gemeinschaftlich festgestellt hat“. Gewiss nun gehört die Vertretung eines gemeinsamen Staats- oder Handelsvertrages vor dem Volksvertretungskörper, dessgleichen die Erlangung der Genehmigung eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages seitens des Parlamentes — von welcher seine Rechtsgiltigkeit nach Aussen und Innen abhängt —, sowie die allseitige Verwirklichung des gemeinsamen Vertrages zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten; „die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten“ aber „wird“ — nach §. 5 — „durch ein gemeinsames verantwortliches Ministerium besorgt, welchem jedoch nicht gestattet ist, nebst den gemeinsamen Angelegenheiten auch die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile zu führen“. Daraus ergibt sich andererseits: wenn es richtig wäre, dass „die gemeinsamen Angelegenheiten⁵⁸⁾ beider Staaten auf eine gemeinsame Geschäftsführung beschränkt“ sind, „die aber ihre Grenzen stets durch den materiell übereinstimmenden

⁵⁸⁾ Ulbrich, Seite 52, 60.

Gesetzeswillen beider Staaten empfängt“; wenn es wahr wäre, dass „die innerhalb ihres (der Delegationen) festbegrenzten Competenzkreises gefassten Beschlüsse so anzusehen sind, als wenn dieselben von den beiderseitigen Vertretungskörpern — Parlamenten — selbst gefasst worden wären“, dann dürfte das gemeinsame Ministerium nicht in den Delegationen erscheinen. Denn „wenn diese Delegationen⁵⁹⁾ in ihrem Zusammenwirken jedoch keinen einzigen einheitlichen Staatswillen fassen helfen, sondern nur zur Bildung zweier besonderer, aber stets gleichlautender Staatswillen beitragen“, dann darf das gemeinsame Ministerium deshalb nicht amtlich den Delegationen gegenüber treten, weil es diesem österreichisch-ungarischen Ministerium „nicht gestattet ist, nebst den gemeinsamen Angelegenheiten auch die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile zu führen“; denn in diesem Falle hätte das gemeinsame Ministerium „nicht den Willen eines Staates“ — Oesterreich-Ungarns —, „sondern zweier Staaten zu vollziehen“. (Juraschek, Seite 117.) Das gemeinsame Ministerium darf aber nach §. 27, XII „die besonderen Regierungsgeschäfte weder des einen noch des anderen Theiles führen, noch auf dieselben Einfluss üben“.

Wenn aber der weitere Reichstag gemeinsame Angelegenheiten behandelt, und nicht Sonderstaatsangelegenheiten, auf Grund welcher Verfassungsbestimmungen — so muss man fürwahr fragen — hat man das gemeinsame Reichsministerium aus den „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ verbannt? Auf Grundlage welcher natürlicher Gründe und welcher Gesetzesbestimmungen hat man die ganze Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums und „jedes Mitgliedes dieses Ministeriums bezüglich alles dessen, was in sein Bereich gehört“, aufgehoben?

Zuerst wurde gegen die Bestimmung des positiven inneren österreichisch-ungarischen Staatsrechtes und in Missverständniss desselben, das gemeinsame Ministerium aus der österreichisch-ungarischen Volksvertretung hinausgewiesen; und als man so das Ministerium und ins-

⁵⁹⁾ Juraschek, Seite 115.

besondere den Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Volksvertretung gegenüber direct politisch unverantwortlich gemacht hatte für die vom weitem Reichstage selbst zu handelnden gemeinsamen Angelegenheiten, so z. B. in Betreff aller Staatsverträge —, erhob man Klage darüber, dass das gemeinsame Ministerium, insbesondere der Minister des Auswärtigen der Reichsregierung, oben auf den absoluten Höhen frei lebe! Und merkwürdiger Weise klagte man darob die österreichisch-ungarische Reichsverfassung an, man erklärte diese Unverantwortlichkeit des wichtigsten Reichsorganes im Geiste der Verfassung gelegen, während es der Geist und die Auffassung der Interpreten war, die in dieser angeblichen Verfassungsbestimmung sich spiegelten!

Wahrlich, es war ein schwerer staatsrechtlicher und ein noch grösserer und folgenreicherer praktischer Fehler, dass „die Vertretungskörper beider Reichshälften“ — der österreichisch-ungarische Reichsrath und Reichstag — bei Berathung des ersten österreichisch-ungarischen Staatsvertrages, in den sie zusammen als neues österreichisch-ungarisches Volksvertretungsorgan eintraten, dass der Reichsrath und Reichstag bei der parlamentarischen Behandlung des am 9. März 1868 geschlossenen österreichisch-ungarisch-deutschen Handels- und Zollvertrages nicht das Erscheinen des gemeinsamen Ministeriums behufs Vertretung dieses Vertrages vor der Volksvertretung auf Grund der Natur der Sache und des positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechtes verlangten! In jener 88. Sitzung der ersten Session am 1. April 1868, in welcher die Regierung den Vertragsentwurf Oesterreich-Ungarns mit dem deutschen Zollvereine als Regierungsvorlage einbrachte, hätte das cisleithanische Abgeordnetenhaus erklären müssen und erklären sollen: Wir sind als Abgeordnetenhaus des cisleithanischen Staatsparlamentes incompetent, eine Regierungsvorlage in Betreff eines vom Staate Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Vertrages entgegen zu nehmen; wir sind incompetent als Factor für die Willensbildung des Staates Oesterreich-Ungarn in Verbindung mit der gemeinsamen Krone aufzutreten.

Und die Regierung des Staates Cisleithanien konnte in dieser Eigenschaft nicht eine Vorlage einbringen über einen Staatsvertrag, den der Staat, dessen Regierung sie ist, die Krone, deren Organ für die Ausübung der vollziehenden Gewalt sie ist, nicht geschlossen hatte! Denn auch die Einzel-Staatsregierung kann nicht als Organ für die Verwirklichung des österreichisch-ungarischen einheitlichen Staatswillens erscheinen; die Regierung Cisleithaniens kann nicht verantwortlich sein für einen Vertrag, den sie nicht abgeschlossen hat. Der Reichsrath hätte erklären müssen: Diese Vorlage des österreichisch-ungarisch-deutschen Zoll- und Handelsvertrages, diese Vorlage über eine gemeinsame (eine österreichisch-ungarische) Angelegenheit wird die, in Gemässheit des §. 5 (Delegationsgesetz) und §. 27 (G.-Art. XII) zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten berufene, gemeinsame Regierung uns, die wir Kraft des Gesetzes (§§. 1, 6, XII 38, 37) auch „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“, der Provinzen Cisleithanien und Ungarn, sind — zur parlamentarischen Behandlung vorlegen; denn die Reichsverfassung hat die Genehmigung aller wirthschaftlichen Verträge Oesterreich-Ungarns den beiden Theilen des weiteren Reichstages vorbehalten. Und nur in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft konnte das Abgeordnetenhaus auch die erste Lesung und Zuweisung dieses Staatsvertrages an einen Ausschuss, die zweite Lesung, und endlich die Genehmigung dieses Zoll- und Handelsvertrages mittelst der Abstimmung in der 109. Sitzung am 15. Mai 1868 vornehmen; in dieser Eigenschaft — als Theil des weiteren Reichstages — hat es am 3. Juni die Mittheilung des Präsidiums entgegengenommen, dass „das Herrenhaus in seiner Sitzung am 29. Mai den mit der Zuschrift vom 15. Mai dieses Jahres, Z. 2914 A.-H. mitgetheilten Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten, betreffend den Handels- und Zollvertrag mit den Staaten des deutschen Zollvereines, ohne Aenderung in dritter Lesung beigetreten ist“.

Und es war eine schwere Verletzung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung durch die Sonderstaaten, dass das cisleithanische Abgeordnetenhaus und das königlich ungarische Parlament die parlamentarische Behandlung

dieses Reichsvertrages und die Intervention des cisleithanischen resp. ungarischen Staatsministeriums nicht zurückwiesen.

Aus dieser factischen und rechtlichen Thatsache, dass Cisleithanien und Ungarn gegenüber den fremden Staaten, dass sie völkerrechtlich nicht existiren, dennoch aber bei der bisherigen staatsrechtlichen Behandlung gemeinsamer Staatsverträge durch ihre Parlamente als existirend angenommen wurden — man überliess ihren Parlamenten die Genehmigung der Staatsverträge mit Deutschland, England, Frankreich u. s. f. — ergibt sich auch die staatsrechtliche Unmöglichkeit der gesetzlichen Publicirung dieser (formell von den Sonderstaatsparlamenten genehmigten) gemeinsamen Staatsverträge durch die Sonderstaaten gegenüber den Reichsangehörigen.

Es erklärt sich daraus die staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unrichtigkeit des Vorganges, welcher in der heutigen Art der Publicirung österreichisch-ungarischer Staatsverträge und Gesetze durch die Sonderstaaten und in ihren Organen Platz greift. Es besteht nämlich für die Publication der gemeinsamen Staatsverträge, überhaupt der gemeinsamen Gesetze und Verordnungen kein gemeinsames Reichsgesetzblatt; es werden hiezu theilweise die Amtsblätter beider Sonderstaaten gebraucht (Wiener Zeitung und Budapesti-Közlöny), theils werden die österreichisch-ungarischen Verträge und Gesetze in der für die Publication der Gesetze und Verordnungen der Sonderstaaten gesetzlich bestehenden Form — und zwar als Verträge und als Gesetze der Sonderstaaten — im Gesetzblatt des Sonderstaates kund gemacht.

Nicht das ist staatsrechtlich absolut undenkbar und unmöglich, dass österreichisch-ungarische Verträge und Gesetze in denselben Gesetzblättern und Amtsblättern in jeder Provinz publicirt werden, in welchen die Gesetze der Sonderstaaten ihre amtliche Verkündigung finden; dass z. B. das cisleithanische Reichsgesetzblatt zugleich österreichisch-ungarische Gesetze — natürlich nur vom gemeinsamen Ministerium contrasignirt — publicire, dass sonach das Reich sich dieses cisleithanischen Gesetzblattes auch als Reichsgesetzblattes für die Provinz Cisleithanien bedient; nicht das ist staatsrechtlich unbedingt zurückzuweisen, dass das Reich seine Ver-

träge und Gesetze — vom Reichsministerium contrasignirt — in der Provinz Ungarn durch Einreihung in die Landesgesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniss bringt.⁶⁰⁾

Allerdings wäre auch eine solche Publicationsweise der Willensacte des einheitlichen organischen Staates — die Kund-

⁶⁰⁾ III. Gesetz-Art. 1868 „über die Kundmachung der Gesetze“ (sanctionirt am 29. April 1868. In beiden Häusern des Reichstages kundgemacht am 29. April 1868. Im Landesgesetz-Archiv erschienen am 30. April).

§. 1. „Jedes Gesetz, sobald es von Seiner Majestät sanctionirt und in beiden Häusern des Reichstages kundgemacht ist: wird durch die Regierung in der zu diesem Zwecke zu redigirenden Landesgesetz-Sammlung unverzüglich zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden.

§. 2 Mit dem Texte des Gesetzes ist sowohl der Tag der königlichen Sanctionirung als auch jener Tag kund zu machen, an welchem das Gesetz in beiden Häusern des Reichstages kundgemacht wurde.

§. 3. Der auf solche Art veröffentlichte Text des Gesetzes ist als authentisch zu betrachten.

§. 4. Inwiefern der Zeitpunkt, von welchem an die Wirksamkeit eines Gesetzes beginnt, im Gesetze selbst nicht festgestellt, oder die Feststellung dieses Zeitpunktes dem Ministerium nicht überlassen ist, beginnt die bindende Kraft eines jeden Gesetzes 15 Tage nach dem im Landesgesetz-Archiv erfolgten Erscheinen des Gesetzes.

§. 5. Das Original Exemplar des sanctionirten Gesetzes wird im Landesarchiv hinterlegt; die von dem betreffenden Fachminister beglaubigten Copien desselben aber werden den betreffenden Jurisdictionen in einem Exemplar von Zeit zu Zeit zugesendet.

§. 6. Nachdem in jedem Kalenderjahre eine eigene Gesetzesammlung herausgegeben wird und eine jede derartige Sammlung die Numerisirung auf's Neue beginnt, hat die Berufung auf Gesetze durch Citirung des Kalenderjahres und der Zahl zu geschehen.

§. 7. Das Landesgesetzarchiv wird sogleich nach dessen Erscheinen jeder Jurisdiction *ex officio* zugesendet

§. 8. Das Ministerium wird Sorge tragen, dass jedes Gesetz sogleich nach dessen Kundmachung in allen — in den Ländern der ungarischen Krone üblichen Sprachen in authentischen Uebersetzungen veröffentlicht, und den betreffenden Jurisdictionen zugesendet werde“.

Ferner XIII. Gesetzartikel vom Jahre 1870 „über die Modification des §. 4 des III. Gesetzartikel vom Jahre 1868 über die Kundmachung der Gesetze Der §. 4 des III. Gesetzartikels vom Jahre 1868 wird folgendermassen modificirt:

§. 1. „Insoferne der Zeitpunkt, innerhalb dessen die Wirksamkeit irgend eines Gesetzes beginnt, in diesem selbst nicht festgestellt ist, oder die Bestimmung dieses Zeitpunktes nicht einem Ministerium aufgetragen ist, beginnt die bindende Kraft jedes Gesetzes binnen 15 Tagen nach erfolgter Publication desselben vor dem Reichstage.“

machung für jede Provinz besonders und noch dazu in verschiedener Weise — der Natur des Staates wohl nichtentsprechend; eine solche Art der Publication von Reichsverträgen und Reichsgesetzen dürfte wohl von keinem Staate — und daher auch nicht vom Gesamtstaate im Bundesstaate — adoptirt werden. Es wäre dann Ein Gesetzblatt eben Gesetzblatt zweier Staaten, des Reiches und des Einzelstaates.

Aber das ist unbedingt eine staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unmöglichkeit, dass ein und derselbe österreichisch-ungarische Staatsvertrag als Staatsvertrag Cisleithaniens unter Contrasignatur des cisleithanischen Ministeriums, und als königlich ungarischer Staatsvertrag unter Contrasignatur des königlich ungarischen Ministeriums publicirt werde. Es ist unmöglich, dass, wie es z. B. im Reichsgesetzblatte für das „Kaiserthum Oesterreich“, Jahrgang 1868 Nr. XXI der Fall ist, am Ende des österreichisch-ungarisch-deutschen Handels- und Zollvertrages unter der Contrasignatur des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen die Clausel stehe, contrasignirt vom cisleithanischen Ministerpräsidenten, Handelsminister und Finanzminister: „Der vorstehende Handels- und Zollvertrag sammt Beilagen wird nach erfolgter Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes mit der Wirksamkeit für die in demselben vertretenen Königreiche und Länder hie-mit kund gemacht“; das heisst, es ist unmöglich, dass der Staat Cisleithanien österreichisch-ungarische Staatsverträge für die Oesterreicher-Ungarn publicirt. Das zweikammerige cisleithanische Staatsparlament kann keine gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berathen und zu keinen solchen „zustimmen“; denn das cisleithanische Staatsparlament ist nur ein Factor zur Bildung desjenigen souveränen Willens, welcher die Angelegenheiten, die „den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ allein gemeinsam sind, zu seinem Inhalte hat; und die cisleithanische Regierung kann für den Abschluss und die Verwirklichung eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages, den sie nicht abgeschlossen hat, und den sie nicht verwirklichen kann — nicht politisch verantwortlich sein.

Und ebenso ist der ungarische Gesetzartikel, wodurch dieser Zoll- und Handelsvertrag jetzt wieder als ein zwischen Ungarn und dem Zollvereine geschlossener Vertrag inarticulirt wird, eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Dieser Staatsvertrag wurde ja von Ungarn gar nicht abgeschlossen, konnte somit als ein ungarischer Staatsvertrag auch nicht inarticulirt werden. Es ist der VII. Gesetzartikel vom Jahre 1869 „über den mit dem deutschen Zollvereine am 9. März 1868 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrag (sanctionirt am 15. October 1869, kundgemacht im Abgeordnetenhouse am 18. October, im Oberhause am 25. October 1869. In die Landesgesetzsammlung aufgenommen am 27. October 1869)“.

„Wir Franz Josef der Erste etc.

Der zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und apostolischen König von Ungarn, sowie Sr. Majestät dem Könige von Preussen, durch letzteren im Namen des norddeutschen Bundes und der nicht zum norddeutschen Bunde gehörigen Mitglieder des deutschen Zoll- und Handelsvereines geschlossene und am 9. März 1868 unterfertigte Handels- und Zollvertrag wird, nachdem derselbe durch den Landtag angenommen und nachträglich durch die beiden hohen, contrahirenden Theile in gewohnter Weise bestätigt worden, sammt den dazu gehörigen Beilagen und dem Schlussprotocoll als Landesgesetz inarticulirt.“ (Nun folgt der Vertrag.)

Wie kann der königlich ungarische Landtag einen vom gemeinsamen Kaiser abgeschlossenen einheitlichen österreichisch-ungarischen Staatsvertrag annehmen, wie kann der Staat Ungarn ihn publiciren für die in Ungarn wohnenden Reichsbürger? Dieser Gesetzartikel aber besagt ja und bedeutet staatsrechtlich: Es wird hiemit den ungarischen Staatsangehörigen — formell — die souveräne Willenserklärung des Staates Ungarn, welche mit der souveränen Willenserklärung des Königs von Preussen als Vertreter des norddeutschen Bundes und der übrigen Staaten rücksichtlich der Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs zwischen den Ländern durch Nichterlassung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten (Art. I) u. s. f. übereinstimmt, in der gesetzlichen Weise kundgemacht. Allein eine solche Willenserklärung des souveränen ungarischen Staates liegt, wie

erwähnt, gar nicht vor, Ungarn hat gar nicht diesen Zoll- und Handelsvertrag abgeschlossen; der ungarische Reichstag, derjenige Factor, welcher bei der Aussprechung des ungarischen Staatswillens durch die ungarische Krone nach Aussen (bei ungarischen Staatsverträgen bestimmten Inhaltes), und gegenüber den ungarischen Staatsangehörigen nothwendig mitwirkt, konnte bei diesem Staatsvertrage unmöglich mitwirken, weil die ungarische Krone diesbezüglich gar keinen Willen geäußert hat und auch gar keinen äussern konnte. Nur Staatsverträge, bezüglich deren der Staat Ungarn als Contrahent erscheint, können vom ungarischen Reichstage angenommen und als ungarische Staatsverträge (als Landesgesetze) publicirt und inarticulirt werden.

Jedermann müsste bei Betrachtung des Gesetzartikels VII vom Jahre 1869 glauben, dass der Staat Ungarn mit dem Vertreter Deutschlands diesen Handelsvertrag abgeschlossen habe.

Noch stärker tritt diese staatsrechtliche Anomalie der gegenwärtigen Art und Weise der Publication von Reichsverträgen und Reichsgesetzen hervor, wenn die contrahirenden Staaten selbst genannt sind. So steht z. B. im Reichsgesetzblatte für „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ — wie der Titel seit 1870 lautet — im XXVIII. Stücke des Jahres 1874 der „Postvertrag vom 21./9. Mai 1873 zwischen Oesterreich - Ungarn und Russland.“

Unter dem vom Minister des Aeussern der österreichisch-ungarischen Monarchie contrasignirten Vertrage befindet sich wieder die von dem cisleithanischen Ministerpräsidenten und Handelsminister contrasignirte Formel:

„Der vorstehende Postvertrag wird nach erfolgter Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes kundgemacht.“

Soll dieser Ausdruck für die politische Freiheit: „Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes“ einen vernünftigen Sinn und daher diese „Zustimmung“ eine öffentlich rechtliche Wirkung haben, so müssten diese beiden Häuser eben Häuser des Parlamentes „Oesterreich-Ungarns“ sein, welches nach dem Titel diesen Vertrag mit Russland abgeschlossen hat.

Dasselbe gilt rücksichtlich der ungarischen Gesetzartikel über die zwischen „der österreichisch-ungarischen Monarchie“

und anderen Staaten geschlossenen Verträge. So z. B. erscheint im XIX. Gesetzartikel vom Jahre 1876 diese österreichisch-ungarische Monarchie als der eine Contrahent in dem mit Rumänien am 22. Juni 1875 abgeschlossenen Handelsvertrage. Ebenso erscheint diese Monarchie als der eine Contrahent des durch den XLIX. Gesetzartikel vom Jahre 1876 inarticulirten Handelsvertrages mit Grossbritannien:

„Der zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Grossbritannien“ — sagt dieser Gesetzartikel — „auf die im Artikel III des G.-A. XVI vom Jahre 1867 bestimmte Art zu Stande gekommene und am 5. December 1876 zu Budapest unterzeichnete Handelsvertrag wird — nachdem derselbe durch den Reichstag angenommen und durch die beiden vertragsschliessenden Theile in der üblichen Weise ratificirt worden ist, hiemit inarticulirt.“ (Folgt der Wortlaut des Vertrages.) Wahrhaft man möchte glauben, dass dieser „Reichstag“ natürlich der österreichisch-ungarische Reichstag — die Volksvertretung eben des einen Contrahenten: „österreichisch-ungarischen Monarchie“, war, welcher unter Intervention des den Präliminarvertrag abgeschlossen habenden gemeinsamen Ministeriums nun seine verfassungsmässige Zustimmung ertheilte. Denn die Mitwirkung des ungarischen Staatsparlamentes ist eine absolute Unmöglichkeit; sie wäre nur in dem Falle möglich, wenn ein österreichisch ungarischer Handelsvertrag gleich wäre zwei Handelsverträgen, nämlich einem Handelsvertrage, welchen der auch völkerrechtlich existirende Staat Cisleithanien durch den kaiserlich cisleithanischen Minister des Auswärtigen mit dem anderen Contrahenten — also hier mit Rumänien — abgeschlossen hat, und einem Handelsvertrage identischen Inhaltes, welchen das völkerrechtlich existirende Königreich Ungarn durch den königlich ungarischen Minister der ungarischen auswärtigen Angelegenheiten mit dem andern Staate — Rumänien — abgeschlossen hat.

Dies ist aber völkerrechtlich und staatsrechtlich nicht der Fall. Und die bisherige staatsrechtliche Erledigung solcher österreichisch-ungarischer Staats- und Handelsverträge, welche zu ihrer Giltigkeit der Mitwirkung der Volksvertretung nach dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte bedürfen, d. h. die

parlamentarische Behandlung aller österreichisch - ungarischen Handelsverträge seit 1868 ist nur dann eine der unveränderlichen Natur des Staates entsprechende, nur insoferne überhaupt eine vernünftige und mögliche, und eine nach dem österreichisch - ungarischen Staatsrechte correcte und daher rechtlich - wirksame, wenn angenommen wird, dass Reichsrath und Reichstag hierbei als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ in Gemässheit des §. 1 des Delegationsgesetzes, somit als untrennbare Theile des weiteren Reichstages functionirt haben; wenn ferner supponirt wird, dass auch die beiden Sonderregierungen als Stellvertreter der gemeinsamen österreichisch - ungarischen Regierung hierbei mitgewirkt haben. Das Erscheinen dieser österreichisch - ungarischen Verträge im cisleithanischen Reichsgesetzblatte und die Hinterlegung derselben im Landesgesetz-Archive ist die Art ihrer Publication seitens des Reiches in jeder Provinz. Dasselbe gilt von allen gemeinsamen Gesetzen, z. B. über die Quote, über die Bank etc., welche — formell — von den Sonderstaatsparlamenten unter Intervention der Sonderstaatsministerien geschaffen, und von Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät sanctionirt und dann unter Contrasignatur der Sonderministerien publicirt wurden.

Alle diese gemeinsamen Gesetze sind rechtlich nur dann vorhanden und wirksam, wenn angenommen wird, dass sie vom Reichstage und Reichsrathe als „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ geschaffen wurden, und dass die Sonderministerien hier in Stellvertretung des gemeinsamen Ministeriums und somit als Reichsorgane fungirt haben, wie dies z. B. in den Gesetzesbestimmungen über die Regelung der Quote ausdrücklich angeordnet ist. Und diese Gesetze sind nur dann publicirt im Reiche Oesterreich-Ungarn, wenn supponirt wird, dass auch hier bei der Publication die contrasignirten Sonderministerien in Stellvertretung des Reichsministeriums thätig gewesen sind, und dass man sich der Gesetzblätter der Sonderstaaten auch 2. als Reichsgesetzblätter bediente.

Eine Ausnahme findet — was die contrasignirten Mini-

sterien anlangt, nur bei den sanctionirten Delegationsbeschlüssen statt; denn bei diesen ist in vollkommen organischer Weise immer nur das Reichsministerium contrasignirt.

Dieses gemeinsame Ministerium muss somit der Natur des Staates nach und gemäss der Ausgleichsgesetzgebung im Reichsrathe und Reichstage erscheinen und daselbst functioniren, so oft dieser Reichsrath und Reichstage eine gemeinsame Angelegenheit verfassungsmässig behandeln, d. h. als „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ erscheinen. Das gemeinsame Ministerium muss daher mitwirken bei der Genehmigung der internationalen Verträge, bei der Entscheidung über die Aufnahme eines gemeinsamen Darlehens, bei der Wahl der Delegationen und der Ausübung der der österreichisch-ungarischen Volksvertretung behufs Wahrung der Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der österreichisch-ungarischen Delegirten zustehenden Rechte; die gemeinsame Regierung muss functioniren bei der Würdigung der Gründe zur Abdankung der österreichisch-ungarischen Krone und deren eventueller Annahme, und das gemeinsame Ministerium müsste mitwirken bei der Abänderung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — bei der Abänderung des Ausgleichsgesetzes; und dieses Ministerium hätte endlich functioniren sollen, als der weitere Reichstag — in Folge des zwischen den beiden Staaten stillschweigend geschlossenen Vertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Bank — das österreichisch-ungarische Bankgesetz schuf. Nur bezüglich einer österreichisch-ungarischen Staatsangelegenheit, der Gesetzgebung über die Beitragsleistung der beiden österreichisch-ungarischen Provinzen Cisleithanien und Ungarn zum österreichisch-ungarischen Staatshaushalte — beim Zustandekommen des Quotengesetzes für 10 Jahre — hat das gemeinsame Ministerium keine Ingerenz. Denn die österreichisch-ungarische Reichsverfassung bestimmt im §. 3 des deutschen Textes und namentlich in den, diesen §. 3 ergänzenden §§. 19—22 des Gesetz-

artikels XII des ungarischen Textes der Ausgleichsgesetzgebung, dass hiebei die Ministerien der beiden souveränen Staaten Ungarn und Cisleithanien — in Stellvertretung des gemeinsamen Ministeriums — zu amtiren haben. Die beiden Sonderministerien sind hier gesetzlich zur Thätigkeit in einer österreichisch-ungarischen (gemeinsamen) Angelegenheit berufen. Sie erscheinen in dieser Beziehung daher als Organe Oesterreich-Ungarns, als Reichsorgane.

Und so ist es der durch die Uebereinstimmung der beiden Theile des weiteren Reichstages erzeugte einheitliche Willensbeschluss — der österreichisch-ungarische Volkswille — welcher dann durch die Sanction des Kaisers von Oesterreich-Ungarn und unter Contrasignatur des gemeinsamen Ministeriums zum österreichisch-ungarischen Staatswillen, zum österreichisch-ungarischen Reichsgesetze erhoben wird.

Dieser weitere Reichstag ist, wie erwähnt, staatsrechtlich dasselbe Organ, wie der weitere Reichsrath des §. 10 der Februarverfassung, d. h. er ist das Volksvertretungsorgan der Gesamtmonarchie; nur tritt zunächst praktisch der Unterschied hervor, dass der weitere Reichsrath niemals in Ungarn Anerkennung gefunden hatte, und niemals seitens Ungarns beschickt worden war.

Aber in welch' veränderter Gestalt erscheint heute dieses selbe Organ, die österreichisch-ungarische Volksvertretung!

Die Organisation, die Mitgliederzahl und die Competenz des weiteren Reichstages ist eine andere geworden! Er besteht heute nicht mehr aus zwei Kammern (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus), sondern aus Einer Kammer, eigentlich aus zwei halben Kammern⁶¹⁾, deren jede in einer anderen Sprache verhandelt. Die Mitglieder dieser halben Kammern

⁶¹⁾ Es wird nämlich von jeder der beiden Reichsprovinzen, von jedem Reichslande je eine Hälfte der Reichsvertretung gewählt. So sitzen z. B. im „Vertretungskörper einer Reichshälfte „Reichstag“, welcher von der Reichsprovinz Ungarn entsandt ist, nur theils gewählte, theils erbliche und von der Reichskrone ernannte Vertreter der Provinz Ungarn. Dasselbe ist der Fall beim „Vertretungskörper einer Reichshälfte“ Reichsrath.

werden theils vom Volke gewählt, theils sind sie erbliche und von der Reichskrone ernannte Parlamentsmitglieder. Alle Mitglieder des ungarischen Reichstages zusammen bilden — die eine halbe Kammer, alle Mitglieder des Reichsrathes zusammen — die zweite halbe Kammer. Der weitere Reichstag besitzt kein Herrenhaus und kein Abgeordnetenhaus, ebenso wenig als je der halbe Stellvertreter — ein Delegationstheil — aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus besteht; jeder Theil enthält nur Delegirte.

Die Mitgliederzahl des weiteren Reichsrathes betrug 343 + den Mitgliedern des Herrenhauses (mit Inbegriff der ungarischen Magnaten). Der weitere Reichstag besteht heute aus 353 von der Provinz Cisleithanien und aus der Provinz Cisleithanien gewählten Abgeordneten + den erblichen und ernannten Mitgliedern (Herrenhausmitgliedern)⁶²⁾; der seitens der Provinz Ungarn gebildete halbe Reichsvertretungskörper umfasst 447 gewählte Abgeordnete + den Mitgliedern der Magnatentafel. Also nicht mehr 85 gewählte Ungarn sitzen in diesem weiteren gemeinsamen Reichstage, sondern 447 gewählte ungarische Abgeordnete; ausserdem ist für die politische Bedeutung beider Theile (und daher namentlich bei der Abstimmung) die vollkommene Parität dieser beiden Theile des weiteren Reichstages Grundprincip.

Und wie sehr ist die Competenz dieses weiteren Reichstages im Vergleich zur Competenz des ehemaligen weiteren Reichsrathes zusammengesunken! In die unmittelbare Competenz dieses weiteren Reichstages gehören nur die gemeinsamen Angelegenheiten des §. 1 des Ausgleichsgesetzes: Genehmigung der internationalen Verträge; ferner die Wahl der Delegirten, die österreichisch-ungarische Bank (für zehn

⁶²⁾ Die Gruppe der von der Reichskrone ernannten und erblichen Mitglieder des halben österreichisch-ungarischen Vertretungskörpers Reichsrath besteht gegenwärtig aus beiläufig 176 Mitgliedern.

Die Gruppe der Mitglieder der ungarischen Magnatentafel, welche in einer anderen Staatsangehörigkeit eben auch Mitglieder des von der Provinz Ungarn entsandten Theiles „Reichstag“ der gemeinsamen Reichsvertretung sind, beträgt 786.

Das Stimmrecht der in das Abgeordnetenhaus gewählten Mitglieder der Magnatentafel ist suspendirt.

Jahre), die österreichisch-ungarische Quote und die Entscheidung über die Aufnahme eines gemeinsamen Anlehens; ausserdem die Beurtheilung der Wichtigkeit der Gründe zur Abdankung, eventuell die Annahme der Abdankung der österreichisch-ungarischen Kaiserkrone; endlich der Natur der Sache nach die Abänderung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung, der Ausgleichsgesetzgebung.

Ueberdies besitzt der weitere Reichstag keine selbstständige Geschäftsordnung für den Verkehr seiner beiden Theile behufs Erzielung eines einheitlichen Willensbeschlusses; nur bezüglich einzelner Fälle, so z. B. der Behandlung der österreichisch-ungarischen Quote, ist speciell der Verkehr der beiden Theile gesetzlich geregelt.

Wahrlich, es gibt wohl kein Parlament einer constitutionellen Monarchie, und vielleicht überhaupt kein Parlament irgend eines Staates mehr, in welchem das Moment der Einheit so sehr zurückgedrängt ist, wie im österreichisch-ungarischen Parlamente. Nirgends spricht das Ausgleichsgesetz vom Vertretungskörper des Reiches, sondern immer nur von den (Theil-) „Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“, also von den unselbstständigen Theilen der Reichsvertretung, welche von den beiden grossen Provinzen Cisleithanien und Ungarn gewählt werden. Die Abgeordneten selbst für diese beiden Theile des weiteren Reichstages werden nicht ausschliesslich für die verfassungsmässige Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsangelegenheiten gewählt, ja die Wahlsysteme und Wahlgesetze, durch welche die beiden Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung geschaffen werden, sind nicht identisch. Die Verhandlungssprache jedes Theiles ist eine verschiedene. Nicht einmal die Wahlperiode ist dieselbe. Die in Ungarn gewählten österreichisch-ungarischen Abgeordneten scheiden alle drei Jahre aus (Gesetzartikel IV vom Jahre 1848, §. 3) und an ihre Stelle sind neue zu wählen, während die aus Cisleithanien gewählten österreichisch-ungarischen Abgeordneten sechs Jahre in dieser Function verbleiben (Gesetz vom 2. April 1873, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 21. December 1867, R. G. Bl. Nr. 141 abgeändert wird, §. 18). Die gesetzlichen Bestimmungen nament-

lich über den Verkehr der beiden Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — die allgemeine Geschäftsordnung — sind grösstentheils nur indirect gegeben durch die gesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr der Theile des Stellvertreters des Reichsparlamentes — der Delegationen. Denn nur durch den berechtigten Schluss, dass der Stellvertreter eines staatlichen, willensfähigen Organes, welcher innerhalb des ihm eingeräumten Wirkungskreises thätig ist — nicht mehr Rechte haben und für den Stellvertreter ausüben kann, als der von ihm Vertretene selbst, wird überhaupt indirect der Complex der Gesetzesbestimmungen über die Delegationen — namentlich über ihren gegenseitigen Verkehr — auch als öffentliches Recht für das österreichisch-ungarische Parlament — respective dessen Theile — gewonnen. Daraus kann wenigstens jener Theil der Rechte des Parlamentes — seiner Theile — erschlossen werden, welchen es durch seinen Stellvertreter ausübt; und es kann die Art und Weise ihrer Ausübung erschlossen werden. Welche Rechte darüber hinaus noch dem österreichisch-ungarischen Parlamente zukommen, kann aus dem Gesetze nur theilweise und unvollkommen deducirt werden.

Die beiden Theile dieses Parlamentes — die aus jeder der beiden Provinzen gewählten Abgeordneten — berathen immer und beschliessen zunächst auch separat als gleichberechtigte Theile, Hälften — eine in ihrer Art wohl einzige Erscheinung; ja sie beriethen bisher sogar in verschiedenen Städten, obwohl die Theile des Stellvertreters der „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ in eine und dieselbe Stadt gesetzlich einberufen werden müssen. Daher dürften wohl auch „die betreffenden Reichstage“ — wie das ungarische Gesetz sagt — da sie ja auch selbst, unmittelbar gemeinsame Angelegenheiten erledigen, in dieselbe Stadt einzuberufen sein. Ja — und dies spricht klar, wie man möglichst viel gethan, um die Reichseinheit möglichst wenig erscheinen zu lassen — die Existenz dieses Stellvertretenen, dieses österreichisch-ungarischen Parlamentes, ist bisher noch gar nicht erkannt, das gemeinsame Parlament noch gar nicht wahrgenommen worden! Dieses Bewusstsein, dass der weitere, der gemeinsame Reichstag, der von der gemeinsamen Dele-

gation Vertretene auch vorhanden sein und existiren müsse — da er sonst nicht vertreten werden könnte — ist ausnahmslos gar nicht erwacht und vorhanden! Die gemeinsame, die österreichisch-ungarische Reichsregierung ist diesen „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ noch niemals selbst gegenübergetreten; soweit das österreichisch-ungarische Parlament selbst bisher gemeinsame Angelegenheiten erledigte — z. B. alle Handelsverträge, den Berliner Vertrag — hat sich die österreichisch-ungarische Regierung durch die Regierungen der Sonderstaaten, welche in diesem Falle als verantwortliche Stellvertreter der gemeinsamen Regierung aufgefasst werden müssen, immer vertreten lassen.

Aber trotz alledem besteht rechtlich und gesetzlich diese gemeinsame Volksvertretung, dieses österreichisch-ungarische Parlament ohne Zweifel, so lange man Volksvertreter, welche als die gesetzlich originär berufenen Organe ein und dieselben öffentlichen Staatsangelegenheiten in ihrem ganzen Umfange als ihre eigenen öffentlichen Angelegenheiten frei berathen und beschliessen, die darüber einen einheitlichen Volkswillen erzeugen, welcher der Krone zur Sanction vorgelegt wird — eine Volksvertretung, ein Parlament nennt. Die Berathung in einem und demselben Saale ist gewiss kein wesentliches Moment für die Theile einer Volksvertretung; denn sonst gäbe es fast in ganz Europa keine Volksvertretung.

Die rechtliche Existenz also des weiteren Reichstages — wenn dieser Name in Anlehnung an das ungarische Gesetz gestattet ist — steht ausser Zweifel; denn es gibt rechtlich zwei Volksvertretungs-Theil Körperschaften, deren jede die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, und zwar in ihrem ganzen Umfange, als ihre eigenen öffentlichen Staatsangelegenheiten beräth und beschliesst.

Die österreichisch-ungarische Delegation — der Stellvertreter des weiteren Reichstages.

Es ist nun eine Besonderheit dieser österreichisch-ungarischen Volksvertretung, dass sie

einen grossen Theil ihrer Agenden nicht unmittelbar selbst, sondern mittelbar durch einen Stellvertreter — die Delegation — besorgt. Und es ist wieder eine Besonderheit dieser Stellvertretung, dass der Stellvertreter von dem Vertretenen weder 1. eine Instruction oder Weisung annehmen darf, noch 2. demselben für sein Wollen und Handeln irgendwie verantwortlich ist.^{62 a)} Die Delegation ist ein freier und unverantwortlicher Stellvertreter.

Auch diese Eigenthümlichkeit — die Stellvertretung — ist eine Folge des Strebens, die Reichseinheit so viel als möglich im Bewusstsein und wirklichen Leben, und daher auch in dem, worin das wirkliche Leben des Staates seinen Ausdruck findet, im öffentlichen Staatsrechte, zurückzudrängen. Hätte man die gemeinsamen Angelegenheiten, wie z. B. die Quote, die österreichisch-ungarischen Staatsverträge — alle der directen Behandlung seitens der „Vertretungskörper beider Reichshälften“ überlassen, namentlich solche gemeinsame Angelegenheiten, deren Erledigung dringend nothwendig ist, man wäre genöthigt gewesen, eine Bestimmung zu treffen für den Fall, als diese „Vertretungskörper“ keinen einheitlichen Beschluss erzielen, wie eine solche Bestimmung nothwendig ward rücksichtlich der Delegationstheile. Durch eine derartige gesetzliche Bestimmung aber, welche einen einheitlichen Willen beider Theilkörper eventuell erzwingt — so z. B. mittelst Plenarsitzung des weiteren Reichstages —, und sonach nothwendig zur Entstehung eines constitutionellen Staatswillens führt, oder aber einen einheitlichen Staatswillen in absoluter Weise nothwendig entstehen macht, wie im Falle der Quote durch die alleinige Entscheidung der Krone — würde die Reichseinheit sofort auch in dem Organe der Volksvertretung deutlich hervorgetreten sein.

^{62 a)} Ausgleichsgesetz §. 21. „Die reichsräthlichen Delegirten und Ersatzmänner haben von ihren Wählern keine Instructionen anzunehmen.“

G. A. XII, §. 38. „Diese Delegation kann durch vorgehende Instructionen nicht gebunden werden.“

Ebenso findet nachträglich keinerlei Gutheissung oder Anerkennung der Thätigkeit, der Beschlüsse der Delegation durch den weitem Reichstag statt.

Denn es ist kaum denkbar, dass auch in diesem Falle, wenn Reichsrath und Reichstag unmittelbar alle gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen hätten, wenn sie somit in Betreff derselben unmittelbar einen einheitlichen Beschluss erzielen müssten, sei es auch in letzter Instanz mittelst stummer Plenarsitzung, Loos etc., dass auch dann hätte der Wahn entstehen und Glauben finden können — diese Einen gemeinsamen Angelegenheiten würden von zwei selbstständigen Parlamenten, dem königlich ungarischen Reichstage und dem kaiserlich cisleithanischen Reichsrathe, behandelt und erledigt. Durch die Einschaltung aber dieses Stellvertreters — der Delegation — wurde der logische Sprung, den diese Auffassung macht, von den nur für die ungarischen und nur für die cisleithanischen Staatsangelegenheiten competenten Parlamenten zu der nur für die österreichisch-ungarischen, d. i. nur für die weder cisleithanischen noch ungarischen Staatsangelegenheiten competenten Delegation als dem Stellvertreter dieser Sonderstaatsparlamente — etwas verdeckt. Durch diesen Stellvertreter *d* eines Organes *a* sollte es möglich sein, von diesem Organe *a* ausgehend, zu diesem Organe *a* als dem Organe *b* zurückzukommen! Von dem cisleithanischen Reichsrathe durch dessen Stellvertreter, die deutsche Delegation, zurück zu diesem cisleithanischen Reichsrathe als gemeinsamen Reichsrathe! Vom ungarischen Reichstage wäre logisch und in der Wirklichkeit der Weg möglich mittelst seines Stellvertreters zurück zu diesem ungarischen Reichstage als dem österreichisch-ungarischen gemeinsamen Reichstage!

Durch alle die Operationen, welche man mit den gemeinsamen Reichsangelegenheiten und dem sie behandelnden Reichsparlamente vornahm, schien fast das logisch und thatsächlich Unmögliche, dass ein Ding nicht es selbst, dass ein Organ *a* ein Organ *b* ist — überwunden und geleistet!

Zuerst theilte man die gemeinsamen Angelegenheiten in solche, welche von der gemeinsamen Volksvertretung selbst und unmittelbar parlamentarisch zu behandeln sind, und in solche, welche von der Reichsvertretung mittelbar durch einen Stellvertreter zu erledigen sind.

Dann theilte man das Reichsparlament selbst — nicht etwa in zwei Kammern, deren Mitglieder aus Vertretern aller Provinzen des ganzen Reiches bestehen, sondern man zerschnitt die Reichsvertretung in zwei halbe Kammern, deren Mitglieder nur aus Angehörigen Einer Reichsprovinz, des halben Reiches, bestehen, und theils gewählt, theils erblich und ernannt sind.

Hierauf nahm man dasselbe physische Substrat, d. i. dieselben Menschen, welche die beiden selbstständigen Parlamente der Staaten Cisleithanien und Ungarn bilden, und machte daraus österreichisch-ungarische Theilorgane, die beiden Hälften des Reichsparlamentes, die „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“, welchen halben Reichsvertretungskörpern und welcher Reichsvertretung man nicht einmal einen anderen selbstständigen Namen ertheilte. Dann liess man bei der Erzeugung des gemeinsamen Volkswillens nicht die einzelnen Mitglieder des Reichsparlamentes — respective seiner beiden Hälften — nach Köpfen abstimmen, so dass die in beiden halben Körpern abgegebenen Stimmen für oder gegen einen Antrag addirt würden; vielmehr wurde zunächst den halben Vertretungskörpern das Recht eingeräumt, eine Collectivtheilstimme abzugeben. Der Theil „Reichsrath“ spricht ein Ja oder Nein bezüglich der Regelung einer gemeinsamen Angelegenheit und der Theil „Reichstag“ spricht ebenfalls ein solches — halbes — Ja oder Nein. Man machte — gegen das organische Wesen des Staates — die beiden Reichsprovinzen Ungarn und Cisleithanien zu Factoren für die Bildung des Reichswillens. Der Reichswille entsteht in erster Linie durch die Uebereinstimmung der beiden Collectivstimmen der zwei Hälften der Reichsvertretung. Ausserdem erklärte man die vollkommene politische Parität der Reichstheile Ungarn und Cisleithanien, d. i. man erklärte sie als Hälften rücksichtlich ihrer Mitwirkung an der Bildung des Staatswillens — man erklärte sie somit politisch als Hälften. Das Ja oder Nein des einen Theiles ist eben so gross und wiegt eben so schwer als das Ja oder Nein des anderen Theiles. Man erklärte diese gleichartigen Grössen — die Factoren für die Bildung des österreichisch-

ungarischen Reichswillens, die Grössen „Ja“ und „Nein“ (der Theile Reichsrath und Reichstag) — auch als gleiche Grössen. Die Folge davon ist, dass, wenn diese zwei gleichartigen Grössen: Ja und Nein des Reichsrathes und Reichstages, einander entgegengesetzt sind, sie sich aufheben. Das gleichzeitige Ja des einen und Nein des anderen Theiles heben sich auf, es ist Nichts vorhanden, gar kein Volkswille noch entstanden. Wenn daher der Theil „Reichsrath“ bei Behandlung einer österreichisch-ungarischen Angelegenheit Ja sagt, der Theil „Reichstag“ Nein, ist gar kein Volkswille in Betreff der in Frage stehenden gemeinsamen Angelegenheit vorliegend und entstanden; die gemeinsame Angelegenheit ist dadurch seitens der Reichsvertretung nicht angenommen, aber ebensowenig natürlich auch abgelehnt.

Was nun in diesem Falle — wenn Reichstag und Reichsrath entgegengesetzt stimmen — zu geschehen habe, um einen Reichsvolksvertretungswillen zu erzeugen, damit derselbe durch die gemeinsame Krone sanctionirt werden könne, darüber bestimmt das Gesetz direct Nichts. Das Gesetz überlässt es zunächst „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ sich selbst zu helfen! Dadurch werden die beiden Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung — scheinbar — von einander unabhängig und selbstständig.

Dazu kommt noch, dass das Ausgleichsgesetz bei einer dem weiteren Reichstage zur unmittelbaren Erledigung zukommenden gemeinsamen Angelegenheit — bei der Quote — die Mitwirkung der Sonderministerien in den „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ — natürlich in Stellvertretung des gemeinsamen Ministeriums und daher in der Eigenschaft als Reichsorgane — anordnet.

Durch alle diese Momente nun konnte bei oberflächlicher Betrachtung die Vorstellung entstehen, als ob das kaiserlich cisleithanische Parlament „Reichsrath“ und das königlich ungarische Parlament „Reichstag“ die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten „verfassungsmässig“ erledigen. Es fiel ein Schein von Zweiheit auf die, die Einen und untheilbaren öster-

reichisch-ungarischen Angelegenheiten berathenden, untrennbaren Theile „Reichsrath“ und „Reichstag“.

Und dieser von dem Vertretenen ausgehende Schein der Zweiheit leuchtete nun hinüber auf seinen Stellvertreter — die Delegation, und liess diesen Stellvertreter — den man an und für sich betrachtet wohl niemals als zwei Stellvertreter, zwei Körper erklärt hätte — ebenfalls in einem ungewissen Lichte — ob Eins, ob Zwei — erglänzen, für Manche als Eins, für Viele als Zwei erscheinen.

Man schuf, wie erwähnt, für die österreichisch-ungarische Volksvertretung das Institut der Stellvertretung zur Behandlung eines Theiles der gemeinsamen Reichsangelegenheiten. Ja noch mehr, man theilte auch wieder diesen Stellvertreter — Delegation — in zwei Hälften, man lässt ihn in zwei Hälften tagen, berathen und beschliessen und zwar ebenfalls in erster Linie durch Abgabe von gleichwertigen *Collectivtheilstimmen*; und nur, wenn „es mittelst dieser schriftlichen Noten nicht gelingen sollte, die Meinung dieser beiden Delegationen zu vereinigen“ (XII, §. 35), „hat jeder Theil (XII, §. 36) das Recht, den anderen dazu aufzufordern dass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde, was dann der aufgeforderte Theil nicht verweigern darf“; „dann (§. 35) halten beide Delegationen eine gemeinsame Sitzung, doch lediglich behufs einfacher Abstimmung.“

So stieg auch vom Stellvertreter, aus dem Schosse der Delegation selbst, noch ein Schein von Zweiheit auf!

Durch all' diese Theilungen, Stellvertretung, durch die Nichtschaffung gesetzlicher Normen für die Erzwingung eines einheitlichen Volkswillens, im Falle, als die Theile des österreichisch-ungarischen Parlamentes nicht freiwillig und fast zufällig übereinstimmen — lag scheinbar die Thatsache vor und konnte in manchen Theoretikern und Praktikern die Vorstellung entstehen, dass die Einen und einheitlichen österreichisch-ungarischen Reichs-Angelegenheiten durch zwei selbstständige Volksvertretungen und deren zwei Stellvertreter — zwei Delegationen — verfassungsmässig behandelt werden.

Es schien Thatsache und Wirklichkeit, dass ein Parla-

ment *a* (cisleithanischer Reichsrath) oder *b* (ungarischer Reichsrath) — Parlament *c* sei (österreichisch-ungarischer Reichstag)!

Wäre sie Wahrheit, diese subjective Vorstellung, und wäre der schwache objective Schein, der sie entstehen lassen mochte, Wirklichkeit, dann fielen die Schranken des logischen Denkens und der existirenden Dinge. Ein Ding *a* wäre zugleich ein Ding *b*.

Durch die Einschaltung des Stellvertreters „Delegation“ wurde dieser ungeheure Widerspruch der Behauptungen: Cisleithanisches Parlament Reichsrath = Reichsrath als Theil des österreichisch-ungarischen Parlamentes, ungarischer Reichstag = Reichstag als Theil des österreichisch-ungarischen Parlamentes — für den ersten Moment etwas verschleiert.

Wären der cisleithanische und ungarische Theil des weiteren Reichstages selbst verpflichtet und berechtigt worden, in allen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, sobald sie nicht ohnedies einen übereinstimmenden Beschluss als Theile fassen, einen solchen in irgend einer Weise, z. B. durch eine stumme Plenarsitzung unter Mitwirkung des österreichisch-ungarischen Ministeriums zu erzeugen, ja hätte man auch nur für den gegenwärtigen unmittelbaren Competenzkreis des weiteren Reichstages irgend ein Mittel zur Erzwingung eines einheitlichen Volkswillens direct im Gesetze festgestellt — also gleich wäre zwischen den Seitenflügeln, dem ungarischen und cisleithanischen Staatsbau, über denen die Krone des heiligen Stephan und die cisleithanische Krone glänzt, auch das als Mittelbau sich ergebende grosse österreichisch-ungarische Staatsgebäude weithin Allen sichtbar geworden mit seiner österreichisch-ungarischen Reichskrone. Jetzt hingegen ist dieses grosse Mittelgebäude mit staatsrechtlichem Nebel fast gänzlich verhüllt und nicht sofort sichtbar. Dadurch treten die scheinbar in jeder Beziehung vollkommen getrennten — scheinbar auch in ihrer Eigenschaft als Provinzen in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten sich frei und unverbunden nur als souveräne Gesamtpersönlichkeiten (als Staaten) gegenüberstehenden — Einzelstaaten für den ersten Anblick allerdings theilweise mehr hervor. In Wirklichkeit haben sie durch diese Verhüllung des Reiches natürlich in ihrem Competenzkreise als

Sonderstaaten und an ihrer Macht und Grösse keine Aenderung und daher auch keinen Zuwachs erfahren.

Auf dieses staatsrechtliche Verhältniss nun — auf das Verhältniss der Delegationen zum weiteren Reichstage, finden ihre richtige staatsrechtliche Anwendung alle die Anschauungen und Behauptungen, welche als staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unmöglichkeiten und Ungeheuerlichkeiten erscheinen, wenn sie — wie dies bisher fast ausnahmslos der Fall ist — auf eine staatsrechtliche Beziehung der Delegationen zum engeren Reichsrathe (zum Reichsrathe als Parlamente) und zum Reichstage (als selbstständigen königlich ungarischen Parlamente) angewandt werden. Die Delegationen sind der Stellvertreter des weiteren Reichstages, sie sind aber auch hier nicht dessen Ausschüsse, wie J u r a s c h e k und U l b r i c h — rücksichtlich der Parlamente — behaupten; die Delegationsmitglieder sind nichts anderes als Mitglieder dieses weiteren Reichstages, sie erhalten als von diesem gewählte Delegirte keine neue staatsrechtliche Qualität mehr.

Die Delegationen üben kein selbstständiges Recht aus, sondern sie üben das Recht des weiteren Reichstages auf die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten aus, sie sind in dessen Namen, für ihn thätig. Sie üben nur ein vom weiteren Reichstage ihnen übertragenes Recht aus; diesem weiteren Reichstage, der österreichisch-ungarischen Volksvertretung steht eventuell das Recht zu, Aenderungen in der Zusammensetzung, in der Wahl der Mitglieder der Delegation vorzunehmen, falls man nicht — wie dies nach dem Ausgleichsgesetze allerdings zulässig ist — die Abänderung des Wahlmodus für die Delegirten, sowie auch die Bestimmung der Zahl der aus den gewählten und aus den erblichen und ernannten Mitgliedern des weiteren Reichstages zu wählenden Delegirten als in die Competenz der beiden Reichsprovinzen gehörig betrachtet. Diesem weiteren Reichstage steht das Recht zu, die ganze Stellvertretung — die Delegation — im Wege der Reform der Reichsverfassung aufzuheben, und alle gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Angelegenheiten seiner directen und unmittelbaren Behandlung zu unterwerfen.

Daraus ergibt sich die Unmöglichkeit des Inhaltes einer Bestimmung der cisleithanischen Verfassung der *litera o)* des §. 11 des Reichsrathsstatutes. Diese *litera o)* erklärt, in den Wirkungskreis des Reichsrathes als cisleithanischen Parlamentes gehöre: „die Gesetzgebung betreffend die Form der Behandlung der durch die Vereinbarung mit den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern als gemeinsam festgestellten Angelegenheiten“; sie ist eine unerfüllbare und unmögliche Bestimmung. Denn der Staat Cisleithanien hat mit dem Staate Ungarn keine gemeinsamen Angelegenheiten. Die Delegationen sind kein Organ des Staates Cisleithanien, sie sind österreichisch-ungarische Reichsorgane; daher hat dieser Staat Cisleithanien und sein Parlament über dieselben auch gesetzlich Nichts zu verfügen. Und es möge hier gestattet sein, noch auf eine unerfüllbare Bestimmung des §. 11 aufmerksam zu machen, nämlich auf die *litera b)*, welche „alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise, sowie auf die Ordnung und Dauer der Militärpflicht beziehen, und insbesondere die jährliche Bewilligung der Anzahl der auszuhebenden Mannschaft und die allgemeinen Bestimmungen in Bezug auf Vorspannsleistung, Verpflegung und Einquartierung des Heeres“ — doch wohl des Staates Cisleithanien? — der Competenz des cisleithanischen Parlamentes zuweist. Auch diese Bestimmungen der *litera b)* sind unmöglich und unerfüllbar, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Staat Cisleithanien kein stehendes Heer hat. Die cisleithanischen Staatsbürger sind zur Erfüllung einer Wehrpflicht für ihren Staat in einer stehenden Armee nicht verhalten, daher es keine kaiserlich cisleithanische Armee, gebildet aus cisleithanischen Staatsangehörigen, gibt. Es existirt keine stehende Armee „der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“. Dasselbe findet mit Rücksicht auf eine stehende Armee statt beim Staate Ungarn. Es gibt factisch und rechtlich keine königlich ungarische, stehende Armee, welche der Träger der Krone des heiligen Stephan als ihr oberster Kriegsherr commandiren würde. Es existiren keine königlich ungarischen Regimenter, keine königlich ungarischen Officiere, wenn auch der ungarische Originaltext des Ausgleichsgesetzes von einem „ungarischen

Kriegsheere“ (XII, §. 11), und von der „einheitlichen Leitung, Führung und inneren Organisation der gesamten Armee, und somit auch des ungarischen Heeres, als eines ergänzenden Theiles der Gesamttarmee“ (XII, §. 11), sowie von den „Mitgliedern des ungarischen Kriegsheeres“ (XII, §. 14) redet. Gleichwie die Staaten Cisleithanien und Ungarn keine auswärtige Politik haben, so besitzen sie auch keine Armee.

Es ist daher höchst merkwürdig, dass Cisleithanien und Ungarn, dass jeder dieser beiden Staaten ein Heeresgesetz hat und dasselbe alle zehn Jahre theilweise neu schafft — denn die Heeresgesetze sind formell wirklich ein ungarisches und ein cisleithanisches Gesetz mit identischem Inhalte — ein Heeresgesetz für die Bildung einer Armee, die gar nicht existirt. Und diese staatsrechtliche Merkwürdigkeit findet nur ihre Wiederholung bei einem anderen europäischen Staate — bei Oesterreich-Ungarn. Die österreichisch-ungarische Monarchie besitzt ein Heer und eine Flotte — Europa hat dieses Heer in jüngster Zeit bei der Erfüllung einer Reichsaufgabe gesehen — aber diese Monarchie besitzt kein Heeresgesetz. Es gibt kein österreichisch-ungarisches Heeresgesetz! Staatsrechtlich besteht die ganze stehende Kriegsmacht Oesterreich-Ungarns aus Freiwilligen, welche ihrem obersten Kriegsherrn, dem österreichisch-ungarischen Kaiser folgen!

Denn man hat — in höchst merkwürdiger Weise — die Gesetzgebung über die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen für ihren Staat, für die österreichisch-ungarische Monarchie — den souveränen Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn eingeräumt und zuerkannt! Das Heer blieb und ist ein gemeinsames, ein Reichsheer, die Gesetzgebung aber für die Bildung dieses Reichsheeres durch die Reichsangehörigen ist eine cisleithanische und ungarische Gesetzgebung; man entzog sie dem Reiche und sprach sie zwei anderen Staaten zu!

Aber eine Behauptung, welche man in Betreff der Delegationen noch aufgestellt hat, findet auch bei der richtigen Auffassung der Delegation als des freien und unverantwortlichen Stellvertreters des weiteren Reichstages durchaus keine

Richtigkeit: die Behauptung nämlich von der Zweiheit der Delegationen. Auch in der Anwendung auf das bestehende organische und staatsrechtliche Verhältniss zwischen weiterem Reichstage und Delegation bleibt diese Behauptung ein ungeheurer Irrthum!

Denn die Delegationen sind der einheitliche Stellvertreter des österreichisch-ungarischen Parlamentes, sie sind Ein österreichisch-ungarisches, Ein gemeinsames Organ.

Schon aus der rechtlichen Thatsache, dass die deutsche und ungarische Delegation jede einen „Vertretungskörper einer Reichshälfte“, also jede einen halben Reichsvertretungskörper vertritt, würde folgen, dass beide zusammen Einen Stellvertreter des Reichsvertretungskörpers bilden, dass sie Ein Körper sind. Die Einheit beider Delegationstheile folgt somit schon aus ihrer Beziehung zum weiteren Reichstage.

Die Thatsache, dass die Delegationen Ein Körper sind, erhellt aber aus der Function und Organisation der Delegationen selbst.

So berathet jede Delegation dieselben — österreichisch-ungarischen — Angelegenheiten, und zwar in ihrem ganzen Umfange als eigene öffentliche Angelegenheiten, und die beiden Delegationstheile müssen bezüglich derselben Einen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten Einen übereinstimmenden Beschluss erzielen, der dann Einer Majestät, nämlich dem österreichisch-ungarischen Kaiser — der ungarische Text der Reichsverfassung, Art. XII, §. 43 sagt „Seiner Majestät“ — zur Sanction vorgelegt wird.⁶³⁾

⁶³⁾ §. 34. „Ein ähnliches Vorgehen gilt auch für alle anderen Angelegenheiten, welche als gemeinsame Angelegenheiten in den Kreis der erwähnten Delegationen gehören. Auch sie legt das gemeinsame Ministerium jeder Delegation separat vor; die Delegationen behandeln sie separat, theilen sich ihre Ansichten schriftlich mit und wenn sie sich auf diese Weise nicht einigen könnten, dann beschliessen sie, wie oben bemerkt wurde, in einer Abstimmungs-Gesammtsitzung. Es versteht sich von selbst, dass ihre Beschlüsse, insoferne sie der fürstlichen Sanction unterliegen, Sr. Majestät zu unterbreiten sind; wurden sie von Sr. Majestät sanctionirt, so werden sie bindende Kraft besitzen. Solche durch fürstliche Sanction festgestellte Beschlüsse wird jedoch Se. Majestät jedem Reichstage durch das betreffende eigene verantwortliche Ministerium zur Kenntniss bringen lassen u. s. f.“

Wären die beiden Delegationen nicht die untrennbaren Theile Eines öffentlichen Körpers, dann würde ferner die gemeinschaftliche Plenarsitzung der Delegationen, in welcher mittelst Abstimmung nach Köpfen durch absolute Mehrheit sämmtlicher anwesenden Delegirten der Delegationenwille erzeugt wird, eine Unmöglichkeit sein.

In der Plenarsitzung, welche eventuell immer stattfinden muss, erscheint jeder Delegirte, der aus Ungarn gewählt, wie der aus Cisleithanien entsandte, als gleichartiger Factor für die Erzeugung eines Willensbeschlusses rücksichtlich einer und derselben — nämlich der österreichisch-ungarischen — Angelegenheit, welche, als die eigene öffentliche Angelegenheit jedes Delegirten, der vorzunehmenden Abstimmung unterliegt. Jeder Delegirte erscheint und gibt seine Stimme ab als gleichartiger Factor für die Erzeugung eines concreten Willensbeschlusses über eine (untheilbare) österreichisch - ungarische Staatsangelegenheit; denn auswärtige Politik, Staatshaushalt, Armee, Thronentsagung u. s. f. pflegen die öffentlichen Angelegenheiten von Staaten zu sein. Sonach erscheint jeder Delegirte als gleichartiger und gleichgrosser Factor für die Bildung des Volkswillens rücksichtlich einheitlicher und untheilbarer österreichisch-ungarischer Staatsangelegenheiten, und daher ist jeder Delegirte ein gleicher Factor für die Bildung des österreichisch-ungarischen Volkswillens. Es sitzen in der Plenarsitzung nicht etwa die Staatsbürger — Volksvertreter — zweier verschiedener Staaten beisammen, um, nach Köpfen abstimmend, wieder zwei gleichlautende Staatswillen zu erzeugen. Wie könnten auch dann die ungarischen und cisleithanischen Stimmen zusammengerechnet werden? Es ist doch unmöglich, dass Staatsbürger mit Ausländern in einer eigenen — weil gemeinsamen — öffentlichen Staatsangelegenheit einen Volkswillen bilden!

Deutsches Ausgleichsgesetz §. 15: „Zu allen Gesetzen in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Delegationen ist die Uebereinstimmung beider Delegationen oder bei mangelnder Uebereinstimmung der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefasste zustimmende Beschluss und in jedem Falle die Sanction des Kaisers erforderlich.“

Es wurde nun auch bezüglich dieser Plenarsitzung die Behauptung aufgestellt ⁶⁴⁾, dass, da „diese Delegationen in ihrem Zusammenwirken jedoch keinen einzigen, einheitlichen Staatswillen fassen helfen, sondern nur zur Bildung zweier besonderer aber stets gleichlautender Staatswillen beitragen“, die Plenarsitzung (in Verbindung mit dem wiederholten Schriftenwechsel) „der Versuch ist, diese Staatswillen miteinander auszugleichen, gleichlautend zu machen, wobei endlich — in der gemeinsamen Abstimmung — jener Staatswille von dem Einen, wie von dem andern Ausschuss als eigener Wille acceptirt wird, welcher sich als der stärkere erweist.“

Gegen diese Behauptung ist zunächst, was die nachträgliche Acceptation betrifft, einzuwenden, das sie eine gesetzlich vollständig unbegründete, ja eine gegen den Sinn und Wortlaut des Gesetzes verstossende ist. Wo steht im deutschen, wo im ungarischen Texte der österreichisch-ungarischen Verfassungsgesetze ein Wort davon, dass jede der beiden selbstständigen Delegationen, falls sie nicht vorher zwei übereinstimmende Beschlüsse fassen sollten, denjenigen Willensbeschluss als den ihrigen zu acceptiren verpflichtet sei, welcher von den beiden in der Plenarsitzung ausgesprochenen Volkswillen sich als der stärkere erweist? ⁶⁵⁾ Wenn dies der Fall wäre, so müsste doch

⁶⁴⁾ Juraschek: Personal- und Realunion, Seite 155.

Ihm folgt Ulbrich, die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie z. B. S. 61: „Es müssen daher die vom Kaiser und Könige zu sanctionirenden Beschlüsse der beiden Delegationen materiell übereinstimmen. In diesen sanctionirten Delegationsbeschlüssen liegt aber nicht die Willenserklärung eines den beiden Theilstaaten übergeordneten Gesamtstaates, sondern nur die einen Societätsbeschluss constituirende, materiell übereinstimmende Willenserklärung zweier Staaten. . . . Insbesondere sind Plenarsitzungen der Delegationen und die gemeinsame Abstimmung nur das Mittel, um zu einem Societätsbeschlusse dadurch zu gelangen, dass der Majoritätsbeschluss des Plenums als beiderseitiger Staatswille hingestellt wird“.

⁶⁵⁾ Von der Plenarsitzung sprechen im deutschen Ausgleichsgesetze:

§. 15. „Zu allen Gesetzen in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Delegationen ist die Uebereinstimmung beider Delegationen oder bei mangelnder Uebereinstimmung der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefasste zustimmende Beschluss und in jedem Falle die Sanction des Kaisers erforderlich“.

wenigstens nach der Plenarsitzung dann constatirt werden, z. B. in der cisleithanischen Delegation, dass nun zufolge des

§. 16 letzte Alinea: „Die Anklage ist rechtskräftig, wenn sie von jeder Delegation abgesondert oder in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen beschlossen wird“.

§. 31. „Jede Delegation ist berechtigt zu beantragen, dass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde, und kann dieser Antrag, sobald ein dreimaliger Schriftenwechsel erfolglos geblieben ist, von der anderen Delegation nicht abgelehnt werden. Die beiderseitigen Präsidenten vereinbaren Ort und Zeit einer Plenarsitzung beider Delegationen zum Zwecke der gemeinschaftlichen Abstimmung“.

Auch §. 32, 33: „Zur Beschlussfähigkeit der Plenarversammlung ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittheilen der Mitglieder jeder Delegation erforderlich.

Der Beschluss wird mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefasst. Sind auf Seite der einen Delegation mehr Mitglieder anwesend, als auf Seite der anderen, so haben sich auf Seite der in der Mehrzahl anwesenden Delegation so viele Mitglieder der Abstimmung zu enthalten, als zur Herstellung der Gleichheit der Zahl der beiderseits Stimmenden entfallen müssen. Wer sich der Abstimmung zu enthalten hat, wird durch das Los bestimmt“, §. 34.

Ferner in dem ungarischen Ausgleichsgesetze:

§. 35. „Sollte es mittelst dieser schriftlichen Noten nicht gelingen, die Meinung dieser beiden Delegationen zu vereinigen, dann halten beide Delegationen eine gemeinsame Sitzung, doch lediglich behufs einfacher Abstimmung.

In dieser Plenarsitzung werden die Präsidenten beider Delegationen abwechselnd, einmal der Eine, das andere Mal der Andere, präsidiren. Ein Beschluss kann nur dann gefasst werden, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder jeder Delegation anwesend sind. Die Beschlussfassung erfolgt jederzeit mit absoluter Mehrheit. Da aber die praktische Anwendung des Paritäts-Principes im Interesse beider Theile eben bei der Abstimmung am wichtigsten ist, so muss in dem Falle, wenn von der Delegation des einen oder anderen Theiles aus was immer für einem Grunde ein oder mehrere Mitglieder abwesend sind, auch die Delegation des anderen Theiles die Zahl ihrer Mitglieder derart herabmindern, dass die Delegation beider Theile hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder völlig gleich sei.

Die Herabminderung wird die in Majorität befindliche Delegation in ihrem Schoosse durch das Los veranlassen.

Das Protokoll wird in der Sprache beider Theile und durch die beiderseitigen Schriftführer und gemeinsam authenticirt werden.“

§. 36. „Wenn ein dreimaliger Notenwechsel erfolglos geblieben ist, so hat jeder Theil das Recht, den anderen dazu aufzufordern, wass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde, was dann der aufgeforderte Theil nicht verweigern darf; die Präsidenten beider Theile vereinbaren

Gesetzes jetzt der in der Plenarsitzung durchgedrungene Beschluss der ausländischen ungarischen Delegation auch als Wille der inländischen cisleithanischen Delegation erscheine.

Es müsste dies der Fall sein, wenn — wie es in Folge der Anschauung von der Zweiheit der Delegationen nothwendig wäre, und von Ulbrich auch behauptet wird — die beiden, dem Subjecte nach verschiedenen, nur materiell gleichen Inhalt habenden, Volkswillen, nämlich der von der cisleithanischen Delegation in Vertretung des cisleithanischen Parlamentes ausgesprochene cisleithanische Volkswille, und der von der ungarischen Delegation für das ungarische Parlament erzeugte Volkswille 1. dem Kaiser von Cisleithanien und dann 2. dem Könige von Ungarn zur Sanction vorgelegt würden.

Aber diese Lehre von der Erzeugung zweier Volkswillen durch die Delegationen, hingegen aber der Schaffung Eines einzigen Volkswillens dann — „des stärkeren“ — in der gemeinsamen Plenarsitzung, entbehrt nicht nur der gesetzlichen Begründung, sie behauptet auch etwas absolut Unmögliches.

Wie sollte und könnte überhaupt „Ein Majoritätsbeschluss des Plenums“ entstehen? Würden — nach Ulbrich — nicht „zwei Majoritätsbeschlüsse der (beiden) Plena“ gefasst? Die Delegationen sind ja zwei Ausschüsse? Oder sollen diese zwei Ausschüsse der Parlamente zweier Staaten plötzlich in der Plenarsitzung für einen Augenblick Ein Ausschuss sein? und wessen Parlamentes? Wie soll man sich dieses ganze Arrangement denken?

dann den Ort, Tag und Stunde der Abstimmung und jeder Präsident ladet die Mitglieder seiner Delegation dazu ein“.

§. 40. „Die Feststellung des gemeinsamen Budgets wird den jährlich wiederkehrenden wichtigsten Theil der Aufgabe dieser Delegationen bilden. Dieses Budget, welches sich bloß auf jene Ausgaben erstrecken darf, die in der gegenwärtigen Feststellung als gemeinsam bezeichnet sind, wird das gemeinsame Ministerium mit Einflussnahme der beiden besonderen verantwortlichen Ministerien ausarbeiten und so jeder Delegation gesondert vorlegen. Die Delegationen werden es nach dem oben beschriebenen Modus besonders berathen und ihre Bemerkungen einander schriftlich mittheilen; über die Punkte, in Betreff welcher ihre Ansichten sich nicht vereinigen würden, entscheiden sie durch Abstimmung in gemeinschaftlicher Sitzung“.

Wie können die Delegationen zwei gleichlautende Willen erzeugen?

Die ungarische Delegation soll — nach dieser Auffassung — den ungarischen Volkswillen schaffen, die deutsche Delegation den cisleithanischen Volkswillen in Betreff der, für die correspondirenden öffentlichen Angelegenheiten beider Staaten — Armee und auswärtige Politik — nöthigen Geldmittel; und zwar sollen die beiden Delegationen „zwei besondere, aber stets gleichlautende Staatswillen“ erzeugen. Sie sollen und müssen also wohl gleiche Summen für ihre correspondirenden Staatsangelegenheiten bewilligen?

Aber abgesehen davon, dass diese beiden Sonderarmeen und Sonder - auswärtige - Politiken nicht existiren, würden diese Delegationen niemals zwei Sonderstaatsvolks-Willen mit identischem Inhalte erzeugen; denn Ungarn und Cisleithanien zahlen ja niemals gesetzlich dieselben Summen.

Denn, wenn die Delegationen — nach dieser Auffassung nicht als ein gemeinsames Organ, sondern als zwei Sonderstaatsorgane — diesen „ungarischen“ und „cisleithanischen“ Staatswillen mit identischem Inhalte bilden, dann bewilligt und bestimmt eben jede Delegation in der von ihr ausgesprochenen Summe nur den von ihrem Staate allein zu zahlenden Betrag. Und dann werden diese Beträge in ihrer ganzen Höhe von jedem der beiden Staaten für seine eigenen — weil „gemeinsamen“ — öffentlichen Angelegenheiten gezahlt, nicht etwa für Angelegenheiten eines anderen fremden Staates.

Wie könnte nun das Gesetz vorschreiben: Wenn die deutsche Delegation, welche den Betrag bestimmt, der vom Staate Cisleithanien für seinen Antheil an den gemeinsamen Angelegenheiten — cisleithanische Armee und cisleithanische auswärtige Politik — zu leisten ist, und die ungarische Delegation, welche den vom Staate Ungarn zu leistenden Betrag festsetzt für den auf Ungarn entfallenden Theil der gemeinsamen Angelegenheiten — das wäre ungarische Armee, ungarische auswärtige Politik — nicht übereinstimmen, dann soll derjenige Betrag als bewilligt gelten, welchen die Delegation

ausspricht, deren Wille in der Plenarsitzung „sich als der stärkere erweist“?

Wie soll überhaupt z. B. die deutsche Delegation die Fähigkeit haben, zu bestimmen, wie viel ein anderer Staat — Ungarn — für seine (in diesem Falle ungarische) Armee und (ungarische) auswärtige Politik bezahlen solle? Wie soll die ungarische Delegation der deutschen Delegation eventuell die Summe vorschreiben können, welche der Staat Cisleithanien für — in diesem Falle — seinen Theil, sein Stück der gemeinsamen Angelegenheiten, d. h. seine eigene cisleithanische Armee und auswärtige Politik zu leisten habe? Die „Armeen“ wären ja nicht einmal gleich gross! Die „cisleithanische Armee“ wäre 470.368, die „ungarische Armee“ 329.632 Mann stark! Und wann sollte dieser Fall „der Acceptation des sich als stärker erweisenden Staatswillens“ von Seite der Delegation mit dem schwächeren Willen eintreten?

Etwa dann, wenn die deutsche und ungarische Delegation rücksichtlich der Summe, welche je einer der beiden Staaten zu bezahlen hat — nach obiger Anschauung kann ja jede Delegation als ein nicht gemeinsames (Theil) Organ, sondern selbstständiges Einzelstaatsorgan nur die von ihrem Staate zu bewilligende Summe festsetzen — keinen identischen Willensinhalt gesetzt haben? Wenn sie also nicht gleiche cisleithanische und ungarische Summen bewilligt haben? Aber sie können ja — nach obiger Anschauung, nach welcher sie zwei Sonderstaatswillen erzeugen, den Willen des ungarischen Staates für seine Leistung allein, und den Willen Cisleithaniens in Betreff des von ihm allein zu zahlenden Betrages — niemals diese zwei identischen Inhaltes seienden Sonderstaatswillen erzeugen, da Ungarn und Cisleithanien gesetzlich niemals gleiche Beiträge zu leisten haben!

Und selbst dies vorausgesetzt — wenn wirklich zwei besondere, aber stets gleichlautende Staatswillen mittelst dieser Delegation geschaffen werden sollten, wie könnte, im Falle der Nichtübereinstimmung der getrennt stimmenden Delegationen, dann eine gemeinschaftliche Plenarsitzung dieser beiden selbstständigen Einzelstaatsorgane statt-

finden? Was sollte sie helfen? Und wie könnte je ein Delegationswille darin „als der stärkere sich erweisen“? ⁶⁶⁾

In dieser Plenarsitzung würden einfach die Delegirten, die Vertreter beider Staaten, die Staatsbürger Ungarns und die Staatsbürger Cisleithaniens — statt in zwei Sälen zu sitzen und für ihren eigenen Staat den Volkswillen durch Abstimmung nach Köpfen zu erzeugen — jetzt in einem Saale beisammen sitzen und in demselben Saale — jede Gruppe für sich — abstimmen. Sie würden einfach in demselben Saale 1. das Votum des ungarischen Reichstages in einer gemeinsamen — daher ungarischen — Staatsangelegenheit erzeugen und aussprechen, desgleichen 2. den Willen des Staatsparlamentes Cisleithaniens in einer cisleithanischen Staatsangelegenheit. Sie würden einfach in einem Saale zwei Volkswillen erzeugen. Wie sollte nun — da seitens Ungarns und seitens Cisleithaniens immer gleich viele Staatsbürger in dieser Plenarsitzung abstimmen müssten — einer dieser zwei Staatswillen der stärkere werden und sein? Diese Auffassung denkt bei „jenem Staatswillen, der sich als der stärkere erweist“ in der Plenarsitzung wohl daran, dass z. B. ein oder mehrere ungarische Delegirte in der Plenarsitzung für den Antrag der cisleithanischen Delegation stimmen oder umgekehrt; sie setzt wohl voraus, dass ein solcher „stärkerer Staatswille“ durch den Uebertritt von Delegirten der einen Delegation zum früheren Beschlusse der anderen Delegation, gefasst in ihrer Einzelplenarsitzung, erzeugt werde.

Aber ist dies bei der Auffassung, dass in den beiden Delegationstheilen die Angehörigen und Organe zweier verschiedener Staaten stimmen, möglich? Gewiss nicht. Zur Erzeugung des ungarischen

⁶⁶⁾ Juraschek, S. 115: . . . wobei endlich“, — nämlich bei „dem Versuche diese Staatswillen miteinander auszugleichen, gleichlautend zu machen“ — „jener Staatswille von dem einen, wie von dem anderen Ausschuss als eigener Wille acceptirt wird, welcher sich als der stärkere erweist“.

Ulbrich, S. 61: „Insbesondere sind Plenarsitzungen der Delegationen und die gemeinsame Abstimmung nur das Mittel, um zu einem Societätsbeschlusse dadurch zu gelangen, dass der Majoritätsbeschluss des Plenums als beiderseitiger Staatswille hingestellt wird.“

Staatswillens, resp. Volkswillens, können auch in der Plenarsitzung in diesem Falle natürlich nur die Angehörigen des Königreiches Ungarn beitragen, zur Bildung des cisleithanischen Staatswillens nur die Cisleithanier mitwirken. Ein französischer Staatsbürger kann niemals ein Factor sein für die Bildung des deutschen Reichswillens. Es kann doch nicht angenommen werden, dass die ungarischen und die cisleithanischen Staatsbürger in der Plenarsitzung rasch ihre Staatsangehörigkeit wechseln, und so z. B. einige ungarische Delegirte und daher ungarische Staatsangehörige plötzlich jetzt als cisleithanische Staatsangehörige mit den Cisleithaniern stimmen, nach der Abstimmung und Plenarsitzung aber wieder ihre frühere ungarische Staatsbürgerschaft annehmen. Die Delegirten können doch nicht in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung — noch dazu, ohne ein Wort sprechen zu dürfen — aus einem Staate (einer Staatsangehörigkeit) in den anderen (die andere) hin und her hüpfen! In der That, eine Plenarsitzung zweier Delegationen wäre eine Unmöglichkeit!

Und ein „stärkerer Volkswille“ könnte hier höchstens insoferne vorliegen, dass die Majorität, mit welcher die Gruppe der ungarischen Abgeordneten im Saale ihren ungarischen Volkswillen erzeugte, grösser wäre als die Majorität der Stimmen, mit welchen die cisleithanische Gruppe in demselben Saale den cisleithanischen Volkswillen geschaffen hätte.

Und was sollte ein solcher mit grösserer Majorität durch eine Delegation gefasster Sonderstaats-Volkswille nützen für die Bildung der zwei übereinstimmen sollenden Staatswillen? Würde etwa die Collectivstimme der einen Delegation (des einen Staatsparlamentes) die Collectivstimme der anderen Delegation (des anderen Staatsvolkes) deren Beschluss mit geringerer Majorität gefasst worden, überwinden und dieselbe sich unterwerfen? Und wenn in dieser Plenarsitzung die zwei Delegationen verschiedene Willensbeschlüsse mit gleicher Majorität oder gar einstimmig wieder fassen? Wenn jede Delegation bei ihrem früheren Willen beharrt? Im Mai des Jahres 1873 fand z. B. eine solche gemeinschaftliche Plenarsitzung statt. Einer der strittigen Punkte war die Summe, welche für Anschaffung der Werndl-Gewehre sammt Munition

zu bewilligen sei. Die cisleithanische Delegation hatte durch ihren Beschluss 75.000 Gewehre sammt Munition bewilligt mit der hiefür nöthigen Summe im Betrage von 3,075 000 Gulden gegenüber der ungarischen Delegation, welche 50.000 Gewehre sammt Munition und hiefür 2,050.000 Gulden bewilligt hatte. Wenn nun in der Plenarsitzung am 10. Mai jede der beiden Delegationen wieder ihren Beschluss aufrecht erhielt, wenn sämtliche 52 stimmende ungarische Delegirte für 2,050.000 Gulden und sämtliche 52 cisleithanische Delegirte für den Betrag von 3,075.000 Gulden stimmten — wie dies wirklich der Fall war — was wäre dadurch entschieden worden? Was wäre verändert gegenüber der früheren Sachlage, wo jede der beiden Delegationen in den getrennten Plenarsitzungen ihren Antrag z. B. mit Stimmeneinhelligkeit annahm?

Man kann hier nicht antworten, es wäre die Differenz von 1,025.000 Gulden eben abgelehnt worden und sonach ein Betrag von 2,050.000 Gulden für die Anschaffung der Werndl-gewehre sammt Munition bewilligt gewesen. Denn diese — ohnedies nur durch die Praxis⁶⁷⁾, allerdings nothgedrungen

⁶⁷⁾ Strenge genommen wäre es nach der Reichsverfassung nicht gestattet, wenn in der Plenarsitzung Stimmengleichheit sich ergibt, den in Frage stehenden Antrag — den zwischen den Beträgen, für welche sich die getrennt beratenden Delegationstheile aussprachen, liegenden Differenzbetrag — als abgelehnt zu betrachten. Denn die Reichsverfassung fordert zum Zustandekommen eines Beschlusses in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung — und daher auch zur Erzeugung eines ablehnenden Beschlusses — unbedingt „absolute Majorität“. So das deutsche Ausgleichsgesetz §. 33: „Zur Beschlussfähigkeit der Plenarversammlung ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittheilen der Mitglieder jeder Delegation erforderlich. Der Beschluss wird mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefasst“ G. A. XII, §. 35: „In dieser Plenarsitzung werden die Präsidenten beider Delegationen abwechselnd, einmal der Eine, das andere Mal der Andere präsidiren. Ein Beschluss kann nur dann gefasst werden, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder jeder Delegation anwesend sind. Die Beschlussfassung erfolgt jederzeit mit absoluter Mehrheit.“

Liegt also in Betreff der der Abstimmung unterzogenen gemeinsamen Angelegenheit in der Plenarsitzung Stimmengleichheit vor, ist keine absolute Majorität vorhanden, so ist noch gar keine „Beschlussfassung erfolgt“.

Wenn daher z. B. in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung am 10. Mai 1873 auf Antrag der ungarischen Delegation die Frage zur Abstimmung gelangte:

1. „Bewilligen die Delegationen beim ausserordentlichen Erfordernisse

acceptirte — Lösung findet nur dann statt, wenn die Delegirten alle nicht nur als gleichwerthige, sondern auch alle als gleichartige Factoren und Grössen für die Bildung Eines Volkswillens anerkannt werden, d. h. nur dann, wenn sie alle gemeinsame, österreichisch-ungarische Abgeordnete sind, deren jeder eine Stimme zur Regelung seiner Staatsangelegenheit abgibt. Nur in diesem Falle, wenn die Delegirten eine aus gleichen Staatsangehörigen bestehende — also Eine — Körperschaft bilden, ist die Zusammenzählung der Stimmen aller nach Köpfen abstimmenden Delegirten, wie solche gesetzlich stattzufinden hat, möglich.

Nur in diesem Falle und unter dieser Voraussetzung kann im Falle der Stimmengleichheit die Entscheidung getroffen werden, dass der Antrag auf Bewilligung der höheren Summe, weil er nicht die Majorität erhalten habe, abgelehnt, und somit der geringere Betrag bewilligt sei.

Nur so ist es staatsbegrifflich und staatsrechtlich möglich, dass ungarische Delegirte z. B. dem früheren Beschlusse des cisleithanischen Delegationstheiles beitreten und dadurch diesem Antrage in der Plenarsitzung zur Majorität verhelfen;

für das Jahr 1874 (Heer) Titel II, Post 1, zum Ankaufe von Werndl-Hinterladergewehren und Munition die zwischen den Beschlüssen der Delegationen bestehende Differenz von 1,025.000 Gulden?“, und wenn nun bei der Abstimmung hierüber Stimmengleichheit vorlag, — die 52 stimmenden Ungarn stimmten mit „Ja“, die 52 Cisleithanier mit „Nein“ — so war kein Beschluss erzielt worden, die Differenz von 1,025.000 Gulden war weder angenommen noch abgelehnt; der Status war genau so wie vor der „Abstimmungs-Gesammtsitzung“.

Es lag also überhaupt in diesem Punkte noch gar kein zustimmender Wille der beiden Delegationstheile vor, es bestand noch über diesen Punkt kein durch die Delegation ausgesprochener Volkswille, welcher der gemeinsamen Krone durch das gemeinsame Ministerium hätte zur Sanction unterbreitet werden können.

Das Gesetz gibt nun für diesen Fall gar keine Directive. Es gewährt weder dem Präsidenten eine entscheidende Stimme, noch ordnet es weitere Plenarsitzungen etc. an.

Da also die Reichsverfassung einer Entscheidung für diesen so wichtigen und wohl auch leicht vorauszu sehenden Fall hartnäckig auswich, musste die Praxis nothgedrungen hier selbst einen Modus acceptiren, wodurch eine Entscheidung endlich eintreten muss.

Und die Praxis wählte hier denjenigen Modus, der dem Geiste der Reichsverfassung am meisten entspricht.

nur österreichisch-ungarische (deutsche) Delegirte können durch Zustimmung zu dem Theilwillen, den österreichisch-ungarische in Ungarn gewählte, als Theil berathende und beschliessende Delegirte aussprachen, diesem Willen in der Plenarsitzung die Majorität verschaffen, d. i. ihn zum Willen der ganzen Delegation machen.

Würden aber in der Plenarsitzung zwei Collectivstimmen abgegeben, Eine ungarische Delegationsstimme und Eine cisleithanische Delegationsstimme, dann würden sich die beiden differirenden Voten wegen der „vollkommenen Parität der beiden Theile“ aufheben, der höhere Betrag wäre weder angenommen noch abgelehnt. Und was sollte somit die Plenarsitzung nützen, wenn in derselben wieder zwei Staatswillen erzeugt würden? Kein Staat dürfte ja den anderen Staat majorisiren. Die Bestimmung des Gesetzes, dass in der Plenarsitzung „der Beschluss mit absoluter Mehrheit gefasst wird“, würde durch die Auffassung der Delegationstheile als eines ungarischen und eines cisleithanischen inneren Staatsorganes eine unmögliche und unerfüllbare. Denn es ist unmöglich, dass die Volksvertreter zweier Staaten bezüglich ein und derselben Staatsangelegenheit als der in ihrem ganzen Umfange ihnen eigenen öffentlichen Angelegenheit Einen Willen erzeugen.

Diese Auffassung der Delegationen würde sonach schon gegen alle Gesetzesbestimmungen direct verstossen, welche die Abhaltung Einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung — und diese hat eventuell immer stattzufinden — anordnen, und die Abstimmung nach Köpfen in dieser Plenarsitzung vorschreiben.

Allein thatsächlich und rechtlich erzeugen die Delegationen immer Einen einheitlichen Willen, sie fassen auch in der Plenarsitzung Einen Willensbeschluss, wie sie einen solchen durch Uebereinstimmung der in den Einzelplenarsitzungen gefassten und geäusserten Theilwillen erzeugen. Schon daraus, dass der Delegationenbeschluss dem Kaiser, Sr. Majestät, zur Sanction vorgelegt wird, ergibt sich mit Nothwendigkeit, dass hier nicht zwei Volkswillen, der cisleithanische und ungarische, durch die Sanction zum Staatswillen erhoben werden.

Allein das Gesetz bezeichnet auch selbst überall den Delegationenbeschluss als Einen einheitlichen Beschluss. Nach

§. 13 des deutschen Ausgleichsgesetzes ist „der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefasste zustimmende Beschluss und in jedem Falle die Sanction des Kaisers erforderlich“.

Nach §. 16 wird eine Ministeranklage erhoben, nicht zwei identische Ministeranklagen. Nach §. 33 „wird der Beschluss mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefasst“. Ebenso bestimmt lautet der ungarische Gesetzestext. Nach §. 35 des Art. XII „kann Ein Beschluss nur dann gefasst werden, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder jeder Delegation anwesend sind. Die Beschlussfassung erfolgt jederzeit mit absoluter Mehrheit“. Ebenso wird im §. 40 das gemeinsame Budget nicht als zwei identischen Inhaltes seiende Budgets der Sonderstaaten, sondern als Ein Budget erklärt. „Die Feststellung des gemeinsamen Budgets wird den jährlich wiederkehrenden wichtigsten Theil der Aufgabe dieser Delegationen bilden.“

Desgleichen §. 50. Es wird nur Eine Ministeranklage erhoben, und „wenn die Anklage, abweichender Ansichten wegen, in einer, dem Obigen entsprechenden Abstimmungssitzung mit Majorität beschlossen wird, so ist der Beschluss sofort als ein rechtsgiltiger zu betrachten“.

Ebenso wird in der Allerhöchsten Sanction ausdrücklich Ein Beschluss sanctionirt.⁶⁸⁾ Ja die einzelnen Delegationen

⁶⁸⁾ So lautet die „Allerhöchste Entschliessung vom 10. December 1870 betreffend die Sanctionirung der Beschlüsse der beiden Delegationen über die für die Jahre 1868 und 1869 zum Erfordernisse des Heeres angesprochenen Nachtragscredite“:

„Beschluss:

Dem gemeinsamen Kriegsministerium wird auf Abschlag der für die Jahre 1868 und 1869 zum Erfordernisse des Heeres angesprochenen Nachtragscredite eine Summe von 4 Millionen bewilligt, welche von den Finanzministerien der beiden Reichshälften nach den bestehenden gesetzlichen Normen zu bedecken ist.

Dem vorstehenden Beschlusse, welchen die von Mir für den 24. November d. J. nach Pest einberufene reichsräthliche Delegation und die vom ungarischen Reichstage zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation in Betreff der Bedeckung der für die Jahre 1868 und 1869 zum Erfordernisse des Heeres beanspruchten Nachtragscredite gefasst haben, und welcher Mir durch Mein gemein-

haben selbstständig gar keinen staatsrechtlich relevanten Willen; es gibt nicht 1. einen ungarischen Volkswillen — ausgesprochen durch die ungarische Delegation, und 2. einen cisleithanischen

sames Ministerium unterbreitet wurde, finde Ich in Gemässheit der Gesetze vom 21. und 24. December 1867 zu genehmigen und zu bestätigen.

Ofen, am 10. December 1870.

Franz Joseph I.

Kuhn, FML.

Beust.

Lónyay.“

Desgleichen heisst es in der Allerhöchsten Genehmigung der Delegationsbeschlüsse vom 26. October 1872:

„Zugleich finde Ich den über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1870 von beiden Delegationen gefassten Beschlüssen, insoferne dieselben übereinstimmen, Meine Genehmigung zu ertheilen und zwar dem Beschlusse:

„Die Schlussrechnung über den gemeinsamen Staatshaushalt der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1870 wird nach vorläufiger Auscheidung der bei Titel 18 „Militärgrenze“ vorkommenden Ueberschreitung per 311.028 fl. 40 $\frac{1}{2}$ kr. vorläufig für die ordentlichen Ausgaben auf 100,657.619 fl. 34 kr. und für die ausserordentlichen Ausgaben auf 8,187.074 fl. 77 $\frac{1}{2}$ kr., daher für die Gesamtausgaben auf 108,844.694 fl. 11 $\frac{1}{2}$ kr. richtig gestellt, wonach nach Abzug des Reinerträgnisses des Zollgefälles und der sonstigen Einnahmen im Betrage von 12,587.398 fl. 4 kr. sich das Nettoerforderniss auf 96,257.296 fl. 7 $\frac{1}{2}$ kr. stellt.

Von diesem Betrage, welcher durch die Quotenbeiträge zu decken ist, entfallen auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 70%, d. i. 67,380.107 fl. 25 kr. und auf die Königreiche der ungarischen Krone 30%, d. i. 28,877.188 fl. 82 kr.; ferner dem Beschlusse:

„Das Kriegsministerium wird ermächtigt, die im Ordinarium des Heeres bei den Titeln 9, 12, 14, 17 und 21 verbliebenen Creditreste zusammen von 247.754 fl. 17 kr. noch in der Gebahrungsperiode 1871, dann die bei dem Extraordinarium der Landarmee Titel 3 und 4 verbliebenen Creditreste im Gesamtbetrage von 347.757 fl. 34 kr.; dann die beim Extraordinarium der Kriegsmarine Titel 8, Posten 11 und 22 verbliebenen Creditreste, im Gesamtbetrage von 6653 fl. 5 $\frac{1}{2}$ kr. noch in den Gebahrungsperioden 1871 und 1872 für die Zwecke, für welche sie bestimmt waren, zu verwenden, beziehungsweise zu verrechnen. Endlich dem Beschlusse:

„Der gemeinsame Finanzminister wird angewiesen, auf Grund dieser Schlussrechnung nunmehr mit den Finanzministern beider Reichstheile die definitive Abrechnung für das Jahr 1870 zu pflegen.“

Franz Joseph m. p.

Andrássy m. p.

Kuhn m. p.

Holzgethan m. p.

Und in der Allerhöchsten Sanction des Delegationsbeschlusses vom 13. December 1877:

Volkswillen, ausgesprochen durch die deutsche Delegation. Daher kann nicht etwa der Wille einer Delegation — auch wenn die Uebereinstimmung seines Inhaltes mit dem Willen der andern Delegation sicher oder schon vorliegend wäre — der Allerhöchsten Sanction unterbreitet werden.

Es werden nicht zwei Volkswillen mit identischem Inhalte, einer der Krone Cisleithaniens und der andere der Krone Ungarns durch das eine gemeinsame Ministerium zur Sanction unterbreitet. Das gemeinsame Ministerium dürfte diese beiden Volkswillen, ausgesprochen eben von den bei-

„Beschluss

betreffend die Bestreitung der gemeinsamen Auslagen im ersten Quartal 1878:

1. „Das gemeinsame Ministerium wird ermächtigt, die auf den Zeitraum vom 1. Jänner 1878 bis 31. März 1878 entfallenden gemeinsamen Auslagen des ordentlichen Erfordernisses nach Massgabe des für das Jahr 1877 festgestellten und auf den gleichen Zeitraum dieses Jahres entfallenden ordentlichen Erfordernisses bestreiten zu dürfen.

Diese Ausgaben werden in den ziffermässigen Rahmen des für das Jahr 1878 erst zu bewilligenden Voranschlages einzufügen sein. Der Budgetbewilligung für das Jahr 1878 soll hiedurch weder im Ganzen noch in den einzelnen Titeln und Posten vorgegriffen werden.

2. „In Betreff der Subventionirung des österreichisch-ungarischen Lloyd haben diese Bestimmungen überhaupt nur dann zu gelten, wenn die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit demselben von Seite der beiden Legislativen genehmigt sein wird.

3. Die Beträge, welche die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, beziehungsweise die Länder der ungarischen Krone belasten, werden im Sinne der hinsichtlich der Bestreitung der gemeinsamen Auslagen zu Stande kommenden Gesetze zu berechnen sein.“

Sanctionirung.

„Den vorstehenden Beschluss, den die von Mir auf den 5. December dieses Jahres nach Wien einberufenen, vom Reichsrathe, sowie vom ungarischen Reichstage zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendeten Delegationen in Betreff der Bestreitung der gemeinsamen Auslagen im ersten Quartal 1878 gefasst haben, und welcher Mir durch Mein gemeinsames Ministerium unterbreitet wurde, finde Ich in Gemässheit der Gesetze vom 21. und 24. December 1867 zu genehmigen und zu bestätigen.

Wien, am 13. December 1877.

(L. S.)

Franz Joseph m. p.

Andrássy m. p.

Graf Bylandt-Rheidt m. p.

Hofmann m. p.“

FML.

den Vertretern der Volksvertretungen der Sonderstaaten, auch gar nicht zur Sanction vorlegen, es dürfte bei der Entstehung dieser Sonderstaatsvolkswillen überhaupt gar nicht amtlich mitwirken, es wäre nicht berechtigt, die sanctionirten Delegationsbeschlüsse zu contrasigniren. Das gemeinsame Ministerium könnte und dürfte nicht die Verantwortung für die Ausübung des unverantwortlichen und freien Sanctionsrechtes seitens der — in diesem Falle — Krone Cisleithaniens und Krone Ungarns übernehmen; das österreichisch-ungarische Ministerium könnte und dürfte gesetzlich den Delegationen als Vertretern der Sonderstaatsparlamente nicht für die Verwirklichung der sanctionirten Delegationsbeschlüsse haften, ja das gemeinsame Ministerium dürfte überhaupt gar nicht in den Delegationen erscheinen. Denn das „gemeinsame Ministerium ist für die Gegenstände errichtet, welche, als in der That gemeinsam, weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Sr. Majestät gehören. Dieses Ministerium darf neben den gemeinsamen Angelegenheiten die besonderen Regierungsgeschäfte weder des einen noch des andern Theiles führen, noch auf dieselben Einfluss üben.“ Wenn — nach der gegnerischen Theorie — diese Delegationen in ihrem Zusammenwirken keinen einzigen einheitlichen Staatswillen fassen helfen, sondern nur zur Bildung zweier besonderer aber stets gleichlautender Staatswillen beitragen“, dann würde folgen:

1. Dass die Delegationen — da sie bei Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten nach dem Gesetze die eigenen öffentlichen Angelegenheiten berathen und beschliessen und nicht Angelegenheiten eines fremden Staates — die Angelegenheiten der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn behandeln;
2. dass der von der ungarischen Delegation ausgesprochene Wille ungarischer Volkswille ist, und der sanctionirte Delegationsbeschluss ungarisches Gesetz, für den ungarischen Staat giltig und ihn verpflichtend; dasselbe würde für den cisleithanischen Delegationswillen und den Staat Cisleithanien stattfinden.

3. Dann wäre die amtliche Thätigkeit des gemeinsamen Ministeriums vom Augenblicke der Vorbereitung

einer Regierungsvorlage an (z. B. des gemeinsamen Budgets), seine Mitwirkung bei den Berathungen in den beiden Delegationen, seine Contrasignatur, ferner die Durchführung der sanctionirten Delegationsbeschlüsse und deren Verwaltung durch das gemeinsame Ministerium — Regierungsgeschäft „eines Theiles“ d. i. des Sonderstaates; das Ministerium führt und beeinflusst dann einen Theil der Geschäfte der Regierungen der Sonderstaaten, was „das gemeinsame Ministerium nicht darf“.

4. Dann verletzt endlich das gemeinsame Ministerium durch seine ganze amtliche Thätigkeit fortwährend das Ausgleichsgesetz, da dem Ministerium „jedoch nicht gestattet ist (§. 5, G. A. XII, §. 27), nebst den gemeinsamen Angelegenheiten auch die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichstheile zu führen“. Denn das Ministerium besorgt dann 1. „Gegenstände, welche unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone gehören“, und 2. „Gegenstände, welche unter die gesonderte Regierung der übrigen Länder Seiner Majestät gehören“ und nur in identischer Weise zu erledigen sind.

Ja das Ministerium verletzt sogar das Ausgleichsgesetz zweimal, da es nicht nur in Ungarn allein einen Theil der Geschäfte der Sonderregierung führt und beeinflusst, sondern sich dieses Verbrechens der directen Verletzung des Gesetzes auch noch mit Rücksicht auf seine „Führung“ und Beeinflussung der Geschäfte der Sonderregierung Cisleithaniens zu Schulden kommen lässt.

Das gemeinsame Ministerium handelt zweimal direct gegen das Ausgleichsgesetz und verletzt ausserdem die Verfassung jedes der beiden Sonderstaaten.

Auch die praktischen Folgen dieser Anschauung, dass „diese Delegationen in ihrem Zusammenwirken . . . nur zur Bildung zweier besonderer, aber stets gleichlautender Staatswillen beitragen“, wären nicht unwesentliche. Ohne Zweifel erzeugen die Delegationen in ihrem Zusammenwirken mit der Krone das gemeinsame, das österreichisch-ungarische Finanzgesetz; sie wirken mit an der Erzeugung des Staatswillens gegenüber den eigenen Angehörigen, der zu seinem Inhalte die finanzielle Leistung der Staatsangehörigen Oester-

reich-Ungarns für den Staatshaushalt hat. Das Gesetz kann natürlich nur die eigenen Staatsangehörigen verpflichten.

Repräsentirt nun der sanctionirte Delegationsbeschluss zwei Staatswillen, ist er nicht ein einheitlicher Wille, dann werden von den Delegationen — da sie sich nicht etwa correaliter verpflichten, für einen fremden Staat diese Beträge zu leisten — eben zwei Finanzgesetze geschaffen, ein cisleithanisches Finanzgesetz, welches die cisleithanischen Staatsangehörigen zu erfüllen haben, und ein ungarisches Finanzgesetz, welches die ungarischen Staatsbürger zu erfüllen haben. Nun haben die beiden Finanzgesetze der beiden Staaten einen gleichlautenden Inhalt, d. h. jedes Staatsvolk bewilligt seiner Regierung dieselbe Summe für die eigenen — gemeinsamen — Staatsangelegenheiten. Im Jahre 1876 z. B. beschlossen die Delegationen, dass das zu bedeckende Erforderniss des gemeinsamen Staatshaushaltes für das Jahr 1877 mit 100,311.659 fl. (nach Abzug der Einnahmen des Zollgefälles etc.) festgesetzt werde, und wurde dieser Beschluss auch sanctionirt.

Danach würde nicht Ein Gesetz geschaffen worden sein (ein gemeinsames), wonach in Oesterreich-Ungarn für das Jahr 1877 100 Millionen Gulden von sämtlichen Steuerpflichtigen zu bezahlen waren, sondern es wären 2 Gesetze geschaffen worden, nämlich

a) ein besonderes ungarisches Gesetz, wonach also Ungarn für seinen, d. i. den gemeinsamen Staatshaushalt, 100,311.659 fl. zu bezahlen hat für das Jahr 1877;

b) ein besonderes, „stets gleichlautendes“ cisleithanisches Gesetz, wonach Cisleithanien ebenfalls für seinen gemeinsamen Staatshaushalt des Jahres 1877 100,311.659 fl. zu leisten hätte.

Sonach würden durch diese identischen Delegationsbeschlüsse Ungarns und Cisleithaniens im Ganzen 200,623.318 Gulden für die gemeinsamen Angelegenheiten bewilligt worden sein.

Die Folge dieser staatsrechtlichen Thatsache würde wohl auch von den Sonderstaaten genügend empfunden werden.

Man kann hier nicht einwenden, jeder Sonderstaatswille bestimme eben, wie viel beide Theile zu leisten hätten, welche Summe von beiden Völkern für den gemeinsamen Staats-

haushalt zu entrichten sei; die festgesetzte Summe sei daher nicht von jedem Staate allein zu tragen, sondern entsprechend zu vertheilen. Denn Ungarn kann nicht gesetzlich — die Delegationen schliessen doch keine Staatsverträge — bestimmen, wie viel auch Cisleithanien zu zahlen hat, da der ungarische Staatswille, das ungarische Gesetz unmöglich die Cisleithanier verpflichten, für sie Gesetz sein kann. Dasselbe gilt von dem cisleithanischen Gesetze gegenüber Ungarn.

Es wäre also immer das Doppelte des von einem Delegationssonderwillen ausgesprochenen Betrages für den gemeinsamen Staatshaushalt bewilligt, gleichwie für den Träger der beiden Kronen der Einzelstaaten — den diese Auffassung ja auch in dieser Eigenschaft als gemeinsamen Souverän erklärt⁶⁹⁾ — immer das Doppelte des Betrages bewilligt ist,

⁶⁹⁾ Juraschek, Personal- und Realunion, S. 117:

„Die gemeinsamen Minister sind eben nur der Reflex des gemeinsamen Souveräns, die Uebertragung der Einrichtung von den beiden Regentenpersonen in der einen physischen Person auf den Kreis der vollziehenden Gewalt. . . . Nach alledem führen also die Minister mit Recht den Namen „gemeinsame Minister“ und das Gesetz resp. der Gesetzgeber hat nicht aus Nachlässigkeit oder Unverstand diesen Ausdruck gewählt, sondern im vollen Bewusstsein dessen, was es, resp. er geschaffen. Mit der klarsten Einsicht in den Sinn seiner Bestimmungen und der gewählten Worte, wird gesprochen von gemeinsamen Angelegenheiten, gemeinsamen Delegationen, gemeinsamen Ministern und einem gemeinsamen Souverän. . . .“

Ulbrich, die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie, S. 53: „Der Kaiser und König trägt zwar in seiner Person zwei getrennte Herrscherpersönlichkeiten; diese Trennung beruht aber nur auf einer juristischen Abstraction“ (danach beruhten die beiden Staaten Ungarn und Cisleithanien auch nur auf einer juristischen Abstraction? die beiden Kronen existiren schon in Wirklichkeit, gerade so wie die beiden Monarchien Cisleithanien und Ungarn), „da physisch nur ein Träger der Staatsgewalten vorhanden ist. Daraus ergibt sich ein Doppeltes. Zunächst wird dort, wo der Herrscher persönlich auftritt, diese abstracte Trennung verschwinden; der Monarch ist Kaiser und König zugleich“. (Wenn also Seine Majestät einem Ministerrathe des Staates Cisleithanien präsidiert, präsidiert dann auch der ungarische König diesem cisleithanischen Ministerrathe?) „Es werden daher alle Einrichtungen und Symbole, welche an die Person des Herrschers anknüpfen, gemeinsam sein (z. B. die Krone des heiligen Stephan?), also z. B. Titel, Wappen und Hofstaat des Monarchen, sowie Orden und Würden als Ausstrahlungen des Glanzes der Krone, da der die Herrscherpersönlichkeit umgebende Glanz nur der Einen physischen Person gilt. (?) Sodann ergibt sich aus der Gemeinsamkeit des Herr-

welcher von den beiden Sonderparlamenten als Erforderniss für je ihren Allerhöchsten Hofstaat festgesetzt wird⁷⁰⁾; in

schers“ (nicht der „Herrscher“ d. h. der Kaiser von Cisleithanien, oder der König von Ungarn ist gemeinsam, sondern nur das physische Substrat für das Staatsorgan Krone in den zwei verschiedenen Staaten), „wenn auch nicht die rechtliche Nothwendigkeit, so doch die factische Möglichkeit einer materiellen Uebereinstimmung der Willenserklärung beider Staaten etc. . . .“

S. 60 „Das Wesen der Realunion haben wir oben als Gemeinsamkeit gewisser Organe zweier Staaten charakterisirt. In Oesterreich-Ungarn sind diese gemeinsamen Organe der Monarch und die gemeinsamen Minister. Letztere und die ihnen untergeordneten Verwaltungsbehörden sind nur ein Reflex des gemeinsamen Souveräns. . . .“

⁷⁰⁾ Im Staate Cisleithanien und im Staate Ungarn wird nämlich immer ein gleicher Betrag für den Allerhöchsten cisleithanischen und den Allerhöchsten ungarischen Hofstaat bewilligt. Daher erhalten der Kaiser von Cisleithanien und der König von Ungarn zusammen natürlich den doppelten Betrag der Summe, welche für den Hofstaat einer der beiden (rechtlichen) Majestäten festgesetzt ist. Die Civilliste einer der beiden Kronen beträgt seit dem Jahre 1874 immer 4,650.000. Der österreichisch-ungarischen Krone wird im Staate Oesterreich-Ungarn keine Hofstaatsdotation bewilligt.

Kaiserthum Cisleithanien: „Gesetz vom 10. März 1870 betreffend die Dotation zur Erhaltung des Hofstaates (R. G. Bl. Nr. 26).

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Die von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zu leistende Dotation zur Erhaltung des Hofstaates Seiner k. und k. apostolischen Majestät Franz Joseph I. wird vom 1. Jänner 1870 bis zum 31. December 1879 mit jährlichen 3,650.000 fl. festgesetzt. Dieser Betrag ist während dieses Zeitraumes jedesmal in das Jahresbudget einzustellen.

§. 2. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Finanzminister beauftragt. Wien, am 10. März 1870.

Franz Joseph m. p.

Hasner m. p.

Brestel m. p.

Der Titel Seiner Majestät ist hier insoferne unrichtig, als er lauten soll: „Seiner k. k. apostolischen Majestät“, wobei unter „königlich“ natürlich nicht der König von Ungarn zu verstehen ist. Denn in diesem cisleithanischen Gesetze wird nicht die Dotation für den österreichisch-ungarischen Kaiser — respective der für diese Krone auf die Reichs-provinz Cisleithanien entfallende Betrag der gemeinsamen Dotation — bestimmt.

Ferners: „Gesetz vom 28. Juni 1872 betreffend die Erhöhung der mit dem Gesetze vom 10. März 1870 (R. G. Bl. Nr. 26) bestimmten Hofstaatsdotation (R. G. Bl. Nr. 110):

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Betreff des Betrages für den Allerhöchsten Hofstaat — einer Einzel-Staatsangelegenheit — helfen die Parlamente wirklich „zwei besondere, aber stets gleichlautende Staatswillen bilden“.

§. 1. Die von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zu leistende Dotation zur Erhaltung des Hofstaates Seiner k. und k. apostolischen Majestät Franz Joseph I. wird vom 1. Jänner 1872 bis zum 31. December 1879 mit jährlichen 4,650.000 fl. festgesetzt.

Dieser Betrag ist während dieses Zeitraumes jedesmal in das Jahresbudget einzustellen.

§. 2. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Finanzminister beauftragt.

Wien, am 28. Juni 1872.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Pretis m. p.“

Endlich wird durch das Gesetz vom 6. November 1879 (R. G. Bl. Nr. 133) die Allerhöchste Hofstaatsdotation für die Zeit vom 1. Jänner 1880 bis 31. December 1889 mit jährlichen 4,650.000 festgesetzt.

In Ungarn:

„V. Gesetzartikel vom Jahre 1870 über die Kosten des Allerhöchsten Hofstaates Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät (sanctionirt am 3. April 1870, kundgemacht im Abgeordnetenhouse am 5. April, im Oberhouse am 6. April 1870, in der Landesgesetzsammlung erschienen am 6. April 1870).

§. 1. Zur Deckung der Kosten des Allerhöchsten Hofstaates Seiner kaiserlichen und apostolisch-königlichen Majestät wird vom 1. Jänner 1870 an bis 31. December 1879, für zehn Jahre ein alljährlicher Betrag von 3,650 000 fl., d. i. Drei Millionen Sechshundert Fünfzigtausend Gulden österr. Währ. votirt.

§. 2. Diese Summe wird alljährlich in das Staatsbudget aufgenommen.“

Ferner: „III. Gesetzartikel vom Jahre 1873 betreffend die Erhöhung der Kosten des Hofhaushaltes a. h. Sr. k. und k. apost. Majestät (sanctionirt am 11. December 1873, kundgemacht im Abgeordnetenhouse am 15. März 1873; im Oberhouse am 19. März 1873).

§. 1. Die Kosten des Hofhaltes a. h. Sr. kais. und königl. apostolischen Majestät Franz Joseph I. werden für die Zeit vom 1. Jänner 1872 bis 31. December 1879 auf jährlich 4,650.000, d. i. Vier Millionen Sechsmalhundertzehn Tausend Gulden festgesetzt.

§. 2. Dieser Betrag wird alljährlich in das Budget eingestellt.

§. 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Finanzminister beauftragt.“

Auch hier im ungarischen Gesetze, welches für seinen König die Hofstaatsdotation normirt, — also für den Träger der Krone des heiligen

Auch der Einwand könnte nicht stattfinden, dass die (angeblich nur) ungarische Delegation nur den Betrag bewillige, welchen Ungarn dann nach dem gesetzlich bestehenden Modus für die Leistung der gemeinsamen Kosten seitens der beiden Reichshälften zu tragen habe; und dass die (angeblich nur die Cisleithanier vertretende) cisleithanische Delegation den Betrag ausspreche, welchen der Theil Cisleithanien von den Kosten des gemeinsamen Staatshaushaltes zu leisten habe. Denn es bewilligt jede Delegation — eben weil sie ein gemeinsames Theilorgan ist — den ganzen Betrag, sie bewilligt die Summe desjenigen, was der Theil Ungarn und was der Theil Cisleithanien zu leisten hat. „Das von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone gemeinsam zu bedeckende ordentliche Erforderniss des Staatshaushaltes für das Jahr 1877 wird folgendermassen festgestellt“ (folgen die Posten); so lautet der sanctionirte Delegationsbeschluss.

Jede Delegation also — oder richtiger jeder Delegationstheil — bewilligt eben das Erforderniss des Staatshaushaltes beider in den Delegationen vertretenen Königreiche und Länder. In dem Augenblicke daher, in welchem man die beiden Theile der gemeinsamen einheitlichen Delegation, also die gemeinsamen Delegationstheile, in selbstständige Organe der Sonderstaaten verwandelt, bewilligen die Delegationen in der Form des Gesetzes, nicht mehr die gemeinsame Summe, den gemeinsamen Betrag, sondern den von jedem Sonderstaate zu leistenden Betrag.

Und wo blieben dann auch die „zwei besonderen, aber stets gleichlautenden Staatswillen“, wo wäre der berühmte identische Inhalt dieser stets gleichlautenden Staatswillen, wenn der Beschluss der ungarischen Delegation für das Jahr 1877 lauten würde:

„Das im Sinne des Gesetzes durch die Länder der ungarischen Krone zu bedeckende Erforderniss des gemeinsamen

Stephan — ist die Bezeichnung der Majestät als einer „kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät“ unrichtig. Die ungarische Hofstaatsdotation wird der „königlichen Majestät“ bewilligt

Endlich wird durch den XLIII. G. A. vom Jahre 1879 diese Allerhöchste Hofstaatsdotation für die Zeit vom 1. Jänner 1880 bis 31. December 1889 im Betrage von jährlich 4,650.000 fl. festgesetzt.

Staatshaushaltes für das Jahr 1877 ist für den Staat Ungarn auf **29,479.627 fl. 74 $\frac{1}{2}$ kr.** (nach Abzug der 2 $\frac{0}{10}$ zu Lasten des ungarischen Staatsschatzes in Folge der Provincialisirung der Militärgrenze) festgesetzt“; und der Beschluss der cisleithanischen Delegation:

„Das im Sinne des Gesetzes von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zu bedeckende Erforderniss des gemeinsamen Staatshaushaltes für das Jahr 1877 ist für den Staat Cisleithanien auf **68,803.798 fl. 7 $\frac{1}{2}$ kr.** festgesetzt“? Was wäre da noch gleichlautend in „diesen zwei besonderen“ Staatswillen, in diesem ungarischen und cisleithanischen Finanzgesetze?

In Wahrheit bewilligt eben jede Delegation den ganzen Betrag, jede Delegation entscheidet ganz gleich sowohl für die Ungarn als für die Cisleithanier. Es ist gar kein Unterschied in dem Inhalte des Beschlusses der ungarischen Delegation und der cisleithanischen Delegation. Aus dem Inhalte des Beschlusses einer Delegation ist nicht zu ersehen, welche Delegation diesen Beschluss gefasst habe, die ungarische oder die cisleithanische. Jeder Delegirte und jeder der beiden Delegationstheile entscheidet gerade so für die Bewohner des Landes, von dem er entsendet ist, als für die Bewohner des anderen Landes, der anderen Provinz. Jeder Delegirte und jeder der beiden Delegationstheile erscheint daher gesetzlich als Theil Eines gemeinsamen Organes, jeder Delegirte vertritt sowohl die Cisleithanier als die Ungarn, jeder Delegationstheil vertritt so die Bevölkerung beider, (aller) Provinzen des Reiches, er vertritt das österreichisch-ungarische Volk. Denn wenn *a* gesetzlich Eine und dieselbe Angelegenheit, welche zugleich Angelegenheit des *b* und *c* ist, entscheidet, so vertritt er dadurch eben *b* und *c*, er ist Vertreter beider, er ist Ein gemeinsamer Vertreter.

Die ungarische Delegation entscheidet nicht etwa einen Theil der betreffenden gemeinsamen Angelegenheit — den auf Ungarn entfallenden Theil und die cisleithanische Delegation den andern, auf Cisleithanien entfallenden Theil — sondern jede Delegation entscheidet eben die ganze gemeinsame Ange-

legenheit als eine eigene öffentliche Staatsangelegenheit, und gibt dadurch die Entscheidung für Alle, deren eigene öffentliche Angelegenheit eben diese Eine gemeinsame Angelegenheit ist. Würde auch nur der Beschluss einer halben Delegation, z. B. der cisleithanischen Delegation, sanctionirt — es wäre materiell dem Inhalte des sanctionirten Beschlusses nach dennoch gar kein Unterschied gegenüber dem Falle der Sanctionirung des übereinstimmenden Willensbeschlusses beider Delegationstheile. Es wäre dennoch die ganze gemeinsame Angelegenheit entschieden, und zwar — dem Inhalte nach — sowohl für die Cisleithanier als für die Ungarn. Und wenn z. B. in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung 1 Cisleithanier mit den 59 gleich stimmenden Ungarn stimmt, haben dann nicht die Ungarn diese gemeinsame Angelegenheit — auch für die Cisleithanier — entschieden?

Und da sie dies gesetzlich gethan haben, müssen sie nicht Vertreter auch der Cisleithanier — also gemeinsame Volksvertreter sein?

Es gibt staatsrechtlich nicht einen ungarischen Delegationswillen, welchen Seine Majestät als König von Ungarn sanctioniren würde — unter Contrasignatur eines ungarischen Ministeriums, und einen zweiten gleichlautenden cisleithanischen Delegationswillen welchen Seine Majestät als Kaiser von Cisleithanien sanctioniren würde — unter Contrasignatur des cisleithanischen Ministerium.

Vielmehr ist es der gemeinsame Kaiser, welcher durch den gemeinsamen Minister die Delegation einberuft ⁷¹⁾,

⁷¹⁾ So lautet das Allerhöchste Handschreiben über die Einberufung der gemeinsamen Delegation z. B. für das Jahr 1878 (Wiener Ztg. vom 26. October):

„Lieber Graf Andrássy!

Ich habe die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. December 1867 für das Jahr 1878 zu wählende Delegation und die vom ungarischen Reichstage auf Grund des G. A. XII vom Jahre 1867 für das Jahr 1878 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu entsendende Delegation mit den in Abschrift beiliegendem Handschreiben auf den 7. November dieses Jahres nach Budapest einzuberufen befunden und beauftrage Sie, wegen Einbringung der betreffenden Vorlagen das Erforderliche zu veranlassen.

Gödöllö, am 23. October 1878.

Franz Joseph m. p.

Andrássy m. p.“

ihren einheitlichen Beschluss sanctionirt ⁷²⁾ (§. 15 des deutschen Ausgleichsgesetzes, §. 43 des Gesetzartikels XII) unter Contrasignatur Eines — des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ministeriums; es wird eine und dieselbe Regierungsvorlage — und zwar in deutscher und ungarischer Sprache — durch Ein

Denn insoferne die Ministerpräsidenten der Ministerien der Sonderstaaten durch die Handschreiben beauftragt werden, „wegen der Wahl und Einberufung der Delegationsmitglieder das Entsprechende zu veranlassen“ (aber nicht „das Erforderliche für die betreffenden Vorlagen zu veranlassen“), erscheinen sie als Reichsorgane, dem gemeinsamen Ministerium für die Einberufung verantwortlich.

§. 11: „Die Delegationen (also auch die ungarische) werden alljährlich vom Kaiser einberufen; der Versammlungsort wird vom Kaiser bestimmt.“

G. A. XII, §. 22: „Die Delegationen werden jederzeit von Sr. Majestät für einen bestimmten Termin und an jenen Ort einberufen werden, wo Seine Majestät zu jener Zeit verweilt. Doch ist es der Wunsch der ungarischen Legislative, dass die Sitzungen abwechselnd in dem einen Jahre in Pest, im folgenden Jahre aber in Wien oder wenn die Vertretung der übrigen Länder und Provinzen Seiner Majestät selbst es wünschen sollte, in irgend einer anderen Hauptstadt jener Länder abgehalten werden mögen.“ Gewiss kann hier unter „Seiner Majestät“ nicht der König von Ungarn verstanden werden, es muss vielmehr die gemeinsame, österreichisch-ungarische Majestät verstanden werden.

⁷²⁾ §. 15: „Zu allen Gesetzen in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Delegationen ist die Uebereinstimmung beider Delegationen oder bei mangelnder Uebereinstimmung der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefasste zustimmende Beschluss und in jedem Falle die Sanction des Kaisers erforderlich“.

G. A. XII, §. 43 „. . . Es versteht sich von selbst, dass ihre (der Delegationen) Beschlüsse, insoweit sie der fürstlichen Sanction unterliegen, Seiner Majestät zu unterbreiten sind; wurden sie von Seiner Majestät sanctionirt, so werden sie bindende Kraft besitzen. Solche durch fürstliche Sanction festgestellte Beschlüsse wird jedoch Seine Majestät jedem Reichstage durch das betreffende eigene verantwortliche Ministerium zur Kenntniss bringen lassen. Jene Beschlüsse, welche in den Delegationen („warum nicht in der ungarischen Delegation, wenn „Seine Majestät“ hier bedeuten würde: der König von Ungarn) in der oben beschriebenen Weise gefasst und durch Seine Majestät sanctionirt wurden, kann Se. Majestät, nachdem sie dem ungarischen Reichstage mitgetheilt worden, in Ungarn nur durch das verantwortliche ungarische Ministerium vollziehen lassen.“

Es ist also Eine und dieselbe Majestät, welche den Beschluss der „Delegationen“ sanctionirt. Die Sonderministerien erscheinen in ihrer Function der Durchführung der sanctionirten Delegationsbeschlüsse als Reichsorgane.

Ministerium beiden Delegationstheilen vorgelegt ⁷³⁾, die Delegationen theilen sich ihre Beschlüsse in Ein und derselben Angelegenheit, sowie erforderlichen Falles deren Motive, gegenseitig mit ⁷⁴⁾ — was zwischen Volksvertretungskörpern zweier Staaten eine Unmöglichkeit wäre; die Delegationen erzeugen einen einheitlichen Willensbeschluss rücksichtlich der ihrer Competenz unterliegenden gemeinsamen Angelegenheit, Ein Ministerium, das gemeinsame, erstattet Einen allerunterthänigsten Vortrag ⁷⁵⁾ behufs Sanctionirung dieses österreichisch-ungarischen Volkswillens an Ein Staatsoberhaupt, an staatsrechtlich Eine, die gemeinsame österreichisch-ungarische Majestät; Ein Beschluss wird sanctionirt, Ein Ministerium ist contrasignirt, und auch dem Stellvertreter des Reichsparlamentes, der einheitlichen Delegation, verantwortlich für die Verwirklichung dieses sanctionirten Volkswillens, des Reichsgesetzes.

In der That, die Delegationen sind zusammen ein Körper, ein Ganzes, und darum werden sie vom Gesetze auch

⁷³⁾ §. 14: „Regierungsvorlagen gelangen durch das gemeinsame Ministerium an jede der beiden Delegationen abgesondert.“

G. A. XII, §. 39: „Bezüglich des Verfahrensmodus wird bestimmt, dass der Gegenstand, welcher nach der gegenwärtigen Feststellung vor diese Delegation gehört, durch das gemeinsame Ministerium jeder Delegation besonders vorgelegt werde“. Auch §. 43.

Es wäre doch unmöglich, dass die Delegationen, wenn sie die beiden Stellvertreter der Parlamente von Ungarn und Cisleithanien wären, Eine Regierungsvorlage als Vorlage ihrer eigenen Staatsregierung behandelten.

⁷⁴⁾ Deutsches Ausgleichsgesetz §. 30: „Beide Delegationen theilen sich ihre Beschlüsse, sowie erforderlichen Falles deren Motive gegenseitig mit. Dieser Verkehr findet schriftlich statt auf Seite der Delegation des Reichsrathes in deutscher, auf Seite der Delegation des Reichstages in ungarischer Sprache und beiderseits unter Anschluss einer beglaubigten Uebersetzung in der Sprache der anderen Delegation.“

G. A. XII, §. 34: „Die beiden Delegationen dürfen miteinander nicht in gemeinsamer Sitzung berathen, sondern jede theilt ihre Ansichten und Beschlüsse der anderen schriftlich mit, und im Falle einer Meinungsdivergenz bestreben sie sich gegenseitig durch schriftliche Noten aufzuklären. Diese Noten fertigt jede Delegation in ihrer eigenen Sprache an, indem sie zugleich auch eine authentische Uebersetzung anschliesst.“

⁷⁵⁾ Daher heisst es immer in der Allerhöchsten Sanction der Delegationsbeschlüsse . . . „und welche Mir durch Mein gemeinsames Ministerium unterbreitet wurden . . . “

direct als „Theile“⁷⁶⁾ erklärt. „Wenn ein dreimaliger Notenwechsel erfolglos geblieben ist, so hat jeder Theil das Recht, den andern dazu aufzufordern, dass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde, was dann der aufgeforderte Theil nicht verweigern darf; die Präsidenten beider Theile vereinbaren dann den Ort, Tag und die Stunde der Abstimmung, und jeder Präsident ladet die Mitglieder seiner Delegation dazu ein.“

Ebenso sagt §. 35: „Das Protokoll (in der gemeinsamen Plenarsitzung) wird in der Sprache beider Theile durch die beiderseitigen Schriftführer und gemeinsam authenticirt werden.“

Gewiss bilden die zwei Delegationstheile Ein österreichisch-ungarisches Reichsorgan, sie sind die untrennbaren Hälften Eines Körpers — der gemeinsamen Delegation; und diese Eine gemeinsame Delegation ist der Stellvertreter des gemeinsamen österreichisch - ungarischen Volksvertretungskörpers.

Und hier ist bezüglich dieses Verhältnisses des Stellvertreters zu dem von ihm vertretenen öffentlichen Organe — dem weiteren Reichstage — noch eine Frage zu beantworten, und eine principelle Entscheidung aus dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte zu treffen für einen Fall, und ein Ereigniss, das vom Reichsrechte wohl nicht in's Auge gefasst worden; jedenfalls hat das gemeinsame Reichsstaatsrecht nicht direct festgesetzt, wem — dem weiteren Reichstage oder der Delegation — die Regelung der Folgen einer solchen eingetretenen Thatsache verfassungsmässig zustehe. Der in Frage stehende Fall, den das Ausgleichsgesetz nicht berücksichtigt, ist die Erweiterung der Reichscompetenz, die Vermehrung der gemeinsamen Angelegenheiten durch das Leben des Reiches selbst, durch sein Wollen und Handeln namentlich gegenüber dem Auslande. Hier soll nicht die Rede sein von einer Erweiterung der Reichscompetenz gegenüber den souveränen Einzelstaaten, also von einer Vermehrung der „gemeinsamen Angelegenheiten“ durch Ver-

⁷⁶⁾ G. A. XII, §. 36.

minderung des Competenzkreises der Sonderstaaten, durch Abgabe von bisherigen Einzelstaatsangelegenheiten an das Reich, was natürlich nur im Wege des Vertrages zwischen dem Reiche und einem oder beiden Einzelstaaten staatsbegrifflich und nach dem Ausgleichsgesetze geschehen könnte. Auch für diese Weise der Erweiterung der Reichscompetenz hat das Ausgleichsgesetz Nichts entschieden, wem, dem weiteren Reichstage oder seinem Stellvertreter, der Delegation, solche neue Reichsagenden, falls sie überhaupt in constitutioneller Weise zu erledigen sind, verfassungsmässig zuzuweisen seien. Eine Erweiterung der Reichscompetenz auf diesem Wege war z. B. die Schaffung der österreichisch-ungarischen Bank.

Wem aber — dem Reichsparlamente oder seinem Stellvertreter — ist die parlamentarische Behandlung einer neuen, mit Rücksicht auf die Reichsprovinzen gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Angelegenheit, welche durch eine selbstständige Reichsaction allein, namentlich gegenüber den auswärtigen Staaten entsteht, nach dem Reichsstaatsrechte zuzusprechen? Wer ist competent für die Gesetzgebung über die Reichsangelegenheiten, welche, durch den Bestand des Reiches gegeben, nicht im Ausgleichsgesetze aufgezählt sind? Wer ist z. B. competent, der gemeinsame Reichstag oder die gemeinsame Delegation, bei der Abänderung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — des Ausgleichsgesetzes — mitzuwirken? Wer ist competent für den Act der Gesetzgebung, durch welchen das Reich ein neues Reichsministerium schaffen würde, z. B. ein Staatsministerium, oder ein Reichshandelsministerium für die Handelsbeziehungen des Reiches zu den fremden Staaten? Denn es bedarf hier wohl nicht der Erwähnung, dass natürlich dem Reiche allein die Schaffung seiner Organe und die Organisation der selbstständigen Reichsgewalt für seinen Competenzkreis zukommt. Nun sind die auswärtigen Angelegenheiten — somit auch die handelspolitischen Beziehungen zu den fremden Staaten — gemeinsame, d. h. Reichsangelegenheiten, und wenn daher das Reich findet, dass es in Folge dieser seiner handelspolitischen Beziehungen zum Auslande eines Reichshandelsministeriums bedürfe,

um z. B. den Inhalt der österreichisch-ungarischen Handelsverträge (mit anderen Staaten) etc. festzusetzen, die dann das gemeinsame, österreichisch-ungarische auswärtige Amt abschliesst, so ist das Reich natürlich staatsbegrifflich und staatsrechtlich vollkommen competent und berechtigt — und natürlich allein competent und berechtigt — ein solches Reichsamt zu creiren und zu organisiren. Schon die Idee ist absurd, dass das Reich etwa in diesem Falle die Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn fragen, oder um ihre Zustimmung angehen müsste, oder etwa, dass die Einzelstaaten gar im Wege des Vertrages ein solches „gemeinsames Amt“ neu schaffen könnten.

Das Reich bedarf für sein Wollen und Handeln, also für die Acte seiner Gesetzgebung nach Innen, seiner Selbstbestimmung nach Aussen (gegenüber den anderen Staaten) und seiner Verwaltung ebensowenig der Zustimmung oder Genehmigung der Sonderstaaten, als diese für die Acte ihres persönlichen Lebens, ihrer souveränen Thätigkeit eben in ihrem Kompetenzkreise etwa auf die Gutheissung oder gar Mitwirkung des Reiches angewiesen sind oder sein könnten.

Wem nun — dem weiteren Reichstage oder der Delegation — sind nach der gemeinsamen Reichsverfassung solche „gemeinsame“ Reichsangelegenheiten zuzuweisen, welche durch das Leben des Reiches allein, durch sein Dasein, sein Wollen und Handeln, sich ergeben und neu entstehen?

Die Reichsverfassung enthält darüber keine directe Bestimmung. Nach dem deutschen Ausgleichsgesetze könnte vielleicht ein Zweifel auftauchen, wer, der gemeinsame Reichstag oder die Delegation, competent sei, eine im Gesetze nicht unter den gemeinsamen Angelegenheiten aufgezählte österreichisch-ungarische Reichsangelegenheit, welche in constitutioneller Weise zu erledigen ist, zu behandeln. Denn §. 6 des deutschen Ausgleichsgesetzes scheint principiell auszusprechen, dass alle gemeinsamen Angelegenheiten, sofern dieselben der Behandlung durch die Volksvertretung unterliegen, der Delegation zukommen. „Das den Vertretungskörpern beider Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) zustehende Gesetzgebungsrecht wird von denselben, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt, mittelst

zu entsendender Delegationen ausgeübt.“ Und §. 13 verkündigt überdies: „Der Wirkungskreis der Delegationen umfasst alle Gegenstände, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen. Andere Gegenstände sind von der Wirksamkeit der Delegationen ausgeschlossen“.

Allein dies ist nach dem deutschen Delegationsgesetze dennoch nicht der Fall, d. h. es fallen nach dem Ausgleichsgesetze selbst nicht alle gemeinsamen Angelegenheiten in „den Wirkungskreis der Delegationen“. Es wird vielmehr von eben diesem deutschen Ausgleichsgesetze selbst eine Gruppe gemeinsamer Angelegenheiten, wie z. B. die Quote, die Staatsverträge, die Aufnahme eines gemeinsamen Anlehens etc., ja überhaupt der grösste Theil dieser gemeinsamen Angelegenheiten dem weiteren Reichstage selbst, „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“, vorbehalten und zur Behandlung zugewiesen.

Bei diesem Sachverhalte würde nun im Zweifel wohl die Natur des Verhältnisses der Stellvertretung zwischen Reichstag und Delegation dafür sprechen, eine solche neue gemeinsame Angelegenheit nicht dem Stellvertreter des zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten originär Berechtigten einzuräumen, sondern diese zunächst dem Vertretenen selbst, dem weiteren Reichstage, zuzuerkennen. Das Gesetz erklärt ja überdies, dass „den Vertretungskörpern beider Reichshälften . . . das Gesetzgebungsrecht, insoweit es sich um gemeinsame Angelegenheiten handelt, . . . zustehen“. Und da, wie erwähnt, nicht alle im Gesetze als gemeinsam ausdrücklich bezeichneten Angelegenheiten dem Stellvertreter zur parlamentarischen Behandlung zukommen, wird man die im Gesetze gar nicht aufgeführten gemeinsamen Angelegenheiten eben dem Vertretenen selbst zuerkennen müssen. Dies hätte gewiss z. B. einzutreten in Betreff einer gemeinsamen Angelegenheit, für deren Behandlung das Gesetz ebenfalls weder den gemeinsamen Reichstag noch seinen Stellvertreter, die Delegation, genannt und competent erklärt hat, es hätte zu geschehen in Betreff der Abänderung des Ausgleichsgesetzes — der gemeinsamen Reichsverfassung.

Sicher würde weder Theorie noch Praxis diese gemein-

same Angelegenheit gegenwärtig „den Delegationen“ überweisen, gewiss würde man sie „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ unter Mitwirkung des gemeinsamen Ministeriums zusprechen müssen. Der weitere Reichstag, die „Vertretungskörper beider Reichshälften“, haben ja auch im Jahre 1867 die Reichsverfassung berathen und angenommen, und im Jahre 1878 wieder an dem Reichsgesetze über die Quote, über die Reichsbank etc. mitgewirkt. Und ein weiteres Präjudiz liegt vor und zwar aus jüngster Zeit: die Zuweisung der Mitwirkung an der Gesetzgebung für die occupirten Provinzen an den weiteren Reichstag.

Indess kann diese Frage, wer für die constitutionelle Behandlung neuer, durch das Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie entstehender, gemeinsamer Reichsangelegenheiten competent sei, Reichstag oder Delegation, mit Zuhilfenahme des ungarischen Textes der Reichsverfassung gesetzlich vollkommen sicher entschieden werden. Denn dieser ungarische Gesetzestext erklärt klar und bestimmt, dass nur die im Ausgleichsgesetze selbst ausdrücklich als „gemeinsam“ bezeichneten Angelegenheiten, und von diesen nur diejenigen, welche vom Gesetze ausdrücklich wieder als in den Competenzkreis der Delegationen gehörig speciell namhaft gemacht (taxativ aufgezählt) sind, in den Wirkungskreis dieser Delegationen fallen.

„In den Wirkungskreis dieser Delegationen“ — sagt §. 37 des G. A. XII — „können nur jene Gegenstände gehören, die in diesem Beschlusse ausdrücklich als gemeinsam diesen Delegationen zugewiesen werden. Ueber diese Gegenstände hinaus dürfen diese Delegationen ihre Thätigkeit nicht erstrecken u. s. f.“ Und §. 38: „Die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation — vom Reichstage frei gewählt — wird in den in dieser Feststellung bezeichneten und abgegrenzten Angelegenheiten und unter den daselbst bestimmten Modalitäten den Reichstag, gegenüber den übrigen Ländern Sr. Majestät vertreten“ (auch §. 44). Somit gehören alle im Ausgleichsgesetze nicht schon als „gemeinsame“ bezeichneten gemeinsamen Angelegenheiten, d. h. jene gemeinsamen Angelegenheiten, die sich erst durch das Leben der

österreichisch-ungarischen Monarchie erzeugen, insoferne sie constitutionell zu erledigen sind, nicht in den Wirkungskreis der Delegationen, sie fallen vielmehr — in den Competenzkreis der „Vertretungskörper beider Reichshälften“ selbst, in den Competenzkreis des weiteren Reichstages.

Uebrigens kann die Frage, ob nach dem österreichisch-ungarischen Reichsstaatsrechte eine gemeinsame Angelegenheit dem weiteren Reichstage selbst, oder seinem Stellvertreter, der Delegation zustehe, kaum mehr eine Competenzfrage genannt werden. Nur unter dem Einflusse jenes schweren staatsrechtlichen Irrthums, welcher die „Vertretungskörper der beiden Reichshälften“ mit den beiden selbstständigen Staatsparlamenten verwechselt, schloss diese Frage nach der Competenz der Delegation oder der Sonderstaatsparlamente zur Behandlung einer österreichisch-ungarischen Reichs-Angelegenheit die Entscheidung darüber in sich, ob die fragliche Angelegenheit eine öffentliche Angelegenheit des Gesamtstaates — der österreichisch-ungarischen Monarchie — oder der Sonderstaaten sei. Die Competenzfrage war nicht eine Frage nach der Competenz verschiedener Organe desselben Staates zur Behandlung einer Angelegenheit eben dieses Staates, sie war eine Frage nach der Zuständigkeit verschiedener Staaten zur Erledigung ein und derselben Angelegenheit; die Entscheidung war eine Entscheidung zwischen Staaten, und eine unrichtige Entscheidung eine Verletzung der Autorität und Souveränität des anderen Staates.

Denn mit wunderbarer Logik erklärten so Viele die Delegationen als Ausschüsse der Parlamente — welche Ausschüsse doch nur ungarische und cisleithanische Staatsangelegenheiten behandeln können — wiesen ihnen aber als solchen doch gemeinsame, d. h. nicht ungarische und nicht cisleithanische Angelegenheiten zu, und hüteten dann ängstlich diese Competenz zwischen dem Parlamente und seinem Ausschusse! Und so behandelten diese zwei Ausschüsse der beiden Sonder-Staatsparlamente ganz andere staatliche Angelegenheiten, als ihre Parlamente, sie behandelten die Angelegenheiten eines ganz anderen Staates — die Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie! Dadurch kam es

wohl auch, dass man den Schluss zog, die gemeinsamen Angelegenheiten gehörten principiell in den Competenzkreis der Parlamente Reichsrath und Reichstag, obwohl der §. 11 klar und deutlich verordnet, dass „die in Folge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandelnden Angelegenheiten“ nicht in den Wirkungskreis des cisleithanischen Reichsrathes gehören! Und ungeachtet des §. 37 des ungarischen Ausgleichsgesetzes, der laut verkündet, dass „diese Delegationen“ — diese Ausschüsse der Parlamente! — „in die dem ungarischen Reichstage und der ungarischen Regierung vorbehaltenen Angelegenheiten sich nicht mengen dürfen“!

Wahrlich, das Gesetz spricht vernehmlich und deutlich genug, um es zu hören! Aber man hörte es nicht.

Sonach ergibt sich als Beantwortung der zweiten Frage, der Frage nach der Verfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie, ob diese eine constitutionelle oder absolute sei, folgendes Resultat:

Die österreichisch-ungarische Monarchie ist eine politisch-freie, eine constitutionelle Monarchie:

1. Die österreichisch-ungarische kaiserliche und königliche Krone übt eine Function der ihr originär zustehenden einheitlichen österreichisch-ungarischen Staatsgewalt — die vollziehende Gewalt — mittelst der sowohl ihr als der Volksvertretung verantwortlichen, gemeinsamen, k. und k. österreichisch-ungarischen Reichsminister aus.

2. Die zweite grosse Function der einheitlichen Staatsgewalt — die gesetzgebende Gewalt (und theilweise die Selbstbestimmung des Staates gegenüber anderen Staaten) — übt die österreichisch-ungarische Krone unter Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Volksvertretung aus.

3. Das Organ zur Erzeugung des österreichisch-ungarischen Volkswillens ist der gemeinsame, der weitere Reichstag.

Er besteht aus zwei untrennbaren, politisch gleichen Theilen, aus zwei halben Vertretungskörpern. Diese „Vertretungskörper beider Reichshälften“ sind der österreichisch-ungarische „Reichsrath“ und „Reichstag“.

4. Der weitere Reichstag übt die im constitutionell-monarchischen Staate der Volksvertretung zustehenden politischen Rechte

a) in Betreff eines Theiles der (gemeinsamen) Reichsangelegenheiten unter Mitwirkung des gemeinsamen Reichsministeriums selbst und unmittelbar aus; er übt diese Rechte unmittelbar aus rücksichtlich aller gemeinsamen Angelegenheiten, insoferne dieselben nicht durch das Gesetz seinem Stellvertreter — der einheitlichen Delegation — zur Erledigung zugewiesen sind;

b) in Betreff jenes anderen Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher der unmittelbaren Behandlung des weiteren Reichstages durch das Gesetz entzogen ist — das Gesetz zählt diese gemeinsamen Angelegenheiten taxativ auf — übt der Reichstag die politischen Rechte der Volksvertretung unter Mitwirkung des gemeinsamen Ministeriums mittelbar durch einen Stellvertreter aus.

5. Dieser Stellvertreter des weiteren Reichstages ist die (einheitliche) Delegation. Der Stellvertreter ist gegenüber dem Vertretenen 1. vollkommen frei, durch Instructionen nicht gebunden; 2. unverantwortlich, er hat für seine Function keine Rechenschaft abzulegen.

6. Die Delegation ist daher kein Parlament, sondern der Stellvertreter eines Parlamentes.

III.

Oesterreichisch - ungarische Staatsverträge sind nach der Reichsverfassung der Volksvertretung behufs Mitwirkung oder Genehmigung vorzulegen.

Die dritte Frage lautet:

Schreibt die österreichisch-ungarische Reichsverfassung vor, dass Staatsverträge der Genehmigung der Volksvertretung bedürfen?

Antwort: Ja.

Der §. 1 des Delegationsgesetzes, der auch für Ungarn Geltung hat, ordnet an, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt“. Der ungarische Text aber enthält bei richtiger Auffassung des §. 8⁷⁷⁾ des Gesetzartikels XII keine Bestimmung darüber, inwieferne die österreichisch-

⁷⁷⁾ G. A. XII. §. 8. „Ein Mittel der aus der pragmatischen Sanction fließenden gemeinsamen und simultanen Vertheidigung ist die zweckmässige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten.

Diese zweckmässige Leitung erfordert Gemeinsamkeit bezüglich jener auswärtigen Angelegenheiten, welche die unter der Herrschaft Sr. Majestät stehenden gesammten Länder simultan betreffen. Deshalb gehören die diplomatische und commercielle Vertretung des Reiches gegenüber dem Auslande, sowie die hinsichtlich der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen, im Einverständnisse mit den Ministerien beider Theile und unter deren Zustimmung zu den Agenden des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen. Die internationalen Verträge wird jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen. Diese auswärtigen Angelegenheiten erkennt somit auch Ungarn als gemeinsam an“ etc. etc.

ungarische Volksvertretung bei der Entstehung gemeinsamer Verträge mitzuwirken, inwieferne sie solche zu genehmigen habe. Denn §. 8 kann in richtiger Auffassung — als Paragraph des gemeinsamen Staatsrechtes — nur den möglichen Inhalt haben, dass er die Mittheilung des Abschlusses österreichisch-ungarischer Staatsverträge an die Sonderstaaten von Seite des Reiches vorschreibt; es kann in ihm nur die Bestimmung erblickt werden, dass das Reich den Sonderministerien der beiden souveränen Einzelstaaten die Mittheilung zu machen habe, dass die österreichisch-ungarische Monarchie einen Vertrag mit einem anderen fremden Staate oder mit mehreren derselben abgeschlossen habe. Und zwar hat diese Eröffnung, diese Mittheilung seitens des Reiches an die Ministerien der Einzelstaaten in Betreff aller österreichisch-ungarischen Verträge zu erfolgen. Denn es muss natürlich — nach der Stellung des §. 8 im Ausgleichsgesetze — hier angenommen werden, dass das Gesetz von denjenigen „internationalen Verträgen“ redet, welche Oesterreich-Ungarn mit den anderen europäischen oder ausser-europäischen Staaten abschliesst, also von den gemeinsamen internationalen Verträgen.

Die Staaten Ungarn und Cisleithanien können nämlich auch — und dies darf hier nicht übersehen werden — „internationale Verträge“ abschliessen, aber allerdings nur untereinander und noch mit einem Staate — Oesterreich-Ungarn. Allein unter den internationalen Verträgen des §. 8 können hier nicht solche cisleithanisch-ungarische Staatsverträge gemeint sein und verstanden werden. Denn die Gesetzesbestimmungen über die rechtliche Entstehung derartiger Verträge der Einzelstaaten untereinander könnten hier in der Reichsverfassung keinen Platz finden. Derlei Gesetzesbestimmungen gehören in die Verfassung der Sonderstaaten. Die Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien schliessen, wie erwähnt, mit einander Verträge ab und mit dem Reiche Oesterreich-Ungarn.

So erwarb z. B. in neuester Zeit der Staat Cisleithanien Spizza durch einen Vertrag mit dem Reiche.

Es hätte der Einverleibung Spizzas in den Staat Cis-

leithanien ein Vertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Staate Cisleithanien vorausgehen sollen, wodurch das österreichisch-ungarische Reichsland Spizza — denn ein solches wurde Spizza in Folge des Berliner Vertrages — an den Staat Cisleithanien abgetreten wurde. Dieser Vertrag hätte — da er eine Gebietsveränderung Cisleithaniens enthielt — nach §. 11 lit a des cisleithanischen Staatsrechtes dem Reichsrathe zur Behandlung vorgelegt werden müssen. Es erfolgte aber thatsächlich an den cisleithanischen Reichsrath nur die Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung der Gemeinde Spizza in Dalmatien, welchen Gesetzentwurf die Regierung in der 406. Sitzung (VIII. Session) des Abgeordnetenhauses einbrachte. Dieser Gesetzentwurf konnte strenge genommen, nur vorgelegt werden in Ausführung eines österreichisch-ungarisch-cisleithanischen Staatsvertrages — der formell allerdings nicht abgeschlossen worden — wodurch die österreichisch-ungarische Monarchie das Gebiet von Spizza an Cisleithanien abtritt. Dieser Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Cisleithanien muss auch als „stillschweigend“ abgeschlossen angenommen werden. Das Gesetz, betreffend die Einverleibung Spizzas in Cisleithanien, wurde dann geschaffen, es ist das Gesetz vom 15. April 1879, R. G. Bl. 59.⁷⁸⁾ Da, wie gesagt, ein förmlicher Vertrag

⁷⁸⁾ „Gesetz vom 15. April 1879, betreffend die Einverleibung des durch Artikel XXIX, 3. Absatz des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 bezeichneten Gebietes in Dalmatien.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen wie folgt:

Artikel I.

In Ausführung des Artikels XXIX, 3. Absatz des Vertrages von Berlin vom 13. Juli 1878 (R. G. Bl. 1879 Nr. 43) wird die Gemeinde Spizza bis zur nördlichen Grenze des in der genauen Beschreibung der Grenzlinien (Artikel XXVIII, 5. Absatz desselben Vertrages) angegebenen Territoriums dem Königreiche Dalmatien einverleibt.

Artikel II.

Die in Dalmatien bestehenden Gesetze und Einrichtungen haben auch in dem durch Artikel I. bezeichneten Gebiete zu gelten. Die Regierung ist jedoch ermächtigt, Uebergangsbestimmungen hiezu auf dem Verordnungswege zu treffen.

Artikel III.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist das Gesamtministerium beauftragt.“

zwischen Cisleithanien und der österreichisch-ungarischen Monarchie über die Abtretung des von der österreichisch-ungarischen Monarchie völkerrechtlich durch den Berliner Vertrag erworbenen türkischen Gebietes von Spizza an den Staat Cisleithanien nicht erfolgt war, so ergab sich, dass Ungarn in seiner Eigenschaft als Theil der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich der Abtretung dieses österreichisch-ungarischen Gebietes seinen Theilwillen gar nicht hatte äussern können.

Der weitere Reichstag hätte gefragt werden müssen — vorausgesetzt, dass das Ausgleichsgesetz die Genehmigung von gemeinsamen Staatsverträgen, welche eine Gebietsveränderung der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Folge haben, seitens der österreichisch-ungarischen Volksvertretung fordert — ob er seine Zustimmung gebe, dass das österreichisch-ungarische Reichsland Spizza an den Staat Cisleithanien abgetreten werde; es hätten die beiden Theile des weiteren Reichstages diesbezüglich einen übereinstimmenden zustimmenden Beschluss fassen müssen. Durch die Verwechslung der beiden Theile des weiteren Reichstages mit den Parlamenten der beiden Einzelstaaten ergab sich nun Folgendes:

Soweit Cisleithanien als Provinz der Gesamtmonarchie durch seine österreichisch-ungarischen Volksvertreter einen Einfluss auszuüben gehabt hätte auf die Bildung des österreichisch-ungarischen Staatswillens behufs Abtretung von Spizza, schien dieser Einfluss indirect — dem Gefühle nach — dadurch ausgeübt, dass das cisleithanische Parlament diese Zuweisung Spizzas an Cisleithanien angenommen hatte. Cisleithanien also schien bei der Verfügung über Spizza, bei der Abtretung Spizzas seitens des Reiches, genügend gefragt und berücksichtigt, und bei der Disponirung über Spizza bezüglich des auch ihm zukommenden Rechtes, hier als Reichstheil mitzuentscheiden, nicht übergegangen zu sein.

Bezüglich dieses cisleithanisch-österreichisch-ungarischen Staatsvertrages in Betreff der Abtretung des österreichisch-ungarischen Reichslandes Spizza an den Sonderstaat Cisleithanien hätte daher der Reichsrath zweimal thätig werden und gefragt werden sollen, unter der Voraussetzung nämlich, dass

dieser Staatsvertrag dem österreichisch-ungarischen Parlamente und dem cisleithanischen Parlamente nach dem positiven Rechte dieser beiden Staaten vorzulegen gewesen wäre, was im Staate Cisleithanien nach §. 11 lit a gewiss hätte geschehen müssen. Der Reichsrath hätte — als Theil des weiteren Reichstages — unter Mitwirkung des gemeinsamen Ministeriums mit dem anderen Theile „Reichstag“ Einen (übereinstimmenden) Willen äussern müssen in Betreff der Genehmigung dieses Vertrages seitens der österreichisch-ungarischen Volksvertretung. Und dann hätte der Reichsrath als selbstständiges cisleithanisches Parlament gegenüber dem cisleithanischen Ministerium die Genehmigung dieses Staatsvertrages mit Oesterreich-Ungarn von Seite des Staates Cisleithanien aussprechen müssen. Hierauf erst hätte in Ausführung des cisleithanisch-österreichisch-ungarischen Staatsvertrages dieser Gesetzentwurf in Betreff der Einverleibung Spizzas in den Staat Cisleithanien von der cisleithanischen Regierung im cisleithanischen Parlamente eingebracht werden müssen.

Anders stand die Sache in Bezug auf Ungarn. Hier machte sich das Gefühl geltend, dass Ungarn bei dieser Zuweisung Spizzas an Cisleithanien doch auch mitzuentcheiden habe; hörte ja Spizza dadurch auf, für das Gebiet der nach dem Ausgleichsgesetze nichtgemeinsamen Angelegenheiten gemeinsames, d. h. Reichsland zu sein. Vom staatsbegrifflichen und staatsrechtlichen Standpunkte hätte Ungarn natürlich nicht als souveräner Staat, sondern als Theil Oesterreich-Ungarns, als politisch vollkommen gleichberechtigte Provinz, durch seine als Theil des weiteren Reichstages erscheinenden Volksvertreter (durch seine im weiteren Reichstage sitzenden Vertreter) im Vereine mit den österreichisch-ungarischen Vertretern aus Cisleithanien seine Zustimmung zu dieser Abtretung Spizzas seitens des Reiches geben oder verweigern sollen.

Den Staat Ungarn berührte diese Angelegenheit gar nicht, er hatte Spizza weder erworben oder erhalten, noch hatte er es zu verlieren oder abzutreten. Allein ganz consequent gelangte Ungarn durch die Verwechslung seiner staatsrechtlichen Stellung als Provinz und als

souveräner Staat zu einer Willensäusserung in Betreff dieses auch ihm gehörigen österreichisch-ungarischen Gebietes von Spizza nicht als Provinz⁷⁹⁾ — sondern es gab diesbezüglich — formell — als Staat seine Willenserklärung ab. So entstand dieser staatsrechtlich interessante Gesetzartikel „XV vom Jahre 1879, betreffend die Einverleibung der Gemeinde Spizza in Dalmatien“ (sanctionirt am 4. Mai 1879, verlautbart in beiden Häusern des Reichstages am 5. Mai 1879):

„In Ausführung des Art. XXIX, 3. Absatz des Vertrages von Berlin vom 13. Juli 1878 wird die Einverleibung der Gemeinde Spizza bis zur nördlichen Grenze des in der genauen Beschreibung der Grenzlinien (Art. XXVIII, 5. Absatz desselben Vertrages) angegebenen Territoriums in Dalmatien hiemit gutgeheissen.“⁸⁰⁾

Wie ist staatsrechtlich diese „Gutheissung“ der Vergrößerung eines Staates „Cisleithanien“ seitens eines anderen Staates „Ungarn“ zu erklären? Ist Cisleithanien ein Vasallenstaat Ungarns, ist Ungarn der „Suerän“ Cisleithaniens, so dass dieses z. B. in Betreff einer Gebietsvergrößerung der Zustimmung der Krone des heil. Stephan bedürfte?

Oder ist die Ingerenz des souveränen Staates Ungarn dadurch hervorgerufen, dass Dalmatien der königl. ungarischen Staatsgewalt untersteht, also ungarisches Staatsgebiet ist?

⁷⁹⁾ Daher erklärte die ungarische Regierung bei der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Spizzas in Dalmatien am 29. April 1879 im Abgeordnetenhouse, dass „jede Gebietsveränderung der Monarchie der constitutionellen Gutheissung bedürfe“. Die Einverleibung Spizzas ist aber nach dem gegenwärtigen staatsrechtlichen Umfange der Staaten Cisleithanien und Ungarn nur dann eine Gebietsveränderung auch rücksichtlich Ungarns, wenn eben Ungarn als ein untrennbarer Theil dieser österreichisch-ungarischen Monarchie erscheint, wenn Ungarn ein Theil dieses durch den Berliner Vertrag veränderten österreichisch-ungarischen einheitlichen Staatsterritoriums ist.

⁸⁰⁾ Dies ist der Wortlaut der amtlichen Ausgabe. Der Artikel lautet im Landesgesetze des Jahres 1879:

„Die im Artikel XXIX des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 enthaltene Bestimmung, laut welcher die Gemeinde Spizza bis zu der im 5. Alinea des XXVIII. Artikels des erwähnten Vertrages in der genauen Grenzbeschreibung angeführten nördlichen Grenze dem Gebiete von Dalmatien einverleibt werden soll, wird genehmigt.“

Keiner dieser beiden Fälle greift hier Platz.

Oder war Spizza etwa durch den Berliner Vertrag ungarisches Staatsgebiet geworden, so dass Ungarn dasselbe an Cisleithanien abgetreten hätte?

Oder ist Ungarn eine der Signatarmächte des Berliner Vertrages, so dass dieser Staat Ungarn jetzt diesen Vertrag mittelst Durchführungsbestimmungen, soweit solche nothwendig sind, gegenüber seinen Staatsangehörigen verwirklicht?

Auch diese Fragen sind mit einem entschiedenen „Nein“ zu beantworten.

Dieser Gesetzartikel XV des Jahres 1879 hat staatsrechtlich nur dann einen Sinn, wenn man darunter die Publi-
cirung des zwischen Oesterreich - Ungarn und Cisleithanien geschlossenen Uebereinkommens — in Betreff Abtretung Spizzas an Cisleithanien — in der österreichisch-ungarischen Provinz Ungarn versteht; oder wenn die Zustimmung des Reichsvertretungstheiles der Provinz Ungarn, also des halben Reichsvertretungskörpers zu dem österreichischungarisch-cisleithanischen Staatsvertrage begriffen wird, wodurch das österreichisch-ungarische Reichsland Spizza an den Staat Cisleithanien abgetreten wird.

Indess dürfen, wie erwähnt, unter den internationalen Verträgen des §. 8 (des Art. XII) der ja als eine Bestimmung der Reichsverfassung nur von den gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten handelt und nur in Betreff gemeinsamer Verträge Gesetzesbestimmungen aufstellen kann, namentlich auch mit Rücksicht auf §. 1 des deutschen Textes, nur diejenigen Verträge verstanden werden, welche die österreichisch-ungarische Monarchie mit einem oder mehreren der völkerrechtlich anerkannten Staaten abschliesst. Würde man übrigens dennoch unter den „internationalen Verträgen“, welche „jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen wird“, Staatsverträge begreifen, welche die beiden Einzelstaaten untereinander oder mit dem Reiche abschliessen, dann wäre auch dadurch dem ungarischen Texte keine Bestimmung eingefügt darüber, inwiefern die österreichisch-ungarische Volksvertretung beim Zustandekommen von Staatsverträgen mitwirken müsse, welche das Reich mit Staaten ausserhalb des Reiches abschliesst.

Bezüglich dieser österreichisch-ungarischen Staatsverträge verordnet sonach der ungarische Gesetzestext nur, dass auch den souveränen Sonderstaaten — welche ja indirect so innig durch das Wohl und Wehe des Reiches beeinflusst werden, immer Mittheilung gemacht werden müsse von den Verträgen, welche das Reich — also Ungarn und Cisleithanien als untrennbare Provinzen — mit andern Staaten abgeschlossen hat. Im ungarischen Gesetzestexte des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes ist daher bezüglich der Mitwirkung oder Genehmigung der Volksvertretung Oesterreich-Ungarns bei Entstehung österreichisch-ungarischer Staatsverträge gar keine Bestimmung getroffen; die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen dafür finden sich nur im deutschen Texte §. 1.

Dafür enthält aber der ungarische Ausgleichstext im §. 8 indirect eine andere Bestimmung, welche natürlich für das ganze Reich verpflichtende Kraft hat, die Bestimmung nämlich, dass das kaiserl. und königl. Ministerium des Auswärtigen Oesterreich-Ungarns die österreichisch-ungarischen Staatsverträge den Ministerien der Sonderstaaten mitzutheilen habe. Das allein kann staatsbegrifflich und staatsrechtlich der Sinn des Satzes sein (§. 8): „Die internationalen Verträge wird jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen“; denn die Sonderministerien der beiden Staaten, das kaiserlich cisleithanische und das königlich ungarische Ministerium können — wenigstens durch diesen Passus des Ausgleichsgesetzes, des österreichisch-ungarischen positiven Staatsrechtes — nicht gesetzlich verpflichtet werden, ihrerseits die vom Reiche ihnen mitgetheilten österreichisch-ungarischen Staatsverträge wieder ihren Parlamenten zu notificiren, und zwar aus dem natürlichen und einfachen Grunde, weil das Reich den souveränen Sonderstaaten und deren Organen — insoferne dieselben natürlich nicht auch als Reichsorgane gesetzlich verwendet werden — keine Gesetze zu geben hat.

Und in den Worten des §. 8: „wird jedes Ministerium seiner eigenen Legislatur mittheilen“ kann nur die Motivirung der Vorschrift der Reichsverfassung, warum den Sonderstaaten die Reichsverträge mitzutheilen seien, erblickt werden; sie

können nur die Angabe des Zweckes bedeuten, den die Reichsverfassung bei dieser ihrer Bestimmung vor Augen hatte.

Das österreichisch-ungarische Staatsrecht kann eben nicht vorschreiben, dass das kaiserlich cisleithanische Ministerium und das königl. ungarische Ministerium ihren Parlamenten dann diese ihnen seitens des Reiches mitgetheilten österreichisch-ungarischen Staatsverträge „mittheilen“, notificiren müssen. Denn ob die Ministerien der Sonderstaaten die ihnen seitens des Reiches mitgetheilten Staatsverträge dann ihren Parlamenten zur Kenntniss zu bringen oder ihnen vorzulegen haben oder nicht, das zu bestimmen ist Sache des cisleithanischen Staatsrechtes und des ungarischen Staatsrechtes, und nicht Sache des österreichisch-ungarischen Reichsrechtes.

Die österreichisch-ungarischen Gesetzesbestimmungen, welche von der Vorlage eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages an die österreichisch-ungarische Volksvertretung handeln, beschränken sich im Ausgleichsgesetze somit auf den §. 1.

Aber noch eines Gesetzes ist hier Erwähnung zu thun.

Es sind die Artikel II und III des (formell allerdings auch in Betreff dieser Artikel cisleithanischen) Gesetzes vom 27. Juni 1878 „wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Vereinbarung eines Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ermächtigt wird“ (R.-G.-Bl. Nr. 62); desgleichen Artikel II und III des (formell auch für Artikel II und III ungarischen) Gesetzes vom 27. Juni 1878, des „XX. Gesetzartikels über das zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen Königreichen und Ländern Sr. Majestät geschlossene Zoll- und Handelsbündniss (sanctionirt am 27. Juni 1878, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 28. Juni 1878)“. Diese Artikel II und III der beiden Gesetze sind identischen Inhaltes und wörtlich gleichlautend; sie sind, weil sie über gemeinsame Angelegenheiten, — österreichisch-ungarische Staatsverträge — gesetzliche Bestimmungen aussprechen, Artikel des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes. Es muss daher,

um diese Artikel II und III als rechtlich wirksame Gesetzesbestimmungen aufrecht zu erhalten, supponirt werden, dass sie seiner Zeit vom weiteren Reichstage angenommen und von der gemeinsamen Krone sanctionirt wurden. Als Artikel eines königlich ungarischen und kaiserlich cisleithanischen Gesetzes haben diese Artikel II und III einen staatsbegrifflich unmöglichen und positiv staatsrechtlich unrichtigen Inhalt. Weder der Staat Ungarn, noch der Staat Cisleithanien kann Gesetzesbestimmungen erlassen über die rechtliche Entstehung österreichisch-ungarischer Staatsverträge, über ihr Geltungsgebiet, die Art ihrer Kündigung etc. Von diesen beiden Artikeln ist Artikel II überflüssig, weil ohnedies im ersten Theile des §. 1 des Delegationsgesetzes schon enthalten. Dieser Artikel II lautet: „Die mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge, welche die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken, insbesondere Handels-, Zoll-, Schiffahrts-, Consular-, Post- und Telegraphenverträge, haben sowohl für die Länder der ungarischen Krone, als für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder gleich bindende Kraft.“ Dies geht aber, wie gesagt, schon aus §. 1, lit. a hervor, wonach gemeinsam sind: „Die auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluss der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, sowie die in Betreff der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen.“

Der in beiden Gesetzen identische und wörtlich gleichlautende Artikel III aber kann insoferne als eine Ergänzung des zweiten Theiles des §. 1 des Delegationsgesetzes betrachtet werden, als er genauer bestimmt, dass alle österreichisch-ungarischen Verträge wirthschaftlichen Inhaltes „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleiben“. Denn dieser Artikel III sagt ganz allgemein: „Die Negocirung und der Abschluss neuer derartiger Verträge geschieht vorbehaltlich der verfassungsmässigen Genehmigung beider Legislativen durch den Minister des Aeussern auf Grundlage von Vereinbarungen, welche zwischen den betreffenden Ressortministern

beider Theile stattzufinden haben.“ (Und jetzt folgt eine neue Bestimmung gegenüber dem Artikel III des Zoll- und Handelsbündnisses vom 24. December 1867, R.-G.-Bl. 1868, Nr. 4: „Wenn bei Ablauf eines derartigen Vertrages ein Theil von dem darin vorbehaltenen Rechte der Kündigung Gebrauch gemacht wissen will, so ist spätestens 6 Monate vor Ablauf des Kündigungstermins dem anderen Theile von der Absicht, zu kündigen, Mittheilung zu machen, um über den weiteren Vorgang das Einvernehmen zu pflegen. Kommt innerhalb dieser Frist ein Einverständniss nicht zu Stande, so hat der Minister des Aeussern die Kündigung vorzunehmen, sobald auch nur ein Theil sie begehrt.“)

Das sind sämtliche Gesetzesbestimmungen des inneren öffentlichen österreichisch-ungarischen Staatsrechtes, welche von der Vorlage gemeinsamer Staatsverträge an die österreichisch-ungarische Volksvertretung behufs Genehmigung durch dieselbe handeln. Nach diesen Gesetzesbestimmungen wird daher die Entscheidung zu fällen sein, ob der Berliner Vertrag dem weiteren Reichstage vorzulegen war oder nicht.

IV.

Der Berliner Vertrag war dem weiteren Reichstage nicht vorzulegen.

Die Frage, wem der Berliner Vertrag eventuell verfassungsmässig vorzulegen gewesen wäre, dem weiteren Reichstage oder dessen Stellvertreter, den Delegationen — vorausgesetzt, dass er überhaupt der Volksvertretung Oesterreich-Ungarns vorzulegen sei — ist leicht zu entscheiden.

Das Gesetz erklärt ja ausdrücklich, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ (d. h. dem Vertretungskörper des Reiches, dem weiteren Reichstage) „vorbehalten bleibt.“ Von der Behandlung des Berliner Vertrages durch die Delegationen kann also nicht die Rede sein.

War aber der Berliner Vertrag dem weiteren Reichstage selbst vorzulegen? Diese Frage muss mit „Nein“ beantwortet werden. Und zwar möge es gestattet sein, dieses Nein genau zu begründen durch Zerlegung der Frage in zwei Fragen, nämlich in die rein theoretische Frage:

1. War der Berliner Vertrag staatsrechtlich nach den positiven Verfassungs-Bestimmungen Oesterreich-Ungarns dem weiteren Reichstage vorzulegen?

Und in die praktische Frage:

2. Konnte der Berliner Vertrag factisch, thatsächlich dem weiteren Reichstage vorgelegt werden, war es möglich, ihn dem weiteren Reichstage, behufs parlamentarischer Behandlung, zu übergeben?

1. Die erste Frage kann nach dem positiven

österreichisch-ungarischen Staatsrechte absolut nicht beantwortet werden, sie kann theoretisch nicht entschieden werden. Der Artikel III findet auf den Berliner Vertrag, da er nicht „die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezweckte“, keine Anwendung. Der §. 1 aber, welcher ganz allgemein von der Genehmigung der internationalen Verträge, also auch der eigentlich politischen, d. h. solcher Verträge handelt,, welche das Staatsgebiet, das Wollen und Handeln des Staates gegenüber den anderen Staaten etc. zum Inhalte haben — verordnet nur, dass „die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmässig nothwendig ist, den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt.“ Für welche politische Staatsverträge nun aber eine solche Genehmigung verfassungsmässig nothwendig ist, damit sie völkerrechtlich und staatsrechtlich in Kraft seien, wird vom Gesetze nicht gesagt; wir finden darüber keine Andeutung oder Bestimmung im Ausgleichsgesetze.

Und es kann nicht etwa die Behauptung aufgestellt werden, dass aus dem §. 1 des deutschen Ausgleichsgesetzes im Zusammenhalte mit den Artikeln II und III des Zoll- und Handelsbündnisses die principielle Entscheidung erschlossen werden könne, welche österreichisch-ungarischen Staatsverträge der Genehmigung oder der Mitwirkung des weiteren Reichstages bedürfen, und welche nicht; da nämlich §. 1 im Allgemeinen ausspreche, dass für manche Kategorien der gemeinsamen Staatsverträge „die Genehmigung verfassungsmässig nothwendig sei“, Artikel III aber festsetze, dass „die mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge, welche die Regelung wirthschaftlicher Beziehungen zum Auslande bezwecken“, — also die wirthschaftlichen Verträge — der „verfassungsmässigen Genehmigung“ bedürfen, so folge daraus, dass alle österreichisch-ungarischen Staatsverträge, welche nicht wirthschaftliche Verträge sind, und daher z. B. alle politischen österreichisch-ungarischen Staatsverträge nicht der „verfassungsmässigen Genehmigung“ seitens der Volksvertretung bedürfen. Denn es kann nicht im Entferntesten davon die Rede

sein, dass Artikel III des Zoll- und Handelsbündnisses, wenn er auch durch die oben angeführte Supposition als eine rechtswirksame Bestimmung der Reichsverfassung gerettet wird, eine principielle Entscheidung darüber treffe, welche Classen der gemeinsamen Staatsverträge in Oesterreich-Ungarn zu ihrer völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Giltigkeit der Genehmigung, resp. Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Volksvertretung bedürfen.

Eine principielle, theoretische Entscheidung, oder auch nur taxative Aufzählung, welche Staatsverträge der Mitwirkung des Parlamentes bedürfen, und welche nicht, wird man im österreichisch-ungarischen Staatsrechte vergebens suchen.

2. Was aber die Frage anlangt nach der factischen Möglichkeit der Vorlegung des Berliner Vertrages an den weiteren Reichstag behufs parlamentarischer Erledigung durch denselben, so war dieselbe jedenfalls nicht vorhanden. Factisch konnte der Berliner Vertrag dem weiteren Reichstage nicht vorgelegt werden, selbst wenn man analog — z. B. den Verfassungsbestimmungen Cisleithaniens über die Vorlage cisleithanischer Staatsverträge an das cisleithanische Staatsparlament, so des §. 11 a), des Artikels O des Staatsgrundgesetzes über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt durch die cisleithanische Krone — unter weitester Ausdehnung der Rechte des Parlamentes nach §. 1 des Ausgleichsgesetzes supponiren wollte, dass der Gesetzgeber auch die Vorlage solcher österreichisch-ungarischer „Staatsverträge, die das österreichisch-ungarische Reich oder Theile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten oder eine Gebietsänderung der im weiteren Reichstage (in den Delegationen) vertretenen Königreiche und Länder zur Folge haben“, an die österreichisch-ungarische Volksvertretung im Auge gehabt habe.

Die Vorlage des Berliner-Vertrages an den weiteren Reichstag wäre unmöglich gewesen — aus praktischen Gründen. Denn so sicher und zweifellos rechtlich dieser weitere Reichstag besteht — (Delegationsgesetz §. 1, §. 6, G. A. XII, §. 23, 28, 29, 37, 38) und auch schon factisch functionirt hat, z. B. bei der Bestimmung der österreichisch-ungarischen Quote, —

so wenig ist im Allgemeinen für das wirkliche, regelmässige Functioniren desselben, resp. seiner beiden untrennbaren Theile, Vorsorge getroffen. Ist doch nicht einmal die rechtliche Existenz dieses weiteren Reichstages, dieses von den Delegationen vertretenen österreichisch-ungarischen Volksvertretungskörpers, dessen Willen auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten das gemeinsame Ministerium zu vollziehen hat, anerkannt!

Es fehlen die allgemeinen gesetzlichen Normen für den Verkehr der zunächst als Theilkörper berathenden Theile des weiteren Reichstages, Normen namentlich über die Art und Weise, wie der einheitliche Beschluss beider Theile — im Falle als nicht beide Theile ohnedies übereinstimmen — allgemein zu erzielen sei. Es fehlt das allgemeine Gesetz in Betreff der Geschäftsordnung des weiteren Reichstages. Es besteht nur eine specielle Geschäftsordnung für die Art und Weise der Erledigung einer einzigen der gemeinsamen Angelegenheit, welche dem weiteren Reichstage behufs gesetzlicher Regelung zukommen — die Geschäftsordnung für die Mitwirkung des gemeinsamen Reichstages an der Gesetzgebung über die österreichisch-ungarische Quote. Die bezüglichlichen gesetzlichen Normen enthalten §. 3 und §. 36 des Delegationsgesetzes (im zweiten Theile) und die übereinstimmenden und theilweise ergänzenden Bestimmungen finden sich in den §§. 19, 20, 21 des Gesetzartikels XII. Allein der hier gesetzlich bestimmte Modus der Wahl eines Ausschusses von und aus beiden Theilen des weiteren Reichstages, des Quotenausschusses — die Berichterstattung über seine Anträge kommt im weiteren Reichstage den beiden Ministerien zu — und die eventuell absolute Entscheidung durch die Krone, falls nicht beide Theile des weiteren Reichstages freiwillig übereinstimmen, kann nicht als allgemeine Norm für den Verkehr der beiden Theile des weiteren Reichstages bei der Behandlung aller unmittelbar von ihm zu erledigenden gemeinsamen Angelegenheiten hingestellt werden. Auch geben die bezüglichlichen Gesetzesstellen keine Directive darüber, wie eine Willensentscheidung der Theile des gemeinsamen Reichstages zu erwirken sei im Falle, als diese Theile nicht ohnedies

übereinstimmen. Denn bei der Behandlung der Quote tritt in diesem Falle die absolute Entscheidung des Kaisers ein. Die für diesen besonderen Gegenstand — Quote — ausdrücklich erlassenen Gesetzesbestimmungen über die Entstehung des österreichisch-ungarischen Gesetzes in Betreff der Beitragsleistung der Provinz Cisleithanien und der Provinz Ungarn zum österreichisch-ungarischen Staatshaushalte kann daher nicht verallgemeinert werden zu einer allgemeinen Norm über den Verkehr der Theile des weiteren Reichstages.

Das österreichisch-ungarische Reich ist daher in Betreff derjenigen Gesetze, an deren Schaffung der weitere Reichstag selbst und unmittelbar mitwirkt, auf die freiwillige Uebereinstimmung der beiden untrennbaren Theile seines Parlamentes angewiesen. Also z. B. bei dem Gesetze über die Aufnahme eines gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Darlehens, bei der provisorischen Gesetzgebung über die occupirten Länder, bei der österreichisch-ungarischen Bank, bei der Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsverträge, bei Abänderung der Reichsverfassung u. s. f. Die Monarchie steht so rücksichtlich der Gesetzgebung über die wichtigsten Lebensfragen vor der Alternative, entweder gar kein Gesetz, gar keine Entscheidung zu erzeugen, oder auf die freiwillige, d. h. nicht zu erzwingende Uebereinstimmung der beiden Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung angewiesen zu sein. Es ist im Gesetze keine directe Bestimmung getroffen über die Erzielung eines Majoritätsbeschlusses dieses weiteren Reichstages, resp. seiner beiden untrennbaren Theile. Die Majorität jedes Theiles des weiteren Reichstages kann die Entstehung jedes österreichisch-ungarischen Gesetzes absolut verhindern. Und wenn im polnischen Reichstage dem einzelnen Mitgliede durch sein absolutes Vorrecht die Macht gegeben war, die Gesetzgebung seines Vaterlandes still stehen zu machen, so ist es im österreichisch-ungarischen Reichstage die Majorität eines halben Theiles und also wieder die Minorität des ganzen Reichstages, welche dieses Recht des absoluten Veto besitzt. Und bisher war es nur die staatsmännische Einsicht und der Patriotismus dieser Theile „Reichsrath“ und „Reichstag“ des weiteren Reichstages, welche sie erfüllten mit

dem Gefühle der Nothwendigkeit der Uebereinstimmung, welche sie freiwillig immer diese Zusammenstimmung finden, und so die österreichisch ungarischen Gesetze und Verträge schaffen liessen; denn die Reichsverfassung bietet keine Hilfe und kein Mittel für den wichtigsten Fall — der Nichtzusammenstimmung der Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung.

So fehlt für das factische Functioniren des rechtlich unzweifelhaft bestehenden weiteren Reichstages — die Geschäftsordnung für den Verkehr der beiden Theile untereinander unter Mitwirkung des gemeinsamen Reichsministeriums.

Sonach ergeben sich als Resultat der rein staatswissenschaftlichen und staatsrechtlichen Untersuchung, ob der von Oesterreich-Ungarn mit den Signatarmächten am 13. Juli 1878 abgeschlossene Berliner Vertrag, um völkerrechtlich und staatsrechtlich giltig zu sein, in Oesterreich-Ungarn der Volksvertretung behufs Genehmigung vorzulegen war, folgende Sätze:

1. Von der Vorlage des Berliner Vertrages — als eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages, an die selbstständigen und von einander unabhängigen Staatsparlamente der beiden souveränen Staaten Cisleithanien und Ungarn behufs Genehmigung durch dieselben kann der Natur des Staates gemäss und nach dem positiven Verfassungsrechte Oesterreich-Ungarns nie und nimmer die Rede sein.

2. Derjenige Volksvertretungskörper, welchem nach der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung die parlamentarische Behandlung — sei es Mitwirkung zu deren Entstehung, sei es Genehmigung — der österreichisch ungarischen Staatsverträge im Allgemeinen zukommt, ist der weitere Reichstag.

3. Welche politische Staatsverträge jedoch der verfassungsmässigen Behandlung seitens des weiteren Reichstages bedürfen, ist in der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung nicht bestimmt, die Entscheidung daher, ob der Berliner Vertrag nach dieser österreichisch-ungarischen Reichsverfassung der Volksvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie behufs Genehmigung oder Ablehnung vorzulegen war oder nicht, kann nicht gefällt werden.

4. Aber selbst unter der Annahme, dass der Berliner Vertrag dem weiteren Reichstage vorzulegen gewesen wäre —

hätte er factisch diesem weiteren Reichstage nicht vorgelegt werden können, weil die allgemeine Geschäftsordnung, die gesetzlichen Normen über den Verkehr und die einheitliche Willensbildung der beiden untrennbaren Theile des weiteren Reichstages unter Ingerenz des österreichisch-ungarischen Ministeriums nicht erlassen sind. Der weitere Reichstag functionirt heute factisch nicht.

5. Dem Stellvertreter des weiteren Reichstages — der österreichisch-ungarischen Delegation — konnte der Berliner Vertrag nicht vorgelegt werden, weil die Reichsverfassung ausdrücklich die parlamentarische Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsverträge dem weiteren Reichstage selbst, „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“, zuweist.

Dies sind die Ergebnisse der Theorie und des positiven österreichisch-ungarischen Reichsstaatsrechtes.

Und die letzte Frage tritt heran: Fanden diese Anforderungen der Staatslehre und des positiven Staatsrechtes in Oesterreich-Ungarn auch ihre Anerkennung und Verwirklichung in der Praxis? Stand der factische Vorgang, wie er sich in Oesterreich-Ungarn in Betreff der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages durch die Volksvertretungskörper vollzog — in Harmonie mit den Anforderungen der Erkenntnisslehre von der unveränderlichen Natur des Staates und mit den streng zu befolgenden Vorschriften des öffentlichen Rechtes?

Und wenn dies nicht der Fall war, welche rechtliche Bedeutung und welche rechtliche Wirkung ist dem Vorgange, wie er sich im Innern der Körpers „Oesterreich-Ungarn“ in Betreff der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages abspielte, beizulegen?

V.

Staatsrechtliche Beurtheilung des thatsächlichen Vorganges bei der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages.

Es erübrigt noch die staatsrechtliche Beurtheilung des factischen Vorganges, welcher

1. bei der Behandlung des Berliner Vertrages durch die Volksvertretungskörper und

2. bei der Publikation dieses Vertrages stattfand.

Dieser thatsächliche Vorgang war folgender:

a) In Cisleithanien.

Die kaiserliche Regierung hatte am 4. November 1878 dem Abgeordnetenhouse in der 404. Sitzung der 8. Session die Eröffnung gemacht, dass sie zu Folge des zu Berlin am 13. Juli geschlossenen Vertrages, nach welchem die Gemeinde Spizza in Dalmatien incorporirt werden solle, demnächst eine Vorlage bezüglich der Einverleibung der Gemeinde Spizza in Dalmatien zur verfassungsmässigen Behandlung einbringen werde. Vorläufig erlaube sich die Regierung mit Allerhöchster Ermächtigung den Berliner Vertrag auf den Tisch des Hauses niederzulegen.

In der 406. Sitzung am 10. December brachte die Regierung dann den Gesetzentwurf, „betreffend die Einverleibung der Gemeinde Spizza in Dalmatien“, ein. In dieser Sitzung wurde ein Ausschuss von 18 Mitgliedern aus dem ganzen Hause zur Berathung dieses Staatsvertrages und Bericht-erstattung hierüber gewählt. Dieser Ausschuss aber war

der Ansicht — und darin stimmte das Majoritätsvotum mit dem Minoritätsvotum überein — dass der Berliner Vertrag zuerst selbst rechtsgiltig werden müsse, wozu in Folge des Inhaltes dieses Staatsvertrages auch die Mitwirkung des zweiten Factors für die Bildung des Staatswillens — des Volkswillens — nothwendig sei. Der Berliner Vertrag bedürfe daher zu seiner Giltigkeit der Genehmigung des cisleithanischen Reichsrathes und sei deshalb selbstständig in Verhandlung zu nehmen.

Und zwar bedürfe der Berliner Vertrag zu seiner staatsrechtlichen Giltigkeit dieser Genehmigung des Reichsrathes nicht bloß wegen der Incorporirung von Spizza, wodurch eine Gebietsveränderung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder involvirt werde, sondern auch wegen der verschiedenartigen, in demselben enthaltenen Belastungen des Reiches.

Die Majorität des Ausschusses stellte daher durch ihre Berichterstatter, bei der zweiten Lesung des Berliner Vertrages, in der 413. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Jänner 1879 den Antrag, das hohe Haus wolle beschliessen, „dem Vertrage von Berlin vom 13. Juli 1878 wird die verfassungsmässige Zustimmung ertheilt“.

Eine Minorität von 7 Mitgliedern des Ausschusses hingegen stellte den Antrag, das hohe Haus wolle beschliessen:

„Indem das Abgeordnetenhaus unter den gegebenen Verhältnissen dem zu Berlin am 13. Juli l. J. abgeschlossenen Vertrage die verfassungsmässige Genehmigung ertheilt, hält es sich für verpflichtet zu erklären, dass es, festhaltend an den in der Adresse vom 5. November niedergelegten Anschauungen, nicht vermöge, eine Politik als den wahren Interessen der Monarchie entsprechend zu erklären, welche schon bisher unverhältnissmässige Opfer erheischte und in ihrer Durchführung und weiteren Entwicklung eine ernste Gefährdung der Staatsfinanzen und eine dauernde Verwirrung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie nach sich ziehen muss.“

In der 421. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Jänner wurde der Majoritätsantrag bei namentlicher Abstimmung mit einer Majorität von 42 Stimmen — 154 gegen 112 — angenommen.

Der Beitritt des Herrenhauses zu dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses erfolgte in der 84. Sitzung am 6. Februar in welcher das Haus den Antrag seiner Commission zur Berathung des Berliner Vertrages, dahin gehend, das hohe Haus wolle beschliessen:

„Dem Vertrage von Berlin vom 13. Juli 1878 wird die verfassungsmässige Zustimmung ertheilt“, ohne Debatte annahm. Im Staate Cisleithanien war somit — formell — dem Berliner Vertrage ausdrücklich die Genehmigung durch die Volksvertretung ertheilt, der Reichsrath hatte dem Inhalte des Berliner Vertrages zugestimmt.

Am 30. März 1879 wurde der Berliner Vertrag im Reichsgesetzblatte für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder^{80a)} (XVIII. Stück, Nr. 43) „nach erfolgter Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes“ kundgemacht unter Contrasignatur auch der cisleithanischen Regierung, welche sich unter der Contrasignatur des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeussern befindet. Im Amtsblatte Cisleithaniens — in der Wiener Zeitung — erfolgte die Publikation des Vertrages unter derselben Clausel ebenfalls am 30. März 1879.⁸¹⁾

^{80a)} Unter den Unterschriften der Bevollmächtigten der Signatarmächte heisst es:

Nos visis et perpensis tractatus hujus articulis, eos approbavimus et approbamus in omnibus et singulis dispositionibus, quae in illis continentur, atque ipsas hisce ratas gratasque habere declaramus, verbo Nostro Caesareo et Regio promittentes, Nos eas fideliter adimpletuos esse. In quorum fidem ac robur praesens ratihabitionis Nostrae instrumentum manu Nostra signavimus, sigilloque Nostro Caesareo et Regio adpenso firmari jussimus. Dabantur in Vienna die vigesima sexta mensis Julii anno Domini millesimo octingentesimo octavo, Regnorum Nostrorum trigesimo.

Franciscus Josephus m. p. (L. S.)

Andrássy m. p.

Ad mandatum Sacrae Caesareae et Regiae Apostolicae Majestatis proprium:

Alphonsus liber baro de Pont m. p.,

Ablegatus extraordinarius ac Minister plenipotentarius.

Dieser Staatsvertrag wird nach erfolgter Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes kundgemacht.

Wien, am 29. März 1879.

Stremayr m. p.

⁸¹⁾ In der Wiener Zeitung vom 30. März 1879.

b) In Ungarn.

Hier war das Resultat ein wesentlich verschiedenes.

Auf Verlangen der Opposition, „im Sinne der Verfassung der Legislative den Berliner Vertrag vorzulegen“, legte die königlich ungarische Regierung am 2. November 1878 im Abgeordnetenhouse den Berliner Vertrag in Abschrift auf den Tisch des Hauses nieder. Schon damals gab die Regierung ihrer Anschauung Ausdruck, „dass die Giltigkeit internationaler politischer Verträge nicht von der Annahme oder Ablehnung derselben seitens der Legislative abhängig gemacht werden könne. Der Berliner Vertrag bedürfe daher zu seiner Giltigkeit der Zustimmung des Reichstages nicht. Auch müsse in der österreichisch-ungarischen Monarchie hinsichtlich der auswärtigen Fragen ein übereinstimmendes Verfahren beobachtet werden, da sonst jede Politik des Aeussern eine Unmöglichkeit sei. Wenn es geschehen könnte, dass in Oesterreich und Ungarn von den Legislativen in verschiedener Richtung über die auswärtige Politik Beschlüsse gefasst würden, würde der Dualismus *ad absurdum* geführt. Denn wie sollte in solchen Fällen der Minister des Aeussern die auswärtige Politik leiten?

Die Regierung lege daher nur in dem Sinne den Berliner Vertrag auf den Tisch des Hauses nieder, als er zur Grundlage für die Beurtheilung des Vorgehens der Regierung zu dienen habe.“

In demselben Sinne äusserte sich die königlich ungarische Regierung am 9. December gegenüber dem Antrage der Opposition, den Berliner Vertrag demnächst in Verhandlung zu nehmen.

„Selbst in solchen Staaten — erklärte die Regierung — wo über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ein einheitliches Parlament beschliesse, werde über die Giltigkeit oder Nichtannahme internationaler Verträge nicht abgestimmt. Der Berliner Vertrag diene nur als Grundlage der Beurtheilung für die von der Regierung befolgte Politik. Sollte indess im österreichischen Parlamente ein anderer Vorgang zur Geltung gelangen, so werde die Regierung im Interesse der Parität ein gleiches Vorgehen in der einheimischen Legislative veranlassen, damit die Störung der Parität durch eine von der ungarischen Auffassung verschiedene Interpretation nicht

stabilisirt werde, vielmehr die zur Wiederherstellung derselben nöthigen Massnahmen getroffen würden.“

Nach der Beendigung der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages in Cisleithanien legte dann die ungarische Regierung am 1. März 1879 einen motivirten ⁸²⁾ Gesetzentwurf über die Inarticulirung des Berliner Vertrages vor, wonach der Berliner Vertrag zur Kenntniss genommen und inarticulirt werde.

Bei der Verhandlung über diesen Gesetzentwurf, welche am 24. März im Abgeordnetenhouse begann, erklärte die Regierung, „es sei ihre feste Ueberzeugung und entschiedene Ansicht, dass von der Krone abgeschlossene internationale Verträge hinsichtlich ihrer Giltigkeit nicht vom Parlamente abhängig seien. In dem Momente, wo, in was immer für einem Staate, internationale Verträge nicht werden geschlossen und ausgeführt werden können ohne die vorherige Guttheissung des Parlamentes, werde dieser Staat aufhören, einen politischen Einfluss in Europa üben zu können; der Abschluss internationaler Verträge sei das ausschliessliche Recht der Krone. Der Einfluss der Legislative beginne rücksichtlich des Berliner Vertrages in dem Augenblicke, wo die Regierung eine aus dem Vertrage sich ergebende Action beginne und die hiezu erforderlichen Mittel von der Legislative in Anspruch nehme“.

⁸²⁾ In dieser Motivirung zum Gesetzentwurfe betreffend die Inarticulirung des Berliner Vertrages heisst es wörtlich:

„Jedermann kennt das Verfahren, welches die Gesetzgebungen anderer constitutioneller Länder diesem Vertrage ähnlichen internationalen Verträgen gegenüber zu befolgen pflegen.

Das Haus hat bereits in seiner Adresse ausgesprochen, dass es den Unterschied fühlt, der bezüglich der Behandlung internationaler Verträge, der Natur derselben entsprechend, eingehalten zu werden pflegt, und welcher zufolge die Inarticulirung des Berliner Vertrages nicht unerlässlich nothwendig wäre. Bei dem heutigen Stande der Dinge aber erweist sich zufolge des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten der Monarchie und mit Rücksicht auf Beseitigung der aufgetauchten constitutionellen Besorgnisse die Inarticulirung als nothwendig; aber gleichzeitig fordern die internationalen Verhältnisse und die Lage der Monarchie zwischen den grossen Mächten unbedingt, dass die Inarticulirung in solcher Form geschehe, durch welche die Monarchie anderen Staaten gegenüber durch Abschluss von internationalen Verträgen nicht in eine nachtheilige Stellung gelange.“

Die Opposition erklärte dagegen „den Gesetzentwurf über die Inarticulirung des Berliner Vertrages nicht annehmen zu können, weil darin nur von einer Inarticulirung des Vertrages die Rede sei und hierin eine Verkürzung des Rechtskreises der Legislative erblickt werden müsse. Zur Rechtsgiltigkeit internationaler Verträge sei die Zustimmung des Parlamentes nothwendig; diese Beurtheilung internationaler Verträge sei ein Cardinalrecht der Legislative. Dieses Recht, internationale Verträge gut zu heissen oder deren Gutheissung zu verweigern, stehe der Legislative nach Gesetzartikel XII 1867 und der Erklärung der Regierung vom 9. December 1879 zu. Auch die von der Regierung so oft erwähnte Parität erheische die Verwerfung der Vorlage. Denn, da in Oesterreich der Berliner Vertrag genehmigt und demnach der transleithanischen Legislative die Gutheissung zugestanden wurde, muss im Sinne der Parität dieses Recht auch der ungarischen Legislative belassen werden. Wenn das Parlament dieses Recht der Zustimmung zu internationalen Verträgen nicht habe, wozu verlange die Regierung die Inarticulirung?“

Allein die Regierung blieb im ungarischen Reichstage Sieger.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. März wurde die Regierungsvorlage in Betreff der Inarticulirung des Berliner Vertrages mit Hinweglassung der Worte: „wird zur Kenntniss genommen“ bei namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 154 Stimmen angenommen; am 28. März erfolgte die Annahme in 3. Lesung.

Das Oberhaus endlich acceptirte ohne Bemerkung den Gesetzentwurf in der Sitzung vom 29. März 1879.

So entstand der „VIII. Gesetzartikel vom Jahre 1879 über die Inarticulirung des Berliner Vertrages⁸³⁾ (sanctionirt

⁸³⁾ Der „VIII. Gesetzartikel über die Inarticulirung des Berliner Vertrages (sanctionirt am 29. März 1879, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 30. März 1880)“ lautet:

„Jener Vertrag, welcher auf Grund des zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. f. und apostolischen König von Ungarn, ferner Seiner Majestät dem deutschen Kaiser und Könige von Preussen, dem Präsidenten der französischen Republik, Ihrer Majestät der

am 29. März 1879, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 30. März 1879)“.

Er besagt, dass der Berliner Vertrag als Landesgesetz inarticulirt werde. Da der Reichstag ihn nicht genehmigt hatte, fehlt der Passus „nachdem er durch den Reichstag angenommen“.

Mit der Publikation des Berliner Vertrages im ungarischen Amtsblatte — Budapesti Közlöny — wurde am 1. April begonnen.

Welche staatsrechtliche Bedeutung ist nun der Behandlung des Berliner Vertrages im cisleithanischen Staatsparlamente und im ungarischen Staatsparlamente zuzuschreiben?

Da die beiden Parlamente der Sonderstaaten vollkommen incompetent sind zur Behandlung österreichisch - ungarischer Staatsverträge, so ist die von diesen Parlamenten rücksichtlich des Berliner Vertrages ausgeübte Action — um denselben in einen auch für die Staaten Cisleithanien und Ungarn verpflichtenden, daher rechtlich giltigen Vertrag zu verwandeln, rechtlich vollkommen wirkungslos, gänzlich irrelevant. Denn da der Berliner Vertrag nicht von der Krone Cisleithaniens mit den übrigen Signatarmächten abgeschlossen wurde, konnte — unter der Voraussetzung, dass die gemeinsame Krone allein einen solchen österreichisch - ungarischen Staatsvertrag nicht rechtsgiltig abschliessen könne — auch nicht der cisleithanische Volkswille, resp. Volksvertretungswille als zweiter nothwendiger Factor für die Bildung des gemeinsamen Staatswillens nach Aussen und Innen hinzutreten. Denn nur der cisleithanische Staatswille constituirt sich aus dem Willen der Krone Cisleithaniens und aus dem Willen des cisleithanischen Staatsvolkes, resp. des Parlamentes der im

Königin des vereinigten Königreiches Grossbritannien und Irland und Kaiserin von Indien, Seiner Majestät dem Könige von Italien, Seiner Majestät dem Kaiser aller Reussen und Seiner Majestät dem Kaiser der Ottomanen zu Berlin abgehaltenen Congresses daselbst am 13. Juli 1878 abgeschlossen und durch Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. f. und apostolischen König von Ungarn mittelst der zu Wien am 26. Juli 1878 ausgefertigten Ratifikationsklausel genehmigt worden ist, wird hiemit als Landesgesetz inarticulirt. Der Wortlaut des erwähnten Vertrages ist folgender:“
(Folgt der Text des Vertrages).

Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Die zahlreiche und vertrauensvolle Berufung auf den §. 11 des Reichsrathsstatutes und auf Artikel 6 des Staatsgrundgesetzes über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, aus welchen Paragraphen „die Sonnenklarheit“ der Berechtigung des Parlamentes zur Behandlung des Berliner Vertrages scheinen sollte, ist eine staatsrechtlich durchaus unzulässige und wirkungslose; diese Berufung ist staatsrechtlich wirkungslos aus dem einfachen Grunde, weil diese Paragraphe des cisleithanischen Staatsrechtes nur von Staatsverträgen handeln und handeln können, welche der Staat Cisleithanien, die Krone Cisleithaniens abschliesst — der cisleithanische Kaiser. Und die — formell — staatsrechtlich richtige Berufung auf §. 1 des Delegationsgesetzes (als eines österreichisch-ungarischen Verfassungsparagraphen), um daraus das Recht des cisleithanischen Staatsparlamentes „Reichsrath“ zur Behandlung des gemeinsamen Berliner Vertrages zu begründen, war deshalb wirkungslos, weil dieser §. 1 von den Theilen des österreichisch-ungarischen Parlamentes — von „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ — handelt und diesen principiell das Recht zuspricht, gemeinsame Staatsverträge zu genehmigen; §. 1 spricht dieses Recht nicht dem (ganzen) Vertretungskörper des selbstständigen Staates Cisleithanien und dem (ganzen) Parlamente des selbstständigen Staates Ungarn zu. Die Reclamirung eines Rechtes des cisleithanischen Staatsparlamentes auf Grund eines österreichisch-ungarischen Verfassungsparagraphen musste rechtlich wirkungslos sein und bleiben! Und dieser §. 1 des Delegationsgesetzes ist ein österreichisch-ungarischer Verfassungsparagraph! Wäre er es nicht, wäre er eine bloß cisleithanische Gesetzesbestimmung, wie könnte er die Verfügung enthalten, dass bestimmte (in diesem Falle) cisleithanische Staatsverträge auch der Genehmigung des ungarischen Reichstages bedürfen! Wie könnte er eine „den Vertretungskörper der Reichshälfte“ Ungarn verpflichtende und berechtigende Bestimmung enthalten!

Die „Sonnenklarheit“ dieser Verfassungsbestimmungen, der §. 11 und der Artikel 6, scheint also nur über die cisleithanischen Staatsverträge — aber sie wirft auch nicht einen

Streifen erhellenden Lichtes auf den Berliner Vertrag und sein Verhältniss zur österreichisch-ungarischen Volksvertretung! Für den Berliner Vertrag könnte eine staatsrechtliche Sonne nur aus dem §. 1 des Delegationsgesetzes (oder §. 8 des Gesetzartikels XII) scheinen, und die Klarheit dieser Sonnen bescheint die Frage, ob der Berliner Vertrag dem weiteren Reichstage seinem Inhalte nach vorzulegen war oder nicht, wahrlich nicht allzu helle! Denn dieser §. 1 entscheidet gar nicht, welche politischen österreichisch-ungarischen Staatsverträge zu ihrer Rechtsgiltigkeit der Mitwirkung und Genehmigung des österreichisch-ungarischen Parlamentes bedürfen; er erklärt vielmehr nur, dass für manche Kategorien derartiger Verträge „eine solche Genehmigung verfassungsmässig nothwendig ist“. Trotz dieses Hinweises auf gewisse gemeinsame Verträge, für welche „eine Genehmigung verfassungsmässig nothwendig ist“, verordnet das Ausgleichsgesetz mit keinem Worte, dass bei österreichisch-ungarischen politischen Staatsverträgen die Mitwirkung der Volksvertretung einzutreten habe.

Der §. 1 wird durch die nachfolgende Reichsgesetzgebung (Gesetze über das Zoll- und Handelsbündniss der Einzelstaaten, Artikel III) dahin ergänzt, dass alle österreichisch-ungarischen Staatsverträge wirthschaftlichen Inhaltes der Mitwirkung, resp. Genehmigung des Reichsvertretungskörpers bedürfen. Da sonach das österreichisch-ungarische Staatsrecht — das Ausgleichsgesetz — nicht bestimmt, dass zur Entstehung österreichisch-ungarischer politischer Staatsverträge die Mitwirkung oder die spätere Genehmigung seitens der österreichisch-ungarischen Volksvertretung rechtlich nothwendig sei, so folgt, dass — entsprechend der Natur des Verhältnisses der internationalen politischen Beziehungen der Staaten — die österreichisch-ungarische Krone allein nach dem Reichsstaatsrechte zum Abschlusse solcher österreichisch-ungarischer Staatsverträge politischen Inhaltes berechtigt ist.

Der Berliner Vertrag wurde daher durch die österreichisch-ungarische Krone allein, sowohl völkerrechtlich als staatsrechtlich gültig abge-

schlossen. Er bedurfte gegenüber den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen nur mehr der Publikation, um auch für sie Gesetz zu sein. Der Berliner Vertrag hätte sonach in derjenigen Art und Weise, welche überhaupt bei dem Mangel eines gemeinsamen Reichsgesetzblattes für die Kundmachung österreichisch-ungarischer Willensbeschlüsse — für die Kundmachung der sanctionirten Delegationsbeschlüsse — praktisch acceptirt ist, einfach kundgemacht werden sollen. Der Berliner Vertrag hätte nach dieser staatsrechtlichen Usance in Oesterreich-Ungarn einfach in den beiden, in diesem Falle als Reichsorgane erscheinenden Amtsblättern der Sonderstaaten — Wiener Zeitung und Budapesti Közlöny — und zwar natürlich ohne Contrasignatur der Ministerien der Sonderstaaten — und nur unter Contrasignatur der gemeinsamen, der österreichisch-ungarischen Regierung für jede der beiden Provinzen der Monarchie kundgemacht werden sollen. Staatsbegrifflich und staatsrechtlich unmöglich aber war die Publikation des Berliner Vertrages als eines cisleithanischen Staatsvertrages unter Contrasignatur des cisleithanischen Sonderstaats-Ministeriums. Ebenso wie der Präsident des gemeinsamen Ministeriums haftet und allein contrasignirt ist z. B. für die Ernennung der übrigen Mitglieder des österreichisch-ungarischen Ministeriums (für den unverantwortlichen, verfassungsrechtlichen Act der österreichisch-ungarischen Krone, die Mitglieder des österreichisch-ungarischen Ministeriums zu ernennen), ebenso haftet er, resp. das gemeinsame Ministerium allein, für den durch die österreichisch-ungarische Krone abgeschlossenen Berliner Vertrag, für den unverantwortlichen Souveränitätsact der Abschliessung österreichisch-ungarischer politischer Staatsverträge durch die gemeinsame Krone.

Ebensowenig als bei der Ernennung des österreichisch-ungarischen Kriegsministers oder Finanzministers die Contrasignatur des Ministers des Aeussern und Präsidenten des gemeinsamen Ministeriums noch einmal durch den Präsidenten des königlich ungarischen Ministeriums oder des kaiserlich cisleithanischen Ministeriums contrasignirt ist, und staatsbegrifflich sowie nach dem gemeinsamen Staatsrechte contrasignirt

sein kann, ebensowenig durfte und konnte dies staatsrechtlich beim Berliner Vertrage der Fall sein.

Die ungarische Regierung anerkannte auch, dass dieser durch die gemeinsame Krone abgeschlossene österreichisch-ungarische politische Staatsvertrag -- der Berliner Vertrag -- für Ungarn ohneweiters rechtswirksam sei. Sie erklärte im Motivenberichte, dass „bezüglich der Behandlung internationaler Verträge der Natur derselben entsprechend die Inarticulirung des Berliner Vertrages nicht unerlässlich nothwendig wäre“. Die Regierung stand auf dem staatsrechtlich richtigen Standpunkte, dass ein durch die österreichisch-ungarische Krone abgeschlossener politischer Staatsvertrag für Ungarn als Theil dieser österreichisch-ungarischen Monarchie -- ohne Mitwirkung des königlich ungarischen Parlamentes -- rechtlich wirksam sei. Der Berliner Vertrag hätte sonach einfach kundgemacht werden sollen im Budapesti Közlöny, nachdem nun schon die österreichisch-ungarischen Gesetze nicht -- dem Wesen des Staates entsprechend -- einmal -- für den ganzen Staat -- sondern zweimal, nämlich für jede Provinz und in jeder Provinz kundgemacht werden.

Unmöglich aber konnte die Regierung des Staates Ungarn, die königlich ungarische Regierung, „zu Folge des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten der Monarchie und mit Rücksicht auf die Beseitigung der aufgetauchten constitutionellen Besorgnisse“ für die Schaffung einer solchen zweifellosen Rechtsgiltigkeit des Berliner Vertrages in Action treten; unmöglich konnte das ungarische Staatsparlament zur Beseitigung etwaiger constitutioneller Bedenken rücksichtlich der Rechtsgiltigkeit dieses gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatsvertrages zur Hilfe herangezogen werden. Hegte man irgendwie Zweifel über die staatsrechtliche, daher auch über die völkerrechtliche Giltigkeit des Berliner Vertrages, insoferne ihn die österreichisch-ungarische Krone allein -- ohne Mitwirkung oder Genehmigung der Reichsvertretung -- abgeschlossen habe, so konnte zur Entkräftung dieser staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Bedenken nur die Genehmigung des Berliner Vertrages

durch den weiteren Reichstag angestrebt werden; nur diese Mitwirkung des weiteren Reichstages zur Erzeugung des gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Staatswillens nach Aussen und Innen konnte staatsbegrifflich und staatsrechtlich in Betracht kommen. Zufolge nun des, wie erwähnt, bei der parlamentarischen Behandlung österreichisch-ungarischer Staatsverträge seit 13 Jahren gegen das positive Gesetz eingehaltenen praktischen Vorgehens, diese Staatsverträge in cisleithanische und in ungarische Staatsverträge zu zerfallen, wurde auch in Ungarn das ungarische Parlament zur Inarticulirung eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages verwendet! Es wurde der Berliner Vertrag als ungarischer Staatsvertrag — den der Staat Ungarn mit den Signatarmächten abgeschlossen habe — inarticulirt.

Aber selbst für einen ungarischen Staatsvertrag konnte eine solche Art der Inarticulirung nicht platzgreifen.

Denn entweder konnte die ungarische Krone nach dem ungarischen Staatsrechte allein — ohne Mitwirkung des ungarischen Parlamentes — den Berliner Vertrag abschliessen; in diesem Falle war dieser ungarische Berliner Vertrag einfach nach Art der ungarischen Gesetze und Verträge zu publiciren — d. h. im Reichstage kundzumachen und in der zu diesem Zwecke zu redigirenden Landesgesetzsammlung unverzüglich zur allgemeinen Kenntniss zu bringen“.

Oder die ungarische Krone konnte nach dem ungarischen Staatsrechte allein in diesem Falle den souveränen ungarischen Staatswillen gegenüber den Signatarmächten nicht erzeugen, sie bedurfte zur völkerrechtlich und staatsrechtlich giltigen Erzeugung dieses ungarischen Staatswillens — des Berliner Vertrages — der Mitwirkung des ungarischen Parlamentes. In diesem Falle musste dann der Inhalt des von der Krone nur bedingt ausgesprochenen Berliner Vertrages erst vom Parlamente selbst als Inhalt auch des ungarischen Volkswillens erklärt werden, es musste der Berliner Vertrag vom Parlamente seinem Inhalte nach gutgeheissen werden. Dann war er wieder in beiden Häusern des Reichstages kund zu machen — nachdem er durch den

Reichstag nachträglich angenommen worden — und als Landesgesetz in die Landesgesetzsammlung einzureihen.

Aber eine Mitwirkung des Reichstages zur Inarticulirung ohne Einflussnahme des Reichstages auf den Vertrag selbst, d. h. auf den Vertragsinhalt, eine solche Mitwirkung — ohne Mitwirkung und ohne Genehmigung — ist und war eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Die ungarische Regierung gerieth in diese schwierige Position dadurch, dass sie einerseits der Natur der Sache Rechnung tragen wollte — der Thatsache, dass dieser Vertrag gültig von der gemeinsamen Krone allein abgeschlossen war. Andererseits wollte sie vom Standpunkte der Parität — nachdem einmal das cisleithanische Staatsparlament aus eigener Initiative und in staatsrechtlich unmöglicher Weise den Berliner Vertrag in Verhandlung genommen hatte — auch ihrer Legislative ein Recht der Behandlung des Berliner Vertrages zugestehen. Desgleichen war natürlich die Publikation des Berliner Vertrages als eines königlich ungarischen Staatsvertrages unter Contrasignatur des königlich ungarischen Sonderstaatsministeriums eine staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unmöglichkeit.

Aber alle diese Schwierigkeiten, Widersprüche und Zwangslagen (diesmal in Ungarn) sind nur die Folge der staatsbegrifflich unmöglichen und verfassungswidrigen Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsverträge — durch die Parlamente der Sonderstaaten. Wäre die parlamentarische Behandlung der internationalen österreichisch-ungarischen Verträge wirklich eine Angelegenheit der Sonderstaaten, d. h. gäbe es königlich ungarische Staatsverträge, geschlossen vom Staate Ungarn mit den europäischen und aussereuropäischen Mächten, und existirten solche cisleithanische Staatsverträge — dann entfielen sogleich alle diese „durch die Parität“ erzeugten Schwierigkeiten. Denn nirgends findet sich im ungarischen Staatsrechte, nirgends erscheint im cisleithanischen Verfassungsrechte die Bestimmung, dass die ungarischen Staatsverträge in derselben Weise parlamentarisch zu behandeln seien, wie die Staatsverträge des Staates Cisleithanien, oder dass die Staatsverträge beider Staaten immer identischen In-

haltes sein müssten, oder endlich dass ein Staatsvertrag für Ungarn nur dann in gesetzlicher Kraft stehe, wenn ein gleicher Staatsvertrag in Cisleithanien Gesetz geworden sei. Würden die österreichisch-ungarischen Staatsverträge, würde daher auch der Berliner Vertrag wirklich auf dem Wege vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Auswärtigen durch die Sonderministerien hinab bis in den Reichsrath und Reichstag in zwei Verträge sich spalten, wäre der Berliner Vertrag in einen ungarischen und cisleithanischen Berliner Vertrag zerfallen, dann würde die parlamentarische Behandlung und deren Wirkung eine höchst einfache gewesen sein. In demjenigen Staate, in welchem das Parlament auf Grund einer positiven Gesetzesbestimmung — wie z. B. in Cisleithanien auf Grund des §. 11, des Artikels 6 — seinen Berliner Vertrag in Behandlung genommen und genehmigt hätte, wäre er in Gesetzeskraft erwachsen; für denjenigen Staat, dessen Parlament ihn nicht genehmigt hätte, würde er völkerrechtlich und staatsrechtlich nicht verpflichtend geworden sein. Hätte das cisleithanische Parlament ihn abgelehnt, das ungarische Parlament ihn angenommen, dann wäre der Berliner Vertrag nach seiner Publikation in Ungarn Gesetz geworden, in Cisleithanien nicht. Allein nach dem Ausgleichsgesetze ist dies unmöglich. Und so springt die Unrichtigkeit dieser Theorie von der Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsverträge durch die Parlamente der Sonderstaaten auch in ihren praktischen Consequenzen in die Augen.

Die staatsrechtliche Beurtheilung der thatsächlich ungleichen Behandlung, welcher der Berliner Vertrag seitens des Reichsrathes und Reichstages unterzogen wurde, gelangt sonach zu folgendem Resultate:

1. Wird angenommen, dass das cisleithanische Staatsparlament „Reichsrath“ und das ungarische Staatsparlament „Reichstag“ den vom Staate Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Berliner Vertrag parlamentarisch behandelten und darüber Beschluss gefasst haben; ferner dass die Kronen der beiden souveränen Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn unter Contrasignatur der Sonderstaatsministerien den Berliner Vertrag publicirten — dann ist:

a) diese ganze parlamentarische Behandlung des Berliner Vertrages sammt grosser Debatte und feierlicher Abstimmung, sowie:

b) diese Publikation eine staatsbegriffliche Absurdität; sie steht ferner in directem Widerspruche zu dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte und ist daher staatsrechtlich vollständig wirkungslos.

Es könnte rechtlich in dem ganzen Vorgange höchstens noch die Benachrichtigung der Parlamente durch die Sonderministerien verstanden werden — welche ihrerseits vom Reiche über den Abschluss des Berliner Vertrages in Kenntniss gesetzt wurden — dass die österreichisch-ungarische Monarchie, der Gesamtstaat, den Berliner Vertrag abgeschlossen habe. Man könnte rechtlich in dem Vorgange die Mittheilung des Berliner Vertrages an die Parlamente der Einzelstaaten erblicken; von einer parlamentarischen Behandlung aber des österreichisch-ungarischen Staatsvertrages durch die Parlamente, oder gar von einer Beschlussfassung über den Berliner Vertrag, dessen „Genehmigung“ etc. könnte natürlich auch in diesem Falle niemals die Rede sein. Die Sonderstaatsparlamente konnten in diesem Falle den ihnen mitgetheilten Berliner Vertrag nur zur Kenntniss nehmen.

2. Supponirt man aber, geleitet von dem Streben, thatsächlich Geschehenes so weit möglich auch als staatsrechtlich giltig und wirksam aufzufassen, dass Reichsrath und Reichstag als österreichisch-ungarische Volksvertretungstheileorgane, somit als die Theile des weiteren Reichstages bei der thatsächlichen Behandlung des Berliner Vertrages thätig waren, und dass die Sonderministerien hiebei als die instruirten und verantwortlichen Stellvertreter des gemeinsamen Ministeriums, d. h. als Reichsorgane functionirten, dann kann:

a) in diesem factischen Vorgange nicht etwa die Annahme oder Genehmigung des Berliner Vertrages seitens des österreichisch-ungarischen Reichsparlamentes erblickt werden.

Denn die Theile des weiteren Reichstages fassten in diesem Falle keinen übereinstimmenden Beschluss.

Der Theil „Reichsrath“ nahm den Inhalt des Berliner Vertrages allerdings an, allein der Theil „Reichstag“ enthielt sich jedes meritorischen Einflusses, jeder Willensäußerung in Betreff des Inhaltes des Berliner Vertrages, da die Guttheissung oder Verwerfung solcher von der gemeinsamen Krone abgeschlossener gemeinsamer, politischer Staatsverträge nicht in seinen Competenzkreis gehöre. Der Theil „Reichstag“ hatte über den Berliner Vertrag und dessen Inhalt überhaupt gar nicht abgestimmt, er hatte ihn nicht „genehmigt“. Ja, dieser Theil Reichstag hatte ein dem anderen Theile des weiteren Reichstages, dem Reichsrathe, gerade entgegengesetztes Votum abgegeben. Der Reichstag hatte (durch Majoritätsbeschluss) ausdrücklich erklärt, dass der Berliner Vertrag zu seinem rechtlich giltigen Abschlusse und Bestande der Mitwirkung, eventuell der Genehmigung der Volksvertretung nicht bedürfe, dass solche politische Staatsverträge von der Krone allein rechtsgiltig abgeschlossen werden. Der Reichstag hatte in der Annahme des Gesetzentwurfes über die Inarticulirung des Berliner Vertrages die Rechtsgiltigkeit des Abschlusses dieses Berliner Vertrages durch die Krone allein ausdrücklich anerkannt. Und diese Inarticulirung des Berliner Vertrages selbst war überhaupt nur in Folge des Vorganges des Reichsrathes in dieser Frage erfolgt, um die nunmehr aufgetauchten constitutionellen Zweifel zu beheben.

Welche Rechtswirkung immer man der Inarticulirung eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages (als ungarisches Gesetz) durch den halben Reichsvertretungskörper beilegen mag — jedenfalls involvirt der im ungarischen Parlamente stattgehabte Vorgang die Erklärung des Theilwillens des halben Reichsvertretungskörpers „Reichstag“, dass der Berliner Vertrag nicht der Genehmigung der Volksvertretung zu seinem völkerrechtlichen und thatsächlichen Bestande bedürfe.

Der Theil Reichsrath also hatte seine Collectivstimme für die staatsrechtliche Nothwendigkeit der Genehmigung des Berliner Vertrages abgegeben, der Theil Reichstag gegen dieselbe. In Folge der Nichtübereinstimmung der

beiden Theilwillen der zwei politisch vollkommen paritätischen Vertretungskörper der Reichshälften ist gar kein Wille der Reichsvertretung bezüglich des Inhaltes des Berliner Vertrages entstanden und vorliegend. Somit kann auch bei der Annahme, dass Reichsrath und Reichstag den Berliner Vertrag in ihrer staatsrechtlichen Eigenschaft als untrennbare Theile des weiteren Reichstages behandelt haben, in der stattgehabten Action der beiden Volksvertretungstheilkörper staatsrechtlich nicht die Genehmigung des Berliner Vertrages erkannt werden. Der Berliner Vertrag ist in Oesterreich-Ungarn von der Volksvertretung nicht genehmigt worden. Er wurde nur von den als Reichsorgane fungirenden Sonderministerien über Auftrag des k. und k. gemeinsamen Reichsministeriums dem weiteren Reichstage — dessen beiden Theilen — mitgetheilt, zur Kenntniss gebracht.

Und dieser staatsrechtliche Vorgang steht wohl im Einklange mit der Natur solcher internationaler Acte und auch nicht im Widerspruche zu dem österreichisch-ungarischen Reichsstaatsrechte. Denn da die Reichsverfassung nur anordnet, dass für internationale österreichisch-ungarische Staatsverträge wirthschaftlichen Inhaltes „die Genehmigung durch die Vertretungskörper der beiden Reichshälften verfassungsmässig nothwendig ist“, wird man, bei dem Fehlen jeglicher Gesetzesbestimmung darüber, welche anderen — z. B. politische österreichisch-ungarische — Staatsverträge der Mitwirkung der Reichsvertretung bedürfen, in der Praxis wohl die Entscheidung treffen müssen, dass der österreichisch-ungarischen Krone — dem originären Inhaber der gesamten Reichsstaatsgewalt — verfassungsmässig das Recht zustehe, internationale Staatsverträge politischen Inhaltes allein — ohne Mitwirkung der gemeinsamen Volksvertretung — mit den anderen Mächten abzuschliessen.

Die nicht erfolgte Genehmigung des Berliner Vertrages durch die österreichisch-ungarische Volksvertretung braucht daher heute nicht etwa nachgeholt zu werden; denn der Berliner Vertrag wurde durch die Ratification der österreichisch-ungarischen Krone für das Reich Oesterreich-Ungarn völkerrechtlich und staatsrechtlich gültig.

Was ferner unter dieser Annahme, dass Reichsrath und Reichstag sowie die Sonderministerien bei der parlamentarischen Behandlung des Berliner Vertrages als Reichsorgane functionirt haben, den Vorgang in Betreff

b) der Publikation anlangt, so erscheint der Berliner Vertrag dann in beiden Provinzen — und auf verschiedene Weise in beiden — publicirt; und zwar bediente sich das Reich hiezu der Gesetzesblätter und Amtsblätter der Sonderstaaten; es nahm sie zu Reichsgesetzblättern und zu Amtsblättern des Reiches. Contrasignirt ist der Berliner Vertrag dann vom österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen; ausserdem noch für jede Provinz von einem zweiten Reichsbeamten der vollziehenden Gewalt, — von derselben physischen Person, welche in ihrer zweiten (anderen) Staatsangehörigkeit an einen der Sonderstaaten der Ministerpräsident des Sonderstaatsministeriums ist.

Denn nur in dieser Eigenschaft, als Stellvertreter des gemeinsamen Ministeriums — welches „für die Gegenstände errichtet ist, welche, als in der That gemeinsam, weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Sr. Majestät“, gehören — konnten die Ministerpräsidenten der Sonderstaatsministerien den Berliner Vertrag in „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ einbringen, vertreten und denselben mitcontrasigniren.

Und auch der Laie in staatsrechtlichen Dingen hatte das Gefühl, dass entweder beide Theile des gemeinsamen Reichstages, Reichsrath und Reichstag, den Vertrag annehmen, oder beide ihn ablehnen müssen, und dass die Sonderregierungen in Vertretung dieses Vertrages — den sie nicht geschlossen und nicht ausführen — zum Beweise seiner Nothwendigkeit Nichts vorbringen könnten, als das, was die gemeinsame Reichsregierung beiden übereinstimmend zugeflüstert habe.

Hieran schliesst sich — academiquement zu erörtern — noch eine interessante Frage. Was hat in dem Falle zu geschehen, wenn die Theile des weiteren Reichstages nicht übereinstimmen in ihren Beschlüssen?

Gibt es ein, logisch aus dem Gesetze sich ergebendes Mittel für die Erwirkung Eines Willensbeschlusses

der Theile (Reichsrath und Reichstag) des weiteren Reichstages, wenn diese mit ihren Theilwillen (Collectivstimmen) nicht übereinstimmen?

Wie soll vorgegangen werden, wenn der eine gemeinsame Angelegenheit verfassungsmässig als Vertretungskörper einer Reichshälfte behandelnde Reichsrath und Reichstag zu keiner Willensübereinstimmung in der Entscheidung der gemeinsamen Angelegenheit gelangen können? Wenn sie sich z. B. über die Genehmigung eines österreichisch-ungarischen Handelsvertrages nicht zu einigen vermögen? Das Gesetz beobachtet über diesen wichtigen Punkt das tiefste Schweigen. Es gibt keine directe Bestimmung, wie in einem solchen Falle überhaupt ein Beschluss des gemeinsamen Reichstages, sei es ein bejahender oder verneinender, zu erwirken sei. Das Gesetz stellt nur das Grundprincip fest, „dass einerseits die Länder der ungarischen Krone zusammen, andererseits die übrigen Länder und Provinzen Seiner Majestät zusammen als zwei gesonderte und ganz gleichberechtigte Theile angesehen werden mögen. Folglich ist die vollkommene Parität der beiden Theile bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten eine unerlässliche Bedingung“.

Das Gesetz bestimmt direct nicht einmal allgemein, wie der Verkehr der beiden Theile des weiteren Reichstages (des Reichsrathes und Reichstages) stattzufinden habe. Nur für eine dieser dem weiteren Reichstage selbst zugewiesenen gemeinsamen Angelegenheiten hat das Ausgleichsgesetz den Modus festgesetzt, um einen einheitlichen Willen der Theile leichter zu erzeugen, nämlich für die Quote. Aus der betreffenden Bestimmung ergibt sich, dass die Theile des weiteren Reichstages sich ihre „Beschlüsse im Wege der betreffenden Ministerien mittheilen und die dergestalt zu bewirkenden Feststellungen beider Theile Seiner Majestät zur Sanctionirung unterbreitet werden“. Dieser im Gesetze begründete Verkehr des Reichsrathes und Reichstages, bestehend in der gegenseitigen Mittheilung der gefassten Beschlüsse rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheit „im Wege der betreffenden Ministerien“ muss wohl auf alle Fälle ausgedehnt werden, in welchen die Theile des weiteren Reichstages einen Beschluss in einer

gemeinsamen Angelegenheit zu fassen haben. Denn diese Bestimmung ist, wie erwähnt, die einzige über den Verkehr des Reichsrathes und Reichstages bei Behandlung einer gemeinsamen Angelegenheit. Allein darüber, wie eventuell ein übereinstimmender Willensbeschluss der Theile des weiteren Reichstages zu erwirken sei, wenn trotz dieser Mittheilung der gegenseitigen Anschauungen und Beschlüsse „die beiden Reichstage sich nicht einigen können“, enthält das Gesetz gar keine directe Bestimmung. Denn die im Ausgleichsgesetze festgestellte Art der Entscheidung in dem Falle, wenn der Reichsrath und Reichstag sich trotzdem über das Beitragsverhältniss der beiden Provinzen der Gesamtmonarchie zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten nicht zu einigen vermögen, kann gewiss nicht auf alle gemeinsamen Angelegenheiten ausgedehnt werden, welche der weitere Reichstag selbst zu erledigen hat. Diese Art der Entscheidung nämlich in dem speciellen Falle der Quote, wenn die Theile des gemeinsamen Reichstages sich über das Beitragsverhältniss der beiden Länder der Gesamtmonarchie zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten absolut nicht vereinigen können, besteht in der Festsetzung dieses Beitragsverhältnisses durch die Krone allein in absoluter Weise.

Aber gewiss kann das Mittel für die sichere Erzielung eines übereinstimmenden Beschlusses der beiden Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung nicht dahin angegeben werden, dass dem gemeinsamen Reichstage die Mitwirkung bei der Regelung der betreffenden gemeinsamen Angelegenheit eventuell ganz entzogen werde.

Die Frage geht vielmehr dahin: Wie ist unter Aufrechterhaltung des Principes der politischen Freiheit in dem Falle vorzugehen, wenn Reichstag und Reichsrath als Theile des gemeinsamen Reichstages absolut keinen einheitlichen Beschluss zu fassen vermögen? Gesteht man der österreichisch-ungarischen Volksvertretung nach dem gemeinsamen Staatsrechte, analog z. B. der Gesetzgebung des Staates Cisleithanien, das Recht und die Pflicht zu, solche gemeinsame österreichisch-ungarische Staatsverträge zu geneh-

migen oder abzulehnen, welche eine Gebietsveränderung der im weiteren Reichstage und in den Delegationen vertretenen Königreiche und Länder — also der österreichisch-ungarischen Monarchie — zur Folge haben, würde im vorliegenden Falle die Frage lauten:

Was hätte gesetzlich geschehen sollen, wenn der Reichsrath und Reichstag bezüglich des Berliner Vertrages zu keinem übereinstimmenden Beschlusse gelangt wären?

Wenn der Reichsrath den Berliner Vertrag abgelehnt, hingegen der ungarische Reichstag, der Vertretungskörper der anderen Reichshälfte, ihn angenommen hätte?

Dass Reichsrath und Reichstag den Berliner Vertrag nicht — wie ausnahmslos angenommen wurde — in ihrer Eigenschaft als selbstständige Parlamente der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn behandelt haben, liegt auch für die Praxis auf der Hand. Denn in diesem Falle würde die Lösung der Frage, was im Falle divergirender Voten der Vertretungskörper zu geschehen habe, gar nicht auftauchen, da das Staatsrecht der Einzelstaaten nirgends bestimmt, dass ungarische Staatsverträge und cisleithanische Staatsverträge immer meritorisch gleich von den Parlamenten erledigt werden müssten. Die praktische Wirkung des Nichtübereinstimmens der beiden Parlamente rücksichtlich des Berliner Vertrages wäre eine höchst klare und einfache. Da in Ungarn alle Factoren für die Bildung des souveränen ungarischen Staatswillens, nämlich Krone und Parlament, den Berliner Vertrag angenommen hätten, wäre dieser Berliner Vertrag eben in Ungarn und für Ungarn völkerrechtlich und staatsrechtlich rechtskräftig geworden. In Cisleithanien aber wäre bezüglich des Berliner Vertrages kein Staatswille zu Stande gekommen, da der zweite wesentliche Factor für die Bildung des souveränen cisleithanischen Staatswillens, die Volksvertretung, ihn abgelehnt hätte; für Cisleithanien würde der Berliner Vertrag einfach nicht in Rechtskraft erwachsen sein. Für Ungarn hätte der Berliner Vertrag Geltung, für Cisleithanien nicht. Dass diese gesetzliche Wirkung — die nothwendige Folge der Auffassung „der Vertretungskörper der Reichshälften“ als selbstständiger Staatsparlamente — nicht eingetreten wäre, und niemals eintreten konnte, bedarf wohl keines Beweises.

Was wäre nun aber die Wirkung eines solchen divergirenden Votums, wenn der den Berliner Vertrag behandelnde Reichsrath und Reichstag in staatsrechtlich richtiger Weise als Theile der österreichisch-ungarischen Volksvertretung aufgefasst werden?

Wäre der Berliner Vertrag in diesem Falle angenommen oder abgelehnt gewesen? Wäre überhaupt ein österreichisch-ungarischer Volkswille nach dem positiven gemeinsamen Staatsrechte erzeugt und ausgesprochen gewesen?

Dass der Berliner Vertrag in diesem Falle von der Volksvertretung Oesterreich - Ungarns nicht angenommen gewesen wäre, wenn der Theil Reichsrath Nein, der Theil Reichstag Ja gesagt hätte, wird man wohl zugestehen, und wahrscheinlich weit eher einräumen, als die andere rechtliche Folge, dass der Berliner Vertrag dadurch auch nicht abgelehnt gewesen wäre. Allein auch dies Letztere ist nach dem Ausgleichsgesetze ohne Zweifel der Fall, und zwar in Folge des im österreichisch-ungarischen Staatsrechte festgehaltenen förderativen Principes:

1. Dass zunächst versucht werden muss, die gemeinsamen Angelegenheiten durch Abgabe der Länderstimmen (der Stimmen der österreichisch-ungarischen Provinzen, nicht der Landschaften) zu beschliessen und zu entscheiden. In Oesterreich-Ungarn sind — gegen die organische Natur des Staates — in erster Linie die Theile des Staates (Provinzen) die Factoren der Bildung des Volkswillens. Sie geben Theilwillen ab.

Dazu kommt:

2. Das Princip, dass die beiden Provinzen Cisleithanien und Ungarn politisch als vollkommen gleich erachtet werden hinsichtlich der Bildung des gemeinsamen Staatswillens. Der Einfluss, den Cisleithanien auf die Bildung des österreichisch-ungarischen Staatswillens in der Erzeugung des Volkswillens ausübt, ist vollkommen gleich dem Einflusse und der Kraft, mit der Ungarn zur Entstehung des gemeinsamen Staatswillens mitwirkt. Daher haben beide Länder überhaupt nothwendig gleich viele Elemente, Factoren bei der Bildung des österreichisch-ungarischen Staatswillens — gleich viele Vertreter

und Stimmen; darum müssen insbesondere im Falle des Eintretens des zweiten Modus für die Bildung des österreichisch-ungarischen Volkswillens, bei der Abstimmung nicht mehr nach Ländern (Curiatstimme der Delegationen), sondern bei der Abstimmung nach Köpfen der österreichisch-ungarischen Delegirten (Abgeordneten) immer gleich viele in Cisleithanien gewählte und gleich viele in Ungarn gewählte gemeinsame, österreichisch-ungarische Delegirte abstimmen. Im Falle der Abgabe der Collectivstimme der Delegationen werden die Voten der beiden Delegationstheile als vollkommen gleiche Grössen erklärt. Sind diese zwei gleichartigen und gleichen Grössen einander entgegengesetzt, so heben sie sich auf. Hat eine Delegation — wenn auch einstimmig durch alle 59 Mitglieder — Nein, die andere Delegation Ja gesagt, so ist Nichts entstanden; der nur von einer Delegation z. B. bewilligte höhere Betrag ist dadurch noch nicht abgelehnt, sondern es liegt gar kein gemeinsamer Volkswille vor. Der Volkswille hat nicht Ja, aber ebensowenig Nein gesagt. Dieser Volkswille ward im Augenblicke seines Entstehens wieder vernichtet, er muss erst (wieder) erzeugt werden durch einen neuen, u. zw. anderen Process.

Hätte das Gesetz nun an der immer zuerst zu versuchenden Form der Bildung des gemeinsamen Volkswillens allein festgehalten, so hätte es nothwendig Vorsorge treffen müssen für den Fall, wenn die beiden Collectivstimmen der Delegationen nicht übereinstimmen, einander entgegengesetzt sind. Denn sonst würde in allen Fällen, wo die Delegationen entgegengesetzte Voten abgeben, nicht nur kein Volkswille entstanden sein, sondern auch kein solcher Volkswille entstehen können.

Das österreichisch-ungarische Staatsrecht bestimmt nun, dass in dem Falle, als die beiden Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich einer gemeinsamen Angelegenheit sich nicht einigen können, d. h. wenn die beiden Collectiv-Theilstimmen der Delegationen nicht übereinstimmen — dann der Volkswille nicht mehr durch die Provinzen als Factoren dieser Willensbildung erzeugt werde, sondern dass dann das ganze Reichsvolk in seiner Einheit

durch seine Abgeordneten — die Delegirten — seinen Willen auszusprechen habe.

Nicht mehr die beiden Theile dieses Volkes, welche die Provinzen Ungarn und Cisleithanien bewohnen, haben je eine Stimme abzugeben für die Erzeugung des gemeinsamen Volkswillens, sondern die einheitliche Delegation erzeugt diesen Willen, die Einheit spricht, und nicht mehr die zwei untrennbaren Theile. Nicht durch Provinzialstimmen wird dann der österreichisch-ungarische Volkswille erzeugt, sondern durch Personalstimmen, d. h. durch die sämtlichen einzeln nach Köpfen abstimmenden Delegirten (Abgeordneten) in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung. Der Beschluss wird in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefasst. Das Ausgleichsgesetz schweigt auch darüber, welche Folge Stimmengleichheit in der gemeinsamen Plenarsitzung habe, ein Fall, der nach dem Principe der vollkommenen politischen Parität der beiden Reichstheile leicht eintreten kann, da die „Gleichheit der Zahl der beiderseits Stimmenden“ (§. 33) nothwendig ist. Hier wurde nun in der Praxis der Grundsatz acceptirt, dass im Falle der Stimmengleichheit in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung der zur Abstimmung gebrachte Antrag als abgelehnt gelte. Denn da ein Beschluss nothwendig ist — z. B. im Falle als die von den beiden Theilen der Delegation zu einem Titel des Budgets bewilligten Summen differiren — so musste in der Praxis irgend ein Auskunftsmittel ergriffen werden.

Allerdings ist ein ablehnender Beschluss ebenso ein Beschluss, wie eine zustimmende Willensäußerung, und nach dem deutschen Ausgleichsgesetze §. 33 und XII, §. 35 „wird der Beschluss mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefasst“ und „erfolgt die Beschlussfassung jederzeit mit absoluter Mehrheit“.

Der Unterschied der beiden verschiedenen Formen der Bildung des österreichisch-ungarischen Volkswillens — zuerst durch Provinzialstimmen und dann eventuell durch Personalstimmen — tritt auch practisch deutlich hervor. Haben im Falle der nach dem Gesetze zuerst zu versuchenden Art der

Erzeugung des Volkswillens durch Abgabe von Provincialstimmen z. B. alle 59 in Ungarn gewählten österreichisch-ungarischen Delegirten „Ja“ gesagt, also der Theil Ungarn der Gesamtmonarchie den Antrag angenommen, hingegen alle in dem anderen untrennbaren Theile der Monarchie „Oesterreich - Ungarn“ gewählten 59 österreichisch-ungarischen Delegirten „Nein“ gesagt, hat die andere Provinz Cisleithanien die Regierungsvorlage (den Antrag) abgelehnt — so ist noch gar keine Entscheidung seitens des gemeinsamen Volkswillens vorliegend. Der Antrag ist durch die entgegenstehenden Voten der beiden Theile der Delegation weder abgelehnt, noch angenommen.

Nach dem Principe der vollkommenen Parität der beiden Provincialstimmen ist dies auch nicht anders möglich. Denn hätte das Gesetz in diesem Falle den Antrag als abgelehnt erklärt, so würde in *concreto* Ungarn als nicht gleich behandelt erscheinen, es wäre vom Theile Cisleithanien majorisirt worden. Dasselbe würde bezüglich Cisleithaniens gelten, wenn der Antrag durch die Zustimmung einer Hälfte, Ungarn allein, als angenommen erschiene. Es würde dadurch für den Fall differirender Voten der Provinzen nothwendig die Majorisirung einer Provinz durch die andere constituirt.

Wenn hingegen ganz dasselbe Stimmenverhältniss in der gemeinsamen Plenarsitzung stattfindet — 59 in Ungarn gewählte Delegirte, welche mit „Ja“ stimmen, zu 59 in Cisleithanien gewählten Abgeordneten, welche mit „Nein“ stimmen⁸⁴⁾ — dann erscheint der Antrag, oder die Regierungsvorlage, als abgelehnt.

Es muss nun wohl auch unzweifelhaft die vollkommene politische Parität der beiden Reichsprovinzen in dem Falle anerkannt und festgehalten werden, wenn dieselben nicht durch den Stellvertreter des von ihnen zu wählenden Theiles der Reichsvertretung ihre Stimme in Betreff einer gemeinsamen Angelegenheit abgeben, sondern durch diesen ihren Theil der

⁸⁴⁾ Der Präsident desjenigen Delegationstheiles, welchem durch das Los oder (später) nach der Bestimmung des G. A. XII, §. 30, Ausgleichsgesetz §. 32, das Präsidium in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung nicht zukommt, gibt auch keine Stimme ab.

Reichsvertretung selbst. Denn auch bei der Berathung und Beschlussfassung über österreichisch-ungarische Angelegenheiten durch die Theile des weiteren Reichstages selbst hat gesetzlich zweifelsohne die Bildung des gemeinsamen Volkswillens durch Abgabe von Provinzialstimmen — Votum des Reichsrathes und des Reichstages — in erster Linie zu erfolgen. Dies ergibt sich aus §. 1 a, §. 3, §. 6 des deutschen Ausgleichsgesetzes, wie aus §. 20, 21, 23, 38, 49, 56 des Gesetzartikels XII. Da nun „in Betreff jenes Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher nicht rein Sache der Regierung ist . . . die vollkommene Parität der beiden Theile bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten eine unerlässliche Bedingung“ ist (XII, §. 28), so folgt, da das Gesetz nichts weiter bestimmt, dass auch in dem Falle, wenn „die Vertretungskörper beider Reichshälften“ selbst bei der Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten entgegengesetzte Voten abgeben, kein Volkswille entstanden ist, dass das gleichwiegende Ja und Nein der beiden Theile des gemeinsamen Reichstages sich aufheben. Hätte daher bei der Berathung des Berliner Vertrages der Reichsrath Nein, der Reichstag aber Ja gesagt, so wäre der Berliner Vertrag nicht etwa abgelehnt gewesen, sondern es wäre noch keine Willensäußerung der Reichsvolksvertretung darüber erzeugt gewesen, es wäre noch gar kein Staatswille vorgelegen. Allein die Erzeugung und Aussprechung eines solchen Volkswillens bezüglich der dem weiteren Reichstage selbst zugewiesenen gemeinsamen Angelegenheiten ist absolut nothwendig, z. B. bei der Aufnahme eines gemeinsamen Darlehens, bei den der Mitwirkung oder späteren Genehmigung der Volksvertretung bedürfenden Staatsverträgen etc. Auch bezüglich des Berliner Vertrages war es — die Nothwendigkeit seiner Vorlage an die Reichsvertretung nach dem Ausgleichsgesetze concedirt — unerlässlich, dass die Volksvertretung ihren Willen äusserte, und dadurch über die völkerrechtliche und staatsrechtliche Giltigkeit dieses Berliner Vertrages entschied. Auch die Signatarmächte mussten wissen, ob Oesterreich-Ungarn den Berliner Vertrag nach der Befragung des zweiten Factors für die Bildung des österreichisch-unga-

rischen Reichswillens für sich verpflichtend erachte oder nicht. Dasselbe gilt natürlich für den Abschluss aller Verträge wirthschaftlichen Inhaltes zwischen Oesterreich-Ungarn und einem anderen Staate. Ein Beschluss der Reichsvolksvertretung, respective ihrer beiden untrennbaren Theile muss erzeugt und erwirkt werden können.

Gibt es nun für den Fall, als die Theile der gemeinsamen Volksvertretung, Reichsrath und Reichstag, sich bei Behandlung einer österreichisch-ungarischen Angelegenheit nicht zu vereinigen vermögen, ein aus dem Gesetze logisch folgendes Mittel für die Erzielung des gemeinsamen Volkswillens? Kann, wenn die Provinzen Oesterreich-Ungarns, die politisch als vollkommen gleich erklärt sind, durch die von ihnen gewählten Theile der Reichsvertretung keine identischen Theilwillen aussprechen, der österreichisch-ungarische Volkswille auf eine andere Weise gesetzlich erzeugt werden?

Eine directe gesetzliche Bestimmung hierüber ist, wie erwähnt, nicht vorhanden. Es bleibt daher für diesen Fall nur Eins:

Will man in diesem Fall nicht alle gemeinsamen Angelegenheiten dem weiteren Reichstage gänzlich entziehen und in absoluter Weise von der gemeinsamen Krone allein rechtlich entscheiden lassen, so erübrigt nichts Anderes, als dem Geiste der Ausgleichsgesetzgebung entsprechend den gemeinsamen Volkswillen ebenso entstehen zu lassen, wie derselbe erzeugt wird in dem Falle, wenn die Provinzen des Staates Oesterreich-Ungarn durch mittelbare Abgabe ihrer Collectiv-Theilstimmen mittelst der Delegationstheile keinen gemeinsamen Volkswillen zu bilden vermochten. Sind die Theile der Monarchie, deren jeder zuerst ein absolutes Vetorecht hat, nicht im Stande, durch übereinstimmende Theilwillen den einheitlichen Volkswillen zu erzeugen, so erübrigt Nichts, als wieder nicht mehr die einzelnen Reichstheile und die Theile der Reichsvertretung zu fragen, sondern das ganze Reich, die Einheit, und die einheitliche Reichsvertretung selbst sprechen zu lassen. Die Reichsvertretung selbst, d. h.

der Inbegriff der Vertreter der nicht mehr unterscheidbaren, nicht mehr selbstständig erscheinenden Theile des Reiches, muss dann den Reichsvolkswillen schaffen. Nicht mehr die beiden Hälften des Reichstages können dann noch den Volkswillen erzeugen, sondern der einkammerige weitere Reichstag selbst.

Das aus dem Geiste des Ausgleichsgesetzes und dem Principe der modernen Volksvertretung sich ergebende Mittel in dem Falle, wenn die Theile des österreichisch-ungarischen Reichstages, Reichsrath und Reichstag, sich in der Entscheidung einer ihnen selbst und unmittelbar zugewiesenen gemeinsamen Angelegenheit — z. B. eines österreichisch-ungarischen Staatsvertrages — nicht einigen können, ist die gemeinschaftliche Plenarsitzung der beiden Reichstagstheile, es ist die Plenarsitzung des gemeinsamen Reichstages.

Sollte es mittelst des gesetzlich geregelten Verkehres (XII, §. 20, 21, deutsches Ausgleichsgesetz §. 3, 36) der beiden Theile des weiteren Reichstages, d. h. sollte es mittelst dieser „Mittheilung der Beschlüsse jedes Reichstages im Wege der betreffenden Ministerien an den anderen“ oder mittelst eines „dreimaligen Notenwechsels“ „nicht gelingen, die Meinungen dieser beiden Reichstage zu vereinigen, dann halten beide Theile des weiteren Reichstages“ — so muss logisch aus dem Gesetze deducirt werden — „eine gemeinsame Sitzung, doch lediglich behufs einfacher Abstimmung. In dieser Plenarsitzung werden die Präsidenten⁸⁵⁾ beider Reichstage abwechselnd, einmal der Eine das andere Mal der Andere präsidiren. Ein Beschluss kann nur dann gefasst werden, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder jedes Reichstages anwesend sind. Die Beschlussfassung erfolgt jederzeit mit absoluter Mehrheit. Da aber die praktische Anwendung des Paritäts-Principes im Interesse beider Theile eben bei der Abstimmung am wichtigsten

⁸⁵⁾ Die Mitglieder des Vertretungskörpers der Reichshälfte Ungarn müssten aus ihrer Mitte einen Präsidenten wählen, desgleichen die Mitglieder des Vertretungskörpers der Reichshälfte Cisleithanien. Von diesen beiden Präsidenten müsste bei der ersten gemeinschaftlichen Plenarsitzung in der Session der hierzu nach dem Gesetze — mittetst Los — Berufene in der Plenarsitzung präsidiren.

ist, so muss in dem Falle, wenn von dem Reichstage des einen oder anderen Theiles aus was immer für einem Grunde mehr Mitglieder anwesend sind, auch der Reichstag des anderen Theiles die Zahl seiner Mitglieder derart herabmindern, dass die Reichstage beider Theile hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder völlig gleich sind.

Die Herabminderung wird der in der Majorität befindliche Reichstag in seinem Schoosse durch das Los veranlassen. Das Protokoll wird in der Sprache beider Theile durch die beiderseitigen Schriftführer und gemeinsam authenticirt werden.

Wenn eine dreimalige Mittheilung im Wege der betreffenden Ministerien oder ein dreimaliger Notenwechsel erfolglos geblieben ist, so hat jeder Theil das Recht, den andern aufzufordern, dass die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde, was dann der aufgeforderte Theil nicht verweigern darf; die Präsidenten beider Theile vereinbaren dann den Ort, Tag und die Stunde der Abstimmung, und jeder Präsident ladet die Mitglieder seines Reichstages dazu ein.“

Aus welchen Gesetzesbestimmungen kann nun das Recht der Theile des weiteren Reichstages, eine Plenarsitzung abzuhalten, logisch gefolgert werden?

Diese Plenarsitzung des weiteren Reichstages folgt logisch aus dem Verhältnisse der Delegationstheile zu den Theilen des weiteren Reichstages — aus dem Verhältnisse der Stellvertretung.

Daraus ergeben sich auch die näheren hier angegebenen Modalitäten für die Abhaltung der Plenarsitzung des weiteren Reichstages.

Dass die beiden Theile der Reichsvertretung zusammen den einheitlichen österreichisch-ungarischen Volkswillen verfassungsmässig zu erzeugen das Recht und die Pflicht haben, dass sie diesen gemeinsamen Volkswillen zusammen bilden müssen, folgt klar aus dem ganzen Ausgleichsgesetze, namentlich aus den §. 1, 6 des deutschen Ausgleichsgesetzes, aus den Bestimmungen der §§. 23, 29, 38 des Gesetzartikels XII. Wenn z. B. §. 6 bestimmt, dass das „Gesetzgebungsrecht, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt,

den Vertretungskörpern beider Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) zustehe“, so folgt daraus unzweifelhaft, dass Reichsrath und Reichstag zusammen den einheitlichen Volkswillen bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten erzeugen müssen. Da aber die Gesetzgebung den Reichsrath und Reichstag als Theile des gemeinsamen Parlamentes ihren Theilwillen aussprechen lässt, da die beiden halben Kammern ihren Willen erklären, so folgt nicht auch nothwendig schon, dass sie im Falle der Abgabe verschiedener Collectiv - Theilstimmen den einheitlichen Willensbeschluss in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung erzeugen müssen durch Abstimmung aller Mitglieder nach Köpfen. Diese Art der einheitlichen Willensbildung für die Mitglieder eines einkammerigen Parlamentes ist allerdings nach dem Principe der modernen Volksvertretung und nach der Natur des einheitlichen Staates die nächstliegende und natürlichste; allein es könnte zur Erwirkung dieses einheitlichen Volkswillens in Oesterreich-Ungarn durch die Theile Reichsrath und Reichstag immerhin auch ein anderes Mittel gesetzlich bestimmt worden sein, z. B. die Entscheidung durch das Los.

Allein die Plenarsitzung des gemeinsamen Reichstages als das gesetzliche Mittel zur eventuellen Erzwingung des einheitlichen Volkswillens ergibt sich aus dem durch das Ausgleichsgesetz geschaffenen Verhältnisse der Stellvertretung der Theile des weiteren Reichstages durch die Delegationen.

Wie erwähnt, sind es der zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten gesetzlich berufene und berechtigte Reichsrath und Reichstag, der Reichsrath und Reichstag als Theile des weiteren Reichstages, welche von den Delegationen vertreten werden. Die Delegationen sind der freie, unverantwortliche Stellvertreter des gemeinsamen Reichstages, von diesem selbst gewählt. Diese Theile des weiteren Reichstages, Reichsrath und Reichstag, sind die willensfähigen Organe des gemeinsamen Staates, der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche zusammen den österreichisch-ungarischen Volkswillen zu erzeugen haben. Das Verhältniss zwischen den beiden Theilen des weiteren Reichstages und den beiden Theilen der Delegation besteht also darin, dass ein öffentliches,

willensfähiges Organ des Staates die ihm obliegende Function der Mitwirkung an der Bildung des Staatswillens durch seinen Stellvertreter vornimmt. Den beiden Theilen des weiteren Reichstages steht *in thesi* das Recht zu, den gemeinsamen Staatswillen zu erzeugen und die österreichisch-ungarische Verwaltung zu controliren. Dieses öffentliche, willensfähige Organ aber — der weitere Reichstag — wird in der ihm zukommenden Function der Bildung des Volkswillens durch die Delegation vertreten. Gewiss kann nun der Stellvertreter eines öffentlichen Organes, derjenige, durch welchen das öffentliche Organ die ihm zukommende Function — hier die Function der Willensbildung — für das Leben des Ganzen, der Gemeinschaft ausübt, in dieser Eigenschaft als Stellvertreter, soweit er die Rechte des vertretenen Organes ausübt, nicht mehr Rechte haben und ausüben, als das vertretene Organ selbst hat und durch ihn ausübt. Der Stellvertretene kann durch seinen Stellvertreter nicht mehr Rechte haben und ausüben, als er selbst hat. Hätte der Stellvertreter *d* mehr Rechte als das von ihm vertretene willens- und handlungsfähige öffentliche Organ *r*, so würde *d* bezüglich dieses Ueberschusses von Rechten aufhören, Stellvertreter von *r* zu sein⁸⁶⁾. Wenn z. B. die Krone im constitutionell-monarchischen Staate sich in der Ausübung eines ihr zustehenden politischen Rechtes vertreten lässt, also in der Ausübung eines Souveränitätsrechtes, etwa bei der Eröffnung, beim Schlusse des Parlamentes etc.,

⁸⁶⁾ Dagegen kann nicht die Stellvertretung des Minderjährigen durch den Vormund, des Wahnsinnigen, Blödsinnigen durch den Curator etc. angeführt werden, in welchen Fällen der Stellvertreter Rechte habe und ausübe, die den Vertretenen nicht zukommen und nicht von ihnen ausgeübt werden können. Denn diese Thatsache folgt nicht aus dem Verhältnisse der Stellvertretung, sondern aus der rechtlichen Willens- und Handlungsunfähigkeit der Vertretenen. In diesen Fällen der nothwendigen Stellvertretung liegt eine Stellvertretung Willensunfähiger vor. In dem Augenblicke, in welchem diese Vertretenen rechtlich willens- und handlungsfähig sind, wird, wenn das Verhältniss der Stellvertretung dieser rechtlich willens- und handlungsfähigen Personen fort dauern sollte — ihr Vertreter nicht mehr Rechte haben und ausüben, als diesen Personen selbst zustehen und von ihnen ausgeübt werden können.

so kann der Stellvertreter des öffentlichen Organes (der Krone) unmöglich mehr Rechte haben und ausüben in dieser Function der Parlamentseröffnung, des Parlamentsschlusses etc., als die Krone selbst. Wenn der Minister sich in der Kammer durch ein anderes öffentliches Organ vertreten lässt, z. B. durch einen seiner Beamten — kann dieser stellvertretende Beamte unmöglich mehr Rechte der Kammer gegenüber haben und ausüben, als der Minister selbst. Rücksichtlich dieses sich nothwendig deckenden Umfanges und Inhaltes der Rechte des vertretenen öffentlichen Organes und des Vertreters dieses Organes wird auch dadurch keine Aenderung herbeigeführt, dass das Verhältniss der Stellvertretung nicht ein freiwilliges, sondern ein vom Gesetze vorgeschriebenes ist. Dasselbe nun, was bezüglich der Stellvertretung der Krone und des Organes der vollziehenden Gewalt gilt, findet auch statt bezüglich der allerdings selten — vielleicht im österreichisch-ungarischen Verfassungsrechte allein — vorkommenden Stellvertretung des Organes für die Bildung des Volkswillens — bezüglich der Stellvertretung des Parlamentes.

Es liegt nahe, hier einzuwenden, die Volksvertretung selbst sei doch der Stellvertreter des Volkes und diese Volksvertretung (das Parlament) habe Rechte, die das Volk selbst, der Vertretene, nicht habe. Denn alle Rechte der Volksvertretung stünden dem Volke selbst nicht zu.

Allein dieses Verhältniss der Volksvertretung zum Staatsvolk ist nicht das Verhältniss der Stellvertretung.

Das Volk, das wirklich versammelte Staatsvolk, ist nicht der originäre Erzeuger des Volkswillens, es ist nicht das zuerst berufene Organ für die Bildung des Volkswillens, welches Organ dann in dieser Function durch das Parlament vertreten würde. Es steht den passiv wahlberechtigten Gliedern des Volkes nicht das Recht zu, sich zu versammeln, um den Volkswillen zu erzeugen. Und wo dem Volke dieses Recht zusteht, selbst und unmittelbar seinen Willen zu bilden und auszusprechen, in kleinen absoluten Demokratien, oder z. B. im Falle des *referendum* in der Schweiz, dort ist nicht

die Volksvertretung dann das Organ für die Erzeugung dieses Volkswillens.

Die Volksvertreter üben in den Repräsentativ-Verfassungen nicht das Recht ihres Wahlkreises oder des ganzen Volkes aus, sondern das Volk hat nur das Recht der Wahl der Abgeordneten.

Das Volk wird rechtlich erst willensfähig im Organe und durch das Organ der Volksvertretung. Und es ist kein Satz z. B. des cisleithanischen Staatsrechtes, dass die cisleithanischen Staatsbürger das ihnen als Volksversammlung zustehende Recht der Mitwirkung an der cisleithanischen Gesetzgebung und der Controle der Verwaltung mittelst zu entsendender Abgeordneten ausüben. Die parlamentarischen Körperschaften sind das erstberechtigte und einzige Organ für die ihnen gesetzlich zukommende Function, d. i. für die Bildung des Volkswillens.

Dieser von ihnen ausgesprochene Wille wird allerdings Volkswille genannt, und zwar deshalb, weil man supponirt, dass der von der Volksvertretung erzeugte und ausgesprochene Wille — der Wille der Volksvertretung — denselben Inhalt habe, welchen der Volkswille haben würde, wenn es einen solchen gäbe, d. h. wenn das Volk selbst, die versammelten Staatsbürger, ihren einheitlichen Willen rücksichtlich der öffentlichen Angelegenheiten aussprechen würden. Es wird supponirt, dass der existirende Volksvertretungswille denselben Inhalt habe, als der rechtlich nicht existirende unmittelbare Volkswille.

Dieses Recht der Willensbildung wird daher nicht etwa vom Volke den Abgeordneten übertragen, weder freiwillig noch in Folge gesetzlicher Bestimmung. Die parlamentarischen Körperschaften üben das ihnen durch das Gesetz originär⁸⁷⁾

⁸⁷⁾ So sagt Hänel in Hirt's Annalen des norddeutschen Bundes, J. 1877, in der Abhandlung „zur Kritik der Begriffsbestimmung des Bundesstaates“ S. 90:

„Niemals kann wahre, nicht fingirte Rechtssubjectivität einem bloß Ideellen, einem bloß Gedachten beigelegt werden. Alle Rechtssubjectivität ist bedingt durch die Existenz einer Willenspotenz. Eine abstracte Gesamtheit wird zur Willenspotenz nur durch willensfähige Organe, mögen dieselben dargestellt werden in einer physischen Person oder durch eine Vielheit, welche in verfassungsmässigen

zuerkannte Recht der Aussprechung ihres Willens als eines Factors für die Erzeugung des Staatswillens aus. Sie sind eben in der constitutionellen Monarchie das eine Organ für die Willensbildung des Staates. Ebensowenig als die Krone ihr Recht der freien Sanction, der Aussprechung ihres freien Willens, von dem Staatsvolke ableitet, ebensowenig ist dies bei dem Parlamente der Fall. Die Organe der Gesamtpersönlichkeit überhaupt leiten die ihnen eben als verschiedenen Organen zustehenden und der Natur nach zukommenden verschiedenen Functionen nicht von einer hinter diesen Organen stehenden, unabhängig von ihnen und ohne sie existirenden persönlichen Einheit ab, welche alle diese verschiedenen Functionen der

Formen einen einheitlichen Willen bildet. Nur durch, mit und in diesen Organen kann eine Gesamtheit zum Rechtssubjecte erhoben werden. Organe zu haben ist ein durch den Begriff der juristischen Person unmittelbar gesetztes Merkmal, ohne welches dieselbe nicht einmal gedacht werden kann. Das Organ ist dasjenige Element in der Gesamtheit, an welches das Recht allein die Rechtssubjectivität anknüpfen kann und durch welches die Gesamtheit als solche zu einer individualisirten rechtlichen Erscheinung wird. Niemals stehen der juristischen Person ihre Rechte, abgesehen von ihren Organen, als einem von ihren Organen verschiedenen oder auch nur verschieden gedachten Wesen zu, sondern sie stehen ihr immer nur in ihren Organen zu. Niemals daher können die Organe in Rücksicht auf die Rechtszuständigkeit in irgend welches Rechtsverhältniss zu der von ihnen verschieden gedachten juristischen Person treten, in dem Sinne, dass die Organe Rechte zu irgend welcher Ableitung nur ausüben und handhaben, die an sich einem von ihnen verschiedenen Subjecte rechtlich zustehen. So auch im Staate. Gewiss niemals können die Rechte des Staates, kann die Staatsgewalt einem von dem Staate selbst begrifflich verschiedenen Subjecte beigelegt werden, aber die Organe des Staates sind auch nichts von dem Staate begrifflich Verschiedenes, sondern sie sind die begrifflich nothwendige Darstellung der Willenspotenz des Staates, sie sind die Rechtssubjectivität des Staates in ihrer äusseren, realen Erscheinung.

Gewiss, die Rechte der Staatsgewalt stehen nicht dem Individuum als solchen, welches das Organ des Staates bildet, oder denjenigen Individuen als solchen zu, welche an der Willensbildung der Organe des Staates betheiligt sind, sondern sie stehen den Organen als solchen zu, zu deren Bildung die Individuen verfassungsmässig berufen werden. Diesen Organen als solchen, als der verwirklichten Willenspotenz des Staates, steht aber die Staatsgewalt nicht zur blossen Ausübung oder Handhabung, nicht zu irgend welcher Ableitung von einem von ihnen verschieden zu denkenden Rechtssubjecte, sondern schlecht-hin, in diesem Sinne zu eigenem Rechte, wenn auch nur von Staatswegen zu.“

verschiedenen Organe der Gesamtpersönlichkeit *in thesi* selbst vorzunehmen hätte.

Die der Gesamtpersönlichkeit angehörenden Menschen werden erst durch die Organe und in den Organen eine willensfähige Einheit, eine Persönlichkeit.

Die Organe der Gesamtpersönlichkeit üben die ihnen gesetzlich oder statutenmässig zustehenden Functionen und Rechte als eigene, ihnen originär zustehende aus, sie sprechen nicht einen fremden Willen aus, sie thun nicht eine fremde That. Vielmehr ist der verfassungsmässig ausgesprochene Wille des Organes für die Selbstbestimmung der Gesamtpersönlichkeit und die gesetzlich erfolgte Handlung des Organes für das Handeln der Gesamtpersönlichkeit — der Wille und die Handlung eben dieser Gesamtpersönlichkeit selbst.

Es kann daher z. B. nicht der Einwurf erhoben werden: Der Verwaltungsrath einer Actiengesellschaft sei der Vertreter aller Mitglieder dieser Gesamtpersönlichkeit, aller Actionäre. Als solcher Stellvertreter habe dieser Verwaltungsrath viele Rechte, welche den Vertretenen nicht zustehen.

Denn die einzelnen Mitglieder der Actiengesellschaft und auch alle versammelten Mitglieder können und dürfen nicht handeln, sie sind nicht etwa der erste und ursprünglich handelnde Factor, welcher dann in dieser seiner Function und in diesem seinem Rechte zu handeln von dem Verwaltungsrathe vertreten würde. Der Verwaltungsrath vertritt auch nicht in seiner Function der Verwirklichung des Willens der Generalversammlung diese Generalversammlung. Wohl ist er als Executivorgan verpflichtet, ihren Willen zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen, diesen Willen der Generalversammlung zu befolgen und zu erfüllen. Die Verantwortlichkeit des Executivorganes besteht daher in dem Nachweise, dass es den Willen der Generalversammlung zur Directive eines selbstständigen Handelns genommen habe. Aber in der ihm originär zukommenden Function des Handelns vertritt der Verwaltungsrath nicht etwa die Generalversammlung als das zur Handlung originär berechnete Organ.

Die Einheit der Gesamtpersönlichkeit — die Einheit

aller Organe — erscheint dann in ihrem Oberhaupte. Aus der Natur der Persönlichkeit ergibt sich die Nothwendigkeit des organischen Functionirens der selbstständigen und selbstberechtigten Organe für das Wollen und Handeln der Gesamtpersönlichkeit, die Harmonie zwischen Wollen und Handeln. Und im Staate ist die politische Ministerverantwortlichkeit der feinste Ausdruck dieser Harmonie.

Nun erklärt das österreichisch-ungarische Staatsrecht, das Ausgleichsgesetz, sowohl im ungarischen Originaltexte als im deutschen Texte, dass die Delegation der Stellvertreter⁸⁸⁾ des weiteren Reichstages ist, beziehungsweise, dass die beiden Theile der einheitlichen Delegation die Stellvertreter der beiden Theile des weiteren Reichstages sind. Das österreichisch-ungarische Verfassungsrecht bestimmt ausdrücklich:

1. Dass alle der Volksvertretung im constitutionell-monarchischen Staate zustehenden politischen Rechte in Betreff der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“, d. i. dem — als Organ für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten identischen — Reichsrathe und Reichstage zustehen.

2. Wird durch das Gesetz ausdrücklich erklärt — was sich übrigens aus der Natur des Organs für die Willensbildung ergeben würde — dass auch die Ausübung dieser politischen Rechte *in thesi* dem weiteren Reichstage zustehe. Der §. 6 erklärt, dieses „Gesetzgebungsrecht“ werde von den Vertretungskörpern beider Reichshälften — wenn auch mittelbar — „ausgeübt“. Und §. 38 des Gesetzartikels XII bestimmt noch näher, dass auch in der Form der Ausübung der politischen Rechte die Delegation den

⁸⁸⁾ §. 6: „Das den Vertretungskörpern beider Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) zustehende Gesetzgebungsrecht wird von denselben, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt, mittelst zu entsendender Delegationen ausgeübt.“ G. A. XII, §. 29, 38: „Die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation — vom Reichstage frei gewählt — wird in den in dieser Feststellung bezeichneten und abgegrenzten Angelegenheiten und unter den daselbst bestimmten Modalitäten den Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Seiner Majestät vertreten.“ Auch G. A. XXX v. J. 1868, §. 40.

weiteren Reichstag vertrete, also auch rücksichtlich der Ausübung dieser Rechte als Stellvertreter desselben erscheine. „Die Delegation wird in den in dieser Feststellung bezeichneten und abgegrenzten Angelegenheiten und unter den daselbst bestimmten Modalitäten den Reichstag gegenüber den übrigen Ländern Sr. Majestät vertreten“.

Nun besteht der wesentliche Inhalt dieses „Gesetzgebungsrechtes“ in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten eben in der Erzeugung und Aussprechung des gemeinsamen Volkswillens. Die Delegationen erzeugen diesen gemeinsamen Volkswillen bezüglich eines Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten eben als Ausüßer fremden Rechtes, als Stellvertreter des gemeinsamen Reichstages. Dieser Stellvertreter — die Delegation — erzeugt den gemeinsamen Volkswillen eventuell in letzter Instanz dadurch, dass ihre Theile unmittelbar in der Plenarsitzung zusammentreten und nach Köpfen abstimmen. Es sind daher die beiden Theile des Reichstages selbst, welche mittelbar in der Plenarsitzung zusammentreten und den Volkswillen in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten durch Abstimmung nach Köpfen erzeugen. Die Delegationstheile vertreten „unter den daselbst bestimmten Modalitäten“, d. h. auch in der Plenarsitzung und in der Abstimmung nach Köpfen den weiteren Reichstag. Die Delegationstheile üben als Stellvertreter der Theile des weiteren Reichstages das Recht dieser Theile aus, eventuell unmittelbar zusammenzutreten und als einheitliche Körperschaft durch Abstimmung nach Köpfen den Volkswillen zu erzeugen. Hätten die beiden Theile des weiteren Reichstages nicht das Recht, unter den im Gesetze für das Zusammentreten ihrer Stellvertreter „angegebenen Modalitäten“ selbst eine Plenarsitzung abzuhalten, dann könnten eben die Theile der Delegation als Stellvertreter nicht den Reichsrath und Reichstag in dieser Plenarsitzung und unter den gesetzlich bestimmten Modalitäten „vertreten“.

Es folgt also aus dem Begriffe der Stellvertretung, der auf das Verhältniss der Delegationstheile zum Reichsrathe und Reichstage Anwendung findet, das Recht des Reichsrathes und

Reichstages auf Abhaltung einer Plenarsitzung unter den im Gesetze bezüglich des Stellvertreters angegebenen Modalitäten, insbesondere unter Anwesenheit des gemeinsamen Ministeriums.

Natürlich wird damit nicht behauptet, dass etwa der weitere Reichstag das Recht habe, rücksichtlich derjenigen gemeinsamen Angelegenheiten, welche er gesetzlich durch seinen Stellvertreter berathen und beschliessen muss, sein Recht unmittelbar auszuüben. Der vertretene, der weitere Reichstag, kann, da seine Stellvertretung gesetzlich bezüglich eines Theiles der gemeinsamen Angelegenheiten vorgeschrieben ist, diesen seinen Stellvertreter nicht durch seinen Willen allein abberufen und dessen Agenden rücksichtlich dieses Theiles der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten unmittelbar erledigen. Der weitere Reichstag kann dies nicht, trotz des Passus des §. 38 des Gesetzartikels XII, dass diese Delegation „vom Reichstage frei gewählt“ sei. Der weitere Reichstag muss den Stellvertreter „aus seiner Mitte“⁸⁹⁾ wählen und ihm die Erledigung der „den Delegationen zugewiesenen Gegenstände“ überlassen.

Selbstständig und allein kann der weitere Reichstag die Delegation nicht entlassen oder absetzen. Das könnte nicht durch den Willen der Volksvertretung allein, sondern nur durch den souveränen Willensact des Staates — durch ein Reichsgesetz — geschehen. Aber dieser Schluss ergibt sich:

Wenn dem weiteren Reichstage — respective dem Reichsrathe und Reichstage als „Vertretungskörpern beider Reichshälften“ — das Recht der Mitwirkung an der gemeinsamen Gesetzgebung und die Ausübung dieses Rechtes principiell nach

⁸⁹⁾ G. A. XXX vom Jahre 1868 über die Inarticulirung der, wegen Schlichtung der zwischen Ungarn, Croatien, Slavonien und Dalmatien bestanden staatsrechtlichen Fragen, zu Stande gekommenen Convention §. 40: „Nachdem der gemeinschaftliche Reichstag der Länder der ungarischen Krone einen Theil seiner Agenden, nämlich die Feststellung des Budgets der aus der pragmatischen Sanction herrührend anerkannten gemeinsamen Angelegenheiten durch eine aus seiner Mitte entsendete Delegation ausübt: werden von den Repräsentanten Croatiens, Slavoniens und Dalmatiens durch den gemeinschaftlichen Reichstag so viele Mitglieder in die ungarische Delegation gewählt, als nach dem Schlüssel, nach welchem die erwähnten Länder im gemeinschaftlichen Reichstage vertreten werden, auf sie entfallen.“

dem österreichisch-ungarischen Verfassungsrechte zusteht, so wird der weitere Reichstag dieses Recht ohne Weiteres ausüben dürfen und ausüben müssen, insoweit ihm die unmittelbare Ausübung dieses Rechtes nicht entzogen und die mittelbare Ausübung durch einen Stellvertreter gesetzlich vorgeschrieben ist. Und zwar wird der weitere Reichstag dieses Recht unter denselben Modalitäten unmittelbar ausüben dürfen und ausüben müssen, unter welchen er dieses Recht mittelbar, durch seinen Stellvertreter, die Delegation, ausübt. Die beiden Theile des weiteren Reichstages werden somit zum Behufe der Erledigung der ihnen unmittelbar zugewiesenen gemeinsamen Angelegenheiten eventuell „eine gemeinsame Sitzung, doch lediglich behufs einfacher Abstimmung“ abhalten dürfen und abhalten müssen.

Das Mittel, welches sich logisch aus dem Gesetze für den Fall ergibt, als die Theile des weiteren Reichstages den Berliner Vertrag wirklich berathen, sich aber über denselben nicht geeinigt hätten, wäre daher die gemeinschaftliche Plenarsitzung der Theile des weiteren Reichstages — des Reichsrathes und Reichstages — gewesen.

Hätte in diesem Falle die eine Hälfte der nach Köpfen abstimmenden weiteren Reichstagsmitglieder mit Nein, die andere mit Ja gestimmt, dann wäre der Berliner Vertrag abgelehnt gewesen, da für die Annahme die Majorität von wenigstens einer Stimme gefehlt hätte; dadurch wäre er für Oesterreich-Ungarn völkerrechtlich und staatsrechtlich unverbindlich geworden.

Oder welches andere Mittel für die Erwirkung einer endlichen Entscheidung des österreichisch-ungarischen Parlamentes über den Berliner Vertrag könnte aus dem Ausgleichsgesetze abgeleitet werden? Und wäre nicht die Willensäußerung des weiteren Reichstages in Betreff des Berliner Vertrages — seine Competenz für derartige politische österreichisch-ungarische Staatsverträge vorausgesetzt — eine absolute Nothwendigkeit gewesen, sowohl völkerrechtlich als staatsrechtlich?

So erscheint ein Dilemma, dem auch die Gegner der staatsrechtlichen Behauptung von der Reichseinheit, von dem Bestande des politisch freien Staates Oesterreich-Ungarn, nicht

werden entgehen können, und es resultirt jedenfalls folgender Schluss, den auch sie nicht werden widerlegen können:

Entweder üben die Delegationen ein fremdes Recht aus, ein ihnen übertragenes, delegirtes Recht, das Recht des Reichsrathes und Reichstages, und dann üben sie auch in diesem ihrem Rechte, zusammenzutreten und nach dem Principe der modernen Volksvertretung (nach Köpfen abstimmend) den gemeinsamen Volkswillen zu erzeugen, das Recht derjenigen aus, welche sie gesetzlich vertreten; d. h. sie üben dann in der gemeinschaftlichen Plenarsitzung das Recht des Reichsrathes und Reichstages aus, direct zusammenzutreten und nach dem Principe der modernen Volksvertretung den österreichisch-ungarischen Volkswillen zu erzeugen, als den einen Factor des souveränen österreichisch-ungarischen Reichswillens; oder aber: die Delegation übt kein fremdes Recht aus, sondern sie übt die ihr zukommenden Functionen und politischen Rechte als eigene, ihr originär zustehende aus. Würde diese Behauptung anerkannt, dann fiel das einzige und letzte Moment, welches der Delegation den Charakter eines Parlamentes nimmt. Nur insolange die Delegation die ihr zustehenden politischen Rechte der Volksvertretung — und ihre politischen Rechte sind die öffentlichen Rechte einer Volksvertretung — als fremde Rechte ausübt, als Rechte eines anderen Organes für die Bildung des Volkswillens, ist diese Delegation kein Parlament, sondern der Stellvertreter jenes Organes, welchem originär die Bildung des österreichisch-ungarischen Volkswillens gesetzlich zukommt. Die Delegation ist so dann der Stellvertreter des österreichisch-ungarischen Parlamentes. In dem Augenblicke aber, in welchem die Delegation diese Functionen und Rechte einer Volksvertretung als eigene hat und ausübt, ist sie auch die Volksvertretung selbst; sie ist dann das ein-kammerige Parlament Oesterreich-Ungarns für „jenen Theil der öffentlichen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten, welcher nicht rein Sache der Regierung ist“, für „jene Gegenstände, die in diesem Beschlusse (Ausgleichsartikel) ausdrücklich als gemeinsam diesen Delegationen zugewiesen sind“. In dieses

Parlament „Delegation“, welches in zwei halben Kammern tagen würde, hätten die beiden Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie durch indirecte Wahl je 60 Abgeordnete zu entsenden, 60 in Cisleithanien gewählte österreichisch-ungarische Reichsabgeordnete und 60 in Ungarn gewählte österreichisch-ungarische Delegirte. Dann erschienen Reichsrath und Reichstag als Wahlkörper, ein allerdings unorganisches (unmögliches) Verhältniss, indem eben angenommen werden müsste, dass das cisleithanische Staatsparlament und das königlich ungarische Parlament österreichisch-ungarische Abgeordnete wählen. Oder aber man müsste supponiren, dass auch in diesem Falle „die Vertretungskörper beider Reichshälften“, dass der weitere Reichstag, der neben dem Parlamente „Delegation“ fortbestünde, für denjenigen Theil der gemeinsamen Angelegenheiten, welcher ihm selbst gesetzlich zur Erledigung zugewiesen ist, die Mitglieder des (zweiten österreichisch-ungarischen) Parlamentes „Delegation“ aus seinen Mitgliedern wählen würde; dabei müsste die „Delegation“ als ein vom weiteren Reichstage dennoch ganz unabhängiges, selbstständiges Parlament angesehen werden, welches eben die politischen Rechte einer Volksvertretung als eigene Rechte ausübt.

Würde man also diesen Cardinalsatz des österreichisch-ungarischen Staatsrechtes aufheben — dass nämlich die Delegation nur als Stellvertreter des gemeinsamen Reichstages dessen Functionen vornimmt und Rechte ausübt — dann ist die Delegation das eine Reichsparlament. Und in diesem Falle hätte der Bundesstaat Oesterreich-Ungarn, wie erwähnt, sogar zwei Parlamente. Denn bezüglich derjenigen gemeinsamen Angelegenheiten, welche durch das Ausgleichsgesetz nicht der Delegation, sondern „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ selbst zur unmittelbaren Behandlung zugewiesen sind — z. B. gemeinsame Staatsverträge, Quote, Bankgesetzgebung auf 10 Jahre etc. — wäre der weitere Reichstag das zweite ebenfalls einkammerige und in zwei halben Kammern tagende österreichisch-ungarische Parlament.

Natürlich ist es absolut unzulässig, diese Grundbestimmung des Ausgleichsgesetzes über das Verhältniss der „Delegationen“ zu „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ ausser Acht zu lassen oder zu eliminiren.

Und so hat Oesterreich-Ungarn nur ein Parlament, den gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Reichstag, und einen freien, dem Parlamente gegenüber unverantwortlichen Stellvertreter dieses Parlamentes, die österreichisch-ungarische Delegation.

Die Behauptung aber, dass der Berliner Vertrag, der seitens des Contrahenten „Oesterreich-Ungarn“ mit den Signatarmächten am 13. Juli 1878 zu Berlin abgeschlossene Staatsvertrag, zu seiner völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Giltigkeit nach der gemeinsamen Reichsverfassung der Genehmigung dieses österreichisch-ungarischen Reichstages bedurfte, kann nicht aufrecht erhalten werden; denn die österreichisch-ungarische Reichsverfassung ordnet über die Vorlage gemeinsamer politischer Staatsverträge an die gemeinsame Volksvertretung Nichts an. Der Berliner Vertrag ist auch thatsächlich und rechtlich von der Reichsvolksvertretung Oesterreich-Ungarns nicht genehmigt worden.

B. Die bosnische Vorlage.

Die Frage, welche hier zu beantworten ist, lautet:

Welche Volksvertretung war competent zur Behandlung des „Gesetzentwurfes über die nöthigen Verfügungen hinsichtlich der durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 an Oesterreich-Ungarn übertragenen Verwaltung Bosniens und der Herzegowina“?

In Cisleithanien hatte die Regierung diesen Gesetzentwurf in Folge Allerhöchster Ermächtigung in der 3. Sitzung der IX. Session am 15. October 1879 im Abgeordnetenhouse schriftlich eingebracht. Diese Regierungsvorlage wurde in der 4. Sitzung am 17. October einem Ausschusse von 24 Mitgliedern zugewiesen und in der 42. Sitzung dieser Session am 3. Februar 1880 in zweiter und dritter Lesung (mit unbedeutenden Modificationen der §§. 1 und 2) mit Zweidrittel-Majorität der Stimmen angenommen. Das Herrenhaus gab dem „Gesetze, betreffend die durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 an Oesterreich-Ungarn übertragene Verwaltung Bosniens und der Herzegowina“ — wie der Titel des Gesetzes nun lautet — in der 15. Sitzung der IX. Session am 16. Februar 1880 seine Zustimmung in zweiter und dritter Lesung mit Zweidrittel-Majorität. Mittelst Zuschrift des Präsidiums des Herrenhauses ward dem Abgeordnetenhouse in der 48. Sitzung am 18. Februar die Mittheilung gemacht von dem Beitritte des Herrenhauses zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bezüglich des Gesetzes über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Dieser Gesetzentwurf erhielt die Allerhöchste Sanction am 22. Februar 1880. Die Publication erfolgte mittelst Reichsgesetzblattes vom 28. Februar 1880

(VII. Stück, Nr. 18) und Wiener Zeitung vom 28. Februar (Nr. 48).

In Ungarn ward dieselbe Regierungsvorlage über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina in ungarischer Sprache am 8. October 1879 im Abgeordnetenhouse eingebracht, und am 28. November in dritter Lesung angenommen. Der Beitritt des Oberhauses zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erfolgte am 8. Februar 1880; das Oberhaus nahm den Gesetzentwurf in der vom Unterhause ihm gegebenen Fassung unverändert an.

In der Sitzung am 9. Februar erhielt das Abgeordnetenhaus das Nuntium des Oberhauses, wonach dasselbe den Gesetzentwurf über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina angenommen habe. Am 28. Februar 1880 erfolgte die Allerhöchste Sanction dieses Gesetzentwurfes; die Publication des Gesetzes geschah — nachdem dasselbe am 28. Februar in beiden Häusern des Reichstages kundgemacht worden — durch Veröffentlichung in der Landesgesetzsammlung (VI. Gesetzartikel vom Jahre 1880). Im Budapesti-Közlöny (Nr. 49) wurde das Gesetz am 29. Februar 1880 publicirt.

Mit der principiellen, aus dem Ausgleichsgesetze geschöpften Entscheidung, welche Volksvertretung in Oesterreich-Ungarn competent sei zur Behandlung österreichisch-ungarischer Staatsverträge — eventuell des Berliner Vertrages — ist zugleich schon die principielle und staatsrechtliche Entscheidung gefällt, welche Volksvertretung berufen und competent sei zur Mitwirkung bei der gesetzlichen Regelung dieser neuen österreichisch-ungarischen Angelegenheit — der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina.

Was hat man nicht Alles behauptet bezüglich der Verwaltung der occupirten Provinzen in Theorie und Praxis, in den Parlamenten und in der Presse! Die Verwaltung der occupirten Provinzen sei an sich keine gemeinsame Angelegenheit, weder nach der pragmatischen Sanction, noch nach dem Gesetzartikel XII vom Jahre 1867, sondern müsse erst durch die Gesetzgebung der beiden Einzelstaaten zu einer solchen gemeinsamen Angelegenheit gemacht werden; die Verwaltung occupirter Provinzen sei nicht enthalten unter

den Angelegenheiten, welche das Ausgleichsgesetz als gemeinsam bezeichne und aufzähle, und die Behandlung dieser Verwaltung als einer gemeinsamen Angelegenheit sei daher eine Verletzung des Ausgleichsgesetzes! Sie involvire eine Gefährdung des Dualismus, und — merkwürdiger Weise — eine Verletzung der Verfassung der Sonderstaaten! Denn diese Verwaltung an sich falle nicht in den Kompetenzkreis der gemeinsamen Regierung, und das Recht der Mitwirkung an der provisorischen Gesetzgebung in diesen türkischen Ländern stehe nicht den Delegationen zu, sondern den Parlamenten der beiden Einzelstaaten. Und daher müssten in dieser Beziehung die Befugnisse der Sonderstaatsparlamente gewahrt werden!

Und so wuchs die Frage, welche Volksvertretung competent sei zur verfassungsmässigen Behandlung der Regierungsvorlage betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, zu der Frage empor, welcher Staat zu dieser Verwaltung competent und berufen sei. Diejenigen, welche diesen Gesetzentwurf den Delegationen, dem Stellvertreter des weiteren Reichstages, zuwiesen — und zu dieser Auffassung bekannten sich Viele — gingen von der Voraussetzung aus, dass die österreichisch-ungarische Monarchie kraft des Berliner Vertrages und der Convention vom 21. April 1879 die Provinzen Bosnien und Herzegowina verwalte. Diejenigen aber, welche für die parlamentarische Behandlung dieses Gesetzentwurfes über die Verwaltung der occupirten Provinzen das cisleithanische Staatsparlament und das königlich ungarische Staatsparlament competent erklärten, hatten zur Basis ihrer Entscheidung die Annahme, dass die Staaten Cisleithanien und Ungarn die beiden Provinzen in gegenseitigem Einvernehmen einst occupirt haben und gegenwärtig verwalten, dass somit die Krone Cisleithaniens und die Krone des heiligen Stephan durch ihre verantwortlichen Ministerien die Provinzen bisher absolut regierten. Aus der Frage nach der Competenz der verschiedenen Organe eines und desselben Staates für die Verwaltung und die Mitwirkung an der provisorischen Gesetzgebung in diesen Provinzen war die Frage

nach der Competenz verschiedener Staaten — Gesamtstaat oder Einzelstaaten — hiefür geworden. Freilich konnte diese

I. Frage der Competenz der Staaten zur Verwaltung der beiden türkischen Provinzen — diese völkerrechtliche Frage — nicht von den Parlamenten Cisleithaniens und Ungarns entschieden werden; diese Frage war schon entschieden worden von den europäischen Grossmächten im Wege des Vertrages — nämlich des Berliner Vertrages. Die Frage daher, welche Volksvertretung seit der Occupation der beiden Provinzen eventuell competent wäre zur Mitwirkung an der provisorischen Gesetzgebung und zur Controle der Verwaltung dieser Provinzen, die Frage somit, wessen Staates Volksvertretung gegenwärtig berufen ist zur Behandlung einer Regierungsvorlage „betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina“ — ist aus dem Berliner Vertrage zu entscheiden und hat schon der Berliner Vertrag indirect entschieden.

Die II. Frage aber, ob überhaupt ein Volksvertretungsorgan — und eventuell welches dieser Volksvertretungsorgane desselben Staates — mitzuwirken habe bei der provisorischen Gesetzgebung und Verwaltung in diesen Provinzen, die Frage also, ob der Staatswille desjenigen Staates, der die Provinzen occupirte und sie jetzt verwaltet, ein absoluter oder politisch freier sei, diese Frage ist nach dem Staatsrechte des occupirenden und verwaltenden Staates zu entscheiden. Wer zu occupiren und zu verwalten habe, das entschied der übereinstimmende Wille der souveränen Signatarmächte, und dieser berechtigte und verpflichtete hiezu das „österreichisch-ungarische Reich“. Wie verwaltet werde — absolut oder constitutionell — das entscheidet die Verfassung dieses österreichisch-ungarischen Reiches.

Auf die I. Frage: Wer hat nach dem Berliner Vertrage die Provinzen Bosnien und Herzegowina zu verwalten? antwortet Artikel XXV dieses Vertrages: „*Les provinces de Bosnie et d'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie*“. Die österreichisch-ungarische Monarchie hat die Occupation vollzogen, und diese österreichisch-ungarische Monarchie, der Bundesstaat Oesterreich-Ungarn, verwaltet die

Provinzen. Die gemeinsame, die österreichisch-ungarische Krone ist eingerückt in Bosnien und der Herzegowina, und die österreichisch-ungarische Reichsarmee hat den Widerstand gebrochen. Die österreichisch-ungarische Monarchie verwaltet durch ihren Verwaltungs-Organismus — gemeinsames Ministerium mit den ihm unterstehenden Behörden (Landesregierung in Bosnien und der Herzegowina) — die occupirten Provinzen. Die Occupation war völkerrechtlich und die Verwaltung der beiden Provinzen ist staatsrechtlich eine That der österreichisch-ungarischen Monarchie, eine Handlung des Bundesstaates; aus der völkerrechtlichen Action (Occupation) entstand *eo ipso* factisch und rechtlich eine österreichisch-ungarische, eine gemeinsame Angelegenheit. Allerdings haben Cisleithanien und Ungarn einst — durch die pragmatische Sanction — die damals absolute österreichische, die heute politisch-freie österreichisch-ungarische — Monarchie durch den Vertrag gegründet; und sie haben die Gesamtmonarchie für den aus der pragmatischen Sanction sich ergebenden Competenzkreis (die gemeinsamen Angelegenheiten) im Ausgleiche neuerdings anerkannt. Allein nachdem einmal diese souveräne Gesamtpersönlichkeit, diese Monarchie geschaffen und anerkannt worden war, ist die Gesamtmonarchie selbst die Quelle ihrer eigenen Angelegenheiten. Es sind natürlich die Acte des persönlichen Lebens dieser Monarchie, ihr Wollen und ihr Handeln eben gemeinsame, österreichisch-ungarische Acte — Gesetze, Verordnungen, Handlungen — und die Interessen und Angelegenheiten dieser Monarchie sind an sich österreichisch-ungarische, gemeinsame Angelegenheiten und Interessen; sie sind es, ohne dass es nothwendig, ja ohne dass es überhaupt nur möglich wäre, sie durch den Willen der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn erst anerkennen zu lassen, oder sie zu solchen gemeinsamen Interessen oder Angelegenheiten durch den Willen der Einzelstaaten machen und erheben zu lassen. Die Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn selbst können nur auf eine Art durch ihren Willen gemeinsame Angelegenheiten schaffen, so nämlich, dass sie beide neuerdings im Wege des Vertrages mit der Gesamt-Monarchie staatliche Angelegenheiten an den Gesamtstaat, in die Competenz des Reiches, abtreten würden.

Nur in diesem Falle und nur auf diese Weise würde durch den Willen der Sonderstaaten — und zwar in Uebereinstimmung mit dem Willen des Gesamtstaates — eine früher Einzelstaats-Angelegenheit zu einer gemeinsamen, einer Reichsangelegenheit gemacht. Nur in dieser Art kann der Wille der Einzelstaaten gemeinsame Angelegenheiten entstehen lassen. Die Occupation und Verwaltung aber ist als Folge eines österreichisch-ungarischen Willens- und Handlungsactes, als Resultat einer gemeinsamen Action, somit einer Action des gemeinsamen Staates, naturnothwendig eine gemeinsame Angelegenheit. Diese Occupation aber war eine gemeinsame Action, weil sie in einer Handlung der untrennbaren Provinzen Cisleithanien und Ungarn gegenüber einem anderen Staate bestand, in einer theils diplomatischen, theils militärischen Action nach Aussen; die Occupation war eine die auswärtigen Angelegenheiten betreffende Action.

Die Occupation war nicht etwa eine Parallelaction der Staaten Cisleithanien und Ungarn, hervorgegangen aus einem identischen, auf die Occupation gerichteten Willensacte der beiden Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn. Die Sonderstaaten berührte rechtlich diese Occupation gar nicht; weder die cisleithanische noch die ungarische Regierung hatten dabei einzugreifen. Kein kaiserlich cisleithanischer Soldat und kein königlich ungarischer Soldat betrat durch das Einrücken der österreichisch-ungarischen Armee den Boden Bosniens oder der Herzegowina. In der That, die Sonderstaaten wären bei dem Nichtvorhandensein einer stehenden cisleithanischen oder ungarischen Armee in Betreff eines bewaffneten Einschreitens in Bosnien und der Herzogewina auch in arger Verlegenheit gewesen. Und wie nicht die Kronen und nicht die Regierungen der Sonderstaaten bei der Occupation irgend eine Ingerenz zu üben hatten, und nicht die Armeen der Sonderstaaten die Occupation thatsächlich vollzogen, so hatten staatsrechtlich und factisch auch nicht die Parlamente der Sonderstaaten irgendwie für diese Occupation thätig zu sein, sie hatten weder der Politik dieser Occupation zuzustimmen, noch hiefür einen Kreuzer zu bewilligen oder zu

verweigern; die gemeinsame Krone, der gemeinsame Staat übernahm im Berliner Verträge diese Occupation und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina und führte sie durch mittelst des gemeinsamen Ministeriums, der Genehmigung der gemeinsamen Delegationen und der Tapferkeit und Hingebung der gemeinsamen Armee; dieser gemeinsame Staat, die österreichisch-ungarische Monarchie schloss den Berliner Vertrag, occupirte die Provinzen und verwaltet sie gegenwärtig.

So ist die Occupation und Verwaltung — erzeugt durch die Handlung des gemeinsamen Staates — eine gemeinsame Angelegenheit. Und würden die Provinzen Bosnien und Herzegowina heute völkerrechtlich an Oesterreich-Ungarn abgetreten — würden sie und wären sie nach allen Beziehungen des staatlichen Lebens österreichisch-ungarische, gemeinsame Reichsprovinzen — sie wären nur österreichisch-ungarisches Reichsland. Erst dann, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie sich bewogen finden sollte, eine oder beide dieser Provinzen an die Sonderstaaten abzutreten, wären die Parlamente dieser Sonderstaaten, wäre z. B. der Reichsrath berufen und competent, nach §. 11 sich über die Einverleibung einer Provinz in den Staat Cisleithanien zu äussern, diese Einverleibung zu acceptiren oder zurückzuweisen. Dadurch erhielte dieses einverleibte Stück Landes dann ebenfalls eine doppelte staatsrechtliche Qualität: Es würde 1. für das Gebiet der „allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ gemeinsamen Angelegenheiten cisleithanisches Staatsgebiet und wieder 2. für den Competenzkreis der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten — österreichisch-ungarisches Staatsgebiet. Dasselbe fände statt bezüglich der etwa Ungarn einverleibten Provinz. Von einer staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Verpflichtung aber des Gesamtstaates, eine oder beide dieser Provinzen für das Gebiet der Sonderstaats-Angelegenheiten an die Einzelstaaten abzutreten, kann natürlich nicht im Entferntesten die Rede sein.

Gegenwärtig also ist die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina Reichssache, gemeinsame Angelegenheit, deren Bestreitung das Reich zu tragen hat. Daher sind die Kosten dieser Verwaltung von den beiden Reichstheilen Cisleithanien

und Transleithanien in dem Verhältnisse von 70 : 30 Percent zu tragen.

Und jetzt ergibt sich die

II. staatsrechtliche Frage, ob die Verwaltung der beiden türkischen Provinzen durch den Staat Oesterreich-Ungarn nach dem positiven Staatsrechte der Monarchie eine absolute oder constitutionelle Verwaltung sei.

Es entsteht die Frage, ob der gegenüber den Einwohnern dieser Provinzen jedenfalls absolute österreichisch-ungarische Reichswille als solcher von der österreichisch-ungarischen Krone allein erzeugt werde, oder ob er nach der Reichsverfassung auch den österreichisch-ungarischen Volkswillen als Factor seiner Bildung in sich begreifen müsse. Es ist zu entscheiden, ob der in Bosnien und der Herzegowina provisorisch als Gesetz und Verordnung auftretende, die Einwohner zum Gehorsam verpflichtende, für sie fremde österreichisch-ungarische Staatswille staatsrechtlich unter Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Volksvertretung geschaffen werde oder nicht; ob dieser Reichswille nicht nur gegenüber den türkischen Unterthanen als ein absoluter erscheint (und erscheinen muss), sondern ob er auch gegenüber den eigenen Reichsangehörigen ein solcher absoluter Wille sei oder nicht. Es ist zu erwägen, ob das gemeinsame Ministerium für seine Acte der Regierung, Vollziehung und Verwaltung in den occupirten Provinzen ausser der gemeinsamen Krone auch der österreichisch-ungarischen Volksvertretung oder deren Stellvertreter — der Delegation — verantwortlich ist.

Nun ist die österreichisch-ungarische Monarchie ohne Zweifel eine politisch freie, eine constitutionelle Monarchie. Daher wird dieser österreichisch-ungarische Staatswille auch für die ihm durch die Occupation der türkischen Provinzen erwachsenen neuen Agenden als ein politisch freier erhalten werden müssen, wenn auch die Reichsverfassung diese Gesetzgebung bezüglich aller oder einiger Gebiete des staatlichen Lebens der occupirten Provinzen weder dem weiteren Reichstage noch den Delegationen zuschreibt.

Der, kraft des Berliner Vertrages und der Convention als Gesetz auftretende, gegenüber den Bewohnern dieser Pro-

vinzen fremde österreichisch-ungarische Reichswille in Betreff der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, welcher alle Gebiete des staatlichen Lebens zu regeln hat, und daher in den fremden Provinzen und gegenüber den fremden Staatsangehörigen einen viel ausgedehnteren Competenzkreis hat als daheim im eigenen Reiche und bezüglich der österreichisch-ungarischen Reichsbürger und Reichsunterthanen, wird sonach durch die Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Volksvertretungskörper entstehen müssen. Und die „österreichisch-ungarische Verordnung in Bosnien und der Herzegowina wird der verfassungsmässigen Controle der österreichisch-ungarischen Volksvertretungskörper unterliegen. Das gemeinsame Ministerium ist diesen gemeinsamen Volksvertretungskörpern für seine Verwaltung und amtliche Thätigkeit in den occupirten Provinzen verantwortlich.

Von diesem Standpunkte der politisch-freien Gesetzgebung — wenigstens auf wirthschaftlichem Gebiete — und der verfassungsmässigen Verwaltung der occupirten Provinzen ausgehend, hat die Regierung daher einen „Gesetzentwurf über die nöthigen Verfügungen hinsichtlich der durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 an Oesterreich-Ungarn übertragenen Verwaltung Bosniens und der Herzegowina“ vorgelegt. Merkwürdiger Weise hat nicht die Reichsregierung, welche occupirte, bisher verwaltete und für diese Verwaltung verantwortlich ist, diesen Gesetzentwurf über die Gesetzgebung und Verwaltung in den occupirten Provinzen den gemeinsamen Volksvertretungskörpern unterbreitet, sondern zwei andere Regierungen; die Regierungen der beiden Sonderstaaten, die kaiserlich cisleithanische Regierung und das königlich ungarische Ministerium brachten je eine ihrem Inhalte nach identische Regierungsvorlage betreffs der Verwaltung der occupirten Provinzen durch die Gesamtmonarchie in den Staatsparlamenten der souveränen Sonderstaaten ein! Der grosse Irrthum, der in der Theorie und zum Theile auch schon in der Praxis bezüglich der „österreichisch-ungarischen Monarchie“ sich eingewurzelt hat, den Staat Oesterreich-Ungarn gleich zu halten zwei nebeneinanderstehenden und sich

berührenden anderen Staaten, den beiden souveränen Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn, hat auch hier zu dem staatsrechtlich und praktisch Unmöglichen geführt, die Bildung des österreichisch-ungarischen Staatswillens — des gemeinsamen Gesetzes — für Bosnien und die Herzegowina entstehen lassen zu wollen durch die Parlamente zweier Staaten, welche rücksichtlich dieser Provinzen gar keinen Willen zu äussern haben. Wenn die Parlamente der Sonderstaaten die Gesetze erzeugen könnten für die occupirten Provinzen, dann könnten und müssten auch nach der organischen Natur des Staates die beiden Organe für die Verwirklichung und Erfüllung der Gesetze der beiden Einzelstaaten, d. i. die cisleithanische und die ungarische Regierung, diese Provinzen verwalten.

Man könnte vielleicht einwenden, diese Verwaltung der occupirten Provinzen sei insoferne auch eine Angelegenheit der Sonderstaaten, als deren Ministerien nach dem Ausgleichsgesetze — G. A. XII §. 8, 13, 40 — eine „Einflussnahme“ auf die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten (auswärtige Politik §. 8, gemeinsames Budget §. 40) zustehe. Daher könne z. B. in dem cisleithanischen Gesetze über Bosnien und die Herzegowina immerhin der Einfluss und die Competenz der Sonderregierung Cisleithaniens bei der Verwaltung der occupirten Provinzen bestimmt werden. Und das seinem Inhalte nach nothwendig identische ungarische Gesetz über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina regle den Einfluss und die Competenz der ungarischen Regierung bezüglich der Verwaltung der occupirten Provinzen.

Allein dieser ganze verfassungsmässige Einfluss der Sonderministerien auf die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten — im vorliegenden Falle daher auf die Verwaltung der occupirten Provinzen — könnte nur in einem *votum informativum* der Sonderregierungen bei der gemeinsamen Regierung bestehen. Diese ganze Einflussnahme der Sonderregierungen könnte nur darin beruhen, dass in Folge der innigen gegenseitigen Beziehungen und der Abhängigkeit des Gesamtstaates von den Sonderstaaten und der Sonderstaaten vom Reiche die Regierungen der

Sonderstaaten das gemeinsame Ministerium darüber informirten und instruirten, welche Momente auch vom Standpunkte des Interesses und der Entwicklung der Sonderstaaten bei der Verwaltung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten zu berücksichtigen wären. In Folge der indirecten Rückwirkung des Wohles und der Entwicklung des Gesamtstaates auf die Sonderstaaten, auf Grund der indirecten Einwirkung der Entwicklung und des Erblühens der Sonderstaaten auf das Wohl und die Kraft des Gesamtstaates, würden die Sonderregierungen das gemeinsame Ministerium berathen über diese Rückwirkung der gemeinsamen Verwaltung, ihrer Principien, ihrer eingeschlagenen Richtung etc. auf den Sonderstaat. Die Sonderregierungen könnten nur das Sonderinteresse ihrer Staaten als ein für den Gesamtstaat eventuell und in zweiter Linie zu berücksichtigendes Moment für sein Wollen und Handeln bei der Regierung des Gesamtstaates vertreten.

Allein die Entscheidung selbst bezüglich der Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten hat einzig die, so auch über die Wünsche der Sonderstaaten informirte, gemeinsame Regierung; sie ist auch ganz allein verantwortlich für diese Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten, sie allein haftet und kann allein nur haften für alle Acte der gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Verwaltung. Es ist unmöglich, dass der Minister des Aeussern in seiner Action an die „Zustimmung“ (§. 8) der Einzelstaatsministerien gebunden sei. Der Minister des Aeussern könnte nicht etwa, wenn er wegen seiner befolgten Politik von der Delegation politisch oder rechtlich zur Verantwortung gezogen würde, sich durch die Behauptung entlasten, dass eine andere, zweifelsohne bessere Reichspolitik, die er befolgen wollte, nicht die „Zustimmung“ der Sonderministerien gefunden habe, daher von ihm nicht realisirt werden konnte. Desgleichen kann von einer Verantwortung und Haftung der Regierungen der Staaten Cisleithanien und Ungarn für die Richtung und Leitung der auswärtigen Politik des österreichisch-ungarischen Reiches nicht die Rede sein.

Eine Entscheidung also, ein *votum decisivum* bezüglich

der gemeinsamen Angelegenheiten, und eine Thätigkeit bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten selbst kann einer oder beiden der Sonderregierungen der Natur des Staates nach niemals zukommen. Könnte die Einzelstaatsregierung gesetzlich eine gemeinsame Angelegenheit entscheiden, würde sie wirklich auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten gesetzlich functioniren, dann würde die Sonderregierung eben bezüglich dieser Entscheidung und dieser ihr zustehenden und obliegenden Functionen aufhören, Sonderregierung zu sein; sie würde für dieses Gebiet ihrer Thätigkeit ebenfalls gemeinsames Organ — Reichsorgan — werden und sein, ein Organ der gemeinsamen Regierung. Der Passus des §. 8' des Gesetzartikels XII, dass „die diplomatische und commercielle Vertretung des Reiches gegenüber dem Auslande, sowie die hinsichtlich der internationalen Verträge etwa nothwendigen Verfügungen, im Einverständnisse mit den Ministerien beider Theile und unter deren Zustimmung, zu den Agenden des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen gehören“, kann daher niemals bedeuten — auch wenn man unter den „Ministerien beider Theile“ hier die Einzelstaatsministerien verstehen wollte — dass diese Sonderstaatsministerien die Richtung der auswärtigen Politik entscheiden; diese „Zustimmung“ kann niemals den Sinn haben, dass die Einzelstaatsregierungen mit den etwa vom gemeinsamen Minister des Auswärtigen vorgeschlagenen einzelnen internationalen Acten der österreichisch-ungarischen Monarchie oder wenigstens mit der von ihm beabsichtigten und angedeuteten Richtung der auswärtigen Politik einverstanden sein und derselben wirklich zustimmen müssten.

Denn dies ist der Natur des Staates nach eine Unmöglichkeit, und könnte daher von keinem positiven Staatsrechte rechtswirksam angeordnet werden. Die Regierung des Staates A kann unmöglich in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft, in ihrer Staatsangehörigkeit an A, die auswärtige Politik eines Reiches B als auswärtige Politik ihres eigenen Staates A entscheiden und führen; dies ist absolut unmöglich, mag A noch so sehr von der auswärtigen Politik des Reiches B berührt werden. Die Einzelstaats-

regierung von A könnte höchstens beim Ministerium des Auswärtigen von B die Interessen des Staates A nachdrücklich zur Kenntniss bringen. Und die Verantwortlichkeit der Regierungen der beiden Sonderstaaten gegenüber ihren Parlamenten für die Geltendmachung ihres „verfassungsmässigen“ Einflusses auf die Leitung der gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten könnte nur in der Haftung der Einzelstaatsregierungen dafür bestehen, dass sie dem k. und k. Ministerium des Auswärtigen der österreichisch-ungarischen Monarchie die Interessen und Wünsche der Sonderstaaten in entsprechender Weise zur Kenntniss bringen.

Es wäre auch natürlich unmöglich, dass in diesem Falle, — wenn die Sonderministerien Cisleithaniens und Ungarns ein *votum decisivum* haben könnten und hätten bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten — dann noch das gemeinsame Ministerium für seine Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten verantwortlich sei, wie dies nach der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung stattfindet. Denn, wenn das gemeinsame Ministerium diejenigen Anschauungen und Weisungen der Sonderministerien befolgen und ausführen müsste, welche diese vom Standpunkte des Sonderinteresses ihrer Staaten für die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten aussprechen, dann könnte nur das gemeinsame Ministerium den Sonderstaatsministerien verantwortlich sein, nicht aber der österreichisch-ungarischen Volksvertretung und ihrem Stellvertreter; diese aber müssten dann politisch und rechtlich für den Inhalt der Acte und für die Amtsführung des gemeinsamen Ministeriums den gemeinsamen gesetzgebenden Körperschaften der Gesamtmonarchie verantwortlich sein. Soll aber das gemeinsame, das österreichisch-ungarische Ministerium selbst für seine Amtsführung — natürlich den gemeinsamen Volksvertretungskörpern — politisch und rechtlich verantwortlich sein, wie dies nach dem Ausgleichsgesetze der Fall ist, dann muss es sich auch selbst und allein den Inhalt seines Willens setzen und selbstständig handeln können. Hätten diese Sonderregierungen der Einzelstaaten ein *votum decisivum* in der Verwaltung z. B. der österreichisch-ungarischen Politik des Auswärtigen, wem Allen wäre dann der Minister des Aeussern

Oesterreich-Ungarns verantwortlich! Er wäre verantwortlich der gemeinsamen Krone, ferner der Delegation, dem weiteren Reichstage (für die abgeschlossenen Staatsverträge), er haftete ferners dem cisleithanischen Ministerium, und endlich dem ungarischen Ministerium!

Wahrhaft, eine übermenschliche Verantwortlichkeit!

Uebrigens können und dürfen, strenge genommen, unter den „Ministerien beider Theile“ im §. 8 des ungarischen Textes der Reichsverfassung nicht die Regierungen der Einzelstaaten verstanden werden. Vielmehr erklärt das Gesetz hier — wohl in Folge des innigen Zusammenhanges zwischen Reich und Einzelstaat, — dass den Ministerien beider Theile (nämlich des Reiches) dieses Recht der Zustimmung zur auswärtigen Reichspolitik zustehe. Nun sind aber der souveräne Staat Ungarn und der souveräne Staat Cisleithanien nicht die „beiden Theile“ des Reiches. Untrennbare Theile des Reiches sind nur die beiden Reichsprovinzen Ungarn und Cisleithanien. Daher können die Ministerien der beiden souveränen Einzelstaaten nicht die Ministerien „beider Reichstheile“ sein. Die Reichsverfassung erklärt also indirect im §. 8, dass diese Ministerien — d. h. wohl nur die Ministerpräsidenten — auch Reichsorgane seien und als solche in der gemeinsamen Regierung bei der Berathung der auswärtigen Politik mitzusprechen haben. Das Gesetz erklärt also durch §. 8, dass dieselben Personen, welche 1. die Ministerpräsidenten der Einzelstaatsministerien sind, auch 2. für die auswärtige Politik Reichsorgane seien, und diese auswärtige Politik mitzuberathen haben. Natürlich sind diese beiden Reichsorgane als solche und für diese ihre Function nicht etwa der Krone oder der Volksvertretung der Sonderstaaten verantwortlich.

Das Unorganische und staatsrechtlich Unmögliche also, dass die Staatsparlamente der beiden Sonderstaaten mitwirken an der Schaffung der objectiven Rechtsnormen für die (provisorische) Gesetzgebung und Verwaltung des Staates Oesterreich-Ungarn in den durch ihn occupirten Provinzen, kann auch nicht zu einem staatsrechtlich Möglichen und Organischen erhoben werden durch

die Behauptung, die Parlamente der Sonderstaaten wirkten nur mit an der Gesetzgebung über den Einfluss der Sonderregierung auf die Gesetzgebung und Verwaltung in den occupirten Provinzen. Denn in diesem Falle könnte der Inhalt eines wirklich cisleithanischen und ungarischen Gesetzes über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina nur die Verpflichtung der Regierungen der Staaten Cisleithanien und Ungarn aussprechen, die Interessen der Einzelstaaten — da diese indirect durch die Verwaltung Bosniens und der Herzogewina seitens des österreichisch-ungarischen Reiches berührt werden — der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung zur Kenntniss zu bringen. In der Mittheilung dieser Interessen der Sonderstaaten könnte allein dieser „Einfluss“ der Einzelstaatsregierungen bestehen.

Allein der von den Parlamenten angenommene Gesetzentwurf hat einen wesentlich anderen Inhalt! Er enthält durchweg — höchstens mit Ausnahme des §. 1 — nur Normen für die gemeinsame Regierung, und er regelt die gemeinsame Gesetzgebung in den occupirten Provinzen. Nur im §. 1 ist die überflüssige Bestimmung ausgesprochen, dass das Sonderministerium „im Geiste der für die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie bestehenden Gesetze ermächtigt, beziehungsweise angewiesen ist, auf die durch das gemeinsame Ministerium zu leitende provisorische Verwaltung Bosniens und der Herzegowina unter verfassungsmässiger Verantwortung Einfluss zu nehmen“. Die Bestimmung ist überflüssig, weil sie im Gesetzartikel XII der Reichsverfassung enthalten ist. Soll aber im §. 1 etwa dem gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Reichsministerium erst das Recht der Verwaltung der occupirten Provinzen eingeräumt und zuerkannt werden, soll in der durch den Ausschuss vorgenommenen jetzigen Textirung des §. 1 des Gesetzes „zum Unterschiede von dem Regierungsentwurfe“ — wie der Bericht sagt — „die Führung der Verwaltung durch das gemeinsame Ministerium ausdrücklich ausgesprochen werden“, dann ist diese Abänderung des §. 1 der Regierungsvorlage eine sehr unglückliche. Denn dadurch erhielte auch dieser Paragraph nothwendig einen staatsbegrifflich unmöglichen und positiv-staatsrechtlich unrichtigen

Inhalt, und zwar noch weit mehr, als dies nach der Regierungsvorlage der Fall ist.

Oder vermag wirklich das Parlament des Staates Cisleithanien in Verbindung mit der cisleithanischen Krone, oder das Parlament des Staates Ungarn unter Sanction der Krone des heiligen Stephan, oder vermögen die beiden Staaten Cisleithanien und Ungarn zusammen dem kaiserlichen und königlichen Reichsministerium des österreichisch-ungarischen Reiches Agenden zuzuweisen, seinen Competenzkreis zu bestimmen? Und vermöchten sie es insbesondere in diesem Falle? Hatte der Staat Cisleithanien oder der Staat Ungarn über die Verwaltung der von Oesterreich-Ungarn occupirten Provinzen zu entscheiden? Und wenn dies nicht der Fall ist, wie kann das cisleithanische oder ungarische Staatsparlament Gesetze schaffen, wodurch das gemeinsame Ministerium zur Verwaltung der occupirten Provinzen berechtigt wird? Wie kann der Staat Cisleithanien die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina — die ihm gar nicht zusteht — an das österreichisch-ungarische Reichsministerium übertragen, über das er ebenfalls keine Competenz hat?

Das Wesen dieses „Einflusses“ der Sonderregierungen kann, wie erwähnt, nur darin bestehen, dass das Sonderministerium seine Anschauungen und guten Rathschläge, wie sich solche ergeben vom Standpunkte der Interessen des Sonderstaates, dem gemeinsamen Ministerium des Staates Oesterreich-Ungarn mittheilt, damit sich dasselbe von diesen Sonderinteressen der Staaten, so weit möglich, bei der Verwaltung der occupirten Provinzen auch leiten lasse.

Mit Ausnahme des §. 1 aber handelt das ganze Gesetz für die Verwaltung der occupirten Provinzen in Wahrheit von dem gemeinsamen Ministerium, dessen Rechten und Pflichten, und von der Einflussnahme der Vertretungskörper beider Reichshälften auf die gemeinsame Gesetzgebung. Es ist daher seinem Inhalte nach ein Gesetz für Cisleithanien und Ungarn als Theile dieser gemeinsamen Monarchie, es ist ein Gesetz für die Gesamtmonarchie, ein gemeinsames Reichsgesetz, und nicht ein cisleithanisches Gesetz.

Dieses österreichisch-ungarische Gesetz nun, betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, konnte als ein constitutionelles Gesetz natürlich nur durch die Volksvertretungskörper Oesterreich-Ungarns und die gemeinsame Krone rechtlich erzeugt werden. Es ist der gemeinsame Volkswille, der Wille des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Reichsvolkes ⁹⁰⁾, ausgesprochen durch seine Vertretung in Betreff dieser Verwaltung der occupirten Provinzen, welcher durch die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Krone, durch die Sanction, Reichsgesetz wird.

Der Gesetzentwurf über die Verwaltung der occupirten Provinzen konnte daher der Natur der Sache nach, und gemäss der Ausgleichsgesetzgebung nur dem weiteren Reichstage, eventuell der Delegation, und zwar von dem gemeinsamen Ministerium vorgelegt werden. Wäre die ebenfalls geäußerte Anschauung, dass dieser Gesetzentwurf in den Competenzkreis der Delegationen gehöre, durchgedrungen, dann würde er dadurch von selbst der einzig competenten gemeinsamen Regierung zur Vertretung und Verwirklichung überwiesen worden sein.

Nicht davon also kann der Natur der Sache nach die Rede sein, wessen Staates Volksvertretung competent war zur Schaffung dieses Gesetzes über eine gemeinsame Angelegenheit, ob das Parlament Cisleithaniens, Ungarns oder Oesterreich-Ungarns; es konnte nur die Frage nach der Competenz der zwei den österreichisch-ungarischen Volkswillen erzeugenden Organe zur Mit-

⁹⁰⁾ Daher findet sich in dem vom ungarischen Reichstage angenommenen Gesetzentwurfe am Schlusse (§ 6) die Bestimmung: „Das gegenwärtige Gesetz tritt unter der Voraussetzung, dass die demselben entsprechenden Bestimmungen in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern Gesetzeskraft erhalten und gleichzeitig mit diesem Gesetze kundgemacht werden, mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.“

Und im deutschen Gesetzestexte dieses Gesetzentwurfes über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina heisst es wieder im §. 6:

„Das gegenwärtige Gesetz tritt unter der Voraussetzung, dass die demselben entsprechenden Bestimmungen in den Ländern der ungarischen Krone Gesetzeskraft erhalten und gleichzeitig mit diesem Gesetze kundgemacht werden, mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.“

wirkung an diesem Reichsgesetze vorliegen. Nicht das konnte erörtert werden, welcher Staat dieses Gesetz erzeugen solle; es konnte nur höchstens darüber Zweifel entstehen, welches Organ zur Erzeugung des Volkswillens im Reiche Oesterreich-Ungarn nach dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte competent und berufen sei zur Mitwirkung an dem Gesetze, betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, ob der weitere Reichstag selbst oder sein freier Stellvertreter, die Delegation. Damit ist natürlich auch die Bedeutung dieses Kompetenzstreites sehr gesunken gegenüber der ausserordentlichen Wichtigkeit, die ihm innewohnte, so lange er irriger Weise als ein Kompetenzstreit der drei souveränen Staaten selbst erschien; freilich hat dieser Stellvertreter von seinem Vertretenen weder eine Instruction anzunehmen noch ihm Rechenschaft abzulegen, er ist ihm gegenüber unverantwortlich.

Sonach ist hier nur nach dem inneren öffentlichen Staatsrechte dieser politisch freien österreichisch-ungarischen Monarchie noch die staatsrechtliche Frage zu entscheiden:

War der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, von der gemeinsamen Regierung dem weiteren Reichstage — „den Vertretungskörpern beider Reichshälften“ — zur verfassungsmässigen Behandlung vorzulegen oder dem Stellvertreter der österreichisch-ungarischen Volksvertretung, der Delegation? Und diese staatsrechtliche Frage zerfällt wieder in eine *a)* theoretische und *b)* praktische Unterfrage. Die rein theoretische Frage geht dahin: Welchem der beiden österreichisch-ungarischen Organe zur Erzeugung des Volkswillens war der bosnische Gesetzentwurf nach dem österreichisch-ungarischen Staatsrechte zuzuweisen? Die praktische Frage aber lautet:

Welchem dieser beiden Volksvertretungsorgane konnte gegenwärtig dieser Gesetzentwurf factisch vorgelegt werden?

a) Die erste theoretische Unterfrage nun muss nach dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte dahin beantwortet werden, dass dieser aus der Initiative der Regierung hervorgegangene Gesetzentwurf über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina dem weiteren Reichstage selbst vor-

zulegen war. Freilich ist in dem Ausgleichsgesetze, wie erwähnt, keine Bestimmung enthalten, wem diese neue gemeinsame Angelegenheit, die Verwaltung occupirter Provinzen und die provisorische Gesetzgebung in denselben zustehe, ob sie vom weiteren Reichstage unmittelbar, oder mittelbar durch seinen Stellvertreter zu erledigen sei. Bezüglich des Berliner Vertrages war eine solche Competenzfrage zwischen weiterem Reichstage und Delegation nicht vorhanden, weil die Reichsverfassung die Genehmigung österreichisch-ungarischer Staatsverträge — insoweit eine solche überhaupt verfassungsmässig nothwendig ist — ausdrücklich „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften“ selbst, d. i. dem Vertretungskörper des Reiches, vorbehält.

Dessenungeachtet wird man auch den Gesetzentwurf über die Verwaltung der occupirten Provinzen aus den früher entwickelten Gründen dem weiteren Reichstage selbst nach der Reichsverfassung zuweisen; eben in der Erwägung, dass die in den Competenzkreis der Volksvertretung fallenden österreichisch-ungarischen Angelegenheiten so lange und in so weit dieser Volksvertretung selbst zustehen, als sie nicht durch das Gesetz ausdrücklich dem Stellvertreter des Reichsparlamentes, der Delegation, zuerkannt werden. Im Ausgleichsgesetze selbst ist sogar der grössere Theil der gemeinsamen Angelegenheiten dem weiteren Reichstage selbst vorbehalten; so fallen die österreichisch-ungarische Quote, die Aufnahme eines gemeinsamen Darlehens, die Genehmigung der Staatsverträge, die österreichisch-ungarische Bank, die Mitwirkung bei der Abdankung seitens der gemeinsamen Krone, die Abänderung der Reichsverfassung (des Ausgleichsgesetzes) etc. in die unmittelbare Competenz des weiteren Reichstages selbst. In den Competenzkreis seines Stellvertreters gehören nur „das gemeinsame Budget“ und die Controle der österreichisch-ungarischen Verwaltung. Es soll hier nicht darauf hingewiesen werden, dass das Heeresgesetz — seinem Wesen und Inhalte nach ebenfalls ein gemeinsames Gesetz, wenn es auch heute formell von den Sonderstaaten erlassen wird — ebenfalls unter Mitwirkung des weiteren Reichstages zu Stande kommen muss.

Ausserdem werden die in den Competenzkreis der Dele-

gation fallenden gemeinsamen Angelegenheiten von der Reichsverfassung taxativ aufgezählt, während principiell „das Gesetzgebungsrecht, insoweit es sich um die gemeinsamen Angelegenheiten handelt, den Vertretungskörpern beider Reichshälften (dem Reichsrathe und ungarischen Reichstage)“ zuerkannt ist.

Auch ist es die Wichtigkeit dieser gemeinsamen Angelegenheit — der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina — welche für deren Zuweisung an den weiteren Reichstag selbst, an die Vertretungskörper der beiden Reichshälften, spricht. Endlich liegt auch ein Präjudiz vor, wem, dem weiteren Reichstage oder der Delegation, eine neue in dem Ausgleichsgesetze nicht aufgeführte gemeinsame Angelegenheit zur parlamentarischen Behandlung zustehe — die Zuweisung der österreichisch-ungarischen Bank in die Competenz der Vertretungskörper der Reichshälften. Denn nachdem die Sonderstaaten sich durch Vertrag verpflichtet hatten, für zehn Jahre auf die Errichtung einer selbstständigen Bank zu verzichten, unter der Bedingung, dass das Reich Eine gemeinsame Bank errichte, wies das Reich die Mitwirkung an der Gesetzgebung über seine, die österreichisch-ungarische Bank — dem weiteren Reichstage selbst zu.

Gegen die Zuweisung des bosnischen Gesetzentwurfes in die unmittelbare Competenz des weiteren Reichstages selbst kann auch nicht der §. 13 des deutschen Ausgleichsgesetzes geltend gemacht werden, welcher erklärt, dass „alle Gegenstände, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen“, in den Wirkungskreis der Delegationen gehören. Denn ohne Zweifel versteht — wie früher erörtert wurde — dieser §. 13 unter den „gemeinsamen Angelegenheiten“ nur die in diesem Gesetze — §. 1 — ausdrücklich als gemeinsam erklärten Angelegenheiten, nämlich „auswärtige Angelegenheiten, Kriegswesen und Finanzwesen“. Und auch bezüglich dieser taxativ hier aufgezählten gemeinsamen Angelegenheiten fallen viele „Gegenstände, welche die gemeinsamen Angelegenheiten betreffen“, nach dem deutschen Ausgleichsgesetze selbst nicht in den Wirkungskreis der Delegationen, sondern in den des weiteren Reichstages.

Dem §. 13 kann sonach nicht die Bedeutung und der Sinn zuerkannt werden, dass er „alle gemeinsamen Angelegen-

heiten“ nothwendig und ausnahmslos in den Competenzkreis der Delegationen verweise. Auch er enthält keine Bestimmung, welchem Vertretungskörper neue, durch das Leben der gemeinsamen Monarchie entstehende, nicht im Ausgleichsgesetze enthaltene und aufgezählte gemeinsame Angelegenheiten zuzuweisen seien.

Bei dem Mangel einer directen Bestimmung des Gesetzes darüber, ob neue gemeinsame Angelegenheiten, bezüglich welcher der Volksvertretung eine Ingerenz zusteht, den Vertretungskörpern der Reichshälften selbst, oder ihrem Stellvertreter zukommen, wird man sich daher sowohl nach der Natur des Verhältnisses der Stellvertretung, als gemäss des gemeinsamen Verfassungsrechtes, d. i. nach der allgemeinen Tendenz des Ausgleichsgesetzes und namentlich auch mit Rücksicht auf die diesbezüglich genauer sprechenden ungarischen Gesetzesbestimmungen (§. 37, 38, 43) für die Competenz des weiteren Reichstages selbst zur parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, entscheiden müssen.

Was aber dann die

b) praktische Frage anlangt, welchem dieser beiden zur Erzeugung des gemeinsamen (österreichisch - ungarischen) Volkswillens rechtlich bestehenden Organe der Gesetzentwurf über die Verwaltung der occupirten Provinzen gegenwärtig factisch zugewiesen werden konnte, so geht die Antwort dahin, dass dieser Gesetzentwurf dem zu seiner Behandlung in erster Linie competenten weiteren Reichstage nicht vorgelegt werden konnte. Denn so unzweifelhaft dieser weitere Reichstag gesetzlich besteht als österreichisch - ungarische Volksvertretung, so gewiss ist es, dass er thatsächlich bis heute nicht functionirte, ja noch nicht einmal in's Bewusstsein getreten und anerkannt ist.

Da sonach dieser Gesetzentwurf über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina dem weiteren Reichstage vom gemeinsamen Ministerium aus praktischen Gründen nicht vorgelegt werden konnte, ergibt sich nur Eines: Soll die Verwaltung und Gesetzgebung Oesterreich-Ungarns in den occu-

pirten Provinzen überhaupt eine constitutionelle und nicht eine absolute sein, so muss, so lange nicht der weitere Reichstag selbst factisch functionirt, dessen Stellvertreter — die Delegation — herangezogen werden zur Mitwirkung an der Gesetzgebung für Bosnien und die Herzegowina. Dieser Gesetzentwurf über die Verwaltung in den occupirten Provinzen musste und konnte gegenwärtig daher nur der gemeinsamen Delegation vorgelegt werden als dem einzigen österreichisch-ungarischen Volksvertretungsorgane, welches rechtlich besteht und auch gegenwärtig wirklich functionirt, d. h. den gemeinsamen Volkswillens äussert. Und diese bosnische Vorlage konnte umsomehr in den Delegationen eingebracht werden, als sich bezüglich dieser gemeinsamen Angelegenheit, der Verwaltung der occupirten Provinzen, nicht die directe Bestimmung in der Reichsverfassung findet, dass sie „den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften (selbst) vorbehalten“ sei; eine Bestimmung, die bezüglich der österreichisch-ungarischen Staatsverträge allerdings Platz greift und daher die Vorlage des Berliner Vertrages an die Delegation — und dessen Genehmigung durch die Delegation — staatsrechtlich unmöglich machte.

So konnte also heute, wo das gemeinsame Ministerium nicht in den Vertretungskörpern der Reichshälften erscheint — d. i. in dem, einen grossen Theil der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berathenden und beschliessenden Reichstage und Reichsrathe — der bosnische Gesetzentwurf 1. nur von der gemeinsamen Regierung und 2. nur in den Delegationen eingebracht werden, als demjenigen Volksvertretungsorgane, welchem das gemeinsame Ministerium auch bezüglich der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina verantwortlich ist.

Es bedarf hier wohl kaum der Erwähnung, dass die Einbringung der bosnischen Verwaltungsvorlage von den beiden Sonderregierungen in den Staatsparlamenten Cisleithaniens und Ungarns nicht nur eine Verletzung der Reichsverfassung — wenn auch *bona fide* — ist, sondern dass dieser Vorgang und die Behandlung dieses Gesetzentwurfes durch die Parlamente der beiden souveränen Staaten staatsrechtlich unmög-

lich ist. Konnten aber die beiden Staaten Cisleithanien und Ungarn nicht je ein Sonderstaatsgesetz mit identischem Inhalte über die Verwaltung der occupirten Provinzen erlassen, so konnten sie auch natürlich nicht ein solches cisleithanisches und ungarisches Gesetz publiciren. Daher ist diese parlamentarische Action rücksichtlich der bosnischen Verwaltungsvorlage, deren Berathung und Annahme durch die selbstständigen Staatsparlamente staatsrechtlich wieder völlig irrelevant und gänzlich wirkungslos; desgleichen die Publication dieses Gesetzes unter Contrasignatur des cisleithanischen und ungarischen Staatsministeriums. Und auch seinem Inhalte nach bestimmt dieser Gesetzentwurf staatsrechtlich Unmögliches, wenn er z. B. in §. 3 festsetzt, dass finanzielle Leistungen der Monarchie für bleibende Investitionen in Bosnien und der Herzegowina nur auf Grund übereinstimmender königlich ungarischer und kaiserlich cisleithanischer Gesetze erfolgen dürfen! Der österreichisch-ungarische Staatswille des Inhaltes, bestimmte Geldsummen zur Anlage von Eisenbahnen, öffentlichen Bauten etc. in den occupirten Provinzen zu bewilligen, soll durch das cisleithanische Parlament und das Parlament des Staates Ungarn erzeugt werden unter Mitwirkung des Staatsoberhauptes von Cisleithanien und des Trägers der Krone des heiligen : tephani! Es ist eine Unmöglichkeit, wenn nach §. 3 „finanzielle Leistungen“ seitens des Reiches für bleibende Investitionen in den occupirten Provinzen „nur auf Grund von in beiden Theilen (d. i. hier Staaten) der Monarchie übereinstimmend zu Stande gekommenen Gesetzen gewährt werden dürfen“; wenn der §. 4 die Zolleinrichtungen, indirecten Abgaben, das Münzwesen etc. in den occupirten Provinzen analog den Angelegenheiten des §. 2 des deutschen Ausgleichsgesetzes (G. A. XII, §. 12, 13, 59—68) in der Weise gesetzlich regeln und durch die Sonderstaaten verwalten will, dass bezüglich dieser staatlichen Angelegenheiten durch identische Gesetze der beiden Sonderstaaten (§. 3) „die Grundsätze festzustellen sind (§. 4) nach welchen 1. die Zolleinrichtungen, 2. diejenigen indirecten Abgaben, welche in beiden Theilen der Monarchie nach vereinbarten gleichartigen Gesetzen gehandhabt werden, 3. das Münz-

wesen in Bosnien und der Herzegowina geregelt und verwaltet werden sollen“. Denn die bosnischen Angelegenheiten sind, wie eben gezeigt, gemeinsame, österreichisch-ungarische Angelegenheiten, die dort gebauten Bahnen gemeinsame Bahnen. Die Angelegenheiten des §. 2 des Ausgleichsgesetzes aber sind — mit Ausnahme der Feststellung des Wehrsystems — keine gemeinsamen, sondern Einzelstaatsangelegenheiten; allerdings wird die Gemeinsamkeit der auswärtigen Angelegenheiten, also auch der wirthschaftlichen Beziehungen der österreichisch ungarischen Monarchie zu den anderen Staaten, die beiden Sonderstaaten zur identischen Gesetzgebung auf diesen Gebieten nöthigen. Wie sollte sonst ein Zoll- oder Handelsvertrag mit einem anderen Staate geschlossen werden?

Aber die Gesetzgebung für die staatlichen Angelegenheiten des §. 2 steht deshalb doch den Sonderstaaten zu; sie verpflichten sich nur durch einen Vertrag, diese Angelegenheiten in übereinstimmender Weise in Gesetz und Verordnung zu regeln.

Und wie das Gesetz über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zum grossen Theile einen staatsrechtlich unrichtigen und unmöglichen Inhalt hat, so ist auch der Bericht des Verfassungsausschusses nicht frei von staatsbegrifflich und staatsrechtlich Unmöglichem und Unrichtigem! Die Hauptfrage, auf deren Beantwortung Alles ankam und mit deren richtiger Entscheidung die „Reihe der Schwierigkeiten“ von selbst verschwindet, die principielle Frage, die nun einmal, merkwürdig genug, in Oesterreich-Ungarn aufgeworfen war — ob die Verwaltung der occupirten Provinzen eine gemeinsame (österreichisch-ungarische) Reichsangelegenheit sei, oder aber Angelegenheit eines oder beider Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn — entscheidet der Bericht nicht; er weicht dieser Entscheidung aus. Soweit eine solche principielle Entscheidung — welchem von den Staaten Oesterreich-Ungarn, Cisleithanien und Ungarn die Verwaltung der occupirten Provinzen zukomme — aus dem Berichte zu entnehmen ist, scheint diese dahin zu gehen, dass die bosnische Angelegenheit sowohl eine gemeinsame, als eine Einzelstaatsangelegenheit sei. „Die bos-

nische Verwaltungsaufgabe“ — heisst es S. 2 des Berichtes — „welche die Monarchie auf sich genommen hat, ist aber eine so bedeutende sowohl in politischer als in finanzieller Beziehung, dass auch die beiderseitigen Regierungen, welche ja die lebendigeren Träger der Staatsgewalt (welcher?) sind, ihr gegenüber nicht indifferent bleiben und sie ausschliesslich der gemeinsamen Regierung überlassen können“.

Oder es liegt dem Berichte die Anschauung zu Grunde, dass die bosnische Angelegenheit in den Competenzkreis der beiden souveränen Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien falle; denn sonst könnte nicht wieder durch die gesetzgebenden Gewalten dieser Sonderstaaten die gesetzliche Regelung dieser gemeinsamen Angelegenheit versucht und angestrebt werden. Ferners soll durch „das Gesetz (nämlich des Staates Cisleithanien), welches die organischen Bestimmungen über die Beziehung der bosnischen Verwaltung zur Monarchie (zu welcher, zur cisleithanischen oder zur österreichisch ungarischen?) enthält“ — „der Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten erweitert“ (das könnte aber ja nun durch Vertrag zwischen dem Reiche und dem Einzelstaate geschehen), „dann die diesseitige Regierung zu einer ihr bisher nicht zustehenden Aufgabe berufen“ werden. In dem ganzen Berichte herrscht der Gedanke, dass es in der Macht und in dem Belieben des cisleithanischen Parlamentes, respective des Staates Cisleithanien liege, die Verwaltung der occupirten Provinzen dem gemeinsamen Ministerium, oder dem Ministerium des Einzelstaates oder gar beiden gesetzlich zuzuweisen.

Es ist aber unmöglich, dass eine durch Action des Gesamtstaates entstehende öffentliche Reichsangelegenheit erst durch den Willen — d. h. durch die Gesetze — der Sonderstaaten zu einer solchen gemeinsamen Reichsangelegenheit gemacht werde, dass daher dieses ungarische und cisleithanische Gesetz „den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten erweitert“ (S. 2); es ist unmöglich, dass die Regierungen der Sonderstaaten als solche in derselben staatsrechtlichen Eigenschaft im Bundesstaate wieder Reichsorgane seien und bei der Reichsgesetzgebung und in der Ver-

waltung der Reichsangelegenheiten mitwirken, oder dass sie gar die „lebendigeren Träger“⁹¹⁾ der Reichsstaatsgewalt vorstellen, und daher durch das bosnische Verwaltungsgesetz Cisleithaniens „die diesseitige Regierung zu einer ihr bisher nicht zustehenden Aufgabe berufen“ werde. Es ist unmöglich, dass im Bundesstaate die Reichsgewalt in die Sonderstaatsgewalten aufgetheilt sei, dass daher „trotz Dualismus und der damit zusammenhängenden Theilung der Regierungsgewalt das Staatsinteresse und die Einheit des obersten Regierungsfactors in Fällen, wo eine grosse Regierungsaction die Monarchie als Ganzes ergreift, das Zusammenwirken aller ihrer Organe“ (worunter hier auch die Organe der Sonderstaaten

⁹¹⁾ Der Bericht sagt (Seite 2): „Die bosnische Verwaltungsaufgabe, welche die Monarchie auf sich genommen hat, ist aber eine so bedeutende, sowohl in politischer als in finanzieller Beziehung, dass auch die beiderseitigen Regierungen, welche ja die lebendigeren Träger der Staatsgewalt sind, ihr gegenüber nicht indifferent bleiben und sie ausschliesslich der gemeinsamen Regierung überlassen können. Trotz Dualismus und der damit zusammenhängenden Theilung der Regierungsgewalt verlangt das Staatsinteresse und die Einheit des obersten Regierungsfactors in Fällen, wo eine grosse Regierungsaction die Monarchie als Ganzes ergreift, das Zusammenwirken aller ihrer Organe.“

Von welcher „Staatsgewalt“, von welcher „Regierungsgewalt“ ist hier die Rede? Von welcher „Monarchie“? Entweder ist von der „österreichisch-ungarischen Monarchie“ die Sprache, und dann ist nach dem Berichte die gemeinsame Regierung ein „Träger der Staatsgewalt“, und zwar der weniger active, „weniger lebendige“, und dann erscheinen — unrichtiger Weise — die Einzelstaatsregierungen ebenfalls als „Träger derselben österreichisch-ungarischen Staatsgewalt“, und zwar als „die lebendigeren Träger“. Sonach wären alle drei Regierungen Organe der gemeinsamen Monarchie, alle „gemeinsame Regierungen“? Ausserdem sind die „Regierungen“, d. i. die Gesamtministerien, keine Träger der Staatsgewalt, sondern Träger der Staatsgewalt ist der Souverän.

Oder aber es wird hier unter der „Monarchie“ die cisleithanische Monarchie verstanden — was nicht der Fall zu sein scheint — und dann würde dadurch das gemeinsame Ministerium auch ein „Träger der cisleithanischen Staatsgewalt“ und zwar der „weniger lebendige Träger“ dieser Staatsgewalt.

Und welche „Regierungsgewalt“ ist durch den Dualismus getheilt? Wer ist „der oberste Regierungsfactor“, dessen „Einheit in Fällen, wo eine grosse Regierungsaction die Monarchie als Ganzes ergreift, das Zusammenwirken aller ihrer Organe verlangt“? Ist dieser „oberste Regierungsfactor“ das Reichsministerium? Oder der gemeinsame Monarch? Die österreichisch-ungarische Krone?

verstanden werden) verlange. Denn darin besteht das Wesen des Dualismus, dass zwei souveräne Sonderstaaten für je einen bestimmten Competenzkreis existiren, und dass dann die diese Staaten bewohnenden Menschen und deren Land für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten Einen Staat bilden, der nur Ein politisches Staatsvolk und Ein einheitliches Staatsgebiet enthält und enthalten kann; das ist das Wesen des Dualismus. Und es ist nach dem positiven österreichisch-ungarischen Reichsrechte unrichtig, dass ein „getheiltes Budgetrecht der Delegationen und der beiden Legislativen“ bestehe. Die Delegationen allein erzeugen den gemeinsamen Volkswillen in Betreff der Geldbewilligung für den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatshaushalt, und dieser Volkswille wird durch die Sanction des österreichisch-ungarischen Kaisers Reichsfinanzgesetz. Der Bericht des Verfassungsausschusses aber enthält die Anschauung, dass sowohl die österreichisch-ungarische Delegation, als auch die Parlamente der Sonderstaaten ein Geldbewilligungsrecht für die gemeinsamen Angelegenheiten haben; er sucht nach Gründen und führt solche an, wonach dieses Bewilligungsrecht für einen bestimmten Theil der Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten in den occupirten Provinzen — nämlich für die bleibenden Investitionen — eben den Sonderstaatsparlamenten durch dieses „Constitutivgesetz“ eingeräumt werden solle. Es ist ferner gegen die Natur des Staates und gegen den Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung, dass die Sonderstaatsregierungen die gemeinsamen Angelegenheiten verwalten und die Sonderstaatsparlamente, Reichsrath und Reichstag, mitwirken an der Gesetzgebung für gemeinsame Angelegenheiten — daher hier für das durch die Monarchie occupirte Gebiet; dass somit nach dem neuen mit dem Geiste der Reichsverfassung harmonirenden Gesetze „auf dessen Verwaltung auch die beiderseitigen Regierungen und auf dessen Gesetzgebung nach §. 4 des Entwurfes theilweise auch die diesseitigen Legislativen Einfluss nehmen“. Es ist staatsbegrifflich und nach österreichisch-ungarischem Staatsrechte unmöglich, dass die Sonderregierung als solche gemeinsame Angelegenheiten verwalte und hiefür — namentlich für die hiezu nöthigen und verwendeten Geldsummen — wieder dem Sonder-

parlamente verantwortlich sei, dass also „die diesseitige Regierung, welche bei den vorausgängigen Berathungen mit dem gemeinsamen Ministerium solchen (dauernden) Anlagen zugestimmt hat, nach Aussen hin für diesen Act auch die ihr dafür zukommende Verantwortung übernehme und dies nur thun könne, indem sie eine solche Creditforderung vor ihrem constitutionellen Geldbewilligungskörper vertritt, und das ist für die diesseitige Regierung der Reichsrath“ (S. 5).

Denn die Sonderregierungen haben der gemeinsamen Regierung Nichts zu bewilligen, sondern nur die Delegation. Für die Verwendung aber der bewilligten gemeinsamen Gelder haftet einzig und allein das gemeinsame Ministerium.

Und nach der Reichsverfassung ist „Ein gemeinsames Ministerium errichtet für die Gegenstände, welche als in der That gemeinsam, weder unter die gesonderte Regierung der Länder der ungarischen Krone, noch der übrigen Länder Seiner Majestät gehören“. Und „verantwortlich wird ein jedes Mitglied dieses Ministeriums bezüglich alles dessen sein, was in sein Bereich gehört, verantwortlich wird aber auch das ganze Ministerium gemeinschaftlich bezüglich jener amtlichen Verfügungen sein, welche es gemeinschaftlich festgestellt hat“. Und §. 5 des deutschen Textes sagt: „Die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten wird durch ein gemeinsames verantwortliches Ministerium besorgt.“

Auch §. 41 des G. A. XII sagt noch insbesondere: „Der gemeinsame Finanzminister wird für die Verwendung der übernommenen Summe zu den bestimmten Zwecken verantwortlich sein, wobei es selbstverständlich ist, dass derjenige, welcher mit diesen Summen gebahrt, zu genauer Rechnungslegung verpflichtet sein wird.“

Das Ausgleichsgesetz — und zwar der ungarische Text allein, dessen Bestimmungen hier aber allerdings für beide Hälften Gesetz sind — räumt nun allerdings im §. 40 „den beiden besonderen verantwortlichen Ministerien“ eine gewisse „Einflussnahme“ gegenüber dem gemeinsamen Ministerium ein, und zwar bezüglich der „Ausarbeitung des gemeinsamen Budgets“. ⁹²⁾

⁹²⁾ G. A. XII. §. 40: „Die Feststellung des gemeinsamen Budgets wird den jährlich wiederkehrenden wichtigsten Theil der Aufgabe dieser Delegationen

Auch hier kann aber nur von einer informirenden und berathenden Thätigkeit der Einzelstaatsministerien in dem oben angegebenen Sinne gegenüber dem Reichsministerium die Rede sein. Es ist selbstverständlich, dass die Sonderstaatsministerien nicht etwa auf den gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Staatshaushalt selbst, etwa auf die Höhe desselben oder einzelner Titel etc. Einfluss nehmen können. Und auch hier kann von einer Verantwortung der Sonderministerien gegenüber dem Reichsrathe für das gemeinsame Budget, welches das österreichisch-ungarische verantwortliche Ministerium den Delegationen vorlegt, nicht die Rede sein. Das Ministerium kann dem Reichsrathe höchstens dafür verantwortlich sein, dass es das Interesse des Staates Cisleithanien bei der Reichsregierung diesbezüglich zur Sprache gebracht habe.

Es ist also im Ausgleichsgesetze keineswegs eine theilweise Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten durch die Sonderministerien, und etwa wieder eine Verantwortung der Sonderministerien für ihre Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten gegenüber den Staatsparlamenten der Sonderstaaten constituirt.

Staatsbegrifflich unmöglich und vollkommen unrichtig nach dem positiven österreichisch-ungarischen Staatsrechte ist es ferner, wenn der Bericht des Verfassungsausschusses die Entscheidung über die Aufnahme eines gemeinsamen Anlehens „den beiden Legislativen“ (S. 5) der Sonderstaaten zuerkennt, wenn er in den Delegationen „die Form für die Theilnahme der Repräsentative (des Sonderstaates) an der Verwaltung gemeinsamer Angelegenheiten“ erblickt (S. 5), wenn er „eine Zweitheilung des Budgetrechtes“ (S. 4) für die gemeinsamen Angelegenheiten, desgleichen „einen Gegensatz zwischen Delegation und Reichs-

bilden. Dieses Budget, welches sich bloß auf jene Ausgaben erstrecken darf die in der gegenwärtigen Feststellung als gemeinsam bezeichnet sind, wird das gemeinsame Ministerium mit Einflussnahme der beiden besonderen verantwortlichen Ministerien ausarbeiten und so jeder Delegation gesondert vorlegen. Die Delegationen werden es nach dem oben beschriebenen Modus berathen und ihre Bemerkungen einander schriftlich mittheilen; über die Punkte, in Betreff welcher ihre Ansichten sich nicht vereinigen würden, entscheiden sie durch Abstimmung in gemeinschaftlicher Sitzung.“

rath“ (als Staatsparlament) behauptet (S. 5), ferner die Delegationen als zwei „Körper“ erklärt (S. 5); und es ist endlich die Behauptung eine positiv staatsrechtlich unrichtige (S. 6), dass „die materielle Gesetzgebung über Civil-, Criminalrecht und Verwaltungseinrichtungen in jenen Ländern dem Kaiser zustehe, als dem Träger der factischen Staatshoheit“, ausser es wird unter dem Kaiser der gemeinsame, österreichisch-ungarische Kaiser, und nicht das cisleithanische Staatsoberhaupt verstanden. Und so enthält der Bericht des Verfassungsausschusses alle die grossen staatsbegrifflichen und staatsrechtlichen Irrthümer, welche über das österreichisch-ungarische Staatsrecht so vielfach in der öffentlichen Meinung existiren. Dadurch werden alle Competenzen, sowohl des Bundesstaates Oesterreich-Ungarn, als der Sonderstaaten vermischt und verwirrt; die gemeinsamen Angelegenheiten wie die Einzelstaatsangelegenheiten werden als die öffentlichen Angelegenheiten desselben Staates aufgefasst, die gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Reichsorgane — gemeinsamer Reichstag und gemeinsames Ministerium — werden mit den Organen der Sonderstaaten — Einzelstaatsparlamenten und deren Regierungen — verwechselt und nicht als Organe verschiedener Staaten erkannt etc.

Und so wurde allerdings durch die bosnische Angelegenheit die Verfassung verletzt; aber diese Verfassungsverletzung traf nicht, wie man behauptete und fürchtete, die Verfassungen der souveränen Einzelstaaten; eine Verfassungsverletzung erfolgte nicht durch die Zuweisung dieses Gesetzentwurfes über die Verwaltung der occupirten Provinzen an die Delegationen; ja die Ausgleichsgesetzgebung und Reichsverfassung wäre unverletzt geblieben, wenn zur Schaffung dieses gemeinsamen Gesetzes über die provisorische Gesetzgebung und Verwaltung Oesterreich-Ungarns in Bosnien und der Herzegowina die Delegation mitgewirkt hätte und verfassungsmässig hiezu berufen worden wäre.

Nicht die Verfassung der Sonderstaaten wurde alterirt durch dieses bosnische Gesetz, sondern die Reichsverfassung wurde, wenn auch nicht *mala fide* — schwer verletzt.

Denn diese identischen Gesetze in Ungarn und Cislei-

thanien sind ein weiterer Versuch, die Reichsangelegenheiten dem Reiche zu entziehen, und sie den souveränen Sonderstaaten zuzuweisen.

Diese Ordnung der bosnischen Verwaltungsfrage wäre, wenn sie in der Praxis durchgeführt werden könnte, eine neue schwere Verletzung der österreichisch-ungarischen Monarchie, eine Vergewaltigung des Reichsstaatsrechtes durch die Sonderstaaten. Wieder wäre dem Reiche entzogen, was nach der Natur der Dinge und gemäss des positiven Staatsrechtes des Reiches ist. Thatsächlich und rechtlich ist es natürlich unmöglich, dass die Sonderstaatsparlamente und deren Regierungen in dieser staatsrechtlichen Eigenschaft an der provisorischen Gesetzgebung und Verwaltung in Bosnien und der Herzegowina mitwirken.

Sonach erhellt als Resultat der staatsrechtlichen Betrachtung der Regierungsvorlage über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina:

1. Die Verwaltung der von der österreichisch-ungarischen Monarchie occupirten Provinzen ist eine österreichisch-ungarische, eine (mit Rücksicht auf die beiden Reichsprovinzen Cisleithanien und Ungarn) gemeinsame Angelegenheit.

2. Es ist daher eine staatsbegriffliche und staatsrechtliche Unmöglichkeit, dass etwa die souveränen Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien Gesetze identischen Inhaltes über die Verwaltung der occupirten Provinzen seitens des Reiches schaffen. Solche cisleithanische und ungarische Staatsgesetze mit übereinstimmendem Inhalte über die Verwaltung der occupirten Provinzen wären daher rechtlich vollkommen ungiltig und unwirksam.

3. Insoferne diese Provinzen nicht rücksichtlich aller Gebiete des staatlichen Lebens absolut regiert und verwaltet werden sollen, insoweit diese Verwaltung der fremden Provinzen — z. B. auf wirthschaftlichem Gebiete — durch den constitutionellen österreichisch-ungarischen Reichswillen und die verfassungsmässige Verordnung erfolgen soll, können zur Mitwirkung an der provisorischen Gesetzgebung durch das Reich und zur Controle der Reichsverwaltung nur die österreichisch-ungarischen Reichsvolksvertretungsorgane — weiterer Reichstag und Delegation — herangezogen werden.

4. Das cisleithanische Gesetz vom 22. Februar 1880 und der ungarische Gesetzartikel VI vom Jahre 1880 betreffend die durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 an Oesterreich-Ungarn übertragene Verwaltung Bosniens und der Herzegowina sind nur dann rechtskräftige und rechtswirksame Gesetze, wenn sie als das in deutscher und ungarischer Sprache erschienene österreichisch-ungarische Reichsgesetz in Betreff der Verwaltung dieser occupirten Provinzen durch das österreichisch-ungarische Reich betrachtet werden; d. h., wenn supponirt wird, dass dieses Gesetz vom weiteren Reichstage unter Mitwirkung der das gemeinsame Ministerium vertretenden Einzelstaatsministerien (also von diesen als Reichsorganen) geschaffen, und von der kaiserlichen und königlichen (gemeinsamen) österreichisch-ungarischen Krone sanctionirt wurde.

5. Dieses Gesetz über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina ist nur dann für die Oesterreicher-Ungarn gesetzlich publicirt, wenn ebenfalls angenommen wird, dass die allein — ohne das gemeinsame Ministerium — contrasignirten Sonderstaatsministerien wieder als Reichsorgane — in Stellvertretung des gemeinsamen Ministeriums — erscheinen, und dass das Reich sich zur Publication seines Gesetzes in seinen beiden Provinzen der Gesetzblätter und Amtsblätter, die zugleich auch Gesetzblätter und Amtsblätter der souveränen Sonderstaaten sind, bedient habe.

C. Oesterreich-Ungarn — der monarchische Bundesstaat in Europa.

Der monarchische Bundesstaat Oesterreich-Ungarn besteht nicht nur völkerrechtlich, sondern auch staatsrechtlich. Gäbe es nicht eine die Bewohner diesseits wie jenseits der Leitha zu einem Staate zusammenfassende, eine ihnen gemeinsame Monarchie, wie könnte diese nicht existirende österreichisch-ungarische Monarchie gegenüber den anderen Staaten in die Erscheinung treten als eine wollende und handelnde Einheit? Wie könnten Cisleithanien und Transleithanien, wären sie nicht eine Einheit, ein Staat auf dem Gebiete und für den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten, den auswärtigen Mächten als „österreichisch-ungarisches Reich“ erscheinen? Wenn die Bewohner Ungarns und Cisleithaniens bezüglich der gemeinsamen, österreichisch-ungarischen öffentlichen Angelegenheiten in Verbindung mit der gemeinsamen Krone nicht einen einheitlichen Reichswillen erzeugten, wie könnte dieser Reichswille gegenüber anderen Staaten ausgesprochen werden? Und wie könnte ein österreichisch-ungarischer Reichswille, bestünde er nicht, und hätte die österreichisch-ungarische Monarchie als souveräne Persönlichkeit nicht die Fähigkeit der Verwirklichung dieses ihres Willens (die Handlungsfähigkeit), besäße sie nicht den für ihr Handeln nöthigen Organismus, wie könnte dieser österreichisch-ungarische Staatswille gegenüber den anderen Staaten verwirklicht werden?

Gewiss, wenn eine Monarchie, ein Staat gegenüber den anderen Staaten nach Aussen existirt, dann existirt und lebt er in derselben Ausdehnung und mit demselben Competenzkreise auch nach Innen für die Staatsangehörigen; sicher ist es unmöglich, die völkerrechtliche

Existenz eines Staates zu concediren und anzuerkennen, die staatsrechtliche Existenz aber zu leugnen. Die Trennung der völkerrechtlichen Existenz von der staatsrechtlichen Existenz ist nicht weniger unmöglich, als die Existenz eines Menschen bloss für die Aussenwelt, ohne das Vorhandensein aller inneren Organe, durch deren Bestand und organische Einheit ja eben die Erscheinung dieses Menschen für die Aussenwelt nur möglich ist. Ebenso könnte man dann auch die Behauptung aufstellen, ein Mensch existire zwar für seine Mitmenschen, er lebe, er wolle und handle ihnen gegenüber, aber nach Innen existire er nicht, es fehlen ihm sämtliche Organe für dieses einheitliche Leben nach Aussen; oder man könnte — analog der Behauptung — die nach Aussen Eine österreichisch-ungarische Monarchie sei nach Innen zwei Monarchien, eine ungarische und eine cisleithanische, argumentiren, dieser für die Aussenwelt und gegenüber den anderen Menschen Eine Mensch bestehe im Innern aus zwei ganz anderen Menschen.

I. Oesterreichisch-ungarische Krone und österreichisch-ungarische Reichsbürgerschaft.

Existirt nun dem Auslande gegenüber eine österreichisch-ungarische Monarchie, ein österreichisch-ungarischer Staat, so müssen eben naturnothwendig alle wesentlichen Glieder, alle Organe des monarchischen Staates zunächst dem Auslande gegenüber vorhanden sein. Ist ein gemeinsames, ein österreichisch-ungarisches Ministerium des Auswärtigen vorhanden, so folgt nach dem organischen Staatsbegriffe, dass auch derjenige Factor existiren muss, der durch das Ministerium des Auswärtigen die ihm originär zustehende österreichisch-ungarische Staatsgewalt nach Aussen ausübt. Es muss:

1. ein gemeinsames, einheitliches monarchisches Staatsoberhaupt factisch vorhanden sein und rechtlich anerkannt werden. Es muss ein österreichisch-ungarischer Monarch gegenüber dem Auslande, und daher eine einheitliche österreichisch-ungarische Kaiserkrone existiren und zugestanden werden. Und ist der Staat die souveräne Einheit der ihm angehörenden Menschen, und existirt dem Auslande gegenüber diese österreichisch-ungarische Monarchie, so

ergibt sich daraus mit absoluter Nothwendigkeit die Existenz derjenigen Theile, deren Einheit die Monarchie nach Aussen ist, d. h. der Angehörigen an diese gemeinsame Monarchie; es muss daher die Existenz von

2. Oesterreichisch-ungarischen Staatsbürgern gegenüber dem Auslande anerkannt werden.

Es besteht nothwendig eine österreichisch-ungarische Reichsangehörigkeit — bedingt durch die Staatsangehörigkeit an einen der beiden Sonderstaaten Cisleithanien oder Ungarn; es besteht rechtlich, wenn auch nur stillschweigend, nicht vom objectiven Rechte ausdrücklich ausgesprochen, so doch als eine unvermeidliche Consequenz des österreichisch-ungarischen Reichsstaatsrechtes — ein einheitliches österreichisch-ungarisches Reichsbürgerrecht gegenüber dem Auslande.

Der ausführliche Nachweis des Bestehens einer österreichisch-ungarischen Reichskrone aus dem Ausgleichsgesetze, und der österreichisch-ungarischen Reichsangehörigkeit gegenüber dem Auslande aus dem positiven Rechte liegt ausserhalb der Grenzen dieser Untersuchungen nach der Competenz der Volksvertretung Oesterreich - Ungarns zur Behandlung des Berliner Vertrages und der bosnischen Verwaltungsvorlage. Nur im Allgemeinen soll hier noch auf die entscheidenden Momente hingewiesen werden.

Der österreichisch-ungarische Monarch ist vertreten bei den Staaten der Erde, die im völkerrechtlichen Verkehre stehen, durch die österreichisch-ungarischen Reichsgesandten; bei dieser einheitlichen österreichisch-ungarischen Reichskrone sind die Botschafter und Gesandten der anderen Staaten accreditirt; der österreichisch-ungarische Kaiser schliesst die Staatsverträge ab, er erklärt im Namen und als oberstes Organ des österreichisch-ungarischen Reiches den Krieg, er führt das Reichsheer gegen die Reichsfeinde, der österreichisch-ungarische Monarch schliesst den Frieden ab, und es war die einheitliche österreichisch-ungarische Krone, welche in Bosnien und der Herzegowina mit ihrer Reichsarmee einrückte; diese Krone vereinbarte mit der Türkei die Convention vom 21. April 1879 und es ist diese österreichisch-ungarische Krone, welche gegenwärtig durch die Reichsorgane die occupirten Provinzen

Bosnien und die Herzegowina verwaltet. Es war der österreichisch-ungarische Monarch, welcher den bosnischen Deputirten die Versicherung ertheilte, dass seine Regierung gleiche Gerechtigkeit für alle habe und das Wohl des Landes unverrückt anstreben werde, der sie beauftragte, ihren Mitbürgern daheim zu sagen, dass der „Kaiser“ sein Wort halten werde.

Desgleichen besteht dem Auslande gegenüber eine einheitliche österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit.

Jeder Angehörige der Sonderstaaten Cisleithanien und Ungarn erscheint dem Auslande gegenüber als österreichisch-ungarischer Reichsangehöriger.

Es ist ja die Einheit aller dieser Oesterreicher-Ungarn, welche dem Auslande gegenüber durch die österreichisch-ungarische Krone repräsentirt wird. Für die anderen Staaten gibt es keine ungarischen, keine cisleithanischen Staatsangehörigen, sondern nur gemeinsame, österreichisch-ungarische Reichsangehörige. Diese werden eventuell verletzt von den fremden Staaten, diese werden als Reichsangehörige gegenüber den fremden Staaten von den Reichsorganen (Botschaftern, Gesandten, Consuln) geschützt. Die Soldaten der stehenden Armee, der Flotte, erscheinen als solche österreichisch-ungarische Staatsangehörige gegenüber dem Auslande, und solche Reichsangehörige sind die Botschafter, Gesandten, Consuln etc. Oesterreich-Ungarns.

Und diese oft bestrittene, aber staatsbegrifflich und staatsrechtlich unmöglich zu bestreitende einheitliche österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit, sie findet auch ihren rechtlichen Ausdruck in öffentlichen und ämtlichen Documenten, in den Staatsverträgen Oesterreich-Ungarns mit anderen Staaten, in Erlässen und Gesetzen. Denn die Natur der Dinge erzwingt ihre Anerkennung.

Ruhig und unangefochten erscheint die österreichisch-ungarische Staatsbürgerschaft in den Staatsverträgen, ja Oesterreich-Ungarn schliesst besondere Verträge gerade wegen Regelung dieser österreichisch-ungarischen Staatsbürgerschaft ab. Dies ist z. B. der Fall in dem „Staatsvertrage vom 20. September 1870 mit den Vereinigten Staaten von Amerika ⁹³⁾

⁹³⁾ Ungarischer Gesetzartikel XLIII vom Jahre 1871 „über den mit den

wegen Regelung der Staatsbürgerschaft der aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den Vereinigten Staaten von Amerika und aus diesen nach Oesterreich-Ungarn auswandernden gegenseitigen Staatsangehörigen“ (R.-G.-Bl. 1871, Nr. 74). „Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn“ — heisst es Eingangs des Vertrages — „und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, von dem Wunsche geleitet, die Staatsbürgerschaft jener Personen zu regeln, welche aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den Vereinigten Staaten von Amerika und aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach den Staatsgebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie auswandern, haben beschlossen, über diesen Gegenstand in Verhandlung zu treten“

So heisst es im Artikel I:

„Staatsbürger der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche sich ununterbrochen durch wenigsten 5 Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgehalten haben und während dieses Aufenthaltes naturalisirte Bürger der Vereinigten Staaten geworden sind, sollen von der Regierung Oesterreich-Ungarns als amerikanische Bürger angesehen und als solche behandelt werden.“

Und im Artikel IV:

„Derjenige, welcher aus dem einen Staate auswandert und nach Artikel I als Angehöriger des anderen Staates zu erachten ist, soll bei etwaiger Rückkehr in sein früheres Vaterland nicht angehalten werden können, in die alte Staatsangehörigkeit einzutreten. Wenn er dieselbe mit seinem Willen jedoch wieder erwirbt und auf sein durch

Vereinigten Staaten von Amerika behufs Regelung der Staatsbürgerschaft der auswandernden Individuen unterm 20. September 1870 abgeschlossenen Staatsvertrag (Sanctionirt am 10. Juni 1871)“.

§. 1.

„Der zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Apostolischen König von Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika behufs Regelung der Staatsbürgerschaft der auswandernden Individuen abgeschlossene Staatsvertrag wird hiemit unter die Landesgesetze inarticulirt“ (Folgt der identische Text des Vertrages.)

Naturalisation erworbenes Staatsbürgerrecht wieder verzichtet, so soll ein solcher Verzicht zulässig und soll für die Anerkennung der Wiedererwerbung des Staatsbürgerrechtes im ursprünglichen Heimatsstaate eine gewisse Dauer des Aufenthaltes in diesem Staate nicht erforderlich sein.“

So z. B. sagt der „Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 27. December 1878 zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien“ ⁹⁴⁾, (R. G. Bl. 1878 Nr. 11, im Artikel I:

„Zwischen den Unterthanen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Königreichs Italien wird vollständige Handels- und Schifffahrtsfreiheit bestehen;“ und Artikel III:

„Die Unterthanen jedes der beiden hohen contrahirenden Theile werden in dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste zu Wasser und zu Lande, in der regulären Armee, der Miliz oder Nationalgarde befreit sein“ etc.

Desgleichen erscheint diese österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit im „Staatsvertrage zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Schweiz vom 7. December 1875“ ⁹⁵⁾ wegen Regelung der Niederlassungsverhältnisse, Befreiung vom Militärdienste und den Militärsteuern, gleichmässiger Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen in dem Gebiete des anderen vertragenden Theiles, gegenseitiger unentgeltlicher Verpflegung der mittellosen, er-

⁹⁴⁾ Gesetzartikel I des Jahres 1879 „über den mit Italien am 27. December 1878 abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag (sanctionirt am 28. Jänner 1879, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 1. Februar 1879)“.

⁹⁵⁾ Gesetzartikel XII „über die Inarticulirung des mit der schweizerischen Eidgenossenschaft in Betreff der Niederlassungen am 7. December 1875 abgeschlossenen Staatsvertrages (sanctionirt am 7. Mai 1876, kundgemacht in beiden Häusern des Reichstages am 12. Mai 1876)“.

„Der durch die Bevollmächtigten Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät und der schweizerischen Eidgenossenschaft wegen Regelung der Niederlassungsverhältnisse der Staatsbürger am 7. December 1875 zu Bern abgeschlossene Staatsvertrag wird, nachdem derselbe durch den Reichstag angenommen und von beiden Theilen auf die übliche Art ratificirt worden ist, hiemit inarticulirt.“

Der Wortlaut des Vertrages ist folgender“: (folgt der identische Vertragstext).

krankten oder verunglückten Staatsangehörigen und gegenseitiger und kostenfreier Mittheilung von amtlichen Auszügen aus den Geburts-, Trauungs- und Sterberegistern“ (R. G. Bl. 1876, Nr. 70).

Fortwährend ist in diesem Vertrage die Rede von den „Staatsangehörigen des einen der contrahirenden Staaten“ etc.; so heisst es z. B. im Artikel 8:

„In allen Geburts-, Trauungs- und Todesfällen österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger in der Schweiz und umgekehrt schweizerischer Staatsangehöriger in Oesterreich-Ungarn werden die competenten kirchlichen und weltlichen Functionäre die amtlichen Auszüge aus den Kirchenbüchern, respective Standesregistern (*registres d'état civil*) ohne Verzug und kostenfrei ausfertigen und dieselben in Oesterreich-Ungarn an die Gesandtschaft der schweizerischen Eidgenossenschaft in Wien und in der Schweiz an die k. u. k. österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Bern gelangen lassen.“

Ebenso findet sich die ausdrückliche Anerkennung einer einheitlichen den Cisleithaniern wie den Ungarn gleich zukommenden Staatsangehörigkeit gegenüber dem Auslande, d. h. die ausdrückliche Anerkennung einer gemeinsamen österreichisch-ungarischen Reichsangehörigkeit ausgesprochen in dem Erlasse des k. k. Justizministeriums vom 28. Jänner 1877, Z. 966, an sämtliche k. k. Oberlandesgerichte und Oberstaatsanwaltschaften:

„Aus Anlass eines vorgekommenen Falles“ — sagt dieser Erlass — „wird hiemit in Erinnerung gebracht, dass die österreichische und ungarische Staatsbürgerschaft, entsprechend der international einheitlichen Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie solche durch das Gesetz vom 21. December 1867, Reichsgesetzblatt 146, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und namentlich durch dessen §. 1 lit. a gegeben ist, im Verkehre mit dem Auslande als eine einheitliche Staatsangehörigkeit aufzufassen sind, und dass daher Angehörige der ungarischen Reichshälfte, welche ausserhalb der österreichisch-ungarischen

Monarchie eine strafbare Handlung begangen haben und im Gebiete der im Reichsrathe vertretenen Länder betreten werden, niemals an das Ausland ausgeliefert werden können. In derartigen Fällen ist, insoferne es sich um ein Verbrechen oder Vergehen handelt, im Sinne der mit dem Justizministerialerlasse vom 26. Mai 1875, Z. 6742, kundgemachten Vereinbarung mit dem königl. ungarischen Justizministerium das im §. 59 Strafprocessordnung vorgezeichnete Verfahren durch Verhandlung mit dem königl. ungarischen Gerichte des Heimatsortes einzuleiten“.

Und §. 17 des ungarischen Strafgesetzes vom Jahre 1878 bestimmt: „Ein Angehöriger des anderen Staates der Monarchie darf nur der Behörde jenes Staates, dem er angehört, ausgeliefert werden.“

Und diese einheitliche österreichisch-ungarische Krone und die einheitliche österreichisch-ungarische Staatsbürgerschaft, sie existiren nicht nur factisch und rechtlich gegenüber dem Auslande, sondern sie bestehen natürlich auch factisch und rechtlich gegenüber den eigenen Staatsgliedern und Staatsorganen; sie existiren nicht nur völkerrechtlich, sondern auch staatsrechtlich, und zwar für das Gebiet der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten.

Es ist die österreichisch-ungarische Krone, welche die Glieder des gemeinsamen Verwaltungsorganismus ernennt, die gemeinsamen Reichsminister, alle gemeinsamen höheren Beamten, den Präsidenten des gemeinsamen Rechnungshofes, den Gouverneur der gemeinsamen Bank, die beiden Vicegouverneure, alle Botschafter, Gesandten, Consuln und deren Beamte; es ist der österreichisch-ungarische Monarch, welcher als oberster Kriegsherr den Oberbefehl führt über die bewaffnete Macht, welcher alle Officiere der Reichsarmee ernennt; ihm geloben alle diese Organe Treue und Gehorsam, und er übt die Reichsgewalt durch die verantwortlichen Reichsminister und Beamten aus. Es ist der österreichisch-ungarische Kaiser, welcher das wesentlichste Recht der Krone hat und ausübt, das Recht der freien Sanction des gemeinsamen Volkswillens und das Recht der Verordnung.

Der österreichisch-ungarische Kaiser sanctionirt den ge-

meinsamen Volkswillen, die Beschlüsse des weiteren Reichstages und die Beschlüsse der einheitlichen Delegation, er ratificirt die gemeinsamen Staatsverträge und publicirt sie. Der gemeinsame Kaiser beruft diese Delegation ein, er schliesst durch den Präsidenten der Delegationstheile die Session. Im Namen des gemeinsamen Kaisers und unter Berufung auf die Zustimmung der verfassungsmässigen, gemeinsamen Volksvertretung oder deren Stellvertreter, der Delegation, werden die gemeinsamen Gesetze kundgemacht. Der österreichisch-ungarische Kaiser verleiht Orden an die Staatsbürger der gemeinsamen Monarchie, wie an Ausländer. Es ist der österreichisch-ungarische Kaiser, welchem von den Reichsunterthanen und Reichsbürgern der staatsbürgerliche Gehorsam und die Unterthanentreue zu leisten ist. Auch die österreichisch-ungarische Majestät ist geheiligt, unverletzlich und unverantwortlich, wenn auch dieses Majestätsrecht im Ausgleichsgesetze nicht ausdrücklich anerkannt ist; und der österreichisch-ungarische Thronfolger besteigt kraft des Geburtsrechtes — ohne besondere Anerkennung von Seite des Parlamentes — den österreichisch-ungarischen Kaiserthron. Der gemeinsame Kaiser hat das Recht auf Führung der Reichsinsignien, den zweiköpfigen Adler, Reichssiegel etc.

Merkwürdiger Weise hat der österreichisch-ungarische Monarch keine Civilliste, indem kein Budget des österreichisch-ungarischen Hofstaates votirt wird.

Desgleichen ergibt sich die österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit⁹⁶⁾ auch für das innere

⁹⁶⁾ So spricht z. B. auch die Verordnung des Finanzministeriums vom 2. October 1868 „über die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder einerseits, dann der Länder der ungarischen Krone andererseits in Ansehung des Stempel-, Gebühren- und Taxwesens“ (R. G. Bl. J. 1868 Nr. 135) von einer Staatsbürgerschaft in beiden Reichshälften in §. 5 lit. b:

„Die Gebühr für den übrigen beweglichen Nachlass hat jener Reichshälfte zuzufallen, welcher der Erblasser als Staatsbürger angehört. Falls aber der Erblasser in den beiden Reichshälften die Staatsbürgerschaft besitzt, ist jene Reichshälfte bezugsberechtigt, in welcher sich der Geburtsort des Erblassers befindet, oder wenn der letztere im Auslande geboren ist, in welcher er gestorben ist. Befände sich aber auch der Sterbeort im Auslande, so hat jedem Finanzgebiete die Gebühr von der Hälfte des freien beweglichen Nachlasses zuzukommen!“

Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie mit Nothwendigkeit aus dem Ausgleichsgesetze, sie ist stillschweigend und zweifellos im österreichisch-ungarischen Staatsrechte eingeschlossen und enthalten, wenn sie auch nicht ausdrücklich rechtlich ausgesprochen ward. Die österreichisch-ungarische Reichsangehörigkeit ist eine nothwendige Folge der Angehörigkeit an einen der beiden Sonderstaaten. Diese Reichsangehörigkeit ist nothwendig verbunden und gegeben mit der cisleithanischen oder mit der ungarischen Staatsangehörigkeit, insoferne jede dieser beiden Staatsbürgerschaften genügt, um Organ des österreichisch-ungarischen Staates zu werden. Alle gemeinsamen Beamten sind österreichisch-ungarische Staatsbürger, Inländer in beiden Reichshälften, die österreichisch-ungarischen gemeinsamen Minister mit allen ihnen unterstehenden Beamten — daher alle Glieder der bosnischen Landesregierung — alle österreichisch-ungarischen Botschafter, Gesandten mit deren Beamten; alle Abgeordneten in ihrer zweiten staatsrechtlichen Qualität, d. h. als Mitglieder des gemeinsamen, des weiteren Reichstages, sind Reichsbürger und Reichsunterthanen, daher auch alle Delegirten. Als österreichisch-ungarische Reichsangehörige endlich suchen die Cisleithanier und die Ungarn Schutz und Hilfe bei den gemeinsamen Gesandten, Botschaftern, Consuln, bei den österreichisch-ungarischen Consulargerichten; als solche unterstehen sie der österreichisch-ungarischen Reichsgewalt und deren Organen, den Reichsbehörden, dem Reichskriegsministerium, den Militärgerichten, dem Reichsfinanzministerium, dem Ministerium des Auswärtigen etc.; sie schulden Gehorsam den gemeinsamen Gesetzen, den sanctionirten Beschlüssen des weiteren Reichstages und der Delegation; als österreichisch-ungarische Reichsunterthanen leisten sie die gemeinsamen Abgaben, dienen als Inländer in den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Aemtern, in der österreichisch-ungarischen Armee⁹⁷⁾, kämpfen in

⁹⁷⁾ Nach §. 16 des Wehrgesetzes vom 5. December 1868, R. G. Bl. 46 erscheinen die Angehörigen der beiden Staaten für die stehende Armee als Inländer. Dies ergibt sich auch aus §. 6 des Wehrgesetzes. Ferner sagt die Instruction zum Wehrgesetz im I. Theile, I. Abschnitt §. 2, 4: „Für das stehende Heer und die Kriegsmarine gilt jeder Wehrpflichtige

dieser Reichsarmee für ihr Vaterland, das Reich Oesterreich-Ungarn, und schulden die staatsbürgerliche Treue und den Gehorsam dem gemeinsamen Kaiser und dem Reiche.

Daher bestraft auch der neue cisleithanische Strafgesetzentwurf (Regierungsvorlage) — der Natur der Sache nothwendig Rechnung tragend — Verbrechen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie und deren Organe (§. 89, 93, 94, 99, 102, 113, 114, 116, 118, 122, 124 etc.); desgleichen ahndet das ungarische geltende Strafgesetz (§. 127, 142—146, 152, 165, 173, 262, 269, 270, 449—460) solche Verbrechen und Vergehen gegen den gemeinsamen Staat, d. i. gegen die österreichisch-ungarische Monarchie.

Aus diesen Bestimmungen des Strafgesetzes ergibt sich mit Nothwendigkeit die Reichseinheit für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten und dem zu Folge der rechtliche Bestand der Reichsangehörigkeit. Und spricht es denn das Ausgleichsgesetz irgendwo aus, dass es keine österreichisch-ungarische Reichsangehörigkeit gebe? Oder folgt daraus schon, dass das Ausgleichsgesetz die Reichsangehörigkeit nicht ausdrücklich und positiv ausspricht, dass diese gemeinsame Staatsangehörigkeit auch nicht vorhanden sein könne als unabweisbare Consequenz und Folge des vom Gesetze geschaffenen staatlichen Zustandes — d. i. der ge-

beider Staaten der Monarchie als Inländer, für die Landwehr jedoch nur derjenige, welcher die Staatsbürgerschaft des betreffenden Staates besitzt“. Daraus ergibt sich also Eine Staatsbürgerschaft, d. h. die Reichsangehörigkeit für das stehende Heer und die Kriegsmarine. Der Ungar und der Cisleithanier können als Inländer nur dann in der Einen österreichisch-ungarischen Armee ihre Wehrpflicht erfüllen, wenn sie gleicherweise Angehörige desjenigen Staates sind, dessen Armee die österreichisch-ungarische Armee ist, wenn sie also österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind. Und z. B. §. 37 sagt: „Als Inländer ist in Absicht auf die Stellungspflicht jeder anzusehen, welcher die Staatsbürgerschaft in einem der beiden Staaten der Monarchie besitzt.“

Der Ungar und der Cisleithanier erscheinen also in der Armee und für die Armee als Angehörige desselben Staates, als österreichisch-ungarische Staatsangehörige.

Dasselbe gilt bezüglich des Eintretens in alle gemeinsamen Aemter. Auch hier erscheinen die Angehörigen beider Staaten als gleichberechtigte Inländer.

setzlichen Existenz gemeinsamer Organe für Gesetzgebung und Verwaltung? Und ist durch das Schweigen des Gesetzes schon absolut ausgeschlossen, dass die österreichisch-ungarische Staatsbürgerschaft stillschweigend im Gesetze enthalten, stillschweigend von ihm anerkannt sei?

Uebrigens ist diese Reichsangehörigkeit auch direct ausgesprochen, z. B. im §. 93 der Regierungsvorlage des cisleithanischen Strafgesetzentwurfes, welcher bestimmt, dass „gegen Personen, welche der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht angehören, im Kriege nach Kriegsgebrauch zu verfahren ist“. Und das ungarische Strafgesetz sagt im §. 145: „Auf Ausländer sind in den Fällen der Paragraphe 142 und 144 die internationalen Kriegsgesetze anzuwenden.“

Auf Angehörige des anderen Staates der österreichisch-ungarischen Monarchie finden jedoch in den Fällen der §. 142, 143 und 144 die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung“, somit findet das ungarische Gesetz ebenso auf die Cisleithanier Anwendung.

Dessgleichen enthält der §. 17 des ungarischen Gesetzes die indirecte Anerkennung der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigkeit, der „Angehörigkeit an die Monarchie“, wenn er vorschreibt:

„Ein ungarischer Staatsangehöriger darf der Behörde eines anderen Staates niemals ausgeliefert werden.“

Ein Angehöriger des anderen Staates der Monarchie darf nur der Behörde jenes Staates, dem er angehört, ausgeliefert werden“. Denn Eine Monarchie kann nicht aus zwei Staaten bestehen; Eine Monarchie ist Ein Staat.

Die österreichisch-ungarischen Staatsbürger üben endlich auch politische Rechte im engeren Sinne aus gegenüber dem Reiche, insoferne sie die Mitglieder des gemeinsamen, weiteren Reichstages wählen (daher auch indirect die zur Behandlung der österreichisch-ungarischen Angelegenheiten berufenen Delegirten), welcher Reichstag dann theils unmittelbar selbst an der Reichsgesetzgebung mitwirkt und die Controle der Reichsverwaltung ausübt, theils mittelbar durch seinen Stellvertreter, die Delegation diese Function versieht. Im Bundes-

staate Oesterreich-Ungarn wählt jeder Wähler für den „Reichsrath“ in doppelter staatsrechtlicher Qualität, d. h. er wählt als zweifacher Staatsangehöriger den Abgeordneten, resp. Wahlmann, nämlich 1. als Reichsbürger, als österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger und 2. als Einzelstaatsangehöriger, d. i. als Cisleithanier. Das Analoge findet statt betreffs jedes Wählers für den „Reichstag“. Und da dieser Wähler ein und dieselbe physische Person als Mitglied des Staatsparlamentes „Reichsrath, resp. Reichstag“, und als Mitglied des weiteren Reichstages, des österreichisch-ungarischen Reichsparlamentes wählt, so wählt er nothwendig in derselben physischen Person zwei rechtliche Personen, zwei Abgeordnete, nämlich den Volksvertreter des Gesamtstaates und den Abgeordneten des Einzelstaates. Vom Wähler, wie vom Gewählten gilt der Satz: *plures, i. e. duas sustinet personas*.

Das Staatsgebiet aber, auf dem die Oesterreicher-Ungarn ansässig sind, ist das österreichisch-ungarische Staatsgebiet.⁹⁸⁾

Der Oesterreicher-Ungar also, er hat noch ein Vaterland in der Welt, und einen Heimatstaat, er ist nicht überall auf Erden ein Ausländer und ein Fremder, so dass er staatlos harren müsste der Errichtung des Weltstaates mit seinem *jus cosmopoliticum*, um endlich auch Bürger eines Staates zu werden und den Schutz heimatlicher Gesetze zu geniessen.

Wohl kann man der österreichisch-ungarischen Verfassung nicht nachrühmen, was der Republikaner Rousseau als höchsten Vorzug der Lykurgischen Gesetzgebung Spartas preist, dass sie einen ausserordentlichen Gemeingeist in jedem

⁹⁸⁾ Dieses einheitliche Staatsgebiet findet ebenfalls seine rechtliche Anerkennung in den Staatsverträgen, in den Gesetzen. So z. B. im ungarischen Strafgesetze §. 114: „Derjenige ungarische Staatsbürger begeht das Verbrechen des Staatsverrathes und ist mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen, ... welcher dem Feinde bei dem Eindringen oder Vordringen auf dem Gebiete des ungarischen Staates oder der österreichisch-ungarischen Monarchie Vorschub leistet“.

Oder z. B. §. 450: „Wer sich der Wehrpflicht dadurch zu entziehen sucht, dass er das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verlässt oder sich während der Recrutirung ausserhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie aufhält, ist mit Gefängniss bis zu einem Jahre und an Geld bis zu tausend Gulden zu bestrafen“.

Bürger erweckte: *Il lui montra sans cesse la patrie, dans ses lois, dans ses jeux, dans sa maison, dans ses amours, dans ses festins; il ne lui laissa pas un instant de relâche pour être à lui seul.*

Und der strenge Republikaner, dessen Name untrennbar ist von den Ideen der Freiheit und Gleichheit, er erklärt in Uebereinstimmung mit dem klassischen Alterthume die Schaffung dieses Gemeingeistes als die wichtigste Aufgabe der Staatserziehung und der Gesetzgebung in einem freien Staate „*qui doit donner aux ames la forme nationale et diriger tellement leurs opinions et leurs goûts, qu'elles soient patriotes par inclination, par passion, par nécessité! Un enfant, en ouvrant les yeux, doit voir la patrie et j'usqu'à la mort ne doit plus voir qu'elle. Tout vrai républicain suça avec le lait de sa mère l'amour de sa patrie, c'est-à-dire des lois et de la liberté. Cet amour fait toute son existence, il ne voit que la patrie, il ne vit que pour elle; sitôt qu'il est seul, il est nul; sitôt qu'il n'a plus de patrie, il n'est plus; et s'il n'est pas mort, il est pis.*

Wohl ist das „Reich“ selten und kaum genannt im Gesetze, wohl schweigt die Reichsverfassung über die österreichisch ungarische Reichsangehörigkeit! Dafür aber tritt ein in Oesterreich-Ungarn — den Gemeingeist und das Einheitsgefühl erhaltend — die Kraft der historischen Entwicklung und die Macht des wirklichen Lebens, sie führen die Oesterreicher-Ungarn weit hinaus über das geschriebene Recht, und wer möchte leugnen oder tadeln, dass sie lauter sprechen und wirken, als das schweigsame Gesetz?

So finden sich in „Oesterreich-Ungarn“ alle Elemente und Organe, welche durch den Begriff des staatlichen Organismus gefordert sind; es existirt das österreichisch-ungarische Reichsvolk, welches durch seine Organe eine willens- und handlungsfähige Gemeinschaft ist; diese Organe für die Bildung des österreichisch-ungarischen Reichswillens nach Aussen und nach Innen sind — der österreichisch-ungarische Kaiser und die österreichisch - ungarische Volksvertretung (gemeinsamer Reichstag und dessen Stellvertreter, die Delegation); und der Organismus für die vollziehende Gewalt, für die Handlung des Staates nach Aussen und gegenüber der staatlichen Gesell-

schaft besteht aus dem österreichisch-ungarischen Monarchen und dem gemeinsamen Reichsministerium mit dem ihm unterstehenden Beamtenthum. Und in der lebendigen Einheit dieser Organe lebt es fort das alte Oesterreich, das neue „Oesterreich-Ungarn“ als monarchischer Bundesstaat!

2. Die Idee des Bundesstaates.

Es ist hier nicht der Ort jene Einwände eingehend zu widerlegen, welche in neuerer Zeit gegen den Begriff des Bundesstaates erhoben wurden. Man hat den Begriff des Bundesstaates als einen staatsrechtlich unmöglichen gänzlich zurückgewiesen.

Dieser Einwände sind vornehmlich zwei. Man behauptet, der Begriff des Bundesstaates verstosse gegen die beiden wesentlichen Eigenschaften der Staatsgewalt, nämlich:

1. gegen die Einheit, und
2. gegen die Souveränität.

Sind diese Einwürfe wirklich begründet, und ist dadurch der Begriff „Bundesstaat“ aus der Staatslehre und dem Staatsrechte ausgewiesen?

Einheit, Untheilbarkeit der Staatsgewalt bedeutet, dass sämtliche aus dem Begriffe des Staates sich ergebenden Functionen seines persönlichen Lebens — d. i. die Selbstbestimmung des Staates und die Handlungsfähigkeit des Staates — einem und demselben Individuum (Einzelpersönlichkeit oder Gesamtpersönlichkeit) untrennbar und originär zukommen. Eine Trennung der Staatsgewalt in dem Sinne, dass die Function der Selbstbestimmung des Staates — die gesetzgebende Gewalt — dem Einzelindividuum *a* oder der Gesamtpersönlichkeit *a'* originär zustände, die Function der Verwirklichung dieser Selbstbestimmung aber — die vollziehende Gewalt — dem Individuum *b* oder der Gesamtpersönlichkeit *b'* zukäme, ist durch den Begriff des organischen Staates ausgeschlossen. So schrieb z. B. die Theorie von der Trennung der Staatsgewalt dem Volke die gesetzgebende, dem Könige die vollziehende Gewalt originär zu.

Ist nun durch den Begriff „Bundesstaat“ eine solche Trennung der beiden grossen Functionen der Staatsgewalt mit

Nothwendigkeit gesetzt? Kommt etwa im monarchischen Bundesstaate die originäre Innehabung der gesetzgebenden Gewalt einem bestimmten Organe zu, z. B. dem Volke, die originäre Innehabung der vollziehenden Gewalt aber einem anderen Organe, dem Monarchen? Gewiss ist dies durch den Begriff des Bundesstaates nicht gefordert und somit im monarchischen Bundesstaate auch niemals der Fall. Vielmehr kommt auch im Bundesstaate die gesammte Staatsgewalt für den Competenzbereich des Gesamtstaates einem und demselben Organe — dem Souverän des Gesamtstaates — originär zu; und gewiss ist im monarchischen Einzelstaate die Krone für den Competenzbereich des Einzelstaates originärer und ausschliesslicher Inhaber der gesammten Einzelstaatsgewalt. Es ist unbegreiflich, wie man den Einwand erheben konnte, im Bundesstaate liege nothwendig eine Theilung, eine Trennung der ihrem Wesen nach einheitlichen Staatsgewalt vor, d. h. also eine Trennung der gesetzgebenden Gewalt von der vollziehenden Gewalt.

Besteht nicht die einheitliche Bundesstaatsgewalt (Gesamtstaatsgewalt) für das ganze Gebiet der Bundesstaatsangelegenheiten, für das ganze Gebiet der objectiv-identischen Interessen, durch welche alle Bewohner der Einzelstaaten eben zu einer Einheit — dem politischen Reichsvolke — verbunden sind? Und ist die Einheit der Staatsgewalt nicht vorhanden für das ganze Gebiet der Interessen, welche nur für die Angehörigen des Einzelstaates eben als identische existiren, welche daher die Ursache der Einheit der dem Einzelstaate angehörenden Menschen sind? Sowohl die Bundesstaatsgewalt als die Einzelstaatsgewalt haben ebenso das wesentliche Moment der Staatsgewalt — die Einheitlichkeit (Untheilbarkeit) — an sich, als die Staatsgewalt im einfachen Staate. Die einzige Besonderheit der Bundesstaatsgewalt und der Sonderstaatsgewalten liegt vielmehr in dem geringeren Inhalte an Objecten und Zwecken dieser Staatsgewalten im Vergleiche zur Staatsgewalt im einfachen Staate.

Liegt etwa in Oesterreich-Ungarn eine Trennung der Functionen der einheitlichen Staatsgewalt in ihrem Träger, im österreichisch-ungarischen Kaiser, vor? Ist nicht der Kaiser

in Oesterreich-Ungarn der originäre und ausschliessliche Inhaber der gesetzgebenden und vollziehenden österreichisch-ungarischen Staatsgewalt? Er besteigt kraft eigenen Rechtes den gemeinsamen Thron — ohne hiezu etwa der Zustimmung der Volksvertretung zu bedürfen — er beruft den weiteren Reichstag ein, die Delegation, sanctionirt die Beschlüsse der Volksvertretungskörper, schliesst deren Session, publicirt die gemeinsamen Gesetze; der Kaiser ernennt alle Reichsbeamten (gemeinsamen Minister mit den ihnen unterstehenden Organen bis zu einem bestimmten Grade), alle Botschafter, Gesandten, verleiht Orden und Titel; der Kaiser ernennt alle Officiere der Armee, der Marine, er ist oberster Kriegsherr, erklärt Krieg, schliesst Frieden, schliesst die österreichisch-ungarischen Staatsverträge ab etc.

Und ist nicht ebenso der souveräne Träger der Krone des heil. Stephan originärer und ausschliesslicher Inhaber der gesammten ungarischen Staatsgewalt? Und ist dasselbe nicht beim cisleithanischen Staatsoberhaupte in Betreff der cisleithanischen Staatsgewalt der Fall?

Nicht eine Theilung der Staatsgewalt liegt somit im Bundesstaate vor, sondern die Thatsache, dass die Aufgabe der Entwicklung aller Einzelnen und damit der Gemeinschaft, welche im einfachen Staate durch die Eine Gesamtpersönlichkeit vollzogen wird, im Bundesstaate durch zwei Gesamtpersönlichkeiten, zwei Staaten — Gesamtstaat und Einzelstaat — gelöst wird, die nothwendig zur Erfüllung dieser Aufgabe in Betreff derselben physischen Gemeinschaft einheitlich zusammenwirken. Aber ist das Wesen der Persönlichkeit dadurch vernichtet, dass nur ein bestimmter Kreis von Angelegenheiten ihrer ausschliesslichen Regelung, ihrer freien Selbstbestimmung unterworfen ist?

Der erste Einwurf gegen den Begriff „Bundesstaat“ (im weitern Sinne) entsteht somit aus der Verwechslung der beiden Thatsachen: Einheit der beiden persönlichen Functionen der Staatsgewalt im Gesamtstaate wie in den Einzelstaaten, und Beschränkung des Competenzkreises dieser einheitlichen Staatsgewalten im Bundesstaate (im engeren Sinne) wie in den Einzelstaaten.

Der zweite Einwand trifft dann die Souveränität der Staatsgewalt.

Nur der Gesamtstaat soll — nach der Anschauung der Gegner des Bundesstaates — im Bundesstaate souverän sein. Die Sonderstaatsgewalten seien nicht souverän, sondern der Bundesstaatsgewalt untergeordnet. Die Bundesstaatsgewalt habe — da sie eine souveräne Gewalt ist — das Recht, ihre Competenz zu bestimmen auch gegenüber den Einzelstaaten. Der Bundesstaat habe zufolge des Begriffes der Souveränität das Recht, im Wege der Gesetzgebung die Competenz der Sonderstaaten abzuändern und einzuengen. Daher seien die Sonderstaaten nur Selbstverwaltungskörper mit weitgehender Autonomie. Der Weg, den diese Argumentation einschlägt, ist folgender: Zuerst entkleidet man die Sonderstaaten des wesentlichen Momentes, welches sie zu Staaten macht, der Souveränität, indem man sie der Gesetzgebung des Bundesstaates unterwirft und dadurch in Landschaften (autonome Selbstverwaltungskörper) des Bundesstaates verwandelt. Hierauf wird dann erklärt, die Sonderstaaten seien keine Staaten, weil sie der Gesetzgebung des Bundesstaates unterliegen, dem Bundesstaate also unterworfen seien. Allein diese Unterwerfung der Einzelstaaten unter den Bundesstaat folgt nicht aus dem Begriffe des Bundesstaates, ja sie widerspricht geradezu diesem Begriffe. Das wesentliche Moment, welches den Bundesstaat vom decentralisirten Einheitsstaate unterscheidet, besteht eben darin, dass die Sonderstaaten dem Bundesstaate gegenüber souverän sind, d. h. also, dass eine Einschränkung des Competenzkreises der Sonderstaaten durch den Bundesstaat niemals im Wege der Gesetzgebung seitens des Bundesstaates erfolgen kann. Eine Abänderung des Competenzkreises dieser Einzelstaaten gegenüber dem Bundesstaate, oder des Competenzgebietes des Bundesstaates gegenüber den Einzelstaaten kann vielmehr einzig und allein nur im Wege der Uebereinstimmung der beiden souveränen von einander unabhängigen Staatswillen — des Bundesstaates und des Einzelstaates — erfolgen, d. h. nur durch den Staatsvertrag zwischen Bundesstaat und Einzelstaat. Der Begriff der Souverä-

netät bedeutet: höchste, oberste Selbstbestimmung und Handlung. Der wesentliche Inhalt dieses Begriffes geht dahin, dass ein Wille für ein bestimmtes seiner Normirung unterliegendes Gebiet höchster irdischer Wille ist, so dass es keinen Willen mehr gibt, welcher diesem souveränen Willen noch übergeordnet wäre und ihn beherrschte. Derjenige ist souverän, *qui a l'autorité suprême*, der vollständig unabhängig ist.

Man hat nun noch eine andere Eigenschaft als logische Folge dieses wesentlichen Merkmales der Souveränität erklärt, nämlich die Unbeschränktheit der Staatsgewalt. Wenn ein Wille der oberste Wille sei, müsse dieser Wille nothwendig sich selbst seine Schranken setzen, er müsse entscheiden, welche Gebiete und Objecte er seiner Normirung unterwerfen wolle.

Der Begriff der Souveränität der Staatsgewalt bringe es daher mit sich, dass der Staatswille selbst und allein entscheide, welche Gebiete des menschlichen Lebens, des Lebens der Gemeinschaft, seiner Herrschaft und Regelung unterliegen. Der souveräne Wille setze sich nothwendig selbst seine Schranken. Dies sei daher auch nothwendig bei der Bundesstaatsgewalt der Fall und zwar insbesondere gegenüber den sogenannten Sonderstaaten. Die Bundesstaatsgewalt allein habe zu entscheiden und zu bestimmen, welche Gebiete und Objecte des staatlichen Lebens sie in ihren Competenzkreis aufnehmen, daher auch, welche öffentlichen Angelegenheiten sie aus dem Competenzkreise der Einzelstaaten herausnehmen, welche sie diesen Einzelstaaten noch überlassen wolle. Die Bundesstaatsgewalt habe die sogenannte Competenz-Competenz.

Die potentielle Schrankenlosigkeit der Staatsgewalt wäre sonach deren wesentliche Eigenschaft. Es gibt nichts Irdisches, was der Staat nicht seinem Willen und seiner That unterwerfen könnte, es gibt kein Gebiet des Lebens, welches gesichert und abgeschlossen wäre gegen das Eindringen des souveränen Staatswillens und dessen unmittelbare Herrschaft. Diese im Begriffe des souveränen Staatswillens liegende Möglichkeit der schrankenlosen Ausdehnung seiner Herrschaft auf alle Gebiete des menschlichen Lebens soll die

logische Nothwendigkeit des Begriffes der Souveränität sein. Die Souveränität hat nach dieser Anschauung zu ihrem Inhalte „*le pouvoir absolu du Souverain*“, einen Inhalt, den schon Rousseau seiner souveränen Gewalt, der *volonté générale* gab.

Ist nun diese „Unbeschränktheit“ wirklich ein wesentliches Merkmal eines souveränen Willens? Hört der Wille, welcher ein begrenztes Gebiet seiner alleinigen und obersten Bestimmung und Entscheidung unterworfen hat, dadurch, dass seiner Extension Grenzen gesetzt sind, auf, ein souveräner, ein selbstherrlicher, höchster Wille zu sein?

Und ist sonach dadurch, dass im Bundesstaate der Competenzkreis der Staatsgewalt ein beschränkter — wenn auch nicht absolut unabänderlicher ist — der Begriff des Staates aufgehoben?

Gewiss ist dies nicht der Fall. Wenn die Schrankenlosigkeit ein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt wäre, wo in der Welt bestünde eine solche „wahre Staatsgewalt“ und ein wahrhaft souveräner Staat? Sind der Herrschaft des Staatswillens und des Staates nach Aussen nicht Schranken gesetzt durch den Bestand anderer Staaten, durch ihren Willen und ihre Handlung? Ist der Staat als Mitglied eines Staatenvereines, eines Staatenbundes nicht beschränkt? Sind es nicht die einem Suerän unterstehenden Staaten? Ist nicht auch die Natur eine solche Schranke für diese Extension des Staatswillens? Und gibt es nicht viele Lebensgebiete der Individuen, welche der Staat niemals seiner Normirung, seiner Willensherrschaft unterwerfen kann? So viele Beziehungen des Familienlebens, des religiösen Lebens? Kann der Staat jemals z. B. den Inhalt des Glaubens für das Individuum bestimmen?

Ist nicht die Persönlichkeit selbst, ihre individuelle Freiheit, Unverletzlichkeit, eine unübersteigbare Schranke für den Staatswillen? Oder kann er etwa im Interesse des Staatszweckes auch die Freiheit der Individuen aufheben? Ist auch die Beschränkung des Staatswillens gegenüber dem Individuum nur eine selbstgewollte, die der Staat jeden Augenblick beliebig abändern kann? Und ist nicht jeder Vertrag, den der Staat abschliesst und erfüllen muss, eine Beschränkung dieser Extension des Staatswillens?

Auch die Beschränkung des Kompetenzkreises des Bundesstaates und der Einzelstaaten ist durch die Natur der tatsächlichen Verhältnisse gesetzt und gefordert. Die Sonderstaaten können nur bestehen, wenn sie für diejenigen staatlichen Aufgaben, welche ihre Kräfte übersteigen, einen Staat bilden.

Soweit die Identität der Interessen derjenigen vorhanden ist, welche dem Gesamtstaate angehören, soweit reicht die Kompetenz der Bundesstaatsgewalt. Soweit diese Gleichheit der Interessen eben für die Angehörigen der Sonderstaaten bestand, haben diese ja im Wege des Staatsvertrages sich zu einem Staate — dem Gesamtstaate — vereinigt, sie haben sich zu einer Gesamtpersönlichkeit verbunden, da sie als Einzelstaaten nicht vermochten, diese einheitlichen, identischen Zwecke — auch nicht durch vereinigtcs Zusammenwirken, Allianz etc. — zu erfüllen. Für diejenigen Interessen und Zwecke hingegen, welche den Staatsvölkern der Einzelstaaten nicht identisch waren und sind, bilden diese eben selbstständige Sonderstaaten.

Bei der Gründung des Bundesstaates wurde klar zum Ausdruck gebracht, wie weit die Identität der öffentlichen Interessen aller bisherigen Mitglieder der Sonderstaaten reiche. Für dieses Gebiet — für das ganze Gebiet der einheitlichen Interessen — wurde der Gesamtstaat gegründet und die Bundesstaatsgewalt creirt.

Dadurch, dass der eigenberechtigte und oberste Wille eines politischen Gemeinwesens einen bestimmten Kompetenzkreis hat, den er allein gegenüber einem anderen nicht erweitern kann, ist der Begriff des Staates — der souveränen menschlichen Gemeinschaft — für dieses Gemeinwesen nicht verloren gegangen.

Ja selbst wenn man die unbeschränkte Extensionsfähigkeit des Staatswillens als nothwendig für das Bestehen und für die Anerkennung eines politischen Gemeinwesens als „Staat“ einräumen wollte, so dass die Beschränkung des Staatswillens nur eine selbstgewollte sein könnte, wäre damit der staatliche Charakter für die Einzelstaaten noch nicht verloren gegangen. Denn die Beschränkung des Kompetenzkreises der Einzelstaaten ist ja eine durch den Willen der Einzelstaaten selbst

erfolgte, sie ist ebenfalls eine selbstgewollte Beschränkung, entstanden im Wege des Vertrages.

Ausserdem ist ja die Erweiterung und Aenderung des Competenzkreises des Bundesstaates und der Einzelstaaten, falls dieselbe durch objective Gründe gefordert wäre, im Wege des Vertrages möglich.

Somit ist auch der zweite Einwand gegen den Bundesstaat, dass die Sonderstaatsgewalt nicht souverän sei, vielmehr dem Bundesstaate (Gesamtstaate) nothwendig untergeordnet, kein stichhaltiger. Sowohl die Bundesstaatsgewalt, als die Einzelstaatsgewalt sind — jede für ihren Competenzkreis — wahre Staatsgewalten. Sie sind für ihr Gebiet eigenberechtigter, allein herrschender und höchster Wille. Daher ist der Gesamtstaat (Bundesstaat im engeren Sinne) Staat, und ebenso sind die Einzelstaaten wahrhaft Staaten. Der Angehörige des Bundesstaates ist für das Gebiet der Einzelstaatsangelegenheiten Angehöriger (Theil) des Einzelstaates. Im Bundesstaate allein ist begrifflich die Angehörigkeit eines Menschen an zwei souveräne politische Gemeinwesen — die zweifache Staatsbürgerschaft — möglich. Der Einzelne ist Angehöriger des Reiches und Bürger des Sonderstaates. Der Boden, welchen er bewohnt, hat eine zweifache staatliche Qualität: Er ist Staatsgebiet des Sonderstaates; und er bildet mit den Landgebieten, welche für einen anderen Competenzkreis selbstständige Staatsgebiete sind (Einzelstaatsterritorien), das einheitliche Reichsterritorium. Die Sonderstaatsgebiete sind daher untrennbare Theile, sie sind die Staatsbezirke des Bundesstaatsterritoriums; sie sind Verwaltungsgebiete der Reichsgewalt, der sie für den Competenzkreis des Bundesstaates ausschliesslich und unmittelbar unterworfen sind, d. h. die Sonderstaatsgebiete sind als Theile des Reichsterritoriums Provinzen. Im Bundesstaate ist das Land zweifaches Staatsgebiet, der Mensch zweifacher Staatsbürger. Daher kann auch Ein Mensch Monarch des Bundesstaates und Sonderstaates sein. In diesem Falle liegt nicht der Widerspruch vor, wie im Falle der Personalunion zweier monarchischer Staaten mit verschiedenem physischen Substrate (verschiedenem Volke); denn bei dieser Personalunion

unverbundener Staaten ist der Monarch Staatsoberhaupt zweier aus verschiedenen physischen Personen bestehenden Staaten. Er ist Angehöriger des Staatsvolkes A und des Staatsvolkes B, die einander begrifflich, thatsächlich und rechtlich feindlich gegenübertreten und bekriegen können.

Und liegt in der Personalunion schon ein logischer Widerspruch darin, dass ein Mensch im Frieden die politischen Rechte der Krone in zwei verschiedenen Staaten (mit verschiedenem physischem Substrat) ausübe, ein Wille alle staatlichen Aufgaben in zwei Staaten erfüllen soll, so tritt diese Anomalie, dass Zwei Staaten Ein Organ haben für ihre identischen Functionen, besonders in der Eigenschaft des Souveräns als obersten Kriegsherrn hervor.

Damit ist nicht gesagt, dass solche Anomalien, wie die Personalunion, nicht factisch — in der Natur — vorkommen können. Sie werden zur Folge haben, dass solche Vorgänge und Bewegungen, die bei zwei vollständig und von einander unabhängig entwickelten staatlichen Organismen möglich sind, soweit ausgeschlossen sein werden, als es die Anomalie, der Mangel selbstständiger Organe bedingt! Andererseits ist es möglich, dass eine solche Personalunion wieder die Ursache einer Verbindung der Staaten selbst wird.

Im Bundesstaate also sind nicht die Staaten als souveräne Gesamtpersönlichkeiten Theile des Bundesstaates. Soweit sie sich durch den Vertrag in Theile (Provinzen) des Bundesstaates verwandelt haben, existiren sie als Staaten nicht mehr. Sie sind daher für den Competenzkreis des Bundesstaates keine willens- und handlungsfähigen Persönlichkeiten mehr. Sie sind vielmehr ununterscheidbare, nicht selbstständig und nicht individuell existirende Theile der Einheit: Bundesstaat. Alle Angehörigen des Sonderstaates bilden für das Gebiet der ihnen allen objectiv identischen Interessen — Bundesstaatsangelegenheiten — das Bundesstaatsvolk, das Reichsvolk. Das Reichsvolk Oesterreich-Ungarns besteht nicht etwa aus zwei Sonderstaatsvölkern — nach Laband aus zwei Mitgliedern, d. h. zwei Staaten — sondern aus 38 Millionen Menschen. Desgleichen umfasst das deutsche Reichsvolk nicht „25 Mitglieder“, d. h. 25 Sonderstaatsvölker, sondern 40 Millionen Menschen. Und das öster-

reichisch-ungarische Reichsterritorium setzt sich nicht aus zwei Sonderstaatsterritorien zusammen, sondern es ist Ein einheitliches Staatsgebiet mit einem Flächeninhalte von 11,336.050 Quadratmeilen. Der Bundesstaat ist nicht die Einheit aus Staaten — der Staatenbund — sondern er ist die souveräne Einheit von Menschen. Der Bundesstaat ist eben ein aus Staaten zusammengebundener, entstandener Staat. Soweit daher dieser neue Staat geschaffen wurde, haben die ihn bildenden Elemente aufgehört, in ihrer alten Form — als Staaten — fortzuexistiren. Soweit sie den neuen Organismus bilden, wurden sie von diesem absorbirt, sind daher nicht mehr wahrnehmbar.

Die Besonderheit des Bundesstaates und des Einzelstaates gegenüber dem einfachen Staate besteht daher nur in dem geringeren Inhalte an Aufgaben und Zwecken dieser Staatsgewalten, sie liegt in der gegenseitig selbstgesetzten und selbstgewollten Beschränkung des Kompetenzkreises.

Und auch in Betreff dieser selbstständigen Kompetenzgebiete des Bundesstaates und der Einzelstaaten — welche ihrem Inhalte nach zusammen immerhin den Aufgaben und Zwecken der Staatsgewalt im einfachen Staate gleichkommen mögen — darf man nicht die Behauptung aussprechen, diese Kompetenzgebiete seien entstanden durch Zerreißung der einheitlichen Staatsaufgaben und Staatszwecke. Man darf nicht einwenden: Erst durch die Zerlegung dieser einheitlichen staatlichen Aufgaben für das Staatsvolk in zwei Theile seien der Kompetenzkreis des Bundesstaates und der Sonderstaaten entstanden. Denn durch diese *peñio facti* würde man eben annehmen, dass auch die Identität derjenigen öffentlichen Interessen und Angelegenheiten für die Angehörigen der Einzelstaatsvölker objectiv bestehe — und damit die Einheit der Sonderstaatsvölker selbst — für welche öffentlichen Angelegenheiten sie eben Einzelstaaten blieben. Aber gerade dieses Nichtvorhandensein solcher identischer Interessen für die Einzelstaatsvölker, ja die objective Verschiedenheit eben dieser Sonderstaatsangelegenheiten ist es ja, welche die Einzelstaaten nothwendig fortbestehen macht, welche die ihnen angehörigen Menschen nicht auch für diesen Theil der öffent-

lichen Staatsangelegenheiten Ein Staatsvolk werden liess. Man bekämpft die Theilung einer Einheit, welche nicht besteht.

Wer aber kann bestimmen — namentlich in Hinblick auf die historische Herausbildung des Staatsbegriffes und die Veränderlichkeit des Inhaltes der staatlichen Aufgaben — welche oder wie viele der aus dem Leben der menschlichen Gemeinschaft fließende Aufgaben und Zwecke dem souveränen Willen einer politischen Gemeinschaft unterstehen müssen, und welche nicht, um diese noch als Staat erscheinen zu lassen oder nicht?

Mit der Anerkennung der gegenseitigen Souveränität des Bundesstaates und der Einzelstaaten entfällt auch die Frage, ob die Reichsgesetze den Sonderstaatsgesetzen oder diese den ersteren vorgehen. Denn es existirt für jeden Kompetenzkreis eben nur ein Staat und eine staatliche Gesetzgebung. Nur durch Mangelhaftigkeit des Verfassungsrechtes oder Irrthum kann hier überhaupt eine Collision eintreten.

Dass ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Bundesstaatsgewalt und Sonderstaatsgewalt nothwendig stattfinden wird — haben ja doch beide Staaten theilweise dasselbe physische Substrat —, dass eine tiefe und fortwährende gegenseitige Rückwirkung und indirecte Beeinflussung der Staaten eintritt, bedarf wohl keines Beweises. Sind es ja doch dieselben Menschen, die Angehörigen aller Sonderstaaten, welche als Einheit, als Reichsangehörige an der Bildung des Reichswillens mitwirken.

Oesterreich-Ungarn ist nun der einzige Staat in Europa, in welchem die Idee des Bundesstaates in der Form der Monarchie rein zum Ausdrucke kommt. Oesterreich-Ungarn ist der einzige monarchische Bundesstaat in Europa; denn Oesterreich-Ungarn allein erfüllt in seiner Verfassung die Grundbedingung des Bundesstaates: Die Souveränität der Einzelstaaten gegenüber dem Bundesstaate. Der Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten kann im Wege gemeinsamer Gesetzgebung gegenüber den Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn niemals erweitert, die Zahl der

gemeinsamen Angelegenheiten gegenüber den Einzelstaaten durch den Reichswillen allein niemals vermehrt werden. Dadurch sind eben Cisleithanien und Ungarn als souveräne Staaten erhalten. Denn wie könnte die Angelegenheit eines Staates A, oder zweier Staaten A und B durch eine souveräne Willenserklärung eines Staates C nur gegenüber seinen Angehörigen (C'sches Staatsgesetz) in eine C'sche Staatsangelegenheit verwandelt werden?

Der Staatswille kann nur für den eigenen Staatskörper — sein Land und sein Volk — als Gesetz erscheinen. Das Gesetz kann nur die eigenen öffentlichen Angelegenheiten zu seinem Inhalte haben.

In dem Augenblicke daher, in welchem in einem Staatsgebilde, welches äusserlich die Form des Bundesstaates aufzuweisen scheint, die (scheinbare) Bundesstaatsgewalt das Recht hat — im Wege der Gesetzgebung den (vermeintlichen) Sonderstaaten Agenden zu entziehen und in ihren eigenen Competenzkreis aufzunehmen, kommt der Begriff des Bundesstaates diesem Staatsgebilde nicht mehr zu. Es ist dann ein decentralisirter Einheitsstaat, ein Staat, dessen Selbstverwaltungskörper (Landschaften) eine weitgehende Autonomie besitzen, und zwar auf Grund des Staatswillens — des Staatsgesetzes. Denn in der rechtlichen Thatsache, dass die Bundesstaatsgewalt Agenden der scheinbaren Einzelstaaten im Wege der Gesetzgebung an sich nimmt, kommt nur das thatsächliche Verhältniss derjenigen Sonderstaatsangelegenheiten zur Bundesstaatsgewalt zum Ausdrucke, welche diese Bundesstaatsgewalt als souveräner Wille gesetzlich selbst regeln kann.

Dieses Verhältniss besteht darin, dass diese Angelegenheiten schon eigene öffentliche Angelegenheiten desjenigen Staates sind, welcher als vermeintlicher Gesamtstaat nur für seinen momentanen Competenzkreis erscheint. Der „Bundesstaat“ hat nur die Gesetzgebung und Verwaltung dieser seiner Angelegenheiten, welche er im Wege der Gesetzgebung jetzt den scheinbaren Einzelstaaten entziehen kann, den Provinzen zugewiesen, ihnen übertragen

(übertragener Wirkungskreis). Daher kann dieser Gesamtstaat, wenn er es für nothwendig und zweckmässig erachtet, diese Angelegenheiten im Wege der Gesetzgebung wieder diesen seinen Provinzen — vermeintlichen Sonderstaaten — entziehen und unmittelbar selbst besorgen. Hingegen ist die Selbstbestimmung und Unverletzlichkeit der Landschaften für das Gebiet der Sonderinteressen eines Landes, für das Gebiet der Individualinteressen der Landschaft — eigener Wirkungskreis — unbedingt anzuerkennen. Für dieses Gebiet sind die Landschaften eigenberechtigte Gesamtpersönlichkeiten im Staate und gegenüber dem Staate, wie die Einzelpersönlichkeit. Landschaft und Provinz bedeuten daher ebenso Verschiedenes rücksichtlich eines Landes, als die Begriffe Individuum und Theil des Staates in Betreff der Einzelpersönlichkeit.

Wenn daher der Bundesstaat das Recht hat, im Wege der Gesetzgebung seinen Competenzkreis durch Beschränkung des Competenzgebietes der Sonderstaaten zu erweitern, dann sind diese „Einzelstaaten“ nicht mehr souveräne, wirkliche Staaten; sie sind vielmehr dann schon Theile des Bundesstaates auch für ihre — scheinbar eigenen — Sonderstaatsangelegenheiten, sie sind Provinzen des Bundesstaates und üben die Functionen der Bundesstaatsgewalt über Auftrag des Gesamtstaates in ihrem Gebiete aus.

Daher sind viele der Einzelstaaten in Deutschland für einen grossen Theil der heute noch ihnen zustehenden Angelegenheiten, ja es sind die meisten derselben für ihren ganzen staatlichen Competenzkreis — soweit derselbe nicht reine Sonderangelegenheiten gegenüber dem Reiche enthält — nicht mehr souveräne Staaten; sie sind vielmehr nur Provinzen (Verwaltungsgebiete) des deutschen Reiches, welchen das Reich die Ausübung der Functionen der deutschen Reichsgewalt in ihrem Gebiete übertragen hat.

Soweit Alinea 1 des Artikel 78 der deutschen Reichsverfassung Anwendung findet, soweit ist Deutschland kein Bundesstaat, sondern ein decentralisirter Einheitsstaat mit Provinzen, welchen im übertragenen Wirkungskreise eine weitgehende Autonomie zukommt. Denn dieser Ar-

tikel 78 bestimmt: „Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrathe 14 Stimmen gegen sich haben.

Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältniss zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.“

Zweifelsohne sind in der Alinea 1 nicht Veränderungen der deutschen Reichsverfassung an sich gemeint, Aenderungen nur in der Art und Weise der Bildung des deutschen Reichswillens und der Verwirklichung dieses Reichswillens, sondern es sind unter den „Veränderungen der Verfassung“ der Alinea 1 solche „Veränderungen“ zu verstehen, welche durch Erweiterung der Reichscompetenz gegenüber sämtlichen Sonderstaaten herbeigeführt werden.

Nur kraft der zweiten Alinea des Artikels 78 und in Folge des Bestehens solcher Einzelstaaten, auf welche er Anwendung findet, welchen also *jura singulorum* gegenüber dem Reiche zustehen — ist Deutschland noch ein Bundesstaat. Diese Staaten sind: Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg, die Hansestädte Bremen und Hamburg (bezüglich der Exemption vom deutschen Zoll- und Handelsgebiete); denn die „Vorschriften“ über diese „bestimmten Rechte einzelner Bundesstaaten“ können nur im Wege des Vertrages zwischen dem deutschen Reiche und den Staaten Baiern, Württemberg, Baden etc. abgeändert werden.

Diese einzelnen Staaten sind bezüglich ihrer „bestimmten Rechte“ durch vertragsmässige Schranken gegenüber dem Reiche als Staaten erhalten.

Würde man aber der Anschauung einzelner deutscher Staatslehrer — z. B. Hänel's⁹⁹⁾ — beitreten, wonach unter

⁹⁹⁾ Hänel, Studien zum deutschen Staatsrechte (Leipzig 1873). Erste Studie: Die vertragsmässigen Elemente der deutschen Reichsverfassung.

S. 224: „Und so stehen die Einzelstaaten selbst in Rücksicht auf besonders geschützte Sonderrechte nicht in einem vertragsmässigen oder völkerrechtlichen Verhältnisse zum Reiche, obgleich hier ein solches herausgefordert schien. Auch

der „Zustimmung des berechtigten Bundesstaates“ in Alinea 2 nicht die Zustimmung des Einzelstaates, z. B. Baierns (des Königs und des Landtages) zu verstehen wäre, sondern wonach nur die Zustimmung des Vertreters oder der Vertreter dieses „Baiern“ — d. i. der deutschen Reichsprovinz Baiern — im Bundesrathe zu dieser Abänderung der „bestimmten Rechte“ Baierns zu begreifen wäre — dann ist Deutschland kein Bundesstaat mehr. Danach müsste sich in der zur Rechtsgiltigkeit von Verfassungsänderungen nach der Reichsverfassung — Artikel 78, Alinea 1 — nothwendigen Majorität im Bundesrathe nur die bejahende Stimme des berechtigten Landes — Bundesstaates — finden.

In diesem Falle ist Deutschland ein Einheitsstaat. Denn der Vertreter Baierns ist im Bundesrathe nicht der Vertreter des Königs von Baiern¹⁰⁰⁾, sondern er ist Vertreter der

diese Sonderrechte sind gewandt zu Vorschriften der Verfassung. Sie unterliegen der formell erschwerten, doch immer verfassungsmässigen abändernden und aufhebenden Einwirkung des Reiches. Sie durchbrechen das gemeingiltige verfassungsmässige Verhältniss der Einzelstaaten zum Reiche nicht mit einem verfassungsmässigen Elemente.“

¹⁰⁰⁾ Der Bundesrath — der deutsche Souveränitätskörper — besteht natürlich aus lauter deutschen Reichsangehörigen. Er setzt sich nicht zusammen aus 25 verschiedenen Staatsangehörigen, aus dem Könige von Preussen als preussischem (Staatsangehörigen) Monarchen, aus dem Könige von Baiern als baierischem Souverän (baierischen Staatsangehörigen), dem Könige von Sachsen in dieser seiner sächsischen Staatsangehörigkeit etc. Die Mitglieder des deutschen Souveränitätskörpers sind nicht Könige, Grossherzoge, Herzoge, Fürsten, Senatsmitglieder etc.; vielmehr bilden alle diese physischen Personen, die jeweiligen Monarchen der Einzelstaaten und die Senate der freien Städte als Angehörige eines und desselben Staates, d. i. in ihrer Eigenschaft als deutsche Staatsangehörige (deutsche Fürsten) den Bundesrath. In dieser ihrer zweiten deutschen Staatsangehörigkeit kommt den Monarchen und Senaten der Einzelstaaten auch ein Antheil an der deutschen Reichssouveränität zu, indem sie zusammen mit den Senaten den deutschen Souveränitätskörper bilden.

Und die Bevollmächtigten aller dieser untrennbaren Theile des deutschen Souveränitätskörpers, d. i. die Mitglieder des Bundesrathes, sind in dieser ihrer Eigenschaft und Function ebenfalls nur deutsche Reichsangehörige, wie sie eine aus deutschen Reichsangehörigen bestehende Gesamtpersönlichkeit — den deutschen Souverän — vertreten. Es werden daher von diesen Bevollmächtigten im Bundesrathe nicht etwa Staatsstimmen, preussische, baierische, sächsische,

physischen Person, welche allerdings auch die Krone Baierns trägt, aber in einer zweiten ihr zukommenden Staatsangehörigkeit — er ist Vertreter dieser Person in ihrer Eigenschaft als Angehöriger des deutschen Reiches, in welcher Eigenschaft sie einen Theil des deutschen Souveränitätskörpers

württembergische etc. abgegeben. Vielmehr sind alle Mitglieder gleichartige Factoren des Trägers des souveränen deutschen Reichswillens.

Es ist daher unrichtig, dass die Gesamtheit der Monarchen als solche, d. h. in ihrer Eigenschaft als Könige von Preussen, Baiern, Sachsen etc., den Träger der deutschen Reichsgewalt bilde.

So sagt Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechtes (Leipzig 1878) §. 120: „Die Einzelstaaten, aus welchen das deutsche Reich besteht, sind mit wenigen Ausnahmen Monarchien, in denen der Monarch als Träger der Staatsgewalt betrachtet wird. Im Reiche ist die Gesamtheit dieser Monarchen zu einer Einheit zusammengefasst, um als Träger der Reichsgewalt zu fungiren.“ Aber der Träger der preussischen Staatsgewalt, der König von Preussen als solcher, kann nicht z. B. mit dem Träger der bayerischen Staatsgewalt, mit dem Könige von Baiern, Träger der deutschen Staatsgewalt sein.

„Die deutschen Fürsten haben allerdings die ihnen im Reiche zustehenden Befugnisse nicht als persönliches Recht, sondern in ihrer Eigenschaft als Oberhäupter und Vertreter ihrer Staaten, also nur so lange in Anspruch zu nehmen, als sie sich im Besitze der Staatsgewalt befinden.“

Die Thatsache, dass diese deutschen Reichsangehörigen, welche zusammen den Träger der deutschen Staatsgewalt ausmachen, in den Einzelstaaten Preussen, Baiern, Sachsen etc. Monarchen sind, ist allerdings nach der Reichsverfassung die Ursache ihres Antheilhabens an der deutschen Reichssouveränität. Aber als Monarchen der Einzelstaaten und in dieser Einzelstaatsangehörigkeit sind sie ebenso wenig Mitglieder des deutschen Souveränitätskörpers, als die Einzelstaaten Preussen, Baiern, Sachsen etc. als solche Theile des deutschen Reiches sind.

Das deutsche Reich besteht vielmehr aus den der deutschen Staatsgewalt (für ihren Competenzkreis) allein unterstehenden Staatsbezirken, Provinzen Preussen, Baiern, Sachsen, Württemberg etc.

Unmöglich ist die Behauptung Laband's, das Staatsrecht des deutschen Reiches (Tübingen 1876), Bd. I, §. 9 (das Subject der Reichsgewalt), „dass das Subject der Reichsgewalt (d. h. der Souverän) nur das Reich selbst sein kann als selbstständige ideale Persönlichkeit, deren Grundlage die Gesamtheit der deutschen Einzelstaaten ist. . . . Die deutschen Staaten sind als Gesamtheit souverän“. Denn erstens können 25 Einzelstaaten als solche nicht ein Reich — ein Staat — sein. Ausserdem kann „der Staat“ nicht der Souverän *in concreto* sein, der Inhaber und Träger der Staatsgewalt. Souverän kann nur ein Einzelner (Monarch) oder eine aus einer Vielheit von Einzelnen bestehende Gesamtpersönlichkeit sein.

ausmacht. Durch die obige Anschauung wären diese bestimmten Angelegenheiten auch zu staatlich deutschen Reichsangelegenheiten gemacht, da sie der deutschen Reichsgesetzgebung unterstünden; in Betreff ihrer Abänderung würde dann der Vertreter dieses Factors des deutschen Souveränitätskörpers — des Königs von Baiern als Theil des deutschen Souveränitätskörpers — eventuell ein ihm zustehendes absolutes Veto ausüben können. Denn ohne seine Zustimmung könnte der ganze Bundesrath diese „Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche dem einzelnen Bundesstaate Baiern bestimmte Rechte in seinem Verhältnisse zur Gesamtheit festgestellt sind“ — nicht gesetzlich abändern.

Allein diese Auffassung ist wohl durch den Wortlaut des Alinea 2 des Artikels 78 und nach der Natur des Staates unzulässig. Denn durch Zustimmung des Vertreters Baierns im Bundesrathe zur Abänderung der „Vorschriften“ über das bestimmte Recht Baierns hat nicht „der berechtigte Bundesstaat“ Baiern zugestimmt. Es hat vielmehr durch diese Zustimmung ein als selbstständig willensfähiges Organ gar nicht existirender (untrennbarer) Theil des deutschen Souveränitätskörpers gestimmt. Es hätte dadurch nicht einmal die deutsche Reichsprovinz „Baiern“ zugestimmt, selbst wenn man — gegen die organische Natur des Staates — der deutschen Provinz Baiern — also einem individuell gar nicht existirenden Reichstheile — ein solches Votum gegenüber dem Reiche einräumen wollte. Zugestimmt hätte nur durch seinen Vertreter — und zwar in absoluter Weise — der Factor des deutschen Souveränitätskörpers, welcher in der physischen Person erscheint, die auch die Krone Baierns trägt. Unzweifelhaft hingegen ist es, dass nach Alinea 1 des Artikels 78 Verfassungsveränderungen, welche eine Kompetenzerweiterung des deutschen Reiches gegenüber den (scheinbaren) Einzelstaaten in sich schliessen, im Wege der deutschen Reichs-

Dadurch ist auch die gestellte Frage, wer in Deutschland der „Souverän“ sei, gar nicht beantwortet. Denn auf die Frage z. B., wer in Oesterreich-Ungarn oder in Russland der Souverän sei, d. h. wer diese physische Person sei, dem die originäre Innehabung der Staatsgewalt zukomme, kann nicht geantwortet werden: der Staat Oesterreich-Ungarn, der Staat Russland.

gesetzgebung erfolgen; daher ist, insoweit sie erfolgen können, Deutschland auch kein Bundesstaat.

Sonach besteht der Bundesstaat „Deutschland“ wohl aus 25 Reichsprovinzen; dem Bundesstaate (im engeren Sinne) gegenüber stehen aber nur 7 Einzelstaaten, und auch diese mit einem so geringen Competenzkreise, dass sie als Staaten kaum mehr wahrzunehmen sind, fast verschwinden. Namentlich bei Sachsen beschränkt sich das Recht des Sonderstaates — des Königreichs Sachsen — darauf, im Ausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten einen königlich sächsischen Bevollmächtigten zu haben.¹⁰¹⁾ Das Königreich Sachsen hat diesen Bevollmächtigten, er ist Vertreter der königlichen Krone Sachsens, nicht der deutschen Reichsprovinz Sachsen.

Anders Oesterreich-Ungarn. In ihm ist die Grundidee des Bundesstaates — die Souveränität der Einzelstaaten gegenüber dem Bundesstaate — rein verwirklicht. Die Staaten Cisleithanien und Ungarn sind für den ganzen Competenzkreis der ihnen verfassungsmässig zustehenden öffentlichen Angelegenheiten auch dem Bundesstaate gegenüber vollkommen unabhängige, wahre Staaten. Es ist rechtlich unmöglich, dem Staate Cisleithanien oder dem Staate Ungarn oder beiden im Wege der österreichisch-ungarischen Gesetzgebung Agenden zu entziehen.

Es ist aber auch ebenso rechtlich unmöglich, dass der Staat Cisleithanien oder der Staat Ungarn oder beide vereint dem Staate Oesterreich-Ungarn gemeinsame, österreichisch-ungarische Reichsangelegenheiten im Wege der Gesetzgebung entziehen und zu Einzel-Staatsangelegenheiten machen, geschweige dass die Sonderstaaten solche Reichsangelegenheiten, welche als gemeinsame factisch vorhanden und rechtlich anerkannt sind, d. h. also, dass sie österreichisch-ungarische Staats-

¹⁰¹⁾ Artikel 8 der Reichsverfassung: „Ausserdem wird im Bundesrathe aus den Bevollmächtigten der Königreiche Baiern, Sachsen und Württemberg und zwei, vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Baiern den Vorsitz führt. Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nöthigen Beamten zur Verfügung gestellt“

angelegenheiten — durch ihre Gesetzgebung und Verwaltung besorgen könnten.

Die Competenzgebiete der souveränen Staaten Oesterreich - Ungarn, Cisleithanien und Ungarn können gegenseitig nur durch den Vertrag dieser Staaten abgeändert werden.

Und auch die zweite, aus dem Begriffe des Bundesstaates folgende Thatsache tritt ein in Oesterreich-Ungarn, d. i. die indirecte Rückwirkung der Bewegungen und der Entwicklung des Gesamtstaates auf das Wohl und Wehe der Einzelstaaten sowie dieser auf den Gesamtstaat. Die allseitige Entwicklung des cisleithanischen und das Aufblühen des ungarischen Staates bedingen und erhöhen die Entwicklung, das Wohl und die Kraft des Gesamtstaates, des Reiches. Und die Macht und der Glanz der österreichisch-ungarischen Kaiserkrone erstrahlt wieder und spiegelt sich in den Kronen der Sonderstaaten, die neben, nicht unter der Reichskrone stehen.

3. Das Wesen des Ausgleiches des Jahres 1867.

Ist Oesterreich-Ungarn nach seiner heutigen Verfassung ohne Zweifel ein constitutionell-monarchischer Bundesstaat mit zwei constitutionell - monarchischen Einzelstaaten, „den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ und Ungarn, so ist diese gegenwärtige Staatsform nur der Abschluss einer langen, historischen Entwicklung.

Die Verfassungs - Geschichte Oesterreichs, namentlich seit der pragmatischen Sanction, ist die Geschichte der Herausbildung des Begriffes des Bundesstaates für die Gesammtheit der unter dem habsburgischen Scepter vereinigten Königreiche und Länder. Immer wurden die beiden grossen Ländercomplexe unterschieden, die Länder der St. Stephanskronen (Ungarn, Siebenbürgen, Croatien und Slavonien nebst der Militärgrenze), welche für sich einen Staat bildeten unter der Krone des heiligen Stephan, und die übrigen deutsch-slavischen Länder, die sogenannten Erbländer, welche sich ebenfalls zu einer staatlichen Einheit entwickelt hatten. Diese nicht ungarischen oder Erbländer wurden seit dem 17. Jahrhunderte (seit dem

dreissigjährigen Kriege) absolut regiert, während die Länder der Stephanskronen eine constitutionell-monarchische Verfassung hatten. Daneben drängten nun die natürlichen und objectiv-identischen Interessen dieser unter Einer Dynastie vereinigten Königreiche und Länder zur Bildung einer politischen Einheit wenigstens gegenüber dem Auslande, gegenüber anderen Staaten, und zur Schaffung einer einheitlichen Wehrkraft zum Schutze und zur gemeinsamen Vertheidigung aller unter der selben Dynastie vereinigten Königreiche und Länder.

Durch die pragmatische Sanction — diesen „Fundamentalvertrag“, diesen „feierlichen Grundvertrag“ — wurde einerseits aus „den Ländern der ungarischen Krone“, anderseits aus den „übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät“ Ein Staat unter der Dynastie Habsburg für das Gebiet der in der pragmatischen Sanction ausdrücklich als gemeinsam bezeichneten Angelegenheiten — „auswärtige Angelegenheiten, Kriegswesen und Finanzwesen“ (für die auswärtigen Angelegenheiten und das Kriegswesen) — errichtet. Ausserdem „setzte die pragmatische Sanction auch ausdrücklich die Bedingung fest, dass die verfassungsmässige staatsrechtliche und innere administrative Selbstständigkeit Ungarns unversehrt aufrecht erhalten werde“.

Die pragmatische Sanction war die Errichtung des Bundesstaates für die unter der Dynastie Habsburg vereinigten Königreiche und Länder. Sie schuf den sowohl Ungarn als die „übrigen Königreiche und Länder“ für das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten umfassenden Gesamtstaat als absolute Monarchie; ausserdem bestand der constitutionell-monarchische Staat Ungarn für den Competenzkreis der Angelegenheiten der Stephanskronen, und der absolut-monarchische Einzelstaat, gebildet aus den Erbländern.

Diese beiden Grundideen: Einheit aller Königreiche und Länder, Ungarns und der Erbländer, für das Gebiet der ihnen gemeinsamen, der für alle objectiv-identischen Interessen und Angelegenheiten — „*stabilienda itaque in omnem casum etiam contra vim externam, cum vicinis Regnis Nostris haereditariis unio*“ (Sanctionsdecret Kaiser Karl's VI.) — und staatliche Selbst-

ständigkeit namentlich Ungarns und daher auch der Erbländer für ihre Sonderangelegenheiten, die Idee eines Gesamtstaates und zweier Einzelstaaten sind es, welche die Verfassungsgeschichte Oesterreichs beherrschen und in den Verfassungen dieses Reiches nach Ausdruck ringen. Und diese beiden Grundideen, — und somit die Idee des Bundesstaates, als welcher das absolut-monarchische Oesterreich seit der pragmatischen Sanction bestand — waren es, welche beim Eintritte Oesterreichs in die politisch-freie, in die constitutionelle Staatsform noch stärker hervortraten und ihre Geltung und Verwirklichung in dem jetzt politisch-frei zu constituirenden Staatswesen Oesterreich forderten.

Allein diese Idee des constitutionell-monarchischen Bundesstaates für alle unter der habsburgischen Dynastie vereinigten Königreiche und Länder war in den neuen Verfassungsurkunden Oesterreichs seit dem Jahre 1848 bis zum Ausgleichsgesetze des Jahres 1867 nicht zur Anerkennung und zum Durchbruche gelangt.

Die erste moderne Verfassungsurkunde Oesterreichs, die Verfassung vom 26. April 1848, sollte ihre Wirksamkeit nach §. 2 nur auf die heute im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erstrecken. Die Verfassung vom 4. März 1849, welche nach §. 1 als Reichsverfassung, als Verfassung für sämtliche Königreiche und Länder (also mit Inbegriff der Länder der Stephanskronen) erklärt und bestimmt war, wurde durch das kaiserliche Patent vom 31. December 1851 (R.-G.-Bl. Nr. 3, J. 1852) „ausser Kraft und gesetzliche Wirksamkeit“ gesetzt.

Das Octoberdiplom aber und das Februarpatent konnten, soweit sie eine Reichsverfassung für alle Königreiche und Länder enthielten, factisch nicht zur allseitigen Anerkennung gebracht werden.

So bestand bis zum Ende des Jahres 1867 keine gemeinsame constitutionelle, keine politisch-freie österreichische Reichsverfassung. Namentlich die in dem kaiserlichen Patente vom 26. Februar 1861 angestrebte Gesamtverfassung für alle Königreiche und Länder war an dem Widerstande Ungarns gescheitert. Nach der An-

schauung Ungarns verletzte diese Gesamtverfassung durch den dem „weiteren Reichsrathe“ gegebenen Competenzkreis, welcher über den Umfang der in der pragmatischen Sanction festgesetzten gemeinsamen Angelegenheiten hinausgieng, den Staat Ungarn und seine historisch entwickelte alte Verfassung.

Die staatsrechtliche Situation am Ende des Jahres 1867, unmittelbar vor dem Ausgleiche, war somit folgende:

Für das durch die pragmatische Sanction bezeichnete und begrenzte Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten, derjenigen Staatsangelegenheiten, welche allen unter der habsburgischen Monarchie vereinigten Königreichen und Ländern — Ungarn und den Erbländern — gemeinsam sind, bestand rechtlich und factisch der absolute Staat, das absolute Kaiserthum Oesterreich, wie die politische souveräne Einheit aller dieser Länder nach dem kaiserlichen Patente vom 11. August 1804 völkerrechtlich und staatsrechtlich bezeichnet wurde. Die gemeinsamen Reichsangelegenheiten wurden von der gemeinsamen, österreichischen Krone in absoluter Weise verwaltet und geregelt.

Dagegen war für die rein ungarischen öffentlichen Angelegenheiten, für den Competenzkreis der Stephanskronen die ungarische constitutionelle Verfassung wieder anerkannt und hergestellt worden. (Allerh. Handschreiben vom 17. Februar 1867 über die Bildung des königlich ungarischen Ministeriums, I. Gesetzartikel vom Jahre 1867 über die Krönung des Königs, Gesetzartikel II, VII, VIII.)

Ungarn hatte somit seine lang ersehnte staatliche Selbstständigkeit wieder erhalten.

Andererseits bildeten auch die deutsch-slavischen Länder, d. i. die Gesammtheit der heute „im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ einen politisch freien Staat. In den Erbländern war das Februarpatent, soweit es eine constitutionelle Verfassung für die habsburgischen Länder mit Ausschluss der Länder der Stephanskronen enthielt, rechtlich und factisch in Kraft. Neben dem constitutionell-monarchischen Staate Ungarn mit seiner alten Verfassung stand die constitutionelle Monarchie, welche aus den „im Reichsrathe vertretenen König-

reichen und Ländern“ gebildet war, mit ihrem jungen Verfassungsleben. Das Staatswesen, welches mit dem Namen Oesterreich bezeichnet wurde, war daher unmittelbar vor dem Ausgleiche des Jahres 1867 ein Bundesstaat. Dieser Bundesstaat bestand aus dem absolut-monarchischen Gesamtstaate „Oesterreich“ und aus den beiden constitutionell-monarchischen Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn.

Es war nun unmöglich, ein und dasselbe Volk einen Theil seiner öffentlichen Angelegenheiten und Interessen — die Einzelstaatsangelegenheiten — in eigener freier Selbstbestimmung — in politischer Freiheit — bestimmen und besorgen zu lassen, andererseits dieses selbe Volk für ein anderes Gebiet seiner öffentlichen Angelegenheiten — für den Competenzkreis des Gesamtstaates — in staatlicher Unfreiheit zu belassen und absolut zu regieren. Und so musste nothwendig den Cisleithaniern und den Ungarn auch für die ihnen gemeinsamen — damals noch österreichischen — Gesamtstaatsangelegenheiten die politische Freiheit gewährt werden, Cisleithanien und Ungarn mussten ihren einheitlichen Willen in Betreff der Besorgung dieser einheitlichen gemeinsamen Angelegenheiten — „auswärtige Angelegenheiten“, „Kriegswesen“ und „Finanzwesen“ — frei aussprechen und zur Geltung bringen können. Es war somit nothwendig geworden eine Form zu schaffen für die Mitwirkung des aus Cisleithanien und Ungarn bestehenden politischen Staatsvolkes an der Besorgung der gemeinsamen österreichischen Reichsangelegenheiten. Es lag die Nothwendigkeit der Schaffung einer (mit Rücksicht auf die Cisleithanier und Ungarn) gemeinsamen politisch-freien Reichsverfassung für den Gesamtstaat mit dem ihm durch die pragmatische Sanction gesetzten Competenzkreise vor; es war unerlässlich, auch den absoluten Gesamtstaat „Oesterreich“ im monarchischen Bundesstaate Oesterreich in die constitutionell-monarchische Staatsform eintreten zu lassen — natürlich unter vollkommener Aufrechterhaltung der Souveränität und des Competenzkreises der Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien.

Und diese „zwei Grundideen (Gesetzartikel XII §. 4) hat der ungarische Reichstag bei Bestimmung jener Verhältnisse vor Augen gehalten, welche Ungarn mit den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Fürsten stehenden Ländern gemeinsam betreffen“ :

1. „Den Verband, welcher einerseits zwischen den Ländern der ungarischen Krone, anderseits zwischen den übrigen Ländern und Provinzen Sr. Majestät rechtlich besteht, beruhend auf der durch die Gesetzartikel 1, 2 und 3 vom Jahre 1723 angenommenen pragmatischen Sanction“ (XII §. 1) — d. h. den gemeinsamen Staat Oesterreich-Ungarn;

2. „Die Bedingung, dass die verfassungsmässige staatsrechtliche und innere administrative Selbstständigkeit Ungarns unversehrt aufrecht erhalten werde, welche die pragmatische Sanction auch ausdrücklich festsetzte“ (XII §. 3) — d. h. den Einzelstaat Ungarn.

Konnte Ungarn seinen Willen — und damit die Idee des Bundesstaates für Oesterreich - Ungarn — klarer aussprechen?

Der Vorgang nun, welcher bei dem Zustandekommen dieser gemeinsamen österreichisch-ungarischen Reichsverfassung stattfand, war folgender:

Der Entwurf der zu schaffenden Reichsverfassung wurde nicht von der österreichischen Regierung vorgelegt, sondern man wollte die neue Reichsverfassung durch die Reichsvertretung selbst ausarbeiten und festsetzen lassen, sie sollte aus dem Willen des Reichsvolkes selbst — der Cisleithanier und Ungarn — über die Art und Weise der Behandlung der Reichsangelegenheiten hervorgehen. Und da der Versuch der Schaffung und Durchführung einer gemeinsamen Reichsverfassung, welche gegen den Willen und ohne die Mitwirkung namentlich Ungarns erlassen worden, an dem Willen und Widerstande Ungarns gescheitert war, so liess man nunmehr, um des Gelingens des abermaligen Versuches der Schaffung einer gemeinsamen Reichsverfassung sicher zu sein, den Reichstheil — nicht den souveränen Staat — Ungarn selbst diesen Entwurf der neuen österreichischen Reichsverfassung für die Behandlung der allen Königreichen und Ländern gemeinsamen Angelegenheiten

ausarbeiten und festsetzen. Und zwar berief man nicht etwa auf Grund eines provisorischen Reichswahlgesetzes eine solche erste österreichisch-ungarische constituirende Volksvertretung behufs Ausarbeitung der gemeinsamen Reichsverfassung ein, sondern man wählte zur Ausarbeitung der österreichisch-ungarischen Verfassung dieselben Personen, welche — in ihrer Eigenschaft als ungarische Staatsangehörige — für die rein ungarischen Staatsangelegenheiten das Parlament des souveränen Staates Ungarn bildeten. Selbstverständlich bedurfte dieser nur von einem — der beiden politisch gleichen — Reichstheile ausgearbeitete Reichsverfassungsentwurf, dieser Vorschlag über „die Behandlungsweise der gemeinschaftlichen Angelegenheiten“ (XII §. 26) der Zustimmung auch des anderen Theiles, der anderen Reichshälfte, als deren Theilvertretung ebenfalls der Reichsrath ernannt und berufen wurde. Daher konnten — da der von Ungarn festgesetzte Original-Text der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — formell — als ein ungarischer Gesetzartikel inarticulirt wurde, als ob er eine königlich ungarische Staatsverfassung enthielte — „jene Verfügungen dieses“ — formell ungarischen, materiell gemeinsamen österreichisch-ungarischen — „Gesetzartikels jedoch, welche sich auf die Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten beziehen, thatsächlich erst dann in Wirksamkeit treten, wenn die übrigen, nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder Sr. Majestät dem Inhalte derselben auch ihrerseits auf constitutionellem Wege beigetreten sein werden“ (Schlussbestimmung des Gesetzartikels XII).

Da man den cisleithanischen Reichsrath als dasjenige (Theil-) Organ erklärte, welches die Zustimmung des in der Reichsprovinz Cisleithanien ansässigen Theiles des österreichisch-ungarischen Staatsvolkes in Betreff der vom Reichstheile Ungarn — vom Reichstage — entworfenen gemeinsamen Staatsverfassung auszusprechen habe, so hatte man dadurch schon den Reichstag und Reichsrath zusammen als Theile der ersten gemeinsamen Volksvertretung erklärt und zusammenberufen, aus deren Schoosse nun die gemeinsame Verfassung hervorgehen sollte. Reichstag und Reichsrath waren also schon als österreichisch-ungarische Theilorgane, sie waren

zusammenschon als der weitere Reichstag zur Ausarbeitung der constitutionellen Reichsverfassung von der Krone berufen worden. Und diese beiden Theile leisteten auch der Allerhöchsten Aufforderung der Thronrede Folge, „von den Principien der als gegenseitige Rechtsbasis anerkannten pragmatischen Sanction ausgehend, für Modalitäten zu sorgen, mittelst welcher sowohl die, auch durch die pragmatische Sanction gewährleistete staatsrechtliche und innere administrative Selbstständigkeit Ungarns und seiner Nebenländer (resp. Cisleithaniens) als auch die Lebensbedingungen der Sicherheit und des Fortbestandes der Monarchie unversehrt gewahrt werden, zugleich aber einerseits den Ländern der ungarischen Krone und andererseits den übrigen Ländern und Provinzen Sr. Majestät die constitutionelle Einflussnahme auf die verfassungsmässige Behandlung der oben erwähnten gemeinsamen Angelegenheiten gesichert werde“. Denn „mit aufrichtiger Freude begrüßte der Reichstag diese A. h. Entschliessung Sr. Majestät, durch welche Allerhöchstdieselben das constitutionelle Regierungssystem in der ganzen Monarchie zu begründen und hiedurch den Glanz Ihres Thrones und die Kraft und Macht der Monarchie auf die Betheiligung aller Ihrer Völker an den öffentlichen Angelegenheiten, als auf die naturgemässe, somit festeste Grundlage zu basiren wünschten.“ „Aus diesem Grunde konnten es die Stände und Repräsentanten Ungarns nicht unterlassen, für Modalitäten zu sorgen, welche es möglich machen, dass jener Fundamentalvertrag, welcher.... einerseits.... den einheitlichen und untheilbaren Besitz der zum Verbande der Monarchie gehörigen Länder und Provinzen, andererseits aber die selbstständige legislative und administrative Unabhängigkeit Ungarns sicherte, im Wesentlichen auch für die Zukunft aufrecht erhalten werde.“ (Einleitung zum Gesetzartikel XII.)

Das grosse Ziel war somit erreicht, die Cisleithaner und die Ungarn beriethen thatsächlich — wenn auch nicht in demselben Saale — Eine gemeinsame constitutionelle Verfassung, eine Form für die gemeinsame parlamentarische

Behandlung „der Gegenstände, deren obenerwähnte Gemeinsamkeit, als aus der pragmatischen Sanction fließend, angesehen wird“. Sowohl der Reichstag als der Reichsrath setzte zum Inhalte seines Willens die Form, in welcher die Ungarn und die Cisleithaner, also beide Reichstheile diese gemeinsamen Angelegenheiten parlamentarisch — in gleicher Art und Weise — behandeln sollten. Der Gesetzestext, den jeder Theil verfasste, enthält die Normen — und zwar natürlich die im Wesentlichen identischen Bestimmungen — über die Mitwirkung beider untrennbaren Reichstheile zu der constitutionellen Behandlung der gemeinsamen, österreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten, d. h. sowohl der ungarische als der deutsche Ausgleichstext enthält die Eine österreichisch-ungarische Reichsverfassung.

Dieser von beiden halben Reichsvertretungskörpern angenommene, in allen wesentlichen Bestimmungen identische deutsche und ungarische Text der gemeinsamen Reichsverfassung war durch die Sanction der österreichisch-ungarischen gemeinsamen Krone Gesetz geworden, er wurde die erste in beiden Reichsprovinzen rechtlich anerkannte und thatsächlich durchgeführte gemeinsame Staatsverfassung.

Zugleich mit diesem Reichsgesetzgebungsacte, welcher die Reichsverfassung für den Gesamtstaat — nun Oesterreich-Ungarn genannt — schuf, erfolgte der Abschluss eines cisleithanisch-ungarischen Staatsvertrages zwischen den beiden souveränen Einzelstaaten, in welchem sich die beiden Staaten gegenseitig verpflichteten, gewisse in den Competenzkreis der Einzelstaaten gehörige und ihrer souveränen Gesetzgebung unterliegende Staatsangelegenheiten, „nach gleichen von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen“ legislatorisch zu behandeln. Die beiden Staaten kamen überein, in Betreff bestimmter taxativ aufgezählter Sonderstaatsangelegenheiten immer für einen bestimmten Zeitraum — 10 Jahre — cisleithanische und ungarische Gesetze mit identischem Inhalte zu schaffen. Diese Gegenstände, welche „nach gleichen von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden sollen“, sind im Ausgleichsgesetze §. 2 aufgezählt; dabei ist

jedoch „die Feststellung des Wehrsystems“, soweit dies die stehende Armee betrifft, davon auszunehmen; denn die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht seitens der österreichisch-ungarischen Reichsangehörigen in ihrem eigenen Staate und für ihren eigenen Staat — d. h. in der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Armee — kann weder durch ein cisleithanisches oder ungarisches Wehrgesetz, noch durch ein cisleithanisches und ungarisches Wehrgesetz mit identischem Inhalte gesetzlich geregelt werden. Diese Gegenstände des §. 2, Gesetzartikel XII §§. 52—65, welche „nach gleichen von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden sollen“, sind sonach:

1. die commerciellen Angelegenheiten, speciell die Zollgesetzgebung XII §§. 58—62, §. 64;
2. die Gesetzgebung über die mit der industriellen Production in enger Verbindung stehenden indirecten Abgaben XII §. 63;
3. die Feststellung des Münzwesens und des Geldfusses XII §. 66;
4. Verfügungen bezüglich jener Eisenbahnlinien, welche das Interesse beider Reichshälften berühren XII §. 65.

Diese Gegenstände sind also immer durch einen die Detailbestimmungen enthaltenden cisleithanisch-ungarischen Staatsvertrag zu regeln, zu dessen Abschluss — vorbehaltlich seiner Genehmigung durch die beiden Sonderstaatsparlamente — die Einzelstaatsministerien berechtigt und verpflichtet sind. Dieser Staatsvertrag — das Zoll- und Handelsbündniss — ist, nachdem es vom cisleithanischen Staatsoberhaupte und vom Träger der Stephanskrone ratificirt worden, in den beiden Staaten Cisleithanien und Ungarn zu publiciren.

Allein auch der Abschluss dieses „Zoll- und Handelsbündnisses“ liegt wohl — mit Rücksicht auf die Gemeinsamkeit der auswärtigen Angelegenheiten, also mit Rücksicht auf die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Beziehungen zum Auslande — nicht vollständig im freien Belieben der Einzelstaaten.

Der Ausgleich des Jahres 1867 enthielt somit:

1. einen staatsrechtlichen Act, und
2. einen völkerrechtlichen Act.

Was 1. den staatsrechtlichen Act anlangt, so bestand dieser in einem österreichisch-ungarischen Reichsgesetzgebungsacte, nämlich in der Erlassung der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — d. i. des Ausgleichsgesetzes, soweit dieses Gesetz Bestimmungen über den Umfang und die Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheit enthält.

Denn die Reichsverfassung entstand natürlich nicht etwa im Wege des Vertrages. Das Reich mit dem Competenzkreise, wie er in der pragmatischen Sanction festgesetzt worden, stand ausserhalb des Vertrages oder der Anerkennung von Seite der Einzelstaaten. Der monarchische Gesamtstaat war das Vertragslose und seine constitutionelle Verfassung konnte nur im Wege der Reichsgesetzgebung geschaffen werden. In Folge derjenigen Bestimmungen des Ausgleiches, welche Reichsgesetze sind, vollzog sich die Umgestaltung des Gesamtstaates, d. i. der absoluten österreichischen Monarchie, in die constitutionelle „österreichisch-ungarische Monarchie“. In Betreff der Reichsangelegenheiten war natürlich jede Ingerenz der Sonderstaaten und jeder Vertrag derselben über sie ausgeschlossen. Daher war auch die Anerkennung oder Nichtanerkennung der durch die absolute Verwaltung der Reichsangelegenheiten — d. i. der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs- und Finanzwesens — entstandenen Staatsschuld etwa von Seite eines Einzelstaates¹⁰²⁾ als einer eigenen Schuld eine Unmöglichkeit. Diese durch die absolute Verwaltung des Reiches Oesterreich — es bestand ja factisch bis zur gemeinsamen Reichsverfassung des Jahres 1867 keine constitutionelle Verfassung — entstandene Staatsschuld war

¹⁰²⁾ XII §. 53. „Die Staatsschulden betreffend, können Ungarn, kraft seiner verfassungsmässigen Stellung, strenge genommen, solche Schulden, welche ohne die gesetzliche Einwilligung des Landes contrahirt wurden, rechtlich nicht belasten.

§. 54. Allein dieser Reichstag hat bereits erklärt, dass, „wenn in unserem Vaterlande, sowie in den anderen Ländern Sr. Majestät ein wahrhafter Constitutionalismus je früher factisch in's Leben tritt, derselbe bereit ist, das, was ihm zu thun erlaubt ist und was er ohne Verletzung der Selbstständigkeit und constitutionellem Rechte des Landes thun kann, auch über das Mass seiner

eben die Schuld der beiden Provinzen Cisleithanien und Ungarn als untrennbare Einheit. Ungarn und Cisleithanien hatten diese Staatsschuld — soweit sie aus der Verwaltung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten entstanden war — als Einheit, als absoluter Gesamtstaat gesetzlich durch die absolute (gemeinsame) österreichische Krone contrahirt. Selbstverständlich musste nun auch die neue constitutionelle Gesamtmonarchie (das österreichisch-ungarische Reich) — also deren jetzt politisch-freie untrennbare Theile Ungarn und Cisleithanien — diese von ihr selbst, wenn auch unter anderem Namen aufgenommene Staatsschuld als ihre eigene anerkennen.

Eine ganz andere Frage war die, wie der souveräne Einzelstaat Ungarn sich zu den durch die Stephanskronen „ohne gesetzliche Einwilligung des Landes contrahirten“ ungarischen Staatsschulden, d. i. zu denjenigen Staatsschulden, welche zur Bestreitung des ungarischen Staatshaushaltes aufgenommen und verwendet worden waren, verhalten wollte.

Aber auch bezüglich der vom Staate Ungarn durch „das Verfahren des absoluten Systemes angehäuften Lasten“ konnte der nun wieder constitutionelle Staat Ungarn wohl nicht ihre Anerkennung und seine Haftung hiefür verweigern; und gewiss war es unzulässig, einen anderen Staat, etwa das Reich oder gar „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ als Schuldner und Zahlungspflichtige der königlich ungarischen Staatsschulden — soweit diese bestimmt werden konnten — zu erklären.

Da der Ausgleich somit vorwiegend ein Act der Reichsgesetzgebung war und das Ausgleichsgesetz zum grössten Theile die gemeinsame Reichsverfassung enthält — welche

gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht hinaus auf Grundlage der Billigkeit und politischen Rücksichten zu thun, damit unter jenen schweren Lasten, welche das Verfahren des absoluten Systems angehäuften, nicht der Wohlstand der übrigen Länder Sr. Majestät und mit diesem auch jener Ungarns zusammenbreche und die schädlichen Folgen der abgelaufenen schweren Zeiten abgewendet werden.

§. 55. Diesen Rücksichten gemäss und allein auf Grund derselben ist das Land bereit, einen Theil der Staatsschuldenlast zu übernehmen und zu diesem Zwecke im Wege vorläufiger Verhandlungen mit den andern Ländern Sr. Majestät als freie Nation mit einer freien Nation eine Vereinbarung zu treffen.“

allerdings durch die übereinstimmenden Collectivstimmen der beiden Reichstheile (Reichsprovinzen) angenommen worden war — ergibt sich auch leicht die Beantwortung der Frage, welches die rechtliche Folge des Nichtzustandekommens des Ausgleiches gewesen wäre?

Diese Folge wäre gewesen: Fortbestand des monarchischen Bundesstaates Oesterreich in derjenigen Form, in welcher er eben vor dem Ausgleich existirte, d. h. Fortbestand des absoluten Gesamtstaates Oesterreich für den durch die pragmatische Sanction festgesetzten Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten und der beiden constitutionell-monarchischen Einzelstaaten Ungarn und Cisleithanien für ihre Sonderstaatsangelegenheiten. Die Reichsangelegenheiten waren dann der Natur der Sache nach und gemäss der bisherigen absoluten Gesamtstaatsverfassung in absoluter Weise durch die österreichische Krone mittelst des Organismus der österreichischen Reichsgewalt zu besorgen und zu erledigen.

Dann enthielt der Ausgleich:

2. einen völkerrechtlichen Act, zunächst die gegenseitige Anerkennung der Einzelstaaten und dieser durch das Reich; ferner einen internationalen Vertrag zwischen den Einzelstaaten Cisleithanien und Ungarn über die Art und Weise ihrer Gesetzgebung und Verwaltung in Betreff einer Gruppe correspondirender eigener Staatsangelegenheiten.

So hatte der Ausgleich zu seiner Voraussetzung die Existenz und die Idee des Bundesstaates, d. h. einerseits die staatliche Einheit Ungarns und der deutsch-slavisches Länder, anderseits die staatliche Selbstständigkeit Ungarns und Cisleithaniens. Das Reich und die gemeinsamen Angelegenheiten wurden natürlich nicht etwa durch den Vertrag der Einzelstaaten im Jahre 1867 gegründet und geschaffen. Und darum mochte die (Reichs-)Regierung wohl auch dem „Vertretungskörper der einen Reichshälfte“ Cisleithanien, dem Theile „Reichsrath“ des weiteren Reichstages eine mit dem ungarischen Reichsverfassungsentwurfe identische Regierungsvorlage nur in Betreff des gemeinsamen Handlungsmodus der öster-

reichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten vorgelegt haben; deshalb dürfte sie es unterlassen haben, in ihrer Vorlage auch den Bestand und die Competenz des Reiches — den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten — noch einmal der Reichsgesetzgebung zu unterwerfen.

Und weil der Ausgleich den Begriff des Bundesstaates zu seiner Voraussetzung und Unterlage hatte, bestand er selbst nothwendig aus einem staatsrechtlichen und einem völkerrechtlichen Acte.

In diesem staatsrechtlichen Acte aber des Ausgleiches vom Jahre 1867 — in der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung — sind es zwei grosse Ideen, welche ihre Vereinigung gefunden: Einheit und Freiheit! Die Idee der staatlichen Einheit — der Reichseinheit — aller Königreiche und Länder des alten Oesterreich — der deutsch-slavischen Länder und der Länder der Stephanskronen — für das Gebiet der ihnen gemeinsamen Angelegenheiten; eine Idee, lang verwirklicht in der Vergangenheit, gefestigt und geheiligt durch das Recht (pragmatische Sanction) und die Geschichte, jetzt in der neuen Reichsform: Oesterreich-Ungarn erscheinend; dann die Idee der politischen Freiheit aller Völker dieses Reiches Oesterreich-Ungarn, gefordert durch die Gegenwart und die Entwicklung der Reichsvölker selbst, verwirklicht und gesichert durch das junge constitutionelle Reichsrecht, durch die erste rechtlich und factisch bestehende gemeinsame Verfassung aller unter dem Habsburgischen Scepter vereinigten (natürlichen) Nationen.

Vergangenheit und Gegenwart sind versöhnt, die alte Idee der Einheit verbunden mit der neuen Forderung der Gegenwart, d. i. mit der politischen Freiheit! Und in das Vertrauen auf das Genügen und die Festigkeit des Bestehenden und dessen organisches klares Ausreifen schimmert die Hoffnung der Zukunft! Denn wenn es gestattet ist, aus der kurzen Spanne Zeit von 13 Jahren für das Leben eines Staates einen Schluss zu ziehen, so ergibt sich der, dass mehr und mehr die feste und beruhigende Ueberzeugung Platz gegriffen, es sei der Bundesstaat, der Gesamtstaat mit zwei Einzelstaaten — Ungarn und den deutsch-slavischen Ländern — die grosse

Form, in welcher Oesterreich seine hohen von der Weltgeschichte vorgezeichneten Aufgaben erfüllen werde.

Wohl zeigt der Gesamtstaat, die Einheit Cisleithaniens und Ungarns, noch die Spuren der Elemente, aus denen das Reich entstand. Noch heute wird der einheitliche Reichswille in erster Linie — sowohl unmittelbar als mittelbar — durch die zusammenstimmenden Theilwillen der beiden Reichstheile (Provinzen) Ungarn und Cisleithanien erzeugt, als ob diese österreichisch-ungarischen Provinzen selbstständig wollende Gesamtpersönlichkeiten in Betreff der Reichsangelegenheiten wären, wie diess andererseits Ungarn und Cisleithanien als souveräne Staaten für ihre Sonderstaatsangelegenheiten sind. Es will das Ausgleichsrecht noch so viel als möglich auch den Inhalt des einheitlichen Reichswillens durch die Sonderinteressen der beiden Reichstheile beeinflussen lassen.

Aber gewiss ist dieses Ausgleichsrecht der rechtliche Ausdruck der organischen Einheit Cisleithaniens und Ungarns, und andererseits ihrer staatlichen Selbstständigkeit und Souveränität. Dieses Ausgleichsgesetz, welches schon auf dem Boden des Bundesstaates erwuchs, hat diesen Begriff des Bundesstaates „Oesterreich-Ungarn“ in das constitutionelle Reichsstaatsrecht gefasst; es ist in seiner praktischen und rechtlichen Geltung der Beweis, dass dieser Bundesstaat in der Wirklichkeit des Lebens und auch in der Form des Rechtes besteht, dass er ein der Anlage nach in Oesterreich lang Vorhandenes, nunmehr zur Wirklichkeit Ausgestaltetes wahrhaft Seiendes, ein *ἐνεργείζον* ist.

Und in diesem Geiste muss das Ausgleichsrecht verstanden und fortentwickelt werden — dann allein wird es erfasst und gehandhabt im Geiste seines Schöpfers. Denn es leuchtet aus dem Gesetze diese Idee seines Schöpfers: Zwei souveräne von dem Reiche und von einander rechtlich unabhängige Staaten Cisleithanien und Ungarn für das Gebiet ihrer Sonderinteressen, Ein souveränes und den Einzelstaaten gegenüber rechtlich unabhängiges Reich Oesterreich-Ungarn für die, beiden gemeinsamen, österreichisch-ungarischen öffentlichen Staatsangelegenheiten!

Auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten
viribus unitis!

Das historische absolute Kaiserthum Oesterreich ist durch den Ausgleich neu gestaltet in Name und Form: Es ward das constitutionell-monarchische Reich Oesterreich-Ungarn und die politisch-freien monarchischen Staaten Ungarn und Cisleithanien; es ward der neue constitutionell-monarchische Bundesstaat in dem alten Europa.

Berichtigungen.

- Seite 233, Zeile 22 von oben, lies statt des Artikels O des Staatsgrundgesetzes: „des Artikels 6 des Staatsgrundgesetzes“.
 - Seite 313, Zeile 15 von oben, lies statt eine cisleithanische, argumentiren: „eine cisleithanische — argumentiren“.
 - Seite 317, Zeile 1, lies statt wieder verzichtet. so soll: „wieder verzichtet, so soll“.
 - Seite 320, Zeile 21 von oben, lies statt den zweiköpfigen Adler, Reichssiegel: „des zweiköpfigen Adlers, Reichssiegels“.
 - Seite 335, Zeile 28 von oben, lies statt *petio facti*: „*petitio facti*“.
-


~~~~~  
DRUCK VON GOTTLIEB GISTEL & CO., WIEN, AUGUSTINERSTRASSE 12.  
~~~~~


Verlag von **Alfred Hölder**, k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler,
Wien, Rothenthurmstrasse 13.

Systematisches Handbuch
der
VERTHEIDIGUNG IM STRAFVERFAHREN.

Von **Dr. MARCELL FRYDMANN.**

Preis fl. 4.60 = 9 Mark.

Gesammelte kleinere Schriften und Bruchstücke
über
STRAFRECHT, STRAFPROCESS, GEFÄNGNISSKUNDE,
Literatur und Dogmengeschichte der Rechtslehre in Oesterreich

von
Wilhelm Emil Wahlberg.

I. Band. Preis: 2 fl. 50 kr. = 5 M. — II. Band. Preis: 3 fl. 60 kr. = 7 M. 20 Pf.

Zur Frage der Aufhebung der Todesstrafe.

Von **Dr. EDUARD HERBST.**

Preis 40 kr. = 80 Pf.

System des österreichischen Civilprocessrechtes
in rechtsvergleichender Darstellung.

Von **Dr. Anton Menger**, a. ö. Professor an der Universität in Wien.

Erster Band: Der allgemeine Theil. 4 fl. 80 kr. = 9 M.

Systematisches Lehrbuch
des
österreichischen allgemeinen Civilrechtes.

Von **Ludwig Schiffner,**

Doctor der Rechte und der Philosophie, k. k. Professor der Rechte an der Universität in Innsbruck.

1. Heft: Einleitung und erste Abtheilung der allgem. Lehren. Preis fl. 1 = 2 M.
 2. Heft: Die Lehre von dem Wesen u. den Arten der Privatrechtsverhältnisse und die Lehre von den Personen. Preis fl. 1.60 = 3 M. 20 Pf.
 3. Heft: Die Lehre von den Sachen u. vom Vermögen. Preis fl. 1.10 = 2 M. 20 Pf.
 4. Heft: Die allgemeinen Lehren des materiellen Grundbuchrechtes. Preis fl. 1.20 = 2 M. 40 Pf.
-

Das Notariat und die Verlassenschaftsabhandlung in Oesterreich.

Dargestellt von

Carl Grafen Chorinsky,

Doctor der Rechte und k. k. Landesgerichtsrath in Wien.

Preis fl. 2 = 4 Mark.

Von demselben Verfasser:

Der Wucher in Oesterreich.

Preis fl. 1.40 = 2 M. 60 Pf.

Das Vormundschaftsrecht Niederösterreichs
vom 16. Jahrhundert bis zum Erscheinen des Josefinischen Gesetzbuchs.

Preis fl. 4.20 = 8 M. 40 Pf.

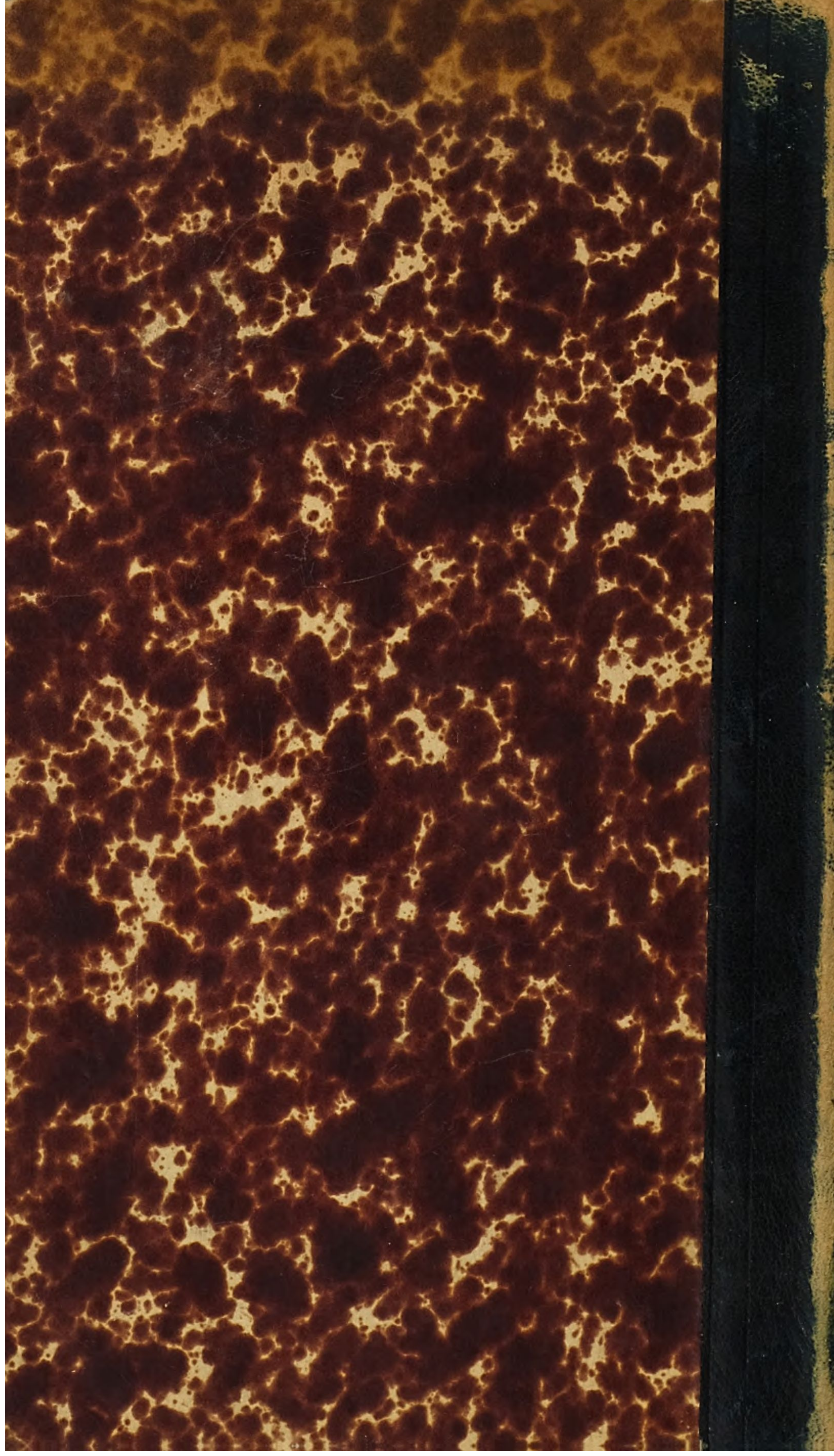
Der österreichische Executiv-Process.

Ein Beitrag zur Geschichte der allgemeinen Gerichtsordnung.

Preis fl. 1.20 = 2 M. 40 Pf.

Verlag von **Alfred Hölder**, k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler,
Wien, Rothenthurmstrasse 13.

☞ (Gottlieb Gistel & Comp., Wien, Stadt, Augustinerstrasse 12.) ☛



Dantscher, Theodor Ritter von

Der monarchische Bundesstaat Oesterreich-Ungarn und der Berliner Vertrag
nebst der bosnischen Vorlage

Wien 1880

J.publ.e. 80 ep

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11634621-4